

Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871–1914



Herausgegeben
im Auftrage des Auswärtigen Amtes

Die Grosse Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914

Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes

Im Auftrage des Auswärtigen Amtes

herausgegeben von

Johannes Lepsius
Albrecht Mendelssohn Bartholdy
Friedrich Thimme

1 9 2 4

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

Germany. Auswärtiges Amt.

14. Band:

Weltpolitische Rivalitäten

Erste Hälfte

1 9 2 4

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

1. Auflage

 Gesetzt und gedruckt in der Buchdruckerei F. E. Haag in Melle i. H.

Inhaltsübersicht des vierzehnten Bandes (1. Hälfte)

Ein Namenverzeichnis für die Bände XIII—XVIII erscheint am Schlusse des XVIII. Bandes; ein ausführliches Namen- und Sachverzeichnis am Schlusse des gesamten Werkes

Kapitel XC

Das Vorgehen der Europäischen Mächte in Ostasien

A. Die Vorbereitung der Erwerbung Kiautschous durch Deutschland 1895—1897

Nr. 3645

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Staatssekretär des Reichsmarineamtes Vizeadmiral Hollmann**

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 1628 Berlin, den 11. März 1895
Ganz geheim

Wie Euerer pp. anderweit bekannt, hat die chinesische Regierung infolge der neueren Ereignisse auf dem ostasiatischen Kriegsschauplatz einen mit umfassenden Vollmachten versehenen Unterhändler zur Einleitung von Friedensverhandlungen nach Japan entsandt und scheint somit die Aussichtslosigkeit eines weiteren Kampfes eingesehen zu haben. Über die Friedensbedingungen, die einerseits Japan zu stellen, andrerseits China anzubieten beabsichtigen, ist Zuverlässiges nicht bekannt. Indessen liegen Anzeichen dafür vor, daß die Verhandlungen darüber große Schwierigkeiten bieten werden. Ich halte es deshalb immerhin nicht für ausgeschlossen, daß noch längere Zeit vergeht, ehe die beiden kriegführenden Mächte zu einer Verständigung gelangen, und daß inzwischen die Feindseligkeiten ihren Fortgang nehmen **.

---

* Die deutschen Wünsche auf Erwerb einer oder mehrerer Kohlen- und Flottenstationen in China gehen auf das Frühjahr 1895 zurück; sie waren mitbestimmend bei der Teilnahme Deutschlands an dem „Ostasiatischen Dreibund" (vgl. Bd. IX, Kap. LVII, Nr. 2227), konnten aber damals noch nicht verwirklicht werden, teils weil man sich über die in Betracht kommenden Örtlichkeiten noch nicht klar war, teils weil es an geeigneten Anlässen fehlte. Es werden im folgenden zunächst eine Anzahl Schriftstücke abgedruckt, aus denen hervorgeht, wie das Auswärtige Amt sich mit den Marinebehörden über die Auswahl der Örtlichkeiten zu verständigen und gleichzeitig die deutschen Wünsche durch gütliche Verhandlungen mit China der Verwirklichung näher zu führen suchte.

** Vgl. darüber des näheren Bd. IX, Kap. LVII.

Für diesen Fall würde nun, namentlich bei weiteren Niederlagen Chinas, die Möglichkeit naherücken, daß die bekannten Bestrebungen einzelner Großmächte, eine gemeinschaftliche Intervention zugunsten Chinas zustande zu bringen, zur Verwirklichung gelangen, und daß dann vielleicht die beteiligten Mächte die Gelegenheit benutzen, um, etwa unter der Form einer Entschädigung, einzelne Punkte oder Landstriche des chinesischen Gebiets für sich selbst in Besitz zu nehmen. Deutschland würde unter Umständen in der Lage sein, sich der Intervention anzuschließen und mithin auch seinerseits entsprechende Kompensationen auf chinesischem Territorium zu beanspruchen.

Es empfiehlt sich, für diesen, wenn auch entfernten Fall schon jetzt Vorbereitungen zu treffen. In erster Linie würde wohl die Erwerbung einer oder mehrerer geeigneter Kohlen- und Flottenstationen für die Kaiserliche Marine in Betracht kommen.

Über die für diesen Zweck geeigneten Punkte haben bereits anfangs der siebziger Jahre zwischen der damaligen Admiralität und dem Reichskanzleramt Erörterungen stattgefunden, die indessen damals mit Rücksicht auf die politischen Verhältnisse ohne praktische Folge geblieben sind.

Vorgeschlagen war an erster Stelle, und zwar von dem bekannten Chinaforscher Freiherrn von Richthofen, die Erwerbung der Insel Tschusan gegenüber Ningpo, worauf sich u. a. ein mit Schreiben der Admiralität vom 24. Oktober 1873 dem Reichskanzleramt mitgeteilter Bericht des damaligen Korvettenkapitäns von Blanc vom 25. Juli 1873 bezog. Daneben waren die Mirsbai, östlich von Hongkong, und die kleine Insel Kulangseu bei Amoy genannt. Gegen diese drei Punkte sind indessen schon bei den damaligen Erörterungen verschiedene Bedenken hervorgetreten. Was insbesondere die Insel Tschusan anbelangt, so scheint es, als ob in bezug auf diese die Engländer bereits bestimmte Rechte erworben haben.

Neuerdings hat der Kaiserliche Gesandte in Peking* gelegentlich, jedoch ohne nähere Begründung, als für den in Rede stehenden Zweck empfehlenswert die Kiautschoubucht in der Provinz Schantung und die Peskadoresinseln bezeichnet. Die erwähnte Bucht wird indessen, weil auf dem chinesischen Festland belegen, voraussichtlich zu ihrer Sicherung umfangreiche Befestigungsarbeiten erforderlich machen, und bezüglich der erwähnten Inselgruppe ist mir zweifelhaft, ob sie brauchbare Häfen darbietet.

Außer Betracht wird, wie ich von vornherein bemerken möchte, die Insel Formosa bleiben müssen, da deren Erwerbung und Festhaltung nicht nur Verwicklungen mit andren Mächten zur Folge haben,

---

* Freiherr Schenck zu Schweinsberg.

sondern auch unverhältnismäßige Kraftaufwendungen unsererseits nötig machen würde*.

Euere pp. darf ich ergebenst ersuchen, an der Hand des, wie ich annehme, dort vorliegenden Materials mir sobald als möglich eine Äußerung darüber zukommen lassen zu wollen, ob und aus welchen Gründen auch gegenwärtig noch die Erwerbung von Kohlen- und Flottenstationen in China, die unter deutscher Gebietshoheit stehen, für die Kaiserliche Marine etwa erwünscht ist, und welche Punkte hierfür, falls sich eine Möglichkeit dazu bieten sollte, von Ihrem Standpunkte aus in Aussicht zu nehmen sein würden.

Marschall

Nr. 3646

Der Staatssekretär des Reichsmarineamtes Vizeadmiral Hollmann an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Ausfertigung

Geheim Berlin, den 17. April 1895

Euer Exzellenz haben mittelst sehr gefälligen Schreibens vom 11. März d. Js. — Nr. 1623** — meine Ansicht darüber erbeten, ob und eventuell aus welchen Gründen die Erwerbung von Kohlen- und Flottenstationen in China für die Kaiserliche Marine erwünscht sei, und welche Plätze, falls sich eine Möglichkeit dazu bieten sollte, in Aussicht zu nehmen sein würden.

Ich habe diese Fragen nach Anhörung des Oberkommandos der Marine in eingehende Erwägung gezogen und beehre mich Euer Exzellenz als Resultat derselben das Nachstehende ganz ergebenst zu unterbreiten.

Unter Flottenstationen sind gesicherte Plätze im Auslande verstanden, welche, unter deutscher Gebietshoheit stehend, unseren Schiffen jederzeit die Möglichkeit gewähren, ihren Bedarf an Proviant, Kohlen, Munition, wie überhaupt an Vorräten jeglicher Art, zu decken. Werkstätten, Docks, Hellinge sollen die Ausführung von Reparaturen, Lazarette die Aufnahme von Kranken und Verwundeten, Kasernements die Unterbringung von Ersatzmannschaften für die Schiffe ermöglichen. Im Kriege bilden die Stationen die Basis für alle Unternehmungen, sie dienen der Flotte als Sammelpunkt und Rückhalt, den Handelsschiffen als sichere Zufluchtsstätte.

---

* Vgl. Bd. IX, Kap. LVII, Nr. 2227.
** Siehe Nr. 3645.

Unter ruhigen, geordneten Verhältnissen des Auslandes wird der Vorteil der Stationen vornehmlich auf wirtschaftlichem Gebiet zu suchen sein. Ihr Besitz hebt indessen gleichzeitig die politische Macht und das Ansehen im Auslande derart, daß schon durch die bloße Existenz einer Station und der durch sie dokumentierten Heimatsberechtigung ein Machtausfluß geschaffen wird, welcher sich erfahrungsmäßig weit über die Grenzen des Besitzes hinaus erstreckt und tatsächlich durch nichts anderes ersetzt werden kann.

Unter diesem Gesichtspunkte decken sich aber die wirtschaftlichen und politischen Interessen gleichzeitig völlig mit den zu ihrem Schutz und ihrer Geltendmachung berufenen militärischen der Kaiserlichen Marine insofern, als der Besitz vorhandene Streitmittel wesentlich stärkt, einen Mangel an solchen aber bis zu hohem Grade zu ersetzen vermag. Unter den vorausgesetzten normalen Verhältnissen würde der Kaiserlichen Marine demnach der Vorteil der freieren Verfügung über ihre bekanntlich auf absehbare Zeit gering bemessenen Mittel erwachsen, was gegenwärtig für Ostasien um so mehr ins Gewicht fällt, als nach den seitens Euer Exzellenz gelegentlich der Etatsberatung abgegebenen Erklärungen bei den zu erwartenden Umwälzungen unberechenbare Interessen auf dem Spiele stehen, welche bis auf weiteres der wirksamsten Vertretung bedürfen.

Daß unsere Schiffe zugleich unabhängiger von fremden Märkten und deren Zufälligkeiten wären, sowie daß die vom Reich auf sie verwendeten Mittel alsdann deutschem Unternehmungsgeist zugute kommen würden, der sich wiederum in zweckdienliche Bahnen leiten ließe, sind weitere Vorteile von nicht zu unterschätzendem Wert.

Eine erhöhte Bedeutung nach jeder Richtung, sowohl in wirtschaftlicher und politischer wie in militärischer, gewinnen die Stationen mit dem Augenblick, wo die geordneten Verhältnisse aufhören und Unruhen im Innern oder kriegerische Verwickelungen nach außen an ihre Stelle treten. Solche Ereignisse haben meist zur unmittelbaren Folge, daß Handel und Gewerbe geschädigt werden und die natürlichen Bezugsquellen der Schiffe damit ganz oder teilweise versagen. Die Stationen treten dann voll in ihr Recht, und ernste Verlegenheiten entstehen für diejenige Flotte, welche sie entbehren muß. Der gegenwärtige Krieg hat in dieser Hinsicht ernste Erfahrungen an die Hand gegeben. Wiederholt hat unseren Schiffen die Kohlen- und Proviantversorgung große Schwierigkeiten bereitet, erstere war zeitweilig ganz unterbrochen; die Kohlenlieferungsverträge haben gekündigt werden müssen, weil die Lieferanten ihren Pflichten nicht nachkommen konnten; die Werft-Etablissements in China und Japan, auf deren bereitwillige Hülfe sonst zu rechnen war, versagten gänzlich, da vollauf mit ihren eigenen Schiffen beschäftigt.

Es sind dies, wie hervorgehoben werden muß, die Wirkungen eines Krieges, der infolge der Ohnmacht des einen der Gegner einen

überaus raschen und günstigen Verlauf genommen hat. Wesentlich ernster werden sich die Verhältnisse gestalten, wenn ebenbürtigere Gegner an der Kriegführung beteiligt sind, wenn infolge eines energischen Kreuzerkrieges der Handel gänzlich stockt und alle Zufuhr abgeschnitten ist. In solchem Falle sind Flottenstationen geradezu eine Existenzbedingung für die Schiffe. Wer nicht auf solche zurückgreifen kann, wird sich gezwungenermaßen aus den vom Kriege in Mitleidenschaft gezogenen Gebieten zurückziehen und damit seine Interessen zu einer Zeit preisgeben müssen, in der sie des Schutzes am dringendsten bedürfen, es sei denn, es biete sich ihm die Möglichkeit, von der Freundschaft oder Gnade unbeteiligter Nationen zu leben, was aber wiederum diesen gegenüber die Aktionsfreiheit bis zu hohem Grade, wenn nicht völlig lähmt und unter allen Umständen die eigene Position unberechenbar schwächt.

Endlich bleiben bei der Prüfung des Wertes von Flottenstationen noch solche Fälle zu betrachten, die Deutschland selbst vor ernstere politische Aufgaben stellen. Das äußerste Mittel des Krieges kann dabei völlig unberücksichtigt bleiben, um so mehr, als seine Anwendung das Vorhandensein von eigenen Stützpunkten zur unerläßlichen Vorbedingung hat, demnach außer Frage steht. Aber auch dann, wenn es sich zunächst nur um die Geltendmachung des Willens, um den Ausdruck desselben, die Ausübung der Repressalien, handelt, kann eine Wirkung nur gesichert erscheinen, wenn die nötige Macht dahinter steht und der politische Gegner diese würdigend sich der Überzeugung nicht verschließen kann, daß wir zur Durchsetzung unseres Willens auch die Eventualität eines Krieges nicht zu scheuen brauchen. Anderenfalls verlieren Demonstrationen nicht nur an Wert, sondern sie stellen auch unsere Schiffe vor Aufgaben der fragwürdigsten Art. — Es genügt nicht, was eingewandt werden könnte, daß wir Handel und Schiffahrt gegen Schädigung europäischer Mächte schützen, wir müssen auch China und Japan gegenüber mächtig dastehen, und das ist nur zu erreichen, wenn wir dort festen Fuß fassen. Nur so kann dem Einfluß der konkurrierenden Mächte in den dortigen Gewässern mit Erfolg die Spitze geboten und die im Interesse unseres Nationalwohlstandes so notwendige Wechselwirkung zwischen Handel und Macht hergestellt werden.

Ehe ich nunmehr Euer Exzellenz bestimmte Plätze in Vorschlag bringe, wird noch ein kurzes Eingehen auf die allgemeinen Anforderungen erübrigen, welche an dieselben gestellt werden müssen. Es sind die folgenden:

1. Die Wirksamkeit der in Ostasien stationierten Kriegsschiffe hat sich von Singapore bis über Hakodate (Jesso) hinaus zu erstrecken, also über den weiten Raum von mehr als 3000 Seemeilen der chinesischen und japanischen Gewässer. Überall auf diesem Gebiet haben unsere Schiffe deutschen Handel und deutsche Interessen zu

schützen. Eine Station entspricht deshalb dem Bedürfnis nicht, es sollten deren mindestens zwei vorhanden sein, die eine im nördlichen, die andere im südlichen Teil unserer Interessensphäre.

2. Ein geräumiger, gegen Wind und See nach allen Richtungen geschützter Hafen mit guten Ankerplätzen ist unerläßlich. Die Terrainbeschaffenheit in der Nähe des Hafens muß derart sein, daß sich der Anlage von Depots, Werkstätten, Docks keine unüberwindlichen Schwierigkeiten entgegenstellen.

3. Die Stationen müssen an den Hauptverkehrsstraßen gelegen sein und in kommerzieller Hinsicht bereits einige Bedeutung erlangt haben; tote, nicht entwickelungsfähige Punkte haben keinen Wert.

4. Es ist wünschenswert, daß der Platz durch seine natürliche Beschaffenheit günstige Bedingungen für die Anlage von Befestigungen bietet. Wenn im allgemeinen Inseln dieser Anforderung am ehesten entsprechen werden, so sind doch auch Küstenplätze keineswegs ausgeschlossen, zumal solche unter Umständen ebenso geeignet zur Verteidigung sind.

5. Die unmittelbare Nähe der Stationen anderer Mächte Europas ist wenn möglich zu vermeiden.

Hiernach beehre ich mich, Euer Exzellenz in der Reihenfolge ihres Wertes drei Gruppen geeigneter Plätze für die Anlage von Flottenstationen ganz ergebenst in Vorschlag zu bringen:

a) Die Insel Tschusan im Norden und die Insel Amoy mit Kulangseu im Süden. Tschusan ist strategisch günstig gelegen. Die Nähe des Jangtsekiang wie der Häfen Ningpo, Fuschan, Takao, Kilung, Schanghai macht sie zum Schlüssel für das gesamte mittlere und nördliche China.

Vorzüglicher Hafen für größte Schiffe, der ohne Schwierigkeiten zu befestigen.

Amoy mit Kulangseu. Es ist die Insel Amoy gemeint, auf welcher die Stadt gleichen Namens liegt. Hat günstige Lage, guten Hafen, regen Handel, ist überhaupt in jeder Hinsicht gut geeignet.

b) Die Kiautschoubucht im Norden und die Mirsbai im Süden.

Sollte die Insel Tschusan wegen der Ansprüche der Engländer nicht zu erlangen sein, so würde als nächstgünstiger Platz die Kiautschou-(Kyan-Chan) Bucht an der Südküste der Provinz Schantung in Betracht kommen.

Sie bietet einen geräumigen, fast gegen alle Windrichtungen geschützten Hafen. Nachteilig ist die zu nördliche Lage, der Hafen ist in der Zeit vom Dezember bis März nicht eisfrei.

Die Mirsbai besitzt guten Hafen, ist aber sonst lange nicht so geeignet wie Amoy; bedenklich ist vor allem die unmittelbare Nähe von Hongkong, wodurch leicht ein wirtschaftliches Abhängigkeitsverhältnis begründet werden könnte.

c) Die Montebello-Inseln im Norden und die Peskadores im Süden.

Die Montebello-Inseln, an der Südspitze Koreas gelegen, sind

durch ihre Lage wie durch ihre klimatischen Verhältnisse begünstigt. Der Hafen genügt allen Anforderungen. Der Besitz kann von hoher Bedeutung werden, wenn Korea europäischem Handel und Kultur erschlossen sein wird.

Die Peskadores-Inseln haben eigentlich nur Wert für den Besitzer von Formosa, welche Insel das Hinterland bildet.

Hollmann

Nr. 3647

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 233 London, den 30. August 1895

Der Premierminister sagte mir heute, es sei nicht unmöglich, daß es wegen der Vorgänge in Kutschöng* zu irgendeiner Aktion der englischen Flotte an der chinesischen Küste komme[1]. Er fügte bestimmt hinzu, daß er in diesem Falle nicht daran denke[2], dort irgendeinen Punkt für England zu besetzen oder zu behalten.

Hatzfeldt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Unsere Schiffe umgehend zu demselben Zweck in die Gegend von Wai-hei-wai senden! —

[2] Das ist Phrase. Gefahr ist im Verzuge!

Nr. 3648

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe, z. Z. in Werki, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Telegramm. Entzifferung

Nr. 15 Werki, den 1. September 1895

Seine Majestät äußert sich in einem an mich gerichteten Telegramm wie folgt:

---

* In der zweiten Hälfte August waren dort englische und amerikanische Missionare ermordet worden. Nach Pressemeldungen („Neue Preußische Zeitung", „Hannoverscher Courier" usw.) hätte infolgedessen die englische Regierung die Besetzung verschiedener chinesischer Häfen und eine Demonstration in dem Tschusan-Archipel geplant. Auch der russischen Regierung wurde die Absicht nachgesagt, im Ausgleich mit einem englischen Vorgehen ihrerseits Besetzungen vorzunehmen. Vgl. das folgende Schriftstück.

„Sollte Rußland eine Besetzung von koreanischem Gebiet bezw. eines Seehafens vornehmen *, so ist für uns der Moment gekommen, unverzüglich Wei-hai-wei zu besetzen, damit uns nicht wie in Afrika der Engländer oder Franzose zuvorkomme. Ein fait accompli wird immer von anderen Staaten mehr respektiert als Rekriminationen. Es würde in unserem freudig begeisterten Volke einen vorzüglichen Eindruck machen und das Selbstgefühl der Nation wesentlich heben. Du weißt ja, daß ich bereits im voraus vom Zaren schon in diesem Frühjahr seine schriftliche Zustimmung zur Besetzung eines chinesischen Platzes mir versichert habe **. Es wäre Kreuzerdivision zu instruieren, im geeigneten Moment in der Nähe Wei-hai-wei bezw. im Golf von Petschili in harmloser Weise zu kreuzen mit nötiger Verbindung mit dem Telegraphen, um auf ein telegraphisches Wort sofort die Flagge dort zu hissen. Für die glatte Erledigung China gegenüber empfehle ich den Weg von Brandt *** — Li-Hung-Tschang †. Seine Majestät bemerkte hierzu: natürlich muß dies alles absolut sekret bleiben."

Bei den widerstrebenden Ansichten unserer Sachverständigen (Geographen, Marine etc.) weiß ich nicht, ob Wei-hai-wei überhaupt ein erstrebenswertes Objekt wäre. Zudem halten Wei ja die Japaner bis zum Abschluß des Handelsvertrags besetzt, und auch das Odium, was

---

* Vgl. Nr. 3647, Fußnote.

** Vgl. Bd. IX, Kap. LVII, Nr. 2227, S. 255, Fußnote *. Die Antwort Kaiser Nikolaus II. auf den Brief Wilhelms II. vom 26. April 1895, worin dieser die Hilfe des Zaren für den Fall einer eventuellen Besitzergreifung erbat („I hope that, just as I will gladly help you settle the question of eventual annexations of portions of territory for Russia, you will kindly see that Germany may also be able to acquire a Port somewhere where it does not ‚gêne' you"), liegt nicht bei den Akten des Auswärtigen Amts. Daß Nikolaus II. sein Einverständnis mit der deutschen Erwerbung eines chinesischen Hafens wirklich erklärt hat, ergibt ein Brief, den der im September 1895 in Petersburg weilende und am 11. von Nikolaus II. in Audienz empfangene Reichskanzler Fürst von Hohenlohe am 13. September an den Kaiser richtete. Es heißt darin: „Hierauf sagte der Kaiser, er habe Eurer Majestät in diesem Frühjahr geschrieben, er werde durchaus nichts dagegen einzuwenden haben, wenn Eure Majestät in Ostasien eine territoriale Erwerbung machten. Ich erwiderte, daß Eure Majestät mir dies mitgeteilt, aber dabei bemerkt hätten, daß dies ganz geheim zu halten sei. Aus der zustimmenden Bewegung des Kaisers und aus dem Umstand, daß mir Fürst Lobanow darüber nichts gesagt hat, glaube ich schließen zu dürfen, daß Seine Majestät der Kaiser von Rußland auch bisher dem Fürsten Lobanow nicht davon gesprochen hat. Der Vorbedingung, daß auch Rußland etwas erwerbe, geschah keine Erwähnung. Mit einiger Bitterkeit bemerkte der Kaiser, daß wenn jemand auch nur einen kleinen Gebietserwerb mache, die Engländer dann gleich für sich eine um so größere territoriale Erwerbung zu machen suchten". Vgl. dazu die ausführlichen Tagebucheintragungen Hohenlohes zum 11. September 1895 in Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst II (1907), S. 521 f.

*** Max von Brandt, Gesandter in Peking 1874—1892, seither in Deutschland lebend, vielfach vom Auswärtigen Amt in ostasiatischen Fragen zu Rate gezogen.

† Mitglied des Tsungli Yamen.

darin läge, ein Objekt zu besetzen, was die Japaner aufgeben mußten, wäre zu erwägen. Jedenfalls aber bitte ich Euere Exzellenz, aus dieser erneuten Anregung Seiner Majestät nochmals Veranlassung zu nehmen klarzustellen, was sich als ein für uns geeignetes Objekt bei Anlage einer Kohlenstation etc. empfiehlt, ich gehe insofern sogar über die Meinung Seiner Majestät hinaus, als ich den friedlichen Erwerb einer Kohlenstation etc. auch für den Fall wünschenswert und möglich halte, wo Rußland keine Gebietserwerbung macht.

Hohenlohe

Nr. 3649

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe, z. Z. in Werki

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 62 Berlin, den 2. September 1895

Zu Nr. 15*.

Da Seine Majestät auf ein Londoner Telegramm** bemerkt hatte, unsere Schiffe sollten behufs eventueller Besetzung von Wei-hai-wei sofort sich in die Nähe dieses Platzes begeben, habe ich bereits gestern Immediatvortrag in dem Sinne gehalten, daß — ganz abgesehen, ob ein so ausgedehnter befestigter Platz für uns ein wünschenswerter Besitz sei — jede Aktion gegen Wei-hai-wei zurzeit schon deshalb ausgeschlossen sei, weil dasselbe sich im Besitze Japans befinde und auf Grund des Friedensvertrages von Schimonoseki noch längere Zeit als Pfand für die Kriegsentschädigung sich in japanischen Händen befinden werde. Wir würden also bei jedem Vorgehen nach dieser Richtung mit dem Widerstand Chinas und Japans zu rechnen haben und in eine Aktion von unabsehbarer Tragweite eintreten. Daß Rußland vor der Räumung Liaotungs durch Japan sich eine Gebietserweiterung in Korea bzw. durch Besetzung eines Hafenplatzes schaffe, sei höchst unwahrscheinlich; wir hätten also Zeit, die bestrittene Frage weiter zu prüfen, welches Objekt eventuell für uns wertvoll wäre.

Seine Majestät verschloß sich diesen Gründen nicht und wünschte nur, daß wir die Augen aufbehielten, um sofort nach einem Vorgehen Englands oder Rußlands in jenen Gebieten mit der Besetzung eines Punktes antworten zu können.

Ew. Durchlaucht Ansicht, daß wir den Erwerb einer Kohlenstation auch ohne Rücksicht auf etwaige Erwerbungen Rußlands oder

* Siehe Nr. 3648.
** Siehe Nr. 3647.

Englands anstreben sollten, teile ich durchaus und lasse deshalb die im Gange befindliche Untersuchung bezüglich eines wünschenswerten Besitzes fortsetzen.

Marschall

Nr. 3650

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Rotenhan

Reinschrift von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Berlin, den 9. September 1895

Das Reichsmarineamt hat zwei Stationen, eine für den Norden, eine für den Süden verlangt, und zwar:
an erster Stelle:
Tschusan im Norden und die Insel Amoy im Süden,
an zweiter Stelle:
die Kiautschoubucht im Norden und die Mirsbai im Süden,
an dritter Stelle:
die Montebello-Inseln (mit Crichton Harbour) im Norden und die Peskadores-Inseln im Süden.

Andere Plätze sind auch von andrer Seite nicht vorgeschlagen, so daß nur unter diesen sechs Punkten zu wählen ist.

Von diesen fallen von vornherein fort: die Peskadores, seitdem sie in japanischen Besitz übergegangen sind, sowie ebenso Tschusan, weil China sich 1846 vertragsmäßig gegenüber England verpflichtet hat, diese Insel keiner dritten Macht abzutreten, und weil gegenwärtig keine Aussicht ist, daß England, welches nach allen vorliegenden Anzeichen auch jetzt noch auf diese Insel spekuliert, zu einem Verzicht auf seine Rechte gütlich bewogen werden könnte.

Amoy erfüllt nach Ansicht des Admirals Hoffmann* alle Bedingungen für einen Stützpunkt von Kriegsschiffen und ist außer Hongkong der einzige Hafen an der chinesischen Küste, der für Schiffe jeden Tiefgangs völligen Schutz bietet. Dagegen erklärt Herr von Brandt die Schwierigkeiten, die einem Erwerb von Amoy infolge seiner Eigenschaft als Vertragshafen entgegenstehen würden, für wohl unüberwindlich.

Die Mirsbai ist wegen der Nähe von Hongkong und wegen ihrer Lage im Hauptstrich der Taifune wenig empfehlenswert.

Gegen den Erwerb der Montebello-Inseln ist in gleicher Weise wie seinerzeit gegen die Besetzung von Port Hamilton durch England

* Chef des ostasiatischen Kreuzergeschwaders.

entschiedener Widerspruch von seiten Rußlands sowie auch Japans zu gewärtigen.

Es bleibt danach die Kiautschoubucht, an der südöstlichen Küste der Halbinsel Schantung, als derjenige Punkt übrig, bezüglich dessen Erwerbsverhandlungen relativ die meiste Aussicht auf Erfolg bieten würden, weil wir dabei allein mit China zu tun haben würden. Nachteile sind allerdings ihre Lage am Festlande selbst, wodurch leicht Verwickelungen mit China herbeigeführt werden können, sowie ferner der Umstand, daß sie für den Handel erst dann Bedeutung gewinnen würde, wenn einmal, wie in Aussicht genommen ist, ein chinesisches Eisenbahnnetz dort münden sollte. Der Hafen selbst ist nach der Darstellung des Reichsmarineamts geräumig und fast gegen alle Windrichtungen geschützt, dagegen wegen seiner nördlichen Lage im Winter nicht eisfrei.

Als immerhin empfehlenswerter Erwerb wird die Kiautschoubucht außer vom Reichsmarineamt auch von Herrn von Brandt sowie von dem Kaiserlichen Gesandten Freiherrn von Schenck bezeichnet.

Nebenher würde ein Vorteil der Kiautschoubucht für uns auch darin liegen, daß von ihr aus den in Schantung zahlreich angesessenen deutschen (katholischen) Missionsanstalten ein wirksamer Schutz und Rückhalt zuteil werden würde.

Von dem Standpunkte aus, daß unsere Bemühungen da einzusetzen sind, wo der geringere Widerstand zu erwarten ist, würden wir hiernach die Erwerbung der Kiautschoubucht anzustreben haben.

Mit Rücksicht auf den weit überwiegenden Wert, welcher von dem Reichsmarineamt — nächst Tschusan — auf Amoy gelegt wird, könnte indessen zunächst doch der Versuch gemacht werden, die der Erlangung dieser Insel, sei es im Wege des definitiven Eigentumserwerbs, sei es durch Erwerb eines einstweilen zeitlich begrenzten Besitz- oder Verwaltungsrechts, entgegenstehenden Schwierigkeiten zu überwinden.

Rotenhan

Nr. 3651

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Rotenhan an den Gesandten in Peking Freiherrn Schenck zu Schweinsberg

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. A 11 — Berlin, den 15. September 1895
Ganz geheim

Die auch in Ew. pp. Berichterstattung gelegentlich berührte Frage, ob wir die derzeitigen politischen Verhältnisse in Ostasien benutzen können, um dort einen eigenen Stützpunkt für unseren Handel und

unsere Kriegsflotte zu erwerben, ist hier zum Gegenstand eingehender Erwägungen gemacht worden. Die Einleitung von Schritten zu diesem an sich überaus erwünschten Ziele hat bisher deswegen unterbleiben müssen, weil das Aktionsprogramm der drei in dem chinesisch-japanischen Konflikt intervenierenden Mächte die Anstrebung von Sondervorteilen seitens einer von ihnen verbot. Es erscheint indessen keineswegs ausgeschlossen, daß die weitere Entwicklung der Dinge uns die Gelegenheit gewährt, mit unsern berechtigten Ansprüchen hervorzutreten.

Die hier gepflogenen Erörterungen haben sich daher vorbereitend darauf beschränkt zu ermitteln, welche Punkte auf chinesischem Gebiete als Flotten- und Handelsstation in Frage kommen könnten.

Welche Gesichtspunkte von dem in erster Linie zu berücksichtigenden Interesse unserer Seemacht aus dabei in Betracht zu ziehen sind, wollen Sie aus dem beiliegenden Auszug aus einem Schreiben des Staatssekretärs des Reichsmarineamts vom 17. April d. Js.*, und zu welchen vorläufigen Ergebnissen die Erörterungen geführt haben, aus der in Abschrift gleichfalls angeschlossenen, dem Herrn Reichskanzler vorgelegten Aufzeichnung vom 9. d. Mts.** ersehen.

Ew. pp. ersuche ich ergebenst, an der Hand dieses Materials auch Ihrerseits der Frage Ihre Aufmerksamkeit erneut zuzuwenden und mir zu gelegener Zeit — erforderlichenfalls telegraphisch — Ihre Ansicht insbesondere auch darüber mitzuteilen, auf welchem Wege das angestrebte Ziel zu erreichen sein würde.

Erwünscht wäre Ihre auf nähere Kenntnis der örtlichen und sonstigen Verhältnisse zu gründende Äußerung namentlich darüber, ob etwa noch andre Punkte, vielleicht auf der Halbinsel Schantung, zu dem gedachten Zwecke in Betracht zu ziehen wären, sowie ferner, ob die aus der Eigenschaft Amoys als Vertragshafen herzuleitenden Schwierigkeiten in der Tat den Versuch, diese Insel zu erwerben, aussichtslos machen.

Rotenhan

Nr. 3652

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Theerbude, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Theerbude, den 23. September 1895

An den Kommandierenden Admiral*** in Berlin

Neuesten Nachrichten zufolge ist in China infolge allgemeiner Gärung eine größere Christenverfolgung nicht unwahrscheinlich.

* Siehe Nr. 3646.
** Siehe Nr. 3650.
*** von Knorr.

Die Vorgänge in Kwantung haben England bereits zur Zusammenziehung eines größeren Geschwaders veranlaßt. Auch für die deutschen Missionsstationen ist die Nähe unserer Schiffe notwendig, da in Swatau eine solche schon angegriffen wurde. Das Gros der Niederlassungen jedoch liegt auf der Halbinsel Schantung, und ist daher dort der Hauptschutz nötig. S. M. S. „Arcona" kann „Cormoran" in Swatau unterstützen. Der Rest der Kreuzerdivision geht nach Tschifu und zeigt sich in den Häfen von Schantung. Der Admiral hat alle Vorkehrungen zu treffen, daß auf telegraphischen Befehl hin Wei-hai-wei umgehend besetzt werden kann. Die Schiffe haben alle sofort auf befohlenen Posten abzugehen, und ist ihnen der Befehl dazu umgehend zu chiffrieren.

Wilhelm I. R.

Nr. 3653

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Reinkonzept

Nr. 656 Berlin, den 25. Oktober 1895

Nachstehendes Telegramm * ist heute nach Peking abgegangen:

„Angesichts der Notwendigkeit, in Ostasien dauernd eine starke Flotte zu unterhalten, um unsere kommerziellen Interessen zu wahren und die Politik weiterzuführen, welche unserem Eingreifen in der Liaotungfrage zugrunde lag, ist das Erfordernis einer deutschen Kohlenstation in China als Stützpunkt für die Flotte unabweisbar geworden. Größe des zu erwerbenden Gebietes kommt weniger in Betracht als günstige Lage und guter Hafen; eine Insel würde voraussichtlich geeigneter sein als ein Punkt des Festlandes. China selbst kann es nur erwünscht sein, wenn Deutschland dort starkes Geschwader unterhält, um das Gleichgewicht der Kräfte in Ostasien zu erhalten.

Enthalten Sie sich vorläufig direkter amtlicher Anträge, aber betonen Sie bei geeigneter Gelegenheit dortiger Regierung gegenüber Notwendigkeit einer deutschen Kohlenstation von unserem und deren Zweckmäßigkeit vom chinesischen Standpunkte und berichten Sie telegraphisch über Aufnahme Ihrer Anregung. Falls Abtretung geeigneten Territoriums nicht zu erlangen, würde pachtweise Überlassung eventuell genügen."

Ew. Durchlaucht bitte ich, sich bei geeigneter Gelegenheit von sich aus, und ohne einen amtlichen Auftrag erkennen zu lassen, dem

* Nr. 49 vom 25. Oktober.

dortigen chinesischen Gesandten* gegenüber in analoger Weise zu äußern und dabei besonders hervorzuheben, wie nützlich eine starke deutsche Flotte in chinesischen Gewässern auch vom chinesischen Standpunkte aus sei, indem dieselbe ein Gegengewicht gegen die Bestrebungen anderer Mächte bilde und somit zur Erhaltung des Gleichgewichts in Ostasien wirksam beitrage.

Bezüglich der von dem Gesandten inhaltlich des gefälligen Berichtes Nr. 385 vom 18. d. Mts. aufgeworfenen Frage, ob die Kaiserliche Regierung gegen einen Bahnbau in der Mandschurei, nach Wladiwostok, etwas einzuwenden hätte, wenn dieser von China unternommen würde, können Ew. pp. bei geeigneter Gelegenheit als Ihre persönliche Ansicht aussprechen, daß die Kaiserliche Regierung sich nur darüber freuen könne, wenn China seine Verkehrswege im Interesse seines Handels verbessere.

Marschall

Nr. 3654

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 415 St. Petersburg, den 29. Oktober 1895

Da ich dem chinesischen Gesandten einen Besuch schuldig war, besuchte ich ihn heute, und nachdem wir uns über die Tagesfragen längere Zeit unterhalten und er mir allerhand Liebenswürdigkeiten über unsere freundschaftliche Haltung China gegenüber gesagt hatte, brachte ich die Unterhaltung wie von ungefähr und als meine eigene Ansicht ganz vertraulich auf den Inhalt des hohen Erlasses Nr. 656 vom 25. Oktober** in der mir vorgeschriebenen Weise. — Ich hob hervor, daß Deutschland in der Tat manchen Beweis uneigennütziger Freundschaft China gegeben habe und wohl die einzige Großmacht sei, die von China nichts für sich verlangt habe[1]. Deutschland wünsche nur seinen Handel gesichert zu sehen und wache im übrigen auf Erhaltung des europäischen Gleichgewichts in den chinesischen Gewässern, des Weltfriedens wegen. Es müsse für China eine Beruhigung sein, wenn wir ein starkes Geschwader in seinen Gewässern hätten. Um aber für China ersprießlich zu sein, müßte das Geschwader stetig sich dort aufhalten; dazu gehöre aber, daß wir einen sicheren Hafen irgendwo, etwa auf einer Insel fänden, wo wir jederzeit und ungehindert einlaufen könnten, und wo wir Kohlen hätten. Alle anderen Mächte, die lange nicht so uninteressiert sind wie wir,

---

* Hsü-Ching-Chêng.

** Siehe Nr. 3653.

hätten derartige Stationen oder grenzten sogar mit China. Wir würden nicht gern in seinen entfernten Meeren unsere kostbaren Schiffe lassen, die im gegebenen Moment auch ein Gegengewicht gegen diese oder jene Großmacht zugunsten Chinas bilden würden, wenn wir keine sichere Unterkunft für die Flotte bekämen. Es sollte mir scheinen, daß jedes der ostasiatischen Reiche sich freuen müßte, einer befreundeten uneigennützigen Macht einen geeigneten Schutzort, der schließlich ihr zugute kommt, einzuräumen.

Mein chinesischer Kollege antwortete mir in schönen Phrasen, wie sehr er unsere Freundschaft hochschätze, und wie er meine Auffassung teile und begreife. Er fürchte aber, daß, wenn China einem sonst so berechtigten Wunsch unsererseits, der in der Tat hauptsächlich China zum Vorteil gereichen würde, entgegenkommen wollte, die übrigen Großmächte gleiche Wünsche und Ansprüche erheben oder Schwierigkeiten machen würden. Ich stellte dies natürlich in Abrede und meinte, daß dem wohl nicht so wäre; denn gerade weil alle übrigen Mächte solche Stationen und sonstige Vorteile bereits hätten, und weil auch Rußland, wie er, der Gesandte, mir eben erst gesagt, drauf und dran wäre, eine Eisenbahn durch die Mandschurei zu trassieren, die doch nur im Interesse Rußlands sei, Deutschland dagegen die einzige Macht wäre, die in keiner Weise berücksichtigt worden sei* und auch nichts verlangt hätte. — Aus diesen Gründen wäre mir der Gedanke ganz natürlich gekommen. — Wir hätten doch gewiß in demselben Maße wie die beiden anderen Mächte zur Integrität Chinas beigetragen, hätten dafür keine Vergünstigung erbeten. Mir persönlich scheine doch eine Station wünschenswert, die zum Schutz der Schiffe dienen soll, welch letztere wir hauptsächlich im Interesse des ostasiatischen Gleichgewichts und von China selbst dort hielten. Je stärker das Geschwader, desto besser sei es für China[2].

Ich sprang dann von dem Thema ab und sagte dem Gesandten: „Wir lassen uns da in eine lange akademische Erörterung ein, zu der wir eigentlich keine Berechtigung haben, denn es ist doch nur ein frommer Wunsch von mir. Ich deduziere das alles nach meinem eigenen Gefühl und spreche Ihnen meine Meinung unumwunden aus, da ich mich ja gern mit Ihnen über alles Nützliche unterhalte."

---

* Während Rußland durch den Bahnbau in der Mandschurei berücksichtigt war, auch durch den mit China am 6. Juli abgeschlossenen Anleihevertrag wesentliche Vorteile erlangt hatte, war es Frankreich gelungen, im Juni 1895 sich in den an seiner annamitischen Grenze belegenen chinesischen Provinzen Kwangtung, Kwangsi und Jünnan so ausgedehnte handelspolitische und wirtschaftliche Vorrechte zu sichern, daß sie einem wesentlichen Vorschieben der annamitischen Grenzen nach China gleichkamen. Deutschland war tatsächlich unter den am „Ostasiatischen Dreibund" beteiligten Mächten die einzige, die aus ihrer Haltung einen greifbaren Vorteil nicht gezogen hatte.

Ich führte diese ganze Unterhaltung so ungezwungen, daß sie jedenfalls auf den Gesandten nicht den Eindruck machen konnte, als entledigte ich mich eines Auftrags.

Wegen der Bahn durch die Mandschurei habe ich mich irgendeiner Äußerung, auch einer persönlichen Ansicht, enthalten, und als der Gesandte mir von dem Bahnprojekt und von der Sendung der russischen Ingenieure von Wladiwostok nach Tsitsikar sprach, nur bemerkt, daß diese Bahn ein entschiedener Vorteil für Rußland sein müsse.

Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Kommt noch
[2] gut gemacht

Nr. 3655

Der Gesandte in Peking Freiherr Schenck zu Schweinsberg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 64 Peking, den 29. Oktober 1895

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 49*.

Kohlenstation heute angeregt. Tsungli Yamen will Erwägung ziehen, Prinz Kung** Vortrag halten; fürchtet, daß nach Vorgang Deutschlands andere ähnliches Verlangen stellen werden.

Schenck

Nr. 3656

Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürsten von Hohenlohe

Eigenhändig

Berlin, den 11. November 1895

Admiral Knorr kam heute, um mir Bericht zu erstatten über einen Vortrag, den er bei Seiner Majestät gehabt hat.

Der Gegenstand des Vortrags waren die an der chinesischen Küste zu erwerbenden Stationen. Wei-hai-wei wurde von ihm Seiner Majestät gegenüber als nicht geeignet bezeichnet, was Seine Majestät anerkannte***. Ebenso verwarf der Admiral das an der Südküste von

---

* Vgl. Nr. 3653 nebst Fußnote *.
** Präsident des Tsungli Yamen.
*** Gegen Wei-hai-wei hatte sich auch eine Denkschrift des Staatssekretärs des Reichsmarineamts Admirals Hollmann ausgesprochen, die dem Kaiser am 25.

Schantung gelegene Kiautschou. Von Amoy sagte er, daß dies Vertragshafen sei, und daß es kein für den Handel geeignetes Hinterland habe. Dagegen hält er den Besitz von Tschusan für wünschenswert. Er gab zu, daß hier durch den Vertrag von 1846 England Vorrechte besitze, und daß es deshalb schwer sein würde, es zu erwerben. Indessen scheint er mit Seiner Majestät die Eventualität kriegerischer Verwicklungen in Betracht gezogen und daraus mit Seiner Majestät Hoffnungen für die Zukunft geschöpft zu haben. Ich machte ihn auf das Unsichere solcher Hoffnungen und auf die Gefahren aufmerksam, die daraus für uns entstehen könnten. Als ich von einem Tauschgeschäft mit England sprach, meinte er, wir könnten ruhig Kamerun dagegen eintauschen. Ebenso hält er Samoa für ein geeignetes Tauschobjekt. Zu einem bestimmten Ergebnis kamen wir selbstverständlich dabei nicht, da die Konversation eine rein akademische war. Noch bemerke ich, daß der Admiral Zweifel aussprach, ob der Vertrag zwischen England und China bezüglich der Tschusan-Inseln noch in Kraft sei.

C. Hohenlohe

Nr. 3657

Der Gesandte in Peking Freiherr Schenck zu Schweinsberg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 77 Peking, den 30. November 1895

Antwort auf Telegramm Nr. 60*.

Tsungli Yamen ist bisher unter Vorwand, daß dem Prinzen Kung noch nicht Vortrag gehalten werden konnte, einer näheren Äußerung wegen Flottenstation ausgewichen, ich halte Möglichkeit nicht für völlig ausgeschlossen, daß chinesische Regierung bei amtlichem Antrag Quemoy** als Kohlenstation unter ähnlichen Bedingungen wie fremde

Oktober 1895 vorgelegt wurde. Nach einem Schreiben Admiral Hollmanns an den Staatssekretär Freiherrn von Marschall vom 3. November hätte der Kaiser auf diese Denkschrift hin bestimmt, „daß allerhöchstdieselben den Gedanken einer Besetzung Wei-hai-weis fallen lassen wollen und sich vorbehalten, an Stelle von Wei-hai-wei ein anderes geeignetes Objekt namhaft zu machen.“

* Telegramm Nr. 60 vom 29. November hatte Drahtauskunft verlangt, ob sich das Tsungli Yamen inzwischen wegen der von Deutschland begehrten Flottenstation näher geäußert habe.

** Auf eine Besetzung der Insel Klein-Quemoy bei Amoy als vorläufige Flottenstation anläßlich der im September 1895 erfolgten Plünderung und teilweisen Zerstörung der deutschen Missionsstation Moi'im, die trotz deutscher Reklamationen ungesühnt geblieben war, hatte der Chef des ostasiatischen Kreuzergeschwaders Admiral Hoffmann hingewiesen. Dieser Gedanke war in einer Aufzeichnung des Vortragenden Rats Klehmet vom 13. November aufgenommen

Niederlassungen in Vertragshäfen uns überläßt, aber Erfolg sicherer, wenn erst Besetzung, dann Verhandlung; unerfüllte Versprechungen Yenchaufu können als Rechtfertigung dienen. Admiralität bezeichnet nur Klein- und Groß-Quemoy zusammen als verwendbar, halte Quemoy für wünschenswertesten Erwerb an dieser Küste; gegen Erwerb Kiautschou-Bucht, überhaupt im Norden, Widerspruch Rußlands zu gewärtigen *.

Schenck

Nr. 3658

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Berlin, den 6. Dezember 1895

Euerer Durchlaucht verfehle ich nicht, bei Rückreichung des Schreibens des Herrn Chefs des Marine-Kabinetts vom 14. v. Mts., betreffend die Erwerbung eines Stützpunktes in Ostasien, in der beifolgenden, für den von Seiner Majestät dem Kaiser und König befohlenen Immediatvortrag bestimmten Aufzeichnung ** diejenigen Bemerkungen ehrerbietigst vorzulegen, die ich zu der gleichfalls wieder angeschlossenen Denkschrift des Herrn Kommandierenden Admirals *** vom Standpunkte des Auswärtigen Amtes aus machen zu müssen glaube.

Ich gelange in diesen Bemerkungen zu dem Ergebnis, daß von der seitens des Kommandierenden Herrn Admirals auf das angelegentlichste empfohlenen Erwerbung der Tschusan-Inseln gegenwärtig, und solange nicht eine entscheidende Änderung der allgemeinen Weltlage eintritt, aus höhern politischen Rücksichten abzusehen ist, daß indessen nichts dawidersteht, wegen Überlassung der Insel Quemoy (bei Amoy) oder eines andren für die engeren Marinezwecke geeigneten Punktes von untergeordneterer Bedeutung mit China in Verhandlung zu treten.

Ob etwa bezüglich Quemoy Rußland und Frankreich von uns die Übernahme ähnlicher Verpflichtungen verlangen werden, wie wir

---

worden, die zur Grundlage für einen Immediatvortrag des Fürsten Hohenlohe dienen sollte. Es kam indessen zu einem Beschluß in dieser Richtung nicht, weil eine Denkschrift des Kommandierenden Admirals Knorr vom 8. November, die dem Kaiser am 11. in einem Immediatvortrag vorgelegt wurde, sich gegen Quemoy und Kiautschou und mit aller Entschiedenheit für Tschusan, trotz der englischen Ansprüche auf dieses, aussprach. Vgl. das folgende Schriftstück.

* Eben damals hatte Rußland sich von China die Erlaubnis ausgewirkt, seine Flotte in der Kiautschou-Bucht überwintern zu lassen.

** Hier nicht abgedruckt, weil inhaltlich schon genügend charakterisiert.

*** Vgl. Nr. 3657, Fußnote **.

sie im Verein mit diesen beiden Staaten Japan hinsichtlich der gleichfalls an der Straße von Formosa belegenen Peskadores auferlegt haben, wird abgewartet werden können.

Marschall

Nr. 3659

Der Gesandte in Peking Freiherr Schenck zu Schweinsberg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 269 Peking, den 15. Dezember 1895
[präs. 6. Februar 1896]

Gestern auf dem Tsungli Yamen nach Beendigung des Besuchs des Herrn von Brandt* benutzte ich die Anwesenheit der Prinzen Kung und Tsching und des einflußreichen Ministers Weng-Tung-Ho, um die Frage einer deutschen Kohlenstation in China, die ich bisher nur mit anderen Ministern besprochen, im Sinne der hohen Telegramme Nr. 49** und 53 nochmals anzuregen. Es war überhaupt nur von Einräumung einer Niederlassung unter chinesischer Oberhoheit bzw. von pachtweiser Überlassung eines geeigneten Platzes behufs Anlage einer Kohlenstation die Rede. Eine Stärkung der deutschen Machtstellung in den ostasiatischen Gewässern könne China nur vorteilhaft sein. Die anderen in Betracht kommenden Mächte bedürften einer Flottenstation nicht, da sie schon mit solcher versehen seien. Ein bestimmter Punkt oder Insel wurde nicht namhaft gemacht, ebensowenig auf einen amtlichen Auftrag Bezug genommen. Die Prinzen und Minister hörten mit Aufmerksamkeit zu. Sie waren offenbar informiert über den Gegenstand und zur Antwort vorbereitet. Das Wort führte Prinz Tsching, der äußerte, das Verlangen stehe ohne Vorgang da; wolle man es bewilligen, so würden unzweifelhaft andere Staaten mit ähnlichem Antrag hervortreten und China dadurch in eine sehr schwierige und gefährliche Lage kommen. Schließlich sagte auch Prinz Kung, daß bei aller Freundschaft, die man für Deutschland hege, es doch unmöglich sei, in Verhandlung wegen einer solchen Forderung einzutreten.

Ich lenkte das Gespräch demnächst auf einen anderen Gegenstand.

Schenck

---

* Der frühere Gesandte in Peking von Brandt war damals auf einer Reise in China begriffen.

** Siehe Nr. 3653 nebst Fußnote.

Nr. 3660

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Gesandten in Peking Freiherrn Schenck zu Schweinsberg

Telegramm. Konzept

Nr. 4 Berlin, den 1. Februar 1896

Chinesischer Gesandter* hat mir heut über Flottenstation mitgeteilt, Tsungli Yamen hege Befürchtung, wenn China Deutschlands Wünsche erfülle, könnten andre Staaten gleiches Begehren stellen, dem China in seiner Schwäche nicht Widerstand zu leisten vermöchte. Er frage uns, wie China sich in solchem Falle verhalten solle.

Ich stellte zunächst die Gegenfrage, an welche Staaten das Tsungli Yamen dabei denke, da England, Frankreich längst im Besitz von Schiffsstationen wären, Rußland eine solche noch neuerdings in Kiautschoubucht konzediert erhalten hätte.

Der Gesandte entgegnete, die Überlassung von Kiautschoubucht an Rußland sei nur provisorisch, seines Wissens auf ein Jahr, erfolgt.

Ich bemerkte darauf, daß es auch uns genügen werde, wenn wir eine Kohlenstation leihweise auf einige Jahre bekämen. Wir hätten China einen besonderen Beweis unserer Freundschaft damit gegeben, daß wir trotz seiner gegenwärtigen Schwäche den Weg einer freundlichen Vereinbarung gewählt hätten, obschon verschiedene Fragen, in denen die chinesische Regierung unsere vertragsmäßig begründeten Ansprüche unerfüllt ließ, uns zu einem gewaltsamen Vorgehen volle Berechtigung gegeben haben würden. China möge daraus ersehen, wie wir es wohl mit ihm meinten, es möge aber ebenso überzeugt sein, daß wir den festen Entschluß hätten, auch für uns eine Kohlenstation, wenn auch leihweise, zu erlangen, wie sie die andren, zum Teil weniger als wir in China interessierten Mächte schon besäßen, und daß wir von diesem Entschluß nicht abgehen könnten.

Bitte, bei mündlicher Erörterung der Sache mit Tsungli Yamen gleiche Sprache zu führen. Marschall

Nr. 3661

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 69 St. Petersburg, den 15. Februar 1896

Mein chinesischer Kollege ist der Meinung, wie er mir streng vertraulich mitteilt, daß ohne Anwendung von „ein wenig Gewalt“

* Hsü-Ching-Chêng, der zugleich für Berlin und Petersburg akkreditiert war.

die Abtretungsfrage einer Insel eine Lösung kaum finden dürfte. Berichte des chinesischen Gesandten nach China über diese Frage würden nur platonisch gehalten sein können und daher dort ohne Eindruck bleiben. Er selbst hat Angst, die Sache warm zu befürworten, um nicht von den Schreiern als Verräter betrachtet zu werden.

Radolin

Nr. 3662

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Klehmet

Eigenhändig

Berlin, den 18. März 1896

Das Oberkommando, das Reichsmarineamt sowie der Chef des ostasiatischen Kreuzergeschwaders haben wiederholt und einstimmig den Erwerb einer Kohlen- und Flottenstation als eine dringende Notwendigkeit gefordert.

Die deutsche öffentliche Meinung, ausgedrückt in Zeitungsäußerungen aller Parteien, hat sich in gleichem Sinne ausgesprochen, namentlich „Kreuzzeitung", „Deutsche Tageszeitung", „Hamburger Nachrichten", „Hamburger Korrespondent", „Hannoverscher Kurier", „Münchener Neueste Nachrichten", „Münchener Allgemeine Zeitung", „Magdeburger Zeitung", „Frankfurter Zeitung".

Zahlreiche an den Reichskanzler gerichtete Eingaben von Privaten und Vereinen gehen in derselben Richtung (Eingaben des Vereins für Handelsgeographie und Kolonialpolitik in Deutschland, der Ortsgruppe Kassel des Alldeutschen Verbandes, der Ortsgruppe Kapstadt des Alldeutschen Verbandes, der Einwohner von Groß-Ilsede, von Paul Rehter * und Genossen in Mannheim, des Prof. Frhr. von Richthofen).

Auch im Auslande haben sich keine oder nur ganz vereinzelte Stimmen dagegen geäußert:

Was Rußland anbelangt, so hat der Russische Kaiser in einem Brief an Seine Majestät unser Verlangen nach einem Stützpunkt in Ostasien als selbstverständlich bezeichnet **. Von der russischen Presse haben wenigstens die „Moskowskija Wjedomosti" anerkannt, Deutschland könne wegen der Bedeutung seines ostasiatischen Handels und seiner China geleisteten Dienste einen Stützpunkt an der chinesi-

---

* Verschrieben für „Richter".

** Vgl. Nr. 3648, S. 12, Fußnote **.

schen Küste verlangen. Sonst haben die russischen Zeitungen sich immerhin dahin ausgesprochen, daß es für Rußland gleichgültig sei, ob Japan Wei-hai-wei oder irgendetwas im Süden von China behalte. Das gleiche müssen sie daher mindestens auch für uns gelten lassen.

In England hatte Graf Hatzfeldt bei seinen Unterredungen mit den Mitgliedern des damaligen liberalen Kabinetts (im April v. Js.) den Eindruck erhalten, daß wir auf die Unterstützung der englischen Regierung für die Erwerbung eines Stützpunktes rechnen könnten. Die englische Zeitung „Mercury“ hat sich noch anfangs dieses Jahres günstig, die „Morning Post“ wohlwollend neutral ausgesprochen. Dagegen haben die in Hongkong erscheinenden englischen Blätter die fälschlichen Nachrichten von deutschen Absichten auf Quemoy oder Namo mit entschiedener Genugtuung begrüßt.

Die japanische Regierung scheint nach Äußerungen ihrer Staatsmänner eine Festsetzung Deutschlands auf chinesischem Gebiete nicht ungern zu sehen.

Die chinesische Bevölkerung würde sich nach Berichten des Kaiserlichen Konsulats in Amoy zu einer selbst ohne vorgängigen Vertrag mit China erfolgenden Inbesitznahme eines chinesischen Küstenplatzes mindestens gleichgültig, die fremde eher wohlwollend verhalten.

Der chinesische Gesandte für Berlin und Petersburg sowie sein Legationssekretär Kreyer haben im Februar d. Js. empfohlen, uns direkt in den Besitz des gewünschten Platzes zu setzen und dann erst zu verhandeln. Der Gesandte will seinerseits die Sache in Peking aus Furcht vor patriotischen Schreiern nicht anregen, ohne Anwendung von „ein wenig Gewalt“ würden wir nichts erreichen.

Der Kaiserliche Gesandte in Peking hat wiederholt und dringend ein gleiches Vorgehen empfohlen. Er befürwortet, als äußeren Anlaß dazu die Verschleppung der Erledigung der Beschwerden unserer katholischen Missionare wegen der Vorgänge in Jentschoufu zu benutzen. Andrenfalls befürchtet er eine ernsthafte Gefährdung unseres Prestiges in China. In Schantung genießen wir nach ihm und den wiederholten Klagen des Bischofs Anzer schon jetzt keine Achtung bei Behörden und Bevölkerung. Diese sagen: Deutschland droht nur, es hat große Worte, aber keine Taten. Bischof Anzer verlangt stürmisch im Interesse seiner Mission ein energisches Vorgehen, um den Chinesen wieder Respekt einzuflößen. Er deutet an, daß seine Missionare ihn sonst drängen möchten, wieder in den französischen Schutz zurückzukehren, der sich als der wirksamere erweise.

Klehmet

Nr. 3663

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Reinschrift

Berlin, den 19. Juni 1896

Mit dem Vizekönig Li-Hung-Tschang* hatte ich in den letzten Tagen zwei längere Unterredungen politischer Natur, welche jedesmal mehrere Stunden in Anspruch nahmen; sie betrafen unsere gesamten Beziehungen zu China, wie sie sich auf Grund der jüngsten Ereignisse in Ostasien gestaltet haben.

Der Vizekönig wiederholte mir zu öfteren Malen, wie dankbar man in China für die erfolgreiche Intervention Deutschlands in der Liaotungfrage** sei, und wie überall der Wunsch bestehe, die freundschaftlichen Verhältnisse zwischen beiden Ländern nicht nur zu erhalten, sondern auch zu kräftigen. Im Laufe der Äußerungen des Vizekönigs war jedoch zu bemerken, daß sein Dank nicht ein ganz unbeschränkter war, und daß man offenbar bei seiner jüngsten Anwesenheit in Rußland bestrebt gewesen ist, Rußlands Anteil in der Liaotungfrage als den maßgebenden zu schildern und alles das, was nicht nach Chinas Wunsch geschah, Deutschland zur Last zu legen. Der Vizekönig bemerkte lächelnd, daß wir von Anfang an doch viel größere Sympathie für Japan als für China gehabt hätten, und daß auch heute noch diese Anschauung bei uns fortdauere; nur dadurch könne er sich erklären, daß Deutschland beim Beginn des Krieges, als das wohlvorbereitete Japan das gänzlich unvorbereitete China ohne jeden Grund überfiel, eine so passive Rolle gespielt habe. Sodann aber sei ihm in Rußland gesagt worden, daß die Entschädigung von 30 Millionen Taels, welche China für die Retrozession von Liaotung gezahlt habe, von Deutschland verlangt worden sei und Rußland in dieser Beziehung einer deutschen Pression nachgegeben habe, während es ursprünglich bestrebt gewesen sei, die Rückgabe Liaotungs an China ohne jede Entschädigung durchzusetzen.

Ich bemerkte dem Vizekönig, daß die Passivität Deutschlands bei Beginn des chinesisch-japanischen Krieges vornehmlich darin ihren Grund gehabt habe, daß England von Anfang an eine Politik der völligen Indifferenz beobachtete, obgleich es die größten Interessen in Ostasien besitze. Wenn man dem Vizekönig in Rußland mitgeteilt

* Ende März 1896 hatte der chinesische Vizekönig Li-Hung-Tschang eine Rundreise an die europäischen Höfe angetreten, wesentlich zu dem Zwecke, um eine Erhöhung der chinesischen Seezölle zu erlangen. Am 30. April kam er in Petersburg an, wo er von Kaiser Nikolaus II. empfangen wurde, um die Mitte Juni dann in Deutschland, wo er am 14. Juni eine Audienz bei Kaiser Wilhelm II. hatte (vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jahrg. 1896, S. 81 f.) und auch dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruh einen Besuch abstattete.

** Vgl. Bd. IX, Kap. LVII.

habe, daß Rußland den vornehmsten Anteil an der Rückgabe von Liaotung habe, und wenn es nach russischen Wünschen gegangen wäre, diese Rückgabe umsonst erfolgt wäre, so spreche dies für den Patriotismus desjenigen Russen, der dem Vizekönig dies erzählt habe. Derselbe habe es offenbar als für Rußland nützlich erachtet, die Dinge so darzustellen, als ob China nur an Rußland und keinem anderen Staate verpflichtet sei, vermutlich mit dem Hintergedanken, daraus praktische Konsequenzen in der Form chinesischer Gegenleistungen zu ziehen. Ich würde meinerseits mit viel größerem Rechte behaupten können, daß, wenn Deutschland an der Intervention nicht teilgenommen hätte, Japan überhaupt niemals in der Liaotungfrage nachgegeben haben würde. Für diese Anschauung würde ich in der Lage sein, mich auf sehr positive Beweismittel zu stützen*. Übrigens wolle ich diesen Gedanken weiter nicht verfolgen, China müsse jedenfalls Deutschland neben Rußland als diejenige Macht betrachten, welcher es die Rückgabe von Liaotung verdanke. Davon, daß wir die Zahlung einer Entschädigung seitens Chinas durchgesetzt und auf Rußland sogar eine Pression geübt hätten, sei mir nichts bekannt, im Gegenteil seien wir mit Rußland und Frankreich von Anfang an darin einer Meinung gewesen, daß man Japan billigerweise die Rückgabe von Liaotung nicht zumuten könne ohne Geldentschädigung. Man sei davon ausgegangen, daß, wenn bei den Friedensverhandlungen in Schimonoseki Japan den Verzicht auf Liaotung angeboten hätte gegen eine höhere Kriegsentschädigung, China zweifellos einen solchen Vorschlag akzeptiert haben würde. Die Entschädigungsforderung Japans sei ursprünglich viel höher gewesen, und ihre Ermäßigung auf 30 Millionen Taels sei eine Folge der gemeinsamen Bemühungen von Deutschland und Rußland. Was die Sympathien für Japan beträfe, so sei ja richtig, daß man bei uns, namentlich in militärischen Kreisen, die Waffenerfolge Japans begrüßt habe, aus dem einfachen Grunde, weil man sie indirekt als Siege deutscher Kriegswissenschaft angesehen habe. Der Gedanke des Vizekönigs, daß wir parteiisch zugunsten der Japaner seien, überrasche mich insofern, als man in Japan umgekehrt uns der Parteilichkeit für China beschuldigt habe. Aus dieser Tatsache ergebe sich, daß wir volle Unparteilichkeit bewahrt hätten. Das wolle ich dem Vizekönig ganz offen sagen, daß mit Japan leichter zu verhandeln sei als mit China, denn was auch immer in den letzten Jahren wir mit dem Tsungli Yamen verhandelt hätten, alles sei unglaublich in die Länge gezogen worden. Man habe gemachte Zugeständnisse nicht gehalten, sondern wieder zurückgezogen, und selbst in einer Frage, die ein Lebensinteresse für China bilde, nämlich der Reform der Armee durch deutsche Instrukteure, habe sich die chinesische Regierung nicht so verhalten, daß wir danach große Lust empfänden, in dieser Beziehung weitere

* Vgl. Bd. IX, Kap. LVII, Nr. 2226, 2235, 2245, 2252, 2262.

Schritte zu tun. Der Vizekönig erkannte die Langsamkeit der chinesischen Behörden als einen schwerwiegenden Fehler an und sagte mir lächelnd, daß niemand mehr davon überzeugt sein könne als er selbst, aber die Chinesen hielten so sehr am Alten, daß, wer irgendetwas Neues wolle, außerordentlich vorsichtig zu Werke gehen müsse, wenn nicht die Gefahr von Revolution oder selbst Anarchie eintreten solle; die Maschine müsse sehr leicht und vorsichtig behandelt werden; wenn er, der als ein Mann der Reform bereits viel angegriffen werde, nicht vorsichtig zu Werke gehe, so würde dies Wasser auf die Mühle seiner zahlreichen und mächtigen Feinde sein. Er bedauere die vollkommene Passivität Englands vor dem Ausbruch des Krieges, während es doch seine Sache gewesen sei, als meistinteressierte Macht den grundlos von Japan heraufbeschworenen Krieg zu verhindern. Die Japaner hätten bis zum letzten Augenblick durch falsche Friedensbeteuerungen die Chinesen getäuscht und unter dem Schutze derselben sich bis an die Zähne gerüstet, während China gar nichts vorbereitet gehabt habe. Als der Kaiser beschlossen habe, Frieden zu machen, sei er, Li-Hung-Tschang, mit der Vollmacht nach Schimonoseki gesandt worden, Frieden um jeden Preis zu schließen. Er habe in die Zession von Liaotung gewilligt in der Überzeugung, daß die Mächte dies nicht dulden würden. Das habe er ganz offen dem Grafen Ito gesagt und von diesem die Antwort erhalten, daß Japan die volle Verantwortlichkeit für das, was es tue, tragen werde. Als dann die von ihm vorausgesagte Intervention der Mächte eingetreten sei, habe sich sein — Li-Hung-Tschangs — Prestige in Peking außerordentlich gehoben, er sei aber der Zielpunkt ernster Vorwürfe geworden, als nachträglich die hohe Entschädigungssumme, die China zu zahlen habe, bekannt geworden sei. Er wolle mir ja alles glauben, was ich ihm in dieser Beziehung sage, insbesondere, daß wir es nicht allein gewesen sind, die für die Entschädigung eintraten, aber diese Entschädigung von 30 Millionen sei doch eine unerträgliche Last für China geworden, nachdem es schon eine Kriegsentschädigung von 200 Millionen Taels zu entrichten habe. Durch die Anlehen, welche China in Rußland, Frankreich, England und Deutschland bis jetzt erhoben, werde der größte Teil der chinesischen Zolleinnahmen bereits absorbiert, und doch müßten weitere Anlehen gemacht werden für die großen Ausgaben, die China noch bevorstehen. China müsse finanziell ruiniert werden, wenn ihm die Mächte nicht eine Erhöhung der Zölle zugeständen. China erhebe bis jetzt von allen Mächten die niedrigsten Zölle, nämlich 5% der Wertes. Die bezüglichen vertragsmäßigen Zusagen seien dem Lande vor mehr als 30 Jahren durch Bedrohen mit Bajonetten abgezwungen worden. Nach dem damaligen Silberkurse habe man für 3 Taels 1 £ Gold erhalten, jetzt bedürfe man hierzu etwa 6 Taels. Der Goldwert der damals stipulierten Zölle sei also infolge des Rückganges des Silberpreises auf die Hälfte gesunken, und es sei doch

nicht mehr als billig, daß China jetzt seine Zölle entsprechend dem Rückgange des Silberpreises erhöhe, das heißt verdoppele.

Ich entgegnete dem Vizekönig, daß er bei seiner Argumentation einen wichtigen Punkt zu übersehen scheine: Wenn ich auch anerkennen müsse, daß die Zolleinnahmen Chinas in ihrem Goldwerte seit den letzten 30 Jahren wesentlich zurückgegangen seien, so müßte ich andererseits darauf hinweisen, daß der Rückgang des Silberpreises für die deutschen Exporteure eine schwere Schädigung bedeute, denn während sie früher von dem chinesischen Käufer für eine Ware 3 Taels verlangen mußten, um 1 £ Gold zu haben, so müssen sie jetzt 6 Taels für die Ware verlangen. Unsere Waren, die wir nach China exportierten, seien daher für die chinesischen Konsumenten um den Betrag des Rückganges des Silberpreises teurer geworden, und dadurch leide jetzt schon unser Export. Der Vizekönig möge auch bedenken, daß das, was unsere Kaufleute als eine Schädigung ihrer Interessen ansehen, in unserem Parlamente zum Ausdruck gelange und wir die Verwerfung eines Vertrags mit China befürchten müßten, welcher die Lage unserer Exporteure wesentlich verschlechtere. Darum wolle ich aber nicht sofort „nein" sagen. Wolle die chinesische Regierung von uns eine Konzession haben von so großer Bedeutung wie die Verdoppelung der chinesischen Eingangszölle, so sei die nächste Frage, was China uns dafür biete? Ich wollte mit ihm in dieser Beziehung ganz offen und ohne jeden Rückhalt sprechen.

Unsere Haltung in der Liaotungfrage sei nicht eine vereinzelte politische Aktion gewesen, vielmehr entspringe sie einem Grundsatze, den wir künftig in Ostasien durchzuführen gedächten, und den wir von allen interessierten Mächten zu allererst ausgesprochen hätten, nämlich dem Gedanken der Erhaltung des ostasiatischen Gleichgewichts und der Integrität des chinesischen Kontinents. Schon am 4. März v. Js., während der japanisch-chinesische Krieg noch im Gange war, hätte ich unseren Gesandten in Tokio telegraphisch beauftragt, der japanischen Regierung zu erklären, daß japanische Erwerbungen auf dem chinesischen Kontinente eine Intervention der Mächte nach sich ziehen würden*. Wir hätten bei Aufstellung dieses Grundsatzes und bei der Durchführung desselben natürlich in erster Reihe eigene deutsche Interessen im Auge, welche die Erhaltung des ostasiatischen Gleichgewichts erheischten, ich meine aber, die chinesische Regierung habe an der Verfechtung dieses Grundsatzes durch eine europäische Großmacht ein um so dringenderes Interesse, wenn diese Großmacht, wie es bei Deutschland der Fall sei, seine Uneigennützigkeit durch die Tat bewiesen und gezeigt habe, daß es ihm vornehmlich darauf ankomme, seine wirtschaftlichen Beziehungen mit China zu erhalten und zu fördern. Jene deutsche Politik sei aber auf die Dauer nicht durchzuführen ohne den Besitz eines festen Stützpunktes für unsere Flotte

* Vgl. Bd. IX, Kap. LVII, Nr. 2226.

als der naturgemäßen Vertreterin und Schützerin unserer ostasiatischen Interessen. Der Besitz einer deutschen Flottenstation sei eine unabweisliche Forderung Deutschlands. Wir müssen in den chinesischen Gewässern eine Station besitzen mit einem geräumigen Hafen und einer Umgebung, welche die Anlage einer Kohlenstation, die Errichtung von Docks und von Befestigungen zu ihrem Schutze ermögliche. Der gegenwärtige Zustand, welcher uns zwinge, unsere Kohlen bei anderen zu nehmen und bei etwaigen Reparaturen fremde Docks anzulaufen, sei weder der Würde noch den deutschen Interessen entsprechend; und ich würde der Aufrichtigkeit ermangeln, wollte ich dem Vizekönig vorenthalten, daß der Besitz einer solchen Station die unumgängliche Voraussetzung sei für den Eintritt in irgendwelche Verhandlungen und überhaupt für die Aufrechterhaltung jener ostasiatischen Politik, von der wir in der Liaotungfrage China einen Beweis gegeben haben. Die chinesische Regierung müsse sich klar darüber sein, ob sie ihre Lage verbessere, wenn sie ein solches Verlangen zurückweise und damit Deutschland zwinge, ausschließlich seine eigenen Interessen zur Richtschnur seines Verhaltens zu machen. Der Vizekönig entgegnete mir, daß ihm der Wunsch Deutschlands, eine Flottenstation in chinesischen Gewässern zu besitzen, wohl bekannt sei; die Schwierigkeit, dieses Verlangen zu erfüllen, liege darin, daß, wenn Deutschland eine solche Station erhalte, andere Staaten das gleiche Verlangen stellen würden. Auf meinen Einwand, daß Rußland seine Flotte bereits in der Kiautschoubucht ankern lasse, entgegnete der Vizekönig mit großer Lebhaftigkeit, Rußland habe keinerlei Recht auf diese Bucht, China habe nur für einige Monate diese Bucht der russischen Flotte zur Verfügung gestellt. Auch während seiner jüngsten Besprechung in Rußland sei die russische Regierung durchaus uneigennützig gewesen; er selbst habe dem Kaiser von Rußland davon gesprochen, es möge doch Rußland an der koreanischen Küste einen Hafen erwerben, aber der Kaiser habe dies zurückgewiesen. Mit keinem Worte sei davon die Rede gewesen, daß Rußland eine Konzession für sein Eintreten in der Liaotungfrage erwartete. Ich bemerkte dem Vizekönig, daß wir eine Kompensation für unser Eintreten in der Liaotungfrage ebensowenig verlangten wie Rußland. Es handle sich hier lediglich darum, daß eine Forderung erfüllt werde, die für uns unabweislich sei zur Förderung unseres Handels mit China und zur Fortführung unserer ostasiatischen Politik, die wir in der Liaotungfrage inaugurierten. Wir seien also ebenso uneigennützig wie Rußland. Wenn Rußland kein großes Gewicht auf den Besitz eines Hafens lege, wie der Vizekönig behaupte, sei dies erklärlich, denn es besitze in Wladiwostok einen solchen Hafen, auch werde es ihm nicht schwer fallen, an der koreanischen Küste einen Hafen zu erwerben; endlich sei die Lage insofern verschieden, als Rußland Nachbar von China und für seine Handelsbeziehungen also nicht wie wir auf den Seeweg angewiesen sei und durch die Erbauung der

transsibirischen Eisenbahn bzw. ihre Fortsetzung durch chinesisches Gebiet in kürzester Frist alles das besitzen würde, dessen es zur Wahrung seiner Interessen, insbesondere zur Förderung seines Handels mit China bedürfe. England habe bereits seine festen Stützpunkte in Ostasien, desgleichen Frankreich, nur Deutschland besitze einen solchen nicht. Dieser Zustand sei für uns nicht erträglich. Wenn sich die chinesische Regierung, wie ich erwartete, erst davon überzeugte, daß in Wahrheit Deutschland ihr Liaotung wieder verschafft habe, so werde sie sich auch nicht weigern können, Deutschland die Forderung zu erfüllen, die unumgänglich sei, um seine ausgleichende Politik in Ostasien weiter zu führen. Ich sei weit entfernt, irgendeine der in Ostasien interessierten Mächte des Eigennutzes zu beschuldigen, aber das müsse ich doch hervorheben, daß die „Uneigennützigkeit" Rußlands, Englands und Frankreichs China gegenüber wesentlich bekräftigt werden würde, wenn Deutschland, gestützt auf eine Flottenstation, als aktiver Fakor in ostasiatischen Fragen auftrete. Die chinesische Regierung möge sich klar darüber werden, ob es für die chinesische Regierung vorteilhafter sei, Deutschland die verlangte Flottenstation zu gewähren oder eventuell darauf zu verzichten, daß Deutschland seine bisherige ostasiatische Politik weiterführe. Der Vizekönig erwiderte auf diese Bemerkung mit ganz außerordentlicher Lebhaftigkeit, wie mir der Dolmetscher später sagte, weil er in den letzten Worten eine Drohung fand, wir könnten eventuell eine China feindliche Politik in Ostasien verfolgen. Der Vizekönig erkannte an, daß meine Ausführung zuträfe und die Einräumung eines solchen Platzes für China weit aufgewogen sei durch die Erhaltung freundschaftlicher und guter Beziehungen mit Deutschland. Er könne mir auch sagen, daß er selbst schon in Peking für unser Verlangen eingetreten sei und das auch in Zukunft tun werde; nur möchte er wissen, ob wir China auch dann ferner aktiv unterstützen würden? Ich entgegnete ihm, in dieser Beziehung seien die Interessen der Völker stärker als jede schriftliche Vereinbarung. Wenn wir durch den Besitz einer Flottenstation, durch Vergrößerung unseres Handels, durch Beteiligung deutschen Geldes an chinesischen Eisenbahnunternehmungen und anderen Dingen ein gesteigertes Interesse an der Erhaltung der Integrität des Chinesischen Reiches uns schaffen würden, so würden wir selbstverständlich auch für die Erhaltung und zum Schutz dieser Interessen eintreten. Der Vizekönig bemerkte, mit diesem Argument würde ich in China die größte Wirkung hervorrufen, und er bäte mich, diesen Gedanken doch recht scharf zu betonen; er werde in demselben Sinne nach Peking berichten, nur möge ich bedenken, daß gerade jetzt nach dem unglücklichen Kriege es für China schwierig sei, auf ein Stück seines Territoriums zu verzichten. Ich erwiderte, daß wir über die Form der Abtretung mit uns reden lassen würden. Wenn uns China auf 50 Jahre pachtweise einen Hafen und für die Erbauung der Docks und der Kohlenstation das nötige Hinterland pachtweise abträte, so würde

auch auf diesem Boden eine Verständigung gefunden werden können. Der Vizekönig bemerkte wiederholt, daß auch er eine Verständigung in dieser Hinsicht für wahrscheinlich erachte und seinerseits alles tun wolle, daß eine solche erreicht werde.

Ich ging darauf auf die Frage der Erbauung von Eisenbahnen mit deutschem Kapital über und wies darauf hin, daß vor kurzem die Deutsch-Ostasiatische Bank bei der chinesischen Regierung ein Angebot bezüglich der Erbauung einer Bahn von Schanghai nach Nanking unter günstigen Bedingungen eingereicht habe; es soll auch chinesisches Kapital dabei zugelassen werden, die Administration eine gemischt chinesisch-deutsche sein, eine chinesische Staatsgarantie eintreten und nach 72 Jahren die Bahn in das Eigentum der chinesischen Regierung übergehen. Wenn auf diese Weise durch Überlassung der Flottenstation und durch Übertragung einzelner großer Eisenbahnlinien an deutsche oder gemischt deutsch-chinesische Gesellschaften, eventuell auch durch einen Vertrag über Patent-, Muster- und Markenschutz die chinesische Regierung uns durch die Tat bekunde, wie es ihr daran gelegen sei, unsere friedlichen kommerziellen Interessen zu fördern und zu schützen, so würden wir bezüglich des Antrags auf Erhöhung der Zölle ein prinzipielles Nein nicht sagen, sondern uns in nähere Verhandlungen einlassen. Der Vizekönig schien über diese Mitteilung sehr befriedigt. Aus seinen Äußerungen entnahm ich, daß man in Rußland ihm eine ähnliche Antwort gegeben und daran die Frage der Erbauung von Eisenbahnen mit russischem Kapital durch die Mandschurei geknüpft hatte. Dabei bemerkte Li-Hung-Tschang, daß er selbst keinerlei Vollmacht besitze, mit einem der Staaten definitiv abzuschließen, seine Mission vielmehr wesentlich darin bestehe, „to open the question". Unter der Hand erfuhr ich von Herrn Detring *, daß Li-Hung-Tschang es im Interesse seiner eigenen persönlichen Stellung für notwendig erachtet, nach Peking mit dem Resultate heimzukehren, daß die Mächte prinzipiell mit der Zollerhöhung einverstanden sind, so daß er gleichsam die 25 Millionen Taels jährliche Mehreinnahme mit nach Hause bringe. Er besorgt am meisten den Widerstand Englands, glaubt aber denselben zu besiegen, wenn er von Rußland, Deutschland und Frankreich ein, wenn auch nur eventuelles prinzipielles Zugeständnis mitbringt. Über die englische Politik sprach er sich außerordentlich ungünstig aus, sie sei nicht nur eigennützig, sie sei kurzsichtig und schwankend. Dagegen floß er über in Anerkennung dessen, was er hier in Deutschland gesehen, und was man ihm geboten habe. Die Vorstellung des Lehrbataillons in Potsdam, die militärischen Vorstellungen in Frankfurt an der Oder, die Besichtigung der Löweschen Fabrik haben ihn mit

* Chinesischer Seezolldirektor, Deutscher von Geburt, damals auf Urlaub in Deutschland weilend und beauftragt, Li-Hung-Tschang während dessen Aufenthaltes in Deutschland zur Seite zu stehen. Bei den Unterredungen Li-Hung-Tschangs mit Marschall fungierte er als Dolmetscher.

außerordentlicher Bewunderung erfüllt und ihn in seinem Urteile bestärkt, daß Deutschland der mächtigste Staat und die deutsche Armee die erste Armee der Welt sei; er kam immer wieder darauf zurück, wie wünschenswert es sei, daß die chinesische Armee und die chinesische Marine nach deutschem Muster reorganisiert werden. Ich nahm dabei wiederholt Gelegenheit, ihm zu sagen, daß es an unserer Bereitwilligkeit nicht fehlen werde, seinen Wünschen in dieser Beziehung entgegenzukommen, daß wir aber allerdings einigermaßen abgeschreckt seien durch die unglaubliche Langsamkeit und die Weiterungen, denen wir bei derartigen Verhandlungen in Peking ausgesetzt seien. Wolle man deutsche Instrukteure haben, so müsse man ihnen die Stellung einräumen, in der sie wirklich etwas leisten können, und man dürfe nicht einen Tag um Instrukteure bitten und, wenn man monatelang darüber verhandelt hat, die ganzen Verhandlungen unter nichtigen Vorwänden wieder abbrechen.

Der Vizekönig machte gar keinen Versuch, dieses Verfahren zu entschuldigen und kam nur immer darauf zurück, daß in China von alters her alles einen gewissen Gang gehe, und wer zu schnell die bessernde Hand anlege, nur Schaden anrichte. Er teilte dabei das interessante Faktum mit, daß die Minister, welche knieend ihre Immediatvorträge zu erstatten haben, immer nur dreißig Minuten lang Audienz beim Kaiser haben, und zwar stets morgens um drei Uhr nach alt hergebrachter Sitte. Sehr häufig gebe dann der Kaiser keine Entscheidung, so daß es wochenlang dauere, bis dieselbe Sache wieder in Fluß komme.

Schließlich übergab mir Li-Hung-Tschang das anliegende Promemoria über die Zollfrage* mit der Bemerkung, daß die chinesische Regierung einen besonderen Bevollmächtigten mit der Verhandlung betrauen werde, worauf ich ihm nochmals den diesseitigen Standpunkt mit dem Bemerken klar machte, daß die von uns verlangten Voraussetzungen erfüllt sein müßten, bevor wir überhaupt in Verhandlungen über diese Frage einträten. Der neuernannte Gesandte Freiherr von Heyking werde in dieser Beziehung die strikteste Instruktion erhalten.

Marschall

Nr. 3664

Der Gesandte in Peking Freiherr von Heyking an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 102 — Peking, den 22. August 1896
Geheim — [eingegangen am 11. Oktober]

Bei meiner Zusammenkunft mit dem Admiral Tirpitz in Tschifu hatte derselbe mir sogleich von den Vorzügen der Kiautschoubucht[1]

* Hier nicht abgedruckt.

gesprochen, die einen sicheren Ankerplatz biete, leicht und mit geringen Kosten für den ersten Bedarf zu befestigen sein würde, und deren Umgebung auf dem Festlande, wenn man dem bekannten Richthofenschen Werke über China Glauben schenken wollte, große wirtschaftliche Vorteile dank den in der Nähe befindlichen Steinkohlenlagern bieten könnte. Das verhältnismäßig kühlere Klima der Kiautschoubucht würde unseren eventuell dort stationierten Mannschaften gesundheitlich zuträglicher sein als die hohe Temperatur, die in den Südhäfen Chinas herrscht. — Das ungünstige Ergebnis einer im vergangenen Jahre ausgeführten Besichtigung der Kiautschoubai bezeichnete Admiral Tirpitz als auf ungenügender Beobachtung beruhend und äußerte die Absicht, demnächst selbst die Bai zu besuchen und genauere Nachforschungen anzustellen.

Ich wandte dem Admiral sogleich ein, daß, soviel mir bekannt, die Russen die Kiautschoubucht als zu ihrer Interessensphäre gehörig betrachteten, wie denn auch mehrere russische Kriegsschiffe dort bereits den vergangenen Winter zugebracht hätten.

Da der Admiral aber die Ansicht vertrat, daß die Russen bereits mit Korea und Liaotung genug zu tun hätten und ihnen dort geeignete und ihrer Basis nähergelegene Häfen zur Verfügung ständen, und er dabei immer wieder die Vorzüge der Kiautschoubucht als Flottenstation [2] hervorhob, so nahm ich mir vor, mir sobald wie möglich über die Beziehungen der Russen zu genannter Bai Klarheit zu verschaffen.

Die Gesprächigkeit des Grafen Cassini *, der mich sehr liebenswürdig als einen alten Bekannten empfing, gab mir bald Gelegenheit, der Kiautschoubucht Erwähnung zu tun mit dem Bemerken, ich hätte soeben die Bucht von Tschifu kennengelernt und gesehen, daß es ein bei rauher Witterung gänzlich unbrauchbarer Ankerplatz sei; die südlich gelegene Kiautschoubucht sei wohl gesicherter und wäre deshalb von den russischen Schiffen zur Überwinterung gewählt worden. — Graf Cassini erwiderte mir darauf fast wörtlich: „Ich will ganz offen mit Ihnen reden: Wir brauchen durchaus einen eisfreien Hafen, was Wladiwostok nicht ist. Bisher haben wir in Korea keinen geeigneten Hafen gefunden, und, wie ich ausdrücklich erwähnen will, mit Port Arthur ist es auch nichts. Tschifu ist, wie Sie selbst gesehen haben, unbrauchbar; da ist die Kiautschoubai der einzige nächstgelegene Platz, den wir finden können [3]." Dann setzte Graf Cassini hinzu: „Wenn deutsche Schiffe für den Winter nach der Kiautschoubucht kommen wollen, so werden wir sie gerne willkommen heißen, ebenso auch französische Schiffe; falls Sie mich aber fragen wollten, ob wir englische Schiffe dort hineinlassen würden, so würde ich antworten: ‚Nein!' Denn die Kiautschoubucht ist uns offiziell von den Chinesen als Winterstation für unsere Flotte eingeräumt

---

* Russischer Gesandter in Peking.

worden." — Nach einigen Bemerkungen über Korea fügte Graf Cassini noch hinzu: „Ich kann ja nicht sagen, daß wir mit der Zeit nicht auch auf Korea einen guten Hafenplatz finden werden, zurzeit aber ist dies nicht der Fall."

Graf Cassini teilte mir dann noch mit, daß eine erhebliche Verstärkung des russischen Geschwaders in den chinesischen Gewässern in Aussicht stehe; namentlich würden einige stark gebaute, aber flach gehende Kanonenboote hergesandt werden, die imstande wären, die Flüsse weit aufwärts zu befahren und z. B. vor die Taku-Forts bei Tientsin vorzudringen. Er fügte hinzu, er glaube, daß solche Fahrzeuge für die hiesigen Verhältnisse von besonderem Nutzen wären, und daß auch wir die Notwendigkeit empfinden würden, solche Kanonenboote bei unserem Geschwader zu haben.

Ich habe mittelst vertraulichen Privatschreibens Admiral Tirpitz davon benachrichtigt, daß die Kiautschoubucht bereits von russischer Seite ins Auge gefaßt worden sei, und daß ich ihn bäte, von derselben absehen zu wollen.

Wie der Kaiserliche Vizekonsul Dr. Lenz übrigens unter dem 12. d. Mts. meldete, hat Admiral Tirpitz am Tage vorher auf S. M. S. „Kaiser" die Kiautschoubucht besucht.

Frh. v. Heyking

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Also doch!

[2] die Bucht konnten wir im vorigen Sommer haben, und da wollte sie die Marine nicht; ich war bestimmt dafür!

[3] den haben wir uns nett verscherzt!

Nr. 3665

*Aufzeichnung des Kommandierenden Admirals der Marine von Knorr**

Reinschrift

Ganz geheim — Berlin, den 9. November 1896

Die Rücksprache mit Herrn Detring** hat am 3. November stattgefunden. Derselbe hat sich dabei wie folgt geäußert:

---

* Die Aufzeichnung, die dem Auswärtigen Amt von Admiral von Knorr am 9. November übersandt wurde, stellt den Inhalt eines dem Kaiser an diesem Tage gehaltenen Immediatvortrags dar. Laut Schreiben Knorrs vom 9. November war ihm vom Kaiser am 2. November befohlen worden, mit Detring über die Kiautschoubucht Rücksprache zu nehmen und dem Kaiser über das Ergebnis Vortrag zu halten.

** Vgl. Nr. 3663, S. 33, Fußnote *.

Die Kiautschoubucht eignet sich in hervorragendem Maße für den Erwerb durch Deutschland, denn

1. der Hafen liegt günstig für Beherrschung der Ein- und Ausfuhr des Nordens von China, nicht nur von Schantung.

2. Seine Lage ist auch günstig für Dock- und Werftunternehmungen, da er nicht sehr weit vom Jangtse entfernt ist, wo tiefgehende Schiffe keine Gelegenheit für Docken und Reparieren finden, und im Norden Bauwerften fehlen.

3. Das Hinterland ist reich und aufnahmefähig. Es enthält Kohle, Eisen und andere Mineralien.

4. Verkehrswege sind teils schon vorhanden, teils leicht herzustellen. Kiautschou bildet einen guten Ausgangspunkt für eine Bahn nach Peking.

5. Die Bewohner dieser Gegend sind die besten von ganz China, sowohl in körperlicher als in geistiger Beziehung.

6. Das Klima ist für Ansiedelung von Europäern durchaus geeignet.

7. Baggerungen im Hafen zur Herstellung ausreichender Tiefen würden keine Schwierigkeiten bieten, da der Grund überall aus weichem Mudd besteht; Neuanschwemmungen sind nicht zu befürchten, solange der Hoangho seine Schlammassen in den Golf von Petschili führt.

Herr Detring behauptete, daß die Kiautschoubucht die Russen vielleicht für diesen Winter als Überwinterungshafen zugewiesen erhalten hätten, auch sich durch öfteres Erscheinen mit Schiffen daselbst als Herren der Bucht aufspielen würden, daß aber von einer Abtretung derselben an Rußland keine Rede sei. Er habe die bündigsten Versicherungen maßgebender Personen vom Gegenteil. Er empfahl, nach wie vor das Augenmerk auf Erwerb derselben zu richten. England würde dabei keine Schwierigkeiten machen, Englands und Deutschlands Interessen seien in China identisch; England würde es mit Freude begrüßen, wenn Deutschland im Norden Chinas seinen Einfluß vergrößerte und dem Rußlands entgegenarbeitete. Dagegen würde Rußland der Abtretung der Kiautschoubucht schwerlich zustimmen, jedenfalls nur, wenn China ihm einen ähnlich guten Ankerplatz, beispielsweise Talienwan, einräumt.

Der Gesandte sollte deshalb seine Bemühungen, eine Abtretung der Kiautschoubucht mit dem umliegenden Gebiete zu erzielen, fortsetzen, bei großem Widerstande aber schließlich sich mit Landkonzessionen zufrieden geben, welche alles das Gebiet umfassen, welches für Dock, Werft und Handelsunternehmungen in Betracht käme, und verlangen, daß alsdann die Kiautschoubucht geöffnet würde.

Herr Detring meinte, daß auch deshalb nicht allzu energisch auf einer direkten Gebietsabtretung unter Aufgabe der Landesoberhoheit

bestanden werden sollte, weil das Deutsche Reich China und sich selbst am meisten nütze, wenn es nichts täte, was dazu dienen könnte, die unstätigen chinesischen Verhältnisse noch weiter zu erschüttern, Deutschland müsse im Gegenteil bestrebt sein, der chinesischen Regierung den Eindruck zu verschaffen, daß es dieselbe stütze.

Herr Detring glaubt dafür stehen zu können, daß sich das Kapital in Deutschland für vorbezeichnete Unternehmungen finden wird, er hat hierfür schon bestimmte Kreise gewonnen und geht jetzt mit Ingenieuren hinaus, um für deutsche Interessenten zu wirken. Mit diesen Herren gedenkt er im Mai n. Js. die Kiautschoubucht nochmals zu besuchen und die für die Platzfrage notwendigen Erhebungen anzustellen.

Ein inzwischen vom Chef der Kreuzerdivision, Konteradmiral Tirpitz, eingelaufener Bericht gibt als das Ergebnis seiner Erkundungen an Ort und Stelle jetzt dieselben Ansichten über die Entwickelungsfähigkeit der Kiautschoubucht in merkantiler Beziehung. Er behauptet, daß der größere Teil des Handelsverkehrs von Tschifu nach Eröffnung der Kiautschoubucht allmählich auf diese übergehen würde und die Eröffnung daher von den Geschäftsleuten, welche Geld in Tschifu investiert hätten, gefürchtet würde. Er bestreitet ferner eins der Hauptargumente, welches seinerzeit vom Staatssekretär des Reichsmarineamts gegen die Kiautschoubucht vorgebracht worden ist, daß dieselbe im Winter mit Eis belegt sei, indem er durch ziemlich sorgsame Erkundigungen — wie er sagt — festgestellt hat, daß die Bucht in seemännisch-praktischem Sinne eisfrei sei. Nur die Ränder der flachen Uferstrecken bedecken sich mitunter mit dünner Eiskruste, und auf den tieferen Stellen treffe man zeitweise Museis, niemals aber in solchem Grade, daß das Ankern der Schiffe dadurch würde behindert werden können.

Die Chinesen hätten seinerzeit auf Potato Island *, etwa bei Tingesan, Werft und Kriegshafen entwickeln wollen, und wurde von solchen, die diese Absichten kannten, behauptet, die tiefe Wasserrinne, welche die Karte an der Ostseite des Hafens aufweist, ginge dichter an Potato Island heran. Die Chinesen hätten besonders Wert darauf gelegt, die projektierten Hafenanlagen so tief wie möglich in die Bucht hineinzulegen, um eine möglichst nahe Verbindung mit der Steinstraße, die von der Stadt Kiautschou nach Peking führt, zu gewinnen. Diese Lage erscheine günstig auch in bezug auf Schutz gegen Wind und See, aber ungünstig deshalb, weil der befestigte Besitz ein viel größerer werden müßte, wenn die Anlagen so weit ins Land hineingeschoben würden. In dieser Hinsicht bezeichnet er einen Platz in der Nähe von Womans Island oder die kleine Bucht beim

* Insel Potato Jintau in der Kiautschoubucht.

Horse Shoe Rock als günstiger. Über die Platzfrage müßten aber in erster Linie Techniker entscheiden.

Das Oberkommando glaubt hiernach seinen bisherigen ablehnenden Standpunkt gegenüber der Kiautschoubucht verlassen zu können, da sich die Entwickelungsfähigkeit derselben nunmehr kaum länger bezweifeln läßt und damit das bisherige Hauptbedenken des Oberkommandos gefallen ist. Von den sonstigen Bedenken wird dasjenige, welches die ungünstigen Eisverhältnisse betraf, durch die entgegenstehenden Äußerungen des jetzigen Chefs der Kreuzerdivision erschüttert.

Die übrigen in der Denkschrift vom 8. November v. Js.* vorgebrachten Einwände bleiben zwar zum Teil zu Recht bestehen, ihre Bedeutung wird aber erheblich vermindert durch die Aussichten auf wirtschaftliches Emporblühen des Ortes. Entwickelt sich derselbe, wie Herr Detring annimmt, günstig, dann finden sich auch die Mittel zur Überwindung der ungünstigen nautischen Verhältnisse und der Schwierigkeiten in der Befestigungsfrage.

Der Kommandierende Admiral
v. Knorr

Nr. 3666

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 514 St. Petersburg, den 19. November 1896
Geheim

Der chinesische Gesandte, der mir stets mit großer Verehrung von Deutschland spricht und die Entwickelung des deutschen Einflusses in China wünscht, schickte mir gestern den Legationsrat Kreyer, um mir streng vertraulich folgendes mitzuteilen.

Wie ich wohl wissen würde, sei der Zollinspektor Detring von Seiner Exzellenz dem Staatsminister Freiherrn von Marschall unlängst empfangen worden und habe die deutsche Regierung dahin zu beeinflussen gesucht, auf die Idee einer territorialen Erwerbung in China zu verzichten und sich darauf zu beschränken, moralische Erwerbungen (z. B. Eisenbahnkonzessionen u. dgl.) zu machen. Er hätte diese Ansicht damit motiviert, daß es Deutschland große Opfer kosten werde, eine solche Besitzung zu befestigen, es auch schwer

* Vgl. Nr. 3657, Fußnote **.

sein werde, letztere gegen andere Mächte, so auch gegen Japan, unter allen Umständen zu verteidigen[1]. Derartige territoriale Erwerbungen würden nur auf Kosten des deutschen Prestiges geschehen können, weil die bisherige Uneigennützigkeit Deutschlands in Frage gestellt würde.

Herr Kreyer sagte mir hierauf, was er mir bereits vor vielen Monaten gesagt, und worüber ich seinerzeit ausführlich berichtet hatte, daß die Chinesen eine derartige Denkungsweise gar nicht verständen, der Begriff moralischer Eroberungen sei ihnen absolut fremd; Gewalt sei die einzige Sprache, die sie verständen[2].

Wenn Deutschland nicht ohne weiteres das nimmt, was es wünscht oder braucht, so werden die Chinesen darin nur ein Zeichen der Schwäche sehen, nicht aber einen Beweis edler Uneigennützigkeit erkennen. Sie werden immer nur nach ihrem Vorteil handeln, und wenn sie noch so viele Versprechungen machen, Konzessionen an deutsche Firmen usw. zu geben, so werden sie wortbrüchig, ohne sich sogar etwas Böses dabei zu denken, sobald sie erkennen, daß es gegen ihren Vorteil ist, oder wenn eine andere Macht ihnen günstigere Bedingungen gewährt. Die Russen haben, meinte Herr Kreyer (oder, wie ich annehme, merkwürdigerweise der Gesandte, der ihn geschickt), das einzig richtige Mittel erkannt, mit den Chinesen zu verfahren. Erst haben sie ihnen Pamir genommen und ihnen dadurch ihre Macht gezeigt, dann haben sie Milde walten lassen und ihnen Liaotung zurückgegeben, und jetzt nehmen sie die Eisenbahn durch die Mandschurei in die Hand, was mit der Eroberung der letzteren Provinz wohl gleichbedeutend sei. Die Russen haben den Chinesen gezeigt, daß sie walten und schalten können, wie sie wollen, und das hat den Chinesen imponiert.

Wenn Deutschland — das bis jetzt dort noch nichts erworben hat — sich von weiteren Rücksichten China gegenüber leiten läßt, dann sinkt das deutsche Ansehen im fernen Osten, und China wird nicht einmal dankbar dafür sein[3].

Nach alledem gibt es nur einen Weg, um in China eine feste und imponierende Stellung einzunehmen, und der ist: entweder ohne weiteres einen geeigneten Hafen als Eigentum zu nehmen mit der Möglichkeit, vom Hinterland aus Handelsbeziehungen mit dem Inneren zu schaffen und sie zu schützen, was leichter wäre als von einer zu besetzenden Insel aus, oder, sollte man dagegen Bedenken tragen, einen solchen Hafen als eine zwangsweise gepachtete Kohlen- und Flottenstation in aeternum zu besetzen gegen eine zu zahlende beliebige Rente[4]. Nur so würde Deutschland in China eine ähnliche Stellung sich erwerben wie Rußland, Frankreich oder England. Nach Ansicht der Chinesen wäre die allzu zarte Art, wie der bisherige Kaiserliche Gesandte in Peking die Erwerbungsfrage vor Jahresfrist etwa angeregt habe, nicht angetan gewesen, um zum Ziele zu führen[5].

Die Chinesen müßten wissen, (fügte Herr Kreyer hinzu mit der Bemerkung, daß alles, was er mir als Deutscher sage, ganz mit seinen Pflichten als chinesischer Beamter verträglich wäre), daß eine solche Besetzung nicht nur im Interesse Deutschlands sei, sondern im eigensten Interesse Chinas liege[6], welches dadurch vor zu weitgehender Habgier anderer Mächte geschützt würde, indem das uneigennützige Deutschland durch die Anwesenheit seiner Seemacht das Gleichgewicht in Ostasien aufrechterhielte[7]. Um dies tun zu können, dazu gehöre ein Hafen, in dem die Schiffe frei liegen und frei verkehren können, und von dem aus der deutsche Handel geschützt würde.

Dies sieht übrigens auch der hiesige chinesische Gesandte vollkommen ein, nur hat er nicht den Mut, in diesem Sinne in Peking zu wirken. Nicht nur Kreyers, sondern auch des Gesandten — natürlich streng vertrauliche — Andeutungen gehen dahin, uns diesen Weg der rücksichtslosen Wahrung der deutschen Handelsinteressen als den einzig richtigen an die Hand zu geben[8].

Herr Kreyer deutete mir ferner im Auftrage des Herrn Hsü an, daß Herr Detring darauf ausgehe, die Stellung des jetzigen Generaldirektors der chinesischen Eisenbahnen, Herrn Shung, zu erlangen, welcher das Faktotum Li-Hung-Tschangs sei, auf den derselbe alles schiebt.

Shung ist angeblich ein Mann, der vieles anfängt, nichts ausführt und alles versumpfen läßt. Er hindert aber andere tätigere Elemente, vorzutreten. Shung hat, wahrscheinlich ohne Geld, die Kupferbergwerke bei Hankau angekauft, die seinerzeit dem Geheimrat Krupp angeboten worden waren.

Er unterhandelt mit allen möglichen Gesellschaften wegen des großen Eisenbahnbaues dorthin, findet aber Mittel und Wege, diese wichtigen Baukonzessionen niemandem zu geben, und so hält er auch ein oder mehrere amerikanische Syndikate hin. Es ist sehr fraglich, ob der sehr schlüpfrige Shung deutschen Kapitalisten diese Konzession geben würde, nachdem er sich mit den Amerikanern so weit eingelassen.

Nachdem die Engländer die Bahn Peking-Tientsin seinerzeit erhalten haben, hatte China wohl eine moralische Verpflichtung, die Bahn nach Hankau an Deutschland zu vergeben. Insofern wäre es für Deutschland nicht unvorteilhaft, wenn Herr Detring der Nachfolger von Shung würde.

Wohl in der Idee, seinen Zweck zu erreichen, scheint er den vorstehend weiter ausgeführten Plan ausgedacht zu haben, sich mit moralischen Eroberungen, das heißt mit Erlangung von Eisenbahnkonzessionen zu begnügen[9]. Radolin

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Mir hat er das grade Gegentheil gesagt und war mit mir und meiner Marine völlig einig über den zu wählenden Punkt.

[2] richtig, das hat mir Detring auch gesagt.
[3] richtig! Das ist, was ich dem Ausw[ärtigen] Amt seit 2 Jahren gänzlich ohne Erfolg gepredigt habe! Es hat aber noch keinen Entschluß gefaßt
[4] richtig. Das ist dasselbe was meine Admirale und Commandanten mir fortdauernd aus China berichten
[5] ! Detring sagte mir dasselbe
[6] ja
[7] alles von mir seit Jahren vertretene Ideen
[8] gut, also vorwärts
[9] mir hat er von dergleichen kein Wort gesagt sondern genau so gesprochen wie Kreyer und der Gesandte.

Nr. 3667

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Kiel

Ausfertigung

Berlin, den 23. November 1896

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät verfehle ich nicht alleruntertänigst anzuzeigen, daß heute von Euerer Majestät Botschafter in St. Petersburg Fürsten Radolin zwei Berichte[1] eingelaufen sind, deren wichtiger, auf ganz vertrauliche Mitteilungen der dortigen chinesischen Gesandtschaft gestützter Inhalt in Verbindung mit sonst vorliegenden Umständen es mir unumgänglich erscheinen läßt, die Frage, ob die von Euerer Majestät befohlene Entsendung des Obersten Liebert zu Seiner Majestät dem Kaiser von China* im gegenwärtigen Zeitpunkt opportun ist oder nicht, in erneute, ernsteste Erwägung zu nehmen.

Ich habe deshalb einstweilen den Obersten Liebert mit Nachricht dahin versehen, daß er seine von ihm schon für diesen Mittwoch in Aussicht genommene Abreise bis auf weitere Weisung aufschieben möge, und bitte Euere Majestät ehrfurchtsvoll, allergnädigst mir gestatten zu wollen, daß ich unmittelbar nach Euerer Majestät Rückkehr nach hier über den Inhalt der beiden Berichte des Fürsten Radolin behufs Einholung der Allerhöchsten Entscheidung eingehenden Vortrag erstatte. Fürst v Hohenlohe

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Sind mir sofort vorzulegen und einzusenden

* Oberst Liebert war ausersehen gewesen, dem Kaiser von China die Insignien des Schwarzen Adlerordens zu überbringen. Gegen diese Absicht hatte indessen Fürst Radolin, gestützt auf vertrauliche Äußerungen des chinesischen Gesandten Hsü-Ching-Chêng, Bedenken erhoben. Nach den Äußerungen des chinesischen Gesandten, über die Fürst Radolin in einem Telegramm vom 21. November Bericht erstattete, würde die Verleihung eines Ordens an den Kaiser von China, bevor China etwas Greifbares für Deutschland getan, dort als unverständliches Entgegenkommen oder Schwäche gedeutet werden. „Rücksichtsloses Besitzergreifen eines passend erscheinenden Hafens — wogegen selbst der Kaiser

Nr. 3668

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Altona, an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Telegramm. Entzifferung

Altona, den 27. November 1896

Euerer Durchlaucht Promemoria und Akten * erhalten. Die Schriftstücke enthalten im großen und ganzen das, was ich seit zwei Jahren mit Aufbietung aller Kräfte gepredigt habe. Sie bestätigen die Eindrücke und Überzeugung meiner in China stationierten Admirale und Kommandanten, die mir sowohl schriftlich als auch durch zwei eben abgelöste und heimgekehrte Kommandanten mündlich vorgetragen wurden. Wir müssen jetzt rasch und entschlossen handeln. Amoy muß sofort besetzt werden. Mit der erfolgten Besetzung können die Verhandlungen mit China eröffnet werden. Letzterer Ort wird von England bereits als zu unserer Interessensphäre gehörig betrachtet. Die englischen Kaufleute haben wiederholt meinen Kommandanten ihre Freude ausgesprochen, bald unter deutschen Schutz zu kommen. Die englische Flotte verläßt Amoy stets bei Eintreffen eines deutschen Kreuzers, um demselben bei etwaiger Besetzung nicht hinderlich zu sein. Alles wartet nur darauf, daß wir dorthin kommen. Ich lasse Telegramme an Admiral Tirpitz vorbereiten. Ich werde dieselben Euerer Durchlaucht am Sonntag um $^1/_2$12 beim Vortrage mitteilen.

Mit Unterbleiben der Mission Liebert einverstanden. Es ist doch deprimierend, daß ein chinesischer Gesandter uns dämlichen Deutschen erst klar machen muß, was zu unserem Nutzen und Frommen wir in China zu tun haben.

Die Angelegenheit ist streng geheim zu halten.

Wilhelm I. R.

Nr. 3669

*Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Klehmet***

Eigenhändig

Berlin, den 28. November 1896

Amoy ist einer der Hauptknotenpunkte des gesamten chinesischen Verkehrslebens. Es hat mit der dazu gehörigen Insel Kulangseu einen

von Rußland nichts einzuwenden hatte —, würde den Chinesen ganz natürlich erscheinen, zumal sie darin sogar einen Schutz Deutschlands gegen allzugroße Bevormundung anderer Mächte sehen würden."

* Vgl. Nr. 3667.

** Die Aufzeichnung war niedergeschrieben im Hinblick auf einen Immediatvortrag des Reichskanzlers, der auf den 29. November angesetzt war. Über dessen Ergebnis siehe das folgende Schriftstück.

Flächeninhalt von etwa 150 Quadratkilometern und etwa 500 000 Einwohner. Sein äußerer Handelsverkehr hatte 1895 einen Bruttowert von über 60 Millionen Mark. Es ist Sitz eines mit zahlreichem, englischem und einheimischem, Personal versehenen chinesischen Seezollamts, das an Zollerträgen jährlich etwa 3 Millionen Mark bringt. Ebensoviel ergeben die Zölle und Steuern aus dem c h i n e s i s c h e n Verkehr des Ortes. Die chinesische Regierung und ihre Beamten beziehen mithin aus der Stadt mindestens 7 Millionen Mark pro Jahr.

China kann diese Beträge jetzt weniger als je missen und würde deshalb einer Inbesitznahme Amoys durch uns den entschiedensten Widerstand entgegensetzen.

Die chinesischen Seezölle bilden ferner das einzige Unterpfand für die von China aufgenommenen Anleihen, an denen französische, russische und englische Kapitalien erheblich beteiligt sind. Diese drei Staaten haben ein unbestreitbares Interesse daran, daß die den Gläubigern ihrer Nation vertragsmäßig gewährten Sicherheiten nicht geschmälert werden. Eine solche Schmälerung wäre aber bei Übergang Amoys in deutschen Besitz unvermeidlich, denn eine Verlegung der chinesischen Zollhebestelle auf das Festland wäre schon wegen der Schmuggelgefahr untunlich, eine Belassung derselben auf deutschem Territorium oder etwa die Übernahme der Zollerhebung auf die deutsche Verwaltung für chinesische Rechnung wegen der Schwierigkeit der praktischen Durchführung schwer möglich.

Außerdem ist Amoy vertragsmäßig dem fremden Handel geöffnet. Die Fremden sollen dort u n b e s c h r ä n k t Handel treiben können. Unsere Festsetzung und Anlegung eines befestigten Stützpunktes für unsere Flotte daselbst muß irgendwelche Beeinträchtigungen des freien Handelsverkehrs im Hafen mit Notwendigkeit nach sich ziehen.

Wir können aber nicht unsere plötzlich zu bewirkende Inbesitznahme Amoys gleichzeitig mit der Kundgebung eines umfassenden Programms darüber begleiten, wie wir einer Verletzung aller dieser Interessen tunlichst vorbeugen wollen. Wir würden also, von China abgesehen, uns sofort dem vereinten energischen Einspruch von Frankreich, Rußland und England gegenübersehen. Die Folgen wären dann gar nicht abzusehen. Zunächst müßten wir unter dem übermächtigen Druck der andren Mächte wahrscheinlich aus Amoy wieder abziehen, erlitten also eine eklatante, unser Prestige geradezu vernichtende Niederlage. Sicherlich aber würde China sofort alle bei uns gemachten Bestellungen rückgängig machen, und unsere Konkurrenten würden schon dafür sorgen, daß uns der chinesische Markt, mindestens was Regierungsgeschäfte anbelangt, auf absehbare Zeit verschlossen bliebe.

Hiernach ist von einer Besetzung von Amoy, zumal wenn sie sich jetzt o h n e j e d e n R e c h t f e r t i g u n g s g r u n d, also als n a c k t e r

Gewaltstreich und Rechtsbruch vollziehen müßte, abzusehen, es sei denn etwa, daß durch zurzeit nicht vorauszusehende Komplikationen die Aktionskraft und damit die Widerspruchslust der übrigen beteiligten Großmächte paralysiert würde.

Es bleibt nichts übrig, als unsere Ansprüche zu beschränken auf einen Punkt, bei dem vertragsmäßig geschützte Interessen anderer Großmächte nicht in Frage kommen, auch nicht so erhebliche chinesische Interessen engagiert sind.

Als ein solcher Punkt kommt nach den Ergebnissen der von der Marine angestellten Ermittlungen am ehesten die Samsahbucht, nördlich von Futschau, also auch nördlich von Amoy belegen*, in Betracht. Sie bietet einen im großen und ganzen annehmbaren Hafen und ist nach dem Urteil der Marine in militärischer Beziehung allen anderen Plätzen, ausgenommen Tschusan, vorzuziehen. Bei Samsah bestehen keine fremden und jedenfalls keine erheblichen chinesischen Interessen.

Ob Samsah eine kommerzielle Zukunft hat, läßt sich freilich nicht übersehen. Wir müssen uns eben an der militärischen Bedeutung genügen lassen. Haben wir erst dort einmal festen Fuß gefaßt, so können wir später immer noch, wenn sich eine Aussicht eröffnet, unsere Hand auf einen andren, auch wirtschaftlich wertvollen Punkt legen und befinden uns dazu zweifellos in günstigerer Position als jetzt ohne jeden Stützpunkt.

Selbst Samsah können wir aber mitten im Frieden nur nehmen, wenn uns China durch eine Verletzung unserer Rechte dazu einen Anlaß oder mindestens einen Vorwand gibt. Die unheilbare Kompromittierung unserer Politik durch einen nackten Rechtsbruch würde selbst durch den Gewinn einer Kohlenstation nicht wettgemacht werden.

Hiernach bleibt als einziger Weg nur übrig aufzupassen, bis uns die Chinesen einen Anlaß zu einer Repressalie geben, und dann sofort Samsah zu besetzen, es als Faustpfand zu behalten und dann mit den Chinesen über eine, anfangs auf Zeit beschränkte Überlassung des Platzes zu verhandeln.

---

* Auf diese hatte der Chef des ostasiatischen Kreuzergeschwaders Admiral Hoffmann in einem an das Oberkommando der Marine dd. Jokohama, den 2. Mai 1896 erstatteten Berichte nachdrücklich hingewiesen. Das Oberkommando der Marine hielt freilich nach einem Schreiben Admirals von Knorr an den Staatssekretär Freiherrn von Marschall vom 9. Juli 1896 nach wie vor in erster Linie an den Tschusaninseln fest und wollte die Samsahbucht nur dann in Betracht ziehen, wenn die Entwicklungsfähigkeit dieses Orts auch in kommerzieller Richtung sichergestellt sei.

Auf Vorwände werden wir aller Voraussicht nach nicht allzu lange zu warten haben. Auch in den letzten beiden Jahren hätten sich mehrfach, zum Beispiel in den Verhältnissen unserer Missionare oder der deutschen Instrukteure Anlässe zum Vorgehen gefunden. Von der Benutzung solcher Anlässe hat bisher lediglich deshalb abgesehen werden müssen, weil die Marine, deren Urteil dabei für die Leitung der auswärtigen Politik maßgebend sein muß, mit ihren, wie nicht verkannt werden soll, schwierigen Erwägungen über die Frage des zu wählenden Platzes noch nicht zu einem sicheren Ergebnis gekommen war *.

Die Sachlage ist die, daß wir vor der Alternative stehen: Entweder in Bälde Samsah zu nehmen oder aber auf absehbare Zeit hinaus und bei normaler Entwicklung der Dinge überhaupt auf den Erwerb einer Station zu verzichten. Über diese Alternative wird die Marine sich zunächst endgültig zu entscheiden haben.

Spricht sie sich für die erste Alternative aus, so wird der Kaiserliche Gesandte in Peking ohne Verzug dahin zu instruieren sein, daß er seine besondere Aufmerksamkeit auf die Ermittlung einer zu einem Vorgehen geeigneten Gelegenheit richtet und, wenn diese sich bietet, sofort hierher telegraphiert.

Klehmet

---

* In einer späteren Denkschrift des Auswärtigen Amtes vom 19. März 1897 hieß es zu diesem Punkt ausführlicher:

„Es darf hierbei ein Rückblick auf die Entwicklung geworfen werden, welche die Stationsfrage im Laufe der Erörterungen genommen hat. Angeregt wurde dieselbe vor zwei Jahren durch ein Schreiben des Auswärtigen Amtes an das Reichsmarineamt, worin darauf hingewiesen wurde, daß es infolge des damals noch nicht beendeten chinesisch-japanischen Krieges möglicherweise zu Territorialerwerbungen seitens der europäischen Mächte kommen könne und wir damit vielleicht Gelegenheit hätten, auch unsererseits eine Kohlenstation für unsere Marine zu erwerben. Aus der Kohlenstation wurde unter den Händen der Marine allmählich eine Flottenstation, dann ein Stützpunkt für unseren Handel. Der Gesichtspunkt des kommerziellen Stützpunktes wurde von der Marine immer mehr in den Vordergrund geschoben, hauptsächlich vermutlich aus Rücksichten der Gestaltung des Marinebudgets. Schließlich ist man dabei angelangt, einen Platz zu fordern, der als Ausgangspunkt für die Begründung eines deutschen Kolonialgebiets geeignet sei. Es unterliegt keinem Zweifel, daß durch diese Hineintragung weiterer Gesichtspunkte die Förderung der Sache erschwert und verlangsamt worden ist. Mehrere günstige Gelegenheiten, einen Punkt zu nehmen, haben versäumt werden müssen, weil die Platzfrage noch nicht geklärt war. Hätte man es bei dem ursprünglichen, bescheideneren Standpunkt des Auswärtigen Amtes belassen, d. h. sein Augenmerk nur auf eine Kohlenstation für die Marine gerichtet, so wäre dies Ziel wahrscheinlich längst erreicht worden.“

Nr. 3670

Der Staatssekretär des Reichsmarineamtes Admiral Hollmann an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Ausfertigung

Geheim Berlin, den 8. Dezember 1896

Infolge eines Immediatvortrages des Herrn Reichskanzlers in Euer Exzellenz und meinem Beisein* haben Seine Majestät der Kaiser die Entsendung eines höheren Wasserbautechnikers nach Ostasien zu befehlen geruht, um dort die Kiautschoubucht auf ihre Geeignetheit als Stützpunkt für S. M. Schiffe zu untersuchen.

Euer Exzellenz beehre ich mich hiernach ganz ergebenst mitzuteilen, daß die Abreise des erwähnten Technikers nebst eines Assistenten nach Ostasien Mitte nächsten Monats erfolgen soll. Indem ich mir eine Mitteilung über die für den Techniker aufzustellende Instruktion ganz ergebenst vorbehalte, wäre mir eine sehr gefällige Äußerung Euerer Exzellenz darüber sehr erwünscht, wie die aus dieser Entsendung entstehenden Kosten bestritten werden sollen.

Hollmann

---

* Vgl. Nr. 3669. Eine nähere Mitteilung über den Verlauf des Immediatvortrags vom 29. November liegt nicht vor. Daß der Kaiser sich bei Gelegenheit desselben zugunsten Kiautschous schlüssig geworden ist, wenn auch der definitive Beschluß von dem Bericht des als Wasserbautechniker nach China herausgehenden Marinebaurats Franzius abhängig gemacht wurde, erhellt daraus, daß der Kaiser am 30. November dem Admiral von Knorr den Auftrag erteilte, einen Plan zur Besitzergreifung der Kiautschoubucht und Bereitstellung der Mittel vorzubereiten. Der Plan wurde dem Kaiser bereits durch Immediatbericht vom 15. Dezember 1896 unterbreitet. Wie der Staatssekretär des Reichsmarineamts Hollmann dem Staatssekretär Freiherrn von Marschall am 17. Februar 1897 mitteilte, hätte der Kaiser daraufhin bestimmt, daß die Besitzergreifung und das Halten des Platzes bis zum Eintreffen einer genügend starken Garnisontruppe der Marine, im besonderen der Kreuzerdivision zufallen solle, daß jedoch den weiteren Vorarbeiten die Bildung einer Kolonialtruppe zugrunde zu legen sei, wozu die erforderlichen Maßnahmen alsbald in die Wege geleitet werden sollten, „damit der Plan, sobald der Zeitpunkt dazu gekommen sein wird, ungesäumt ausgeführt werden kann". Das Auswärtige Amt erhob jedoch, laut einer Aufzeichnung des Kolonialdirektors Freiherrn von Richthofen vom 19. März, gegen die Bildung einer Kolonialtruppe praktische und staatsrechtliche Bedenken, in deren Folge von dieser Bildung vorerst Abstand genommen wurde.

Nr. 3671

Der Gesandte in Peking Freiherr von Heyking an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 64 Peking, den 16. Dezember 1896

Nachdem Tsungli Yamen durch Ablehnung Gesandten* in nachgiebige Stimmung gebracht war, habe pachtweise Überlassung von Kohlenstation auf fünfzig Jahre mit Zugeständnis von Zollerhöhung zur Sprache gebracht. Li-Hung-Tschang verhielt sich schroff ablehnend, Tschang-Jing-Huang** dagegen recht entgegenkommend, sagte, wenn wir garantieren wollten, daß andere Mächte, namentlich Frankreich, nicht mit ähnlichen Forderungen hervortreten würden, könnte Besprechung der Sache näher vorgesehen werden. Tsungli Yamen verspricht demnächst bestimmt Antwort zu geben***.

Heyking

Nr. 3672

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 590 St. Petersburg, den 18. Dezember 1896

Der russische Gesandte in Peking Graf Cassini ist unlängst aus China über Land hier angekommen und hat mich mehrfach besucht. Im Laufe des Gesprächs hat er mir gegenüber hervorgehoben, welche guten Beziehungen er zum Baron Heyking habe, der entschieden die Chinesen besser und richtiger verstehe und zu nehmen wisse wie seine Vorgänger. Er gab seiner Freude Ausdruck, daß Deutschland und Rußland so harmonisch mit einander gingen, lobte die schneidige und korrekte Haltung des Admirals Hoffmann, der sich mit seinem Geschwader neben das von Admiral Tyrtow kommandierte russische Geschwader zur gemeinsamen Aktion stellte, als die Japaner Widerstand zu leisten drohten, und sagte mir schließlich, er begriffe nicht,

---

* Seitens der chinesischen Regierung war für den Berliner Gesandtschaftsposten Huang-Tsun-Hsien ernannt worden, der aber deutscherseits abgelehnt wurde. Im Januar 1897 erfolgte dann die Ernennung Hsü-Ching-Chêngs, der bisher für Petersburg und Berlin akkreditiert war, ausschließlich für Deutschland.

** Mitglied des Tsungli Yamen.

*** Die definitive Antwort fiel laut Telegramm Heykings vom 27. Dezember 1896 dahin aus, daß China den Wunsch Deutschlands nicht erfüllen könne, da sonst andere Mächte ähnliche Konzessionen verlangen würden.

warum Deutschland nicht auch einen nur gerechtfertigten Lohn für die China geleisteten Dienste in derselben Weise gefordert hat, wie es Rußland und Frankreich getan. Er fügte streng vertraulich hinzu: „Während ich und der französische Gesandte * unaufhörlich auf dem Tsungli Yamen saßen und kein Blatt vor den Mund nahmen, um die nötige Zahlung für die geleisteten Dienste zu fordern, war der deutsche Gesandte nie da, als schien er sich nicht um den Erfolg zu kümmern."

Eine in Europa wohl angebrachte Delikatesse bei Stellung von Forderungen sei in China nicht am Platze und würde nicht verstanden. In China, meinte Graf Cassini, ist Raum für alle, für uns, für Frankreich und für Deutschland. Er hätte nie geglaubt, daß wir nach den enormen Diensten, die wir ebenso gut wie die Russen den Chinesen geleistet haben, mit so wenigen Ansprüchen uns begnügen würden.

Ich hörte seine Deduktion ruhig an, ohne mich auf eine Antwort einzulassen. Es fiel mir nur auf, daß er dieselbe Ansicht äußerte, wie der hiesige chinesische Gesandte mir durch Herrn Kreyer andeuten ließ, daß, wenn man in China etwas haben will, man es ohne weiteres fordern und schließlich nehmen muß. pp.

Radolin

Nr. 3673

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Hubertusstock

Ausfertigung

Berlin, den 19. Februar 1897

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät verfehle ich nicht, den beiliegenden Bericht von Euerer Majestät Gesandtem in Peking Freiherrn von Heyking vom 15. Dezember v. Js., betreffend eine Unterredung mit dem Tsungli Yamen wegen Überlassung einer Kohlenstation **, alleruntertänigst vorzulegen, indem ich mir dazu nachstehendes ehrfurchtsvoll zu bemerken gestatte.

Die am Schlusse des Berichts von dem Freiherrn von Heyking ausgesprochene Erwartung, daß er nach einigen Tagen von den Chinesen eine unsere Forderung ablehnende Antwort erhalten werde, hat sich erfüllt, indem nach einem inzwischen eingegangenen Telegramme des Gesandten ihm der Prinz Tsching in der Tat Ende Dezember v. Js. offiziell erklärt hat, er könne den deutschen Wunsch nicht erfüllen, da sonst andere Mächte ähnliches verlangen würden ***.

---

* A. Gérard.

** Vgl. das Telegramm Freiherrn von Heykings vom 16. Dezember 1896, Nr. 3671.

*** Vgl. Nr. 3671, Fußnote ***.

Meines alleruntertänigsten Dafürhaltens wird es unter diesen Umständen angezeigt sein, sobald erst bestimmte Ergebnisse der Reise des Hafenbaudirektors Franzius * vorliegen, der gemäß Euerer Majestät allerhöchster Bestimmung zur Erkundung für unsere Zwecke geeigneter Punkte an die chinesische Küste entsandt ist, ein letztes Mal an die chinesische Regierung entschieden die Forderung nach Überlassung einer Flottenstation zu stellen [1]. Führt dies nicht zum Ziele, so wird eventuell durch Besetzung eines passend befundenen Platzes [2] mit Euerer Majestät Kriegsschiffen ohne weiteres ein fait accompli zu schaffen sein, in welchem Falle dann selbstverständlich die jetzt von dem Freiherrn von Heyking unsererseits den Chinesen in Aussicht gestellten Zugeständnisse nicht mehr in Frage kommen können [3].

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Nein! Das wäre nach solcher Ablehnung eine Erniedrigung! Das war das letzte Mal
[2] ja sofort
[3] bestimmt nicht
Schlußbemerkung des Kaisers:
Keine Anfrage mehr! Sobald der Platz feststeht, gleich besetzen

Nr. 3674

Der Gesandte in Peking Freiherr von Heyking an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

A 69 — Peking, den 5. Mai 1897
Geheim — [praes. 19. Juni].

Es ist mir die Freude zuteil geworden, den Geheimen Marinebaurat Franzius *, den Kapitän zur See Zeye sowie den Leutnant zur See Grafen Zeppelin und den Neffen des Geheimrat Franzius gleichen Namens in Peking bei mir zu begrüßen. Ich hatte mich darauf eingerichtet, den Herren in meiner Amtswohnung Unterkunft zu geben, und ich kann nicht unterlassen, meine große Genugtuung über die freundschaftlichen Beziehungen auszusprechen, die sich zwischen unseren Gästen und den Mitgliedern der Gesandtschaft angeknüpft haben. Die gleichzeitige Anwesenheit mehrerer Offiziere der österreichisch-ungarischen Marine, die in Begleitung des neuen Gesandten Baron Czikann nach Peking gekommen waren, bot Anlaß zu geselligen Vereinigungen in der Deutschen Gesandtschaft, wo auch Li-Hung-Tschang erschien und seine von Kiel her datierende Bekanntschaft mit Geheimrat Franzius erneuerte.

* Vgl. Nr. 3670, Fußnote.

Geheimrat Franzius und Kapitän Zeye teilten mir mit, daß sie Amoy und die Samsahbucht besichtigt hätten. Übereinstimmend gaben beide Herren der Ansicht Ausdruck, daß die Samsahbucht als Flottenstation für uns nicht in Frage kommen könne, weil, abgesehen von technischen Unzulänglichkeiten des Hafens, dem Platze die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Entwickelung abgesprochen werden müsse. Hohe, die Samsahbucht von ihrem Hinterlande absperrende Gebirgszüge und eine äußerst spärliche und arme Bevölkerung der Umgegend haben in dieser Beziehung keinen Zweifel lassen können.

In Amoy wäre die Möglichkeit einer gewissen wirtschaftlichen Entwickelung nach Ansicht beider Herren zwar zuzugeben, aber die immer mehr sinkende Bedeutung des Handels dieses Platzes, die geringen und schlechten Verkehrsverbindungen mit dem Hinterlande ließen auch an die Zukunft dieses Hafens keine bedeutenden Hoffnungen knüpfen. Welchen günstigen Einfluß aber auch ein politischer Besitzwechsel auf die Handelsentwickelung Amoys ausüben möchte, so würde doch immer die allzugroße Nähe Hongkongs, dessen Handel neuerdings eine gewaltige Ausdehnung genommen hat, dem etwaigen Aufschwunge Amoys erheblichen Abbruch tun. Gleichzeitig aber äußerte sowohl Kapitän Zeye wie Geheimrat Franzius Bedenken vom militärischen und marinetechnischen Standpunkte aus gegen die Verwendbarkeit Amoys als Flottenstation. Eine militärischen Ansprüchen genügende Befestigung des Hafens von Amoy, insbesondere der Schutz der Einfahrt, würde außerordentlich hohe Kosten verursachen; die gegenwärtig dort angelegten Befestigungen seien völlig unzweckmäßig und ließen den Platz fast schutzlos; eine ausreichende Befestigung sei aber um so mehr ein unabweisbares Bedürfnis, als Torpedoboote von Hongkong aus Amoy innerhalb von 24 Stunden erreichen könnten.

Geheimrat Franzius hob ferner hervor, daß die Herstellung eines gesicherten und genügend breiten Fahrwassers in der Nähe der Insel Kulangseu, wo jetzt zahlreiche Felsen unter dem Wasserspiegel die Straße beengen, einen bedeutenden Kostenaufwand erfordern würde. Das zu Dockanlagen verwendbare Terrain befände sich jetzt in Händen meist europäischer Eigentümer und würde voraussichtlich zu sehr hohen Preisen erworben werden müssen.

Kapitän Zeye äußerte dabei, daß Amoy uns übrigens in Ermangelung eines besseren zu jeder Zeit als Flottenstation zur Verfügung bleiben würde, da niemand uns diesen Platz streitig zu machen gesonnen sei. Im Gegenteil, in ganz China sei die Erwartung verbreitet, daß wir Amoy okkupieren würden, und namentlich die Engländer, sowohl Marineoffiziere wie Geschäftsleute, warteten mit Ungeduld darauf, daß wir endlich in Amoy zugreifen möchten, weil nur auf diesem Wege jenem Platze die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Wiedergeburt geboten werden könnte.

Die Herren hatten außerdem noch den Hafen von Tschangtau besucht, der von zwei etwas nördlich von der Tschusangruppe belegenen Inselchen gebildet wird. Der Hafen würde bloßen Marinezwecken allenfalls genügen, bietet aber gar keine Aussicht, als Handelsplatz Verwendung zu finden, schon wegen seines geringen Umfanges und der Kleinheit der ihn umgebenden zwei Inseln. Auch ist es nicht als festgestellt zu bezeichnen, ob diese beiden Inseln etwa noch zur Tschusangruppe gerechnet werden. Einem Angriff und einer Beschießung von den Tschusan-Inseln aus würde der Hafen von Tschangtau jedenfalls ausgesetzt sein.

Beide Herren waren auf Grund ihrer wiedergegebenen Ansichten zum Schluß gelangt, daß nur noch die Kiautschoubai als ein vom technischen Standpunkte aus für unsere Zwecke in Frage kommender Platz übrig bleibe. Geheimrat Franzius teilte mir dabei mit, daß neuerdings in Berlin an maßgebenden Stellen sowie in Marinekreisen die Ansichten in bezug auf die Kiautschoubai eine wesentliche Änderung erfahren hätten, denn während zur Zeit, wo Admiral Hoffmann die Kreuzerdivision in Ostasien kommandierte, das Urteil über die Verwendbarkeit der Kiautschoubai ungünstig gelautet habe, sei man jetzt auf Grund von Berichten des Admirals Tirpitz* zur Überzeugung gelangt, daß die Kiautschoubai ein erstrebenswerter Besitz sein würde. Da aber auch Admiral Tirpitz zu der von ihm beabsichtigten eingehenden Untersuchung der Kiautschoubai leider nicht gelangt sei, so läge eine erschöpfende Feststellung der Verwendbarkeit dieses Hafens auch bis heute noch nicht vor. Alle der Kiautschoubai und ihrem angeblich reichen Hinterlande nachgerühmten Vorzüge beruhten bis jetzt auf einer noch nicht von der Leuchte der Kritik untersuchten Legende, die zum größten Teile durch Herrn von Richthofen vor dreißig Jahren in Kurs gesetzt worden sei, ohne daß derselbe übrigens selbst jemals den Platz gesehen hätte. Soweit aber Geheimrat Franzius aus den vorhandenen Kartenaufnahmen und aus dem in verschiedenen Berichten vorliegenden Material sich habe informieren können, hielte er es für nicht ausgeschlossen, daß in der Kiautschoubai die wesentlichen Bedingungen zu einer guten Flottenstation zu finden wären. Um daher zu einem Abschluß in dieser Frage zu gelangen, wäre es von größter Wichtigkeit, daß Geheimrat Franzius eine eingehende Besichtigung der Bai und ihres unmittelbaren Hinterlandes vornähme.

Kapitän Zeye bestätigte mir ausführlich, was Admiral Tirpitz mir bereits brieflich mitgeteilt hatte, daß der russische in Ostasien kommandierende Admiral Alexejew unzweideutig und wiederholt erklärt habe, daß russischerseits keine Ansprüche auf die Kiautschoubai erhoben würden, und daß dieser Hafen, soweit russische Wünsche oder Bestrebungen in Betracht kämen, ledig und unbelastet sei.

---

* Vgl. Nr. 3664.

Der hieraus sich ergebende Widerspruch mit den seinerzeit mir gegenüber getanen Äußerungen des Grafen Cassini * könnte sich meiner Ansicht nach dadurch erklären lassen, daß die Vorschläge des Grafen Cassini über die von China zu fordernden Konzessionen weitergegangen waren, als den Absichten an maßgebender Stelle in St. Petersburg entsprochen hat. Kapitän Zeye führte dabei von seinem Standpunkte aus, daß man russischerseits vielleicht zur Erkenntnis gekommen sein möchte, daß die Erwerbung einer weiteren, von der Operationsbasis entfernter abliegenden Flottenstation eine Zersplitterung der Kräfte bedeuten würde, die in Wladiwostok sowie vermutlich in Port Arthur, Talienwan und in Korea bereits hinlänglich in Anspruch genommen wären.

Eine Bestätigung für den Fortfall russischer Absichten auf die Kiautschoubai muß meiner Ansicht nach auch darin erblickt werden, daß die Chinesen neuerdings, wie ich zu berichten die Ehre gehabt habe, diesen Platz als Kriegshafen für sich selbst in Aussicht genommen haben und Pläne zur Anlage von Befestigungen daselbst entwerfen lassen. In der Tat haben die Mitglieder des Tsungli Yamen bei verschiedenen Gelegenheiten die nachdrückliche Versicherung abgegeben, daß China keiner fremden Macht Besitzrechte irgendwelcher Art auf die Kiautschoubai eingeräumt habe.

Es blieb hiernach nur noch zu erwägen übrig, ob vielleicht eben deshalb, weil die Chinesen die Absicht zu erkennen gegeben haben, die Kiautschoubai für sich selbst mehr als bisher auszunutzen, eine Besichtigung der Bai im gegenwärtigen Momente zu Bedenken Anlaß geben könnte. Wie groß aber immer auch die Rücksicht bemessen werden mag, welche der Schonung chinesischer Empfindlichkeit gewidmet werden soll, so schien mir doch dieses Bedenken nicht in die Wagschale geworfen werden zu dürfen, in einem Falle, wo es sich darum handelt, endgültig festzustellen, ob die Kiautschoubai überhaupt zu denjenigen Plätzen gezählt werden darf, welche als Stützpunkte für den politischen Einfluß Deutschlands und für die Ausbreitung seiner wirtschaftlichen Interessen in Ostasien in Betracht kommen können.

Ich habe hiernach gegen den seitens des Geheimrat Franzius seiner ihm in Berlin erteilten Instruktion entsprechend geäußerten Wunsch, die Kiautschoubai zu besichtigen, keine Bedenken erhoben, und ich habe zur Erleichterung der schwierigen Aufgabe dem Geheimrat Franzius den Dolmetscher Krebs mitgegeben.

Sollten etwa von irgendeiner ausländischen Seite neugierige Fragen über den Zweck des Besuches der Kiautschoubai durch S. M. S. „Kaiser“ an mich herantreten, so werde ich antworten, daß es für unsere Marine von Interesse wäre festzustellen, wie weit die bekannt-

* Vgl. Nr. 3664.

lich von den Chinesen beabsichtigten Befestigungsarbeiten daselbst bereits vorgeschritten wären.

Herr Geheimrat Franzius und Kapitän zur See Zeye nebst den sie begleitenden Herren haben am 3. d. Mts. Peking wieder verlassen, um sich nach Tschifu zu begeben, wo sie sich an Bord S. M. S. „Kaiser" einschiffen werden.

Frh. v. Heyking

Nr. 3675

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Rotenhan an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Konzept

Nr. 660 Berlin, den 22. Juni 1897
Geheim

Euerer pp. beehre ich mich anbei in Abschrift zwei Berichte des Kaiserlichen Gesandten in Peking vom 5.* und 7. v. Mts., betreffend die Frage des Erwerbs einer deutschen Flottenstation in Ostasien, zu Ihrer gefälligen persönlichen Information zu übersenden. Der in dem ersteren Berichte erwähnte Geheime Marinebaurat Franzius war von hier aus mit dem geheimen Auftrage entsandt worden, sich über die marinetechnische und kommerzielle Tauglichkeit der einzelnen eventuell in Aussicht genommenen Punkte für den in Rede stehenden Zweck auf Grund eigener Wahrnehmung an Ort und Stelle ein Urteil zu bilden. Derselbe scheint infolge seiner bisherigen, hier allerdings noch nicht abgeschlossen vorliegenden Untersuchungen der Ansicht zuzuneigen, daß die im Süden der Halbinsel Schantung belegene Kiautschoubai unsern Bedürfnissen am besten entsprechen würde.

Unter diesen Umständen ist es von Wichtigkeit, tunlichst darüber Gewißheit zu erlangen, ob die in dem Bericht erwähnten, von dem stellvertretenden Chef des ostasiatischen Kreuzergeschwaders Kapitän Zeye gemeldeten Auslassungen des Admirals Alexejew dahin, daß von russischer Seite keine Ansprüche auf diesen Hafen bestehen oder erhoben werden, den Anschauungen der maßgebenden Stellen in St. Petersburg entsprechen.

Ew. pp. ersuche ich ergebenst, hierüber gefälligst in unauffälliger Weise, und ohne unsere eventuellen Absichten erkennen zu lassen, Ermittlungen anstellen und über das Ergebnis berichten zu wollen.

Rotenhan

---

* Siehe Nr. 3674.

Nr. 3676

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 286 St. Petersburg, den 3. Juli 1897

In Gemäßheit des hohen Erlasses Nr. 660 vom 22. v. Mts.* habe ich getrachtet, unauffällig festzustellen, ob die russische Regierung auf die Kiautschoubai auf der Schantung-Halbinsel Absichten hat. Ich brachte im Auswärtigen Ministerium gelegentlich einer Unterhaltung über die Mission des Fürsten Uchtomski nach Peking und die bevorstehende Ankunft des chinesischen Mandarin Tschang, der mit Graf Cassini aus London über Paris nach Petersburg reist, das Gespräch auf jenen Punkt und erfuhr von Graf Lamsdorff, was ich bereits wußte und mit Nr. 96 vom 29. Februar v. Js. zu berichten die Ehre hatte, daß die Chinesen diesen Hafen als ihren besten und wichtigsten ansehen und ihn befestigen wollen, wogegen die Russen wohl nichts einzuwenden hätten. Auf meine beiläufig hingeworfene Frage, warum das russische Geschwader, welches in der Kiautschoubai überwintert habe, dieselbe den Chinesen überließe, wenn der Hafen eine so gute Lage habe, erwiderte mir Graf Lamsdorff, daß die Chinesen „étaient maîtres chez eux", daß aber auch die Entfernung von Wladiwostok ihm zu groß erscheine, als daß Rußland ein besonderes Interesse haben könnte, diesen Hafen für sich in Anspruch zu nehmen. — Ich werde die Angelegenheit weiter im Auge behalten und, wenn sich ein günstiger Anlaß bietet, suchen, vom Grafen Murawiew selbst eine noch positivere Äußerung zu erlangen, ohne ihm merken zu lassen, worum es sich für uns handelt.

Bei dem Einfluß, den Graf Cassini auf den Minister des Auswärtigen in chinesischen Dingen hat, möchte ich Euerer Durchlaucht gehorsamst anheimstellen, mich zu ermächtigen, bei ersterem das Terrain zu sondieren. Graf Cassini wird übrigens während der Anwesenheit Seiner Majestät des Kaisers in Petersburg sein, und zweifle ich nicht, daß er etwaigen Wünschen bezüglich Chinas, die von uns kommen könnten, sich willfährig zeigen wird, zumal wenn er mit einer preußischen Ordensauszeichnung bedacht werden wird, auf die er oder Graf Murawiew für ihn, glaube ich, rechnet. Um so mehr freue ich mich, als Seine Majestät der Kaiser die Gnade gehabt hat, mir zu erlauben, den Grafen Cassini auf die Liste derer zu setzen, die gelegentlich des allerhöchsten Besuchs in Peterhof mit Orden ausgezeichnet werden sollen.

Radolin

---

* Siehe Nr. 3675.

Nr. 3677

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 294 St. Petersburg, den 8. Juli 1897

Die Ankunft des aus London in Begleitung des Grafen Cassini hier erwarteten chinesischen Jubiläums-Gesandten Tschang-Jing-Huang gab mir gestern eine Veranlassung, in ganz unauffälliger Weise (der hohen Weisung nach Erlaß Nr. 660 vom 22. v. Mts.* gemäß) mit Graf Murawiew über die Kiautschoubucht bei Schantung zu sprechen.

Ein Wort gab das andere, und so warf ich nebenbei die Frage hin, ob es richtig sei, was man sich erzählt, daß die Chinesen, die sich groß fühlen und viele Waffenbestellungen machen, sogar daran gehen wollen, den Hafen von Kiautschou zu befestigen. Dies letztere, fuhr ich fort, wäre deshalb etwas aufgefallen, weil doch die russische Flotte dort überwintert habe.

Graf Murawiew erwiderte mir, daß er von der Befestigung des Hafens Kenntnis erhalten, aber nichts dagegen einzuwenden habe; übrigens hätte die russische Flotte, soviel er wisse, die Berechtigung, nach wie vor dort zu überwintern, wenn es für angezeigt erachtet würde. Denn, fügte der Minister hinzu, wenn mich das alles interessiere, möchte ich doch Graf Cassini näher ausfragen, der in all den chinesischen Dingen besser unterrichtet wäre als er. —

Da am selben Abend — gestern — Graf Cassini bei mir speiste, brachte ich mit ihm das Gespräch auf China. Wir hatten kaum das Thema berührt, als er mir sagte, wie gnädig Seine Majestät der Kaiser ihn in Berlin empfangen, und wie die Erwerbung eines chinesischen Hafens Seiner Majestät am Herzen zu liegen scheine. Allerhöchstderselbe hätte des längeren mit ihm darüber gesprochen. — Graf Cassini sagte mir darauf, er teile ganz die Ansicht Seiner Majestät, daß Deutschland zum Schutze seiner Interessen und seiner Schiffe eine gute Station in China haben müsse, es wäre nur bedauerlich, daß viel Zeit verloren gegangen sei[1]. Jetzt sei der Moment nicht so günstig, die Chinesen wären schwerer zugänglich geworden wie gleich nach dem Kriege. Man müsse eine gute Gelegenheit abwarten und dann zugreifen. — Eine Hauptsache in China sei, richtig zu bemessen, wann der geeignete Moment sich biete. Ein passender Hafen würde sich für Deutschland um so leichter finden lassen, als es für die deutschen Zwecke gleichgültig wäre, ob der Hafen etwas weiter nach Süden liege. — Wenn Rußland einen solchen in China

---

* Siehe Nr. 3675.

brauchte, was mit Rücksicht auf den vortrefflichen Eisbrecher in Wladiwostok augenblicklich nicht mehr so unbedingt nötig sei, dann würde die Entfernung von diesem russischen Hafen mitzusprechen haben. Das sei z. B. auch der Fall mit der Kiautschoubai, welche die Chinesen übrigens behalten wollen und schon befestigen. Zum gelegentlichen Überwintern sei diese Bucht vortrefflich. Bei den intimen Beziehungen zwischen China und Rußland würden die Befestigungen das Überwintern nicht hindern.

Um nicht auszusehen, als interessiere ich mich über Gebühr für jenen Hafen, und da ich genügend erfahren hatte, brach ich dieses Thema ab. — Ich hörte zu meiner Freude, wie Graf Cassini sich anerkennend über den Kaiserlichen Gesandten Baron von Heyking aussprach. Auch der russische Geschäftsträger* hebt in seinen Briefen die guten Beziehungen hervor, die er mit Herrn von Heyking unterhalte. pp.

Radolin

Randbemerkung des Rats im Kaiserlichen Gefolge Gesandten von Kiderlen:
[1] Hierzu hat Seine Majestät bemerkt, er habe schon vor drei Jahren das haben wollen. Ich habe Seine Majestät darauf aufmerksam gemacht, daß der schlaue Russe das hintennach sage, um seine eigene jetzige ablehnende Haltung zu verschleiern.

Nr. 3678

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe, z. Z. in Alt-Aussee, an den Stellvertretenden Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Rotenhan

Telegramm. Entzifferung

Nr. 9 Alt-Aussee, den 12. Juli 1897

Mit Bezug auf Bericht aus St. Petersburg Nr. 286 vom 3. d. Mts.** bitte ich den Fürsten von Radolin darüber informieren zu wollen, daß ich die Frage der Kiautschoubucht bei meiner demnächstigen Anwesenheit in St. Petersburg mit der russischen Regierung direkt zu regeln beabsichtige. Es kommt infolgedessen darauf an zu verhindern, daß in den Erörterungen des Fürsten von Radolin mit Graf Cassini oder namentlich Graf Murawiew von russischer Seite eine die von mir beabsichtigte Verhandlung erschwerende Äußerung fällt.

Hohenlohe

---

* Pawlow.
** Siehe Nr. 3676.

Nr. 3679

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Botschafter Bernhard von Bülow, z. Z. in Petersburg, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 10 St. Petersburg, den 11. August 1897

Auf allerhöchsten Befehl resümiere ich die hier stattgehabten politischen Besprechungen und den Gesamtverlauf des Besuchs Seiner Majestät des Kaisers * in Rußland wie folgt:

1. Kiautschoubucht

Seine Majestät haben den Kaiser Nikolaus gefragt, ob Rußland Absichten auf die genannte Bucht habe. Der russische Kaiser erwiderte, Rußland habe ein Interesse daran, sich den Zutritt zu dieser Bucht solange zu sichern, bis es über einen anderen, nördlicher gelegenen und schon ins Auge gefaßten Hafen Pingjang (nicht weit von Port Arthur) disponieren werde. Die Frage unseres allergnädigsten Herrn, ob Kaiser Nikolaus Bedenken dagegen habe, daß deutsche Kriegsschiffe in Ermangelung einer deutschen Flottenstation im Bedürfnisfalle und nach eingeholter Erlaubnis der russischen Marinebehörden in der Kiautschoubucht vor Anker gingen, wurde vom Zaren mit der Versicherung bereitwilligen Entgegenkommens in dieser Richtung beantwortet. Nachdem Seine Majestät mich von diesem Gedankenaustausch über die Kiautschoubucht in Kenntnis gesetzt hatten, wurde derselbe von dem Herrn Reichskanzler in nachstehender Form schriftlich präzisiert, diese Formulierung dem russischen Minister des Äußeren vorgelesen und endlich noch von Seiner Durchlaucht in einem Briefe an Graf Murawiew fixiert:

„Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne ayant demandé à Sa Majesté l'Empereur de Russie, si la Russie avait des vues sur la baie de Kiautchou, Sa Majesté répondait qu'effectivement la Russie avait intérêt de s'assurer l'accès de la dite baie jusqu'à ce quelle ait obtenu un port plus septentrional qu'elle avait déjà en vue (Petchili). L'Empereur d'Allemagne ayant demandé si l'Empereur Nicolas voyait un inconvénient à ce que les navires allemands en cas de besoin et après avoir pris le consentement des autorités navales russes, mouillent dans la baie de Kiautchou, Sa Majesté l'Empereur de Russie répondit négativement."

Graf Murawiew bemerkte zu dieser Deklaration, daß Rußland

* Kaiser Wilhelm II. weilte, begleitet vom Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe und dem Stellvertretenden Staatssekretär Bernhard von Bülow, zum Besuch des russischen Kaisers vom 7.—11. August in Peterhof.

nicht die Absicht habe, die Kiautschoubucht definitiv zu behalten, wenn er auch noch nicht sagen könne, wann dasselbe in der Lage sein werde, die Bucht zu räumen. Nach erfolgter Räumung wünsche Rußland uns die Kiautschoubucht zuzuwenden, schon damit England nicht Hand auf dieselbe lege. pp.*

Bülow

Nr. 3680

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Botschafters Bernhard von Bülow

Abschrift

Berlin, den 17. August 1897

Die Zusammenkunft zwischen unserem allergnädigsten Herrn und Seiner Majestät dem Kaiser von Rußland hat in jeder Beziehung einen befriedigenden Verlauf genommen. pp.

Schließlich wurde noch die für Deutschland wichtige Frage des Erwerbes einer Kohlenstation in den ostasiatischen Gewässern besprochen. Die durch die Entwicklung des deutschen Handels in Ostasien bedingte Notwendigkeit, zum Schutze desselben dauernd in den ostasiatischen Gewässern eine größere Anzahl kaiserlicher Kriegsschiffe zu halten, hatte zu dem besonders infolge des chinesisch-japanischen Krieges hervorgetretenen Bedürfnis geführt, ähnlich den übrigen an dem ostasiatischen Handel beteiligten Nationen auch für die Kaiserliche Marine an der chinesischen Küste einen Punkt zu haben, wo unsere Kriegsschiffe sich zeitweilig aufhalten, ihren Kohlenvorrat ergänzen und erforderlich gewordene Reparaturen vornehmen könnten, ohne, wie bisher in solchen Fällen, von fremder Gefälligkeit abhängig zu sein. Als geeigneter Platz hierfür wird von der Kaiserlichen Marine die im Süden der Halbinsel Schantung belegene Kiautschoubucht erachtet. Da indessen diese Bucht in den letzten Jahren von der russischen Marine auf Grund von Abmachungen mit der chinesischen Regierung wiederholt als Winterquartier benutzt worden ist, erschien es zweifelhaft, ob nicht Rußland Ansprüche auf die Bucht erhebe bzw. Rechte daran bereits erworben habe.

Die Frage ist deshalb deutscherseits in St. Petersburg zur Sprache gebracht, und es ist darauf russischerseits die Erklärung abgegeben worden, daß Rußland allerdings auf den freien Zugang zu der Kiautschoubucht für sich solange Wert lege, als es nicht einen anderen Hafen besitze, daß es aber bis dahin die Mitbenutzung der Bucht durch deutsche Kriegsschiffe gestatten wolle und nach Räumung der

* Den Schluß des Telegramms siehe in Bd. XIII, Kap. LXXXV, Nr. 3438.

Kiautschoubucht seinerseits gegen den Übergang derselben in deutschen Besitz nichts einzuwenden habe*.

(gez.) von Bülow

Nr. 3681

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Reinkonzept

Nr. 850 Berlin, den 9. September 1897
Geheim

Ew. pp. ersuche ich ergebenst, dem Grafen Murawiew gefälligst zu sagen, daß wir in Gemäßheit der bei dem Besuch Seiner Majestät des Kaisers in St. Petersburg stattgehabten Besprechungen nunmehr der chinesischen Regierung mitteilen wollen, wir behielten uns vor, im Laufe des kommenden Winters im Notfall zeitweilig kaiserliche Kriegsschiffe in der Kiautschoubucht vor Anker gehen zu lassen. Selbstverständlich wird das jeweilig erst nach Benehmen mit dem dortigen russischen Befehlshaber geschehen.

Einer Anzeige von der Ausführung** dieses Auftrages werde ich entgegensehen dürfen.

Fürst v. Hohenlohe

Nr. 3682

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 362 St. Petersburg, den 21. September 1897
Geheim

Eurer Durchlaucht hoher Weisung vom 9. d. Mts. Nr. 850*** gemäß habe ich dem Grafen Murawiew gesagt, daß die Kaiserliche Regierung in Gemäßheit der Peterhofer Besprechungen der chinesischen Regierung nunmehr mitteilen will, die Regierung Seiner Majestät des

---

* Auch der russische Finanzminister Witte bestätigt in seinen Memoiren, daß Kaiser Nikolaus II. während der Entrevue in Peterhof in die deutsche Okkupation Kiautschous im voraus eingewilligt habe. „Pendant une visite à Péterhof, dans l'été de 1897 il — l'empereur allemand — avait réellement forcé l'empereur Nicolas à reconnaître tacitement l'occupation allemande de Kiao-Chow.“ Mémoires du Comte Witte. Traduction de François Rousseau, p. 87.
** Vgl. das folgende Schriftstück.
*** Siehe Nr. 3681.

Kaisers behielte sich vor, im Laufe des kommenden Winters im Notfalle zeitweilig kaiserliche Kriegsschiffe in der Kiautschoubucht vor Anker gehen zu lassen; selbstverständlich würde dies jeweilig erst nach Benehmen mit dem dortigen russischen Befehlshaber geschehen.

Graf Murawiew nahm meine Mitteilung, die ich als geheim bezeichnete, freundlich auf, ohne sich aber weiter zu äußern, und sagte mir, er wolle unverzüglich dem Kaiser von dem Vorhaben der Kaiserlichen Regierung nach Warschau Meldung erstatten.

Radolin

Nr. 3683

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Botschafter Bernhard von Bülow an den Gesandten in Peking Freiherrn von Heyking

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Lindenau

Nr. 32 — Berlin, den 25. September 1897

Bitte, chinesischer Regierung in geeignet scheinender Form mitteilen: „Wir behielten uns vor, im Laufe des kommenden Winters im Notfall zeitweilig kaiserliche Kriegsschiffe in der Kiautschoubucht vor Anker gehen zu lassen.“ Ob Ew. unseres Einverständnisses mit Rußland hierbei sogleich oder erst auf den zu erwartenden Einwand der chinesischen Regierung, daß Rußland bereits Rechte an Kiautschou habe, Erwähnung tun wollen, überlasse ich Ihrem Ermessen.

Bülow

Nr. 3684

Der Gesandte in Peking Freiherr von Heyking an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 56 — Peking, den 1. Oktober 1897

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 32*.

Auftrag mündlich ausgeführt, der auf Tsungli Yamen sichtlich tiefen Eindruck machte. Prinz Tsching und Li-Hung-Tschang warfen ein, daß Rußland an Kiautschou keine Ansprüche habe**.

Heyking

---

* Siehe Nr. 3683.

** In einem ausführlichen Berichte Freiherrn von Heykings vom 3. Oktober, der am 21. November in Berlin eintraf, hieß es u. a.: „Da die Chinesen trotz meiner Anspielung auf den Aufenthalt russischer Kriegsschiffe in der Bai im vergangenen Jahre gar nicht mit der Sprache herauskamen, sagte ich, ich müsse

Nr. 3685

Der Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 382 St. Petersburg, den 14. Oktober 1897

Nach Empfang des hohen Telegramms Nr. 316 vom 13. d. Mts., betreffend das Einlaufen deutscher Schiffe in die Kiautschoubucht, habe ich unverzüglich den Grafen Lamsdorff aufgesucht, um ihm die befohlene Mitteilung zu machen. Ich habe dem Grafen keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir mit dieser Anzeige (signaler) die unsererseits in Peterhof übernommene Verpflichtung vorherigen Benehmens mit den russischen Behörden als erfüllt ansehen, indem ich ausdrücklich betonte, daß diese meine Mitteilung in Erfüllung eben dieser unserer Zusage erfolge.

Graf Lamsdorff hörte mich ruhig an. Nachdem ich geendet, bemerkte er, es scheine ihm, als ob sich ein Mißverständnis in der vorliegenden Frage eingeschlichen habe, indem die deutsche Regierung annehme, daß Rußland von China das Recht erlangt hätte, definitiv und auf immerwährende Zeit über die Kiautschoubucht zu verfügen. Dies sei nicht der Fall. Rußland habe zur Zeit des japanisch-chinesischen Krieges, als seine Flotte verhindert war, wie üblich in japanischen Häfen zu überwintern, von China nur die Befugnis erhalten, für den nächsten Winter, also nur temporär und vorübergehend, den genannten Hafen zu benutzen, und Rußland habe China, wenn er nicht irre, sogar das Versprechen gegeben, möglichst bald von der Benutzung des Hafens ganz abzustehen, weil die chinesische Regierung besondere Zwecke mit der Kiautschoubucht verfolge. Rußland sei daher seiner Ansicht nach gar nicht in der Lage, über den Hafen zu disponieren *.

---

auch hinzusetzen, daß in dieser Sache Besprechungen mit der russischen Regierung stattgefunden hätten. Li-Hung-Tschang erwiderte sogleich etwas lebhafter: Das geht doch aber die Russen gar nichts an; Kiautschou ist doch chinesisches Gebiet. Ich ließ mich hierauf nicht ein, erwähnte noch in Antwort Prinz Tschings, daß ich über die Länge des Aufenthalts unserer Kriegsschiffe nichts mitteilen könne, und erklärte, ich hätte mich hiermit meines Auftrages entledigt.“

* Die Äußerungen des Grafen Lamsdorff sind von Wichtigkeit, weil sie die deutsche Regierung in der Auffassung bestärken mußten, daß zwischen Rußland und China keinerlei Abmachungen über Kiautschou bestanden, die ersterem ein Recht gegeben hätten, gegen das geplante Einlaufen der deutschen Schiffe in die Bucht Einspruch zu erheben. Auch von dem nachher von Graf Murawiew in einer Depesche vom 8. November (siehe B. Nr. 3693) in Anspruch genommenen droit de premier mouillage (Anker-Vorrecht) ist in den Äußerungen Graf Lamsdorffs noch mit keinem Wort die Rede. Später erhielt der deutsche Gesandte in Peking Freiherr von Heyking von seinem englischen Kollegen Sir Claude M. Mac Donald die sichere Bestätigung, daß der chinesischen Regierung

Außerdem glaube er sich zu erinnern, daß in Peterhof verabredet worden und auch vom Fürsten Radolin kürzlich an den Grafen Murawiew mit-

---

keinerlei Abmachungen mit Rußland über die Kiautschoubai bekannt seien; nur habe Li-Hung-Tschang ohne Ermächtigung versprochen, daß im Falle eines Krieges Rußlands oder Chinas mit Japan die Bai von den Russen besetzt werden könne. Telegramm Freiherrn von Heykings Nr. 80 vom 25. November 1897. Nach einem Telegramm Fürst Radolins vom 6. Dezember (siehe B Nr. 3724) ließ auch Graf Murawiew schließlich den Anspruch auf das droit de premier mouillage fallen, indem er bemerkte, ein droit würde in dieser Beziehung ein Vertragsverhältnis mit China voraussetzen (was demnach nicht existierte!).
Was Kaiser Wilhelm II. in seinen „Ereignissen und Gestalten" (S. 55 ff.) über die Vorbereitung der Kiautschou-Aktion erzählt, ist mit vielen Irrtümern des Gedächtnisses durchsetzt. Das „droit de premier mouillage" ist weder in früheren Sondierungen in Petersburg noch bei dem Aufenthalt des Deutschen Kaisers in Peterhof im August 1897 ausdrücklich zur Sprache gekommen, sondern erst in der Depesche Graf Murawiews vom 8. November (siehe B Nr. 3693). Der Kaiser hat also auch nicht in der Unterredung mit Graf Murawiew in Peterhof diesem mit einem Gutachten des Geheimen Admiralitätsrats Perels über das droit de premier mouillage entgegentreten können. Von einem Gutachten Perels ist in den Akten des Auswärtigen Amts keine Spur zu finden. Nach einem Briefe des Reichskanzlers Fürsten von Hohenlohe dd. Letzlingen, den 19. November 1897 an den Unterstaatssekretär Freiherrn von Rotenhan hatte der Kaiser zu ihm, Hohenlohe, gesagt, er habe einen Gelehrten über die Bedeutung der priorité de mouillage fragen lassen, dieser aber habe keine Auskunft erteilen können; Hohenlohe möge deshalb die Gelehrten des Auswärtigen Amtes damit beauftragen. Demzufolge wurde dem Kaiser am 28. November ein von dem Vortragenden Rat Klehmet ausgearbeitetes juristisches Promemoria über die Frage unterbreitet. Unrichtig ist auch die kaiserliche Angabe (S. 58), daß Deutschland zunächst die Frage der Erwerbung von Kohlenstationen im Einvernehmen mit England zu regeln gesucht habe, von diesem aber in „ziemlich unhöflicher Form" abgewiesen sei und sich dann erst an Rußland gewandt habe. Hinsichtlich der Unterredung, die Kaiser Wilhelm im Laufe der Verhandlungen mit dem englischen Botschafter Sir F. Lascelles über das Thema der deutschen Wünsche gehabt haben will, findet sich nichts in den Akten; man müßte denn ein Gespräch hierauf beziehen, das der Kaiser am 21. November 1896 mit dem Botschafter hatte, und in dem er eine Andeutung fallen ließ, daß Deutschland geneigt sei, sich auf eine einzige Kolonie zu beschränken, und daß darüber sich leicht eine deutsch-englische Verständigung erzielen lassen würde, falls England bereit sei, an anderer Stelle Deutschland eine Kohlenstation einzuräumen. (Vgl. Bd. XIII, Kap. LXXXIV, Nr. 3399.) Als dann zu Anfang Mai 1897 Graf Hatzfeldt gegenüber Lord Salisbury den deutschen Wunsch nach einem Stützpunkt in China zum Ausdruck brachte, hat dieser ausdrücklich erklärt, daß er eine solche Erwerbung Deutschlands ohne Eifersucht sehen würde. (Vgl. Bd. XIII, Kap. LXXXIV, Nr. 3407.) Auf seine Anfrage, ob er bei Lord Salisbury auf die deutschen Wünsche in China zurückkommen solle, wurde Hatzfeldt zwar bejahend beschieden, mit dem Hinzufügen, daß er den geeigneten Zeitpunkt dafür selbst wählen möge (vgl. das. Nr. 3408), es findet sich aber nicht, daß Hatzfeldt dies getan hat; keinenfalls ist die Sache von Berlin aus, wo man sich seit dem Herbst 1896 mehr und mehr für die nur im Einverständnis mit Rußland zu sichernde Erwerbung Kiautschous erwärmt hatte, urgiert worden. Es geht also nicht an, von einem unhöflichen Abbruch der Verhandlungen durch England zu reden.

geteilt worden sei, daß eine vorgängige Verständigung zwischen dem deutschen Geschwaderchef und den russischen Behörden in loco zu erfolgen haben würde. Im jetzigen Zeitpunkt habe außerdem Rußland keine Schiffe oder sonstige Organe in der Bucht, und solche hätten sich seit dem Kriege überhaupt dort nicht befunden. Rußland könne, wie ihm scheine, solange es selbst keine Schiffe in der Bucht habe, über deren Benutzungsrecht auch nicht verfügen. Er wisse nicht, was die Chinesen für ein Gesicht machen würden, wenn jetzt plötzlich deutsche Schiffe dort einliefen.

Auf diese Darstellung des Umfanges der von China Rußland eingeräumten Befugnisse über die Kiautschoubucht, die für uns von Wert sein könnte, entgegnete ich, daß mir völlig unbekannt sei, was zwischen Rußland und China in bezug auf die Bucht vereinbart worden sei. Wenn er Besorgnisse äußere über die mögliche Haltung der chinesischen Regierung, so sei ich nicht in der Lage, mich darüber zu äußern, glaubte aber, daß meine Regierung, die ja bereits ihre Absicht, der chinesischen Regierung eine bezügliche Mitteilung zu machen, hier bekannt gegeben habe, nicht im unklaren darüber sei, was sie von dieser Seite zu erwarten habe. Mir sei nur bekannt, daß wir die Verpflichtung auf uns genommen, nicht ohne Benachrichtigung der russischen Regierung Schiffe dort einlaufen zu lassen, und in Ausführung dieser Verpflichtung habe meine Regierung mich beauftragt, ihm die obige Mitteilung zu machen.

Graf Lamsdorff sagte schließlich, er werde unverzüglich meine Mitteilung dem Grafen Murawiew übermitteln.

von Tschirschky

B. Die Erwerbung Kiautschous durch Deutschland 1897

Nr. 3686

Kaiser Wilhelm II. an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Neues Palais, den 6. November 1897

Ich lese soeben in der Presse die Nachricht von dem Überfall auf die unter meinem Protektorat stehende deutsch-katholische Mission in Schantung*. Hierfür muß ausgiebige Sühne durch energisches Eingreifen der Flotte geschafft werden. Das Geschwader muß augenblicklich nach Kiautschou fahren, dort befindliche chinesische Ortschaft besetzen und mit schwersten Repressalien drohen, wenn nicht augenblicklich seitens der chinesischen Regierung ein in Geld zu bemessender hoher Schadenersatz geleistet, sowie Verfolgung und Bestrafung der Verbrecher wirklich effektuiert wird. Ich bin fest entschlossen, unsere hypervorsichtige, in ganz Ostasien bereits als schwach angesehene Politik nunmehr aufzugeben und mit voller Strenge und wenn nötig mit brutalster Rücksichtslosigkeit den Chinesen gegenüber endlich zu zeigen, daß der Deutsche Kaiser nicht mit sich spaßen läßt und es übel ist, denselben zum Feind zu haben**.

Bitte umgehend telegraphische Antwort des Einverständnisses, damit ich Admiral sofort telegraphisch anweisen kann.

Es ist das energische Auftreten um so mehr geboten, als ich dadurch meinen katholischen Untertanen inklusive der Ultramontanen von neuem beweisen kann, daß mir ihr Wohl genau so am Herzen liegt und sie ebenso auf meinen Schutz rechnen können als meine übrigen Untertanen.

Wilhelm I. R.

Nr. 3687

Der Chiffreur im Kaiserlichen Gefolge Franceson an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Neues Palais, den 6. November 1897

Mit Bezug auf heutiges Telegramm.

* Am 4. November waren zwei deutsche katholische Missionare in der Provinz Süd-Schantung ermordet worden.

** Die scharfen Ausdrücke des Kaisers begreifen sich einmal aus seinem hochgradigen Unwillen über die hinhaltende Politik der chinesischen Regierung in bezug auf die Frage einer deutschen Kohlen- und Flottenstation, sodann aus der Auffassung, die er sich auf Grund namentlich der Äußerungen des chinesischen Gesandten in Petersburg zu Fürst Radolin über den chinesischen Charakter, der nur für brutale Rücksichtslosigkeit, nicht für freundliches Entgegenkommen empfänglich sei (vgl. A, Nr. 3666 und Nr. 3667, Fußnote) gebildet hatte.

Seine Majestät der Kaiser würden dem Admiral folgenden telegraphischen Befehl geben:

„Admiral von Diederichs

Wusung

Gehen Sie augenblicklich mit dem ganzen Geschwader Kiautschou, besetzen Sie geeignete Punkte und Ortschaften dortselbst und erzwingen Sie von dort aus in Ihnen geeignet scheinender Weise vollkommene Sühne. Größte Energie geboten. Zielpunkt Ihrer Fahrt geheim halten.

Wilhelm I. R.“

Franceson

Nr. 3688

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II.

Telegramm. Abschrift

Berlin, den 6. November 1897

An Eurer Majestät Gesandten in China ist heute nachfolgendes Telegramm ergangen:

„Stellen Sie scharfe Genugtuungsforderung an chinesische Regierung, zugleich auch wegen des Vorfalls in Wutschang*, im Benehmen mit Admiral. Drahtbericht über die von Ihnen gestellte Forderung.“

Falls Eure Majestät, ohne die Antwort abzuwarten, dem Geschwaderchef Befehl zu sofortigem Vorgehen geben wollen, dürfte es nötig sein, einen andren Ort als Kiautschou zu wählen, da für die Besetzung von Kiautschou in Gemäßheit der zwischen Eurer Majestät und dem Kaiser von Rußland in Peterhof getroffenen Vereinbarung** das russische Einverständnis nachzusuchen sein würde.

Die Besetzung eines andren Ortes, z. B. des von der Marine gleichfalls in Aussicht genommenen Hafenplatzes Tschangtau, halte ich auch ohne vorherige Anfrage irgendwo für unbedenklich.

Eure Majestät bitte ich eventuell um hochgeneigte Bescheidung, ob ich in Petersburg die Zustimmung zur Besetzung von Kiautschou nachsuchen soll.

Ein gewisser Zeitverlust ist dann unvermeidlich, aber allerdings wäre Kiautschou für unsere Interessen vorzuziehen.

Fürst v. Hohenlohe

---

* Am 30. Oktober waren der Kommandant und mehrere Offiziere des vor Hankau liegenden Kanonenboots „Cormoran“ von chinesischen Volkshaufen mit Steinen beworfen worden, ebenso die Besatzung des unter Flagge stehenden Dampfbeiboots, das die Offiziere an Land gesetzt hatte.

** Vgl. A, Nr. 3679 und Nr. 3680.

Nr. 3689

Kaiser Wilhelm II. an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

[Neues Palais, den] 7. November 1897

Habe wegen Einlaufens meiner Schiffe in Kiaoutchow beim Czaren persönlich mich erkundigt. Derselbe antwortet mir soeben, daß er über Kiautchou nichts zu erlauben oder zu verhindern habe, da er sich erst neuerdings davon überzeugt habe, daß der Hafen nur auf Zeit von 1895—1896 in Russischem Besitze vorübergehend gewesen sei*. Ich habe daher Marine Cabinet angewiesen, das gestern von mir entworfene Telegram an Admiral abzusenden. Wir müssen diese vorzügliche Gelegenheit umgehend benutzen, ehe ein anderer Grossstaat China noch aufreizt oder zu Hilfe kommt! Jetzt oder nie.

Text lautet: „Cannot approve, nor disapprove Your sending German Squadron to Kiautchou as I have lately learned that this harbour only had been temporily ours in 1895—1896.

Wilhelm I. R.

Nr. 3690

Kaiser Wilhelm II. an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow, z. Z. in Rom

Telegramm. Reinkonzept

Nr. 137 Neues Palais, den 7. November 1897

Unser Gespräch, Kiautschou betreffend, am Tage meiner Abreise nach Piesdorf, am Ende dessen Sie betonten, daß es die höchste Zeit sei, unsere schwankende und laue Politik in Ostasien energischer zu gestalten, hat eine schnelle Folge gehabt, schneller als wir es dachten. Gestern erhielt ich die amtliche Meldung von Überfall und Mord und Raub der deutschen Missionsstation Jentschoufu auf Schantung. Also endlich haben uns die Chinesen den schon von Marschall, Ihrem Vorgänger, so lang ersehnten Grund und „Zwischenfall“ geboten. Ich beschloß, sofort zuzugreifen. Denn nach allen Berichten, schriftlichen, offiziellen und privaten sowie mündlichen von Reisenden, die aus Ostasien heimkehren, ist es keinem Zweifel unterworfen, daß wir an einem

* Hiernach ist die Behauptung des Grafen Murawiew gegenüber dem japanischen Gesandten Baron Hayashi, daß die russische Regierung wegen der Besetzung Kiautschous von deutscher Seite nicht befragt sei („we ware only informed of the matter after the place had been seized“; A. M. Pooley, The secret Memoirs of Count Tadasu-Hayashi, p. 97), unrichtig.

Wendepunkt für unser gesamtes Ansehen, Einfluß und Aussicht auf Handelsentwicklung stehen. Aller Augen, sowohl der Asiaten als der dort wohnenden Europäer, sind auf uns gerichtet, und ein jeder fragt sich, ob wir uns das gefallen lassen werden oder nicht?

Die Instruktion an den Admiral ist aufgesetzt des Inhalts, augenblicks nach Kiautschou, dasselbe besetzen, mit Repressalien drohen und energisch eingreifen. Heute teilte mir der Reichskanzler mit, daß diese Absicht den Peterhofer Abmachungen zuwiderlaufe und erst konstatiert werden müsse, wie die russische Regierung zu diesem Unternehmen sich stellen würde. Man könne eventuell die Insel Tschangtau besetzen und in St. Petersburg derweil erst mal die Sache klären. So tief erniedrigend es auch ist, daß das Deutsche Reich sich in St. Petersburg quasi Erlaubnis holen muß, seine christlichen Schutzbefohlenen in China schützen und rächen zu dürfen und dazu eines Punktes sich zu bedienen, den es aus übergroßer Bescheidenheit vor drei Jahren nicht besetzte, was ohne Anstand erfolgen konnte, so habe ich keinen Augenblick gezögert, für das Wohl meines Landes diesen Schritt zu tun. Ich telegraphierte persönlich an den Zaren:

„Chinese attacked german missions Shantung, inflicting loss of life and property. I trust you approve according to our conversation Peterhof my sending german squadron to Kiautschou, as it is the only port available to operate from as a base against marauders. I am under obligations to catholic party in Germany to show that their missions are really safe under my protectorate."

Der Zar hat mir soeben geantwortet (Übersetzung des englischen Telegramms desselben):

„Ich bin sehr dankbar, daß Du mich persönlich avisiert hast. Bedauere Angriff der Chinesen auf deutsche katholische Missionen unter Deinem Protektorate. Kann weder erlauben noch verhindern, daß Du deutsches Geschwader nach Kiautschou schickst, da ich erst kürzlich erfahren habe, daß dieser Hafen überhaupt nur zeitweise unser gewesen ist, und zwar von 1895—1896. Ich hege Besorgnis, daß vielleicht harte Strafen im Osten Chinas einige Aufregung und Unsicherheit verursachen werden und die Kluft zwischen Chinesen und Christen erweitern. Nicky"

Ich teile diese Besorgnis nicht. Tausende von deutschen Christen werden aufatmen, wenn sie des Deutschen Kaisers Schiffe in ihrer Nähe wissen werden, Hunderte von deutschen Kaufleuten werden aufjauchzen in dem Bewußtsein, daß endlich das Deutsche Reich festen Fuß in Asien gewonnen hat, Hunderttausende von Chinesen werden erzittern, wenn sie die eiserne Faust des Deutschen Reichs schwer in ihrem Nacken fühlen werden, und das ganze Deutsche Volk wird sich freuen, daß seine Regierung eine mannhafte Tat getan. Habe die Antwort des Zaren umgehend dem Reichskanzler mitgeteilt* und

* Siehe Nr. 3689.

zugleich befohlen, daß der Admiral umgehend nach Kiautschou abfahren soll, welches nunmehr unser werden wird, trotz Li-Hung-Tschang seinen Intrigen und Cassini seinen Lügen; bei welch letzterem jedoch der langersehnte Kronen-Orden 1. Klasse, der nur gegen Kiautschou verabreicht werden sollte, anscheinend seine Wirkung nicht verfehlt hat. Rußland, wie man hieraus ersehen kann, legt doch großen Wert darauf, uns in Ostasien auf seiner Seite zu haben und uns bei guter Laune zu erhalten. Möge die Welt aber aus diesem Vorfall ein für alle Mal die Moral ziehen, daß es bei mir heißt: „Nemo me impune lacessit."

Wilhelm I. R.

Nr. 3691

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II.

Abschrift

Berlin, den 7. November 1897

Euerer Majestät gestatte ich mir, ein soeben eingegangenes Telegramm aus Hankau zu unterbreiten, in welchem Euerer Majestät Gesandter in China meldet, daß wegen der Beleidigung deutscher Marineoffiziere in Wutschang* die Chinesen volle Genugtuung gegeben haben. Es bleibt nunmehr nur noch übrig, Sühne für die Ermordung der deutschen Missionare zu verlangen. Die Erledigung dieser Sache wird leider dadurch hinausgeschoben, daß der Gesandte sich auf der Reise befindet und erst Dienstag in Schanghai eintrifft. Mein gestriges Telegramm hatte er noch nicht erhalten.

Euerer Majestät möchte ich nunmehr alleruntertänigst vorschlagen, die uns aufgedrängte unerwünschte Frist in der Weise auszunutzen, daß wir uns inzwischen Gewißheit verschaffen über die Stellung, welche die russische Regierung in Wirklichkeit zu der Besitzfrage von Kiautschou einnimmt.

Euerer Majestät bitte ich um huldreiche Ermächtigung, daß ich zu dem Behufe den Geschäftsträger in St. Petersburg noch heute anweise, dem Grafen Murawiew mitzuteilen, daß wir, falls Rußland keine Einwendungen erhebt, unsere nötig gewordene Aktion auf die Kiautschoubai und deren Uferland richten. Auf diese Weise würde auch Klarheit geschaffen werden über die von verschiedenen Seiten an uns gelangten Gerüchte über einen Kiautschou betreffenden Geheimvertrag zwischen Rußland und China.

(gez.) Fürst v. Hohenlohe

* Vgl. Nr. 3688, Fußnote *.

Nr. 3692

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Rotenhan an den Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 324 Berlin, den 8. November 1897

Seine Majestät der Kaiser hat am 7. d. Mts. Seiner Majestät dem Kaiser von Rußland folgendes direkt telegraphiert:

„Chinese atacked german missions Shantung, inflicting loss of life and property. I trust you approve according to our conversation Peterhof my sending german squadron to Kiautschou, as it is the only port available to operate from as a base against marauders. I am under obligations to catholic party in Germany to show that their missions are really safe under my protectorate."

und darauf umgehend folgende Antwort erhalten (Übersetzung aus dem Englischen):

„Ich bin sehr dankbar, daß Du mich persönlich avisiert hast. Bedauere Angriff der Chinesen auf deutsche katholische Missionen unter Deinem Protektorate. Kann weder erlauben noch verhindern, daß Du deutsches Geschwader nach Kiautschou schickst, da ich erst kürzlich erfahren habe, daß dieser Hafen überhaupt nur zeitweise unser gewesen ist, und zwar von 1895—1896. Ich hege Besorgnis, daß vielleicht harte Strafen im Osten Chinas einige Aufregung und Unsicherheit verursachen werden und die Kluft zwischen Chinesen und Christen erweitern. Nicky"

Seine Majestät hat darauf dem Chef allerhöchstseines Kreuzergeschwaders telegraphisch Befehl erteilt, umgehend Kiautschou zu besetzen und von dort aus die Verhandlungen wegen Sühne der gegen unsere Missionare verübten Frevel mit aller Energie zu betreiben.

Die Kaiserliche Regierung erkennt das von Seiner Majestät dem Kaiser von Rußland erwiesene Entgegenkommen dankbarst an. Sie glaubt auch, daß durch das deutsche Vorgehen russische Interessen um so weniger berührt werden, als durch die neuerdings erfolgte Gründung einer russischen Kohlenstation auf Deer-Island bei Fuschan* das bei den Peterhofer Abreden betonte russische Bedürfnis, sich die Kiautschoubucht noch bis zum Erwerb von Pingjang offen zu halten, inzwischen weggefallen sein dürfte.

Der Chef des Kreuzergeschwaders und der Kaiserliche Gesandte in China werden Weisung erhalten, jede unnötige Härte zu ver-

* Diese Gründung einer russischen Kohlenstation war allerdings inzwischen von Graf Murawiew in Abrede gestellt worden. Bericht des Fürsten von Radolin Nr. 359 vom 22. September 1897.

meiden, dagegen das Hauptgewicht auf die gründliche Sicherstellung des Lebens und Wirkens der Missionare zu legen, sodaß auch in dieser Beziehung den Besorgnissen des Zaren vor Entfachung des chinesischen Fremdenhasses Rechnung getragen wird.

Bitte, vorstehendes unverzüglich Graf Murawiew oder seinem Vertreter im strengsten Vertrauen zu eröffnen. Drahtbericht über Erledigung.

Rotenhan

Nr. 3693

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Rotenhan an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Groß-Strehlitz

Telegramm. Entzifferung

Berlin, den 10.* November 1897

Der russische Geschäftsträger** hat heute hier folgende ihm von Graf Murawiew zugegangene Telegramme vorgelesen:

I. 8 novembre.

Notre Auguste Maître vient d'être avisé par l'Empereur Guillaume des massacres de missionnaires catholiques allemands par les Chinois dans province ChaiJounen et que par suite de ce fait l'escadre allemande est envoyée à Kiautchou. D'ordre de Sa Majesté j'ai télégraphié à notre représentant à Pékin de soutenir démarches qui seraient faites par représentant allemand dans le but d'obtenir punition des Chinois impliqués dans massacres. En même temps notre amiral dans le Pacifique a été invité pour le cas oú escadre allemande entrerait à Kiautchou d'y envoyer une partie de notre escadre puisque nous avons priorité de mouiller dans ce port depuis l'année 1895. Nous espérons d'ailleurs que cet incident sera reglé à l'amiable entre l'Allemagne et la Chine et rendra l'intervention d'autres puissances par là-même inutile [1].

II. 9 novembre.

Nous croyons que les explications du gouvernement chinois seront à même de satisfaire l'Allemagne et rendront inutile l'envoi d'une escadre allemande à Kiautchou. Mais, si tel était le cas, il est bien entendu que nos bâtiments y entreraient non pas pour prendre part à une action hostile mais uniquement dans le but d'affirmer priorité de mouiller. Des bâtiments étrangers pénétrant dans un port que la Chine considère comme étant fermé, il n'est que trop probable que d'autre puissance chercherait à profiter de cet exemple."

---

* Das Telegramm war aufgegeben in der Nacht vom 9. auf den 10. November.
** Graf von der Pahlen.

Dieselben werden ergänzt durch folgende telegraphische Meldung von Euerer Majestät Geschäftsträger in St. Petersburg*.

„Graf Murawiew sagte:

Was Rußlands Rechte auf die Kiautschoubucht anlange, so habe er von China seinerzeit neben der Ermächtigung, zeitweise während der Jahre 1895—1896 den Hafen zu benutzen, außerdem das Recht du premier mouillage erhalten[2], das heißt die Zusage, daß, wenn je der Hafen einer fremden Macht überlassen werden sollte, Rußland unter allen Umständen die Vorhand gesichert sei. Zur Wahrung dieses Rechts sei dem russischen Geschwaderchef in Ostasien Befehl erteilt worden, sobald deutsche Schiffe in den Hafen einlaufen, gleichfalls russische Schiffe dorthin zu senden. An unserer Aktion zur Sühne für die Ermordungen der Missionare würden die russischen Schiffe jedoch nicht teilnehmen. Er, Graf Murawiew, bedauere (déplore) den Schritt der Kaiserlichen Regierung. Die Folge werde sein, daß die Engländer und vielleicht auch die Franzosen Schiffe in die Kiautschoubucht schicken[3], die man daran nicht werde hindern können; damit werde gerade das erreicht, was gegen unser beiderseitiges Interesse verstoße: der Hafen werde in erster Linie England und dann allen Nationen geöffnet[4]. Schließlich bleibe noch die Frage offen, wie sich China zu der gewaltsamen Besetzung des Hafens stellen werde. Graf Murawiew betonte zum Schluß, daß er mit niemand über die Angelegenheit bisher gesprochen habe[5].“

Der russische Minister erklärt damit deutlich genug, daß die Regierung Kaiser Nikolaus nicht beabsichtigt, den Besitz von Kiautschou, falls China denselben verlieren sollte, einer anderen Macht zu überlassen, sondern daß sie Kiautschou selber nehmen will[6].

Angesichts der durch diese unerwarteten russischen Erklärungen herbeigeführten Umgestaltung der Lage, und da ein Bruch mit Rußland außerhalb des Rahmens der Politik Euerer Majestät liegt, bitte ich um huldreiche Bestimmung, ob es bei dem Befehl Euerer Majestät, der das Geschwader nach Kiautschou dirigiert, verbleiben und Euerer Majestät Gesandter in Peking mit den entsprechenden Instruktionen versehen werden soll. Dem Reichskanzler und dem Staatssekretär von Bülow habe ich die Sachlage telegraphiert.

Rotenhan

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Unglaublich unverschämt

[2] hat er uns und anscheinend seinem Kaiser verheimlicht!
Li Hung Tschang hat noch kürzlich ausdrücklich erklärt, daß Russland in Kiautchou nichts zu sagen habe

[3] doch nur wenn Russland sie dazu auffordert

[4] !!

[5] dem Hanotaux wird er es schon gesagt haben

[6] widerspricht direkt dem was er sowohl als sein Herr mir in Peterhof beide gesagt haben

---

* Telegramm Tschirschkys Nr. 300 vom 9. November 1897.

Nr. 3694

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Rotenhan an den Staatssekretär Bernhard von Bülow, z. Z. in Rom

Telegramm. Konzept

Nr. 140 Berlin, den 9. November 1897

Die Instruktion, welche der Leiter des russischen Ministeriums heute, also wohl nach dem üblichen Wochenvortrage beim Kaiser, an den hiesigen russischen Geschäftsträger gerichtet hat*, unterscheidet sich wesentlich von der vorgestrigen direkten Antwort des Kaisers Nikolaus an unseren allergnädigsten Herrn. Kaiser Nikolaus hatte gesagt, daß, wie er höre, die Kiautschoubucht nur vorübergehend 1895 in russischem Besitz gewesen sei, daß er daher das von unserm allergnädigsten Herrn beabsichtigte Vorgehen weder billigen noch mißbilligen könne.

Dagegen ist in der heutigen russischen Erklärung für Rußland eine von 1895 datierende priorité de mouillage in Anspruch genommen. Der russische Admiral soll deshalb einen Teil seines Geschwaders gleichzeitig mit den deutschen Schiffen in die Bai schicken, freilich nicht, um an Feindseligkeiten sich zu beteiligen, sondern nur, um jene russische Priorität zu wahren. Der russische Gesandte in Peking ist angewiesen, dadurch auf eine friedliche Lösung des Konflikts hinzuwirken, daß er die Chinesen drängt, uns Genugtuung zu gewähren. „Eine solche friedliche Lösung würde die Intervention anderer Mächte überflüssig machen."

Nach dieser Eröffnung ist also die von uns nicht verlangte russische Vermittelungsaktion bereits im Gange, und die Möglichkeit einer Intervention nicht Rußlands allein, sondern „anderer Mächte" wird in Aussicht gestellt für den Fall, daß der Zwischenfall unfriedlich verläuft.

Diese Sprache, der man Zweideutigkeit nicht vorwerfen kann, läßt erkennen, daß Rußland unsere dauernde Festsetzung in der Kiautschoubucht zu hindern beabsichtigt. Die Abmachung, welche in Peterhof zwischen unserm allergnädigsten Herrn und dem Kaiser von Rußland wegen Kiautschou vereinbart wurde, hat aber unser Vorgehen an diesem Punkte, ja sogar schon den längeren Aufenthalt unserer Schiffe im dortigen Hafen von der russischen Zustimmung abhängig gemacht. Deutschland hat daher nur die Wahl, entweder die deutschen Schiffe zusammen mit einem russischen Geschwader in die Kiautschoubucht einlaufen zu lassen und dort abzuwarten, bis es dem

---

* Vgl. Nr. 3693.

russischen Vertreter gelingt, uns von den Chinesen Genugtuung ohne Anwendung von Gewalt zu verschaffen; oder die gegen Kiautschou beabsichtigte Aktion gegen einen anderen Punkt der chinesischen Küste, hinsichtlich dessen wir durch keine Abmachung gebunden sind, zu richten. Bischof Anzer* behauptet zwar, daß zwischen Rußland und China eine allgemeine Abmachung bestehen solle, in welcher Rußland sich verpflichtet, China gegen jede Besitznahme chinesischen Gebiets seitens einer dritten Macht zu schützen. Aber bei der Okkupation jedes anderen chinesischen Küstenpunktes würde Deutschland sich Rußland gegenüber in einer günstigeren Lage befinden als in der Kiautschoubucht. In Kiautschoubucht, wo wir uns durch ein Ignorieren russischen Einspruchs gleich von vornherein ins Unrecht setzen, haben die Russen das vertragsmäßige Recht, unsere Aktion nach Belieben einzuschränken oder zu hindern. An allen übrigen Punkten der chinesischen Küste würde eine solche Behinderung nicht mehr eine Rechtsfrage, sondern eine einfache Machtfrage sein. Es dürfte sich daher empfehlen, für unser Vorgehen einen anderen Küstenpunkt zu wählen, z. B. den von der Marine gleichfalls in Aussicht genommenen Hafen von Tschangtau. Andere von der Marine vorgeschlagene Punkte, wie die Tschusaninseln oder Wusung, haben den Nachteil, daß durch ihre Besitznahme die englische Empfindlichkeit mindestens ebenso sehr gereizt würde wie die russische durch Kiautschou. Selbst Tschangtau liegt nahe an Tschusan, d. h. an der englischen Interessensphäre.

Vielleicht wird unser allergnädigster Herr dazu neigen, mit dem Zaren wieder in direkten Gedankenaustausch zu treten über Interpretation des Zarentelegramms von vorgestern. Ein günstiges Ergebnis ist davon kaum zu erwarten, vielmehr dürften die offenbar nach dem Immediatvortrag abgesandten russischen Erklärungen bereits als eine authentische Interpretation des Zarentelegramms anzu-

---

* Katholischer Bischof der Provinz Süd-Schantung, der zur Zeit des Kiautschou-Zwischenfalls gerade in Berlin weilte und laut einer Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs Freiherrn von Rotenhan vom 7. November diesem gegenüber die Hoffnung aussprach, „daß wir jetzt die Gelegenheit benutzen würden, Kiautschou zu besetzen, weitaus den besten und am meisten entwickelungsfähigen Stützpunkt für uns in jeder Hinsicht". Am 16. November wurde Bischof Anzer von Kaiser Wilhelm II. in Audienz empfangen. Nach einem Telegramm des Kaisers an das Auswärtige Amt vom 17. November hätte der Bischof bei dieser Gelegenheit zu ihm u. a. gesagt: „Es sei der letzte Augenblick gewesen für das Deutsche Reich, um in Asien überhaupt noch zu einem Besitz zu gelangen und das immerhin doch etwas locker gewordene Prestige von neuem zu befestigen. Koste es, was es wolle, wir dürften unter keinen Umständen Kiautschou aufgeben; dasselbe habe in wirtschaftlicher Beziehung sowohl wie in industrieller eine Zukunft, die noch größer und bedeutender sein werde, als es Schanghai jetzt schon sei . . . Die Besetzung Kiautschous erstaune niemanden im Orient, da alle Leute dieselbe schon seit langem erwartet hätten."

sehen und deshalb unser weiteres Festhalten an Kiautschou als Operationsziel schwerlich von praktischem Nutzen für uns sein.

Rotenhan

Nr. 3695

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Rotenhan an den Staatssekretär Bernhard von Bülow, z. Z. in Rom

Telegramm. Entzifferung

Nr. 146 Berlin, den 11. November 1897

Seine Majestät telegraphiert aus Kuchelna heute nacht an Auswärtiges Amt: „Die Note von Graf Murawiew entspricht vollkommen dem Charakter dieses verlogenen Herrn. Im Telegramm Nr. I* macht er Andeutungen über Interventionen anderer Mächte, was eine Unverschämtheit ist. Denn wenn das Deutsche Reich aus sachlichen Gründen Differenzen mit China hat, so wird es dieselben erledigen, wie es mit seiner Ehre und seinem Vorteil vereinbar ist, es bedarf nicht der Intervention anderer Mächte.

Ad II. Ob die Explikationen der Chinesen uns befriedigen werden oder nicht, hat nicht Graf Murawiew zu beurteilen, sondern ich.

Was die Benutzung von Kiautschou betrifft, so hat meines Wissens in Peterhof Graf Murawiew immer nur von der Ermächtigung zur vorübergehenden Benutzung gesprochen, nie aber ausdrücklich das Recht du premier mouillage erwähnt. Jedenfalls wußte der Kaiser nichts davon, welcher mir nie davon gesprochen hat, wie aus den Mitteilungen an Herrn von Bülow von mir über diese Gespräche zu ersehen ist, ebenso wie aus seinem letzten Telegramm von vorgestern. Entweder hat uns damals Graf Murawiew belogen, indem er das Recht du premier mouillage verheimlichte, oder jetzt, indem er es geltend macht. Daß Engländer oder Franzosen in Kiautschou etwas suchen sollten, ist mir unerfindlich, wenn er es ihnen nicht suppeditiert.

Das Geschwader ist bereits unterwegs. Der Admiral mag ruhig seine Requisitionen ausführen, falls chinesische Antwort unbefriedigend lautet, jedenfalls bleibt er in Kiautschou vorläufig liegen. Daß Rußland Kiautschou endgültig behalten will, glaube ich nicht, da der Kaiser mir gegenüber ausdrücklich die Gegend am Jalu, mutmaßlich Endpunkt der Mandschurischen Bahn, als Zukunftshafen bezeichnete. Ebenfalls hat der russische Admiral wiederholt dem unseren erklärt, er hätte keinen Anspruch auf Kiautschou, sie wollten sich dort nicht

* Vgl. Nr. 3693.

einrichten, da sie militärisch viel zu weit von ihrer Basis entfernt seien.

Es ist zu versuchen, mit Rußland in ein Arrangement zu kommen, das Recht auf Kiautschou zu erhalten, eventuell käuflich. Vor absoluten Fakten wird auch Rußland sich beugen und wegen Kiautschou bestimmt keinen Krieg anfangen, da es uns notwendig im Orient braucht. Das läßt sich alles diplomatisch ordnen, aber nicht zu dulden ist es, daß Graf Murawiew illoyales Handeln mit hochmütigem, protektorartigem Tone uns gegenüber anschlägt. Was sich vollzieht, geschieht nach loyalster Übereinkunft und Meinungsaustausch mit Seiner Majestät dem Zaren direkt, und halte ich mich an dessen Worte. Hat Graf Murawiew seinen Herrn nicht ordentlich informiert, oder passen ihm die Abmachungen nicht, so ist das seine Sache, geht mich aber nichts an. Ich denke der Preis um Kiautschou wird etwas hoch sein, unerhört aber wohl kaum.

Wilhelm I. R.“

Diesseitige Bemerkungen folgen nach Ankunft des Herrn Reichskanzlers.

Rotenhan

Nr. 3696

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Kuchelna in Schlesien

Telegramm. Entzifferung

Berlin, den 11. November 1897

In vorläufiger Beantwortung Euerer Majestät Telegramm von gestern * und nach Anhörung des Chefs des Reichsmarineamts.

Euere Majestät sagen in dem Telegramm, daß der Admiral, welcher zurzeit nach der Kiautschoubucht unterwegs ist, seine Requisitionen ausführen möge, falls die chinesische Antwort unbefriedigend lautet.

Hiernach glaube ich die Intentionen Euerer Majestät dahin verstehen zu sollen, daß der Geschwaderchef solange von einer Proklamation und von Besetzung chinesischen Gebiets absehen soll, bis die chinesische Antwort eintrifft und unbefriedigend lautet. Ich bitte um Befehl, ob ich dies durch das Oberkommando veranlassen soll **.

Für den Fall, daß dieser Befehl zu spät käme und der Admiral

* Vgl. Nr. 3695.

** Kaiser Wilhelm II. ließ auf Hohenlohes Telegramm zurücktelegraphieren: „Einverstanden.“

schon weiter vorgegangen wäre *, bitte ich demselben die Anweisung übermitteln zu dürfen, daß er seine Schritte so einrichten soll, daß daraus kein Präjudiz für spätere diplomatische Verhandlungen entsteht. Ich würde sonst die diplomatischen Verhandlungen von vornherein für aussichtslos halten.

Hohenlohe

Nr. 3697

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Kuchelna in Schlesien

Telegramm. Entzifferung

Berlin, den 11. November 1897

Ich erwarte den russischen Botschafter, um demselben das Nachfolgende mündlich und schriftlich für seine Regierung zu eröffnen:

„Niemals, seit es eine Weltgeschichte gibt, ist eine politische Frage offener und loyaler behandelt worden als die Kiautschoufrage seitens unseres allergnädigsten Herrn dem Kaiser von Rußland gegenüber.

In Peterhof haben die beiden Monarchen über Erwerbungen in China gesprochen; der Kaiser von Rußland bezeichnete damals als das von Rußland zu erstrebende Ziel den Hafen Pingjang an der Mündung des Jaluflusses. Später erklärte Graf Lamsdorff unserem Geschäftsträger, daß Rußland keine Rechte auf Kiautschou geltend zu machen habe. Ferner erklärte der russische Admiral in den ostasiatischen Gewässern dem deutschen Admiral wiederholt, Rußland mache keinen Anspruch auf Kiautschou, wolle sich dort nicht einrichten, weil dieser Punkt von Rußlands militärischer Operationsbasis zu weit entfernt liege.

Als jetzt die Ermordung deutscher Missionare nicht weit von Kiautschou ein deutsches Vorgehen gerade gegen diesen Hafen dringend wünschenswert machte, fragte Seine Majestät der Kaiser noch einmal direkt beim Kaiser Nikolaus deswegen an und erhielt von diesem die Antwort, daß Kaiser Nikolaus die deutsche Aktion weder billigen noch mißbilligen könne, da Kiautschou nur vorübergehend in den Jahren 1895 und 1896 in russischem Besitz gewesen sei **.

---

* Tatsächlich kam der Befehl zu spät; am 14. November traf die Kreuzerdivision unter Admiral von Diederichs in der Kiautschoubai ein und schiffte sofort, nachdem sich die chinesischen Truppen widerstandslos zurückgezogen hatten, ein Landungskorps aus. Am gleichen Tage erfolgte noch die Veröffentlichung einer Proklamation des Admirals, durch die die Besetzung der Bai nebst den darin liegenden Inseln und Dependenzen erklärt wurde.

** Vgl. Nr. 3690.

Nachdem so durch direkten Meinungsaustausch der beiden Monarchen festgestellt war, daß Rußland sich von Kiautschou desinteressiere, ward der deutsche Geschwaderchef dementsprechend für sein Vorgehen instruiert.

Zwei Tage nach Eingang des vom Kaiser Nikolaus an unseren allergnädigsten Herrn gerichteten Telegramms äußerte sich Graf Murawiew über Rußlands Stellung zur Kiautschoufrage in einer Weise, welche dem Telegramm seines Kaisers völlig widerspricht*. Die Persönlichkeit des Grafen Murawiew genügt, um den Verdacht zu beseitigen, daß man russischerseits gewartet habe, bis unsere Aktion eingeleitet war, um uns dann plötzlich und unerwartet vor die Wahl zwischen einem politischen Echec oder einer Verschlechterung unserer Beziehungen zu Rußland zu stellen. Wir sind vielmehr überzeugt, daß Graf Murawiew, als er jene Äußerungen tat, den Wortlaut des Telegramms seines Kaisers an den unserigen nicht kannte**. Nach Kenntnis jenes Telegramms wird Graf Murawiew der deutschen Politik die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß der Leiter derselben, Seine Majestät der Kaiser Wilhelm, den ihm durch Freundschaft wie durch Übereinkunft auferlegten Pflichten in vollstem Umfange genügt hat und daher nicht in der Lage sein würde, einen für seine und seines Reichs Stellung nach innen und außen schwerwiegenden politischen Mißerfolg zu akzeptieren, den er nach allem, was vorhergegangen war, mit Recht als gänzlich ausgeschlossen und unmöglich ansehen mußte.“

Einen nahen Konflikt mit einer europäischen Macht besorge ich weniger; wohl aber befürchte ich, daß Russen und Franzosen bemüht sein werden, die Chinesen gegen uns aufzuhetzen, wie seinerzeit die Abessinier[1] gegen Italien***. Ein faktischer Kriegszustand mit China würde aber vor allen Dingen die Folge haben, den deutschen

* Vgl. Nr. 3693.

** Nach späteren Äußerungen Graf Murawiews zu Fürst Radolin scheint die Sache wirklich so gelegen zu haben. Als Mitte Dezember der deutsche Botschafter in einem Gespräch mit dem russischen Minister noch einmal scharf betonte, daß jede Mißdeutung des Telegramms Kaiser Nikolaus' von deutscher Seite absolut ausgeschlossen sei, gab Murawiew mit einiger Verlegenheit zu, daß der Entwurf des kaiserlichen Telegramms aus Zarskoje Selo ihn, den Minister in Petersburg gesucht, aber erst verspätet gefunden habe; inzwischen habe Nikolaus II. dann direkt nach Berlin telegraphiert. Bericht Radolins Nr. 448 vom 14. Dezember. Wenn dem so war, so hatte Murawiew jedenfalls sehr unrecht, hinterher den klaren Sinn der Worte Kaiser Nikolaus II. abzustreiten und gar in amtlicher Note vom 16. November (siehe Nr. 3706) der Überraschung seines kaiserlichen Herrn über die deutsche Auslegung Ausdruck zu verleihen.

*** Tatsächlich meldete Freiherr von Heyking am 17. November aus Tientsin, daß der russische und französische Geschäftsträger der chinesischen Regierung insinuiert hätten, Deutschland keinerlei Gebietsabtretung zu bewilligen, da Frankreich und Rußland dieses in Schach hielten.

Handel daselbst auf Jahrzehnte hinaus zum Vorteil Englands zu ruinieren.
Hohenlohe

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden.
Eine ganz ausgezeichnet abgefaßte Note; und kann auch als solche ins Auge gefaßt werden. W.
Randbemerkung des Kaisers:
1 Mit dem Unterschied, daß die Chinesen keine Krieger sind. Ich befürchte nichts von China, nur fest bleiben und fest auftreten, was wir dort noch nie gethan und jetzt erst zum ersten Mal thun. Ich bin fest davon überzeugt, daß alles gut zum Ende kommen wird. Aber „Landgraf werde hart", wie ein Rocher de Bronze. W.

Nr. 3698

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rates Klehmet

Nr. 1429 Berlin, den 13. November 1897
Ganz geheim

Euerer pp. sind die seit dem chinesisch-japanischen Kriege in Deutschland laut gewordenen, vornehmlich von der Kaiserlichen Marine ausgehenden Bestrebungen nach dem Erwerb einer deutschen Flottenstation in Ostasien bekannt. Eingehende Untersuchungen an Ort und Stelle haben die Kaiserliche Marine schließlich zu der Überzeugung geführt, daß, solange die Tschusaninseln wegen der englischen Ansprüche darauf außer Betracht bleiben müssen, die Kiautschoubucht im Süden der Halbinsel Schantung der militärisch und wirtschaftlich geeignetste Platz sein würde.

Seine Majestät der Kaiser hat allerhöchstseine Anwesenheit in St. Petersburg im letzten Sommer unter anderm dazu benutzt festzustellen, ob von russischer Seite gegen unsere Festsetzung in der genannten Bucht Widerstand zu erwarten sei. Das Ergebnis der darüber gepflogenen Besprechungen ist in der anliegenden Aufzeichnung enthalten.

Auf Grund dieser Besprechungen ist der Kaiserliche Geschäftsträger in St. Petersburg angewiesen worden, der russischen Regierung anzuzeigen, daß wir im Laufe dieses Winters beabsichtigten, Kriegsschiffe in der Kiautschoubucht ankern zu lassen. Der Bericht des Herrn von Tschirschky vom 14. v. Mts. über die Ausführung dieses Auftrags und über die dabei vom Grafen Lamsdorff abgegebenen Erklärungen liegt in Abschrift bei*.

* Siehe A, Nr. 3685.

Auf diesen Vorgängen fußend ist unser allergnädigster Herr, nachdem der Angriff auf die deutschen Missionen in Schantung und die Ermordung von Missionaren dabei amtlich gemeldet worden, nochmals mit Seiner Majestät dem Kaiser von Rußland direkt in Gedankenaustausch getreten. Den Standpunkt Seiner Majestät und den zwischen den Monarchen stattgehabten Telegrammwechsel wollen Ew. pp. aus dem in Abschrift anliegenden allerhöchstem Telegramm vom 7. d. Mts. an den Staatssekretär von Bülow entnehmen *.

Die — viel weiter greifende — Auffassung des Oberkommandos der Marine erhellt aus dessen in Abschrift anliegendem Schreiben vom 6. d. Mts. **

Der von Seiner Majestät in der Nacht vom 7. zum 8. d. Mts. an den Chef des Kreuzergeschwaders nach Schanghai erlassene telegraphische Befehl hatte nachstehenden Wortlaut:

„Mit dem ganzen Geschwader augenblicklich nach Kiautschou zu gehen, geeignete Punkte und Ortschaften daselbst zu besetzen und von dort aus in ihm geeignet scheinender Weise vollkommene Sühne zu erzwingen unter Anwendung größter Energie. Der Zielpunkt der Fahrt soll geheim gehalten werden." ***

Nach Abgang dieses Befehls brachte der russische Geschäftsträger die in der Anlage enthaltenen beiden Depeschen des Grafen Murawiew vom 8. und 9. d. Mts. hier zur Kenntnis †. Dieselben werden ergänzt durch die anliegende telegraphische Meldung des Kaiserlichen Geschäftsträgers vom 9. d. Mts.

Nach Kenntnisnahme hiervon hat Seine Majestät, wie aus dem anliegenden allerhöchsten Telegramm vom 10. d. Mts. †† erhellt, sich nicht bewogen gesehen, den an das Kreuzergeschwader erlassenen Befehl zurückzunehmen. Dagegen hat Seine Majestät der von dem Herrn Reichskanzler in dem anliegenden Telegramm vom 11. d. Mts. ††† gegebenen Darlegung der Sachlage zugestimmt. Das Geschwader ist am 10. d. Mts. von Schanghai nach Kiautschou in See gegangen.

Seine Majestät ist nach allen vorliegenden Anzeichen nicht gesonnen, es über der vorliegenden Angelegenheit zu einem Konflikt mit Rußland kommen zu lassen. Der Kaiserliche Gesandte in Peking und der Chef des Geschwaders sind demgemäß bereits angewiesen, die

---

* Siehe Nr. 3690.

** Nach dem Schreiben des Admirals Koester vom 6. November wünschte das Oberkommando der Marine nicht nur die Erwerbung von Kiautschou nebst Konzessionen für Ausbeutung von Kohlenminen in Schantung und für den Bau von Eisenbahnlinien bis nach Peking, sondern auch Gebietsabtretungen in Wusung und Tschangtau.

*** Vgl. Nr. 3687.

† Siehe Nr. 3693.

†† Vgl. Nr. 3695.

††† Siehe Nr. 3696.

Expedition nach Kiautschou als ausschließlich zu Sühnezwecken erfolgt zu behandeln. Für die deutsche Diplomatie erwächst aber damit die nicht leichte Aufgabe, ihre Bemühungen darauf zu richten, daß wir aus der von ihr nicht geschaffenen Situation ohne offensichtliche Einbuße für unser Ansehen und unsere Interessen hinauskommen. Es liegt auf der Hand, daß Graf Murawiew seine ungewöhnliche Sprache nur in Rücksicht auf unser schlechtes Verhältnis zu England gewagt hat. Es wäre daher auch für die vorliegende Angelegenheit gut, wenn seine Zuversicht in jener Richtung etwas erschüttert werden könnte. Eine Besserung unserer Beziehungen zu dem Inselreiche, die ja von uns ohnehin nie aus den Augen gelassen worden ist, läßt sich selbstverständlich nicht von heute auf morgen erreichen. Immerhin könnte sie vielleicht durch einen nach außen verwertbaren Schritt schon jetzt angebahnt werden.

Ew. pp. bitte ich, die Sache von diesem Gesichtspunkte aus prüfen und mir Ihre Ansicht darüber mitteilen zu wollen.

Eine Wendung der erwähnten Art empfiehlt sich noch von einem zweiten in derselben Sache liegenden Gesichtspunkt. Wenn wir, wie ich fürchten muß, genötigt werden, aus Kiautschou nach erlangter Sühne wieder herauszugehen, so wird es dringend erwünscht, einen andren der von der Marine vorgeschlagenen chinesischen Punkte, die sämtlich näher der britischen Interessensphäre liegen, für eine Besitzergreifung ins Auge zu fassen. Es würde sich daher fragen, wie sich die englische Regierung hierzu stellen würde. Die Marine ist für eine Erwerbung der Insel Tschangtau, welche aber wegen der Nachbarschaft von Tschusan ebenfalls nicht ohne Bedenken scheint.

Ew. pp. bitte ich, auch über diese Seite der Sache mir Ihre Auffassung mitzuteilen.

C. Hohenlohe

Nr. 3699

Der russische Minister des Äußern Graf Murawiew an den russischen Botschafter in Berlin Grafen von der Osten-Sacken

Telegramm. Unsignierte Abschrift
Vom Grafen Osten-Sacken am 14. November überreicht

[St. Pétersbourg le 13 Novembre 1897]

Voici l'explication da la teneur de mes deux derniers télégrammes: Nous devons considérer la baie de Kiautchou comme fermée aux termes des déclarations qui nous ont été faites par le Gouvernement Chinois.

Mais, il ne nous saurait évidemment être contesté le droit de faire entrer nos escadres dans la baie du moment que des escadres étrangères pénétreraient dans ce port, la priorité de mouillage ayant été obtenue en premier lieu pour nos bâtiments en 1895. Cette situation a été clairement reconnue dans la lettre que le Prince de Hohenlohe m'a adressée en date de Péterhof le 10 Août * et dans la notice secrète qui m'a été remise le 4 Septembre par le Prince de Radolin **. Les deux pièces subordonnent à une entente préalable avec les autorités navales russes l'entrée éventuelle des navires de guerre allemands dans la baie en question.

Nr. 3700

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den russischen Botschafter in Berlin Grafen von der Osten-Sacken

Abschrift

Berlin, 14 Novembre 1897

Après avoir pesé les communications que vous aviez été chargé de me faire aujourd'hui ***, et dont le caractère de gravité ne saurait m'échapper, je me vois à mon sincère regret dans l'impossibilité de modifier ma manière de voir qui vous est connue et qui se résume ainsi:

Toutes les énonciations faites de part et d'autre qui auraient pu auparavant servir d'arguments dans les discussions relatives à la baie de Kiautchou, sont antérieures au télégramme aux termes duquel Sa Majesté l'Empereur Nicolas déclare nettement se désintéresser de cette question à la suite de renseignements récents †. Les énonciations précédentes quelles qu'elles soient se trouvent donc invalidées de plein droit par cette déclaration Impériale.

(signé) Prince de Hohenlohe

---

* In dem Briefe vom 29. Juli/10. August hatte Fürst Hohenlohe dem Grafen Murawiew lediglich Mitteilung gemacht von der Aufzeichnung des Staatssekretärs von Bülow vom 11. August (siehe A, Nr. 3679) über die Peterhofer Besprechungen bezüglich Kiautschous.

** Eine solche Notiz des Fürsten Radolin findet sich nicht bei den Akten. Was Radolin am 16. September dem Grafen Murawiew gesagt hat, ergibt sich aus A, Nr. 3682.

*** Siehe Nr. 3699.

† Vgl. Nr. 3690.

Nr. 3701

Aufzeichnung vom 15. November 1897 *

Unsignierte Reinschrift

Berlin, den 15. November 1897

In der heutigen unter Vorsitz Seiner Majestät im Reichskanzlerpalais stattgefundenen Beratung, an der teilnahmen Seine Durchlaucht der Herr Reichskanzler, der Kommandierende Admiral Knorr, der Staatssekretär Admiral Tirpitz, der Chef des Marinekabinetts Admiral von Senden-Bibran, der Generaladjutant von Plessen und der Unterstaatssekretär Freiherr von Rotenhan, wurden auf Vortrag über die Durchführung der Besetzung der Kiautschoubucht folgende Maßnahmen von Seiner Majestät gutgeheißen:

1. Die dauernde Besitzergreifung der Bucht ist in Aussicht zu nehmen. Seine Majestät bemerkten, daß er sich an die telegraphische Zustimmung des Kaisers Nikolaus halte. Der Zar habe schon vor zwei Jahren ihm unter Dank für unsere Unterstützung der russischen Politik in Ostasien seine Übereinstimmung kundgegeben, daß Deutschland einen Hafen in China nehme. Seine Majestät ist der Ansicht, daß die Kiautschoubucht, da sie südlich außerhalb des Petschiligolfs liegt, für Rußland kein besonderes Interesse bietet; übrigens könne es ja immer seine Flotte hineinsenden. Seine Majestät glaubt daher an keinen Krieg mit Rußland, ist überzeugt, daß die Besitzergreifung von der öffentlichen Meinung Deutschlands mit Jubel begrüßt werden wird, und daß auch im Reichstage das Zentrum dieses kaiserliche Eintreten zum Schutze der katholischen Missionen anerkennen und stützen werde.

2. Es soll zunächst, womöglich innerhalb fünf bis sechs Tagen, versucht werden festzustellen, ob europäische Mächte, namentlich Rußland, gegen unsere dauernde Besitzergreifung von Kiautschou Einspruch erheben oder Schwierigkeiten bereiten werden.

3. Ist dies nicht der Fall, so sollen sofort 1200 Mann als Schutztruppe angeworben und dorthin gesandt werden, da die Kriegsschiffe ihre Mannschaft ohne Schädigung der maritimen Interessen nicht lange Zeit an Land belassen können. Auch sind weitere Kriegsschiffe nachzusenden, zunächst S. M. Kreuzer „Kaiserin Augusta“ vom Jonischen Meere, dann „Gefion“ und S. M. Panzer „Deutschland“. Dafür sind S. M. Panzer „Württemberg“ und „Oldenburg“ außer Dienst zu stellen. S. M. Kreuzer „Geier“ soll dann zunächst „Kaiserin Augusta“ in den griechischen Gewässern ersetzen, wo er etwa in 14 Tagen eintreffen kann.

---

* Von dem Inhalt der Aufzeichnung wurde dem in Rom weilenden Staatssekretär sowie dem Grafen Hatzfeldt Mitteilung gemacht.

4. Bis die Aufklärung über die politische Lage in Europa erfolgt ist (Nr. 2), soll unser Vorhaben geheim bleiben. Es werden bis dahin nur diejenigen Vorbereitungen in den Ministerien getroffen werden, die ohne Aufsehen möglich sind. Die „Kaiserin Augusta“ kann aber sogleich abfahren, sobald sie im Besitz der nötigen Karten ist.

5. Um zu verhindern, daß China uns Krieg mache (förmlich oder latent), sind bei der Besitzergreifung womöglich die Hoheitsrechte Chinas zu wahren, vielleicht dadurch, daß wir das Land von China nur in langdauernde lease nehmen.

6. Unsere Forderungen an China sind so hoch zu spannen, daß sie nicht erfüllt werden können und daher die weitere Besitzergreifung rechtfertigen.

Nr. 3702

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 326 — Berlin, den 16. November 1897
Geheim

Antwort auf gestriges Privattelegramm *.

Eine wenn auch nur vorübergehende Verschärfung unsrer Beziehungen zu Rußland ist wahrscheinlich, da Seine Majestät der Kaiser nicht geneigt ist, Kiautschou zu verlassen, während der Eurer Exzellenz bekannte Meinungsaustausch zwischen hier und Petersburg bereits erkennen läßt, daß Rußland ein lebhaftes Interesse an jenem Punkte nimmt. Man darf wohl annehmen, daß es einen Preis, d. h. eine Leistung unsererseits gibt, welche Rußland als Gegenwert für den Verzicht auf seine Kiautschou-Hoffnungen ansehen würde. Aber die von Rußland beanspruchte Leistung würde vermutlich nicht in den Rahmen der bisherigen deutschen Politik passen. England, welches besorgen muß, die Kosten einer deutsch-russischen Verständigung um jeden Preis zu tragen, würde gerade jetzt seinem wahren Vorteil entsprechend handeln, wenn es den deutschen Wünschen irgendwo entgegenkäme. Ich habe selbstredend nicht die Möglichkeit im Auge, daß England uns unterstützt; aber jedes erkennbare Anzeichen einer englischen Rücksichtnahme — z. B. wenn es auch nur bezüglich Samoas wäre — würde im gegenwärtigen Augenblick von

* In seinem Privattelegramm vom 15. November hatte Graf Hatzfeldt angefragt, ob er in Konsequenz des Erlasses Nr. 1429 vom 13. November (siehe Nr. 3698) mit Lord Salisbury im Sinne des gewünschten Entgegenkommens der englischen Regierung sprechen dürfe.

schwerwiegender Bedeutung auf die Stimmung sowohl hier wie in Rußland sein. Für mich kommt als Gefahr der nächsten Zukunft nicht sowohl ein Konflikt mit Rußland als vielmehr der etwaige Preis der Verständigung in Betracht.

Von diesem Gesichtspunkt aus gebe ich Ew. volle Freiheit, falls Sie sich einen möglichen Nutzen davon versprechen, dem englischen Premier gegenüber in der von Ihnen beabsichtigten Weise (also von sich aus) auf die Opportunität eines Entgegenkommens hinzudeuten.

C. Hohenlohe

Nr. 3703

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 218 London, den 16. November 1897
Geheim

Erlaß Nr. 1429* und Telegramm Nr. 325 und 326** erhalten.

Nach der ganzen Haltung des Grafen Murawiew scheint mir nicht zweifelhaft, daß Rußland den größten Wert darauf legt, sich Kiautschou für die Zukunft zu sichern, und daß, wenn es eine Leistung unsererseits gibt, die in St. Petersburg als Gegenwert für den Verzicht auf jene Hoffnungen angesehen würde, der von uns zu zahlende Preis ein sehr hoher sein müßte. Vermutlich würde unser Eingehen hierauf einer Festlegung unserer ganzen auswärtigen Politik zugunsten Rußlands gleichkommen. Andererseits glaube ich zwar wie Euere Durchlaucht nicht, daß Rußland es wegen Kiautschou zum Krieg mit uns würde kommen lassen, wohl aber, daß es, wenn wir nicht weichen wollen, nichts unterlassen würde, um in Gemeinschaft mit Frankreich die Chinesen zum tatsächlichen Widerstand gegen uns zu hetzen, welcher, wenn wir nicht viel bedeutendere Kräfte dort konzentrieren wollen, recht unbequem und kostspielig werden könnte.

Es bleibt meines Erachtens hiernach nur übrig, wie dies von Seiner Majestät befohlen worden ist, die Besetzung von Kiautschou als eine vorübergehende, lediglich auf die Erzwingung einer Sühne gerichtete zu behandeln, gleichzeitig aber, da wir ohne empfindliche Einbuße an Ansehen und Einfluß nicht schließlich mit leeren Händen abziehen können, keine Anstrengung zu sparen, um das jetzt von uns besetzte

---

* Siehe Nr. 3698.
** Siehe Nr. 3702.

Territorium mit möglichster Zustimmung der Hauptbeteiligten gegen ein anderes geeignetes Objekt umzutauschen. Dazu würde Rußland voraussichtlich gern die Hand bieten, einmal, um uns aus dem von Rußland im eigenen Interesse reservierten Territorium zu entfernen, dann aber, weil man in St. Petersburg hoffen wird, daß jede Besetzung chinesischen Territoriums in größerer Nähe englischer Besitzungen zwischen uns und den Engländern Reibungen herbeiführen muß, die der russischen Politik nur erwünscht sein könnten. Es läßt sich sogar annehmen, daß selbst China einer solchen Transaktion bereitwillig zustimmen würde, die den Russen paßt und uns von Kiautschou entfernt.

Gerade deshalb müssen wir, wie ich glaube, um so vorsichtiger in der Wahl des fraglichen Tauschobjekts sein und, soweit dies irgend möglich ist, vermeiden, die Engländer von vornherein mißtrauisch zu machen, indem wir uns in zu großer Nähe derselben niederlassen. Tschusan, welches die Engländer bekanntlich selbst nehmen wollen, scheint mir deshalb, wie auch die Insel Tschangtau, von vornherein ausgeschlossen. Es könnte sich also nur darum handeln, ob Wusung vor der Jangtse-Mündung so naheliegt, daß wir damit hier auf ernste Bedenken stoßen würden. Warum aber bleiben wir nicht bei Amoy, welches viel weiter entfernt liegt und, soweit ich informiert bin, stets von Li-Hung-Tschang verlangt und als unserem Interesse entsprechend betrachtet worden ist?

Euerer Durchlaucht Ermächtigung entsprechend werde ich morgen, wenn ich Lord Salisbury sehen kann und in günstiger Stimmung finde, die Sache als von mir persönlich ausgehend anregen und kein Mittel unversucht lassen, ihn von der Opportunität eines Entgegenkommens im eigenen Interesse Englands zu überzeugen. An seinem politischen Verständnis hierfür zweifle ich nicht, muß aber auch mit der Möglichkeit rechnen, daß er Widerstand bei seinen Kollegen oder in der öffentlichen Meinung zu finden fürchtet. Solche Rücksichten haben bei ihm wie bei jedem englischen Minister viel größeres Gewicht als die Beziehungen Englands mit anderen Mächten. Mit Rücksicht hierauf gestatte ich mir die Frage, ob ich Lord Salisbury eventuell irgendeine Gegenkonzession für die Zustimmung Englands zur Besetzung eines Punktes an der chinesischen Küste in Afrika bieten könnte, etwa die Zusicherung, daß wir uns in die Beziehungen Englands zur Transvaal-Republik nicht mischen wollen, oder daß wir zu einem eventuellen geheimen Abkommen bezüglich der portugiesischen Kolonie Mozambique bereit sind, durch welche England die südliche Hälfte dieser Kolonie mit Einschluß der Delagoabai erhalten würde.

Ich werde Lord Salisbury, wenn er morgen in die Stadt kommt, um 3 Uhr sehen und wäre sehr dankbar für vorherige telegraphische Weisung in bezug auf die vorstehenden Punkte.

Hatzfeldt

Nr. 3704

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 329 Berlin, den 17. November 1897

Antwort auf Telegramm Nr. 218*.

Zeit zu kurz, um Genehmigung des Kaisers einzuholen, an der ich jedoch bei entsprechender Gegenleistung nicht zweifle.

Mit letzterer Maßgabe bin ich bereit, Euer pp. Vorschläge zu vertreten.

C. Hohenlohe

Nr. 3705

Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt von Holstein an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow, z. Z. in Rom

Entzifferung

Nr. 31 Berlin, den 16. November 1897

Der russische Botschafter hat heute folgendes Telegramm des Grafen Murawiew übergeben:

„Notre Chargé d'Affaires à Pékin nous informe que sur les démarches qui ont été faites par lui auprès du Gouvernement Chinois les ministres ont déclaré qu'ils feraient tout pour donner immédiatement à l'Allemagne les satisfactions les plus larges sur la base des précédents qui ont trouvé place dans des réclamations de même nature faites par la France, l'Angleterre et l'Amérique à savoir:

Peine capitale des criminels, dédommagement pécuniaire des familles des victimes et punition exemplaire des autorités chinoises, reconnues coupables de ne pas avoir pris des mesures nécessaires pour prévenir les massacres. L'Empereur de la Chine a déjà publié un édit impérial dans ce sens."

Der Herr Reichskanzler hat brieflich geantwortet:

„Je vous remercie de votre communication. Il n'est pas jusqu'ici venu à ma connaissance que le ministre d'Allemagne qui se trouvait en voyage au moment du massacre ait déjà présenté nos réclamations au Gouvernement Chinois." **

Im Auftrage
Holstein

---

* Siehe Nr. 3703.

** Tatsächlich geschah dies erst am 20. November (vgl. Nr. 3712); das russische Vorgehen mußte also in Berlin als recht voreilig empfunden werden. Auch

Nr. 3706

Der russische Minister des Äußern Graf Murawiew an den russischen Botschafter in Berlin Grafen von der Osten-Sacken

Telegramm

Unsignierte Abschrift. Vom Grafen Osten-Sacken am 17. November mitgeteilt

St. Pétersbourg, le 4/16 Novembre 1897

L'Empereur est très surpris de l'interprétation donnée au télégramme personnel et en clair que Sa Majesté a adressé à l'Empereur Guillaume *.

Aux yeux de notre Auguste Maître ce télégramme ne modifiait en rien la situation et Sa Majesté n'a nullement pensé se désintéresser de Kiautchou en constatant le fait, qu' à la suite des déclarations du Gouvernement Chinois nous devions considérer ce port comme étant actuellement fermé aux escadres étrangères. Vu priorité de mouillage qui nous a été concédée en 1895, nous ne saurions renoncer à Kiautchou du moment où d'autres bâtiments étrangers y pénétreraient et cela d'autant plus que comme nous l'avions constaté à Péterhof la Russie ne dispose, pour le moment, d'aucun autre port dans ces parages.

Notre Auguste Maître vous charge de faire parvenir tout ce qui précède à l'Empereur Guillaume.

Nr. 3707

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II.

Eigenhändige Ausfertigung

Berlin, den 18. November 1897

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät gestatte ich mir, die anliegende Mitteilung zu unterbreiten, welche mir vom russischen Botschafter im besondern Auftrage seines Kaisers übergeben worden ist **. Die drei letzten, von der Regierung ausgehenden russischen

---

Kaiser Wilhelm II. war über die nicht erbetene russische Einmischung in Peking nichts weniger als erbaut. Zu einem Telegramm des Geschäftsträgers von Tschirschky vom 17. November, das Äußerungen Murawiews über die von China zugestandene Satisfaktion wiedergab, bemerkte der Kaiser: „Ich habe schon einmal gesagt, daß über das Verhältnis von China zu uns, über das, was verlangt und zugestanden werden soll, der Graf Murawiew nicht zu urteilen hat, sondern ich allein."

* Vgl. dazu Nr. 3697, S. 80, Fußnote **.

** Siehe Nr. 3706.

Eröffnungen * habe ich nicht Anstand genommen, ohne weiteres im Sinne der mir bekannten Intentionen Euerer Majestät zu erledigen. Da der Text des jetzt vorliegenden Schriftstücks jedoch Äußerungen des Kaisers Nikolaus wiedergibt und dieser sich an Euere Majestät persönlich wendet, sehe ich mich genötigt, für die Beantwortung Euerer Majestät Weisung zu erbitten.

Der Ton und Inhalt des russischen Schriftstücks läßt keinen Zweifel darüber zu, daß der Kaiser Nikolaus zu der Auffassung gebracht worden ist, Euere Majestät wollten sein direktes Antworttelegramm in unbilliger Weise ausnützen, zur Schädigung russischer Rechte, auf welche zu verzichten niemals in den Absichten des Kaisers gelegen habe. Die Eigenliebe des Kaisers wird diesen Eindruck schwer überwinden.

Unter diesen Umständen dürfte es sich empfehlen, die Frage vorläufig dilatorisch zu behandeln, indem man den Kaiser Nikolaus darauf aufmerksam macht, daß selbstverständlich die russische Flotte auch in der Kiautschoubucht sich aufhalten kann, und daß wir uns über das Weitere zweifellos verständigen würden. Diese Art der Behandlung würde auch den Vorteil bieten, daß wir inzwischen Zeit haben, uns über die Stellungnahme der übrigen Mächte, insbesondere Englands, zu orientieren.

Falls Euere Majestät diese Auffassung genehmigen, würde es bei der von Euerer Majestät in der Besprechung vom 15. d. Mts. ** erteilten Direktive bis auf weiteres verbleiben, daß zunächst in der Kiautschoubucht von solchen Handlungen abgesehen werde, welche geeignet wären, Euerer Majestät Politik für die Zukunft schon jetzt festzulegen.

Fürst v. Hohenlohe

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:

18/XI 97

Mit Ew. D[urchlaucht] Vorschlag völlig einverstanden. Das berüchtigte Recht du premier mouillage wird durch unsere Besetzung und spätre Besitzergreifung in keiner Weise geschädigt. Die Russen können ja solange da liegen und ankern bis sie schwarz oder gelb werden. Das kann uns aber nicht hindern dort eine Kohlenstation und Docks zu erbauen. General Strykoff ein guter Bekannter von mir sagte mir heute beim Essen beim Alexander Regiment, au nom de Dieu restez là, vous êtes notre seul ami sincère, nous ne voulons pas avoir d'autres gens auprès de nous! Vous serez comme une sentinelle vis-à-vis de nous et [vous] nous aiderez défendre nos intérêts communs contre le Japon surtout. L'armée russe vous aime, elle a confiance en vous et elle est au désespoir à cause de cette fanfaronnade avec la République Française; l'armée vous saura gré de vous sentir sur notre côté et suppose que vous resterez pour tout de bon à Kiaotchou.

---

* Vgl. Nr. 3693, 3699, 3705.
** Siehe Nr. 3701.

Nr. 3708

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 219 London, den 17. November 1897
Geheim

Im Anschluß an Telegramm Nr. 218 *.

Ich fand Lord Salisbury heute entschieden ängstlich und schwankend. Bezüglich Hawaii ** sagte er mir, er sei nach reiflicher Überlegung zu der Auffassung zurückgekommen, daß es, wie die Verhältnisse in Washington lägen, besser sei, mit einer Demarche dort überhaupt noch zu warten. Man sei in Amerika gerade jetzt gegen England besonders gereizt, und wenn er jetzt wegen Hawaii dort Vorstellungen erheben wollte, so müßte er bei dem Charakter des Herrn Sherman *** geradezu auf Insulte gefaßt sein, welchen er lieber aus dem Wege gehe. Außerdem würde unser Schritt die Annexion von Hawaii nur beschleunigen, also gerade bewirken, was wir vermeiden wollten. Wenn wir noch warteten, halte er keineswegs für ausgeschlossen, daß die Annexion zum mindesten vertagt werde. Er, der Premierminister, wolle damit keineswegs sagen, daß wir die in Aussicht genommene Demarche überhaupt aufgeben sollten, und er glaube, daß sie sich vielleicht noch als nützlich herausstellen werde, wenn die Botschaft des Präsidenten an den Kongreß erschienen sei und die dortigen Absichten klarer erkennen lasse.

Als ich nunmehr die Frage stellte, ob der fragliche Schritt in Washington ihm vielleicht weniger bedenklich erscheinen würde, wenn wir aus dem Programm die alsbaldige Verständigung zwischen uns über Abtretung von Samoa an Deutschland † wegließen, erwiderte der Minister, daß dieser Punkt ihm allerdings hier große Schwierigkeiten bereiten würde, daß er sich aber auch abgesehen davon aus den angeführten Gründen für eine Vertagung aussprechen müsse.

Als Lord Salisbury hierbei mehrmals eine Andeutung fallen ließ, daß das Schicksal von Hawaii ihm an sich ziemlich gleichgültig sei, erwiderte ich, daß ich für meine Person dieselbe Gleichgültigkeit empfände und, wie er wohl wisse, dabei nur den persönlichen Wunsch verfolgt hätte, diesen Punkt für eine gemeinsame Aktion unserer beiden Regierungen zu verwerten und damit eine Annäherung zwischen uns einzuleiten, die nach meiner Überzeugung gleichmäßig im beiderseitigen Interesse liege. Wenn er, wie ich glaubte, diese Auffassung

---

* Siehe Nr. 3703.
** Vgl. Bd. XIII, Kap. LXXXIV, Nr. 3409 ff.
*** Amerikanischer Staatssekretär (des Äußern).
† Vgl. Bd. XIII, Kap. LXXXIV, Nr. 3419.

teile, so werde die Frage gerechtfertigt erscheinen, ob er einen andern Punkt sehe, der zu dem angegebenen Zweck dienen könne. Meinerseits hätte ich mich vergeblich bemüht, in Afrika einen Punkt zu finden, wo England uns würde Entgegenkommen zeigen können und wollen. Als Lord Salisbury dieser Auffassung zustimmte, weil er sich in der Zwangslage befinde, in Afrika nur gegen vollwertige Kompensationen irgendeine Konzession machen zu können, erwiderte ich, daß wir uns dann vielleicht in Asien danach umsehen könnten, wo ich selbstverständlich nicht an die Abtretung englischen Besitzes denken würde, wo England uns aber vielleicht sonstiges Entgegenkommen zeigen könnte. Wie er wisse, seien wir durch die letzten Vorgänge in China genötigt worden, die Kiautschoubucht zu besetzen, um die Chinesen zu entsprechender Sühne zu nötigen. Die Kaiserliche Regierung verfolge dabei keinen anderen Zweck, aber es sei mir persönlich bei meiner Kenntnis der Verhältnisse in Deutschland doch recht zweifelhaft, ob die dortige öffentliche Meinung, die schon längst der Regierung vorgeworfen habe, aus ihrer Intervention im chinesischen Kriege keinerlei Vorteile gezogen zu haben, uns schließlich gestatten würde, ohne weiteres wieder abzuziehen.

Hierbei würden wir, wie mir scheine, erkennen können, wo wir unsere Freunde zu suchen hätten, und dies sei also auch ein Punkt, wo England, wenn es wolle und sein eigenes Interesse erkenne, uns Entgegenkommen zeigen könnte; wollte man auch das hier nicht, so würden wir, wie ich fürchtete, in die Lage kommen, falls von irgendeiner andern Seite Bedenken erhoben würden, uns der Zustimmung derselben zu versichern, auf die Gefahr hin, einen hohen Preis dafür zahlen zu müssen.

Lord Salisbury, welcher die Andeutung vortrefflich verstand, erwiderte mir: er könne selbstverständlich keine bindende Ansicht aussprechen, ohne die Sache, die ihm fast unbekannt sei, näher zu prüfen. Mit dieser Reserve könne er sagen, daß er vorläufig keinen denkbaren Grund sehe, weshalb England gegen unsere Festsetzung an einem Punkt der chinesischen Küste Bedenken erheben sollte. Nach einigem Nachdenken fügte er hinzu, daß, je mehr nach Norden dieser Punkt gelegen sei, desto weniger bedenklich oder unerwünscht dies für England sein würde. Auf meine Bemerkung, ich könne mir wohl denken, daß er mir nicht gleich Tschusan dafür anbieten würde, entgegnete der Minister, daß dieser Punkt, wo England besondere Rechte habe, allerdings ausgeschlossen sein müßte, und daß es ihm auch erwünscht schiene, wenn der von uns gewählte Punkt nicht zu nahe an englischen Besitzungen liege.

Als ich dies zu der Bemerkung benutzte, daß ich selbstverständlich nicht wisse, ob man schon jetzt bei uns daran denke und irgendeinen bestimmten Punkt im Auge habe, daß ich aber, da es sich um eine rein persönliche Eingebung handele, die chinesische Küste nicht

hinreichend studiert hätte, um eine Reihe von Punkten aus dem Stegreif zu nennen, und daß es sich daher vielleicht empfehlen würde, dies bis zu unserer nächsten Unterhaltung zu verschieben, bemerkte Lord Salisbury, daß es ihm doch vielleicht schwer fallen würde, sich über jeden etwa für uns geeigneten Punkt an der chinesischen Küste auszusprechen, ob er denselben in unserem Besitz sehen möchte oder nicht. Ich drehte daher die Frage um und sagte, daß wir ebenfalls zum Zweck kommen würden, wenn er mir selbst die Punkte bezeichnen wolle, die ihm unbedenklich erscheinen würden.

Hiermit schloß unsere heutige Unterhaltung, und ich stellte dem Minister nur noch anheim, mich wissen zu lassen, wann er sie wieder aufnehmen wolle.

Mein Eindruck aus dieser ganz vertraulichen Unterhaltung ist, daß Lord Salisbury, obwohl ängstlich und schwankend, doch vollständig erkennt, daß die Besetzung von Kiautschou durch Deutschland dem englischen Interesse in keiner Weise widerspricht, sondern dasselbe für die Zukunft eher fördert, schon deshalb, weil er glaubt, daß dadurch der ausschließlich russischen Herrschaft an der nördlichen chinesischen Küste ein Riegel vorgeschoben werden würde. Es scheint mir daher nicht unmöglich, wenn er an seiner heutigen Auffassung festhält, ihn zu der Äußerung zu bewegen, daß er mit einer dauernden Besetzung von Kiautschou einverstanden sein würde. Ebensowenig halte ich für ausgeschlossen, daß er zur eventuellen Besetzung eines anderen Punktes, wenn ich ihm einen solchen in nicht zu großer Nähe englischer Interessen vorschlagen kann, seine Zustimmung geben würde.

Ich möchte daher, falls die Dinge in St. Petersburg so liegen, daß die definitive Besetzung von Kiautschou sich nicht empfiehlt, anheimstellen, mich zur Nennung eines solchen Punktes als von mir ausgehend zu ermächtigen. Voraussichtlich werde ich künftigen Sonnabend in der Lage sein, Lord Salisbury zu sprechen.

Hatzfeldt

Nr. 3709

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Geheim — London, den 18. November 1897
Privat für Baron von Holstein

Glauben Sie nicht etwa, daß ich Lord Salisbury über die möglichen Folgen seiner Zurückhaltung im Zweifel gelassen habe. Meine

Andeutung bezüglich eines voraussichtlich zu zahlenden hohen Preises an Rußland war so deutlich, daß er mich in ziemlich scharfem Tone fragte, ob ich darunter ein Bündnis gegen England verstände. Ich erwiderte, daß ich zunächst den Fall im Auge hätte, daß wir unsere Politik in gewissen Fragen, z. B. im Orient, festlegen müßten. Er suchte mir dann klarzumachen, daß England zwar in Petersburg nicht beliebt sei, daß Kaiser Nikolaus aber nicht daran denke, eine feindselige Politik einzuschlagen, eine Annahme, der ich zwar nicht widersprach, aber auch nicht zustimmte.

Überlegen Sie, bitte, ob Sie mich ermächtigen können, Lord Salisbury streng vertraulich die in Ihrem Privatbrief vom 13. d. Mts. enthaltene Nachricht über das in Homburg uns vorgeschlagene Bündnis mit Rußland und Frankreich* mitzuteilen. Im Falle der Zustimmung bitte ich um Telegramm.

Die Auffassung, daß wir, wenn England nichts tut, um jeden Preis mit Rußland abschließen müssen, um Kiautschou zu behalten, teile ich nicht. Wenn der Preis zu hoch ist, bleibt das Geschäft ein schlechtes, und daran wird durch die Haltung Englands nichts geändert. Außerdem glaube ich auch nicht, daß Rußland sich den zukünftigen Besitz von Kiautschou wird abkaufen lassen.

Stellt sich die Richtigkeit dieser Annahme heraus, so würde meines Erachtens das Richtige immer bleiben, daß wir nach erzwungener chinesischer Sühne Kiautschou gegen ein anderes geeignetes Objekt an der chinesischen Küste umtauschen und uns dafür der russischen und englischen Zustimmung versichern. Soll es durchaus Wusung oder Tschangtau sein, so müßte man es hier versuchen, dann aber wegen der Nähe von Tschusan hier gleichzeitig einige Vorteile bieten, wie ich sie bereits vorgeschlagen habe (Zusicherung wegen Transvaal und Delagoabai). Ich bin dazu bis jetzt nicht ermächtigt.

Die schlimmste aller Lösungen in unserem Interesse wäre die Festlegung unserer Politik im russischen Sinne, und der Nachteil würde nicht durch den Besitz von halb China aufgewogen werden.

Bezüglich der von Frankreich beabsichtigten allgemeinen europäischen Aktion zum Schutz der Missionare sprach sich Lord Salisbury bestimmt dahin aus, daß er unter keinen Umständen daran teilnehmen würde.

Baron de Courcel sagt mir, er habe sich jetzt zu seinem Bedauern durch längeren Aufenthalt in Paris überzeugt, daß sein Wunsch eines Zusammengehens zwischen Deutschland und Frankreich, wenigstens in einzelnen Fragen, noch unausführbar sei. Die Stimmung sei noch nicht danach. Avis au lecteur**.

Hatzfeldt

---

* Vgl. Bd. XIII, Kap. LXXXV, Nr. 3451 nebst Fußnote *.

** Vgl. Bd. XIII, Kap. LXXXVI.

Nr. 3710

*Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 220 London, den 20. November 1897
Geheim

pp. Wir kamen dann auf die Besetzung von Kiautschou, und der Minister leitete diesen Teil der Unterhaltung mit der Bemerkung ein, daß er inzwischen die Karten studiert und gefunden habe, daß unsere Gegenwart dort englischen Interessen durchaus nicht zu nahe trete. Auf meine Bemerkung, daß ich mich dem gleichen Studium hingegeben und durchaus den Eindruck hätte, daß es an der chinesischen Küste manche Punkte gebe, die wir, wenn die Ereignisse uns nicht auf Kiautschou hingewiesen hätten, als Kohlenstation hätten verwenden können, ohne englische Interessen zu gefährden, wie z. B. Wusung und andere, widersprach Lord Salisbury zwar nicht, meinte aber, es dürfe vor allem kein Vertragshafen sein, da dies zu Schwierigkeiten nicht nur mit China, sondern auch mit anderen Mächten führen würde. Er fügte dann hinzu, daß China hier bereits einen Protest gegen unsere Besetzung von Kiautschou übergeben habe. Für ihn, Lord Salisbury, bestehe die Schwierigkeit in dieser Frage darin, daß er Reibungen mit China möglichst vermeiden müsse, weil der dortige englische Handel unter etwaigen Feindseligkeiten der Chinesen leiden und ihm dies von den hiesigen Interessenten ganz außerordentlich übelgenommen werden würde. Als ich dagegen einwendete, daß diese Schwierigkeit sich, wie mir schiene, umgehen ließe, wenn er im Falle einer Verständigung mit uns in dem bezüglichen Schriftstück, gleichviel ob in Form eines Austausches von Briefen oder Noten, bezüglich dieses Punktes freundschaftliche Gesinnungen für uns an den Tag legte, gleichzeitig aber die Hoffnung ausspräche, daß die Frage ihre Lösung in einer Verständigung zwischen uns und China finden werde. Eine solche Lösung würde wohl auch zu finden sein, wenn die Chinesen vernünftig wären und sich bereit erklärten, uns für das fragliche Territorium eine langjährige lease zu übertragen. Diese Aussicht schien den Minister wesentlich zu beruhigen.

Im ganzen machte die heutige Sprache Lord Salisburys wieder den Eindruck, daß er eine Verständigung mit uns wünscht, daß er wegen Samoa ein eventuelles Abkommen schließen möchte und sich von Neu-Guinea noch viel würde abhandeln lassen, und daß er uns

---

* Das Telegramm Hatzfeldts über seine Unterredung mit Lord Salisbury vom 20. November ist bereits teilweise abgedruckt in Bd. XIII, Kap. LXXXIV, Nr. 3420; es folgen hier die Abschnitte, die sich auf die chinesische Frage beziehen.

auch in China keinerlei Schwierigkeit bereiten will, sowohl in Kiautschou, wo unsere Gegenwart ihm eher erwünscht sein muß, als auch, wenn wir dies schließlich aufgeben wollten, an einem anderen Punkte der chinesischen Küste, wo wir nicht direkt mit englischen Interessen kollidieren würden.

Ich habe mit Lord Salisbury, welcher erst künftigen Mittwoch in die Stadt kommen will, ausgemacht, daß ich ihm etwaige schleunige Mitteilungen durch Privatbrief zugehen lassen würde.

Hatzfeldt

Nr. 3711

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Rotenhan an den russischen Botschafter in Berlin Grafen von der Osten-Sacken

Note. Unsignierte Reinschrift

Berlin, le 22 novembre 1897

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne désire que les considérations suivantes parviennent à Sa Majesté l'Empereur de Russie.

La baie de Kiautchou, bien qu'étant, par sa position rapprochée du théâtre des récents massacres, indiquée d'avance comme l'objet de nos représailles, ne fut cependant choisie définitivement que lorsque Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne eut reçu le télégramme, aux termes duquel Sa Majesté l'Empereur de Russie déclare n'être pas en mesure d'émettre un avis, l'occupation russe de Kiautchou pendant les années 1895 et 1896 n'ayant eu q'un caractère temporaire.

Déjà préalablement l'Empereur d'Allemagne avait, au cours de son dernier voyage en Russie et à la suite de renseignements venant de source autorisée, acquis la conviction que la Russie, trouvant la baie de Kiautchou trop éloignée de sa base d'opérations, n'entendait pas s'y établir en permanence. Le télégramme que Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne adressa à Sa Majesté l'Empereur de Russie sous la date du 7 de ce mois, avait donc pour but unique d'éclaircir la question, si déjà au moment actuel la Russie se désintéressait de Kiautchou, ou si aujourd'hui une action allemande pourrait encore gêner à un degré quelconque la politique russe.

La réponse de Sa Majesté l'Empereur Nicolas, n'ayant ni formulé ni laissé pressentir aucune réserve, fit taire les derniers doutes, et Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne donna l'ordre à l'escadre de se diriger sur Kiautchou.

---

* Die Note stellt sich als Antwort auf die russische Note vom 16. November (siehe Nr. 3706) dar. Kaiser Wilhelm II. bemerkte bei der Vorlage des Entwurfs durch Hohenlohe: „Gratulire zu der meisterhaften und gut deutsch redigirten Note, mit der ich vollkommen einverstanden bin. So liebe ich den Ton dem Ausland gegenüber. Wilhelm I. R."

Ici il convient de rappeler que le gouvernement de Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne avait, par une démarche faite à St. Pétersbourg au mois de Mars 1895, offert son concours et pris ainsi l'initiative de l'action diplomatique combinée, qui enraya les progrès des Japonais en Corée et sur le Continent. Parmi les conséquences de ce groupement des trois Puissances il faut noter, d'une part, que la Russie a pu de fait englober dans la zone de son influence exclusive, non seulement la Corée mais tout le nord de la Chine jusqu'à et y comprises Pékin et la Mer Jaune Intérieure; d'autre part, que l'Allemagne voit sa position dans l'Extrême-Orient péricliter ainsi que le démontre la série d'avanies, d'insultes et de forfaits, dirigés contre les Allemands, missionaires, marins et autres.

Ce phénomène, inexplicable à première vue, ne saurait s'expliquer que par l'action d'influences hostiles qui, mettant en doute la spontanéité de la coopération allemande de 1895, auraient interprêté comme un symptome de faiblesse le désintéressement dont l'Allemagne fit preuve depuis cette époque.

Quelle que soit la cause, le fait est patent que l'Allemagne se trouve aujourd'hui vis-à-vis de la Chine dans une position indigne, à laquelle l'Empereur a le devoir de remédier une fois pour toutes et par tous les moyens dont il dispose. Sa Majesté croit que Sa Majesté l'Empereur de Russie, dont il a appuyé la politique en Asie comme en Europe, et dont il avait voulu, dans le cas présent, connaître l'avis avant d'agir, se trouvera d'accord avec lui dans la pensée qu'à l'heure qu'il est, toute modification apportée au plan de l'action déjà engagée confirmerait le Gouvernement et le peuple chinois dans une attitude incompatible avec les intérêts comme avec la dignité de l'Allemagne.

Il est à peine nécessaire d'ajouter que la présence des Allemands dans la baie de Kiautchou ne saurait gêner les navires russes, qui voudraient y séjourner tant que la Russie n'aura pas d'établissements permanents dans la Mer Jaune Intérieure.

Nr. 3712

Der Gesandte in Peking Freiherr von Heyking an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 73 Peking, den 21. November 1897

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 53.*

Gestern im Tsungli Yamen erklärte Prinz Kung, in unseren Forderungen sei nichts enthalten, worüber chinesische Regierung nicht freundschaftlich verhandeln könne, aber zuvor müsse Besetzung chine-

* Telegramm Nr. 53 vom 19. November bezog sich auf die von dem Gesandten von Heyking in Peking zu stellenden Sühneforderungen. Auf Grund der vom

sischen Gebiets aufgehoben werden; dann würde man eventuell auch über Entgegenkommen Flottenstation verhandeln können. Erwiderte, Evakuation sei einziger Punkt, über den ich nicht verhandeln könne; angebliche Vergewaltigung Chinas habe nicht stattgefunden, da chinesische Regierung durch freiwillige Zurückziehung Truppen Fortbestand freundschaftlichen Verhältnisses anerkannt habe. Unterredung in sehr freundschaftlichem Tone, Tsungli Yamen versprach schriftliche Antwort in einigen Tagen.

Eisenbahnforderung in folgender Fassung gestellt: Priorität deutscher Unternehmer für eine Bahn in Provinz Schantung mit Bergwerksbetrieb.

Russischer Geschäftsträger erzählte mir, er habe laut Instruktion Tsungli Yamen mitgeteilt, russische Regierung hoffe, daß provisorische deutsche Okkupation demnächst aufhören werde, aber chinesische Regierung müsse gerechte Sühne leisten. Ich warf hin, daß Ausdehnung der Exzesse Schantung noch nicht festgestellt sei.

Russischer Rat geht dahin, alle unsere Forderungen möglichst zu bewilligen, um so Evakuation moralisch zu forcieren; chinesische Idee ist, zuerst Evakuation zu erreichen, um dann möglichst wenig zu bewilligen. Es kommt für uns darauf an, Chinesen mit ihrer Forderung vorhergehender Evakuation hinzuhalten.

Heyking

Nr. 3713

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II.

Eigenhändiges Konzept

Berlin, den 21. November 1897

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät unterbreite ich alleruntertänigst ein eben aus Peking eingehendes Telegramm *. Die

Auswärtigen Amt erhaltenen Weisungen beabsichtigte Heyking laut Telegramm Nr. 66 vom 10. November folgende Forderungen zu stellen: 1. Absetzung des Gouverneurs von Schantung; 2. Bau der von Bischof Anzer begonnenen Kathedrale auf chinesische Staatskosten mit Anbringung einer kaiserlichen Schutztafel; 3. strenge Bestrafung aller Schuldigen und voller Schadenersatz; 4. sichere Bürgschaft gegen die Wiederholung derartiger Vorfälle; 5. Entschädigung des Deutschen Reiches für alle aus dem Vorgange erwachsenen Kosten. Nach einem Telegramm vom 17. November (Nr. 69) trug der Gesandte sich mit der Absicht, als sechsten Punkt noch die Zusage zu fordern, daß der Bahnbau Kiautschou—Peking mit Bergwerksbetrieb längs der Bahnlinie deutschen Unternehmern reserviert werde, worauf Heyking jedoch am 19. angewiesen wurde, in bezug auf diesen Punkt behutsam vorzugehen, um nicht die Chinesen in russische Arme zu treiben. Schon vorher war Heyking im Verfolg der Beratung vom 15. November (vgl. Nr. 3701) angewiesen worden, die Sühneforderungen nicht vor dem 16. November zu erheben.

* Siehe Nr. 3712.

chinesische Regierung verlangt die Räumung von Kiautschou als Vorbedingung für die wegen der Genugtuung einzuleitenden Verhandlungen[1]. Ich möchte dieses unverschämte Ansinnen zunächst in der denkbar mildesten Form ablehnen, etwa so:

„Wir wollen nicht zweifeln an dem Willen der chinesischen Zentralregierung, unsern Forderungen gerecht zu werden. Unsere Erfahrungen haben uns aber gelehrt, daß die chinesische Zentralregierung nicht immer imstande ist, die Provinzialbehörden zur Ausführung derartiger Anordnungen zu zwingen. Wir zögen es daher vor, die Ausführung der betreffenden Befehle selber zu überwachen, und würden deshalb bis auf weiteres in Kiautschou bleiben[2]*."

Deutlicher kann man später immer noch werden. Für jetzt sind noch alle Ausflüchte, gleichviel welcher Art, durch welche sich die chinesische Regierung der Leistung einer Genugtuung zu entziehen sucht, für unsere Zwecke förderlich, weil wir dadurch der Notwendigkeit überhoben werden, unsere Karten früher aufzudecken, als es uns paßt.

C. Hohenlohe

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. (abschriftlich von der Hand des Fürsten von Hohenlohe):

[1] Diese Unverschämtheit ist bodenlos! Von Murawiew und Hanotaux souffliert. Umsomehr ist die Beschleunigung der Hinaussendung der Schiffe zu betreiben

[2] gut

Bemerkung des Kaisers am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden.

Nr. 3714

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Kiel, an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Telegramm. Entzifferung

Nr. 2 Kiel, den 22. November 1897

Vereidigung** soeben stattgefunden unter Beisein der Offiziere und einer Deputation der Mannschaften des russischen Panzers „Dimitri

---

* In diesem Sinne wurde am 22. November der chinesische Gesandte in Berlin Hsü-Ching-Chêng durch den Unterstaatssekretär Freiherrn von Rotenhan verständigt. Aufzeichnung Rotenhans vom 22. November 1897.

** Am 22. November fand in Kiel die Vereidigung der Marinerekruten durch Kaiser Wilhelm II. statt. Zu dieser Feierlichkeit wurden vom Kaiser die Offiziere und eine Mannschaftsdivision des vor Kiel liegenden russischen Kreuzers „Wladimir Monomach" (nicht „Dimitri Donskoi") herangezogen. Der damit von dem Kaiser offenbar verfolgte Zweck, den Zaren günstiger in bezug auf die Kiautschoufrage zu stimmen, wurde erreicht; die bisher sehr wenig freundliche russische Politik nahm kurz darauf eine allmähliche Schwenkung vor. Vgl. Nr. 3718 ff.

Donskoi". Nach der Vereidigung brachte ich drei Hurras auf den Zaren aus. Bei dem nachfolgenden Mittagessen habe ich auf den Zaren als unsern Ehrenadmiral und die Waffenbrüderschaft der russischen und deutschen Flotte in allen Meeren getrunken, was begeistert aufgenommen wurde. Der russische Kommandant Fürst Uchtomski antwortete auf englisch in warmen Worten auf die unauflösliche Freundschaft der beiden Flotten und auf ihren Ehrenadmiral den Deutschen Kaiser. Der Fürst antwortete auf eine Frage des Prinzen Heinrich, wie sie in Rußland die Frage von Kiautschou auffaßten, sie hätten dort gar keine Absichten oder Interessen und freuten sich ungemein, uns dort an ihrer Seite zu wissen.

Wilhelm I. R.

Nr. 3715

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Kiel, an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Telegramm en clair. Abschrift

Kiel, den 22. November 1897

Soeben von Besichtigung des „Wladimir Monomach" heimgekehrt. In der Offiziersmesse brachte der Kommandant Fürst Uchtomski mein Wohl aus erst als Kaiser, dann als „sein" Admiral. Ich brachte alsbald das Wohl des Kaisers auf russisch aus. Beim Scheiden wünschte ich den Herren glückliche Fahrt und gute Kameradschaft mit unseren Schiffen im Ausland, mit dem Hinzufügen, daß der Russische Kaiser sicher sein könne, wie 1895 so allezeit meine Schiffe an der Seite der seinen zu sehen, wenn es gelte, Gefahr und Not von denselben, woher sie auch kommen möge, abzuwenden. Der Fürst erwiderte, ich könne sicher darauf rechnen, allezeit in Not und Gefahr die russischen Schiffe an der Seite der deutschen zu finden. Ich fügte noch hinzu, daß ich stolz darauf sei, die von Seiner Majestät bei meiner Ernennung zum russischen Admiral* mir verliehene Admiralsflagge zum ersten Mal an Bord eines russischen Schiffes vom Großmast wehen zu sehen, worüber großer Jubel**.

Wilhelm I. R.

---

* Sie war gelegentlich des Aufenthalts Kaiser Wilhelms II. in Peterhof am 7. August 1897 erfolgt. Vgl. Bd. XIII, Kap. LXXXV, Nr. 3438 ff.

** In einem (nicht bei den Akten befindlichen) Telegramm vom 22. teilte Kaiser Wilhelm dem Zaren die Teilnahme der russischen Marineoffiziere bei der Rekrutenbesichtigung und die Besichtigung des „Wladimir Monomach" mit. Der Zar erwiderte dankend mittels Telegramm vom 23. November.

Nr. 3716

Der Gesandte in Peking Freiherr von Heyking an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 77 Peking, den 22. November 1897

Im Anschluß an Telegramm Nr. 73*.

Note Tsungli Yamen lehnt Verhandlung über Sühneforderungen ab, ehe nicht nur sowohl unsere Truppen wie Schiffe zurückgezogen würden. Erfahre aus bester Quelle, daß russischer und französischer Geschäftsträger** Tsungli Yamen geraten, Sache in die Länge zu ziehen [1], ohne etwas zuzugestehen, da wir zu Evakuation gezwungen werden würden. Darf ich Tsungli Yamen erklären, daß wir bis Erledigung Forderungen besetztes Gebiet als Pfand behalten und provisorische Verwaltung einrichten würden [2]? Heyking

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Es ist jetzt meines Erachtens nothwendig die Werbung für die in Kiautchou zu errichtende Colonialtruppe zu befehlen damit die Besatzungen die wochenlang ihren Schiffen entzogen werden, endlich an Bord zurückkehren.***

[2] Ja † W.

Nr. 3717

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow

Unsignierte Reinschrift

Berlin, den 30. November 1897

Der russische Botschafter Graf Osten-Sacken, den ich noch nicht Gelegenheit gehabt hatte, seit meiner Rückkehr von Rom zu sehen,

* Siehe Nr. 3712.

** Comte de Sercey.

*** Am 26. November wiederholte Kaiser Wilhelm in einem Telegramm aus Göhrde an den Reichskanzler die Weisung, nunmehr mit der schon in der Beratung vom 15. November (vgl. Nr. 3701) beschlossenen Bildung der Kolonialtruppe für Kiautschou und ihrer baldmöglichsten Einschiffung vorzugehen. Am 27. berichtete Fürst Hohenlohe über die bisherigen Vorbereitungen zur Bildung einer Schutztruppe für China in der präsumtiven Höhe von 1200 Mann, wonach die Truppe innerhalb 23 Tagen zum Transport bereitstehen werde. Für das Kommando über die Ostasien-Expedition wurde, wie Kaiser Wilhelm II. in seiner auf die Thronrede vom 30. November folgenden Ansprache an den Reichstag kundgab, Prinz Heinrich von Preußen ausersehen. Am 16. Dezember ging Prinz Heinrich mit den Kreuzern „Deutschland" und „Gefion" in See.

† Gemäß der Genehmigung des Kaisers wurde Freiherr von Heyking am 23. November zu der Erklärung ermächtigt, „daß wir bis Erledigung Forderungen besetztes Gebiet als Pfand behalten, und da wir nach Haltung chinesischer Regierung auf längeren Aufenthalt rechnen müßten, die hierfür erforderlichen Einrichtungen treffen würden."

suchte mich heute an meinem Empfangstage auf. Nachdem derselbe zunächst minder wichtige Gegenstände besprochen hatte, brachte er das Gespräch auf die Kiautschoufrage, jedoch mehr in klagendem und wehmütigem als gereiztem oder gar drohendem Tone.

Den bereits bekannten Instruktionen des Grafen Murawiew entsprechend bemühte sich der Botschafter — wobei zu berücksichtigen sein dürfte, daß er, der mit dem Grafen Murawiew nicht gut steht, dessen Anschauungen mehr der Not gehorchend als dem eigenen Triebe zum Ausdruck brachte — darzulegen, daß es sich bei der Sache nur um ein Mißverständnis („un imbroglio") handle. Als die bedauerlichste mögliche Folge bezeichnete er, daß bei seinem Kaiser der Gedanke entstehen könne, man habe ein von letzterem an meinen allergnädigsten Herrn gerichtetes Telegramm deutscherseits in einer Weise interpretiert, die den eigentlichen Absichten des Zaren ferngelegen hätte [1]. Unsere beiderseitige Aufgabe müsse deshalb jetzt sein, dafür zu sorgen, daß der Vorfall keinerlei persönliche Verstimmung auf der einen wie der anderen Seite hinterlasse. Nebenbei wünsche er um so mehr, daß Deutschland und Rußland zusammenhielten, als die jüngsten Ereignisse in Wien bewiesen, wie notwendig es sei, daß unter den beiden größten Monarchien keine Differenzen entstünden. Graf Osten-Sacken bezeichnete dabei den Ausgang der österreichischen Parteikämpfe, speziell den Fall des Ministeriums Badeni als une chose effrayante et épouvantable *.

In sachlicher Beziehung äußerte der Graf noch: was in St. Petersburg am meisten bedauert würde, wäre, daß wir uns auf den Standpunkt stellten, die Peterhofer Abmachungen nicht mehr anerkennen zu wollen. Wiederholt äußerte er, er verstünde nicht, warum wir nicht mehr das russische droit du premier mouillage zulassen wollten [2], welches wir doch in Peterhof anerkannt hätten **.

Auf letzteres erwiderte ich, wir hätten ja nichts dagegen, wenn Rußland auch seinerseits gelegentlich seine Kriegsschiffe in die Kiautchoubucht einlaufen ließe, wie dies von uns bereits verschiedentlich den Russen erklärt worden sei. Was dagegen das von russischer Seite vorgebrachte angebliche Recht der priorité de mouillage anbelange, so könne ein solches Recht jedenfalls u n s g e g e n ü b e r in China überhaupt keine Geltung haben, wie eine von uns vorgenommene eingehende staats- und völkerrechtliche Untersuchung ergeben habe ***.

---

* Am 28. November hatte Kaiser Franz Joseph das Entlassungsgesuch des Ministerpräsidenten Grafen Badeni genehmigt, nachdem dessen Sprachenverordnungen vom 5. April und weitere Erlasse zur Ministeranklage und permanenten Obstruktion im Abgeordnetenhause und schließlich zu Tumulten und Straßendemonstrationen geführt hatten.

** Von einer ausdrücklichen Geltendmachung des droit du premier mouillage von russischer Seite war in Peterhof so wenig die Rede gewesen wie von einer deutschen Anerkennung desselben. Vgl. Nr. 3700.

* Vgl. A, Nr. 3685, Fußnote *.

Im übrigen sagte ich dem Grafen Osten-Sacken, die Kiautschouangelegenheit habe meines Erachtens eine sachliche und eine persönliche Seite. Was die erstere anbeträfe, so müßte ich daran erinnern, daß wir Rußland seit vielen Jahren in materieller wie in moralischer Beziehung sehr wertvolle Dienste nicht nur im eigentlichen Orient, sondern auch in Ostasien geleistet hätten. So verdanke es Rußland ganz wesentlich unserer Haltung, wenn Japan sich nicht im Verlaufe des chinesischen Krieges auf der koreanischen Halbinsel festgesetzt habe.

Mit Rücksicht auf diese Tatsachen, und da uns in Verbindung damit von russischer maßgebender und diplomatischer Seite wiederholt gesagt worden sei, Rußland begriffe, daß wir in Ostasien einen Stützpunkt brauchten und beanspruchen könnten, habe es mich in Erstaunen versetzt, daß unser doch durch das Massaker der deutschen Missionare uns aufgezwungenes Vorgehen keiner wohlwollenderen Aufnahme russischerseits begegnet sei. Mich hätte dies um so mehr gewundert, als ich glaubte, daß Deutschlands Festsetzung in Kiautschou grade im russischen Interesse läge, denn dadurch, daß wir uns nicht *in*, sondern *neben* die russische Interessensphäre begeben hätten, würde es uns ja erleichtert, Rußland gegen Japan und andere Gegner, woher sie auch kommen möchten, zur Seite zu stehen. Wir hätten uns an sich auch ebensogut an einem anderen Punkte der chinesischen Küste festsetzen können, wären dann aber ebenso naturgemäß genötigt gewesen, unsere Anlehnung an England zu suchen. Bis auf weiteres wollten wir aber das Schwergewicht unserer Macht und unseres Einflusses lieber Rußland als einer anderen Macht zugute kommen lassen. In diesem Sinne habe sich auch Seine Majestät der Kaiser, mein allergnädigster Herr, noch kürzlich in Kiel gegenüber dem Kapitän des „Wladimir Monomach“ ausgesprochen *.

---

* Vgl. Nr. 3715.
In ähnlichem Sinne erörterte Fürst Radolin die Kiautschoufrage Ende November 1897 auch mit dem russischen Finanzminister Witte, der in der ostasiatischen Politik Rußlands schon unter dem Fürsten Lobanow die treibende Kraft war, mit dem Grafen Murawiew allerdings weniger harmonierte. Wie Fürst Radolin dem Staatssekretär von Bülow in einem Privatbriefe vom 26. November mitteilte, hätte Witte ihm tags zuvor gegen das deutsche Vorgehen in Ostasien schwere Bedenken entwickelt, die darin gipfelten, daß in Konsequenz der deutschen Besetzung Kiautschous Rußland einen anderen Hafen nördlich davon von China nehmen müsse, was wieder Japan veranlassen würde, sich seinerseits auf dem chinesischen Festland, vermutlich in Korea, festzusetzen, und dann unweigerlich zu einem russisch-japanischen Kriege führen werde; einem Kriege, in dem Rußland weder von Deutschland noch von Frankreich mehr als moralische Hilfe zu erwarten haben werde. Witte riet daher der deutschen Politik, statt Kiautschous einen Hafen südlich von Schanghai zu nehmen, in welchem Falle weder Rußland noch Japan genötigt sein würde, Kompensationen zu suchen. Demgegenüber führte Staatssekretär von Bülow in einem zur Verwertung für eine neue Besprechung mit Witte bestimmten Telegramm an

Was die persönliche Seite der Frage anbelange, so begriffe ich nicht, wie Graf Osten-Sacken und Graf Murawiew in dieser Beziehung irgendwelche Empfindlichkeit an den Tag legen könnten. Es sei doch völlig klar, daß mein allergnädigster Herr in der Kiautschouangelegenheit in der denkbar loyalsten Weise vorgegangen sei. Selbst nach dem Zwischenfall von Jentschoufu * habe er zunächst bei Kaiser Nikolaus angefragt und erst auf dessen ganz zweifellose Antwort dahin, daß er die Sendung des deutschen Geschwaders nach Kiautschou weder erlauben noch verhindern könne, da er erst kürzlich erfahren habe, daß dieser Hafen überhaupt nur zeitweise russisch gewesen sei **, wäre der Befehl an unsere Flotte ergangen. Ich hielte für völlig ausgeschlossen, daß von russischer Seite oder gar von Kaiser Nikolaus selbst uns Dinge zugemutet werden könnten, welche unsere Würde und unsere Autorität beeinträchtigen müßten, und die für uns deshalb völlig unannehmbar sein würden.

Wir würden den vertraulichen Gedankenaustausch über die Kiautschoufrage auch auf unserer Seite im freundschaftlichen und loyalen Geiste weiterzuführen bestrebt sein, und ich zweifelte nicht, daß keine Spur eines Mißverständnisses in dieser Beziehung übrigbleiben würde. Hoffentlich würde vielmehr der ganze Vorgang nur zur Befestigung der gegenseitigen guten Beziehungen zwischen uns beitragen.

Mein Gesamteindruck bei der Unterredung war, daß die Russen wegen Kiautschou uns weder angreifen noch auch sich mit uns zurzeit brouillieren möchten. Allerdings aber empfindet Graf Murawiew es offenbar sehr unangenehm, einmal, daß ihm der fette Bissen der Kiautschoubucht, den er für sein eigenes Land zu reservieren gedachte[3], von jemand anders vor dem Munde weggeschnappt worden ist, und andererseits, daß bei dieser Gelegenheit ein Widerspruch zwischen seiner Auf-

---

Radolin vom 28. November (Nr. 330) aus, daß die deutsche Festsetzung in Kiautschou, weit entfernt, die Interessen Rußlands zu schädigen, vielmehr für diese die größte nur denkbare Sicherung biete, da Deutschland im Verfolg seiner Festsetzung in Kiautschou sich um so mehr an Rußland anlehnen müsse, was, genau wie bei dem „Ostasiatischen Dreibund" von 1895, auch Frankreich nötigen werde, mit Rußland zu gehen. Umgekehrt würde Deutschland, wenn es gezwungen werde, sich als Nachbar der englischen Interessensphäre im Süden Chinas festzusetzen, durch die gleiche Logik der Tatsachen auf eine Unterstützung der ostasiatischen Politik Englands hingewiesen werden. Diese Argumente schlugen, wie Radolin am 1. Dezember melden konnte, in der Tat bei Witte durch, der nunmehr im Hinblick darauf, daß Deutschland durch die Besitznahme Kiautschous bei der Wahl zwischen England und Rußland definitiv für das letztere optiert habe, seine Bedenken gegen die deutsche Festsetzung in Kiautschou zurückstellte und nur riet, die deutschen Absichten in einer für China möglichst erträglichen Art und Weise, etwa in der Form eines Schein-Mietsvertrages, durchzuführen. Vgl. Mémoires du Comte Witte. Traduction de François Rousseau, p. 87.

* D. h. der Ermordung der beiden Missionare in Süd-Schantung.

** Vgl. Nr. 3690.

fassung und derjenigen seines kaiserlichen Herrn[4] zutage getreten ist. Graf Osten-Sacken steht daher jetzt vor der Aufgabe, das möglichste zu tun, damit Graf Murawiew aus dieser für ihn peinlichen Lage auf leidlich glimpfliche Art wieder herauskomme. Mir scheint, daß wir bei dieser Sachlage in einer ruhigen, aber unerschütterlich festen Defensivstellung[5] verharren, andererseits jedoch, soviel an uns liegt, vermeiden sollten, was den Leiter der russischen Politik ohne Not erbittern könnte, ihm vielmehr den Rückzug aus seiner unhaltbaren Position tunlichst zu erleichtern haben[5].

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Sehr gut 2/XII 97 W.
Randbemerkung des Kaisers:
1 Nicht im Geringsten, da ist nur ein Sinn, zu „interpretiren" ist überhaupt nichts
2 die Russen können ja da ankern soviel sie wollen
3 Frankreich?
4 richtig
5 ja

Nr. 3718

Der Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 313 St. Petersburg, den 1. Dezember 1897

Graf Murawiew sagt mir, er sei heute beim Empfang von Diplomaten häufig über die Kiautschoufrage angesprochen worden. Er habe geantwortet, daß Kiautschou ein geschlossener Hafen gewesen sei; Rußland könne, wenn ihm auch „le droit du premier mouillage" zustehe, nichts gegen das Einfahren unserer Schiffe einwenden. Auf die weitere Frage, was Deutschlands fernere Absichten bei der Besetzung des Hafens seien, habe er erwidert, davon wisse er nichts. Übrigens, fügte der Minister mir gegenüber hinzu, habe er die feste Zuversicht, daß China uns die geforderte Genugtuung gewähren würde.

Wie mir Markgraf Pallavicini — der den erkrankten Fürsten Liechtenstein vertritt — ganz vertraulich mitteilt, hat Graf Murawiew ihm auf seine gesprächsweise Erwähnung der Kiautschoufrage gesagt, er sehe die Sache keineswegs für so wichtig an, wie manche glauben machen wollten. Er hat auch dem österreichischen Vertreter von Rußlands Recht du premier mouillage gesprochen und hinzugefügt, er glaube, die Angelegenheit werde zur Zufriedenheit aller endigen.

Tschirschky

Nr. 3719

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 333 Berlin, den 2. Dezember 1897

Antwort auf Telegramm Nr. 313*.

Zwar ist die Regierung Seiner Majestät des Kaisers nicht in der Lage, dem zuzustimmen, was Graf Murawiew über das Anker-Vorrecht sagt, ich nehme jedoch mit Befriedigung Akt von dem versöhnlichen Ton der gestrigen Äußerungen des russischen Herrn Ministers. Danach wird, wie ich übrigens von vornherein annahm, bei der weiteren Erwägung der Kiautschoufrage weniger der Einzelpunkt Kiautschou als die weltbestimmende Bedeutung guter deutsch-russischer Beziehungen in Betracht kommen.

Welcher Wert deutscherseits diesen Beziehungen beigelegt wird, das erhellt wieder von neuem aus den Erörterungen von Peterhof und aus der durch letztere veranlaßten Anfrage, welche unser allergnädigster Herr unter dem 6. v. Mts. an Seine Majestät den Kaiser von Rußland richtete**. Nachdem aber als unmittelbare Folge der Antwort des Kaisers Nikolaus die deutsche Aktion auf Kiautschou gerichtet wurde, ist die deutsche Politik in dieser Richtung festgelegt; sie wird aber allezeit gern bereit sein, die hieraus für Deutschland etwa erwachsenden Vorteile durch Gegenleistungen an Rußland auszugleichen.

Ew. wollen dem Grafen Murawiew bei inhaltlicher Mitteilung des Vorstehenden sagen, daß die zwischen ihm und mir seit lange bestehenden vertrauensvollen Beziehungen mir die Überzeugung geben, daß er mit seinem ruhigen und klaren Blick Hauptfrage und Nebenfrage zu unterscheiden wissen wird.

Bülow

Nr. 3720

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 317 St. Petersburg, den 4. Dezember 1897

Den Grafen Murawiew, welchen ich gleich nach meiner Ankunft besuchte, und welchem gegenüber ich keinen Zweifel über den Ernst

---

* Siehe Nr. 3718.

** Vgl. Nr. 3690.

unserer Auffassung der Kiautschouangelegenheit ließ, fand ich in einer ruhigen und entschieden versöhnlichen Stimmung. Er wiederholte, daß er die beste Zuversicht habe, die Angelegenheit würde eine befriedigende Lösung finden. Ich habe in meiner ersten Unterredung das Hauptgewicht darauf gelegt hervorzuheben, wie wesentlich es für beide Reiche sei, Hand in Hand zu gehen, weil dadurch allen Versuchen, Verwickelungen aus der Sache herzuleiten, die Spitze abgebrochen wird, ein Gesichtspunkt, den Graf Murawiew durchaus teilte. Auch hob ich hervor, daß es speziell für die russischen Interessen ein wesentlicher Vorteil wäre, wenn Deutschland in Ostasien grade Rußlands Nachbar werde.

Ich werde den Grafen Murawiew womöglich morgen in der Sache wieder aufsuchen.

Radolin

Nr. 3721

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 468 London, den 2. Dezember 1897

Meine gestrige Unterhaltung mit dem Premierminister war schon deshalb eine kurze, weil derselbe vor seiner Abreise nach Eastbourne nur auf einige Stunden in die Stadt gekommen war und sämtliche Botschafter sowie andere diplomatische Vertreter sich eingefunden hatten, um von ihm empfangen zu werden. Wenn die Umstände aber auch eine längere Aussprache gestattet hätten, so zeigte sich doch sehr bald, daß weitere Erörterungen über die neutrale Zone* vorläufig zu keinem befriedigenden Ergebnis führen konnten. Lord Salisbury begnügte sich damit, mir die Euerer Durchlaucht bereits bekannte Antwort Mr. Chamberlains mitzuteilen, die er offenbar als entscheidend betrachtete, und es wäre daher nutzlos gewesen, eine nochmalige eingehende Widerlegung versuchen zu wollen, ja, dies würde nur den Eindruck hervorgerufen haben, den wir, wie ich glaube, möglichst vermeiden müssen, daß wir einen sehr hohen Wert auf eine Verständigung legen und daher zu großen Opfern dafür bereit sind.

Wenn ich mir die Frage vorlege, welchen Motiven die unmäßigen Forderungen der Engländer in dieser Frage und ihr starres Festhalten an denselben zuzuschreiben ist, so glaube ich dafür in erster Linie den persönlichen Ehrgeiz des Mr. Chamberlain, vielleicht auch seine geringe Sympathie für Deutschland verantwortlich machen zu müssen.

* Es handelt sich um die Abgrenzung im Hinterland von Togo; vgl. Bd. XIII, Kap. LXXXIV, Nr. 3420.

Ob Lord Salisbury, indem er die Bedingungen des Kolonialministers in diesem Fall vertritt, nur aus Schwäche handelt oder aber mit seinem Kollegen einverstanden ist und nur uns gegenüber den Schein zu wahren sucht, daß Mr. Chamberlain allein für das Fehlschlagen einer befriedigenden Verständigung verantwortlich zu machen ist, läßt sich nicht mit Bestimmtheit feststellen. Ich neige aber meinerseits zu der Auffassung, daß Lord Salisbury, wenn er auch die Anbahnung besserer Beziehungen zu Deutschland persönlich nicht ungern sehen würde, mit seinem Kollegen voraussichtlich darin übereinstimmt, daß England die Situation, wie sie nach hiesiger Auffassung liegt, ausnutzen muß, um uns zur Bewilligung eines möglichst hohen Preises zu veranlassen und sich wie anderwärts so auch in der neutralen Zone den Löwenanteil zu sichern. Man geht dabei, wie ich glaube, hier von der Voraussetzung aus, daß die Besetzung von Kiautschou in Petersburg eine gewisse Empfindlichkeit gegen uns hervorgerufen hat, welche uns eine Annäherung an England in diesem Augenblick besonders wünschenswert machen muß [1]. Diese Auffassung wird, wie mir scheint, durch die Euerer Durchlaucht bekannten wiederholten Andeutungen Lord Salisburys in unseren letzten Unterhaltungen bestätigt, welche darauf hinausgingen, daß nach seiner Meinung zwar kein englisches Interesse durch die Besetzung von Kiautschou verletzt werde, daß aus dieser Meinung aber kein Schluß auf die eventuelle Haltung Englands in dieser Frage gezogen werden dürfe, und daß er dafür keinerlei Verbindlichkeit übernehmen könne. Diese Andeutungen konnten, wenn ich mich nicht täusche, kaum einen anderen Zweck haben, als uns zum Nachdenken darüber aufzufordern, ob es nicht in unserem Interesse liege, uns durch Nachgiebigkeit in den vorliegenden Fragen (neutrale Zone und Samoa) das Wohlwollen Englands in bezug auf China zu sichern [2].

Ich bin nicht in der Lage, beurteilen zu können, ob die sehr geheim gehaltenen englisch-französischen Verhandlungen in Paris über die Niger-Gebiete gerade jetzt, nachdem sich die Nachricht über einen englisch-französischen Konflikt bei Nikki angeblich als unbegründet herausgestellt hat, eine Wendung zum Besseren nehmen und mehr Aussicht auf Erfolg versprechen. Sollte dies der Fall sein, so dürfte die Annahme als richtig zu betrachten sein, daß damit nach hiesiger Auffassung der Wert einer Annäherung an Deutschland abgenommen hat.

Jedenfalls werden wir, wie ich glaube, mit der Tatsache rechnen müssen, daß vorläufig hier keine Neigung besteht, uns in bezug auf eine neue Abgrenzung der neutralen Zone annehmbare Bedingungen zu bewilligen. Es wird daher, wenn wir nicht aus politischen Gründen große Opfer bringen wollen, nur übrig bleiben, uns mit dem an sich nicht unerheblichen Vorteil zu begnügen, daß wir, wenn wir die weitere Verhandlung über die Abgrenzung

fallen lassen, jedenfalls die Zurückziehung der englischen Posten[3] aus der neutralen Zone, also auch aus Salaga, verlangen können.

In der Anlage beehre ich mich, Abschrift des Privatbriefs beizufügen, welchen ich mit Euerer Durchlaucht Genehmigung am 30. v. Mts. in bezug auf die neutrale Zone an Lord Salisbury gerichtet habe*.

P. Hatzfeldt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Trop tard!
[2] Nein!
[3] Die werden doch bald wieder dort erscheinen

Nr. 3722

Der Gesandte in Peking Freiherr von Heyking an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 88 — Peking, den 4. Dezember 1897

Die Telegramm 83** genannten zwei Mandarinen kamen gestern wieder Gesandtschaft, um offenbar autorisiert Bereitwilligkeit Chinas zur Annahme der in Telegramm 66, 73***, 86 genannten Forderungen zu erklären. Normierung Entschädigung für Kosten Deutschen Reichs bleibt vorbehalten, Mandarinen bitten dabei bedrängte Finanzlage Chinas zu berücksichtigen. Wegen Forderung Telegramm 73 wäre Offerte Firma Wahl Köln, welche Linie sie bauen will, sehr erwünscht. Mandarinen akzeptierten, daß Okkupation bis zur Ausführung Forderungen d. h. bis Vollendung der drei Kirchen etc. fortdauern werde. Falls Euere Durchlaucht genehmigen, soll wegen Annahme Forderungen Notenaustausch mit vorher festgesetzten Texten statfinden. Als ich Frage, ob wir nach Erfüllung aller Forderungen Okkupation zurückziehen würden, ausweichend beantwortete, erklärten Mandarinen: China sei gänzlich widerstandsunfähig, nach unserem Vorgehen würden sich auch andere Mächte dies zunutze machen, und China stände vor dem Untergang; sie schlugen daher vor, unter Bitte strengster Geheimhaltung, daß wir auf Grund freundschaftlicher Verständigung Kiautschou räumen und einen anderen Hafen im Süden nehmen sollten.

---

* Hier nicht abgedruckt.
** Wie Freiherr von Heyking in Telegramm Nr. 83 vom 28. November 1897 gemeldet hatte, war ihm von den beiden chinesischen Würdenträgern Tschang-Jing-Huang und Weng-Tung-Ho erklärt worden, daß die chinesische Regierung die Frage der Evakuation von Kiautschou, die erst so stark urgiert war, vorläufig nicht mehr berühren werde; hingegen möge Heyking die Verhandlungen über die Sühneforderungen wieder aufnehmen.
*** Siehe Nr. 3712 und Fußnote*.

Habe dilatorisch geantwortet, aber darauf aufmerksam gemacht, daß für China selbst vorteilhaft wäre, wenn Deutschland im Norden starke Position besitze. Heyking

Nr. 3723

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 318 St. Petersburg, den 6. Dezember 1897

Ich habe im Sinne des Telegramms Nr. 330 * dem Grafen Murawiew unsere politischen Gesichtspunkte dargelegt. Derselbe zeigte volles Verständnis dafür und äußerte den Wunsch, unseren oben erwähnten Gedankengang Seiner Majestät morgen früh vorzutragen. Er bat mich, ihm dazu ein französisches Promemoria anzufertigen.

Darf ich ihm ein solches auf Grund von Telegramm Nr. 330 angefertigtes heute nacht einhändigen? Radolin

Nr. 3724

*Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt***

Telegramm. Entzifferung

Nr. 319 St. Petersburg, den 6. Dezember 1897

Bei meiner heutigen Unterredung mit Graf Murawiew ist es mir aufgefallen, daß er nicht mehr wie bisher vom droit de premier mouillage sprach, sondern nur vom Faktum des ersten Einlaufens russischer Schiffe, welches er als eine Vergünstigung (privilège) bezeichnete. Er fügte hinzu, ein droit würde in dieser Beziehung ein Vertragsverhältnis mit China voraussetzen. Radolin

Nr. 3725

Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt von Holstein an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Privat Berlin, den 6. Dezember 1897

Staatssekretär ist noch im Reichstag, wo er mit einer kurzen Rede *** großen, allseitigen Erfolg erzielte, wie ich höre.

* Vgl. Nr. 3717, S. 104, Fußnote *.

** Vgl. A, Nr. 3685, Fußnote.

*** In seiner kurzen Rede zum Flottengesetz sagte Staatssekretär von Bülow am 6. Dezember über die Kiautschoufrage u. a. folgendes: „Wir sind gegenüber

Laß das Promemoria nach diesseitigem Telegramm Nr. 330* immer schon vorbereiten. Als absolut sicher sehe ich an, daß wir nicht aus Kiautschou heraus und weiter nach Süden gehen, weil wir dann Verpflichtungen gegen England übernehmen und uns dadurch in Widerspruch mit unserer ganzen bisherigen Politik setzen müßten. Umgekehrt bleiben wir vollkommen in unserem bisherigen politischen Rahmen, wenn wir eine Stellung behaupten, wo wir als Rußlands Nachbaren die gleichen Interessen und die gleichen Gegner wie Rußland haben.

Holstein

Nr. 3726

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 321 St. Petersburg, den 8. Dezember 1897

Nachdem Graf Murawiew vorgestern nacht mein Promemoria genau nach Inhalt des Erlasses Nr. 330** behufs Verwendung desselben

---

China erfüllt von wohlwollenden und freundlichen Absichten; wir wollen China weder brüskieren noch provozieren. Trotz der uns widerfahrenen schweren Unbill ist die Besetzung der Kiautschoubucht in schonender Weise ausgeführt worden. Wir wünschen die Fortdauer der Freundschaft, welche Deutschland seit lange mit China verbindet, und die bisher nie getrübt wurde. Aber die Voraussetzung für die Fortdauer dieser Freundschaft ist die gegenseitige Achtung der beiderseitigen Rechte. Die Niedermetzelung unserer Missionare war der nächstliegende und war ein zwingender Grund für unser Einschreiten, denn wir waren nicht der Ansicht, daß diese frommen Leute, welche friedlich ihrem heiligen Berufe nachgingen, als vogelfrei zu betrachten wären. Aber auch abgesehen von diesem traurigen Vorfall hatten wir gegenüber China eine Reihe anderer Beschwerdepunkte. Wir hoffen, daß es gelingen wird, diese Beschwerden auf dem Wege loyaler Unterhandlung gütlich beizulegen. Wir könnten aber nicht zugeben, daß sich in China die Ansicht festsetze, uns gegenüber sei erlaubt, was man sich anderen gegenüber nicht herausnehmen würde. Wir müssen verlangen, daß der deutsche Missionar und der deutsche Unternehmer, die deutschen Waren, die deutsche Flagge und das deutsche Schiff in China gerade so geachtet werden wie diejenigen anderer Mächte. Wir sind endlich gern bereit, in Ostasien den Interessen anderer Großmächte Rechnung zu tragen, in der sicheren Voraussicht, daß unsere eigenen Interessen gleichfalls die gebührende Würdigung finden. Mit einem Worte: wir wollen niemand in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne. In Ostasien wie in Westindien werden wir bestrebt sein, getreu den Überlieferungen der deutschen Politik, ohne unnötige Schärfe, aber auch ohne Schwäche unsere Interessen zu wahren."

* Vgl. Nr. 3717, S. 104, Fußnote *.

** Vgl. Nr. 3717, S. 104, Fußnote *.

beim gestrigen Immediatvortrag erhalten und ich ihm noch besonders eingeschärft hatte, wie wichtig es sei, daß wir als Nachbarn Rußlands fest zusammenhalten gegen gemeinschaftliche Gegner, dankte mir beim heutigen Empfangstage der Minister für das Schriftstück und sagte in besonders versöhnlichem Tone, daß er die Haltung der Kaiserlichen Regierung vollständig erklärlich finde und begreife. Er hat sich zwar nicht darüber geäußert, wie der Kaiser das Promemoria aufgenommen hat, aus der vorstehenden wohlwollenden Bemerkung aber schließe ich, daß Seine Majestät seine Ansicht teilt.

Radolin

Nr. 3727

Der Gesandte in Peking Freiherr von Heyking an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 92 Peking, den 7. Dezember 1897

Habe den im Telegramm Nr. 88* genannten Vertrauensmännern bei drittem Besuch heute vorgeschlagen, daß, nachdem wir Missionarangelegenheit als völlig erledigt erklärt und auf Entschädigung für Kosten des Deutschen Reichs verzichtet haben werden, Kaiser von China aus freier Entschließung und aus Dankbarkeit für Rückgabe Liaotungs Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen Heinrich die Kiautschoubai übergeben möge, wobei ich darauf hingewiesen, daß hierdurch dem Kommen des Prinzen ein eminent freundschaftlicher Charakter aufgeprägt werden würde im Gegensatz zu jetzigem Eindruck. Mandarine haben Vorschlag im Prinzip akzeptiert, jedoch unter dringender Befürwortung angeboten, Kiautschou zum Vertragshafen zu erklären, zu versprechen, daß er keiner andern Macht abgetreten werden würde, daß wir dort eine Niederlassung (nebst Eisenbahnbau) erhalten, und daß uns außerdem ein anderer Hafen im Süden abgetreten werde. Da ich vorläufig auf Kiautschou bestand, haben Mandarine dies nicht ganz abgewiesen, sondern betont, daß Ansehen Chinas durch ihren Vorschlag wieder hergestellt werden würde, und gebeten, ihren Vorschlag Seiner Majestät zu unterbreiten. Als Bedingung stellen Chinesen bisher, daß wir Kiautschou räumen, ehe Übergabe eines Hafens, welcher es auch sei, an uns stattfindet, und ehe Prinz Heinrich hier eintrifft. Annahme südlichen Hafens zugleich mit den uns in Kiautschou zugestandenen Vergünstigungen erscheint für uns vorteilhafter; für Chinesen liegt Vorteil in Wahrung äußeren Scheines und in Sicherung Kiautschous gegen irgendwelche Ansprüche. Chinesen

---

* Siehe Nr. 3722.

dringen außerordentlich auf Beschleunigung des Abschlusses mit uns, wie mir scheint aus Besorgnis vor territorialen Eingriffen Englands oder Japans. pp.*

Heyking

Nr. 3728

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Gesandten in Peking Freiherrn von Heyking

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 68 Berlin, den 8. Dezember 1897

Ew. wollen von weiteren Erörterungen mit den chinesischen Unterhändlern zunächst absehen, bis ich Willensmeinung Seiner Majestät betreffs Ihres Telegramms Nr. 92** Ihnen übermittelt haben werde.

Bülow

---

* Nachträglich bemerkte Freiherr von Heyking am 6. Dezember (Nr. 90) noch: „Beide Telegramm Nr. 88 erwähnten Mandarinen sind direkt vom Kaiser mit Führung geheimer Verhandlungen mit mir beauftragt und suchen, nachdem Li-Hung-Tschang kaltgestellt, Ruhm, freundschaftliche Verständigung zustande zu bringen, für sich zu erwerben, haben dringend Wunsch geäußert, daß über Abtretung Flottenstation ganz getrennt von Missionsangelegenheit und mit Hinweis auf Intervention wegen Liaotung verhandelt werden möge."

** Siehe Nr. 3727. Aus der telegraphischen Anweisung an Heyking ergibt sich schon, daß man im Auswärtigen Amt mit dem Vorschlage Freiherrn von Heykings, die Abtretung Kiautschous mit der Haltung Deutschlands in der Liaotungfrage 1895 zu motivieren, nicht einverstanden war. Ein Promemoria Holsteins vom 8. Dezember 1897 führt darüber aus, unter allen Argumenten, durch die wir unsere territorialen Bedürfnisse rechtfertigen könnten, sei die Bezugnahme auf die Liaotungaktion das bedenklichste. „Jene Aktion war eine gemeinsame. Rußland und Frankreich haben aus derselben zwar mancherlei Vorteile gezogen, bisher jedoch aus jenem Anlaß keine Gebietsabtretung von China verlangt. Wenn Deutschland nun plötzlich nach fast drei Jahren territoriale Vorteile für sich allein verlangt, und zwar ausdrücklich als Entgelt für seine Beteiligung bei jener Aktion, so können danach Rußland und Frankreich je nach ihrer Wahl entweder analoge Abtretungen für sich fordern (was für uns nicht weiter unerwünscht wäre); oder aber sie können mit einem Anschein von Berechtigung Einspruch dagegen erheben, daß Deutschland aus jener gemeinsamen Aktion Vorteile für sich allein herleiten wolle, auf welche Rußland und Frankreich verzichteten, um nicht die Verantwortlichkeit für den Zusammenbruch des Chinesischen Reiches auf sich zu laden." Auch die von Heyking befürwortete Annahme des von China angebotenen südlichen Hafens lehnte die deutsche Regierung ab. Über die Gründe der Ablehnung vgl. Nr. 3749.

Nr. 3729

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes
Bernhard von Bülow
an den Gesandten in Peking Freiherrn von Heyking

Telegramm. Konzept

Nr. 71 Berlin, den 12. Dezember 1897

Auf Ew. pp. Telegramme Nr. 88, 90 und 92* hat Seine Majestät bestimmt:

Jede Bezugnahme auf die Liaotungaktion hat zu unterbleiben. Jede andre Motivierung ist vorzuziehen. Wir bleiben in Kiautschou, wie bereits früher gesagt. Weder das von der gestrigen „Times" erwähnte Samsah noch andere südliche Küstenpunkte kommen überhaupt in Betracht.

Der auf die Gebietsabtretung bezügliche, den übrigen Abmachungen einzureihende Vertragsentwurf** folgt besonders.

Gegenüber russischem Vertreter wollen Ew. pp. bei geeigneter Gelegenheit sich dahin aussprechen, daß Deutschland, indem es sich unterhalb der russischen Interessensphäre festsetzt, sich bewußt ist, in dauernde Interessengemeinschaft mit Rußland zu treten, und bereit ist, die Konsequenzen zu ziehen. Im Jahre 1895 war Frankreich einer Aktion gegen Japan — wie immer jeder Aktion, welche seine Beziehungen zu England verschlechtern könnte — durchaus abgeneigt, es ward aber mitgezogen, weil die französische Regierung gegenüber der eignen öffentlichen Meinung nicht wagen konnte, Rußland mit Deutschland allein operieren zu lassen. So wird auch in Zukunft Rußland gegenüber Japan und dessen Freunden allemal dann sicher auf Frankreich rechnen können, wenn die deutsche Mitwirkung von vornherein gesichert ist. Durch unsere Festsetzung in Kiautschou wird daher die russische Stellung in Ostasien mindestens verdoppelt. Umgekehrt wären wir, wenn wir uns an die englische Interessensphäre topographisch anlehnten, dadurch auch genötigt worden, der englischen Politik als Ausgleich eine Anlehnung zu bieten.

Bülow

---

* Siehe Nr. 3722 und Nr. 3727.

** Der gleichzeitig mit Telegramm Nr. 71 an den Freiherrn von Heyking abgesandte Vertragsentwurf bezüglich Kiautschous rührte von dem früheren deutschen Gesandten in Peking von Brandt her und sah bereits die pachtweise Überlassung eines schmalen Gebietsstreifens bei der Stadt Kiautschou unter Übertragung der Hoheitsrechte auf die deutsche Regierung, ferner auch die (in dem nachher abgeschlossenen Vertrage vom 6. März 1898 fallen gelassene) spätere Erklärung dieses Gebiets zum Freihafen vor.

Nr. 3730

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 489 London, den 11. Dezember 1897

In meiner letzten vertraulichen Unterhaltung mit Lord Salisbury wurde auch die Kiautschoufrage wieder gesprächsweise berührt, und es zeigte sich, daß der Minister von dem gestrigen „Times"-Artikel * gehört hatte, ohne angeblich den Inhalt zu kennen. Ich äußerte mich im Sinne des Telegramms Nr. 353 **, indem ich gleichzeitig zuversichtlich zeigte, daß wir von Rußland keine Schwierigkeiten zu erwarten hätten. Selbstverständlich wäre es uns leicht gewesen, wenn wir dies von Anfang an gewollt hätten, mit russischer Zustimmung einen anderen südlicher gelegenen Punkt der chinesischen Küste, also näher der englischen Interessensphäre, zu besetzen.

Lord Salisbury vermied es auch diesmal, eine definitive Ansicht über unser Vorgehen auszusprechen, und bemerkte nur, man müsse darauf gefaßt sein, daß andere Mächte unserem Beispiel folgen würden, und daß dadurch Schwierigkeiten entstehen könnten. Auf meine Frage, ob er damit etwa England selbst im Auge habe, sagte er „nein, aber Frankreich". Ich erwiderte, daß Frankreich sich schwerlich in Ostasien von Rußland trennen und etwas unternehmen werde, was den russischen Interessen und Wünschen zuwiderlaufe [1]. Daß dies so sei, habe die englische Politik selbst herbeigeführt, indem sie nach dem Kriege zwischen China und Japan den Fehler beging, nicht gleichzeitig mit uns an der Intervention teilzunehmen, und uns mit Rußland und Frankreich allein ließ [1]. Lord Salisbury stellte den Fehler nicht in Abrede, meinte aber, daß er nicht von ihm, sondern von Lord Rosebery begangen worden sei [2].

Nach der ganzen Haltung und Stimmung Lord Salisburys in dieser Unterhaltung habe ich auch heute den Eindruck, daß man auch jetzt hier noch nicht weiß, was man will, und die weitere Entwicklung der Dinge abwartet, um einen Entschluß zu fassen. Man darf, wie ich glaube, annehmen, daß England, solange es allein steht, nichts gegen unsere Interessen in China unternehmen wird. Dies kann sich aber ändern, wenn man hier zu der Überzeugung gelangen sollte, daß

---

* Vgl. Nr. 3729. Das aus Peking datierte „Times"-Telegramm unterstellte Deutschland die Absicht, nachdem seine sämtlichen Sühneforderungen von China akzeptiert seien, nunmehr Kiautschou zu räumen, sich aber dafür die Bai von Samsah abtreten zu lassen.

** Durch Telegramm Nr. 353 vom 10. Dezember wurde Graf Hatzfeldt von dem Ungrund dieser Nachricht verständigt.

Rußland uns die Erwerbung von Kiautschou definitiv nicht gönnen[3] und die Unterstützung Englands bei seinen Bestrebungen dagegen nicht ungern sehen würde[4], wie auch in dem Fall, wenn Frankreich mit oder ohne Zustimmung Rußlands in China gegen uns Partei ergriffe. Auf ein besonderes Wohlwollen des englischen Kabinetts, in welchem wir wenig Freunde haben, würden wir dabei nicht rechnen können. Einzelne Äußerungen Lord Salisburys gestern lassen mich vermuten, daß unsere hiesigen Gegner in letzter Zeit wieder bemüht gewesen sind, ihn gegen uns zu stimmen. Nur dadurch kann ich mir erklären, daß er gestern wieder auf angeblich alte Beschwerden, namentlich das Krügertelegramm[5] und unser Verfahren gegen den Prätendenten in Sansibar *, mit einer gewissen Bitterkeit zurückkam, wobei er allerdings anerkannte, daß die hiesige Presse sich manches gegen uns habe zuschulden kommen lassen. Ich habe mich auf keine Erörterung darüber eingelassen und nur bemerkt, daß es mir endlich an der Zeit schiene, jene Rekriminationen, über die wir anderer Ansicht wären, im beiderseitigen Interesse ruhen zu lassen.

Wir kamen schließlich auf die Niger-Verhandlungen in Paris, und ich erinnerte Lord Salisbury daran, wie ich ihm stets vorausgesagt, daß eine befriedigende Verständigung mit Frankreich, die sich auch politisch ausnutzen ließe, nicht so leicht sein werde. Lord Salisbury erwiderte, daß er auch zufrieden wäre, wenn es nur gelänge, sich über einen modus vivendi zwischen England und Frankreich zu verständigen. Ich bemerkte dazu im Scherz: „Ja, namentlich, wenn Sie dadurch Frankreich von Rußland abziehen und das Zusammengehen beider gegen England hindern können." Der Minister ging auf den Scherz ein, ohne die Richtigkeit meiner Annahme zu bestreiten, und bemerkte schließlich, daß der französische Botschafter außerordentlich tätig und geschickt sei[6].

Nach den Zeitungen hat Baron de Courcel in den letzten Tagen stundenlange Konferenzen mit Lord Salisbury und mit Herrn Chamberlain gehabt.

Hatzfeldt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig
[2] sehr bequem
[3] die brauchen uns aus Furcht vor Japan
[4] denkt nicht daran
[5] wie kleinlich!
[6] also antirussisch

---

* Bei den nach dem Tode des Sultans von Sansibar Said Hamed (25. August 1896) entstandenen Thronfolgewirren hatte Deutschland die Auslieferung des Prätendenten Said Ralid, der sich nach dem Bombardement des Sultanspalastes durch englische Kriegsschiffe in das deutsche Konsulat flüchtete, verweigert.

Nr. 3731

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 325 St. Petersburg, den 12. Dezember 1897

Sicheren Nachrichten aus Marinekreisen zufolge haben die Russen, wie der Kaiserliche Marineattaché* im strengsten Vertrauen mir mitteilt, vorläufig die Idee aufgegeben, an der Westküste von Korea sich festzusetzen, und konzentrieren ihre ganzen Kräfte in Wladiwostok. Fünfzehn Millionen Rubel sind für Werfterweiterungen bis 1902 bewilligt.

Absolutes Ruhebedürfnis, Vermeidung jeder Erregung kriegerischen Instinkts Japans sowie der Wunsch, die eigenen Kräfte nicht zu zersplittern, sind für die nächste Zukunft die leitenden Beweggründe Rußlands, durch den Umstand motiviert, daß die russischen Rüstungen mit denen Japans nicht gleichen Schritt halten. Ich werde selbstredend den Russen gegenüber streng vermeiden, irgendwie durchblicken zu lassen, daß ich ihre geheimen Pläne kenne. Ausführlicher Bericht des Kapitän Kalau vom Hofe folgt durch Feldjäger.

Ich erfahre übrigens mit Bestimmtheit aus zuständiger Quelle, daß von einer Festsetzung Rußlands in oder bei Fuschan in den letzten Jahren nie die Rede gewesen, und daß auch für die Zukunft daselbst nichts geplant ist.

Radolin

Nr. 3732

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 13. Dezember 1897

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät gestatte ich mir, ein Telegramm des Fürsten Radolin von gestern abend** alleruntertänigst zu unterbreiten, inhalts dessen Rußland neuerdings in Ostasien alle Pläne hinauszuschieben scheint, welche geeignet wären, zu einem Konflikte mit Japan zu führen. Der Gedanke liegt nicht fern, diese Änderung der russischen Politik in Zusammenhang mit der deutschen Okkupation von Kiautschou zu bringen. Angesichts des Vorgehens

* Kalau vom Hofe.
** Siehe Nr. 3731.

Euerer Majestät in Ostasien, welches naturgemäß die bis dahin auf Rußland konzentrierte Aufmerksamkeit der Japaner ablenken, beziehungsweise verteilen mußte, hatte Rußland die Wahl, entweder Schulter an Schulter mit Deutschland sich Japan und dessen etwaigen Freunden gegenüberzustellen oder aber sich zurückzuziehen und auf die Rolle des Zuschauers bei einem etwaigen deutsch-japanischen Konflikte vorzubereiten. Aus dem Telegramm des Fürsten Radolin erhellt nunmehr, daß die vom Grafen Murawiew geleitete, von seinem Freunde, dem Grafen Cassini, inspirierte Politik Rußlands der letzteren Alternative zuneigt.

Alles das, was uns von Äußerungen des Grafen Murawiew in letzter Zeit bekannt wurde, ist geeignet, die Annahme zu bestärken, daß die russische Politik sich darauf einrichtet, Deutschland zwar nicht selber entgegenzutreten, dessen ostasiatische Politik aber keinenfalls zu unterstützen. Vor einigen Tagen sagte Graf Murawiew, vom Immediatvortrage zurückkehrend, dem Fürsten Radolin, daß „er den Standpunkt der Kaiserlichen Regierung vollkommen erklärlich finde, daß er aber hoffe, es werde sich irgendein Auskunftsmittel finden lassen, was geeignet wäre, die gegenwärtige Mißstimmung des Kaisers Nikolaus zu beseitigen; denn das sei die ganze Sache am Ende doch nicht wert.“ Welche Auskunftsmittel Graf Murawiew im Sinne hatte, sagte er nicht, aber sein Gedanke wurde ergänzt durch das ungefähr gleichzeitig eintreffende Telegramm Nr. 92 aus Peking*, wo der Umtausch von Kiautschou gegen einen weiter südlich gelegenen Küstenpunkt erörtert wurde. Eine vom Tsungli Yamen amtlich in die Öffentlichkeit gebrachte Mitteilung besagte, daß mit jenem weiter südlich gelegenen Punkt die Samsahbai gemeint sei. Der Gedanke dieses Umtausches ist schwerlich auf chinesischem Boden gewachsen, sondern entspringt unzweifelhaft russischer Inspiration. Die Festsetzung in Samsah würde Deutschland wahrscheinlich in gespannte Beziehungen nicht nur zu Frankreich und England, sondern außerdem auch zu den jetzigen Besitzern von Formosa, den Japanern, gebracht haben.

Wenn wir in Kiautschou bleiben, haben wir eine Intervention europäischer Mächte zunächst nicht zu besorgen, vielmehr werden Frankreich und England froh sein, daß Deutschland ihren respektiven Interessensphären fernbleibt, noch froher jedoch über die Aussicht auf verschärfte Beziehungen zwischen Deutschland und Japan.

Was die Japaner anlangt, so läßt der telegraphisch aus Peking gemeldete japanische Vorschlag, den Chinesen den Restbetrag der Kriegskontribution zu stunden, auf die Absicht schließen, die noch von Japan besetzten Punkte im Norden der Provinz Schantung möglichst spät zu räumen. Rußland, welches bis dahin den Grundsatz vertrat, daß Japan sich auf dem chinesischen Kontinent nicht festsetzen

---

* Siehe Nr. 3727.

dürfe, wird gleichwohl jetzt schwerlich geneigt sein — wie auch das neueste Telegramm des Fürsten Radolin beweist —, mit den Japanern wegen verlängerter Besetzung von Wei-hai-wei oder aus sonst einem Grunde anzubinden, denn Rußlands Interesse oder wenigstens denjenigen unfreundlichen Auffassungen, welche Graf Murawiew in der ersten Phase der Erörterungen über Kiautschou zum Ausdruck brachte, würde es entsprechen, wenn der Konflikt zwischen Deutschland und Japan möglichst akut wird und die Aufmerksamkeit dieser beiden möglichst vollständig und möglichst lange von Rußlands eigenem Tun ablenkt. Solange Deutschland und Japan sich gegenüberstehen, wird Japan über keine Machtmittel verfügen, um der Ausbreitung Rußlands in Nord-China oder Korea entgegenzutreten. Von Machtmitteln kommt gegenwärtig bei Japan eigentlich nur die Flotte in Betracht, da ein großer Teil des Landheeres für absehbare Zeit in Formosa festgelegt ist. Die Flotte aber ist nach allem, was man von ihr weiß, tüchtig genug, um in einem Kriege sowohl der deutschen Seemacht wie namentlich den deutschen Finanzen Anstrengungen zuzumuten, für welche der Erfolg des Krieges uns eine Entschädigung unbedingt nicht bieten kann; ein wirklicher Erfolg würde durch andere Mächte, welche dem deutsch-japanischen Kriegsduell als ruhige Zuschauer beiwohnten, um sich dann im psychologischen Augenblick einzumischen, nach menschlicher Berechnung verhindert werden.

Die Endaussichten eines deutsch-japanischen Konflikts sind hiernach so ungünstige, daß die deutsche Politik es als ihre Aufgabe ansehen muß, eine Störung der deutsch-japanischen Beziehungen, welche für alle unsere Gegner ein kaum gehoffter Glücksfall sein würde, nach Möglichkeit zu verhüten. Diese Möglichkeit liegt vor. Wir brauchen nur die Japaner merken zu lassen, daß wir nicht mehr wie im Jahre 1895 ihrer Festsetzung auf dem ostasiatischen Kontinent prinzipiell und überall entgegentreten, vielmehr geneigt sind, die Berechtigung des „Leben und leben lassen“ auch für Japan anzuerkennen. Japan möchte um jeden Preis seine Grenzen erweitern; es zeigt sich aber nicht weiter wählerisch: Inseln oder Festland, Korea, Liaotung, Schantung oder die südlichen Formosa gegenüberliegenden Gebiete, alles das wäre ihm recht. Gerade diese südlichen Gebiete haben im Zusammenhang mit der wachsenden Bedeutung von Formosa die öffentliche Meinung in Japan neuerdings in steigendem Maße beschäftigt. Für uns kann diese Tendenz, welche Japan in die französische Interessensphäre bringen würde, nur willkommen sein. Wir brauchen mit unserer Befriedigung über diese Aussicht auch nicht so zurückzuhalten, wie das nötig sein würde, wenn die Pläne der Japaner sich ausschließlich auf einen Einspruch in die russische Interessensphäre richteten.

Von diesen Voraussetzungen ausgehend, möchte ich mit Euerer

Majestät huldreicher Genehmigung zunächst dem japanischen Vertreter* durch meine eigenen gelegentlichen Äußerungen wie auch durch Bemerkungen beauftragter Mittelspersonen die Ansicht beibringen, daß nach der Anschauung von Euerer Majestät Regierung keinerlei Interessenkonflikt zwischen Deutschland und Japan besteht, daß wir vielmehr durchaus geneigt sind, die Japaner als Miterben in China anzuerkennen. Ein Unheil könnte sich durch japanische Verwertung solcher Äußerungen in Petersburg, mit der wir als Möglichkeit rechnen müssen, nicht ergeben, denn wir reden nicht von Korea, sondern von ganz China. Die Bedeutung des diesseitigen Schrittes würde ich darin sehen, daß hierdurch die Arbeit unserer Feinde und zweifelhaften Freunde paralysiert wird, welche jetzt sämtlich in Tokio bemüht sind, den Japanern die Überzeugung beizubringen, daß diese Deutschland überall als Feind auf ihrem Wege finden, und daß dieser unheilbare Interessenkonflikt früher oder später zum Austrag gebracht werden muß. Für die deutsche Diplomatie dürfte es aber nicht allzuschwer sein, den Japanern klarzumachen, daß ein deutsch-japanischer Krieg, dessen Früchte lediglich den Zuschauern zugute kommen würden, sich leicht vermeiden läßt, und daß beide Teile ihre Ziele viel eher durch friedliches Nebeneinandergehen erreichen können.

B. von Bülow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden W. 13/XII 97
Wir können auch Japan's Protest wegen Havaii moralisch unterstützen und es dadurch von Amerika abziehn. Im Uebrigen kann ich nur sagen, Amoy und Samsah sind ebenso wie Korea näher an Tokio resp. Formosa als Kiaotschou. Der Japan[ischen] Flotte sind wir unbedingt überlegen W.

Nr. 3733

Der russische Minister des Äußern Graf Murawiew an den russischen Botschafter in Berlin Grafen von der Osten-Sacken

Telegramm.

Unsignierte Abschrift. Vom Grafen Osten-Sacken am 14. Dezember mitgeteilt

[St. Pétersbourg] le 2/14 Décembre 1897

En vue de l'occupation par l'Allemagne de la baie de Kiautchou, Sa Majesté l'Empereur, après avoir obtenu l'assentiment du Gouvernement Chinois, a donné l'ordre à un détachement de son escadre du Pacifique de jeter l'ancre dans le Port Arthur pour y stationner temporairement jusqu'à nouvel ordre. Sa Majesté, persuadée que la Russie et l'Allemagne doivent et peuvent aller la main dans la main dans l'extrême Orient, charge Votre Excellence d'en prévenir Sa Majesté l'Empereur Guillaume.

---

* Geschäftsträger Myaoka Tsunejiro.

Nr. 3734

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den russischen Botschafter in Berlin Grafen von der Osten-Sacken

Privatbrief. Konzept

Berlin, le 17 Décembre 1897

Sa Majesté l'Empereur auquel j'avais incessamment soumis votre communication du 14 de ce mois,* applaudit cordialement à la mesure énergique autant que prudente qui vient d'être ordonnée par Sa Majesté l'Empereur de Russie. En effet la Russie pourra, du moment où la position inexpugnable de Port Arthur est mise à l'abri d'un coup de main, voir venir avec tranquillité les évènements qui marqueront l'effondrement lent mais progressif de l'Empire chinois.

Mon Auguste Maître a voulu répondre directement au bon message dont vous aviez été le sympathique intermédiaire. Sa réponse constate avec une égale netteté, d'une part le but essentiellement pacifique de la mission du Prince Henri, d'autre part l'accord qui existe dés-à-présent entre les vues des deux puissants souverains en ce qui concerne la solidarité de leurs intérêts dans l'Extrême Orient, solidarité qui amènera nécessairement les deux Empires à y faire cause commune en présence d'un danger commun.

Je suis heureux de pouvoir ajouter que d'après nos renseignements cette dernière éventualité ne semble pas être imminente, car le Japon dont l'instinct d'initiative aurait pu devenir gênant dans d'autres circonstances, est absorbé dans une grande mesure par les difficultés que lui a créées l'annexion de Formose. Mais évidemment la part du hasard dans les évènements de l'avenir sera encore réduite considérablement et les dangers qui pourraient résulter d'une résistance prolongée du Gouvernement chinois seront écartés du coup, si le Représentant russe à Pékin reçoit l'ordre d'appuyer nos réclamations, dont voici les principales:

Occupation en vertu d'un bail à long terme, de terrains bordant la baie de Kiautchou et qui se trouveraient encadrés dans une zone déclarée neutre; concessions pour la construction de chemins de fer et pour l'exploitation de gîsements de houille dans la province de Shantung. Je tiens aussi à signaler un point d'importance secondaire, où nous nous attendons cependant à rencontrer une résistance opiniâtre: je veux parler du mode de perception des droits d'entrée qui devront être prélevés pour le compte du Gouvernement chinois sur les denrées allant de Kiautchou à l'intérieur. Comme l'organisation actuelle des

---

* Siehe Nr. 3733.

impôts maritimes chinois, présidée par Sir Robert Hart*, est une institution plutôt anglaise, nous voudrions la remplacer dans nos parages par une organisation analogue, travaillant également pour le compte du Gouvernement chinois, mais dirigée par un chef allemand avec des Chinois en sous-ordre. — Quant à la pensée d'une neutralisation de la vallée du Yangtzé, plaçant sur un pied d'égalité les peuples commerçants du monde entier, c'est un projet trop vaste pour trouver place dans notre modeste programme d'aujourd'hui, et je ne le mentionne ici qu'à titre très confidentiel, attendu que sa mise à l'ordre du jour prématurée pourrait faire éclater des jalousies qui existent déjà à l'état latent.

Voilà le programme abrégé mais sans ambages que Sa Majesté m'a autorisé à exposer, afin de bien établir l'identité de vues qui existe entre lui et Sa Majesté l'Empereur de Russie.

Bülow

Nr. 3735

Der Gesandte in Peking Freiherr von Heyking an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 98 Peking, den 16. Dezember 1897

Im Anschluß an Telegramm Nr. 96**.

Auf meine bestimmte Erklärung, daß von keinem anderen Hafen als Kiautschou die Rede sein könne, erwiderten Unterhändler, daß China zur Abtretung Kiautschous an uns bereit wäre, wenn nicht englischer Gesandter*** vorgestern im Tsungli Yamen einen Hafen für England, sobald uns einer abgetreten würde, gefordert hätte; Japan habe sich ähnlich geäußert, und Ansprüche von anderen Seiten würden folgen. Schließlich erklärten sich Mandarinen bereit zuzugestehen, daß wir Kiautschou ohne irgendwelche Erwähnung einer Frist und ohne schriftliche Abtretung stillschweigend behalten sollen. Falls dies genehmigt, schlage ich vor, ad Punkt 4† festzusetzen, daß wir auf weiteres Kiautchou als Bürgschaft behalten, und ad Punkt 5, daß Kostennormierung späterer Vereinbarung vorbehalten bleibt mit geheimem Zusatzartikel, daß wir keine Kostenentschädigung verlangen

---

* Generalzollinspektor des chinesischen Seezollamts.

** In Telegramm Nr. 96 vom 14. Dezember hatte Freiherr von Heyking um Instruktion wegen der Weiterführung der Verhandlungen mit der chinesischen Regierung bezüglich Kiautschous gebeten.

*** Sir Claude M. Macdonald.

† Vgl. Nr. 3712, Fußnote *, wo die sechs Punkte der am 20. November gestellten deutschen Sühneforderungen aufgezählt sind.

werden, solange wir in Kiautschou bleiben. Bitte um Instruktion, ob ich auf dieser Grundlage weiter verhandeln darf, auf der ein sonst zu erwartender Konflikt jetzt vermieden und uns offengelassen würde, später zu gelegener Zeit Abtretungsvertrag zu vereinbaren. Bitte auch um Instruktion, ob ganzes in Proklamation Admirals bezeichnetes Gebiet Kiautschou behalten werden soll.

Mir vorliegendes geheimes chinesisches Schriftstück, Bericht an den Thron, beklagt, daß russischer Geschäftsträger in ersten Tagen dieses Monats unter Tadel völkerrechtswidriger deutscher Okkupation russische Hülfe gegen uns in Aussicht gestellt hat, falls zuvor Bergwerk und Eisenbahnbau in nördlichen Provinzen an Rußland überlassen und Anstellung ausschließlich russischer Militärinstrukteure in China zugestanden werde. Bericht hebt demgegenüber Gefahr für China, sich Rußland in die Arme zu werfen, hervor und weist darauf hin, daß bisheriger Verlauf Verhandlungen mit deutschem Gesandten Hoffnung auf freundschaftliche Verständigung mit Deutschland ohne bedenkliche Einmischung anderer Mächte biete.

Dieselbe Quelle bestätigt anderweitige Information, daß belgischer und holländischer Ministerresident im Tsungli Yamen Bedauern und Mißbilligung über deutsches völkerrechtswidriges Verfahren ausgesprochen haben *.

Englischer Gesandter versichert mir soeben kategorisch, daß er nicht von Abtretung eines Hafens an England mit Chinesen gesprochen habe, äußert sich sehr erfreut, daß wir keinen südlichen Hafen haben wollen.

Heyking

Nr. 3736

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Gesandten in Peking Freiherrn von Heyking

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 74 Berlin, den 17. Dezember 1897

Antwort auf Telegramm Nr. 98 **.

1. Sagen Sie englischem Gesandten, daß wir mit Rücksicht auf unsere Beziehungen zu England Anstand genommen haben, die von China empfohlene Besitznahme eines südlichen Hafens zu akzeptieren. Diese Rücksichtnahme würde sich als ein Fehlgriff erweisen, wenn England uns jetzt in Kiautschou hinderlich wäre, zumal unsere Ansprüche dort nur eng umschriebene sind.

---

* Von dem belgischen und dem holländischen Ministerresidenten wurde diese Behauptung auf die deutsche Nachfrage absolut dementiert.

** Siehe Nr. 3735.

2. Gegenüber russischem Geschäftsträger können Sie durchblicken lassen, daß er wohl demnächst neue Instruktionen erhalten wird als Folge eines direkten Gedankenaustauschs der beiden Kaiser.

3. Dem Tsungli Yamen geben Sie zu verstehen, daß wir die Geschichte von den angeblichen englischen und japanischen Forderungen nicht ernst nehmen*, da Japan, wie wir wissen, mit allen seinen Kräften gegenwärtig durch Formosa in Anspruch genommen wird.

4. Kostenersatzforderung sind Sie ermächtigt, compensando fallen zu lassen.

Bülow

Nr. 3737

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Konzept

Nr. 1131 Berlin, den 18. Dezember 1897
Geheim

Ew. beehre ich mich, anbei eine vom russischen Botschafter infolge telegraphischen Auftrags vom 14. d. Mts. hier gemachte Mitteilung** sowie mein an den Botschafter gerichtetes Antwortschreiben vom gestrigen Tage*** in Abschrift ergebenst zu übersenden. Nach der russischen Mitteilung hat der Kaiser von Rußland in der Überzeugung, daß Rußland und Deutschland in Ostasien Hand in Hand gehen müssen, und nachdem deutscherseits Kiautschou in Besitz genommen worden ist, den Befehl erteilt, daß ein Teil des ostasiatischen russischen Geschwaders in Port Arthur einlaufen und dort bis auf weiteres stationieren soll. Diesen Plan, welcher seiner Natur nach bis zur Ausführung als tiefstes Geheimnis zu behandeln ist, hatte vermutlich General Avellan im Auge bei der von Ew. gemeldeten Äußerung zum deutschen Marineattaché, daß bereits einige russische Schiffe von Japan abgegangen seien, um das Verhalten der Engländer zu beobachten.

---

* Sie war in der Tat, mindestens soweit England in Frage kam, nicht ernst zu nehmen. Noch am 30. Dezember versicherte der englische Botschafter Sir Frank Lascelles, der eben von längerem Urlaub aus England nach Berlin zurückgekehrt war, dem Staatssekretär von Bülow im Namen Lord Salisburys, dieser habe vorläufig trotz Rußlands Vorgehen in Port Arthur (vgl. Nr. 3753, S. 151, Fußnote *) nicht die Absicht, irgendeinen Punkt in China zu besetzen, es sei denn, daß Frankreich sich irgendwo an der chinesischen Küste festsetzen sollte. Aufzeichnung von Bülows vom 30. Dezember 1897.

** Siehe Nr. 3733.

*** Siehe Nr. 3734.

Mein Antwortschreiben gibt im allerhöchsten Auftrage der Überzeugung Ausdruck, daß Deutschland und Rußland in Ostasien gemeinsamen Gefahren gegenüberstehen und denselben gemeinsam zu begegnen haben. Es wird auch darauf hingewiesen, daß, wenn Rußland uns bei den Verhandlungen in Peking unterstützt, dadurch ohne weiteres alle diejenigen Gefahren beseitigt werden würden, die ein längerer Widerstand Chinas bei entsprechender wachsender Gereiztheit naturgemäß mit sich bringt.

Ew. wollen dem Minister Witte, welchem ich einen wesentlichen Anteil an der günstigen neuesten Wendung zuschreibe, mein an den Grafen Osten-Sacken gerichtetes Schreiben vertraulich vorlesen und ihm wie auch dem Grafen Murawiew, da ich keinen Punkt unseres Programms unaufgeklärt zu lassen wünsche, dabei sagen, daß für die Dauer des Pachtvertrages auch die Abtretung der chinesischen Hoheitsrechte in Aussicht genommen ist. Diese Forderung war ursprünglich nicht beabsichtigt, weil mit oder ohne Hoheitsrechte die tatsächliche Ausübung unserer Machtbefugnisse innerhalb unseres eng umschriebenen Gebiets doch immer die gleiche bleiben würde. Aber Kenner chinesischer Verhältnisse erklärten, daß es für uns wie für jede andere zivilisierte Macht unmöglich sein würde, den Mandarinen das formelle Recht zum Martern und Hinrichten von Leuten innerhalb unserer Machtsphäre einzuräumen. Nicht unerwähnt will ich lassen, daß unser allergnädigster Herr bereits vorgestern ein direktes Telegramm an den Kaiser Nikolaus gerichtet und von diesem eine Antwort erhalten hatte, wo derselbe seinen Dank für die dem ostasiatischen deutschen Geschwader erteilten kategorischen Instruktionen ausspricht*.

Hiernach sind wir also heute wiederum in der Lage zu konstatieren, daß die Politik der beiden mächtigen Nachbarreiche in der akuten Frage des Augenblicks sich in den Bahnen bewegt, wo die Gemeinsamkeit der Interessen sie hinweist. Um so auffälliger ist der feindselige Ton, welchen ein Teil der russischen Presse gerade in den allerletzten Tagen crescendo anschlägt. Für den Näherstehenden ist es ja erklärlich, daß diejenigen Blätter, welche französische Interessen vertreten, einer Politik nicht wohlwollend zuschauen, welche dazu führen kann, daß Frankreich als unfreiwilliger Dritter bei der Förderung russisch-deutscher Interessen mitwirkt; und ebenso auch, daß Fürst Uchtomski von der russischen „Petersburger Zeitung" die persönlichen Interessen und Sympathien, welche seine letzte chinesische Reise ihm schuf, bei der

* Das von Kiel aus gelegentlich der Abschiedsfeier für Prinz Heinrich von Kaiser Wilhelm II. an den Zaren gerichtete Telegramm lautete: „Henry just leaving for China sends his best love and farewell wishes. He is happy to meet your officers and ships out in the East, on whose side he has my orders to place himself if ever serious danger threatens them or your interests." Das Antworttelegramm des Zaren vom gleichen Tage dankte dem Kaiser „for giving such clear instructions te Henry."

jetzt sich neu bildenden Konjunktur nicht genügend berücksichtigt zu sehen fürchtet. Aber für das große Publikum in Rußland und außerhalb kommen diese Hintergedanken und Nebenrücksichten nicht in Betracht. Da heißt es nur „die russische Presse hetzt gegen Deutschland, und die russische Regierung, welche das hindern könnte, hindert es nicht". Durch die Begriffsverwirrung, welche die unvermeidliche Folge dieser Wahrnehmung ist, werden beide, Rußland wie Deutschland, gleichmäßig geschädigt. Denn diejenigen Mächte, welche der ostasiatischen Politik beider neidisch gegenüberstehen, würden alsbald vorsichtiger werden in dem Augenblick, wo sie bemerkten, daß die russisch-deutsche Politik in Ostasien sich nach den Grundsätzen der Interessengemeinschaft bewegt. Die Haltung der russischen Presse aber, welche den Glauben zu erwecken strebt, daß Rußland sich ebenso wie Deutschland nur um seine eigene Achse dreht, und daß demnach eine Kollision der beiden im Bereiche der Möglichkeit liegt, ist wie darauf berechnet, unseren beiderseitigen Gegnern Unternehmungsgeist einzuflößen.

Ew. bitte ich die Aufmerksamkeit sowohl des Grafen Murawiew wie des Herrn Witte auf diesen Preßfeldzug und auf die überraschenden Folgen zu lenken, welche derselbe in kürzester Frist durch die Ermutigung aller Feinde Deutschlands und Rußlands zeitigen kann.

Bülow

Nr. 3738

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept

Nr. 1541 — Berlin, den 19. Dezember 1897

Der Gedanke, den vielseitigen deutschen Interessen in Ostasien durch Erwerbung eines chinesischen Hafens einen territorialen Stützpunkt sowohl zum Docken der zahlreichen deutschen Schiffe wie auch zur Erleichterung des Verkehrs mit dem Inneren zu verschaffen, war bereits seit Jahren der Gegenstand eingehender Prüfung hier wie in Ostasien gewesen. Die Verständigung der berufenen Ressorts und Fachmänner ward dadurch verzögert, daß die Annexion von Formosa durch die Japaner die Verkehrsverhältnisse in den chinesischen Meeren wesentlich verändern mußte und für die Beobachtung der dadurch herbeigeführten neuen Erscheinungen und Bedingungen einige Zeit erforderlich war. Allmählich gewann jedoch die Überzeugung mehr und mehr Boden, daß die Kiautschoubai von allen etwa in Frage kommenden Punkten die wenigsten Bedenken und günstigsten Aus-

sichten für eine Küstenniederlassung biete. Hierbei kam in erster Linie der Umstand zur Geltung, daß die Kiautschoubai außerhalb derjenigen chinesischen Küstenstrecken liegt, welche nach einer allmählich stillschweigend akzeptierten allgemeinen Anschauung in die englische bzw. russische Interessensphäre fallen.

Die Annahme, daß die Kiautschoubai das gegebene Objekt für deutsch-chinesische Verhandlungen betreffs Gewährung einer Flottenstation sein würde, stand bereits allseitig fest, als die Ermordung deutscher Missionare in der den genannten Hafen einschließenden Provinz Schantung einen leider mehr als ausreichenden Grund gab, um die diplomatische wie maritime Aktion alsbald einzuleiten, und zwar der gegebenen Sachlage entsprechend mit größerem, demonstrativem Nachdruck, als sonst beabsichtigt gewesen war. Indessen läßt auch unter den jetzigen Umständen die Kaiserliche Regierung es sich angelegen sein, ihre berechtigten und sachgemäßen Ansprüche sowohl hinsichtlich der Entschädigung wie hinsichtlich der Niederlassung weit innerhalb derjenigen Grenzen zu halten, welche Verwickelungen mit dem Chinesischen Reiche wie auch Gefahren für den äußern oder innern Bestand dieses letzteren von vornherein ausschließen.

Im Laufe der in Peking geführten Verhandlungen trat die eigentümliche Erscheinung zutage, daß das Tsungli Yamen uns mehrmals an Stelle von Kiautschou einen weiter südlich gelegenen Hafen anbot. Wir haben jedoch ohne Zögern kurzerhand abgelehnt, da die Absicht allzu klar lag, uns in die sogenannte englische Interessensphäre hinein und dadurch in gespanntere Beziehungen mit England zu bringen. Der Kaiserliche Gesandte in Peking ward außerdem beauftragt, seinem englischen Kollegen, welcher bis dahin eifrig gegen jede Abtretung chinesischer Rechte im Kiautschougebiet gearbeitet hatte, zu sagen, wir hätten das wiederholte Anerbieten der Chinesen, Kiautschou gegen einen südlicheren Hafen umzutauschen, aus Rücksicht auf unsere Beziehungen zu England abgelehnt, wir würden diese Ablehnung aber als einen Fehlgriff ansehen müssen, wenn England uns auch jetzt in dem seiner Interessensphäre fernliegenden Kiautschou feindselig entgegentrete.

Was die Besprechungen zwischen Berlin und Petersburg anlangt, so nahmen dieselben eine größere Ausdehnung an infolge des Umstandes, daß in Rußland an den beteiligten Stellen zwei verschiedene Auffassungen über die Bedeutung des Hafens von Kiautschou bestanden. Während der Gesandte in Peking Graf Cassini sich bemühte darzutun, daß Kiautschou als eisfreier Hafen für Rußland notwendig sei, erklärten die leitenden Marineoffiziere, Kiautschou liege von jeder denkbaren russischen Operationsbasis in Ostasien viel zu weit entfernt, um im Kriegsfalle gehalten werden zu können, es komme deshalb für Rußland nicht in Betracht. Admiral Alexejew, der Chef des ostasiatischen Geschwaders, ermächtigte den damals dort kommandierenden

deutschen Admiral Tirpitz, die vorstehende Auffassung als von ihm, Alexejew, kommend amtlich zu verwerten.

Graf Cassini, welcher sich im Augenblick, wo wir Kiautschou besetzten, in St. Petersburg befand, versuchte dort nochmals, seiner Ansicht von der Wichtigkeit Kiautschous für Rußland Gehör zu verschaffen, jedoch ohne Erfolg, da Seine Majestät der Kaiser von Rußland von Anfang an sich für den Standpunkt der russischen Marine entschieden hatte. Kaiser Nikolaus teilt mit unserm allergnädigsten Herrn die Überzeugung, daß Rußland und Deutschland in Ostasien gemeinsame Interessen zu vertreten und eventuell zu verteidigen haben.

Für England liegt, dies möchte ich schließlich noch besonders betonen, jetzt ebensowenig wie im Jahre 1895 ein Anlaß vor, sich von dieser Interessengemeinschaft auszuschließen. Deutschland hat, indem es sich weitab von der englischen Interessensphäre festsetzte und den von China vorgeschlagenen Umtausch ablehnte, den unwiderleglichen Beweis geliefert, daß es trotz der Entmutigungen der letzten Jahre immer noch darauf bedacht ist, die Zukunft offen zu halten für ein harmonisches Zusammenwirken mit England, zunächst im beiderseitigen eigenen, dann aber auch im Weltinteresse. Die deutsche ostasiatische Aktion, so wie wir sie ins Werk gesetzt haben, geschah keiner anderen Macht zuleide, wir würden daher bei einem Konflikt — den ich jedoch schon um deswillen für wenig wahrscheinlich halte, weil Japan militärisch wie finanziell durch Formosa für längere Zeit in Anspruch genommen ist — für uns die defensive Rolle und das gute Gewissen haben.

Ew. pp. stelle ich anheim, ob und wie weit Sie den Inhalt der vorstehenden Darlegung bei Lord Salisbury verwerten wollen.

Bülow

Nr. 3739

Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. von Rußland

Telegramm. Eigenhändige Abschrift

[pr. 19. Dezember 1897]

Best thanks for kind wishes for Henry*. Please accept my congratulations at the arrival of your squadron at Port Arthur**. Russia

* Vgl. Nr. 3737, S. 126, Fußnote.

** Am 19. Dezember war dem Kaiser vom Wolffbureau ein Telegramm der russischen Telegraphenagentur übersandt worden, welches besagte: „Das russische Geschwader unter Konteradmiral Rennow ist soeben mit voller Zustimmung der chinesischen Regierung in Port Arthur eingelaufen, um den Winter dort zu verbringen. Dieser Akt ist ausschließlich begründet durch das Bedürfnis einer provisorischen Winterstation, und es kann nicht die Rede von

and Germany at the entrance of the Yellow Sea may be taken as represented by St. George and St. Michael shielding the Holy Cross in the Far East and guarding the Gates to the Continent of Asia. May you be able fully to realise the plans you often unrolled to me; my sympathy and help shall not fail in case of need.

Willy

Nr. 3740

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow

Reinschrift

Berlin, den 21. Dezember 1897

Graf Osten-Sacken, der mich heute an meinem Empfangstage aufsuchte, befand sich in befriedigter Stimmung. Er betonte mehrfach, daß „die kleine Wolke", welche nach unserer Besetzung der Kiautschoubucht die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland vorübergehend getrübt habe, jetzt verschwunden sei. Insbesondere sei zwischen den beiden Monarchen von keinem „Malentendu" mehr die Rede. Unsere gegenseitigen Beziehungen seien wieder klare. Er wisse, daß Rußland sich in Ostasien auf unsere Unterstützung verlassen könne. Es sei eine glückliche Fügung der Vorsehung, daß Deutschland und Rußland in Europa ohne Interessengegensatz nebeneinander gehen könnten, während sie in Ostasien notwendig aufeinander angewiesen wären. Der russische Botschafter glaubt nicht, daß von England eine Störung des Friedens zu erwarten wäre. Die Engländer würden sich auf große Worte beschränken und höchstens versuchen, Japan gegen Rußland und Deutschland mobil zu machen, wie sie im vorigen Jahre Griechenland gegen die Türkei, vor 20 Jahren die Türkei gegen Rußland und vor 33 Jahren Dänemark gegen Deutschland aufgehetzt hätten.

Über Japan schien Graf Osten-Sacken nicht ganz so beruhigt: die jetzige japanische Regierung sei allerdings friedlich gesinnt; dieselbe könne aber unter Umständen gestürzt und durch ein aktionslustigeres Ministerium ersetzt werden; die Japaner wären ein Volk, das sich leicht embelliere. Der russische Gesandte in Tokio Baron Rosen sei jedoch eine sehr konziliante Natur und habe die ausdrückliche Weisung zu versöhnlichem Auftreten den Japanern gegenüber.

---

einer erzwungenen Okkupation und von irgendeiner Demonstration oder feindseligen Absicht gegen China, Deutschland oder irgendeine andere Macht sein." Dazu bemerkte Kaiser Wilhelm II.: „Gott Lob, nun ist der andere Posten am Gelben Meer auch aufgezogen. W."

Ich sagte dem russischen Botschafter, daß die von russischer Seite gewünschte und angestrebte Integrität des Chinesischen Reiches um so eher vor vorzeitigen Teilungsversuchen bewahrt werden würde, je schneller die chinesische Regierung sich entschließe, unseren — dem Botschafter durch meinen neulichen Privatbrief* bekanntgegebenen und so maßvollen — Forderungen Folge zu leisten. Das St. Petersburger Kabinett würde zur Verhinderung eines ihm wie uns unerwünschten verfrühten Zusammenbruchs des Chinesischen Reiches wesentlich beitragen, wenn es seinen in Peking mächtigen Einfluß benutzte, um die chinesische Regierung zu baldigem und glattem Eingehen auf unsere Forderungen zu veranlassen.

Graf Osten-Sacken erwiderte mir, daß er meine Auffassung teile, in diesem Sinne bereits nach St. Petersburg geschrieben habe und nicht an einer entsprechenden Instruktion des russischen Gesandten in Peking zweifle.

Bülow

Nr. 3741

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Geschäftsträger in Tokio von Treutler

Telegramm. Konzept

Nr. 22 Berlin, den 28. Dezember 1897

Antwort auf Telegramm Nr. 33**.

Euere pp. können in Erwiderung auf Sondierungen von berufener

---

* Siehe Nr. 3734.

** Im Telegramm Nr. 33 vom 25. Dezember 1897 hatte Treutler über militärische und maritime Vorbereitungen Japans berichtet: „Außerordentlich erhöhte Tätigkeit in Kriegshäfen, Zusammenziehen und Instandsetzung von Jokosuka, außergewöhnliche Inspizierung der Küstenbefestigungen und Versammlung höherer Offiziere in Tokio zeigen, daß man sich für alle Eventualitäten vorbereitet.“ Von russischer Seite war man bestrebt, diese Vorbereitungen als gegen Deutschland gerichtet hinzustellen. In einem Telegramm an Fürst Radolin vom 27. Dezember hieß es in bezug darauf: „Die russische Diplomatie ist auf falschem Wege, wenn sie sowohl hier wie bei Ew. pp. wie bei unserm Gesandten in Peking durch Einschüchterung d. h. durch Hinweis auf japanische Gefahr eine Herabsetzung der von uns an China gerichteten Ansprüche zu erwirken sucht. Letztere sind schon jetzt so bescheiden und maßvoll, daß eine weitere Herabsetzung unser ganzes Vorgehen zu einem zweck- und fruchtlosen stempeln müßte.“ Aus einem Immediatbericht des Staatssekretärs von Bülow vom 30. Dezember ergibt sich, daß er als das treibende Motiv in dem wiederholten Hinweis der russischen Staatsmänner auf Japans drohende Haltung die Absicht vermutete, sich die deutsche Unterstützung gegen Japan zu sichern, noch ehe Deutschland die in dem Erwerb von Kiautschou liegende Gegenleistung erhalten

japanischer Seite am besten direkt an Baron Nishi* etwa folgendes mitteilen:

Sie hätten sich verpflichtet gehalten, nach Hause zu berichten, daß in Tokio Unsicherheit darüber herrsche, ob die Besetzung von Küstenpunkten durch Deutschland und Rußland die Einleitung zu einer Zerstückelung Chinas bedeute. Sie seien nunmehr in die Lage gesetzt zu sagen, daß Deutschland nicht die entfernteste Absicht hege, den Bestand des Chinesischen Reiches zu gefährden, und daß wir uns hierbei in voller Übereinstimmung mit den Absichten des Kaisers von Rußland wüßten. Dieser Grundanschauung entsprechend seien unsere jetzigen Anforderungen an China möglichst eng begrenzte und blieben in der Hinsicht noch hinter der Abtretung von Hongkong an England zurück, bei welcher doch seinerzeit niemand an einen Zusammenbruch Chinas gedacht habe.

Euere pp. wollen alsdann die Haltung des japanischen Ministers beobachten. Ist seine Haltung reserviert, so hören Sie auf. Nimmt er die Initiative für eine Erörterung der Zukunft, so lassen Sie — zunächst als eigene Ansicht — einfließen, bei der Mäßigung unserer Zukunftspläne sei der Gedanke ausgeschlossen, daß wir Japan prinzipiell verhindern wollten, im Hinblick auf die frühere oder spätere Eröffnung der chinesischen Erbschaft die Pläne, deren Richtung durch die Besitznahme von Formosa bereits gekennzeichnet sei, auf dem chinesischen Festlande weiter zu verfolgen**.

Bülow

---

habe. Rußlands Gesamthaltung schien dem Staatssekretär von Bülow doch nicht klar und eindeutig genug, um sich ganz auf Rußland zu stützen. Zwar spricht er es in dem erwähnten Immediatbericht aus, daß es der ostasiatischen Politik Wilhelms II. entspreche, Rußland beizustehen, falls dasselbe dort angegriffen werde, betont dann aber doch die Notwendigkeit, nicht die Rücksicht auf England außer acht zu lassen: „Meine alleruntertänigste Auffassung über die durch die Umstände für Euerer Majestät Regierung gebotene Haltung darf ich zum Schluß dahin zusammenfassen, daß wir zwar den obenerwähnten Druck in Peking [d. h., um die chinesische Regierung zum Abschluß wegen Kiautschou zu bringen] zur Anwendung zu bringen haben, im übrigen aber die Dinge sich zunächst entwickeln lassen müssen. Es liegt uns meines ehrfurchtsvollsten Erachtens dabei ob, einerseits die Fühlung mit den Russen aufrechtzuerhalten, andererseits jedoch auf ein leidliches Verhältnis zu England zu achten, so daß in jedem Falle angesichts der durch Euerer Majestät kühne und weitschauende Aktion für Deutschland errungenen Position im chinesischen Meere par la force des choses alle Mächte sich gezwungen sehen, mit uns zu rechnen.“ In gleich vorsichtiger Weise suchte Bülow auch, wie das oben abgedruckte Schriftstück zeigt, einer etwaigen japanischen Mißstimmung, wie sie von Rußland behauptet wurde, vorzubeugen. Vgl. Nr. 3752.

* Japanischer Minister des Äußern.

** Nach Treutlers Antworttelegramm vom 30. Dezember 1897 hätte Nishi die Mitteilung des Geschäftsträgers außerordentlich interessiert und anscheinend angenehm überrascht aufgenommen, doch wäre er auf die Erörterung der Sache nicht eingegangen, weswegen Treutler die Ausführung des Eventualauftrags auf eine spätere Gelegenheit verschob.

Nr. 3742

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 341 St. Petersburg, den 29. Dezember 1897

Antwort auf Telegramm Nr. 349 vom 27. Dezember*.

Ich habe im Sinne der telegraphischen Weisung mit Graf Murawiew eingehend gesprochen. Derselbe leitete seine Erwiderung in der wärmsten Weise mit den Worten ein, daß Seine Majestät, dessen Befehle er eingeholt (cf. mein Telegramm Nr. 388 vom 27. d. Mts.*) durchaus damit einverstanden sei, unsere Ansprüche wegen dauernder Pachtung von Kiautschou in Peking aufs freundlichste zu unterstützen, als praktische Betätigung der Hand-in-Hand-Politik. Er, der Minister, habe demzufolge bereits heute dem chinesischen Gesandten ** aufs energischste ans Herz gebunden, den Wünschen Deutschlands, das mit Rußland völlig im Einverständnis sei, Rechnung zu tragen und denselben nachzukommen.

Graf Murawiew fügte vertraulich hinzu, der chinesische Gesandte hätte ihn gefragt, ob denn nicht auch Rußland einen Hafen zur Benutzung haben wolle, worauf er geantwortet hätte, da Deutschland einen solchen nunmehr besitze, den es für seinen enormen Handel durchaus nötig habe, brauche Rußland mit seinem geringen Handel gegenwärtig keinen. Rußland hätte einen Hafen (wohl Wladiwostok), das genüge ***. Zwei Häfen seien zu teuer.

Graf Murawiew ist der Überzeugung, daß Japan sich nicht rühren wird. Er hält es aber für besser, die Chinesen darüber im unklaren und sie in der Befürchtung einer japanischen Aktion zu lassen.

Der Minister stimmt ganz mit Euerer Exzellenz darin überein, daß Rußland und Deutschland in den wirtschaftlichen und Finanzfragen des fernen Ostens zusammengehen sollten. pp.

Radolin

---

* Durch Telegramm Nr. 349 vom 27. Dezember war Fürst Radolin angewiesen, bei Graf Murawiew auf die russische Unterstützung der maßvollen deutschen Forderungen in Peking hinzuwirken. „Ein günstiger und schleuniger Abschluß unserer Verhandlungen mit China würde daher zur Beruhigung in ganz Ostasien beitragen und gleichzeitig uns die erwünschte Möglichkeit geben, Rußland wirksam unterstützen zu können.“ Das Telegramm kreuzte sich mit einem Telegramm Fürst Radolins vom 27. Dezember (Nr. 338), wonach Graf Murawiew sich vorbehielt, wegen der speziellen Unterstützung der deutschen Ansprüche in Peking die Befehle des Zaren einzuholen.

** Jang-Ju.

*** Mit dem späteren Verhalten Rußlands steht diese Erklärung Graf Murawiews freilich im Widerspruch. Vgl. Nr. 3753, S. 151, Fußnote *.

Nr. 3743

Russisches Promemoria

Unsignierte und undatierte Ausfertigung. Vom Grafen Osten-Sacken am 1. Januar dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow übergeben

[pr. 2. Januar 1898]

Partant du principe, virtuellement reconnu par le Gouvernement Allemand, de notre sphère d'action exclusive dans les provinces du Nord de la Chine, comprenant toute la Mantchourie, la Province du Tschili et le Tourkestan Chinois, nous ne pouvons y admettre d'influence politique étrangère, et tous les efforts du Gouvernement Impérial seront dirigés à l'affirmation et à la consolidation de cette influence, dans le but de maintenir de bonnes relations de voisinage avec l'Empire Chinois.

Il en ressort avec évidence, que ces conditions nous imposent l'obligation de veiller à préserver les troupes chinoises, cantonnées dans les dites Provinces, de toute immixtion de l'influence européenne et de nous opposer absolument à l'admission, dans ses cadres, d'officiers ou d'instructeurs étrangers, et cela, avec d'autant plus de raison, que le Gouvernement Central de la Chine, y a donné son assentiment dans les termes d'un engagement formel*.

Néanmoins, vu l'indiscipline qui règne dans l'administration militaire chinoise, les commandants des différents corps d'armée se sont permis, contrairement à leurs instructions, de s'adresser directement aux Représentants des différents Gouvernements accrédités à Pékin, afin d'obtenir des instructeurs étrangers pour les troupes placées sous leur commandement.

Ainsi, dans ces derniers temps, nous sommes informés de l'arrivée, toujours plus fréquente, d'instructeurs allemands dans les troupes tenant garnison dans la sphère de notre influence politique.

Confiant dans les déclarations sincéres du Gouvernement Allemand, qu'il reconnait l'obligation pour nous de conserver la suprêmatie de l'influence politique dans les provinces de la Chine confinant à notre

---

* Von der russischen Forderung an China hatte der Geschäftsträger Pawlow schon am 24. Dezember dem Gesandten Freiherrn von Heyking Kenntnis gegeben mit dem Hinzufügen, er hoffe, Heyking werde nicht Einspruch erheben, wenn auch die in den fraglichen Gebieten tätigen deutschen Instrukteure mit voller Entschädigung entlassen oder nach anderen Provinzen Chinas versetzt würden. Telegramm Freiherrn von Heykings Nr. 111 vom 24. Dezember 1897. Deutscherseits machte man ein Entgegenkommen in dieser Frage davon abhängig, daß Rußland die deutschen Ansprüche wegen Kiautschous in Peking unterstütze. Telegramm des Staatssekretärs von Bülow an den Geschäftsträger von Tschirschky in Petersburg Nr. 348 vom 26. Dezember.

frontière avec l'Empire, — nous sommes en droit de compter que le Cabinet de Berlin, de son côté, prendra toutes les mesures nécessaires afin de défendre aux officiers et aux soldats allemands, d'entrer au service de la Chine, en qualité d'instructeurs, dans les armées cantonnées dans le Nord de la Chine.

L'insistance que mettent les agents allemands à pourvoir les chefs des forces armées chinoises d'instructeurs allemands, se présente, non seulement comme une violation de nos intérêts, — mais donne une occasion fondée pour les autres Puissances, telles que l'Angleterre, la Belgique et autres, de chercher à faire accepter les leurs.

La déclaration ferme et inébranlable du Gouvernement Allemand, de mettre, conformément à nos désirs, un terme à cet état de choses préjudiciable dans la Chine Septentrionale, servirait, à nos yeux, de preuve irrécusable de la sincérité du désir du Cabinet de Berlin, d'arriver avec nous à une entente amicale dans les questions de l'Extrême Orient.

Vous êtes chargé de Vous expliquer à l'occasion, dans ce sens, avec Sa Majesté l'Empereur Guillaume et Monsieur le Ministre des Affaires Etrangères, et nous rendre compte de Vos entretiens à ce sujet.

Nr. 3744

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow

Reinschrift

Berlin, den 2. Januar 1898

Seine Majestät bemerkten beim Vortrage dieser Piecen*.

1. Seine Majestät wären geneigt, den russischen Botschafter dessen Wunsche entsprechend zu empfangen. In diesem Sinne möge an Graf Osten-Sacken geschrieben werden mit dem Hinzufügen, daß Seine Majestät demselben Tag und Stunde der Audienz noch bekanntgeben würden.

2. Seine Majestät billigten meine vorläufige Antwort an den russischen Botschafter, welche dahin ging, daß vor Diskutierung von Einzelfragen zunächst das dem St. Petersburger Kabinett in seinen Grundzügen bekannte Abkommen wegen Kiautschou perfekt werden müßte. Wir rechneten in dieser Beziehung um so unbedingter auf den in Peking nach wie vor maßgebenden russischen Einfluß, als

* Es handelt sich einmal um das russische Promemoria vom 1. Januar (siehe Nr. 3743), sodann um Radolins Telegramm Nr. 341 vom 29. Dezember 1897 (siehe Nr. 3742).

das Zustandekommen unseres Kiautschou-Vertrags einerseits mehr als alles andere zur Pazifizierung von Ostasien beitragen, andererseits die beste Gewähr gegen einen vorzeitigen Zerfall des Chinesischen Reiches bieten und gleichzeitig sowohl englischen Einmischungsversuchen wie japanesischen Feindseligkeiten den sichersten Riegel vorschieben würde. Wenn China in seinem eigenen wie im russischen und im Friedensinteresse unseren so maßvollen Forderungen nachgekommen sein würde, wären wir gern bereit, alle übrigen auf Ostasien bezüglichen Detailpunkte in einem für Rußland entgegenkommenden Sinne zu lösen.

3. Über die im Eingange des Promemorias enthaltene russische Erklärung, daß nicht nur die Mandschurei und das chinesische Turkestan, sondern auch die chinesische Provinz Tschili zur russischen Aktionssphäre gehöre, äußerten Seine Majestät: eine russische Festsetzung in der Mandschurei und in Turkistan könne uns nur erwünscht sein; was Tschili angehe, so sei diese Provinz (inklusive Tientsin und Peking!) ein fetter Bissen. Wenn jedoch Rußland uns zum raschen Zustandekommen des Kiautschou-Abkommens in loyaler und erfolgreicher Weise helfe und unsere Interessen in Schantung, einschließlich des Hwangho-Stromes, anerkenne, könnten wir ihm Tschili überlassen. Seine Majestät legt jedoch Wert darauf, daß der Hwangho-Strom bis zu seiner Kniebeugung nach Norden innerhalb der deutschen Sphäre bleibe.

4. Über das russische Verlangen, daß wir schon jetzt uns im geheimen mit Rußland und eventuell Frankreich darüber verständigen möchten, welche Mittel anzuwenden sein würden, um die Japaner zu zwingen, Wei-hai-wei dauernd zu räumen, wenn sie von China bezahlt wären*, bemerkte Seine Majestät: Hierauf wäre den Russen zu erwidern, daß wir diesem Gedanken erst nähertreten könnten, wenn China unseren Kiautschou-Vertrag angenommen haben würde. Vorher könnten wir uns naturgemäß auf keine weitergehenden Abmachungen einlassen, da wir zunächst wissen müßten, woran wir mit China wären. — Nur für meine persönliche Direktive fügten Seine Majestät hinzu: Wir täten gut daran, bis wir den Kiautschou-Vertrag unter Dach und Fach hätten, Rußland nicht von dem Gedanken des weiteren Zusammengehens mit uns in Ostasien abzuschrecken. Das Spätere werde sich später finden. Ein direktes Interesse, Japan zu schwächen oder gar zu zerschlagen, hätten wir nicht, da wir dasselbe unter Umständen auch sehr wohl an unserer Seite gebrauchen könnten. Jedenfalls müßte in dieser wie in allen anderen Fragen das „Do ut des“ unser Leitstern bleiben. Ohne angemessene Äquivalente

* Nach den Bestimmungen des Friedens von Schimonoseki hatte Japan den Hafen Wei-hai-wei zu räumen, sobald es von China den vollen Betrag der Kriegsschuld ausbezahlt erhalten hatte.

dürfen wir weder materielle noch moralische Hülfe leisten. Die Russen würden sich um so mehr um unsere Unterstützung bemühen, je unangenehmer sich ihnen, bzw. Frankreich die Japanesen machten, und je kräftiger letztere wären.

5. Zu den Einzelfragen, welche wir nach Abschluß des Kiautschou-Abkommens in kulanter Weise mit Rußland erledigen würden, zählten Seine Majestät auch die wirtschaftlichen und Finanzfragen des Ostens, welche Herr Witte und Graf Murawiew gegenüber Fürst Radolin zur Sprache gebracht haben.

Bülow

Nr. 3745

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes
Bernhard von Bülow
an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Konzept

Nr. 6 Berlin, den 3. Januar 1898

Ew. pp. erhalten beifolgend Abschrift eines Promemoria, welches der russische Botschafter hier übergeben hat*. Durch dieses Schriftstück erfahren wir, daß zwischen der russischen und der chinesischen Regierung ein Abkommen besteht, inhalts dessen in den chinesischen Provinzen Turkestan, Mandschurei und Tschili keine anderen als russische Militärinstrukteure zugelassen werden sollen. An diese Mitteilung anknüpfend beschwert sich die russische Regierung über die dem betreffenden Abkommen zuwiderlaufende Anwerbung deutscher Instrukteure durch die chinesischen Behörden und verlangt von der deutschen Regierung, daß diesem nach russischer Ansicht vertragswidrigen Zustande ein Ende gemacht werde.

Die deutsche Regierung hat — ohne Kenntnis übrigens von einem russisch-chinesischen Abkommen — der Anwerbung deutscher Instrukteure für die genannten Nordprovinzen von jeher ferngestanden, auch gehört keiner der in jenen Provinzen verwandten Militärs dem aktiven deutschen Heere mehr an. Wenn daher die Kontrakte derselben vor Ablauf jetzt durch die chinesische Regierung annulliert werden sollten, so würde der Regierung Seiner Majestät des Kaisers nur die gleiche Pflicht obliegen wie in allen Fällen, wo eine fremde Regierung einseitig Verbindlichkeiten aufhebt, welche sie selber oder durch ihre Mandatare — als welche die chinesischen Generalgouverneure für ihre resp. Amtsgebiete anzusehen sind — gegenüber deut-

---

* Vgl. Nr. 3743.

schen Reichsangehörigen eingegangen ist: wir würden lediglich vom Tsungli Yamen die Schadloshaltung unserer Landsleute verlangen.

Die Entfernung deutscher Instrukteure und ihre Ersetzung durch russische war bereits von den englischen Zeitungen Ostasiens angekündigt und in der englischen Presse als Symptom für die Unsicherheit der deutsch-russischen Beziehungen besprochen worden. Ob die hierauf sich gründenden englischen Schlußfolgerungen geeignet sein werden, die russische Stellung in Ostasien zu verstärken, sind wir nicht berufen zu erwägen. Wir unsererseits werden, wie gesagt, die Entlassung der Instrukteure eintretendenfalls einfach als eine geschäftliche Angelegenheit von der Kategorie der Reklamationen behandeln und uns auf die Vertretung der Entschädigungsansprüche beschränken. Wenn die russische Regierung in diesem Falle von für uns allerdings untergeordneter Bedeutung das russische Interesse, so wie sie dasselbe auffaßt, anderen Rücksichten voranstellt, so wollen wir diesen Umstand weder als einen Grund zur Beschwerde, noch können wir ihn freilich auch als einen Anlaß ansehen, um ohne weiteres Rußland gegenüber unilaterale Verpflichtungen zu übernehmen, wie sie das vorliegende Schriftstück eben jetzt von uns beansprucht. Prinzipiell haben wir jedoch keinerlei Bedenken gegen die von Rußland angeregte Erörterung der Interessensphären und zweifeln nicht, daß dieselbe leicht und schnell zu erledigen sein wird, sobald wir durch die Beendigung der jetzt in Peking schwebenden Kiautschou-Verhandlungen in die Lage gesetzt sein werden, jener Frage unsre Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Ew. pp. wollen sich gelegentlich dem Grafen Murawiew gegenüber in diesem Sinne aussprechen und hinzufügen, daß unser allergnädigster Herr, welchem ich Vortrag erstattet habe, geruhen wird, allerhöchstseine Ansicht bei sich bietender Gelegenheit dem Grafen Osten-Sacken auch noch direkt kundzugeben.

Bülow

Nr. 3746

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow

Reinschrift

Berlin, den 4. Januar 1898

Heute morgen besuchte mich der russische Botschafter, welchen ich hatte zu mir bitten lassen, um das von ihm hier abgegebene und auf die deutschen Instrukteure in Nordchina bezügliche Promemoria* mit ihm zu besprechen. Ich teilte dem Botschafter zunächst mit, daß seiner Bitte entsprechend Seine Majestät der Kaiser geruhen würde,

* Siehe Nr. 3743.

ihn zu empfangen; Tag und Stunde der Audienz würde ihm noch mitgeteilt werden. Ich fügte hinzu, daß Seine Majestät der Kaiser, nachdem ich allerhöchstdemselben die russische Denkschrift vorgelegt hätte, sich mit der von mir an Fürst Radolin erteilten Antwort einverstanden erklärt habe, deren Inhalt ich dem Grafen Osten-Sacken resümierte.

Graf Osten-Sacken bestritt nicht, daß das russisch-chinesische Abkommen, auf welches jene Denkschrift Bezug nimmt, uns bisher unbekannt war[1]. Er gab auch zu, daß die in Nordchina befindlichen deutschen militärischen Instrukteure weder durch Vermittelung der deutschen Regierung engagiert worden wären, noch dem Verbande des deutschen Heeres angehörten. Er sprach jedoch die dringende Bitte aus, daß unser Gesandter in Peking angewiesen werden möge, weitere Anwerbungen von militärischen deutschen Instrukteuren für Nordchina zu verhindern.

Als ich dem russischen Botschafter sagte, daß diese Materie ebenso wie die von russischer Seite weiter angeregte Frage der Verständigung über die beiderseitigen Aktionssphären von unserer Seite in entgegenkommendem und kulantem Sinne behandelt werden würde, sobald das Kiautschouabkommen von China angenommen worden sei, entgegnete Graf Osten-Sacken mit Lebhaftigkeit: Es sei nicht allein für die zukünftige Haltung der russischen Regierung, sondern speziell auch des Kaisers Nikolaus von entscheidender Bedeutung, daß wir keinen Zweifel darüber ließen, wie wir nicht beabsichtigten, von Kiautschou aus in diejenige Sphäre einzugreifen, welche Rußland seit dem Friedensschluß zwischen China und Japan für sich in Anspruch nehme[2]. In dieser Beziehung beruhigt zu werden, sei für Rußland eine Lebensfrage. Rußland könne in Tschili keinen fremden Einfluß zulassen. Durch Zulassung eines solchen würden alle Erfolge der bisherigen ostasiatischen Politik Rußlands wie die Sicherheit der ostasiatischen Grenze des Russischen Reiches[3] in Frage gestellt werden. Kaiser Nikolaus habe sich mit unserer Besitzergreifung von Kiautschou nur versöhnt, weil er als sicher angenommen habe, daß wir nicht etwa von Kiautschou aus in die russische Machtsphäre eingreifen[4] wollten. Andernfalls würde unsere Festsetzung in Kiautschou sich als ein direkter Schlag gegen Rußland herausstellen[5].

Ich habe gegenüber diesen und ähnlichen Deduktionen des russischen Botschafters — der offenbar schärfere Instruktionen erhalten hatte — entgegnet, daß unsere Loyalität gegenüber Rußland turmhoch über jeden Zweifel erhaben sei[6]. Dieselbe spreche nicht nur aus der ganzen Weise unseres Vorgehens in Ostasien, sondern auch aus den letzten Telegrammen meines allergnädigsten Herrn an Seine Majestät den Kaiser Nikolaus *. Wir wollten in Ostasien nicht nur nicht als Gegner Rußlands auftreten, sondern betrachteten uns dort als durch die Verhältnisse aufeinander angewiesen[7]. Ein praktisches Zusammengehen sei aber

* Vgl. Nr. 3737, S. 126, Fußnote und Nr. 3739.

nur möglich auf der Basis gegenseitiger voller Gleichberechtigung[8]. Zunächst möge Rußland, welches in Peking großen Einfluß ausübe, uns durch wirksame Hülfe zu raschem Zustandekommen unseres Kiautschouvertrags in die Lage setzen, uns anderen Fragen in Ruhe zuzuwenden.

Graf Osten-Sacken kam immer wieder darauf zurück, wie es für seine Regierung und seinen Kaiser vor allem wichtig sei, darüber Beruhigung zu erhalten, daß wir die russische Position am Golf von Tschili nicht gefährdeten und die Mandschurei und Tschili als zur russischen Sphäre gehörig ansähen. Der russische Botschafter schien durch die letzten Berichte aus London über englische Flottenbewegungen und Aktionspläne bis zu einem gewissen Grade impressioniert[9]. Ich habe nicht unterlassen, Graf Osten-Sacken darauf hinzuweisen, daß England nur gefährlich werden würde, wenn Rußland und Deutschland sich entzweiten[10].

Bülow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer Abschrift:

1 Ahem! Wie konnte er also lügen „virtuellement reconnu"*, was uns nicht bekannt war?!

2 der Kaiser hat mir als solche bisher immer Mandschurei, Mongolei und Korea bezeichnet

3 die liegt am Amur und bei Kiachta! Was hat das mit Tschili zu thun?!

4 welche ist das? in die vom Kaiser mir angegebene, kann sie gar nicht eingreifen

5 Aber, Aber!
da steckt, Cassini und Gerard aus Piquirtheit, und Hanotaux als Neider dahinter

6 gut

7 ja

8 und absoluter Ehrlichkeit

9 noch mehr wahrscheinlich durch Hetzereien von Hanotaux und Gerard; diese haben Angst vor Zusammenstößen mit England in Afrika, wollen sich in Asien nicht gegen dasselbe avanturiren, andrerseits aber uns nicht mit Russland allein lassen, weil das für die Alliance gefährlich wird!

10 richtig

Nr. 3747

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 3 Berlin, den 5. Januar 1898
Geheim

Der heutige „Reichsanzeiger" bringt, daß die Kiautschouverhandlungen in der Hauptsache abgeschlossen sind, nachdem das Tsungli

---

* Vgl. Nr. 3743.

Yamen gestern unseren territorialen Forderungen zugestimmt hat, nämlich: pacht- und zeitweiser Überlassung von ein paar deutschen Quadratmeilen Land mit Übertragung der Hoheitsrechte über dieses Gebiet und über die ganze Bai für Dauer der Pachtzeit*.

Voraussichtlich wird die Erklärung von Kiautschou zum Freihafen der erste Gebrauch sein, den Deutschland von seinen zeitweiligen Hoheitsrechten macht. Wir wollen versuchen, im freien Verkehre Kiautschou zu einem der bedeutenderen Punkte des ostasiatischen Handels zu machen. Als etwas Charakteristisches möchte ich hierbei ganz vertraulich hervorheben, daß im Laufe der Verhandlungen die russische Regierung sowohl bei uns wie bei den Chinesen sich bemüht hat, um zu erreichen, daß Kiautschou, wenn auch dem deutschen, so doch nicht dem allgemeinen Handel geöffnet werde. Die Erklärung dieser wegen der Nullität des russischen Handels überraschenden Bestrebungen findet sich vielleicht in der Erwägung, daß eine deutsche ostasiatische Prohibitivpolitik uns in gespanntere Beziehungen zu England bringen müßte. Hiervon ausgehend stelle ich dem Ermessen und der Umsicht Ew. Exzellenz anheim, ob und wo Sie gelegentlich als etwas Selbstverständliches aussprechen wollen, daß Deutschland im großen außereuropäischen Weltverkehre sich denjenigen freiheitlichen Grundsätzen anschließen wird, welchen England so große Erfolge verdankt. Nach den besorgten Äußerungen der englischen Presse zu urteilen, dürfte eine Erklärung dieser Art geeignet sein, manche englische kommerzielle Sorgen zu zerstreuen. Da wir andererseits auch Rußland nicht mißgestimmter machen wollen, als nötig ist, so werden wir nicht vorzeitig, d. h. nicht vor Abschluß des ganzen chinesischen Abkommens, einschließlich der Eisenbahn- und Kohlenkonzessionen, dem Grundsatze der Verkehrsfreiheit einen demonstrativen Ausdruck, etwa durch den „Reichsanzeiger“, geben.

Bülow

---

* Der vertragsmäßige Abschluß des am 4. Januar durch Notenaustausch in Peking festgelegten Abkommens über die pachtweise Überlassung von Kiautschou an Deutschland, sowie eines weiteren Vertrages über Eisenbahn- und Bergwerkskonzessionen zog sich infolge des Widerstrebens der chinesischen Regierung, namentlich hinsichtlich der Eisenbahn- und Bergwerkskonzessionen noch bis zum 6. März 1898 hin. Den annähernden Wortlaut des Hauptabkommens über Kiautschou gab Staatssekretär von Bülow in seiner Reichstagsrede vom 8. Februar 1898 bekannt. Den endgültigen Text des Hauptvertrages siehe u. a. in: Das Staatsarchiv Bd. 61, S. 1 ff., den Wortlaut des Konzessionsabkommens in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1898, S. 368. Für die Große Politik der Europäischen Kabinette ist das Detail dieser deutsch-chinesischen Verhandlungen ohne Bedeutung; die einschlägigen Schriftstücke können daher hier übergangen werden, ebenso die Schriftstücke über den Aufenthalt Prinz Heinrichs in China.

Nr. 3748

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept

Nr. 42 Berlin, den 8. Januar 1898

Ew. pp. äußerten neulich *, Lord Salisbury werde wahrscheinlich Wert darauf legen, daß die Erklärung wegen der von uns beabsichtigten Öffnung des Hafens von Kiautschou für den Weltverkehr nicht vertraulich, sondern in allgemein wahrnehmbarer Form, etwa durch den „Reichsanzeiger", erfolge. Diese Bekanntmachung wird aus dem Ew. bereits mitgeteilten Grunde nur noch solange verschoben, bis das deutsch-chinesische Abkommen in allen seinen Teilen perfekt geworden ist. Aber auch dann wird derselben eine Form zu geben sein, welche uns für die Zukunft nicht festlegt; man wird also etwa Kiautschou „bis auf weiteres" zum Freihafen erklären **. Zwar hegen vertrauenswürdige Kenner wirtschaftlicher und chinesischer lokaler Verhältnisse die zuversichtliche Überzeugung, daß Kiautschou nur als Freihafen zu derjenigen kommerziellen Entwickelung werde gelangen können, welche das Hauptziel unserer Niederlassung bildet. Aber diese Überzeugung ist vorläufig noch eine Theorie, das Ergebnis der Praxis bleibt abzuwarten. Jedenfalls kann für die zukünftige Ausgestaltung unserer neuen Ansiedlung keine andere Erwägung als lediglich das deutsche Interesse maßgebend sein; wir müssen deshalb alles vermeiden, allem vorbeugen, was geeignet wäre, uns zu vermehrter Rücksichtnahme nach außen hin zu nötigen.

Diesem Grundgedanken — Wahrung der freien Hand — folgend, wird die Regierung Seiner Majestät des Deutschen Kaisers von jeder direkten Notifikation dieses deutsch-chinesischen Vertrages an die Mitmächte absehen, welche für die letzteren den natürlichen, vielleicht längst erwünschten Anlaß zu einer Erörterung bieten würde, bei der dann allerlei Auslegungen, Erwartungen, Hoffnungen zum Ausdruck kämen, deren Annahme unbequem, deren Ablehnung unangenehm für uns wäre.

Von Paris aus wurde in den allerletzten Tagen der Gedanke in die

---

* In einer vorläufigen Antwort vom 6. Januar auf Bülows Telegramm vom 5. Januar (siehe Nr. 3747).

** Schon vor dem formalen Abschluß des deutsch-chinesischen Vertrags vom 6. März gab Staatssekretär von Bülow am 8. Februar im Reichstage die Erklärung ab, daß die Freihafenstellung von Kiautschou in Zukunft wohl am meisten den deutschen Interessen entsprechen werde, daß er aber die deutsche Regierung namentlich dem Auslande gegenüber nicht von vornherein festlegen möchte.

Presse und auch nach Deutschland hineingestreut, daß die französische Regierung nichts gegen das deutsch-chinesische Abkommen zu erinnern habe, daß sie aber allerdings „eine höfliche Mitteilung" desselben von Berlin her erwarte. Diese Erwartung wird unerfüllt bleiben. Wenn die deutsche Regierung noch eines äußeren Hinweises bedürfte, um sich in ihrer bisherigen unabhängigen Politik zu befestigen, so wäre der Rückblick auf die Schicksale des italienisch-abessinischen Uccialli-Vertrages* hierzu besonders geeignet. Die italienische Regierung fand sich damals veranlaßt, das Abkommen den europäischen Mächten zur Kenntnis zu bringen. Die ungünstige Aufnahme, welche diese Mitteilung in Paris und Petersburg fand, diente mit den sich daran schließenden Erörterungen der Presse den Abessiniern als erste Ermutigung zum Widerstande. Zwischen der Weltstellung Deutschlands und derjenigen Italiens besteht ein Unterschied. Im Bewußtsein dieses Unterschiedes wird die Regierung Seiner Majestät des Kaisers ihr Verhalten so einrichten, daß dasselbe die feste Absicht zum Ausdruck bringt, den jetzt zustande gekommenen Vertrag lediglich als eine deutsch-chinesische Angelegenheit zu behandeln, unbekümmert um die Gedanken der Zuschauer.

Nur Rußland gegenüber werden wir auf Grund von Erwägungen, welchen Euer Exzellenz Ihre Billigung nicht versagen dürften, von dieser Politik der völligen Aktionsfreiheit in gewissem Grade und in einer bestimmten Richtung abzuweichen haben. Den Standpunkt, welchen russische Staatsmänner in der ersten Phase der Kiautschou-Aktion zur Geltung zu bringen suchten, daß Kiautschou bereits innerhalb der sogenannten russischen Interessenshäre liege, haben wir zwar nicht anerkannt, aber daß wir mit unserer Niederlassung näher an die russische als an irgendeine andere Interessensphäre herangegangen sind, ergibt ein Blick auf die Landkarte. Aus dieser Sachlage erwächst für uns — wo und solange die Erhaltung guter Beziehungen zu Rußland uns erstrebenswert erscheint — die Aufgabe, Rußland darüber zu beruhigen, daß es von Deutschland keinen Einbruch in seine Interessensphäre zu besorgen hat. Nach Inhalt eines Euer Exzellenz mit heutigem Kurier zugehenden Schriftstücks** legt die russische Regierung schon jetzt im voraus die Hand auf drei chinesische Gebietsteile, die man ihrer ungeheuren Ausdehnung wegen nicht als Provinzen bezeichnen kann. Rußland tritt mit Erbansprüchen vor, welche Länder zwischen der Grenze von Afghanistan und dem Japanischen Meere umfassen. Für Deutschland liegt indessen, da die von Rußland mit beanspruchte Provinz Tschili nicht bis an den Hwangho heranreicht, der Hauptteil dieses Flusses also für den Weltverkehr freibleibt, kein Anlaß vor, diesem russischen Plane entgegenzutreten. Aber die

* Vgl. Bd. VIII, Kap. LIV, Nr. 1972, Fußnote *.
** Siehe Nr. 3743.

verhältnislose Ungleichheit der russischen und der deutschen Ansprüche, welche durch jene russische Mitteilung zum ersten Male in bestimmter Form kenntlich gemacht worden ist, wird auf die Länge ihre weltgeschichtliche Wirkung auf das Verhalten andrer Mächte nicht verfehlen. Heute, vier Tage nach dem Bekanntwerden des deutsch-chinesischen Vertrages, kann man schon sagen, daß derselbe in der Welt beruhigend gewirkt hat infolge der Wahrnehmung, daß Deutschlands Politik gegenüber den Mitmächten von dem Grundsatze „leben und leben lassen" geleitet wird. Wie aber wird einstmals das Bekanntwerden des russisch-chinesischen Programms auf die übrigen Erbinteressenten wirken? Neben dem Maß von Feindschaft, welches Rußland dadurch auf sich ladet, ist die vorübergehende Mißstimmung, zu welcher unsere Festsetzung in Kiautschou Anlaß gegeben haben mag, überhaupt nicht zu nennen.

Angesichts dieser Ungleichheit der Ansprüche und der Feindschaften konstatiert die Regierung Seiner Majestät des Kaisers mit um so größerer Befriedigung, daß sie ihre maßvollen Forderungen hat durchsetzen können, ohne sich für die Verwirklichung des russisch-asiatischen Programms — welches in seiner gegenwärtigen Ausdehnung eine gleichzeitige Herausforderung an England und an Japan bedeutet — solidarisch verpflichtet zu haben. Die Freundschaft, welche Seine Majestät den Kaiser mit dem Zaren verbindet und diesem einen moralischen Anspruch auf deutsche Unterstützung gibt, verleiht andererseits unserem allergnädigsten Herrn den berechtigten Anspruch, als Berater vor der Tat in allen den Fällen gehört und berücksichtigt zu werden, wo hernach das Einsetzen deutscher Kraft für russische Zwecke erforderlich werden kann. Wenn aber durch das Überwiegen russischer Eigenart und spezifisch russischer Impulse der deutsche Rat wirkungslos gemacht wird, so erlangt damit ipso facto Seine Majestät der Kaiser wieder die volle Freiheit, dasjenige zu beschließen, was nach Maßgabe der deutschen Interessen alsdann geboten ist.

Die Geschichte der letzten 18 Jahre bietet ein Beispiel für die segensreichen Folgen eines analogen Zustandes zwischen Deutschland und Österreich. Der im Jahre 1879 zuerst abgeschlossene deutsch-österreichische Bündnisvertrag umfaßte zu keiner Zeit die Balkanangelegenheiten. Österreich war und ist nicht in der Lage, auf den casus foederis rechnen zu können, wenn es eine herausfordernde Balkanpolitik macht. Wir mußten deshalb im Laufe der Jahre den Vorwurf, daß der Dreibundvertrag keinen Nutzen für Österreich habe, weil er sich nicht auf den Balkan erstrecke und Österreich nur am Balkan verwundbar sei, wiederholt diplomatisch andeuten und publizistisch offen aussprechen hören. Gleichwohl ist es dieser angeblich mangelhafte Zustand, welchem Europa lange Jahre des Friedens verdankt, denn die deutsch-österreichische Vertragslücke, ergänzt durch die Freundschaft der beiden Monarchen, erhielt beim

Kaiser Franz Joseph und seiner Regierung die Empfänglichkeit für mäßigende deutsche Ratschläge. Umgekehrt läßt sich fast mit Bestimmtheit behaupten, daß, wenn der deutsch-österreichische Vertrag Deutschland für alle Fälle solidarisch mit Österreichs Balkaninteressen und Österreichs Balkanpolitik gemacht hätte, kein österreichischer Minister, ja selbst kaum der friedliebende Kaiser Franz Joseph der Versuchung widerstanden haben würde, Deutschland für die Erreichung österreichischer Ziele einzuspannen; der Kampf um Byzanz wäre dann wahrscheinlich längst ausgefochten und die Karte Europas, ja die Weltkarte heute eine andere. Was der Welt den Frieden erhielt, das war nicht ein Vertrag, sondern im Gegenteil deutsche Unabhängigkeit und deutscher Rat. Hoffen wir, daß, wie am Hellespont, so auch im fernen Osten diese beiden Faktoren als Elemente des Weltfriedens sich bewähren werden.

Bülow

Nr. 3749

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 17 Berlin, den 12. Januar 1898

Bei heutiger Unterredung mit Lord Salisbury werden Ew. pp. vielleicht auch den Inhalt des Telegramms Nr. 92 aus Peking vom 7. Dezember* mit Nutzen zur Klarstellung der deutschen Politik verwenden können. Der Hauptpunkt dieses Telegramms des Freiherrn von Heyking lautet wörtlich: „Mandarinen haben unter dringender Befürwortung angeboten, Kiautschou zum Vertragshafen zu erklären, zu versprechen, daß er keiner andern Macht abgetreten würde, daß wir dort eine Niederlassung (nebst Eisenbahnbau) erhalten, und daß uns außerdem ein anderer Hafen im Süden abgetreten werde."

Dieser chinesische, aber vielleicht nicht in China inspirierte Vorschlag hätte uns mehr gegeben, als wir überhaupt gefordert hatten. Wir haben ihn jedoch abgelehnt in der Erkenntnis, daß die Annahme desselben uns in eine dauernde Gemeinschaft mit denjenigen Mächten gedrängt haben würde, die eine England feindliche Politik verfolgen. Wir wünschen im deutschen Interesse eine solche Politik zu vermeiden und hoffen auch, daß Englands Politik uns dies gestatten wird.

Bülow

---

* Siehe Nr. 3727.

Nr. 3750

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 7 London, den 12. Januar 1898

Antwort auf Telegramm Nr. 3*.

In heutiger Unterhaltung sprach sich Lord Salisbury wieder dahin aus, daß durch unsere Niederlassung in Kiautschou kein engliches Interesse verletzt werde. Als ich diese Gelegenheit benutzte, um mich der mir von Euerer Durchlaucht in Telegramm Nr. 3 erteilten Ermächtigung entsprechend zu äußern, hörte der Premierminister mit offenbarem Interesse zu, knüpfte aber daran sofort die Frage, ob die anderen Mächte hierüber eine entsprechende amtliche Mitteilung von uns zu erwarten hätten. Obwohl ich dies mit dem Bemerken abschnitt, daß mir von einer solchen Absicht nichts bekannt sei, wiederholte der Minister im Laufe der Unterhaltung noch einmal seine Frage, auf die ich die gleiche Antwort erteilte**.

Ich fand heute auch Gelegenheit, die mir durch Telegramm Nr. 17*** mitgeteilte Meldung des Freiherrn von Heyking ganz vertraulich zu verwerten. Diese Mitteilung machte offenbar einen gewissen Eindruck auf Lord Salisbury, welcher seine Überraschung nicht zu verheimlichen suchte. Er ließ dann die Bemerkung fallen, daß er von Anfang an viel weniger gegen die Tatsache der Besetzung von Kiautschou als gegen die Form, in welcher dieselbe stattgefunden, eingenommen gewesen sei, und zwar hauptsächlich deshalb, weil er darin einen gefährlichen Präzedenzfall zur Nachahmung für andere erblickt habe. Als ich hierauf erwiderte, daß ich diese Auffassung nicht teilen könne, und daß uns außerdem kein anderer Weg offengestanden habe, da die chinesische Regierung offenbar nicht habe verstehen wollen, daß es der Pflicht der Dankbarkeit wie ihrem eigenen Interesse entsprechen würde, uns die für die Zukunft unentbehrliche Kohlenstation zur Verfügung zu stellen †, lenkte der Minister ein, indem er einräumte, daß der Zweck sich nur auf diesem Wege erreichen ließ. pp.

Hatzfeldt

---

* Siehe Nr. 3747.
** Vgl. Nr. 3748.
*** Siehe Nr. 3749.
† Vgl. die Unterredungen des Staatssekretärs Freiherrn von Marschall mit dem Vizekönig Li-Hung-Tschang vom Juni 1896 in A, Nr. 3663.

Nr. 3751

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 19 London, den 22. Januar 1898

In unserer letzten Unterhaltung ließ Lord Salisbury deutlich durchblicken, daß Sir Michael Hicks-Beach in seiner Rede am 17. d. Mts.* als Organ der Regierung gesprochen und die Auffassung derselben bezüglich der chinesischen Frage wiedergegeben habe. Er ließ dabei die Bemerkung fallen, es werde mir wohl nicht entgangen sein, daß hier bezüglich Chinas nichts geschehen sei, was als gegen Deutschland gerichtet ausgelegt werden könnte. Es ist mir nicht zweifelhaft, daß dies den Wünschen Lord Salisburys entspricht, und diese Haltung uns gegenüber bezüglich Kiautschou ist ihm wesentlich erleichtert worden durch die Meldungen der deutschen Presse über die von uns in Kiautschou beabsichtigte Einführung liberaler Reglements für den Welthandel. Die Stellungnahme des englischen Kabinetts den Vorgängen in China gegenüber hängt, wie ich es stets erwartet habe, hauptsächlich davon ab, ob, in welcher Richtung und wie stark die hiesige öffentliche Meinung Partei ergreift. Die einmütige Haltung der englischen Presse, der konservativen wie der liberalen, gestattet aber keinen Zweifel darüber, daß die große Mehrheit des hiesigen Publikums in dem russischen Vorgehen eine ernste Gefahr für den Welthandel und daher auch für den englischen Handel erblickt. Bemerkenswert ist dabei, daß der größte Teil der englischen Zeitungen gerade in der letzten Zeit eine weniger unfreundliche Sprache gegen Deutschland geführt und sich namentlich der früheren Angriffe auf Deutschland wegen der Besetzung von Kiautschou enthalten hat. Man darf daher wohl annehmen, daß Lord Salisbury sich in Übereinstimmung mit der öffentlichen Meinung wußte, als er sich mir gegenüber dahin äußerte, daß nichts gegen Deutschland geschehen sei, und daß er außerdem lebhaft wünscht, auf diesem Wege fortfahren zu können. Soweit ich es beurteilen kann, wird die öffentliche Meinung ihn auch ferner nicht dazu drängen, uns irgendwelche Schwierigkeiten in China zu bereiten, auch nicht, wenn solche zwischen England und Rußland eintreten sollten, vorausgesetzt, daß die hiesigen Erwartungen in bezug auf unsere liberalen Einrichtungen in Kiautschou schließlich eine amtliche Bestätigung finden.

An eine kriegerische Stimmung glaube ich vorläufig weder im englischen Kabinett noch im Lande selbst. Lord Salisbury, welcher sich

---

* Der Kanzler der Schatzkammer im Kabinett Salisbury Sir Michael Hicks-Beach hatte in einer Rede auf dem Bankett der Handelskammer in Swansea u. a. gesagt: „Die Regierung ist fest entschlossen, um jeden Preis, und wenn es nötig ist mit Gewalt, den chinesischen Markt sich offen zu halten.“

bekanntlich ungern auf kriegerische Abenteuer einläßt, ist sich außerdem wohl bewußt, daß England schon jetzt mit hinreichenden Schwierigkeiten zu kämpfen hat, die alle seine Kräfte und finanziellen Hülfsmittel in Anspruch nehmen. Er wird sich daher nur äußerstenfalls entschließen, von Worten zu Handlungen überzugehen, die in diesem Falle vielleicht ungeheuere Opfer kosten und, wenn er die absolute Notwendigkeit der letzteren dem Lande nicht klarmachen kann, ihm und seiner Partei nachher zum Vorwurf gemacht werden würden. Wenn er trotzdem jetzt eine bestimmte Sprache gegen Rußland führt, so mag dies zum Teil der vielleicht nicht unrichtigen Annahme zuzuschreiben sein, daß Graf Murawiew nicht der Mann dazu ist, in der jetzigen Situation und gegen eine so überwältigende maritime Übermacht Ernst zu machen, und daß er es schließlich vorziehen wird, die Hand zur Verständigung zu bieten.

Man hat, soweit ich es beurteilen kann, auch hier vollständig erkannt, daß es sich bei dem russischen Vorgehen nicht um Port Arthur und sibirische Eisenbahn, sondern darum handelt, die Hand auf einen sehr bedeutenden Teil des Chinesischen Reichs zu legen und denselben dem Welthandel vollständig zu entziehen. Ich erlaube mir hier kein Urteil darüber, ob die Verwirklichung dieses russischen Programms unserem Interesse entspricht, aber ich kann mich dem Eindruck nicht entziehen, daß die russische Aktion gerade jetzt, wo Rußland an Ort und Stelle noch nicht die nötigen Mittel zum Widerstand gegen England und noch weniger gegen eine englisch-japanische Flotte, eventuell verstärkt durch eine japanische Armee, besitzt, eine übereilte und unüberlegte gewesen ist. Ist diese Voraussetzung eine begründete und ist Rußland dennoch vorgegangen, ohne sich der Zustimmung Seiner Majestät des Kaisers vorher versichert zu haben, so wird es, wie mir scheint, kaum den berechtigten Anspruch erheben können, daß Deutschland jetzt für eine so unüberlegte Aktion eintritt auf die Gefahr hin, dadurch in einen Krieg verwickelt zu werden und alle Vorteile einzubüßen, welche es durch sein besonnenes und maßvolles Vorgehen in Kiautschou für sein politisches Ansehen und seinen Handel gewonnen hatte.

Hatzfeldt

Nr. 3752

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes
Bernhard von Bülow
an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 26 Berlin, den 23. Januar 1898

Die Marine drängt auf sofortige Hinaussendung bedeutender Seestreitkräfte nach Ostasien mit der Motivierung, daß dortige Lage un-

klar, weil man über den Zweck der japanischen Flottendemonstration und Vorbereitungen hier nichts wisse. Auch von russischer Seite ist man neuerdings wiederholt bemüht gewesen, uns zu größeren Anstrengungen zu veranlassen, indem man Deutschland als hauptsächlich, wenn nicht ausschließlich durch Japan bedroht hinstellt *. Wir haben bisher diesen besorglichen Mitteilungen kein Gewicht beigelegt, schon deshalb, weil wir aus der Haltung Englands zu entnehmen glaubten, daß die allmählich erkennbar gewordenen Ziele und Grenzen der deutschen ostasiatischen Aktion nicht danach angetan sind, andere Mächte zum Kriege zu reizen.

Indessen wird es jetzt für die politische Leitung schwer, der militärischen Leitung hemmend entgegenzutreten, wenn letztere auf japanische Demonstrationen und Vorbereitungen hinweist, deren Bedeutung niemandem entgehen kann, deren Ziel niemand kennt. Unzweifelhaft wird in dem Augenblick, wo Deutschland Verstärkungen hinausschickt und zu maritimen Rüstungen in großem Maßstabe schreitet, die Lage in Ostasien verschärft. Indem Deutschland erkennen läßt, daß es eventuell die Beobachterrolle mit einer aktiven Rolle vertauschen würde, drängt es durch dieselben Erwägungen wie im Jahre 1895 auch Frankreich in eine aktivere Rolle, vorausgesetzt, daß Frankreich heute noch beabsichtigt, Rußlands Freund zu bleiben. Rußland seinerseits wird naturgemäß dazu geführt, seiner ostasiatischen Politik einen entschiedeneren Charakter zu geben als bisher, sobald es bemerkt, daß ihm das Schicksal, d. h. die unvorsichtige Politik der Japaner, plötzlich zu einer festen Anlehnung bei Deutschland und Frankreich verholfen hat. Auch England wird dann vielleicht vor allerlei ernste Erwägungen gestellt werden.

Die deutsche Regierung wird jederzeit bereit sein, die Konsequenzen ihrer Handlungen auf sich zu nehmen; sie wird zu den letzten Konsequenzen jedoch erst dann schreiten, wenn es durchaus notwendig ist. Die Notwendigkeit unserer Flottenverstärkung wird solange unwiderlegt bleiben, bis wir darüber Klarheit haben, daß Japan nicht gegen Deutschland rüstet.

Ew. pp. haben in ihrem Privatbrief eine Äußerung von Lord Salisbury wiedergegeben, welche auf den Wunsch des englischen Ministers hinzudeuten schien, daß Deutschland sich nicht als bedroht in Ostasien ansehen möge. Falls Ew. pp. wirklich glauben, daß Lord Salisbury diesen Wunsch hegt, stelle ich anheim zu erwägen, ob Sie es im Hinblick auf die Persönlichkeit und Eigenart des englischen Ministers für nützlich bzw. für unbedenklich halten, ihm vertraulich und vielleicht als Ergebnis eigener Erwägung darzulegen, vor welche Entschließungen die fortdauernde Unklarheit über Japans mili-

* Vgl. Nr. 3741, Fußnote **.

tärische Ziele uns demnächst stellen, und welches die Rückwirkung dieser Entschließungen auf die Weltlage sein dürfte.

Ich meinerseits kann mir kaum denken, daß England, selbst wenn es einen Krieg herbeisehnt, den Japanern als Einleitung des Krieges eine Politik empfehlen sollte, welche darauf hinausläuft, die Gruppe der Gegner stärker und fester zu machen. Von dem Augenblick an, wo wir zu rüsten anfangen, haben wir nicht mehr politisch freie Hand, sondern werden — und nicht wir allein — von den Ereignissen geschoben.

Bülow

Nr. 3753

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 24 London, den 26. Januar 1898
Geheim

Als ich mich in der heutigen Unterhaltung im Sinne der mir erteilten Ermächtigung aussprach, erwiderte mir Lord Salisbury, daß meine Besorgnis bezüglich möglicher japanischer Absichten gegen uns ihn sehr überrasche, da er von keiner Seite etwas gehört habe, was auf solche Absichten schließen lasse. Er fügte hinzu, er könne mir die bestimmte Versicherung geben, daß die von den Zeitungen gebrachte Nachricht, wonach zwischen England und Japan ein Abkommen oder eine Verständigung in der chinesischen Frage bestehe, in jeder Hinsicht unbegründet sei. Ebenso bestimmt könne er mir versichern, daß den Japanern von hier aus keinerlei Rat erteilt worden sei, irgendetwas gegen uns zu unternehmen.

Als ich darauf hinwies, daß gerade die Unklarheit über die militärischen Ziele der Japaner mir bedenklich erschien, weil sie nicht dasselbe Interesse wie die anderen Mächte an der Erhaltung des Friedens in Europa hätten, erwiderte mir der Minister, er hielte sogar für sehr möglich, daß Japan den Ausbruch von Streitigkeiten unter den Mächten als dem eigenen Interesse entsprechend betrachten würde. Er fügte hinzu, daß er das von mir aus der außereuropäischen Lage Japans hergeleitete Bedenken nicht für unbegründet halte, und sprach die Absicht aus, dem japanischen Vertreter, wenn er Gelegenheit dazu finde, seine Ansicht darüber auszusprechen.

Als wir im weiteren Verlaufe der Unterhaltung auf die Anleiheverhandlungen in Peking* und auf die Angaben einiger Zeitungen kamen, daß Rußland sich besonders der Erklärung von Talienwan zum

* Die von China einerseits mit Rußland, andererseits mit einer englisch-deutschen Gruppe geführten Anleiheverhandlungen, die Mitte Februar 1898 zum Abschluß mit der letzteren in Höhe von 16 Millionen Pfund führten, bezweckten die Bezahlung des Restes der chinesischen Kriegsschuld und hatten insofern

Vertragshafen widersetzt habe*, sagte mir Lord Salisbury ganz vertraulich, daß dieser Punkt an sich keine unübersteiglichen Schwierigkeiten bilden würde. Allerdings müsse England an seinem vertragsmäßigen Rechte festhalten, gleichmäßig mit den anderen Mächten in Talienwan zugelassen zu werden, wenn dasselbe zum Vertragshafen erklärt werde. Es sei aber damit nicht gesagt, daß es gerade Talienwan sein müsse, und daß dieser Punkt nicht durch einen anderen als Vertragshafen ersetzt werden könnte. Übrigens scheine dies nach den Meldungen des englischen Vertreters in Peking, welcher bisher nur spärlich berichtet habe, nicht der Hauptpunkt zu sein, gegen welchen Rußland Widerspruch erhebe.

Im ganzen war Lord Salisbury auch heute sichtlich bestrebt, mich von der Friedfertigkeit seiner Ansichten und Absichten, auch Rußland gegenüber, zu überzeugen, und führte dafür auch an, daß er das bisherige Verfahren Rußlands bezüglich Port Arthurs für korrekt halte und dies auch gelegentlich dem japanischen Gesandten** ausgesprochen habe. Auch wenn die Anleiheverhandlungen in Peking scheitern sollten, würde damit die Erhaltung des Friedens noch keineswegs in Frage gestellt sein. Man würde dann hier ruhig abwarten können, ob Rußland tatsächlich etwas unternehme, was sich mit den Interessen und Rechten Englands nicht in Einklang bringen lasse.

Ich habe nicht ohne besonderen Auftrag weitergehen und Lord Salisbury darauf hinweisen wollen, daß es ratsam wäre, seine Ansicht über die Bedenklichkeit navaler Demonstrationen ohne erkennbaren Zweck, die auch als gegen uns gerichtet ausgelegt werden könnten, in Tokio auszusprechen. Wenn Euere Durchlaucht dies für wünschenswert halten, würde ich meinerseits kein Bedenken sehen, diese persönliche Ansicht in einem vertraulichen Privatbrief an den Premierminister auszusprechen***. Hatzfeldt

---

eine hochpolitische Bedeutung, als nach den Bestimmungen des Friedens von Schimonoseki die Japaner nach Empfang der vollen Kriegsschuld von seiten Chinas den Hafen von Wei-hai-wei, den sie bis dahin als Pfand besetzt hielten, zu räumen hatten. Vgl. C, Nr. 3756.

* Seit dem Einlaufen der russischen Kriegsschiffe in Port Arthur (18. Dezember 1897) verhandelte die russische Regierung im Zusammenhang mit dem Angebot einer russischen Anleihe für China mit der chinesischen trotz der gelegentlichen Behauptung Graf Murawiews, daß Rußland keinen Hafen an der chinesischen Küste brauche (vgl. Nr. 3742), über die dauernde oder zeitweise Überlassung von Port Arthur und Talienwan. Anfang März 1898 wurde diese Forderung seitens Rußlands ultimativ gestellt. Vgl. C, Nr. 3754. Am 27. März erfolgte der Abschluß des diesbezüglichen Vertrages zwischen Rußland und China.

** Kato.

*** Am 27. antwortete Staatssekretär von Bülow auf den Schlußabsatz des Hatzfeldtschen Telegramms: „Es wird für jetzt nicht nötig sein, auf die Frage der japanischen Demonstrationen zurückzukommen. Japan wird ohne feste englische Anlehnung schwerlich gegen eine europäische Macht angehen“.

C. Die Erwerbungen Rußlands und Englands
Port Arthur
Wei-hai-wei
Das Jangtse-Tal 1898—1899

Nr. 3754

Der Gesandte in Peking Freiherr von Heyking an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 52 Peking, den 6. März 1898

Rußland hat bei Tsungli Yamen in sehr bestimmter Form und mit Bedingung, daß bis Ende d. Mts. abgeschlossen werden muß, Forderungen stellen lassen: Andauernde Besetzung von Port Arthur und Talienwan, Konzession für Eisenbahn von russisch-mandschurischer Linie abzweigend über Kirin-Mukden nach Port Arthur, ausschließlich russische Militärinstrukteure im Norden Chinas einschließlich Provinz Petschili. Es scheint, daß Besetzung Form eines Pachtvertrags erhalten soll, Zeitdauer noch nicht angegeben. Talienwan soll zum Handelshafen ausgebaut werden. Russischer Geschäftsträger glaubt, daß japanische Aufregung sich mit Verbleiben in Wei-hai-wei auch nach Auszahlung Kriegsentschädigung beruhigen werde, und daß dies einer Besetzung des Platzes durch Engländer vorzuziehen sei.

Heyking

Nr. 3755

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 60 St. Petersburg, den 12. März 1898

Graf Murawiew teilt mir soeben mit, daß er die Verhandlungen mit dem früheren chinesischen Gesandten Hsü, der ad hoc als Botschafter hierher gekommen ist, auf folgender Basis, an der er festhalten will, begonnen hat:

I. Pachtung von Port Arthur und Talienwan auf 25 Jahre, Aufstellung einer neutralen Zone. Rußland beansprucht keine Souveränitätsrechte und will eines der Bassins von Talienwan zum offenen Hafen machen.

II. Konzession zum Bau der Eisenbahn über Kirin nach Port Arthur, eventuell einem anderen Punkt am Meerbusen von Petschili.

Die von China geglaubte Absicht der Russen, Truppen nach der Mandschurei zu senden, bezeichnet Graf Murawiew als unzutreffend [1].

Der Minister versicherte mich, daß er den Chinesen wiederholt erklärt habe, daß sich Rußland mit Deutschland wegen der Besetzung von Kiautschou in allen Punkten verständigt habe. Er hege auch die feste Zuversicht, daß unsere Regierung das obige Abkommen mit China, welches demnächst zum Abschluß kommen wird, vollauf billigen [2] werde.

Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Weil sie schon da sind

[2] ja

Nr. 3756

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Telegramm. Abschrift

Nr. 51 — Berlin, den 15. März 1898

Antwort auf Telegramm Nr. 60*.

Seine Majestät der Kaiser hat Ew. Mitteilung, daß Graf Murawiew unseren Kiautschouverhandlungen in Peking sympathisch zur Seite gestanden habe, mit Interesse und Wohlwollen entgegengenommen. Ich kann auch hinzufügen, daß die wiederholt hierher gelangte Nachricht, als sei die russische Gesandtschaft in Tokio bemüht, den Japanern Deutschland als ihren Hauptgegner zu bezeichnen, bei unserem allergnädigsten Herrn, welcher sich der Freundschaft des Kaisers Nikolaus sicher fühlte, niemals Glauben gefunden hat. Von dieser Anschauung ausgehend wird Seiner Majestät Regierung gern zu ihrem Teil bei Verminderung der Schwierigkeiten mitwirken, denen die russische Politik in Ostasien zurzeit begegnet. Diese Gesinnung werden wir zunächst betätigen durch die Behandlung des Konferenzgedankens, welcher jetzt eben von japanisch-englischer Seite in die Presse geschleudert worden ist, um dann, falls er günstige Aufnahme findet, eventuell amtlich angeregt zu werden. Wir nehmen ohne weiteres an, daß ein Hauptzweck der Konferenz sein würde, unsere Haltung, d. h. den Umfang unserer Ansprüche in China, der Haltung und den Forderungen Rußlands gegenüberzustellen. Seine Majestät wollen sich jedoch nicht dazu hergeben, mit England und dessen Freunden zusammenzuwirken, um dem Kaiser Nikolaus die Hände zu binden. Wir werden daher den Konferenzgedanken zunächst

* Siehe Nr. 3755.

publizistisch, nötigenfalls aber auch amtlich zurückweisen, unter Hinweis darauf, daß eine Konferenz weniger geeignet ist, einen Konflikt zu verhindern, als vielmehr denselben durch Klarlegung und Zuspitzung der Gegensätze herbeizuführen [1].

Bei diesem Anlaß darf nicht unerwähnt bleiben, daß Japan, das offenbar kriegslustigste Element in Ostasien, sich augenblicklich in großer Geldverlegenheit befindet, deshalb mit allen Mitteln auf die schleunige Zahlung des Restbetrages der chinesischen Kriegsanleihe hindrängt und in diesem Bestreben, soweit man von hier aus erkennen kann, von der englischen Regierung und Finanz unterstützt wird. Graf Murawiew würde daher wohl im Interesse des Friedens handeln, wenn er den russischen Einfluß in Peking dazu verwendet, die Auszahlung jener 13 Millionen Pfund an Japan davon abhängig zu machen, daß letzteres den Chinesen noch einmal die ausdrückliche Versicherung gibt, sofort nach Empfang des Betrages Wei-hai-wei räumen zu wollen *. Eine hierauf bezügliche chinesische Anfrage und mise en demeure an Japan würde gerechtfertigt sein durch die von japanischer amtlicher Seite mehrfach wiederholte öffentliche Erklärung, daß Japan Wei-hai-wei unter allen Umständen behalten werde. Es ist in der Tat auch wahrscheinlich, daß Japan, vor diese Frage gestellt, die Behauptung von Wei-hai-wei der Erlangung der 13 Millionen vorziehen würde. Für den schnelleren oder langsameren Fortgang der japanischen Rüstungen und dementsprechend für die Kriegslust Japans würde aber der Besitz oder Nichtbesitz jener 13 Millionen einen erheblichen Unterschied machen. Gegenwärtig ist Japan nicht ohne Aussicht auf Erfolg bemüht, sich beides, den Kriegshafen und den Kriegsfonds, zu sichern.

Ew. wollen das Vorstehende mit dem Grafen Murawiew besprechen.

Bülow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Gut
Randbemerkung des Kaisers:
[1] Ja

Nr. 3757

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 115 St. Petersburg, den 13. März 1898

Gesprächsweise habe ich Graf Murawiew gegenüber den Inhalt der Weisung von Erlaß Nr. 166 vom 25. Februar 1898 ** angedeutet.

---

* Vgl. B, Nr. 3753, Fußnote *.
** Mit Erlaß Nr. 166 vom 25. Februar war Fürst Radolin ein Bericht des Ge-

Der Minister wurde sehr hellhörig und sagte mir, er könne sich diese Vermutung nicht erklären. Japan gegenüber hätte Rußland mit größter Vorsicht jedes Wort vermieden, welches sich auf die deutsche Aktion in China beziehen könnte, und sogar weder den Namen Kiautschou noch Port Arthur als heikle Punkte jemals erwähnt. Nur über Korea spreche er mit den Japanern.

Bei dieser Gelegenheit ließ Graf Murawiew einfließen, daß Rußland, wenn es auch anfänglich unzweifelhaft verstimmt gewesen, über unser schnelles Vorgehen in Kiautschou — ein Gefühl, das gegenwärtig völlig beseitigt sei — jetzt der Regierung Seiner Majestät des Kaisers und Königs dafür nur dankbar sein kann, weil die Besetzung von Kiautschou die beschleunigte Besitzergreifung von Port Arthur und Talienwan ermöglicht hat, wofür sonst diesseits schwerlich ein Anlaß zu finden gewesen wäre. Diese Besitzergreifung, die der Minister im Gegensatz zu dem bisherigen russischen mot d'ordre, daß Wladiwostok vollauf genügt, zum ersten Male als eine Notwendigkeit bezeichnete, wäre, wie er sich äußerte, ohne unser Einlaufen in Kiautschou endlos verzögert worden. Er fügte hinzu, daß Kiautschou auf die Dauer jedenfalls zu weit von der russischen Interessensphäre liegend gewesen wäre, daß aber neben Wladiwostok noch Port Arthur oder ein ähnlicher eisfreier [Hafen] an der Petschilibucht als Endpunkt der sibirischen Bahn für die russische Politik in Ostasien unabweislich geboten sei.

(Schon vor zwei Jahren hatte Minister Witte mir dies in bestimmter Weise in Abrede gestellt, natürlich ohne mich überzeugen zu können.) *.

Im Laufe des Gesprächs betonte Graf Murawiew mit sichtbarer Satisfaktion, daß das russische Geschwader im Stillen Ozean jetzt schon der englischen Seemacht daselbst überlegen sei.

Die große außerordentliche Geldbewilligung für Marinezwecke, mit der Herr Witte angeblich auf sein Drängen sich einverstanden erklärt hätte, würde nach Ansicht des Ministers die russische Übermacht zur See unzweifelhaft sichern.

Graf Murawiew brach in Lobeserhebung über den Kriegsminister aus und sagte mir, alle Differenzen seien zwischen ihnen ausgeglichen, sie arbeiteten Hand in Hand, und das Verhältnis sei nun überaus herzlich geworden.

Radolin

---

schäftsträgers in Tokio von Treutler vom 7. Januar mitgeteilt worden, nach dem die russische Gesandtschaft in Tokio fortgesetzt bemüht gewesen wäre, Japan gegen die deutsche Chinaaktion in Harnisch zu bringen.

* Nach seinen Memoiren hätte Witte doch auf das entschiedenste gegen eine Besetzung Port Arthurs und Talienwans protestiert. Mémoires du Comte Witte. Traduction de François Rousseau, p. 85 ss.

Nr. 3758

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 62 St. Petersburg, den 16. März 1898

Ich habe heute mit Graf Murawiew im Sinne der hohen Weisung in Nr. 51 vom 15. d. Mts.* eingehend gesprochen.

Der Minister war von dem neuen Beweis der freundschaftlichen Gesinnungen unseres allergnädigsten Herrn für Kaiser Nikolaus angenehm berührt.

Er wiederholte mir nochmals, daß die russische Regierung und deren Organe — er erwähnte besonders Herrn Rosen — es sorgfältig vermieden, die deutsche Politik in China den Japanern gegenüber auch nur mit einem Worte zu berühren oder gar zu kritisieren.

Gerüchte, wie die nach Berlin gelangten, müßten von interessierter Seite ausgestreut worden sein, um Mißtrauen zwischen Deutschland und Rußland zu erwecken.

Graf Murawiew äußerte sich ferner dahin, daß Rußland fest entschlossen sei, die Forderungen bei China durchzusetzen, welche ich in meinem Telegramm Nr. 60** erwähnt hatte, und eine längere Besetzung von Port Arthur nötigenfalls sogar allein zu erzwingen[1].

Im Anschluß hieran bemerkte der Minister, was mir der Kaiser bereits am 27. Januar angedeutet hatte, daß es vor allem darauf ankomme, eine japanisch-englische Annäherung zu verhindern, und zwar durch eine russisch-japanische Verständigung auf koreanischer Basis[2]. Dazu würde Japan zu gewinnen sein, wenn die absolute Unabhängigkeit und Integrität Koreas von Rußland gewährleistet würde, was letzteres unter allen Umständen ja selbst wünsche.

Rußland brauche Korea jedenfalls nicht, am allerwenigsten, sobald Wladiwostok mit Port Arthur durch die mandschurische Eisenbahn verbunden sein würde.

Selbst wenn der Kaiser von Korea die Abberufung der russischen Instrukteure für wünschenswert erachte, wäre Rußland auch damit einverstanden.

Es tritt nun die Frage an die Mächte heran, meint Graf Murawiew, welche Koerzitivmaßregeln dieselben ergreifen zu müssen glauben, um die Räumung von Wei-hai-wei zu bewerkstelligen, wenn die Japaner, nachdem die ihnen zukommende Kriegsentschädigung nicht an sie, sondern an die englischen Schiffsbauer bezahlt sein wird, gezwungen werden sollen, diesen Ort zu räumen.

---

* Siehe Nr. 3756.

** Siehe Nr. 3755.

Einstweilen seien sie ja noch fest entschlossen, in China zu bleiben, trotz des Friedens von Schimonoseki, nachdem andere Mächte sich ebenfalls daselbst festgesetzt hätten. Eine gewisse Berechtigung hierzu wäre den Japanern wohl nicht abzusprechen. Was wird aber, fuhr Graf Murawiew fort, im Falle der Räumung aus Wei-hai-wei? Der Minister hat der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß die Engländer die japanische Räumung des Hafens fördern wollen mit dem nicht unwahrscheinlichen Hintergedanken, selbst Besitz von Wei-hai-wei zu nehmen, um sich als Keil zwischen Deutschland und Rußland zu setzen [3]. Graf Murawiew fragte mich, ob dies nicht bedenklicher wäre als die weitere japanische Behauptung von Wei-hai-wei. Man könnte dieselbe, wenn auch nicht direkt fördern, so doch geschehen lassen oder wenigstens ein Auge zudrücken [4].

Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Gut
[2] Ei! Ei!
[3] So thöricht werden die Briten nicht sein!
[4] Nein! weil sie gegen den ausdrücklichen Tenor des Vertrages ist.

Nr. 3759

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 79 St. Petersburg, den 30. März 1898

Graf Murawiew äußerte sich heute mit sichtlicher Befriedigung über den Erfolg und glatten Verlauf seiner Aktion in China*. Er

* Gemeint ist der am 27. März erfolgte Abschluß des russisch-chinesischen Vertrages über die pachtweise Abtretung von Port Arthur und Talienwan, der am gleichen Tage durch ein Zirkulartelegramm den Vertretern Rußlands im Auslande mitgeteilt und durch ein offizielles Regierungskommuniqué bekanntgemacht wurde. Zu dem erfolgreichen Ausgang der Unternehmungen „bei Port Arthur" gratulierte Kaiser Wilhelm II. dem Zaren brieflich am 28. März. (Vgl. Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894—1914, S. 307 f.). Mit sehr gemischten Gefühlen wurde dagegen die Nachricht in England aufgenommen. Man hatte sich dort in Voraussicht des Kommenden schon mit den Japanern wegen des bisher von diesen besetzten Hafens Wei-hai-wei in Verbindung gesetzt und wäre gern mit den Japanern aktiv gegen die Besitznahme Port Arthurs und Talienwans vorgegangen, wenn Japan sich nicht bei der Unfertigkeit seiner Rüstungen zurückgehalten hätte und zunächst auch noch seinen Vorteil in einer Verständigung mit Rußland über Korea (abgeschlossen am 25. April, vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1898, S. 324) suchte. Graf Hatzfeldt berichtete am 31. März aus London, daß hier ein Gefühl der Enttäuschung über die Zurückhaltung Japans bzw. über dessen Annähe-

deutete an, daß England mit der vollzogenen Tatsache sich abfinden und auch in der Folge keine Verwickelungen aus diesem russischen Vorgehen entstehen würden.

Radolin

Nr. 3760

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Klehmet für den Staatssekretär Bernhard von Bülow

Eigenhändig

Berlin, den 4. April 1898

Sir Frank Lascelles hat heute dem Herrn Unterstaatssekretär folgendes mitgeteilt, indem er sich dabei zur Besprechung der Angelegenheit vollständig zur Verfügung Euerer Exzellenz stellte:

England habe sich entschlossen, um das Gleichgewicht der Machtverhältnisse am Golfe von Petschili wiederherzustellen, welches durch das Vorgehen Rußlands bedroht sei, mit China eine Vereinbarung dahin zu treffen, daß Wei-hai-wei, sobald es die Japaner räumen, in ein Pachtverhältnis zu England trete. Die englische Regierung sei der Ansicht, daß dieser „demand has in our (i. e. Englands) view no relation with the german interest in Shantung, which we have no desire to prejudice; we believe this policy is in conformity with german views.“ Die britische Regierung wolle aus Wei-hai-wei „no commercial port“ machen „and they offer formal undertaking not to connect it by railway“ mit der Provinz Schantung.

Sir Frank fügte hinzu, daß Verhandlungen mit Rußland ohne Erfolg dahin geschwebt hätten, daß beide Mächte keine Besitzrechte im Golfe von Petschili erwurben. China habe bei den Verhandlungen mit England bemerkt, daß Wei-hai-wei noch sein einziger Kriegshafen sei, und es sei deshalb zu Arrangements gekommen, welche China eine Mitbenutzung des Hafens von Wei-hai-wei für chinesische Flottenzwecke gestatten.

Die heutigen Londoner Blätter würden die eventuelle Besitzergreifung von Wei-hai-wei publizieren, und Mr. Balfour würde heute oder morgen im Parlament ein bezügliches statement machen.

Klehmet

---

rung an Rußland vorherrsche. Daß unter den englischen Ministern namentlich Chamberlain wegen der ostasiatischen Vorgänge für ein kriegerisches Vorgehen mit Japan und — Deutschland gegen Rußland zu haben gewesen wäre, hat er deutlich genug dem Grafen Hatzfeldt zu verstehen gegeben. Vgl. Kap. XCI, Nr. 3782, 3789.

Nr. 3761

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt**

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Mühlberg

Nr. 99 Berlin, den 4. April 1898

Der englische Botschafter gab mir heute amtlich von der Absicht seiner Regierung, Wei-hai-wei zu besetzen, Kenntnis. Auf meine Veranlassung telegraphierte Sir Frank an seine Regierung, daß die Abgabe nachfolgender Erklärung von uns gewünscht würde:

„Indem England sich in Wei-hai-wei festsetzt, erklärt es förmlich an Deutschland, daß es nicht beabsichtigt, die Rechte und Interessen Deutschlands in der Provinz Schantung zu beeinträchtigen oder zu bekämpfen, noch ihm irgendwelche Schwierigkeiten in dieser Provinz zu bereiten, insbesondere will es keine Eisenbahnverbindungen in dieser Provinz herstellen.“

Diese letzte Versicherung erregte bei Sir Frank wegen ihrer allgemeinen Fassung Bedenken. Er meinte, daß dadurch auch die von dem englisch-amerikanischen Syndikat geplante Eisenbahnverbindung zwischen Tientsin und Hankau berührt würde. Bei der vorliegenden Fassung der Erklärung haben wir nicht sowohl an diese Linie als vielmehr an englische Eisenbahnbauten von der Nordküste der Provinz Schantung, beispielsweise von Tschifu in das Innere der Provinz, gedacht. Wegen des englisch-amerikanischen Bahnprojekts Tientsin—Hankau könnten besondere Besprechungen vorbehalten bleiben.

Hiesige Stimmung in allen Schichten von der höchsten abwärts bezeichnet das Vorgehen Englands gegen Wei-hai-wei als Bedrohung auch der deutschen Interessen und befindet sich damit in Einklang mit einer heut hier gemachten russischen Mitteilung**.

Aus den Ew. Exzellenz bekannten Gründen wünsche ich dringend, sobald als irgend möglich in dem Besitz einer englischen Erklärung zu sein, auf die ich mich als Sicherstellung der deutschen Interessen berufen kann.

Bülow

---

* Des Zusammenhangs wegen vor das folgende Schriftstück gestellt.
** Vgl. das folgende Schriftstück.

Nr. 3762

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 98 Berlin, den 4. April 1898
Vertraulich

Heute übergebene russische Mitteilung enthält die Anregung, dem Chinesischen Reiche nach Räumung von Wei hai-wei durch die Japaner den Besitz dieses Platzes vertragsmäßig zu garantieren, wogegen China sich verpflichten würde, Wei-hai-wei keiner fremden Macht abzutreten.

Wir werden die Beantwortung dieser russischen Anregung hinausschieben bis nach Eingang der englischen Rückäußerung auf die Erklärung, welche ich heute dem englischen Botschafter zur Wahrung unsrer Interessen in der Schantungfrage gegeben habe, und welche Ew. gleichzeitig hiermit zugeht*.

Ew. stelle ich anheim, dort durchfühlen zu lassen, daß nicht nur die englische, sondern auch die deutsche Regierung vor einer ernsten Entscheidung steht.

Bülow

Nr. 3763

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 77 London, den 5. April 1898

Antwort auf Telegramm Nr. 99 **.

Herr Balfour, welcher mich eben empfing, obwohl er die Sitzung in der Kammer nur auf kurze Zeit verlassen konnte, erwiderte mir auf meine Mitteilung, daß er gern bereit sei, die von uns gewünschte Erklärung mit einer unerheblichen Modifikation am Schluß derselben abzugeben. Hiernach würde der letzte Satz lauten: „Insbesondere will es keine Eisenbahnverbindungen mit irgendeinem Teile der Provinz Schantung herstellen."

Herr Balfour bemerkte hierzu, er habe Sir Frank Lascelles bereits telegraphisch angewiesen, die Versicherung abzugeben, daß England aus Wei-hai-wei keinen Handelsplatz machen wolle, und die von

* Vgl. Nr. 3761.
** Siehe Nr. 3761.

ihm vorgeschlagene Modifikation am Schluß der Erklärung habe nur den Zweck, die Besprechung über die geplante Eisenbahnverbindung zwischen Tientsin und Hankau offenzulassen.

Hatzfeldt

Nr. 3764

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Homburg v. d. H., an das Auswärtige Amt

Telegramm. Konzept von der Hand des Grafen von Metternich

Homburg v. d. Höhe, den 6. April 1898

Für Staatssekretär von Bülow

In Wei-hai-wei bekommt England zwei Nachbarn, von denen der eine* ihm feindlich ist. Um so mehr wird ihm daran gelegen sein, in gutem Einvernehmen mit dem andern Nachbar dort zu verbleiben. Es dürfte daher der Augenblick günstig sein, durch meinen Botschafter in London die Zusage zu erlangen, daß England unsere Interessensphäre in Schantung, welche durch hohe Gebirgszüge von Wei-hai-wei durch die Natur geschieden ist, respektieren wird, mit andern Worten, daß es Wei-hai-wei lediglich als einen Flottenstützpunkt für den Golf von Petschili, nicht aber als einen kommerziellen Angriffspunkt auf die Provinz Schantung betrachten wird.

Unter dieser Voraussetzung können wir England im Golf von Petschili frei gewähren lassen.

Unsere Presse sollte nicht unnötigerweise ihre Schadenfreude an dem neugeschaffenen Gegensatz zwischen England und Rußland breittreten, da wir dadurch die andern mißtrauisch und uns unbeliebt machen.

Wilhelm I. R.

Nr. 3765

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Graf von Metternich, z. Z. in Homburg v. d. H., an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow

Eigenhändiger Privatbrief

Schloß Homburg v. d. Höhe, den 5. April 1898

Euerer Exzellenz

möchte ich nicht unterlassen, über die von Seiner Majestät im Gespräche mit mir getane Äußerung zu berichten, daß eine Besetzung

---

* D. h. Rußland.

von Wei-hai-wei durch England unsern Interessen nicht entgegenlaufe. Der Ort sei von unserm Hinterlande durch hohe Gebirgszüge getrennt, und es sei augenscheinlich, daß dieser letzte Schritt Englands, falls die „Times"-Nachricht begründet sei, sich nicht gegen uns, sondern gegen Rußland richte*. Es sei daher auch zu wünschen, daß unsere Presse nicht gleich in blindem Eifer losziehe, sondern daß sie gezügelt und geleitet werde. Wenn sich, wie es den Anschein habe, Kohle in Schantung fände, so würden wir sogar noch ein gutes Geschäft machen und ein Absatzgebiet für dieselbe in Wei-hai-wei finden.

Es wäre zwar angezeigter gewesen, wenn die Engländer uns zunächst befragt hätten, bevor sie so nahe Nachbarn von uns würden, aber darüber sei hinwegzusehen.

Vom englischen Standpunkte aus betrachtet, sei es ein Unternehmen von zweifelhaftem Werte, wenn England sich in dem Interessen- und später Machtbereich der Russen in einem minderwertigen Hafen festsetze, der nur mit ungeheuren Kosten und auch dann nur schlecht zu verteidigen sei. Uns könne es aber schon recht sein, wenn russische und englische Streitkräfte von andern Punkten fort und nach dem Golf von Petschili gezogen würden. P. Metternich

Nr. 3766

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Homburg v. d. H.

Telegramm. Entzifferung

Berlin, den 7. April 1898

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät lege ich für die mit dem gnädigen Telegramm von gestern** mir in der Wei-hai-wei-Frage erteilte huldvolle Direktive meinen alleruntertänigsten Dank zu

* So wurde die Sache auch in Rußland aufgefaßt. Ende April sagte Kaiser Nikolaus II. zu dem Marineattaché Korvettenkapitän Kalau vom Hofe: „Die Engländer müssen immer und ewig gegen uns intrigieren und uns hindernd in den Weg treten. Hier [in Wei-hai-wei] haben sie sich aber gründlich verlaufen. Jetzt möchten sie gern aus Wei-hai-wei wieder heraus, bevor sie darin gewesen sind. Der erhoffte Effekt: eine Beunruhigung und Einschüchterung Rußlands ist ausgeblieben. Hier hat man das Geschrei gar nicht beachtet und ist ganz ruhig geblieben. Die englische Regierung hat sich wahrscheinlich durch die öffentliche Meinung fortreißen lassen — das war ein unüberlegter Schritt, den sie jetzt bereut." (Bericht des Fürsten Radolin Nr. 185 vom 30. April.) Die hier und auch in Kaiser Wilhelms II. Äußerungen anklingende Auffassung, daß die Besetzung Wei-hai-weis durch England vom strategischen und politischen Standpunkt aus als Fehlschlag anzusehen sei, fand in Lord Kimberley selbst im englischen Oberhause (17. Mai) einen Vertreter; doch trat ihr Lord Salisbury mit Energie entgegen.

** Siehe Nr. 3764.

Füßen. Für Instruierung der Presse im Sinne der von Euerer Majestät befohlenen und so zutreffenden Gesichtspunkte habe ich unverzüglich Sorge getragen, nachdem mir Graf Metternich Euerer Majestät Willensmeinung übermittelt hatte*. Die englische Regierung hat die schwierige Lage, in welche sie sich, offenbar um ihr „face" zu retten, durch die Festsetzung in Wei-hai-wei begibt, anscheinend wohl erkannt und deshalb bereits durch Chamberlain und Balfour in Unterhandlungen mit Euerer Majestät Botschafter in London Anknüpfungsversuche gemacht**. Während Chamberlain in Form einer privaten Meinungsäußerung mehr von der Frage der Herstellung besserer allgemeiner Beziehungen zwischen Deutschland und England ausging und sich dabei so weit vorwagte, daß er seine persönliche Geneigtheit zur Angliederung Englands an den Dreibund in Aussicht stellte***, haben die Besprechungen des Grafen Hatzfeldt mit Balfour praktischerweise sich den ostasiatischen Verhältnissen zugewandt und hier zu konkreten Verhandlungen in der von Euerer Majestät vorgezeichneten Richtung der Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären geführt. Nachdem Sir Frank Lascelles hier amtlich von der Absicht seiner Regierung, Wei-hai-wei zu besetzen, Kenntnis gegeben hatte, habe ich Euerer Majestät allerhöchstem Befehl entsprechend von England die formelle Erklärung verlangt, daß es keinerlei Beeinträchtigung unserer Interessensphäre in Schantung beabsichtige, insbesondere daselbst keine Eisenbahnverbindungen anlegen und überhaupt den Platz nur als Flottenstützpunkt, nicht aber als einen kommerziellen Angriffspunkt auf die Provinz Schantung betrachten werde†. Balfour hat sich zur Abgabe einer solchen Erklärung mit einer unerheblichen Modifikation bereit erklärt††. Die Verhandlungen lassen nach ihrem jetzigen Stande die Erreichung eines Einverständnisses ziemlich gesichert erscheinen über eine beiderseits befriedigende Redaktion, welche lediglich die Frage einer von Tientsin zum Jangtsekiang anzulegenden Eisenbahn späterer Verständigung offen läßt.

Inzwischen hat der russische Botschafter — eigentümlicherweise in absichtlich verspäteter Ausführung einer ihm bereits am 1. d. Mts. zugegangenen Weisung — hier angeregt, dem Chinesischen Reich nach Räumung von Wei-hai-wei durch die Japaner den Besitz dieses Platzes vertragsmäßig zu garantieren, wogegen China sich zu verpflichten hätte, Wei-hai-wei keiner fremden Macht abzutreten†††. Der russische Botschafter wies hierbei auf Wei-hai-wei als auf eine Gefahr speziell für den deutschen Besitz in Schantung hin, betonte aber zugleich ausdrücklich, daß er damit nur seine persönliche Ansicht ausspreche. Die

* Vgl. Nr. 3765.

** Näheres darüber siehe in Kap. XCI.

*** Vgl. Kap. XCI, Nr. 3782.

† Vgl. Nr. 3761.

†† Vgl. Nr. 3763.

††† Vgl. Nr. 3762.

Haltung des Botschafters ließ erkennen, wie die russische Regierung vorläufig ihren bisherigen Standpunkt festhält, nämlich unsern Besitz in Schantung als durch England und Japan bedroht hinzustellen, ohne daß sie jedoch hieraus Anlaß zu Vorschlägen für ein gemeinsames Vorgehen Deutschlands und Rußlands nähme. Ein charakteristisches Kennzeichen hierfür scheint mir auch, daß die russische Regierung auf ihre Anregung vom Ende vorigen Jahres zur Verständigung über die beiderseitigen Interessensphären in China* nicht wieder zurückgekommen ist, obwohl wir unsere Bereitwilligkeit erklärt haben, diesbezügliche russische Vorschläge entgegenzunehmen und darüber zu verhandeln. Die russische Tendenz bleibt, soweit ich es zu beurteilen vermag, nach wie vor die, Deutschland zu einer isolierten Aktion voranzuschieben, ohne daß Rußland seinerseits Verpflichtungen einginge, deren Vorhandensein auf die Stimmung Frankreichs ungünstig wirken könnte. Sehr klar tritt diese Tendenz in einer Äußerung hervor, welche Graf Murawiew gestern gegenüber Euerer Majestät Botschafter in Petersburg gemacht hat. Ganz im Gegensatz zu seinen früheren Auslassungen äußerte Graf Murawiew gestern, daß er die Überlassung von Wei-hai-wei an England nicht als eine Gefahr, sondern als für Rußland belanglos ansähe und in dieser Überlassung sogar einen Vorteil erblicke, weil Rußland nunmehr um so freier in Port Arthur verfahren könne.

Es hat diese Haltung Rußlands für Euerer Majestät Regierung meines ehrfurchtsvollsten Erachtens den Vorteil, daß diese ihre Entschließungen auch ihrerseits frei und ohne andere Beweggründe als die aus unseren eigenen Interessen fließenden wird fassen können. Ich habe deshalb die Beantwortung der russischen Anregung hinausgeschoben in der Hoffnung, daß inzwischen nach Euerer Majestät Allerhöchster Direktive und mit Euerer Majestät Allerhöchster Genehmigung die Einigung mit England auf Grund der oben erwähnten englischen Zusicherung wegen Schantung zustande kommen werde.

Bülow

Nr. 3767

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Homburg v. d. H., an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow

Telegramm en clair. Abschrift

Schloß Homburg, den 8. April 1898

Sehr erfreut über ebenso interessante wie erfreuliche Nachrichten von gestern abend**. Hoffe, daß die angeknüpften Verhandlungen

---

* Vgl. B, Nr. 3743.
** Siehe Nr. 3766.

glatt zu einem befriedigenden Ausgang führen werden. Bin mit eingeschlagenem Wege vollkommen einverstanden.

Wilhelm I. R.

Nr. 3768

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Homburg v. d. Höhe, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Konzept von der Hand des Grafen von Metternich; letzter Absatz eigenhändig vom Kaiser hinzugefügt

Homburg v. d. Höhe, den 8. April 1898

Für den Staatssekretär

Bei der aus Ihrem gestrigen Telegramm an mich* hervortretenden unsicheren, widersprechenden und falschen Haltung der russischen Regierung gegen uns kann es uns nur um so erwünschter sein, wenn in Wei-hai-wei ein englischer Keil zwischen die sonst mit der Zeit vielleicht dort nicht ganz gefahrlose deutsch-russische Nachbarschaft getrieben wird.

Wenn von russischer Seite, solange die zwischen uns und England über Wei-hai-wei schwebenden Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gebracht sind, deutlicher als bisher der Wunsch an uns herantreten sollte, anstatt der Russen oder auch gemeinsam mit ihnen die Engländer von Wei-hai-wei fernzuhalten, so könnten wir uns zunächst darauf beschränken, von der russischen Regierung bestimmte und in Paris verwendbare Aufklärung zu verlangen, inwieweit und bis zu welchem Punkte Frankreich gewillt ist, wegen Wei-hai-weis mit Rußland gegen England Front zu machen! Die russische Regierung muß billigerweise unsere gebotene Vorsicht verstehen, nicht leichtsinnig Beschlüsse zu fassen, ohne vorher von Frankreichs Absichten genau unterrichtet zu sein. Auch Baron de Courcels Ansicht, welcher der erprobte und einflußreichste Vertreter Frankreichs in England ist, dürfte dann schwer zu umgehen sein.

Es ist indessen nach Ihren Mitteilungen anzunehmen, daß, noch ehe die Natur der französischen Gefolgschaft sich aufklären läßt, wir über Wei-hai-wei zu einem Einverständnis mit England gelangt sind, und ich bin der Ansicht, daß wir von dieser Tatsache vor den Russen dann kein Geheimnis zu machen brauchen. Wir können dann vielmehr Osten-Sacken offen unsern Dank aussprechen, daß er uns vor der Gefahr gewarnt habe, welche uns durch Englands Absichten auf Wei-hai-wei drohe. Auch wir hätten diese Gefahr erkannt und sie durch Verhandlungen mit England abgewendet.

Die praktische Art und Weise Balfours, direkt die wichtigen Angelegenheiten zu besprechen und zu bindenden Abmachungen zu

---

* Siehe Nr. 3766.

gelangen, sagt mir mehr zu und ist von größerem Wert als die theoretischen und unklaren Phantasien von Chamberlain.

Wilhelm I. R.

Nr. 3769

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Homburg v. d. H.

Telegramm. Entzifferung

Berlin, den 9. April 1898

Euerer Majestät gnädige und mir so wertvolle Weisungen und Fingerzeige über die weitere Behandlung der Wei-hai-wei-Angelegenheit habe ich mit ehrfurchtsvollstem Danke erhalten. Der augenblickliche Stand der in dieser zwischen uns und England schwebenden Verhandlungen ist folgender: Die englische Regierung ist bereit, uns die nachstehende generelle Zusicherung zu machen: „England erklärt formell an Deutschland, daß es, indem es sich in Wei-hai-wei festsetzt, keine Absicht hat, die Rechte und Interessen Deutschlands in der Provinz Schantung zu beeinträchtigen oder zu bestreiten oder Deutschland Schwierigkeiten daselbst zu bereiten.“ Was speziell die Eisenbahnfrage in Schantung angeht, so ist unsererseits von England die Zusage verlangt worden, daß England keine Eisenbahnverbindungen in jener chinesischen Provinz herstellen wolle. Balfour will bisher nur versprechen, daß England keine Eisenbahnverbindung von Wei-hai-wei aus mit irgendeinem Teil der Provinz Schantung herstellen werde. Auf Grund der mir von Euerer Majestät allergnädigst vorgezeichneten allgemeinen Verhaltungslinie habe ich Graf Hatzfeldt ermächtigt, den Eisenbahnpunkt auf Basis der nachstehenden Formulierung zu regulieren. „Insbesondere will England von Wei-hai-wei oder einem anderen Küstenpunkt der Provinz Schantung aus keine Eisenbahnverbindung nach dem Innern der Provinz Schantung herstellen, ohne sich darüber vorher mit Deutschland verständigt zu haben[1].“ Eine endgültige Antwort hierauf steht noch aus, da Balfour für die Festtage London verlassen hat und die Unterhandlungen mit ihm durch Vermittelung des Herrn Sanderson geführt werden. Die englische Antwort ist daher kaum vor Dienstag zu erwarten. Der Grund, weshalb die englische Regierung auf die von uns zuerst vorgeschlagene Formulierung nicht eingehen wollte, liegt darin, daß sie einem angeblich bestehenden Projekt englischer Unternehmer zum Bau einer Eisenbahn von Tientsin nach Chingkiang am untern Lauf des Jangtsekiang nicht präjudizieren wollte. Wir andererseits können einem

solchen Projekt nur zustimmen, wenn wir Sicherheit darüber haben[2], daß dadurch die uns von China bewilligten drei Eisenbahnlinien in Schantung nicht geschädigt werden[3]. Um hierdurch nicht die Vereinbarung zu verzögern, bezweckt die letzte von mir gewählte Formulierung, die Frage jenes englischen Eisenbahnprojekts für jetzt offenzulassen und späterer Verständigung vorzubehalten.

Morgen früh treffen hier zwei von Graf Hatzfeldt avisierte längere Berichte über seine Unterhandlungen mit Balfour und Chamberlain ein, welche ich sofort Euerer Majestät übersenden werde*. Auch ich meine, daß die Vorschläge von Chamberlain zu phantastisch oder vielleicht auch hinterlistig sind, als daß dieselben eine Basis für ernsthafte Negoziationen bilden könnten. Die Art und Weise von Balfour flößte dagegen größeres Vertrauen ein.

Gegenüber dem russischen Botschafter werde ich mich, wenn derselbe dringlicher als bisher auf das Verlangen unserer Mitwirkung gegen die Festsetzung der Engländer in Wei-hai-wei zurückkommen sollte, ganz in dem von Euerer Majestät angegebenen und sehr einleuchtenden Sinne aussprechen. Namentlich der Hinweis auf den erprobten und einflußreichen Baron Courcel dürfte vorzüglich wirken. Gestern konnte ich mich bei einer Begegnung mit Graf Osten-Sacken verhältnismäßig leicht herausziehen, indem ich ihm das (Euerer Majestät gemeldete) Radolinsche Telegramm über die plötzlich veränderte Sprache von Graf Murawiew vorhielt. — Tableau! Il ne savait plus que dire.

Sobald wir, wie ich hoffe, zu einem Einverständnis mit England gelangt sind, werde ich auf Grund von Euerer Majestät Ermächtigung Graf Osten-Sacken in freundlichster Form Euerer Majestät Dank aussprechen, daß er uns vor der Gefahr gewarnt habe, welche uns durch Englands Absichten auf Wei-hai-wei bedrohte. Durch ihn auf diese Gefahr aufmerksam gemacht, hätten wir dieselbe durch Verhandlung mit England abgewendet.

Bülow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden 9/IV 98
Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Einverstanden
[2] ja
[3] die Bahn Tientsin—Ching-kiang kann ruhig gebaut werden, wenn England uns die Erlaubniß giebt, mit unsren Schantung-Bahnen an diese Linie anzuschließen W.
Schlußbemerkung des Kaisers:
Gut

---

* Abgedruckt im Kap. XCI, Nr. 3788 und 3789.

Nr. 3770

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes
Bernhard von Bülow
an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Homburg v. d. H.

Telegramm. Entzifferung

Berlin, den 21. April 1898

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät melde ich alleruntertänigst, daß die Verhandlungen mit der englischen Regierung, welche zu dem Zweck eingeleitet waren, die aus der englischen Festsetzung in Wei-hai-wei den deutschen Interessen in der Provinz Schantung drohenden Beeinträchtigungen abzuwenden, auf Grund und nach Maßgabe der von Euerer Majestät huldreichst erteilten Direktiven zum Abschluß gelangt sind. Von dem englischen Botschafter ist mir soeben ein amtliches Schreiben zugegangen, mit welchem Sir Frank Lascelles unter Berufung auf Auftrag seiner Regierung folgende Erklärung abgibt: „England formally declares that in establishing herself at Wei-hai-wei, she has no intention of injuring or contesting the rights and interests of Germany in the province of Shantung or of creating difficulties for her in that province. It is especially understood that England will not construct any railroad communication from Wei-hai-wei, and the district leased therewith, into the interior of the province."

Diese Erklärung deckt uns nach meinem ehrfurchtsvollen Dafürhalten gegen etwaige englische Versuche, von Wei-hai-wei aus mit Eisenbahnen oder sonstigen Unternehmungen in unsere Interessensphäre einzugreifen. Gegen die ursprünglich in Aussicht genommene Formulierung enthält die jetzige Erklärung insofern eine Verbesserung, als der frühere beschränkende Zusatz in dem Sinne, daß England die in Frage stehenden Eisenbahnen nicht ohne voraufgehende Verständigung mit Deutschland bauen wolle, fortgeblieben ist. Wir brauchen uns also selbst auf Verhandlungen hierüber nicht mehr einzulassen. Ein weiterer Vorzug der Erklärung möchte darin zu erblicken sein, daß dieselbe sich nur auf Unternehmungen bezieht, die von Wei-hai-wei ausgehen könnten. Wir haben damit für alle weiteren Fragen freie Hand behalten und können unsere von China verlangten Rechte in dieser Richtung gegebenenfalls unbehindert geltend machen oder sonst verwerten.

Ich habe durch Schreiben an Sir Frank Lascelles sofort Akt von der englischen Erklärung genommen und würde dieselbe, Euerer Majestät Allerhöchste Genehmigung vorausgesetzt, demnächst durch den „Reichsanzeiger" zur öffentlichen Kenntnis bringen*.

* Am 22. April brachte der „Reichs- und Staats-Anzeiger" die Mitteilung:

Nach Petersburg hin würde ich die Sache in dem von Euerer Majestät bereits befohlenen Sinne verwerten *.

Bülow

Nr. 3771

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 129 Berlin, den 30. April 1898

Gesandter Peking telegraphiert vom 26. d. Mts.:

„Englischer Gesandter sagt mir, er habe Auftrag, als politische Konzession Eisenbahn Schanghai—Nanking für englische Unternehmer zu verlangen; er hoffe, daß, nachdem England uns freie Hand in Schan-

---

„Die englische Regierung hat im Hinblick auf die bevorstehende Inbesitznahme von Wei-hai-wei der deutschen Regierung spontan die Mitteilung gemacht, daß sie nicht willens sei, deutsche Rechte oder Interessen in der Provinz Schantung zu schädigen oder in Frage zu stellen oder der deutschen Regierung in jener Provinz Schwierigkeiten zu bereiten, und daß sie insbesondere nicht beabsichtige, von Wei-hai-wei oder dem dazu gehörigen Gebiet aus Eisenbahnverbindungen nach dem Innern der Provinz anzulegen."
Diese Erklärung gab am 28. April zu einer Anfrage im Unterhause Veranlassung, auf welche Balfour ausdrücklich bestätigte, daß die Besetzung von Wei-hai-wei, obwohl es auf der Halbinsel Schantung liege, nicht gegen die deutschen Rechte in dieser Provinz gerichtet sei.
Die Erklärungen der englischen Regierung hinderten übrigens nicht, daß es schon wenige Tage später zwischen ihr und der deutschen Regierung zu einer Auseinandersetzung über die gegenseitigen Rechte und Interessen einerseits in der Provinz Schantung, andererseits im Jangtsetal, das England sich als Einflußsphäre zu sichern trachtete, kam. Die Auseinandersetzung kann hier nur soweit verfolgt werden, als zur Verständlichmachung der späteren deutsch-englischen Verhandlung über das Jangtseabkommen vom Oktober 1900 (vgl. Bd. XVI, Kap. CV) nötig ist. Im übrigen zeigen die folgenden Schriftstücke (Nr. 3771—3777), wie unendlich schwierig sich bei den unverhältnismäßig großen Ansprüchen Englands solche deutsch-englischen Auseinandersetzungen gestalteten; eine auch sonst gemachte Erfahrung, die auf die Haltung der deutschen Regierung gegenüber englischen Annäherungsversuchen nicht ohne Einfluß blieb.

* Vgl. Nr. 3768. Über die Ausführung seiner Absicht meldete Bülow dem Kaiser telegraphisch am 22. April: „Osten-Sacken habe ich heute die uns von England wegen Wei-hai-wei gemachte Erklärung, bevor dieselbe im „Reichsanzeiger" veröffentlicht wurde, nach dem von Eurer Majestät mir angegebenen Rezept eingeflößt. Das Tränkchen ging ihm glatt hinunter. Er meinte sogar spontan und vertraulich, die Besetzung von Wei-hai-wei durch England richte sich doch wohl mehr gegen Rußland als gegen Deutschland. Rußland werde aber auf die Dauer England nicht in Nordchina dulden und nach Vollendung der sibirischen Eisenbahn wie Festigung seiner Position an der indischen Grenze seine Revanche nehmen."

tung lasse, wir am Jangtse ihm nicht Opposition machen würden. Außerdem Erweiterung Hongkongs und Abtretung Mirsbai verlangt *."

Um die Bahn Schanghai—Nanking hatten Deutsch-Asiatische Bank und Hongkong-Schanghai Bank auf Grund Übereinkommens sich gemeinschaftlich beworben. Nachdem englische Bank Ende v. Mts. plötzlich zurückgetreten, hat die Deutsch-Asiatische Bank die Bewerbung allein und mit nachdrücklicher Unterstützung der Kaiserlichen Regierung fortgesetzt. Andrerseits ist das Argument Macdonalds, als ob England uns in Schantung bisher nennenswerte Konzessionen gemacht habe, nicht zutreffend, wie auch Balfours Unterhausrede vom 28. d. Mts. ** bestätigt. Die englische Erklärung über Wei-hai-wei hat für uns nur einen relativen Wert, zumal die uns hauptsächlich interessierende Frage der Eisenbahn von Tientsin zum Jangtse offengelassen ist. Das Verlangen Englands, im Jangtsetale freie Hand zu erhalten, kann sich auf keine selbst nur annähernd gleichwertige Gegenleistung stützen. Die Forderung der Bahn Schanghai—Nanking als politische Konzession würde ein flagrantes Abgehen der englischen Regierung von der bis dahin ihrerseits wiederholt und feierlich, namentlich auch für das Jangtsegebiet proklamierten Politik der offenen Tür und freien Konkurrenz bedeuten. Seine Majestät hat dementsprechend zu dem Pekinger Telegramm bemerkt: „Das ist nicht möglich! Wir haben große Interessen, die uns verwehren, den Jangtse pure England zu überlassen. Auch bewirbt sich großes deutsches Syndikat schon um die Bahn. Erweiterung von Hongkong und Erwerbung der Mirsbai sind schon sehr große Kompensationsobjekte, die wir aber gern anerkennen."

Bitte, unter geeigneter Verwertung des Vorstehenden dort lediglich zu fragen, ob Macdonald wirklich die angegebene Instruktion hat.

Ganz vertraulich bemerke ich im Hinblick auf die obige Willensmeinung Seiner Majestät, daß die Antwort der englischen Regierung

---

* Tatsächlich hat England die Erweiterung Hongkongs bis zu einer Gesamtausdehnung von 200 Quadratmeilen und die Abtretung der rechts und links von der Halbinsel Kaulung belegenen Buchten (Mirsbai und Daegbai) durch den Vertrag vom 9. Juni 1898 durchgesetzt. Angesichts dieses Vorgehens erscheint Lord Salisburys Erklärung im Oberhause vom 17. Mai in etwas eigentümlichen Lichte: die englische Regierung wünsche nicht, eine Zerstückelung Chinas in irgendwelchem Grade beginnen zu sehen, sie wolle zu einer solchen Zerstückelung nicht ermutigen und vor allem wolle sie nicht, daß die Chinesen und andere Nationen glaubten, Großbritannien beabsichtige, sich Landgebiet anzueignen, und wolle sich an der Beute beteiligen. Läßt sich diese Pose schon nicht recht mit der Besetzung Wei-hai-weis in Einklang bringen, die Lord Salisbury als eine politische Maßregel, um das Vorgehen der anderen Mächte zu kompensieren, zu rechtfertigen suchte, wie wieviel weniger die Ausdehnung der englischen Besetzung bei Hongkong.

** Vgl. Nr. 3770, Fußnote *.

für die von der deutschen Politik fortan einzuschlagende Richtung von schwerwiegendem Einfluß sein wird.

Bülow

Nr. 3772

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 104 London, den 2. Mai 1898

Eben mit Lord Salisbury Rücksprache genommen, welchem die Details der Eisenbahnfragen in China aber noch vollständig unbekannt waren. Er konnte mir daher noch keine Auskunft geben und bat mich um eine schriftliche Notiz, um sich dann auf Grund derselben von dem Dezernenten sofort Vortrag halten zu lassen. Ich werde ihm die gewünschte Notiz noch heute übersenden und hoffe, in den allernächsten Tagen seine Entscheidung telegraphisch melden zu können.

Im allgemeinen zeigte sich Lord Salisbury entgegenkommend und bemerkte in bezug auf Eisenbahn Schanghai—Nanking, daß es, wenn die englische Bank zurückgetreten und die Deutsch-Asiatische Bank dann die Bewerbung mit unserer Unterstützung allein fortgesetzt habe, der Billigkeit kaum entsprechen würde, ihr den Erfolg streitig zu machen.

Bei dieser Gelegenheit kam auch die englische Linie Tschingkiang—Tsinan zur Sprache, und, nachdem ich ihm die Sachlage dargelegt hatte, stellte Lord Salisbury mir die Frage, ob es, wenn unsere Linie Tsinan—Itschou in die englische Verbindung Tientsin—Tschingkiang eingegliedert würde, nicht möglich wäre, daß beide Teile sich gegenseitig für den Transport auf ihren dortigen Linien die Behandlung der meistbegünstigten Nation zusicherten.

Lord Salisbury wünscht, daß ich beide Eisenbahnfragen mit dem Dezernenten Unterstaatssekretär Mr. Bertie bespreche, um eine Verständigung, die ihm sehr erwünscht wäre, vorzubereiten, und ich beabsichtige, dies morgen zu tun. Hatzfeldt

Nr. 3773

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 105 London, den 3. Mai 1898

Im Anschluß an Telegramm Nr. 104*.

Der Unterstaatssekretär Mr. Bertie erwiderte mir, daß das Über-

* Siehe Nr. 3772.

einkommen zwischen der deutschen und englischen Bank sich nicht nur auf die Bahn Schanghai—Nanking, sondern überhaupt auf alle Eisenbahnunternehmungen in China, die stets gemeinschaftlich unternommen werden sollten, bezogen habe. Die englische Bank habe sich deshalb zurückziehen müssen, als die Deutsch-Asiatische Bank abgelehnt habe, sie auch an ihren anderen Eisenbahnunternehmungen in der Provinz Schantung zu beteiligen. Sie habe aber deshalb ihre Bewerbung um die Bahn Schanghai-Nanking keineswegs zurückgezogen, sondern, soweit er unterrichtet sei, allein fortgesetzt und um die Unterstützung der englischen Regierung gebeten, welche letztere nicht ablehnen konnte.

Es wäre mir, falls die vorstehenden Angaben ganz oder teilweise unrichtig sind, sehr erwünscht, darüber vor meiner morgigen Unterredung mit Lord Salisbury telegraphisch informiert zu werden.

Ich habe Mr. Bertie keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir, falls hier an der fraglichen, nach unserer Ansicht unbegründeten und ungerechtfertigten Forderung festgehalten wird, unseren ganzen Einfluß in Peking dagegen einsetzen würden, und daß die Sache in Berlin einen sehr peinlichen Eindruck machen müßte.

Hatzfeldt

Nr. 3774

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 135 Berlin, den 4. Mai 1898

Antwort auf Telegramm Nr. 105*.

Die englischen Interessenten haben Mr. Bertie durchaus unrichtig informiert. Zwischen der Deutsch-Asiatischen Bank und der Hongkong-Schanghai-Banking-Corporation besteht ein Abkommen, wonach beide bei allen chinesischen Geschäften, die mit einer Regierungsanleihe oder einer Regierungsgarantie verbunden sind, gemeinschaftlich operieren sollen. Da es sich bei dem Bahnprojekt Schanghai—Nanking auch um die Aufnahme einer Regierungsanleihe handelt, fand das Abkommen darauf Anwendung, und es wurde gemeinsam die Offerte für das Bahnprojekt gestellt. Nachdem die 16 Millionenanleihe zustande gekommen, und zwar mit überwiegender Hülfe deutschen Geldes, zog sich die Hongkong-Schanghai-Bank von jener gemeinschaftlichen Offerte zurück mit der ausdrücklichen Motivierung, daß sie nicht imstande wäre,

---

* Siehe Nr. 3773.

ihren Verpflichtungen nachzukommen, weil sie die Finanzierungsanträge der englischen Konkurrenz nicht zurückzuweisen vermöge. Die Offerte wurde mit voller Kenntnis der Hongkong-Bank von der Deutsch-Asiatischen Bank allein aufrechterhalten. Die Behauptung der Hongkong-Bank, daß ihr eine Beteiligung bei den Schantungbahnen von der Deutsch-Asiatischen Bank abgeschlagen worden sei, ist schon aus dem Grunde nicht zutreffend, weil bisher meritorische Verhandlungen über dies Projekt nicht stattgefunden haben, sondern nur Vorbesprechungen, ja die Deutsch-Asiatische Bank bis heute nicht sicher ist, ob ihr das Schantungprojekt zufallen wird.

Übrigens erfährt die Deutsch-Asiatische Bank aus Schanghai, daß die Konzession Schanghai—Nanking sehr wahrscheinlich in kurzer Zeit im Besitz der Hongkong-Bank und der Firma Jardine Matheson & Co. sein werde, welche letztere Firma von der Bank nur als Strohmann vorgeschoben sei.

Bülow

Nr. 3775

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 109 London, den 5. Mai 1898

Antwort auf Telegramm Nr. 136*.

Lord Salisbury, welcher in der Zwischenzeit offenbar darauf aufmerksam gemacht worden ist, daß die englischen Interessenten ein einfaches Fallenlassen ihres Anspruchs bezüglich Schanghai—Nanking-Eisenbahn sehr übel nehmen würden, sagte mir im Eingang unserer heutigen Unterhaltung, daß ihm hier von seiten der Beteiligten der Hergang der Dinge zwischen den beiden Banken ganz anders dargestellt werde, als ich dies (in Übereinstimmung mit Euerer Durchlaucht Telegramm Nr. 135**) getan hätte. Er finde es durchaus natürlich, daß wir deutschen Quellen mehr Glauben schenkten als englischen, ich würde aber gewiß

* Durch Telegramm Nr. 136 vom 5. Mai war Hatzfeldt darauf hingewiesen worden, daß ein Ausgleich der Differenzen zwischen der deutschen und der englischen Interessentengruppe in der Wiederaufnahme der gemeinsamen Operation der deutschen und der englischen Bank für das Projekt Schanghai—Nanking zu finden sein würde.
** Siehe Nr. 3774.

verstehen, daß er seinerseits den Versicherungen der englischen Interessenten über den tatsächlichen Hergang nicht geringeren Glauben schuldig sei. Unter diesen Umständen halte er für das richtige, die Sache als eine private Angelegenheit zwischen den beiden Banken zu betrachten und ihnen zu überlassen, wie sie sich auseinandersetzen könnten. Ich erwiderte dem Premierminister, daß die Sache keine private Angelegenheit sei, sondern dadurch, daß der englische Vertreter die Eisenbahn namens der englischen Regierung als politische Konzession verlangte, einen politischen Charakter erhalten habe, daher nur durch eine Verständigung zwischen den beiden Regierungen erledigt werden könne. Wenn wir uns nicht verständigten, würde dies nach meiner Überzeugung dazu führen müssen, daß die deutschen und englischen Interessen in China in solchen Fragen in bestimmten Gegensatz gerieten, und daß uns nichts übrig bleiben würde, als englischen Ansprüchen dieser Art in Zukunft überall entgegenzutreten. Er möge selbst beurteilen, ob ein englischer Erfolg in dieser speziellen Frage damit nicht doch etwas zu teuer bezahlt sein würde. Der Minister entgegnete mir, daß er, wie ich wisse, eine Verständigung in dieser Frage, soweit sie von ihm abhinge, lebhaft wünsche, daß er aber, wie die Dinge einmal lägen, nur ein Mittel sehe, den Zweck zu erreichen, und dies sei die Wiederaufnahme der gemeinsamen Operationen der deutschen und englischen Bank für das Projekt Schanghai—Nanking, vorausgesetzt, daß die beiderseitigen Interessenten sich dazu bestimmen ließen. Lord Salisbury knüpfte hieran die Frage, ob ich bereit sein würde, einen Beamten der Botschaft zu delegieren, welcher zu diesem Zwecke an einer Besprechung der Frage mit den englischen Interessenten bei dem Unterstaatssekretär Mr. Bertie teilnehmen würde. Ich habe erwidert, daß ich die Zustimmung der Kaiserlichen Regierung zur Wiederaufnahme der gemeinsamen Operationen vorbehalten müsse, aber, falls dieselbe erfolge, den Grafen von Arco-Valley beauftragen würde, an der fraglichen Besprechung teilzunehmen.

Der Unterstaatssekretär Mr. Bertie, mit welchem ich hierauf Rücksprache genommen habe, will zunächst ermitteln, ob die englischen Interessenten, namentlich Jardine Matheson & Co., von welchen er annimmt, daß sie nicht Strohmänner, sondern jetzt die Hauptinteressenten sind, zustimmen, und wird mich eventuell wissen lassen, wann die fragliche Konferenz stattfinden kann. Zur Teilnahme an derselben würde ich, falls Euere Durchlaucht keine anderen Bestimmungen treffen, den Grafen von Arco-Valley delegieren. Sollte man sich dabei über eine Basis verständigen, so wird es vielleicht wünschenswert werden, daß ein mit Eisenbahnfragen vertrauter Beamter zur weiteren Behandlung der technischen Fragen hierher entsandt [wird].

Hatzfeldt

Nr. 3776

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 391 London, den 12. Mai 1898

Im Anschluß an Telegramm Nr. 116*.

Auffallend war mir in der gestrigen Unterhaltung die Auffassung, die Lord Salisbury zum ersten Male ziemlich unverhüllt an den Tag legte, daß die Stellung Englands im Jangtsetal dieselbe sei wie die unsrige in Schantung. Meinerseits hatte ich eine Kontroverse über diesen Punkt vermieden, obwohl Lord Salisbury in unserer Unterhaltung die Parität wiederholt als selbstverständlich hingestellt und daraus den Schluß gezogen hatte, daß der Anspruch der Hongkongbank auf gleiche Behandlung in Schantung gerechtfertigt sei. Als ich schließlich dagegen einwendete, daß England für die noch nicht in fremde Verwaltung übergegangenen Bestandteile des Chinesischen Reiches selbst die Theorie der offenen Tür aufgestellt habe und daher auch unsere Gleichberechtigung in bezug auf Eisenbahn- und andere ähnliche Fragen im Jangtsetal anerkennen müßte, bezeichnete der Minister diese Auffassung als unrichtig, weil das hier aufgestellte Prinzip sich auf das ganze Chinesische Reich bezogen habe, daher, wenn man an Prinzipien festhalten wollte, eventuell auch auf Schantung Anwendung finden

* In den durch den englischen Unterstaatssekretär Bertie eingeleiteten Besprechungen war man einer Verständigung nicht näher gekommen. Die Schwierigkeit lag vor allem darin, daß man englischerseits bestrebt blieb, die Frage der Nanking—Schanghai-Bahn mit der der Schantungbahnen zu verquicken. Deutscherseits wünschte man (Telegramm an Graf Hatzfeldt Nr. 141 vom 8. Mai) die Erörterung der bestehenden Differenzen auf die Bahn Schanghai—Nanking zu beschränken und nicht durch Berührung von Schantung, der Bahn Tientsin—Tschingkiang und überhaupt des Jangtsetals neue Streitpunkte zur Diskussion zu stellen. England war es offensichtlich darum zu tun, seinen Anspruch auf das Jangtsetal als englische Interessen- und Einflußsphäre zu verankern. Darauf ließ auch der im Auftrage Lord Salisburys übermittelte Vorschlag schließen, daß die Vorteile aus der Bahn Schanghai—Nanking zwar zwischen dem englischen Syndikat und der Deutsch-Asiatischen Bank gleichmäßig geteilt werden, daß aber die Gesellschaft als eine englische eingetragen, unter englische Verwaltung gestellt werden und einen englischen Namen tragen solle. Als auch dieser Vorschlag deutscherseits, wie natürlich, abgelehnt wurde, beharrte Lord Salisbury auf der politischen Unterstützung der englischen Bank in Peking, was Graf Hatzfeldt am 9. Mai damit zu erklären suchte, daß der englische Premier mit Rücksicht auf seine ohnedies durch die ostasiatischen Affären bereits sehr erschütterte Stellung als auswärtiger Minister niemals den Mut haben würde, sich wieder heftigen Angriffen wegen neuen Zurückweichens in China auszusetzen. Unter diesen Umständen erklärte Lord Salisbury selbst am 11. Mai dem Grafen Hatzfeldt, die Möglichkeit einer Verständigung nicht mehr absehen zu können, falls man sich deutscherseits nicht auf ein Schiedsgericht einlassen wolle. Telegramm Hatzfeldts Nr. 116 vom 11. Mai.

müßte*. Er erging sich dann in einer nicht ganz klaren Auseinandersetzung, deren Sinn anscheinend war, daß England an der der Jangtseprovinz zunächst gelegenen chinesischen Küste bereits gewisse vertragsmäßige Rechte besitze, welche es jeden Augenblick unter Einschluß des Jangtsetales geltend machen könnte**. Er fügte dem aber hinzu, daß es nach seiner Meinung weder ratsam noch wünschenswert wäre, wenn wir (Deutschland und England) uns in der vorliegenden Eisenbahnfrage auf allgemeine Prinzipien berufen wollten, was nur zu unfruchtbaren Streitigkeiten führen könnte, und daß es bei weitem besser wäre, uns in solchen Fragen von Fall zu Fall freundschaftlich zu verständigen. Im Anschluß hieran versicherte der Minister, daß er sein möglichstes getan habe und noch tue, um die Hongkongbank zu einer entgegenkommenden Haltung zu bestimmen, und verband damit die etwas seltsame Bitte, daß ich meinerseits nicht nur auf die deutsche Gesellschaft, sondern auch auf die hiesigen Vertreter der englischen Gesellschaft, die ich nach seiner Überzeugung persönlich beeinflussen könnte, in dem gleichen Sinne einwirken möge.

Den von ihm hingeworfenen Gedanken einer Arbitrage, auf den ich nicht näher eingegangen bin, verstand Lord Salisbury, wie ich glaube, nicht so, daß dieselbe von den beiden Regierungen akzeptiert und über die zwischen denselben bestehende Differenz entscheiden sollte, sondern in dem Sinne, daß die beiden Gesellschaften sich über eine Arbitrage zu verständigen hätten, so daß es sich um eine Privatangelegenheit derselben handeln würde.

Ganz vertraulich bemerke ich noch, daß Direktor Rehders *** über die vorhergehenden persönlichen Verhandlungen zwischen Herrn von Hansemann † und Mr. Cameron †† wenig informiert war und mir namentlich über den wichtigen Punkt keine Auskunft geben konnte, ob Herr von Hansemann dem englischen Unterhändler gegenüber die eventuelle Beteiligung der englischen Bank an den ihm etwa zufallenden Konzessionen abgelehnt hat. Hatzfeldt

---

* Vgl. das Telegramm Lord Salisburys an Sir Fr. Lascelles vom 13. Mai über seine Unterredung mit Graf Hatzfeldt. Englisches Blaubuch „Correspondence respecting the Affairs of China Nr. 1“ (1899), p. 82 f.

** Diese vertragsmäßigen Rechte beschränkten sich auf einen englisch-chinesischen Notenaustausch vom 9./11. Februar 1898, laut dessen die chinesische Regierung auf einen dahin gehenden Wunsch des englischen Gesandten erklärte, „that China would never alienate any territory in the provinces adjoining the Jangtse to any other Power, whether under lease, mortgage or any other designation“. Blaubuch China Nr. 2 (1898). Vgl. Otto Franke, die Großmächte in Ostasien in: Deutschland und der Weltkrieg ed O. Hintze, Fr. Meinecke, H. Oncken und H. Schumacher, 2. Aufl. (1916), S. 511 f.

*** Direktor der Deutsch-Asiatischen Bank.

† Direktor der mit der Deutsch-Asiatischen Bank eng liierten Diskontogesellschaft.

†† Direktor der Hongkong-Schanghai-Bank.

Nr. 3777

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 410 Berlin, den 15. Mai 1898

Ew. pp. beehre ich mich, anbei zur gefälligen Information Abschrift eines Promemorias zu übersenden, welches ich über die Angelegenheit der Eisenbahn Schanghai—Nanking dem hiesigen englischen Botschafter auf seinen Wunsch habe zugehen lassen *. Dasselbe gibt eine aktenmäßige Darstellung des Sachverhalts und präzisiert den Standpunkt, welchen die Kaiserliche Regierung bei der Behandlung der Sache bisher festgehalten hat.

Ew. pp. Berichterstattung läßt erkennen, daß zurzeit von einer Fortsetzung der Verhandlungen für uns ein praktischer Erfolg nicht zu erwarten ist. Wir wollen daher bis auf weiteres die Erörterung der Angelegenheit ruhen lassen.

Dagegen werden Ew. pp. vielleicht Gelegenheit haben, an der Hand des Promemorias und seiner Anlagen Lord Salisbury davon zu überzeugen, daß die Auffassung unhaltbar ist, als ob es sich nur um einander widersprechende Behauptungen der beiderseitigen Interessenten handelte, die an sich gleichen Glauben beanspruchen könnten. Die Anlagen des Promemorias lassen vielmehr ersehen, daß der Minister über die Gründe, die zur Aufhebung des Spezialabkommens geführt haben, von den britischen Interessenten unzutreffend informiert worden ist. Hierbei wird es nützlich sein, wenn Ew. pp. Lord Salisbury in der Ihnen geeignet scheinenden Weise darlegen, daß die von ihm jetzt beklagte Aufwerfung von Prinzipienfragen von englischer Seite erfolgt ist, durch Hereinziehen der Schantungfrage und der Frage des Jangtsetals im allgemeinen, während wir unsererseits uns bemüht haben, die Erörterung auf die konkrete Eisenbahnangelegenheit zu beschränken.

In Schantung haben wir für deutsche Unternehmer die Konzession zu einer Eisenbahn nebst Anschlüssen zu einer Zeit erlangt **, wo konkurrierende Offerten fremder Unternehmer unsres Wissens der chinesischen Regierung nicht vorlagen. Darüber hinaus ist in Schantung, wie wir wiederholt erklärt haben, ein Wettbewerb andrer Nationen nicht ausgeschlossen. Lord Salisbury kann sich also für das, was er

* Hier, weil zu tief in Details eingehend, nicht aufgenommen.

** Nämlich im Kiautschou-Vertrag vom 6. März, der ausdrücklich zwei Bahnlinien in Schantung Deutschland vorbehielt, allerdings darüber hinaus den deutschen Unternehmern und Kapitalisten in bezug auf die Entwicklung Schantungs ein Prioritätsrecht zusprach, ohne jedoch die Konkurrenz anderer Nationen auszuschließen.

für England im gesamten Jangtsegebiet zu beanspruchen beabsichtigt, unmöglich auf unser Vorgehen in Schantung berufen*.

Bülow

Nr. 3778

*Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow***

Unsignierte Abschrift

Ganz geheim Berlin, den 14. März 1899

Die ostasiatische Frage in ihrer gegenwärtigen Gestalt beruht auf der militärischen Schwäche des Chinesischen Reiches und der Un-

---

* Die mit dem Erlaß an Graf Hatzfeldt vom 15. Mai proklamierte Politik der Zurückhaltung trug bald ihre Früchte. In der zweiten Hälfte August 1898 gab Balfour Graf Hatzfeldt, indem er sich offen zu dem Grundsatz bekannte, daß England in China auch seinerseits die Politik der Interessensphären einschlagen müsse, den Wunsch zu erkennen, daß die gemeinsame Aktion deutschen und englischen Kapitals in China zur Verwirklichung kommerzieller Pläne in China wiederaufgenommen werden möchte, da diese gemeinsamen kommerziellen Zwecke niemals erreicht werden würden, solange deutsches und englisches Kapital getrennt tätig sei oder gar sich feindlich gegenüberstehe. Es kam nun zu neuen Verhandlungen zwischen der deutschen und der englischen Interessentengruppe, die am 2. September 1898 zu einem Übereinkommen zwischen beiden Gruppen führten. Insofern war dieses Übereinkommen den englischen Ansprüchen günstig, als darin das Flußgebiet des Jangtse, die Provinzen südlich dieses Flusses und auch die Provinz Schansi als englische Interessensphäre anerkannt wurden, während die deutsche Interessensphäre auf die Provinz Schantung und das Tal des Hwangho beschränkt bleiben sollte. Dieses Bankabkommen ist indessen seitens der deutschen Regierung niemals sanktioniert worden, weil das „offensichtliche Mißverhältnis" der beiden Interessensphären gar zu groß war. In einem späteren Erlaß an Graf Hatzfeldt vom 29. März 1899 heißt es darüber: „Wir haben uns seinerzeit darauf beschränkt, von jenem durch den Geheimen Kommerzienrat von Hansemann hier vorgelegten Abkommen Kenntnis zu nehmen, es dagegen vermieden, zu dem dabei ausgesprochenen Wunsche nach amtlicher Sanktionierung der vereinbarten Interessenabgrenzung Stellung zu nehmen. Die wirtschaftliche Wertverschiedenheit zwischen dem Jangtsegebiet und dem Hwanghogebiet ist zu groß, als daß wir uns gegen Zuweisung des letzteren, richtiger sogar nur eines Teils des letzteren, aus dem ersteren ausschließen lassen könnten." Im übrigen stieß das im September 1898 zwischen den englischen und deutschen Bankgruppen vereinbarte Zusammengehen in der Praxis infolge des Verhaltens der chinesischen Regierung, die nicht ohne Geschick die widerstreitenden Interessen der verschiedenen Nationen — zu Deutschland und England traten ja noch Rußland, Amerika, Frankreich und Belgien hinzu — gegeneinander ausspielte, noch auf große Schwierigkeiten. Erst Ende Mai 1899 gelang es der vereinigten englisch-deutschen Gruppe, ein Edikt der chinesischen Regierung zu erzielen, das den Vertrag zur Errichtung einer Eisenbahn von Tientsin nach Tschingkiang genehmigte. Über die weitere Entwicklung der Dinge vgl. Bd. XVI, Kap. CV.

** Die Aufzeichnung war bestimmt, dem am 2. März zum Chef des ostasiatischen Kreuzergeschwaders ernannten Prinzen Heinrich zur politischen Orientierung

fähigkeit seiner Zentralregierung, welche dieses reiche Ländergebiet oder doch einzelne Stücke desselben allen stärker organisierten Staaten als leichte und lohnende Beute erscheinen lassen. Der Machtzuwachs, welchen sich einzelne europäische Staaten durch territoriale Erwerbungen in China holen könnten, würde aber unausbleiblich auf das bestehende europäische Gleichgewicht eine fühlbare Rückwirkung ausüben. Deshalb sehen sich mehr oder weniger alle zivilisierten Nationen daran interessiert, den Zersetzungsprozeß des Chinesischen Reiches aus nächster Nähe zu beobachten, um einzugreifen, sobald es ihre Interessen zu erheischen scheinen. Nachdem schon früher Rußland von Norden, England vom Süden her in das Chinesische Reich eingedrungen waren, hat sich später Frankreich in Tonking auf Kosten Chinas ein eigenes Kolonialreich geschaffen; Japan hat sich vorläufig mit der Absprengung Formosas begnügen müssen. Deutschland kontrolliert von Kiautschou aus die Provinz Schantung, und eben ist auch Italien im Begriff, vermittelst der Gründung einer Station in der Sanmunbucht sich die wirtschaftliche Ausbeutung der Provinz Tschekiang zu sichern. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben ihr steigendes Interesse an den chinesischen Dingen bis jetzt nur durch lebhaftere Beteiligung an dem Wettbewerb um chinesische Anleihen und Eisenbahnen betätigt. Die von Japan her drohende Gefahr einer Aufrollung der chinesischen Frage ist durch die Intervention der drei Mächte nach dem Frieden von Schimonoseki zunächst noch beschworen worden. Im Interesse des Weltfriedens, aber auch weil unsere Position in Ostasien sich stetig verbessert, vor allem aus marinetechnischen Gründen muß uns vorläufig daran liegen, daß der Prozeß der weiteren Aufteilung Chinas noch hinausgeschoben wird. Wir werden kommerziell immer stärker, da unser ostasiatischer Handel schon jetzt in stärkerer Progression zunimmt als z. B. derjenige Englands, und die Lücken unserer infolge der Umtriebe einer verblendeten Opposition in der Entwickelung zurückgebliebenen maritimen Rüstung werden mit jedem Jahre mehr ausgefüllt.

Durch diese Sachlage ist die Grundrichtung für unsere gegenwärtige Politik in Ostasien bestimmt. Wir suchen, soweit es sich mit unserer Würde verträgt und ohne Einbuße an unserer Stellung möglich ist, Konflikte zu vermeiden und bei Konflikten zwischen dritten Mächten uns wenigstens freie Hand zu bewahren. Dies gilt namentlich von dem großen englisch-russischen Interessengegensatz. Freiherr von Heyking

---

zu dienen. Sie wurde dem Prinzen durch den Kapitän z. S. Fritze, der am 4. April von Genua aus die Ausreise nach Ostasien antrat, überbracht.
Da die Aufzeichnung, die einen übersichtlichen „allgemeinen politischen Situationsbericht" vorstellt, in ihrem ersten Hauptteil die Gesichtspunkte der deutschen Ostasienpolitik ausführlich zusammenfaßt, so mag sie an dieser Stelle, und zwar, um nicht das Gesamtbild der deutschen Politik zu zerreißen, ganz abgedruckt werden, während einzelne Teile der Aufzeichnung an den gegebenen Stellen zu wiederholen sein werden.

hat daher die generelle Instruktion, unbeschadet unserer dank der persönlichen Freundschaft der beiden Souveräne ausgezeichneten Beziehungen zu unserem russischen Nachbarn, auch die Fortdauer des zurzeit bestehenden guten Verhältnisses zu England sich angelegen sein zu lassen. Wir binden uns auf diese Weise nicht vorzeitig die Hände und können uns im gegebenen Moment auf diejenige Seite schlagen, die alsdann unseren Interessen am besten entspricht. So betreiben wir zurzeit gemeinsam mit England in Peking die Erteilung der Konzession zum Bau einer Eisenbahn von Tientsin nach Tschingkiang am Jangtse, um welche Konzession sich ein Syndikat von deutschen und englischen Banken bewirbt. Diese Konzession ist für uns von größter Bedeutung, weil sie den Anschluß der deutschen Schantung-Bahnen an den Jangtse und an das geplante große chinesische Eisenbahnnetz sichert. Seine Königliche Hoheit Prinz Heinrich von Preußen hat die Wichtigkeit dieses Anschlusses mit Recht betont. Andererseits haben wir es immer noch ohne direkte amtliche Ablehnung vermieden, auf den Wunsch Englands nach einer Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären einzugehen. England wünscht dabei, sich das Jangtsetal, im weitesten Sinne verstanden, zu reservieren und uns hingegen das Hwanghotal zuzuweisen. Es liegt auf der Hand, daß diese beiden Gebiete nicht entfernt gleichwertig sind und wir im Hwanghogebiet obendrein auch noch der Gefahr von Zusammenstößen mit Rußland ausgesetzt sein würden. Wir können mit England nicht anders zusammengehen als auf dem Fuße der Behandlung als vollkommen Gleichberechtigte. Um den englischen Aspirationen auf das Jangtsegebiet, das weitaus wichtigste Chinas, von dem wir uns deshalb nicht abdrängen lassen dürfen, zu begegnen, müssen wir suchen, England möglichst lange bei der sogenannten Politik der offenen Tür, wie sie neulich noch wiederum Lord Charles Beresford empfohlen hat, festzuhalten. Bei dem entgegengesetzten Prinzip, demjenigen der Interessensphären oder gar der geschlossenen Einflußsphären könnten wir unter den gegenwärtigen Machtverhältnissen leicht zu kurz kommen.

Neben dieser mehr negativen Seite unserer Politik darf natürlich auch die positive Seite nicht vernachlässigt werden, die Befestigung unseres wirtschaftlichen Einflusses in China. Hier fällt die Hauptaufgabe den deutschen Kaufleuten, überhaupt dem deutschen Privatkapital und den deutschen Missionaren zu. Voran steht die Nutzbarmachung unserer Eisenbahn- und Bergwerkskonzessionen in Schantung. Der deutschen Kriegsmacht, repräsentiert durch das in den chinesischen Gewässern versammelte Kreuzergeschwader und durch die Garnison in Tsingtau, fällt die wichtige Aufgabe zu, der Tätigkeit des deutschen Schantung-Syndikats, welches mit den Vorarbeiten zum Eisenbahnbau bereits beschäftigt ist, den Rücken zu decken, um den chinesischen Mandarinen und der chinesischen Bevölkerung, die offenbar nur für präsente

Machtentfaltung empfänglich sind, den Druck der deutschen Waffen beständig vor Augen zu halten.

Ebenso dürften wir nicht aufhören, den deutschen Missionaren als den Pionieren der deutschen Kultur sowohl im Interesse des deutschen Ansehens als auch aus Gründen der inneren deutschen Politik gegen Vergewaltigung festen Schutz fort und fort angedeihen zu lassen. Fremdenfeindliche Bewegungen im Süden der Provinz Schantung, die bis nahe an die deutsche 50-Kilometerzone in Schantung heranreichen, nötigen uns, der dort wirkenden katholischen Mission des Bischofs Anzer unsere besondere Fürsorge zuzuwenden, wenn auch seit dem Überfall auf Pater Stenz glücklicherweise neue Gewalttaten gegen unsere Landsleute nicht gemeldet sind. Die Ausbrüche der chinesischen Sekten scheinen sich bisher nur gegen die einheimischen Christen gerichtet zu haben. Diese unterstehen als chinesische Untertanen nicht direkt unserm Schutz. Wir können aber insofern indirekt für sie eintreten, als durch Angriffe auf sie die Tätigkeit der Missionare gestört wird, die China vertragsmäßig verpflichtet ist, frei gewähren zu lassen.

Wenn wir China gegenüber fest auf unseren Rechten und berechtigten Interessen bestehen, so werden wir im übrigen ihm freundliche Gesinnungen bezeigen, nicht nur, weil uns zurzeit an dem Fortbestehen des chinesischen Staatswesens gelegen sein muß, sondern auch deshalb, weil wir bei den vielfältigen Verhandlungen, die wegen unserer Schantung-Konzessionen über Einzelfragen noch nötig sein werden, mit dem Entgegenkommen der chinesischen Regierung und ihrer Organe werden zu rechnen haben. Nachdem die Verhandlungen der chinesischen Regierung mit dem englischen Kapitän Lang gescheitert sind, bietet sich möglicherweise jetzt eine Gelegenheit, einen deutschen Seeoffizier als reformierenden Generalinstrukteur an die Spitze des chinesischen Seewesens zu bringen. Freiherr von Heyking ist in dieser Beziehung mit Instruktionen versehen, doch muß die Sache mit Vorsicht angefaßt und darf nicht überstürzt werden.

Von den Hauptgesichtspunkten unserer chinesischen Politik wird auch unser Verhalten zu den übrigen ostasiatischen Reichen beherrscht. Mit Japan, welches neuerdings Symptome des Wunsches nach einer größeren Annäherung an uns zeigt und in dem Bedürfnis nach Anlehnung gegenüber dem übermächtigen Russischen Reich die Idee einer deutsch-englisch-amerikanisch-japanischen Allianz zu hegen scheint, unterhalten wir freundliche Beziehungen. Es kann nur nützlich sein, wenn die infolge unserer — seinerzeit notwendig gewesenen — Beteiligung an der Intervention wegen Liaotung im Herzen der nationalbewußten Japaner zurückgebliebene und von anderen genährte Verstimmung gegen uns unter entgegenkommender Behandlung allmählich verschwindet*.

* Vgl. Bd. IX, Kap. LVII.

In Korea, wo übrigens, soviel bekannt, bisher nur ein einziges deutsches Handlungshaus tätig war, haben wir nur wirtschaftliche Interessen. Rußland wacht besonders argwöhnisch über Korea als sein Einflußgebiet, und andererseits hat auch neuerdings der japanische Minister des Auswärtigen dem Kaiserlichen Gesandten Grafen Leyden gegenüber ganz vertraulich zu verstehen gegeben, daß Japan auf seinen Einfluß in Korea nicht verzichten könne.

Das Königreich Siam ist der Kampfplatz zwischen englischen und französischen Herrschaftsgelüsten. Wir haben bis auf weiteres kein Interesse, uns in diesen Kampf zu mischen, und beschränken uns daher darauf, aus diesem reichen Lande wirtschaftliche Vorteile zu ziehen. Wir werden bemüht sein müssen, die im Dienste der siamesischen Regierung stehenden Reichsangehörigen nicht durch englische, französische und neuerdings — unter dem Einfluß Rolin-Jacqemyns — belgische Konkurrenten vertreiben zu lassen, sondern eher ihre Zahl womöglich zu vergrößern.

Durch einen Vertrag, der erst in einigen Monaten den spanischen Cortes zur Genehmigung vorgelegt werden soll und bis dahin absolut geheim bleiben muß, hat uns die spanische Regierung die Karolinen nebst den Palau-Inseln und den Mariannen (ohne Guam) gegen eine Entschädigung von 16 Millionen Mark und gegen gewisse handelspolitische Konzessionen abgetreten *. Wir werden damit Nachbarn der die Philippinen, wenn auch vorläufig nur nominell, beherrschenden Amerikaner und haben schon deshalb das größte Interesse, mit dieser reizbaren und schwer zu behandelnden Nation ein gutes Verhältnis zu bewahren. Der Wert des amerikanischen Marktes ist für unsere Industrie ein ungeheurer. Die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten war durch eine hetzerische Presse in eine uns sehr feindliche Stimmung gebracht worden, die aus den bestehenden wirtschaftlichen Differenzen, aus lügenhaften Berichten über unser Verhalten in dem spanisch-amerikanischen Kriege ** und endlich aus den neusten samoanischen Zwischenfällen *** fortgesetzt Nahrung zog. Ein bewaffneter Konflikt mit der großen nordamerikanischen Republik, deren Selbstgefühl durch die Erfolge über Spanien außerordentlich gesteigert ist, würde uns zurzeit sehr unerwünscht sein. Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers ist deshalb ernstlich bemüht, die wirtschaftlichen Differenzen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten in freundlicher Weise zu begleichen und die Samoa-Händel im Wege der Verständigung wenigstens für einige Zeit aus der Welt zu schaffen.

Die Schiffe Seiner Majestät Kreuzergeschwaders sind der Gegenstand besonderen Argwohns in den Vereinigten Staaten. Es ist darum

---

* Näheres darüber siehe in Bd. XV, Kap. XCVIII.
** Vgl. darüber Bd. XV, Kap. XCVII.
*** Vgl. darüber Kap. XCVI.

von höchstem Werte für uns, daß Seiner Majestät Marine mit bewährtem Takt, selbstverständlich unter voller Wahrung der eigenen Würde, jeden Konflikt mit der amerikanischen Seemacht oder mit den amerikanischen Behörden zu vermeiden bestrebt ist*. Auch für unsere demnächstige Inbesitznahme der Karolinen müssen wir vor Störungen von amerikanischer Seite sicher sein. Es muß deshalb sorgfältig alles vermieden werden, was auf eine Begünstigung der aufständischen Tagalen oder überhaupt auf eine Absicht unsererseits zu deuten wäre, als ob wir irgendwie unseren Einfluß auf die Philippinen hinüber zu erstrecken beabsichtigten.

Mit Rücksicht auf diese Umstände gewinnt auch bei der unleugbaren Annäherung, die sich zwischen England und den Vereinigten Staaten vollzogen hat, wenn sie auch noch nicht bis zu einem festen Bündnis gediehen ist, die Frage guter Beziehungen zu der englischen Flotte und den englischen Autoritäten überhaupt erhöhte Bedeutung. Jede Trübung unseres Verhältnisses zu einem dieser beiden Staaten würde unfehlbar eine Annäherung der beiden untereinander zur Folge haben, trotz der einer solchen entgegenstehenden Schwierigkeiten, wie sie z. B. in der Nicaragua-Kanal-Frage und in der kanadischen Frage erst jetzt wieder zutage getreten sind.

Was Deutschlands politische Stellung in Europa anbelangt, so halten wir an der Dreibundkombination als vorläufigem Ausgangspunkt solange wie möglich fest. Indes nimmt die Verworrenheit der innerpolitischen Lage in Österreich-Ungarn unter der verkehrten Politik des Kabinetts Thun, unter dessen Schwäche gegenüber den das Gefühl der Deutsch-Österreicher fortgesetzt herausfordernden tschechischen Anmaßungen und unter dem von Wien aus neuerdings verfolgten Plan, die politische Macht der in Ungarn den Dreibundgedanken tragenden liberalen Elemente zu untergraben, beständig zu**. Andererseits hat in Italien die handelspolitische Verständigung mit Frankreich für die auf Rassengefühl und demokratisch-parlamentarischer Gesinnung basierenden Tendenzen der Annäherung an Frankreich eine Belebung zur Folge gehabt, die bei der ohnehin nicht starken Position des italienischen Königtums nicht ohne Bedenken ist. Alles dies nötigt uns noch mehr als früher, uns beizeiten anderweite Kombinationen für den Fall offenzuhalten, wo früher oder später der Dreibund versagen sollte.

Hierbei ist vornehmlich an Rußland und England zu denken. Von Rußland trennen uns keinerlei aktuelle Fragen vitaler Art. Die traditionellen dynastischen Bande der beiderseitigen Herrscherhäuser, vor denen etwaige Velleitäten unzuverlässiger russischer Staatsmänner halt zu machen gezwungen sind, bilden noch immer den

---

* Vgl. dazu Bd. XV, Kap. CXVII.
** Vgl. dazu Bd. XIII, Kap. LXXXVII.

festesten Hort des europäischen Friedens. Deshalb haben wir dem russischen Friedensmanifest * eine wohlwollene Aufnahme nicht versagt, so zweifelhaft wir auch innerlich den praktischen Nutzen dieser Kundgebung bewerten. Wir bemühen uns nur, in ehrlicher Mitarbeit dafür zu sorgen, daß der sogenannte Abrüstungsgedanke nicht, in sein Gegenteil umschlagend, neue Differenzen schaffe, und werden unter der Voraussetzung, daß diese Bemühungen zum Ziele führen, uns der Beteiligung an der voraussichtlich im Mai oder Juni d. Js. im Haag zusammentretenden Konferenz nicht entziehen.

Zwischen Deutschland und England liegt der gemeinsame Punkt in Südafrika, nachdem wir durch die im Sommer v. Js. abgeschlossene absolut geheim zu haltende Verständigung eine befriedigende Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären für den Fall eines zu gewärtigenden Zusammenbruchs des portugiesischen Kolonialreichs erzielt, damit politischen Konflikten zwischen uns und England wegen Südafrika vorgebeugt sowie eine deutsch-englische Solidarität gegenüber störender Einmischung dritter Mächte hergestellt haben **.

Eine glückliche Folge dieser Verständigung ist es bereits, daß seit einigen Tagen Herr Cecil Rhodes in Berlin eingetroffen ist und hier Vorschläge gemacht hat, welche darauf hinzielen, die von ihm längst geplante Eisenbahn- und Telegraphenverbindung zwischen Alexandrien und Kapstadt, soweit sie nicht durch britisches bzw. ägyptisches Gebiet geführt werden kann, nunmehr nicht durch den Kongostaat, sondern über das deutsche Schutzgebiet zu leiten. Wir haben die Vorschläge des Mr. Rhodes, einesteils wegen des Nutzens, welchen dieselben für die lokalen Interessen unseres ostafrikanischen Schutzgebiets in Aussicht stellen, andernteils auch wegen der Großartigkeit des Gedankens, welcher dem Unternehmen im Hinblick auf den Weltverkehr zugrunde liegt, mit bereitwilligem Entgegenkommen aufgenommen, und es besteht, soviel sich zurzeit übersehen läßt, alle Aussicht, daß es binnen kurzem zu einer Vereinbarung kommen wird, durch welche unter voller Wahrung aller unserer Hoheitsrechte und zu vertretenden nationalen Gesichtspunkte der schon bis an die Südgrenze des deutschen Schutzgebiets herangerückte Rhodessche Telegraphenbau ohne Aufschub nach Norden fortgesetzt wird. Desgleichen steht zu erwarten, daß die Inangriffnahme einer deutschen Eisenbahn sichergestellt wird, welche die Verbindung der in voraussichtlich etwa zehn Jahren von Norden und von Süden an unser Gebiet herangelangenden Teilstrecken der großen transafrikanischen Eisenbahn bilden wird.

Die Gegensätze zwischen Deutschland und England liegen jedoch auf dem Gebiet des sogenannten friedlichen Wettbewerbs. Da diese

* Vgl. dazu Bd. XV, Kap. C.
** Vgl. dazu Kap. XCII.

Gegensätze der Natur der Sache nach unüberbrückbare sind, so kann das Bemühen der Regierung Seiner Majestät nur darauf gerichtet sein, einem Überschlagen derselben von dem wirtschaftlichen auf das politische Gebiet nach Möglichkeit vorzubeugen und im übrigen für den Austrag des Kampfes der Tüchtigkeit des deutschen Kaufmannes und Industriellen nach Kräften fair play zu sichern[1].

In Frankreich ist der Ersatz des Herrn Faure*, unter dem die napoleonische Propaganda zuletzt bedenkliche Fortschritte gemacht hatte, durch Herrn Loubet für uns ein günstiges Moment, weil dadurch der Bestand der Republik gefestigt erscheint.

Den französischen Annäherungsversuchen an uns stehen wir höflich, aber ohne Illusionen gegenüber, da wir in denselben zunächst nur das Bestreben erblicken können, Deutschlands Schwergewicht unter einstweiliger Offenhaltung der elsaß-lothringischen Frage zu benutzen zur Niederwerfung der Gegner Frankreichs auf kolonialem Felde, und zwar mit dem Hintergedanken, nach Lösung dieser Aufgabe, gestützt auf den dadurch erlangten Kraftzuwachs, zur endlichen Abrechnung mit uns wegen Elsaß-Lothringen zu schreiten.

In den für die europäische Politik im Vordergrund stehenden großen Gegensätzen, die einmal zwischen England und Frankreich und sodann wiederum zwischen England und Rußland vorliegen, kann es für uns auch in Zukunft einstweilen nur richtig sein, eine abwartende Mittelstellung einzunehmen.

Zum Verständnis der neuesten Abwandlungsphasen in dem englisch-französischen Gegensatz sind zwei Gegenströmungen zu beachten, die sich in der englischen Politik geltend machen. Auf der einen Seite steht Lord Salisbury, der auf gute Beziehungen zu Frankreich besonderen Wert[2] legt, auf der andern Mr. Chamberlain und Mr. Curzon, die, von den kühneren Ideen des britischen Imperialismus beherrscht, auf jene Beziehungen weniger Rücksicht zu nehmen geneigt sind. Lord Salisburys Stellung hat unter seinem Zurückweichen in der chinesischen Frage im Herbste v. Js.** gelitten, und mit dadurch gelang es Herrn Chamberlain, seinem schrofferen Standpunkt in der Behandlung der Faschoda-Angelegenheit*** in rücksichtsloser Ausnützung der Lage zum Siege zu verhelfen. In dem Maskatzwischenfall † trat jener innere Widerspruch in der englischen Politik klar zutage. Während in dem anfänglichen gewaltsamen Vorgehen Englands die persönliche Anschauung des indischen Vizekönigs sichtbar wurde, führte Lord Salisburys Eingreifen schließlich die vermittelnde Lösung herbei. Die Engländer

---

* Gestorben am 16. Februar 1899.
** Vgl. Kap. XCIII, Nr. 3942, S. 422, Fußnote **.
*** Vgl. Kap. XCIII.
† Vgl. Kap. XCIII, Nr. 3934 ff.

haben hierbei aufs neue gezeigt, welches Interesse sie an den Ausflüssen des Euphrat und den Küsten des Persischen Golfs nehmen. Da aber Rußland Persien als seine natürliche Einflußsphäre ansieht, so ist damit ein neuer Reibungspunkt zwischen beiden Mächten entstanden. Deutschland hat übrigens auch, abgesehen von dem Gesichtspunkte der allgemeinen Politik, noch ein besonderes Interesse, den Ereignissen in den Euphratgegenden mit Aufmerksamkeit zu folgen. Es besteht nämlich die Absicht, die bekanntlich von deutschen Unternehmern hergestellte Anatolische Eisenbahn weiterzubauen, und zwar entweder von Konia oder von Angora aus über Cäsarea bis nach Bagdad*. Die Deutsche Bank ist mit den bezüglichen einleitenden Vorbereitungen beschäftigt. Diese Bahn erfreut sich auch der Begünstigung des Sultans. Es steht daher zu hoffen, daß die türkische Regierung sich entgegenkommend bei Verleihung der Konzession, die bis jetzt nur bis Cäsarea erteilt ist, erweisen wird, und daß die Bedenken und Schwierigkeiten überwunden werden, welche der Finanzierung des Unternehmens von seiten der hiesigen Seehandlung gemacht werden, deren moralische Mitwirkung bei der Emission nicht zu entbehren sein wird. Herrn Siemens, dem Leiter der Deutschen Bank, ist vom Auswärtigen Amte erklärt worden, daß politische Bedenken auf seiten dieser Behörde nicht bestehen und das Unternehmen daher von seiten des Auswärtigen Amts auf jede in dessen Bereich liegende Förderung rechnen kann. Die Errichtung dieser Bahnlinie ist als Grundlage einer weiteren Ausbreitung der deutschen wirtschaftlichen Interessen in Kleinasien zu betrachten. Sie wird seinerzeit eines der wichtigsten Ergebnisse der Orientreise Seiner Majestät des Kaisers und Königs bilden**.

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Daher Policy of the open door
[2] besonders auf Wunsch I[hrer] M[ajestät] d[er] Königin
Schlußbemerkung des Kaisers:
Gelesen Wilhelm I. R. 16/III 1899.

---

* Vgl. Kap. XCIV.
** Vgl. Bd. XII, Kap. LXXXIII.

Kapitel XCI

Englands erste Allianzfühler 1898

Nr. 3779

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Privat für Baron von Holstein London, den 24. März 1898

Alfred Rothschild * bittet mich, künftigen Sonnabend bei ihm zu frühstücken, um einige der Kabinettsminister (vielleicht Balfour ** und Chamberlain) zu treffen. Ich habe den Eindruck, daß die Sache nicht von Rothschild allein ausgeht, und daß dabei der Gedanke maßgebend ist, den vertraulichen Versuch einer Annäherung an Deutschland zu machen.

Für den Fall, daß es zu dieser Zusammenkunft kommt, wäre ich sehr dankbar für rechtzeitige telegraphische Andeutungen, ob und in welchem Sinne ich mich eventuell äußern, oder ob ich mich nur zuhörend verhalten soll.

Nach meinem Gefühl wäre es unbedenklich, wenn ich persönliche Ansicht ausspreche, daß man hier sehr unklug handle, indem man uns durch unbegründete und nutzlose Proteste in Peking *** auf

* Baron Alfred von Rothschild, Mitinhaber des Londoner Bankhauses Rothschild.

** Der erste Lord des Schatzes Arthur J. Balfour führte seit Mitte März in Vertretung Lord Salisburys, der wegen Erkrankung das südliche Frankreich aufsuchen mußte, die Geschäfte des Foreign Office.

*** Nach dem Abschluß des deutsch-chinesischen Abkommens über Kiautschou vom 6. März 1898 hatte der englische Gesandte in Peking Einspruch gegen die Bestimmungen erhoben, durch die den deutschen Lieferanten und Kapitalisten für den Eisenbahnbau in der Provinz Schantung ein Prioritätsrecht zugesprochen wurde. Das englische Vorgehen, das mit der wiederholten Versicherung Lord Salisburys, daß durch die deutsche Niederlassung in Kiautschou kein englisches Interesse verletzt werde (vgl. Kap. XC, Nr. 3750), schwer in Einklang zu setzen war, mußte in Berlin um so mehr auffallen, als die inzwischen erfolgte Besetzung Port Arthurs durch die Russen und die Absicht Rußlands, neben Port Arthur auch noch Talienwan auf dem Wege einer langfristigen Pachtung in seinen Besitz zu bringen, England auf ein Zusammengehen mit Deutschland hinzuweisen schien.

die andere Seite dränge, während wir, wenn man uns in Ruhe ließe, keinen Wunsch hätten, in China überhaupt Partei zu ergreifen. Diese Enthaltsamkeit unsererseits sei alles, was man sich nach meiner persönlichen Auffassung hier wünschen könne, und das einzige, was wir eventuell tun könnten. Herrn Chamberlain würde ich, falls wir zusammenkommen, gleichzeitig deutlich zu verstehen geben, daß ich, um in Berlin überhaupt Annäherung zu befürworten, zunächst Überzeugung gewinnen müßte, daß wir von ihm größeres Entgegenkommen in gewissen kolonialen Fragen, z. B. neutrale Zone*, zu erwarten hätten

Stelle anheim, das Vorstehende dem Herrn Staatssekretär vorzulegen. Für amtliche Meldung resp. Anfrage scheint mir die Sache noch nicht reif zu sein.

Hatzfeldt

Nr. 3780

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 78 Berlin, den 25. März 1898

In Erwiderung auf Ew. interessante gestrige Privatmitteilung** möchte ich anheimstellen, gegenüber den englischen Ministern hervorzuheben, daß Deutschland, soweit Ew. bekannt, zum Abschluß seiner chinesischen Aktion gelangt sei, ohne mit anderen Mächten feste Verbindlichkeiten für den Kriegsfall eingegangen zu sein. Diese Tatsache, daß wir ein so schwieriges diplomatisches Unternehmen ohne Beschränkung unsrer Aktionsfreiheit zu Ende geführt hätten, ebenso wie die Tatsache, daß wir, wie Sie positiv wüßten, das chinesische Anerbieten, uns neben einer Niederlassung in Kiautschou noch einen weiter südlich gelegenen Hafen zu überlassen, zurückgewiesen***, genüge, um darzutun, daß wir Reibungen mit England gern vermeiden würden.

Dieser unserer entgegenkommenden Absicht wäre dann, wie Ew. vorschlagen, Englands unfreundliche Haltung gegenüberzustellen und auf die natürliche Folge davon hinzuweisen. Die ausdrückliche Er-

* Gemeint sind die ergebnislosen Verhandlungen über die neutrale Zone im Hinterland von Togo. Vgl. Bd. XIII, Kap. LXXXIV, Nr. 3420 sowie Kap. XC, Nr. 3710 und 3721 und A. Zimmermann, Geschichte der Deutschen Kolonialpolitik (1914), S. 266 f.

** Siehe Nr. 3779.

*** Vgl. Kap. XC, Nr. 3749.

klärung, daß wir grundsätzlich in China neutral bleiben wollen, wird besser zu vermeiden sein.

Bülow

Nr. 3781

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 62 London, den 25. März 1898

Herr Balfour ließ mir heute früh sagen, daß er morgen verhindert sei und mich deshalb bitte, heute mit ihm bei Rothschild zusammenzutreffen. Diesem Wunsch des jetzigen Leiters der hiesigen auswärtigen Politik glaubte ich entsprechen zu müssen.

Baron Rothschild ließ uns sofort allein, und wir hatten eine 1 1/2 Stunden dauernde vertrauliche Unterhaltung, in welcher Herr Balfour durchaus freundschaftliche Gesinnungen für Deutschland an den Tag legte, die eingetretene Entfremdung auf bedauerliche Mißverständnisse zurückführte, wiederholt hervorhob, daß Deutschland und England in den großen politischen Fragen keine widerstreitenden Interessen zu verfolgen hätten, und schließlich den Wunsch einer Annäherung und besseren Verständigung deutlich durchblicken ließ. Ich habe mich, da ich noch ohne Antwort auf mein gestriges Telegramm * war, darauf beschränkt, im allgemeinen freundschaftliche Gesinnungen an den Tag zu legen, gleichzeitig aber die Vergangenheit zu rekapitulieren und die Gründe, welche englischerseits zur Entfremdung geführt haben, darzulegen, namentlich englische Politik im Orient, welche eine ernste Gefahr für den europäischen Frieden gewesen sei, unfreundliche Hartnäckigkeit Chamberlains in allen kolonialen Fragen, endlich die durch Proteste in Peking bekundete, wenn auch nicht gerade feindliche, doch wenig freundschaftliche Haltung Englands in bezug auf unsere Interessen in Kiautschou **. Ich ließ dabei durchblicken, daß es nicht gerade klug gewesen sei, uns dadurch bezüglich Chinas zu einer Anlehnung an Rußland zu treiben. Lord Salisbury habe mir selbst wiederholt gesagt, daß durch unsere Festsetzung in Kiautschou kein englisches Interesse verletzt werde ***, und es sei daher um so unerklärlicher und werde von der öffentlichen Meinung in Deutschland nicht verstanden, wenn hier nicht offen danach gehandelt werde.

Herr Balfour erwiderte, er könne mir bestimmt versichern, daß die englische Regierung in der armenischen und anderen orientalischen

---

* Siehe Nr. 3779.
** Vgl. Nr. 3779, Fußnote ***.
*** Vgl. Kap. XC, Nr. 3750.

Fragen nur dem Zwang der öffentlichen Meinung nachgegeben[1] und niemals den Zweck verfolgt habe, eine internationale Verwickelung herbeizuführen. Auf das koloniale Gebiet ging er nicht näher ein, ich hatte aber den Eindruck, daß er entgegenkommende Haltung in bezug auf neutrale Zone für wünschenswert hält und in diesem Sinne mit Herrn Chamberlain sprechen wird. In bezug auf Kiautschou erkannte er ebenfalls an, daß kein englisches Interesse verletzt werde. Er bat mich schließlich um eine sachliche Auskunft, weshalb das Projekt der Bahn zum Jangtse bei uns als gegen deutsches Interesse gerichtet betrachtet werde.

Herr Balfour beschränkte sich in unserer ganzen Unterhaltung darauf, bessere Beziehungen zwischen uns zu befürworten, ohne irgendeinen Vorschlag namentlich in bezug auf China zu formulieren. Meinerseits habe ich bessere Beziehungen und damit übereinstimmende Handlungen Englands ebenfalls als wünschenswert anerkannt, aber nichts in Aussicht gestellt, auch nicht Neutralität in China.

Herr Balfour bat mich dringend, ihn bald aufzusuchen, und ich werde dann das eben eingegangene Telegramm Nr. 78* verwerten können.

In der City herrscht die Überzeugung, daß die Situation in bezug auf China jetzt eine sehr kritische ist, und daß der heutige Ministerrat wichtige Entschlüsse fassen wird. Es wird vielfach angenommen, daß das englische Kabinett versuchen wird, zu irgendeiner Verständigung mit Rußland zu gelangen, um letzteres zu desinteressieren und von einer aktiven Unterstützung der französischen Forderungen** abzuhalten.

Hatzfeldt

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Damit reden sie sich im richtigen Augenblick immer heraus

Nr. 3782

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Ganz geheim — London, den 29. März 1898
Privat für den Herrn Staatssekretär

Herr Chamberlain, mit welchem ich heute zusammentraf, setzte mir in ausführlicher g a n z v e r t r a u l i c h e r Unterhaltung auseinander,

---

* Siehe Nr. 3780.

** Das Vorgehen Rußlands in Ostasien, das am 27. März zu dem Vertrage mit China über die pachtweise Abtretung von Port Arthur und Talienwan führte, hatte die französische Regierung veranlaßt, am 25. März in Peking gleichfalls mit Forderungen territorialer und wirtschaftlicher Natur hervorzutreten.

daß die politische Situation jetzt eine Wendung genommen habe, welche England nicht länger gestatte, die bisherige traditionelle Politik der Isolierung aufrechtzuerhalten. Die englische Regierung stehe vor der Notwendigkeit, demnächst weittragende Entschlüsse zu fassen, und würde jetzt auf die Zustimmung der öffentlichen Meinung rechnen können, wenn sie die Isolierungspolitik aufgebe und sich nach Allianzen umsehe, die ihr die auch von ihr gewünschte Aufrechterhaltung des Friedens erleichtern würde. Die Situation sei nicht nur wegen der chinesischen Frage, bezüglich deren die englische Regierung die in der Kammer für künftigen Dienstag in Aussicht gestellten Entschlüsse in kürzester Frist fassen müsse, eine kritische, sondern es seien auch mit Frankreich wegen Westafrika ernstliche Verwickelungen zu befürchten. Die Angaben des Herrn Hanotaux, wonach die Verhandlungen in Paris einen befriedigenden Fortgang nehmen *, seien in Wirklichkeit durch nichts begründet. Bisher sei nicht einmal eine Basis gefunden, auf welcher eine Verständigung erwartet werden könnte, und er, Chamberlain, sei fest entschlossen, nicht weiter nachzugeben.

Der Minister kam dann auf die Beziehungen zwischen England und Deutschland, rekapitulierte kurz die Gründe, welche zu der bisherigen Entfremdung geführt haben, und bemerkte schließlich, daß beide Länder nach seiner Meinung dieselben politischen Interessen hätten, und daß etwa vorhandene kleine koloniale Differenzen sich ausgleichen ließen, wenn man gleichzeitig zu einer Verständigung über die großen politischen Interessen gelangen könnte. Er fügte hinzu, daß man hier die Besetzung von Kiautschou nur deshalb ungern gesehen habe, weil sich voraussehen ließ, daß Rußland und Frankreich in größerem Maßstabe folgen, und daß dadurch ernste Schwierigkeiten entstehen würden. Im übrigen erkenne er vollständig an, daß unser Vorgehen dort keine englischen Interessen bedrohe. Wenn die freundschaftlichen Beziehungen zwischen England und Deutschland hergestellt würden und sich daran eine politische Verständigung knüpfe, wie er sie im Auge habe, würde England uns in China nicht nur keine Opposition machen, sondern uns dort mit seiner ganzen Macht unterstützen.

Diesen Andeutungen gegenüber habe ich mich auf den Standpunkt gestellt, daß wir unsere Angelegenheit in China aus eigener Initiative und ohne fremde Hülfe erledigt hätten, daher auch, soviel ich wisse, niemand Dank oder sonst etwas schuldig wären. Auf England hätten

---

* Am 26. März hatte sich der französische Minister des Äußern Hanotaux in der Deputiertenkammer über die englisch-französischen Verhandlungen bezüglich Westafrikas dahin ausgelassen: In Afrika habe die Regierung mit Großbritannien eine sehr heikle Frage zu behandeln, aber die Prüfung derselben vollziehe sich von beiden Seiten mit Klugheit und Versöhnlichkeit ohne alle Zwischenfälle; schon hätten sich die Differenzen sehr vermindert, welche bis jetzt eine endgültige Verständigung verzögert hätten.

wir dabei freundschaftliche Rücksicht genommen, indem wir das, wie ich bestimmt wisse, uns gemachte Anerbieten, südlicher gelegene Punkte zu besetzen, abgelehnt hätten. Im englischen Interesse liege es daher, uns in Kiautschou keine Schwierigkeiten zu bereiten, da dies, so viel ich mir ein persönliches Urteil bilden könne, schließlich dazu führen müßte, uns zur Anlehnung an Rußland zu treiben. Übrigens könne ich selbstverständlich über alle diese Fragen nur rein persönliche Ansichten und Vermutungen aussprechen.

Chamberlain erwiderte hierauf, daß er hiermit ganz einverstanden sei, und daß wir unsere Unterhaltung lediglich als einen Gedankenaustausch zwischen zwei Privatpersonen betrachten könnten. Damit derselbe aber zu irgendeinem befriedigenden Ergebnis führe, sei die erste Bedingung, daß wir beide ganz offen miteinander verhandelten. Von diesem Gesichtspunkte aus sage er mir ganz aufrichtig und rückhaltslos, daß die englische Regierung, wie er dies vorausgeschickt habe, vor der zwingenden Notwendigkeit stehe, in den allernächsten Tagen ernste Entschlüsse zu fassen, und daß sie unter Aufgabe ihrer bisherigen Isolierungspolitik zu einer Verständigung mit uns und unseren Freunden zu gelangen wünsche. Mit anderen Worten: Wenn wir jetzt auf seiten Englands stehen wollten, würde England, falls Deutschland angegriffen würde, auf unserer Seite stehen. Dies würde dem Beitritt Englands zur Tripelallianz gleichkommen und durch einen Vertrag, für welchen wir unsere Bedingungen zu formulieren hätten, festzustellen sein.

Als ich bei dieser Gelegenheit, ohne über diesen Vorschlag eine Ansicht auszusprechen, darauf hinwies, daß England stets andere in das Feuer schicke und selbst zurückbleiben wolle, wie es zu seinem eigenen Schaden jetzt mit Japan versucht habe, erwiderte Chamberlain, daß es Japans Schuld sei, wenn es über die Absichten Englands nicht die genügende Aufklärung erhalten habe. Auf eine einfache Frage der Japaner, ob und wieweit England sie tatsächlich unterstützen würde, hätte man hier sofort eine offene Antwort erteilt.

Als ich schließlich gesprächsweise die hier umlaufenden Gerüchte über die angeblich beabsichtigten Bewegungen der englischen Flotte in den chinesischen Gewässern erwähnte und dabei den Namen Wei-hai-wei fallen ließ, erwiderte Chamberlain lächelnd, er habe von ernsteren Dingen gehört, natürlich auch nur gerüchtsweise, da er als Minister nicht sagen könne, was ihm als solchem bekannt sei. Als ich etwas drängte, kam er damit heraus, daß davon die Rede zu sein scheine, die englische Flotte nach Talienwan zu schicken. Es scheine ihm sehr fraglich, ob die Russen nicht dagegen Einspruch erheben würden. Auf meine Bemerkung, daß mir nicht recht klar sei, ob damit nur ein Besuch der Schiffe oder eine Landung beabsichtigt werde, antwortete Chamberlain nur, indem er hervorhob, daß man, wie sich jetzt herausstelle, von einer bei Talienwan gelegenen Höhe

den Hafen von Port Arthur vollständig dominieren könne, welcher daher, wenn die Engländer die fragliche Höhe besetzten, gleichzeitig zu Lande und zu Wasser von ihnen beherrscht werden würde.

In dieser ganzen Unterhaltung äußerte sich Chamberlain ruhig und bestimmt und legte mit großer Offenheit den Wunsch nach einer bindenden Abmachung zwischen England und dem Dreibund an den Tag. Er wiederholte dabei mehrmals, daß in der Sache keine Zeit zu verlieren sei, da man sich hier in den nächsten Tagen entscheiden müsse.

Falls Euere Exzellenz eine amtliche Meldung über diese Unterhaltung für angezeigt halten, stelle ich anheim, das Vorstehende als amtliches Telegramm bezeichnen und mit einer Nummer versehen zu lassen.

Ich darf bitten, die Mitteilungen Chamberlains mit strengster Diskretion behandeln zu lassen, da jedes Bekanntwerden derselben, namentlich in Petersburg, mich unzweifelhaft um alles Vertrauen der englischen Minister bringen würde.

Hatzfeldt

Nr. 3783

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 89 — Berlin, den 30. März 1898

Ganz geheim
Privat

Ew. Exzellenz stelle ich anheim, Herrn Chamberlain mit meinem Dank für seine vertrauensvollen Eröffnungen etwa das Folgende zu sagen, was ihm beweisen wird, daß auch wir zu seiner persönlichen Zuverlässigkeit und Diskretion volles Vertrauen haben.

Herr Chamberlain wünscht den bedrohten englischen Frieden dadurch zu erhalten, daß England im Bunde mit Deutschland stärker wird als Englands Gegner und letztere zwingt, ihre gegen England gerichteten feindlichen Absichten aufzugeben. Der schwache Punkt eines solchen englisch-deutschen Vertrages würde aber der sein, daß jede solche Abmachung nur die jeweilige englische Regierung binden würde. Wenn also die Feinde der deutsch-englischen Gruppe nach dem uralten Grundsatze der Horatier ihre Gegner einzeln bekämpfen wollten und zunächst über Deutschland herfielen, so muß ich allerdings sagen, daß mir vorläufig der Glaube fehlt, als würde der englische Verbündete in diesem Falle uns tatkräftig beispringen. Dem

bisherigen Geiste der englischen Politik würde es vielmehr entsprechen, die Regierung, welche sich uns gegenüber durch einen Bündnisvertrag verpflichtet hat, einfach niederzustimmen und ihr eine Nachfolgerin zu geben, welche, der eben erteilten Warnung eingedenk, sich im Einklang mit der öffentlichen Meinung auf die altgewohnte Zuschauerrolle beschränken würde. Durch dieses Prozedere einer parlamentarischen Abstimmung ist England in der Lage, jeden unbequemen auswärtigen Vertrag im psychologischen Augenblick zu desavouieren, und im Hinblick auf diese stets offene Hintertür wird schwerlich ein deutscher Staatsmann, wie groß auch seine Sympathien für England sein mögen, und wie sehr er überzeugt sein mag, daß der Fortbestand von Englands Macht für die Erhaltung des Gleichgewichts auf dem Erdball notwendig ist, die Verantwortung für die Folgen auf sich nehmen wollen, welche ein im Hinblick auf zukünftige Ereignisse abgeschlossener deutsch-englischer Vertrag für Deutschland in Aussicht stellt.

Andererseits gibt es keinen deutschen Staatsmann, welcher nicht fühlt, daß eine Verringerung von Englands Machtstellung die Aufmerksamkeit unserer Feinde — und diese sind in verschiedenen Ländern verstreut — wieder mehr, als jetzt der Fall ist, auf die Revision des Frankfurter Vertrages konzentrieren könnte. Aus dieser tiefgewurzelten Überzeugung heraus gestatte ich mir, Herrn Chamberlain gegenüber die unverhohlene Ansicht zu äußern, daß es von England kein praktischer Schachzug ist, gleichzeitig mit zwei Gegnern anzubinden Es ist wohl schwerlich ein Zufall, daß Rußlands Vorstoß in Ostasien gleichzeitig erfolgt mit den französischen Vorstößen am Niger und am oberen Nil, aber für England erwächst gerade daraus die diplomatische Aufgabe, einen der beiden Gegner für jetzt zu desinteressieren, damit er bei einem Konflikt Englands mit dem andern Gegner womöglich neutral bleibt. Hinsichtlich Frankreichs würde dieser Versuch aussichtslos sein, weil Frankreich zu viel von der russischen Freundschaft hofft, um diese zu opfern. Anders steht aber die Sache mit Rußland. Letzteres, welches weder deutsches Gebiet erwerben will noch an die Möglichkeit glaubt, daß Deutschland wünschen könne, Polen oder die Ostseeprovinzen zu annektieren, bedarf der Anlehnung an Frankreich nur im Hinblick auf die Gegnerschaft Englands. Sobald Rußland Aussicht auf einen, wenigstens zeitweiligen modus vivendi mit England hat, werden die kaiserlichen Familieninteressen und Familienrücksichten, welche in Rußland als politische Motoren an Stelle der öffentlichen Meinung stehen, ebenso in den Vordergrund treten, wie wir es nun schließlich auch bei der Kanditatur des Prinzen Georg für Kreta * sehen. Bei dieser Zukunftsberechnung können wir auch die entschlossene Friedensliebe des Kaisers von

* Vgl. Bd. XII, Kap. LXXXI.

Rußland als politischen Faktor mit in Betracht ziehen, während in Frankreich dagegen in neuester Zeit das militärische Element sehr in die Höhe geschraubt worden und dadurch eine gewisse Neigung zum Kriege um des Krieges willen, mehr als dies bisher der Fall war, in den Vordergrund gerückt worden ist. Frankreich würde bei einem englisch-russischen Kriege keinenfalls neutral bleiben, während Rußland, wenn es einigermaßen von England abgefunden ist (mir schweben hier gerade als Konzessionsobjekte Port Arthur und Talienwan vor), sich recht schwer entschließen würde, durch seinen Eintritt in das englisch-französische Kriegsduell einen Weltkrieg zu entfesseln, dessen Ausgang niemand absehen kann, bei welchem für Deutschland aber der schon früher erwähnte Gesichtspunkt maßgebend werden würde, daß nach Englands Niedergang die Revision des Frankfurter Friedens in logischer Folge an die Reihe kommen wird.

Daß bei einem französisch-englischen Kriegsduell sich noch andere Mächte an Stelle von Rußland auf Frankreichs Seite stellen könnten, ist ausgeschlossen; Österreich und Italien würden viel eher dazu neigen, mit England zu gehen, und schwer daran zu hindern sein.

Hat England den Ausgang eines Duells mit Frankreich zu scheuen? Nach deutschem militärischem Urteil: nein. Das französische Landheer würde, wenn Deutschland und Italien selbst nur neutral sind, von der Ost- und Südostgrenze nicht weggezogen werden können. Die englische Flotte aber ist nach übereinstimmender Ansicht aller unserer seemännischen Autoritäten — ich nenne in erster Linie den Admiral Tirpitz — den vereinigten Flotten je zwei beliebiger Großmächte nicht gewachsen, sondern mit Sicherheit überlegen.

Resümee: Einen Vertrag mit England können wir ohne Ratifikation durch das englische Parlament nicht schließen, weil derselbe ein negotium claudicans sein, d. h. uns zwar, aber nicht England binden würde. Übrigens reicht die Wirksamkeit eines Vertrages niemals weiter und dauert niemals länger als das Interesse, welches den Vertrag veranlaßte; umgekehrt ersetzt das Interesse den Vertrag im psychologischen Augenblick; dieses würde für Deutschland der Augenblick sein, wo wir im Laufe des Krieges Englands Machtstellung wirklich bedroht sehen würden. Bis zu diesem Augenblick würde schon unsere Neutralität nicht nur die Aufmerksamkeit von Englands Gegnern in lähmender Weise teilen, sondern würde auch andere Neutralitäten zur notwendigen Folge haben nach dem Grundsatz: Ein Schwert hält das andere in der Scheide. Auf die hier skizzierte Politik würde England im Ernstfalle deshalb sicher rechnen können, weil sie die einzige ist, welche dem deutschen Selbsterhaltungsinstinkt und dem deutschen Interesse entspricht.

Endlich läuft die Zeit gegen England. Denn in zehn Jahren, wenn die Sibirische Bahn und die russische Kriegsvorbereitung an der Indischen Grenze vollendet und der Kaiser von Rußland vielleicht

abgestumpfter als heute gegen die weiblichen Einflüsse in seiner Familie ist, wird nach menschlichem Ermessen Rußland weniger leicht von der Teilnahme an einem englisch-französischem Kriege abzuhalten sein als im jetzigen Augenblick. Dagegen wird in zehn Jahren die englische Verfassung noch das gleiche Hindernis wie heute für ein englisches Bündnis mit kontinentalen Mächten bilden. Also das nachteilige Moment wird fortbestehen, nur die günstigen Momente werden verringert oder verschwunden sein.

Bülow

Nr. 3784

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 71 London, den 1. April 1898

Ganz geheim

Nachdem ich mich heute Chamberlain gegenüber ganz vertraulich und in freundschaftlicher Form im Sinne des Telegrammes Nr. 89* ausgesprochen hatte, erwiderte mir derselbe im wesentlichen folgendes:

1. Die Besorgnis, daß England uns nach Abschluß einer Allianz im Stiche lassen könnte, wenn wir unsererseits angegriffen würden, glaube er nach bestem Wissen als eine unbegründete bezeichnen zu dürfen. Die Geschichte liefere, soweit ihm bekannt, kein Beispiel dafür, daß England einer einmal vertragsmäßig übernommenen Verpflichtung nicht gewissenhaft nachgekommen sei.

2. Wenn es sich nur um eine Abmachung zwischen den beiden Regierungen handelte, wäre der Fall allerdings denkbar, daß das englische Kabinett, welches den Vertrag abgeschlossen, durch eine parlamentarische Abstimmung herausgedrängt und durch ein anderes ersetzt würde, welches an den Vertrag nicht formell gebunden wäre. Nach seiner, Chamberlains, Ansicht würde es aber dem englischen wie dem deutschen Interesse in diesem Fall durchaus nicht entsprechen, uns im Fall der Verständigung auf einen mehr oder weniger geheimen Vertrag zwischen den beiden Regierungen zu beschränken. Seine Meinung sei vielmehr, daß das Abkommen dem Parlament zur Ratifikation vorzulegen wäre, und er habe nicht den geringsten Zweifel in bezug auf die bereitwillige Annahme durch Parlament und öffentliche Meinung. Durch dieses Verfahren würde die Aufnahme eines oder mehrerer geheimer Artikel in den Vertrag nicht ausgeschlossen sein.

3. Als Zweck der Verständigung betrachte er nicht, Rußland

* Siehe Nr. 3783.

um die Vorteile zu bringen, die es sich bis jetzt in China gesichert habe. Dies würde vielleicht nicht mehr möglich sein und jedenfalls zu ernsten Verwickelungen führen. Wenn man aber hiernach auch zugeben wolle, daß Rußland Port Arthur sowie Talienwan, ja die ganze Mandschurei behalte, so bleibe doch die Sorge für die Zukunft übrig, denn es lasse sich keinen Augenblick bezweifeln, daß Rußland, sobald es mit der Eisenbahn und seinen militärischen Vorbereitungen fertig sei, in China immer weiter vordringen und bald die Handelsinteressen aller Nationen wie auch unsere speziellen Interessen im Hinterland von Kiautschou bedrängen werde. Er denke sich daher unsere gemeinschaftliche Aufgabe so, daß England und Deutschland sich untereinander über die Zukunft von China zu verständigen hätten, und zwar mit Ausnahme der Teile des Chinesischen Reichs, welche andere Nationen sich bereits angeeignet haben. Erst nachdem man sich hierüber verständigt habe, würden England und Deutschland in die Lage kommen, Rußland, welches dadurch in seinen bisherigen Erwerbungen nicht verkürzt würde, das Ergebnis ihrer Abmachung über die Zukunft Chinas mitzuteilen.

Euere Durchlaucht wollen bemerken, daß nach dem Vorstehenden der Zweck einer deutsch-englischen Verständigung über China ein ganz anderer sein würde, als Chamberlain in der Unterredung vom 29. v. Mts. angedeutet hatte. Während daraus zu schließen war, daß wir in eine aggressive Haltung gegen die letzten Akquisitionen Rußlands verwickelt werden sollten, scheint mir nach den heutigen Äußerungen Chamberlains unzweifelhaft, daß hier der Gedanke ernstlichen Einspruchs oder tatsächlichen Widerstands gegen dieselben, wenn er überhaupt bestanden hat, jetzt so gut wie aufgegeben ist. Dagegen würde mit unserer Hülfe der Rest von China gerettet und dem Welthandel offen erhalten bleiben, wofür England uns auch besondere Vorteile in China einräumen würde. Herr Chamberlain deutete geradezu an, daß uns eine größere Ausdehnung unserer Interessensphäre im Hinterland von Kiautschou gewiß erwünscht sein würde.

Meinen Ausführungen über die Chancen eines Konflikts zwischen England und Frankreich allein und zwischen England und einem durch Frankreich unterstützten Rußland sowie über die Aussichten unseres eventuellen Eingreifens im psychologischen Moment folgte Herr Chamberlain mit lebhaftem Interesse. Er erklärte mir dann, man wisse hier sehr gut, daß man ein Duell mit Frankreich, so wenig man es wünsche, doch keinen Augenblick zu scheuen brauche. Anders liege die Sache aber, wenn es sich darum handele, in China gegen die ganze Macht Rußlands und Frankreichs zu kämpfen. Eine Politik, welche dahin führen könne, sei nur möglich, wenn England sich auf eine mächtige Allianz wie diejenige Deutschlands stützen könnte.

Als bezeichnend in dieser Hinsicht muß ich noch eine Äußerung Herrn Chamberlains anführen. Als ich die Bemerkung fallen ließ, aus

Äußerungen Herrn Balfours hätte ich den Eindruck, daß derselbe der Kammer am Dienstag keine sehr erschöpfende Mitteilung über die von der Regierung in China beabsichtigte Politik machen werde, erwiderte mir Herr Chamberlain mit bemerkenswerter Offenheit, daß das Kabinett heute selbst noch nicht wisse, welchen Weg dasselbe einschlagen, und was es der Kammer sagen solle. Dies werde eben lediglich davon abhängen, ob man für die weitere Behandlung der Frage über eine Allianz verfügen könne oder nicht. Vorläufig darf hiernach angenommen werden, daß Herr Balfour keine Erklärung abgeben wird, die zu einer ernstlichen Verwickelung mit Rußland Anlaß geben müßte, und es ist abzuwarten, wie die Kammer eine farblose Erklärung aufnehmen wird.

Hatzfeldt

Nr. 3785

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Privatbrief. Konzept

Geheim — Berlin, den 3. April 1898

Ew. Mitteilung* über Ihre zweite Unterredung mit Herrn Chamberlain habe ich mit lebhaftem Interesse und bestem Danke erhalten.

Nach einem bekannten Grundsatze der Technik ist die Stärke einer Kette gleich der Stärke ihres schwächsten Gliedes. Das schwächste Glied in der logischen Kette des Herrn Chamberlain ist die Behauptung, daß ein Bündnisvertrag mit Deutschland der Annahme durch das britische Parlament sicher sei. Dem entgegen steht der Gedanke, welchen Lord Salisbury Ew. gegenüber wiederholt, insbesondere auch zur Zeit der portugiesischen Verhandlungen, etwa im Jahre 1891, mit Nachdruck hervorgehoben hat, daß das britische Volk, wenn es eine Aktion durchaus nötig erachte, sich zu derselben leichter allein entschließen würde als im Bunde mit den Militärmonarchien des Kontinents. Seit Lord Salisbury dies aussprach, sind Zwischenfälle eingetreten, die mit elementarer Kraft die Völker Englands und Deutschlands auseinandergerissen haben. Ungefähr gleichzeitig mit der Absendung des Telegramms Seiner Majestät des Kaisers an den Präsidenten Krüger** erfolgte die Veröffentlichung einer Botschaft des Präsidenten Cleveland in der Venezuela-Angelegenheit*** und es kann nicht zweifelhaft sein, daß dies letztere Schriftstück vom britischen

---

* Siehe Nr. 3784.
** Vgl. Bd. XI, Kap. LXIII.
*** Vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1895, S. 304 f.

Standpunkte um viele Grade verletzender war als das Telegramm, wo der Kaiser seine Freude aussprach über das Mißlingen eines Freibeuterzuges, welcher sein Nachspiel vor den britischen Tribunalen fand. Gleichwohl aber herrschte in England die größte Übereinstimmung darüber, daß man sich bemühen müsse, auf jede Weise Amerika zu begütigen, während umgekehrt ganz England von den Singhallen bis herauf zum Parlament monate-, sogar jahrelang widertönte von Beschimpfungen und Verhöhnungen des Deutschen Kaisers und des deutschen Volkes. Herr Chamberlain ist ein zu praktischer Politiker, um uns den Glauben aufnötigen zu wollen, daß solche Vorgänge von heute auf morgen, hüben wie drüben, vergessen werden könnten. Sie würden sicherlich ihre Nachklänge mit mehr oder weniger starkem Echo in den Parlamentsverhandlungen finden, wo die Vertreter des englischen Volks zu ihrem eigenen Erstaunen sich berufen sehen würden, über einen festen Bündnisvertrag mit demselben Deutschland zu beraten, welches noch bis vor kurzem als Englands ärgster Gegner mit dem Kampfrufe „Delenda est!“ verfolgt wurde. Mit denjenigen, welchen die Spottlieder gegen Deutschland und dessen Kaiser noch in den Ohren klingen, würden voraussichtlich gegen das deutsche Bündnis sich zusammenfinden die prinzipiellen Anhänger der alten obenerwähnten Unabhängigkeits- und Isolierungstheorie von Lord Salisbury und endlich auch die Anhänger des Zusammengehens mit Frankreich Dilke, Labouchère und deren radikaler Anhang.

So liegen tatsächlich die Verhältnisse. Angesichts derselben ist die Behauptung ohne Stütze, daß die Annahme eines Bündnisvertrages schon jetzt gesichert sein würde. Was aber würden die Folgen der Ablehnung sein? Jedenfalls gänzlich verschieden für Deutschland und für England.

Deutschland, welches in der Gegenwart an keinem Punkte inner- oder außerhalb Europas von Rußland bedrängt oder bedroht wird, hätte den Versuch gemacht, sich, und zwar ohne eine sichtbare Notwendigkeit, in der denkbar festesten Form mit Rußlands Hauptfeind zu verbinden. Wenn auch dieser erste Versuch mißlang, weil die Vertreter des englischen Volks die Lage kühler als die deutschen Staatsmänner auffaßten, so wird es von da ab doch Aufgabe der franko-russischen Staatskunst sein müssen, nunmehr ohne Zögern den Kampf gegen Deutschland aufzunehmen, bevor die Überzeugung von der Notwendigkeit eines deutsch-englischen Zusammengehens Zeit gehabt hat, sich in England weiter auszubreiten. Deutschland wird also zum ersten Kampfobjekt des Zweibundes. England hingegen, welches heute in der ersten Reihe steht, zieht sich in die zweite Reihe zurück und überläßt es den Kontinentalmächten, miteinander abzurechnen. Diejenige englische Regierung aber, welche durch Anbahnung des Bündnisprojektes das englische Volk zu diesem längst vergeblich ersehnten Ziele wirklich geführt hat, wird zwar nach der Ablehnung des Vertrages verfas-

sungsgemäß zurücktreten müssen, das ungeteilte Vertrauen aller Parteien aber wird jenen Männern folgen, und binnen kurzem werden sie wieder oben sein, vielleicht noch rechtzeitig, um die Vermittlungs- und Entscheidungsrolle in dem kontinentalen Kriege zu übernehmen.

Die vorstehenden Bedenken gegen einen Bündnisvertrag machen nicht Anspruch auf Geltung für alle Zeiten. Sie sind lediglich der heutigen Lage entnommen und lassen sich dahin zusammenfassen, daß Deutschland, welches — gleichviel was die Zukunft bringen mag — doch augenblicklich sich keiner nahen oder überhaupt sichtbaren Gefahr gegenüber befindet, keinen Anlaß hat, das Hasardspiel der Vertragsschließung zu wagen.

Anders werden die Dinge liegen, wenn zunächst England den Versuch gemacht haben wird, Frankreich von Rußland zu trennen, und wenn die Überzeugung, daß dieser Versuch aussichtslos war und ist, nicht bloß im Geiste einzelner englischer Staatsmänner mit weitem Gesichtskreis, sondern allmählich auch im englischen Volksinstinkte feste Wurzeln gefaßt hat.

Sollte wider Erwarten den Engländern die Abtrennung Frankreichs von Rußland gelingen, so wäre dadurch eine Lage geschaffen, bei welcher beide, England wie Deutschland, jeder im Hinblick auf das, was ihm die Hauptsache ist, ihre Rechnung finden würden. Wenn aber, was ich ohne weiteres annehme, Frankreich glaubt, mit Rußland weiter als mit England zu kommen, und wenn es dementsprechend den englischen Vertrag, welcher eine Scheidewand zwischen Frankreich und Rußland aufrichten würde, zurückgewiesen hat, dann ist es naturgemäß, daß Frankreich und Rußland mit gesteigerter Zuversicht zueinander in Ostasien energischer vorgehen werden, und es können dann allmählich zwei Momente hervortreten, die heute noch fehlen: einerseits beim englischen Volke die Überzeugung, daß England mit eigenen Kräften für die Wahrung seiner Interessen eintreten muß; und andererseits bei der Regierung Seiner Majestät des Kaisers die Wahrnehmung, daß das franko-russische Vorgehen demnächst auch deutsche Interessen zu gefährden droht. Wir würden unter solchen Umständen einen legitimen Anlaß haben, das Vertragsspiel mit dem britischen Parlamente zu riskieren, und dieses Spiel würde bei der alsdann veränderten englischen Stimmung nicht mehr wie heute ein Hasardspiel, sondern eine Partie mit sicheren Trümpfen sein.

Endlich darf ich unter den Elementen, welche Berücksichtigung verdienen, die deutsche öffentliche Meinung nicht unerwähnt lassen. Diese ist heute unter dem Eindruck der Preßfehde der letzten Jahre noch vorwiegend antienglisch, und der Mangel an Entgegenkommen, den wir bei England in allen Kolonialfragen, z. B. neuerdings wieder in der Togofrage, finden, hält diese Stimmung wach. Die breiten Schichten des deutschen Volkes glauben zurzeit an keine Gefährdung Deutschlands von Osten her. Es würde daher einige Mühe kosten, den

unvermittelten Übergang von der Feindschaft zur Kameradschaft und die Notwendigkeit eines Bündnisses mit England, welches ipso facto Rußland zu unserm Feinde stempelt, allgemein einleuchtend zu machen. Wenn aber gar der Bündnisversuch an der Westminsterklippe scheiterte und Deutschland eines Morgens zu der Überzeugung erwachte, daß seine verantwortlichen Leiter es ohne zwingende Notwendigkeit und durch ein mißglücktes Manöver aus der Reservestellung in die erste Kampfreihe geführt haben, so müßten die Folgen für alle Autorität im Reiche, die höchste nicht ausgenommen, sehr ernste sein.

Die deutsche Regierung kann demnach, während die Dinge so liegen, wie sie heute liegen, der englischen Regierung keine Zusicherung machen. Wenn ich in meiner letzten Mitteilung an Ew. pp. erklärt habe, daß es mit Deutschlands Sicherheit unverträglich sein würde, einer Beeinträchtigung von Englands Großmachtstellung selbst dann, wenn zwischen uns und England kein Vertrag besteht, ruhig zuzusehen, so ist dies keine Zusicherung nach außen hin, sondern die Klarlegung eines Naturgesetzes der Kräfte, welches zu den Lebensprinzipien des Deutschen Reiches gehört. Es ist wiederum eine natürliche Folge dieses Gedankens, wenn ich ein deutsch-englisches Zusammengehen in der von Herrn Chamberlain jetzt zum ersten Male skizzierten Form trotz der für uns durch die gegenwärtigen Verhältnisse gebotenen diesmaligen Ablehnung gleichwohl als eine Eventualität der Zukunft in Betracht ziehe: denn England wird den Kampf ums Dasein auf die Dauer nicht vermeiden können, und andere Alliierte als Deutschland und bessere Freunde wird es dabei nicht finden. Ew. pp. werden, wenn Sie diesem Gedanken zustimmen, gewiß bei Ihrer nächsten streng vertraulichen Besprechung mit Herrn Chamberlain die geeignete Form finden, um demselben begreiflich zu machen, daß es sich im Interesse beider Teile, insbesondere aber im Interesse Englands empfiehlt, die zukünftige Annäherung nicht durch schroffes Verhalten in kleinen Dingen zu erschweren, welches eine Entfremdung schaffen muß, deren Nachteile außer Verhältnis stehen mit dem kleinlichen Gewinne im einzelnen Falle.

Bülow

Nr. 3786

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Privat London, den 5. April 1898
Für den Herrn Staatssekretär

In der eben stattgehabten Unterhaltung erwähnte Herr Balfour auch meine ganz vertraulichen Unterredungen mit Herrn Chamberlain,

und ich benutzte die Gelegenheit, um ihm kurz die Gründe anzugeben, die uns nicht gestatten, jetzt auf einen Vertrag mit England einzugehen. Als ich dabei erwähnte, daß die öffentliche Meinung nach allem, was vorgegangen, weder hier noch in Deutschland für eine so plötzliche Annäherung hinreichend vorbereitet sei, und daß uns auch die Annahme des fraglichen Vertrags durch das englische Parlament zweifelhaft erscheinen müsse, erwiderte mir Herr Balfour, daß er selbst nicht sicher sei, ob diese Annahme ohne weiteres erfolgen würde. Er fügte dann ganz vertraulich hinzu, es sei eine Eigentümlichkeit Herrn Chamberlains, zu schnell vorgehen zu wollen.

Auch darin stimmte Herr Balfour mit mir überein, daß es jetzt zunächst darauf ankomme, durch beiderseitiges freundliches Entgegenkommen in kleinen Dingen die Beziehungen zwischen Deutschland und England zu verbessern und die öffentliche Meinung in beiden Ländern auf ein immerhin nützliches Zusammengehen in der Zukunft vorzubereiten.

Aus den streng vertraulichen Äußerungen Balfours über Chamberlain hatte ich den Eindruck, daß der Mißerfolg des letzteren in seiner Verhandlung mit uns weder ihm noch auch Lord Salisbury besonders unerwünscht sein wird. Die Gesundheit des Premierministers ist, wie mir Herr Balfour bestimmt versichert, durchaus befriedigend, und es unterliegt keinem Zweifel, daß er zur festgesetzten Zeit zurückkehren und die Leitung der Geschäfte wieder übernehmen wird.

Euerer Exzellenz stelle ich anheim, das Vorstehende als amtliche Meldung zu behandeln.

Hatzfeldt

Nr. 3787

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Berlin, den 6. April 1898

Antwort auf Privattelegramm von gestern abend*.

Die Äußerungen des Herrn Balfour — namentlich diejenige, wo derselbe den Zeitpunkt völliger Verständigung in die Zukunft verlegt — machen einen sympathischen und vertrauenerweckenden Eindruck, insbesondere gegenüber denen des Herrn Chamberlain, der uns zu einem gefährlichen Schritte verleiten, inzwischen aber anscheinend

* Siehe Nr. 3786.

nichts tun möchte, um durch Konzessionen in einzelnen Nebenpunkten zu einer Annäherung der Gemüter beizutragen.

Bülow

Nr. 3788

*Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe**

Ausfertigung

Nr. 324 London, den 7. April 1898
Geheim

Der Annäherungsversuch der englischen Regierung, über welchen ich bisher nur telegraphisch berichten konnte, ist, soweit ich es beurteilen kann, zu einem vorläufigen Abschluß gelangt, und ich darf mir gestatten, hier einen kurzen Rückblick auf diese Episode zu werfen, die, wie auch die Dinge sich weiter entwickeln mögen, nicht ohne Einfluß auf unsere Beziehungen zu England bleiben wird.

Als ich zuerst mit Mr. Balfour auf seinen Wunsch zusammentraf, glaubte ich auf Grund von Äußerungen, die mir von anderer Seite darüber zugegangen waren, bereits annehmen zu müssen, daß er zwar zunächst das Terrain sondieren wolle, dann aber, wenn er die entsprechende Geneigtheit bei mir finde, dazu übergehen werde, mehr oder weniger bestimmte Vorschläge über eine politische Verständigung zu formulieren. Ich habe auch heute den Eindruck, daß er in seinen Äußerungen schon bei dieser Gelegenheit weitergegangen wäre, wenn ich nicht von vornherein ihm gegenüber eine gewisse Zurückhaltung an den Tag gelegt und mich auf den Standpunkt gestellt hätte, daß ich zwar alles anhören könne, aber nicht in der Lage sein würde, über die von ihm angeregte Frage geschäftlich zu verhandeln. Dieser Zurückhaltung gegenüber, welche ich in eine durchaus freundschaftliche Form kleidete, beschränkte sich Mr. Balfour darauf, die zwischen Deutschland und England eingetretene Entfremdung zu beklagen, die er durch bedauerliche Mißverständnisse und namentlich durch die Haltung der Presse auf beiden Seiten zu erklären suchte, auf die

* Der Bericht Hatzfeldts Nr. 324 und der folgende Nr. 326, beide vom 7. April, waren durch ein Privattelegramm des Staatssekretärs von Bülow vom 6. April an den Botschafter veranlaßt, in dem es hieß: „Stelle anheim, die einerseits mit Herrn Chamberlain, andrerseits mit Herrn Balfour behandelten Fragen in zwei Berichten kurz historisch zusammenzufassen, so daß Seine Majestät daraus einen klaren Überblick über das Ganze bekommt.“ Beide Berichte wurden dann am 9. April von Bülow dem Kaiser nach Homburg v. d. H. übersandt.

Gleichartigkeit unserer Interessen, besonders in China, hinzuweisen und daraus den Schluß zu ziehen, daß eine politische Verständigung im beiderseitigen Interesse geboten erscheine.

Ohne hierüber eine Ansicht auszusprechen, glaubte ich doch darauf hinweisen zu müssen, daß die Verstimmung in Deutschland nicht bloß durch die unverantwortliche Haltung der englischen Presse und durch die von Mr. Balfour erwähnten Mißverständnisse (Transvaal usw.), sondern auch durch Umstände neueren Datums hervorgerufen und unterhalten worden sei. In erster Linie habe dazu die englische Politik im Orient beigetragen[1], die nach unserer Überzeugung, wenn sie erfolgreich gewesen wäre, zu einem europäischen Kriege hätte führen müssen, dessen Vermeidung wir mit unseren Alliierten gerade als unsere erste Aufgabe betrachteten. Ich könne ihm nicht verheimlichen, daß sich infolge der türkenfeindlichen Haltung Englands in der öffentlichen Meinung bei uns wie in anderen Ländern die Überzeugung festgesetzt habe, daß England den Ausbruch eines internationalen Konflikts nicht ungern sehen würde, von welchem man sich hier fernhalten könnte, während die Mächte, von welchen England eine feindliche Haltung zu befürchten hätte, dadurch vollständig in Anspruch genommen würden und ihre Kräfte zersplittern müßten *. Ich hob ferner hervor, daß die zum mindesten nicht freundliche Haltung, welche die englische Presse von Anfang an gegen unser Vorgehen in Kiautschou eingenommen habe, nicht geeignet gewesen sei, die Stimmung in Deutschland zu verbessern, und zwar um so weniger, als die englischen Proteste in Peking gegen unsere Eisenbahnkonzessionen ** den Anschein erwecken mußten, daß die Haltung der Presse mit der Stimmung des englischen Kabinetts nicht im Widerspruch stehe. Trotzdem habe mir Lord Salisbury wiederholt zugegeben, daß unsere Festsetzung an der chinesischen Küste kein englisches Interesse bedrohe. Wenn dies aber der Fall sei, so sei es mir, wie ich offen gestehen müsse, ganz unverständlich, daß man hier nicht danach handle und uns statt dessen Schwierigkeiten zu bereiten suche, die, soweit ich mir ein persönliches Urteil bilden könnte, uns schließlich vor die Erwägung stellen müßten, ob wir nicht darauf angewiesen seien, unsere Interessen in China durch eine anderweitige mächtige Anlehnung sicherzustellen[2].

Ich hatte in dieser ersten Unterhaltung den Eindruck, daß die vorstehenden Erwägungen ihren Eindruck auf Mr. Balfour nicht verfehlten. Er machte einen schwachen Versuch, die bisherige englische Politik im Orient durch den Zwang der öffentlichen Meinung zu erklären[3], indem er gleichzeitig entschieden in Abrede stellte, daß England eine Störung des europäischen Friedens im Auge gehabt habe,

---

* Vgl. Bd. IX, Kap. LV; Bd. X.
** Vgl. Nr. 3779, Fußnote ***.

und versuchte mich davon zu überzeugen, daß man hier nicht daran denke, uns in Kiautschou Schwierigkeiten zu bereiten. Namentlich in der Eisenbahnfrage sei man gern bereit, sich tatsächlich mit uns zu verständigen, wenn wir nur unsererseits auf die Stellung des englischen Kabinetts, welches der Kammer gegenüber an den Bestimmungen des Vertrages von Tientsin formell festhalten müßte, eine gewisse Rücksicht nehmen wollten. Auf die ebenfalls von mir angeführten kolonialen Schwierigkeiten, welche wir hier stets und zuletzt in der Frage der neutralen Zone gefunden haben, ging Mr. Balfour bei dieser Gelegenheit nicht näher ein.

Hiermit endete meine erste Unterredung mit Mr. Balfour, ohne daß derselbe bestimmte Vorschläge nach irgendeiner Richtung formuliert hätte. Es konnte mir aber nicht zweifelhaft sein, daß er die von ihm angeregte Verhandlung damit nicht als abgeschlossen betrachtete, da er beim Abschied den lebhaften Wunsch aussprach, bald wieder mit mir zusammenzutreffen. Er verband damit offenbar den Gedanken, daß er mir Zeit lassen müsse, über seine Äußerungen nach Berlin zu berichten und Instruktionen von dort zu erhalten.

Vier Tage später, am 29. v. Mts., fand meine erste Unterhaltung mit Mr. Chamberlain statt, über welche ich mir, wie auch über meine zweite und letzte Zusammenkunft mit demselben, besonders zu berichten gestatte *.

Am 5. d. Mts. hatte ich einen anderweitigen geschäftlichen Anlaß, Mr. Balfour aufzusuchen, und derselbe benutzte die Gelegenheit, um meine Unterredungen mit Mr. Chamberlain, über welche derselbe ihm offenbar Bericht erstattet hatte, zur Sprache zu bringen. Als ich die Erwägungen geltend machte, die uns vorläufig nicht gestatten würden, auf einen so plötzlichen und weitgehenden Vorschlag, wie Mr. Chamberlain ihn formuliert, jetzt einzugehen, fand ich bei Mr. Balfour eine mir etwas unerwartete Geneigtheit, das Gewicht dieser Erwägungen anzuerkennen. Namentlich gestand er zu, daß sich nicht mit Bestimmtheit vorhersehen lasse, wie die hiesige Kammer einen Allianzvertrag mit dem Dreibund aufnehmen würde, auf welchen sie so wenig wie die öffentliche Meinung vorbereitet sei. Im Anschluß hieran verkannte Mr. Balfour nicht, daß der Leiter der deutschen Politik eine ungeheuere Verantwortlichkeit übernehmen würde, wenn er angesichts dieser parlamentarischen Unsicherheit einen Vertrag schließen wollte, dessen Ablehnung in der hiesigen Kammer einen beinahe unausbleiblichen Angriff des mit Frankreich vereinigten Rußland auf Deutschland zur Folge haben würde [1]. Aus einer hieran geknüpften Bemerkung Mr. Balfours, daß Mr. Chamberlain manchmal zu schnell vorgehen wolle, hatte ich den Eindruck, daß ihm der per-

* Siehe das folgende Schriftstück.

sönliche Mißerfolg Mr. Chamberlains bei dieser Gelegenheit nicht ganz unerwünscht gewesen ist.

Schließlich begegneten wir uns in der Auffassung, daß es jetzt vor allem darauf ankomme, die zwischen den beiden Ländern noch immer bestehende Verstimmung durch eine entgegenkommende Haltung der beiden Regierungen in kleineren Fragen allmählich zu beseitigen und die öffentliche Meinung hier wie in Deutschland dadurch auf die Möglichkeit eines politischen Zusammengehens in der Zukunft[4] vorzubereiten.

Als feststehend glaube ich betrachten zu dürfen, daß sämtliche Mitglieder des Kabinetts von den Äußerungen, respektive Vorschlägen Mr. Balfours und Mr. Chamberlains mir gegenüber Kenntnis hatten und mit dem dabei verfolgten Zweck einverstanden waren. Besonders wird mir dies in bezug auf den Herzog von Devonshire versichert, und gerüchtweise höre ich, daß Sir William Harcourt und Lord Rosebery sich dahin geäußert haben, daß sie, falls die Regierung eine Verständigung mit Deutschland suchen sollte, keinerlei Widerspruch dagegen erheben würden[5].

P. Hatzfeldt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig
[2] sehr gut
[3] !
[4] ja
[5] gut

Nr. 3789

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 326 London, den 7. April 1898
Geheim

Ursprünglich war mir der Vorschlag gemacht worden, mit einigen hervorragenden Mitgliedern des Kabinetts zusammenzutreffen, welche sich mit mir über die jetzige politische Situation und über die von ihnen gewünschte Annäherung an Deutschland aussprechen wollten, und es war dabei von Mr. Balfour und von Mr. Chamberlain die Rede*. Nachdem der erstere mich noch vor dem verabredeten Tage um eine Zusammenkunft gebeten hatte**, machte es sich von selbst, daß ich nachher einem Zusammentreffen mit Mr. Chamberlain nicht gut aus dem Wege gehen konnte. Dies schien mir auch um so weniger an-

* Vgl. Nr. 3779.
** Vgl. Nr. 3781.

gezeigt, als es immerhin von großem Interesse für uns ist, die Ansichten eines so einflußreichen Mitglieds der englischen Regierung über die politische Situation und über die Beziehungen Englands zu Deutschland zu kennen.

Der Kolonialminister, mit welchem ich am 29. v. Mts. im Hause eines gemeinschaftlichen Bekannten zusammentraf, verschmähte es offenbar, diplomatische Umwege zu machen, und ging geradezu auf seinen Zweck los, indem er mit bemerkenswerter Offenheit die Ansicht aufstellte, daß England mit der Isolierungspolitik, welche sich überlebt habe[1], in den heutigen schwierigen Zeiten nicht mehr weiterkommen könne. Mit Rußland wie mit Frankreich seien ernste Schwierigkeiten zu erwarten, und England müsse sich, um denselben zu begegnen und den Frieden sichern zu können, nach Allianzen umsehen[2]. Zeit dürfe man hier in dieser Hinsicht nicht verlieren, da in der Kammer selbst die Regierungspartei auf bestimmte Erklärungen des Kabinetts in der chinesischen Frage dringe. Außerdem müsse man auch auf Verwickelungen mit Frankreich auf einem andern Gebiete gefaßt sein, da eine befriedigende Lösung der westafrikanischen Streitigkeiten im Widerspruch mit den Angaben des Herrn Hanotaux nicht zu erwarten sei * und er, Mr. Chamberlain, in dieser Frage keine weiteren Zugeständnisse mehr machen könne[3]. Hieran anknüpfend entwickelte er die Auffassung, daß die Interessen Deutschlands und Englands identisch seien[4] bis auf die kommerzielle Rivalität, die nur eine friedliche sein dürfe, und bis auf kleine koloniale Differenzen, die sich gleichzeitig mit einer Verständigung über politische Interessen wohl ausgleichen ließen. In diesem Fall würde uns England auch in China nach Kräften unterstützen[5], statt uns dort irgendeine Schwierigkeit zu bereiten.

Diesen Äußerungen gegenüber stellte ich mich auf den Standpunkt, daß wir in China unsere Geschäfte allein und ohne jede fremde Hülfe befriedigend erledigt hätten[6], daher auch, soviel ich wisse, niemand Dank schuldig wären. Unter diesen Umständen liege es, soweit ich es beurteilen könne, im englischen Interesse, uns in Kiautschou keine Schwierigkeiten zu bereiten, die uns dazu treiben müßten, unsere Anlehnung bei Rußland zu suchen[7]. Übrigens könnte ich über alle diese Fragen nur rein persönliche Ansichten aussprechen.

Mr. Chamberlain akzeptierte bereitwillig die Voraussetzung, daß es sich nur um einen vertraulichen Gedankenaustausch von Privatpersonen handle, meinte aber, daß wir dann um so offener miteinander sprechen könnten, und gab seinerseits das Beispiel rückhaltloser Offenheit, indem er nochmals die Situation rekapitulierte und schließlich den Wunsch der englischen Regierung formulierte, zu einer Verständigung mit uns zu gelangen, welche dem Beitritt Eng-

---

* Vgl. Nr. 3782, S. 197, Fußnote.

lands zur Tripelallianz gleichkommen würde[8]. Unsere Sache würde es nun sein, unsere Bedingungen für den Abschluß eines solchen Vertrages anzugeben.

Ich begnügte mich, diesen Äußerungen gegenüber zunächst auf die englische Gewohnheit hinzuweisen, die jetzt auch Japan gegenüber wieder zur Anwendung gekommen sei, andere in das Feuer zu schicken und selbst zurückzubleiben. Mr. Chamberlain wollte dies nicht gelten lassen und den Japanern die Schuld beimessen, wenn sie über die Absicht Englands, ihnen eventuell beizustehen[9], nicht die genügende Aufklärung erhalten hätten.

Wenige Tage später, am 1. d. Mts., hatte ich eine zweite Zusammenkunft mit Mr. Chamberlain, in welcher ich ihm unter Anerkennung des uns bewiesenen Vertrauens mitteilte, daß nach unserer Auffassung ein Vertrag, wie er ihn im Auge habe, zwar für England sehr vorteilhaft sein, dem andern Teile aber nur geringe Garantien bieten würde, da man hier stets in der Lage wäre, das Kabinett, welches den Vertrag geschlossen, durch ein anderes zu ersetzen[10], welches an den Vertrag nicht gebunden wäre. Die Folgen, welche für Deutschland hieraus hervorgehen könnten, würde kein deutscher Staatsmann verantworten können. Man verheimliche sich aber in Deutschland auch nicht, daß eine Verringerung der englischen Machtstellung die Aufmerksamkeit unserer Gegner wieder mehr auf Deutschland konzentrieren würde. Gerade deshalb wären wir der Ansicht, daß England nicht praktisch handle, indem es gleichzeitig mit zwei Gegnern anbinden wolle, während es seine Aufgabe wäre, einen der beiden zu desinteressieren, damit derselbe eventuell neutral bleibe. Mit Frankreich, welches von der russischen Freundschaft alles hoffe, würde dies aussichtslos sein, nicht aber mit Rußland, dessen Neutralität in einem englisch-französischen Kriege England durch Konzessionen in China wahrscheinlich erkaufen könnte.

An diese und andere politische Erwägungen, welchen Mr. Chamberlain mit Interesse folgte, knüpfte ich die Äußerung, daß wir keinen Vertrag schließen könnten, welcher uns, aber nicht England binden würde. Übrigens sei es eine bekannte Wahrheit, daß Verträge niemals länger dauerten als das Interesse, welches zum Abschluß derselben geführt habe, während umgekehrt ein einmal vorhandenes politisches Interesse im entscheidenden Augenblick wirksamer als ein Vertrag sein könne[11]. Für Deutschland würde ein solcher Augenblick voraussichtlich eintreten, wenn wir Englands Machtstellung wirklich bedroht sehen sollten, und bis dahin würde schon unsere Neutralität für England von großem Vorteil sein.

Mr. Chamberlain, welcher wohl ein bereitwilligeres Eingehen auf die englischen Vorschläge erwartet hatte, wies zunächst die Besorgnis, als ob England uns nach abgeschlossenem Vertrage im Stich lassen

könnte, als unbegründet und durch kein Beispiel in der englischen Geschichte[12] gerechtfertigt zurück. Wenn es aber auch formell möglich sei, daß die etwaigen Nachfolger des jetzigen Kabinetts sich an einen geheimen Vertrag zwischen den beiden Regierungen nicht gebunden hielten, so müsse er dazu bemerken, daß es seiner Ansicht wie dem beiderseitigen Interesse nicht entsprechen würde, uns auf einen solchen Vertrag zu beschränken. Nach seiner Meinung müsse der Vertrag dem Parlament vorgelegt werden, und er bezweifle keinen Augenblick, daß derselbe in der Kammer wie bei der öffentlichen Meinung die bereitwilligste Aufnahme finden würde.

Als Zweck der Verständigung bezeichnete Mr. Chamberlain diesmal nicht, wie er es in unserer ersten Unterhaltung angedeutet hatte, den Widerspruch gegen das Vorgehen der Russen in Port Arthur und Talienwan, erkannte vielmehr an, daß sich daran ohne einen großen Krieg nichts mehr ändern lassen würde, meinte aber, daß es in unserem beiderseitigen Interesse liege, für die Zukunft Sorge zu tragen und den Rest Chinas zu retten[13]. Geschehe dies nicht, so sei mit Bestimmtheit zu erwarten, daß die Russen in wenigen Jahren weiter vordringen und uns dann auch im Hinterland von Kiautschou bedrohen würden[14]. Es würde sich also zwischen Deutschland und England um eine Verständigung über den Rest von China handeln, und diese Abmachung würde die Grenze bilden, über welche Rußland später nicht hinausgehen dürfte[15].

Mr. Chamberlain fügte hinzu, er teile vollständig meine Auffassung, daß England mit Frankreich allein fertig werden könne, während es zweifelhaft sei, ob es der vereinigten Macht von Rußland und Frankreich gewachsen sein würde. Gerade deshalb müsse sich England nach einer Allianz umsehen, wenn es die weitere Absorption Chinas durch Rußland, bei welcher es die Unterstützung Frankreichs haben würde, nicht ungehindert wolle vollziehen lassen.

Ich darf mir schließlich die Bemerkung gestatten, daß ich nicht den Eindruck habe, als ob Mr. Chamberlain, welchen ich nicht für einen Freund Deutschlands halte, und der mir auch persönlich wenig sympathisch ist, bei seiner Anregung die Absicht gehabt hat, uns lediglich Rußland gegenüber zu kompromittieren oder in einen Konflikt zu verwickeln, aus welchem England sich herausziehen würde. Er hat mir, obwohl es ihm an natürlichem Verstand wie an Energie und großer parlamentarischer Geschicklichkeit gewiß nicht fehlt, in bezug auf auswärtige Politik den Eindruck eines naiven Anfängers gemacht, der nur seine persönliche Eitelkeit zu Rate zieht und sich von den Konsequenzen seiner Handlungen und Worte keine genügende Rechenschaft ablegt. Er würde es offenbar als einen persönlichen Triumph betrachtet haben, der ihn dem Premierminister um einen guten Schritt näher brächte, wenn es ihm gelungen wäre, sich als den Urheber der englischen Allianz mit dem Dreibund hinzustellen. Wenn

er aber aus persönlicher Ambition schneller vorgehen wollte als Mr. Balfour, so ändert dies nichts an der Tatsache, daß nach meinen Ermittelungen sämtliche Mitglieder des Kabinetts mit dem von ihm verfolgten Zweck im allgemeinen einverstanden waren und das Gelingen desselben gewünscht haben.

Mr. Balfour, mit welchem ich bei dieser Gelegenheit in nähere Berührung getreten bin, ist Mr. Chamberlain in bezug auf auswärtige Politik entschieden überlegen, und ich habe den Eindruck, daß wir, wenn ich mit ihm allein zu tun hätte, uns in den meisten Fällen verständigen würden *.

P. Hatzfeldt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
1 Also der Jubilee Schwindel ** ist schon verraucht!
2 das ist wenigstens sehr offen eingestanden
3 also gemacht sind immerhin welche
4 warum hat er das nicht schon vor zwei Jahren geglaubt, da hätte er viel Unheil ersparen können
5 gegen Russland!? das können wir allein
6 richtig
7 ja
8 ! alle Wetter! Die „Todten reiten schnell"!
9 Kühne Wendung
10 richtig
11 gut
12 ! Friedrich der Grosse! wurde schmählich von Georg im Stich gelassen
13 fällt mir gar nicht ein; für England!
14 dafür wollen wir schon sorgen, daß das nicht geschieht
15 ! Russland hat sich noch nie an eine Grenze gehalten!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Der p. Chamberlain muß nicht vergessen, daß ich in Ostpreussen einem preuß[ischen] Armeekorps gegenüber 3 Russische Armeen und 9 Cavalleriedivisionen hart an der Grenze stehn habe, von denen mich keine Chinesische Mauer trennt, und die kein Engl[isches] Panzerschiff mir vom Leibe hält!

---

* Dieser Auffassung des Grafen Hatzfeldt pflichteten sowohl Kaiser Wilhelm II. wie Staatssekretär von Bülow bei. In seinem Telegramm an Staatssekretär von Bülow vom 8. April (siehe Kap. XC, Nr. 3768), erklärte der Kaiser, noch ehe ihm die beiden Hatzfeldtschen Berichte vom 7. zugestellt waren: „Die praktische Art und Weise Balfours, direkt die wichtigen Angelegenheiten zu besprechen und zu bindenden Abmachungen zu gelangen, sagt mir mehr zu und ist von größerem Wert als die theoretischen und unklaren Phantasien von Chamberlain." Worauf Bülow am 9. April (siehe Kap. XC, Nr. 3769) mit den Worten zustimmte: „Auch ich meine, daß die Vorschläge von Chamberlain zu phantastisch oder vielleicht auch hinterlistig sind, als daß dieselben eine Basis für ernsthafte Negoziationen bilden könnten. Die Art und Weise von Balfour flößte dagegen größeres Vertrauen ein."

** Anläßlich der Jubiläumsfeier der sechzigjährigen Regierung der Königin Viktoria im Juni 1897 war die splendid isolation Großbritanniens gerühmt worden.

Nr. 3790

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Homburg v. d. H., an das Auswärtige Amt

Telegramm. Konzept von der Hand des Grafen von Metternich

Geheim Homburg v. d. Höhe, den 10. April 1898
Für den Staatssekretär

Seit der veränderten Politik Englands im europäischen Orient hat sich sein Interesse an europäischen Fragen und damit sein Bündniswert für uns und unsere Verbündeten gemindert [1]. Der Niger und der Golf von Petschili bekümmern uns weniger als Elsaß-Lothringen [2]. Die kolonialen Vorteile, welche uns England gewähren kann, obwohl nützlich, schlagen doch weniger ins Gewicht als der engere Zusammenschluß Frankreichs und Rußlands, welcher aus einem deutsch-englischen Bündnis wegen Ostasiens und des Niger notwendig erfolgen müßte [3].

Sollte das englische Anlehnungsbedürfnis sich in Zukunft auch auf europäische Angelegenheiten richten, so können wir ihm näher treten als jetzt.

Trotzdem ist es aber auch für die Gegenwart von großer Bedeutung, die offizielle Stimmung in England uns günstig und hoffnungsvoll zu erhalten [4]. Durch ein uns freundlich gesinntes England behalten wir eine Karte mehr gegen Rußland [5] in der Hand [6] und haben daneben Aussicht, von England koloniale und Handelsvertragsvorteile zu erringen.

Es wird daher der geschickten Hand des Grafen Hatzfeldt die schwierige Aufgabe zufallen, die Verzögerung eines formellen Bündnisabschlusses nicht als verletzende Zurückweisung in England empfinden zu lassen, sondern den Wunsch und die Freude an einem ersprießlichen Zusammenwirken zu erkennen zu geben [7].

Andernfalls ist bei dem rabiaten Gemütszustand des englischen Kabinetts eine plötzliche Schwenkung à tout prix nach Frankreich nicht ausgeschlossen *.

Eine ehrliche Verständigung zwischen England und Frank-

* Tatsächlich hat die Zurückweisung des Chamberlainschen Bündnisfühlers durch die deutsche Regierung sofort und namentlich bei dem Kolonialminister eine franzosenfreundlichere Haltung zur Folge gehabt und die englisch-französischen Verhandlungen über Westafrika erleichtert. Graf Münster meldete schon am 6. April aus Paris, daß Chamberlain, der anfänglich einer englisch-französischen Verständigung in den Weg getreten sei, plötzlich günstiger gestimmt sei. Am 25. Mai gestand auch Lord Salisbury dem Grafen Hatzfeldt, daß England und Frankreich sich in den Nigerverhandlungen Monat für Monat näher gerückt seien, und daß nunmehr auf einen befriedigenden Abschluß gerechnet werden könne. Wirklich erfolgte der Abschluß am 14. Juni 1898. Das sich solchergestalt anbahnende freundliche Verhältnis zwischen Frankreich und England erlitt allerdings bald durch den Faschodakonflikt einen schweren Stoß. Vgl. Kap. XCIII.

reich würde allerdings das Ende der russisch-französischen Verbrüderung bedeuten.

Nach der in einigen Tagen erfolgenden Rückkehr des Prinzen von Wales nach England wird demselben und damit auch Kopenhagen und Petersburg die deutschfreundliche Stimmung des englischen Kabinetts nicht lange verborgen bleiben[8]. Wilhelm I. R.

Randbemerkungen von Bülows auf der Entzifferung:

1 Für uns ganz richtig. — Oesterreich, für das die Balkanhalbinsel, und Italien, für das das Mittelmeer vitale Angelegenheiten bleiben, brauchen England aber noch immer und auch rebus sic stantibus.

2 richtig.

3 Sehr richtig. Darum müßte die Conditio sine qua non jedes deutsch-englischen Bündnisses bei der gegenwärtigen europäischen Gesamtlage immer die Ausdehnung desselben auf Europa, d. h. in concreto die Garantierung unserer territorialen Integrität sein.

4 ja

5 sehr wahr, wir müssen uns zwischen beiden unabhängig halten, die Zunge an der Wage sein, nicht der unruhig hin und her fahrende Pendel.

6 auch umgekehrt! Je ruhigere Beziehungen wir zu Rußland haben, um so mehr wird England uns menagieren, bzw. choyieren

7 Ja, confer die diesbezüglichen Erlasse, bzw. Privatbriefe an Hatzfeldt!

8 schadet nichts, wenn nur die Engländer nicht den Russen, und die Russen nicht den Engländern pièces en main beweisen können, daß wir falsches Spiel gespielt hätten.

Nr. 3791

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Privat für den Herrn Staatssekretär London, den 23. April 1898

Herr Chamberlain hat mich um Unterredung an einem dritten Ort bitten lassen, und ich werde ihn übermorgen, Montag, mittag sehen. Hatzfeldt

Nr. 3792

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 126 Berlin, den 24. April 1898
[abgegangen am 25. April]

Euerer Exzellenz gestriges Telegramm * zeigt, daß Herr Chamberlain den Faden der guten Beziehungen mit uns weiterzuspinnen ge-

* Siehe Nr. 3791.

denkt. Ich möchte annehmen, daß es sich morgen vielleicht mehr um einen Einzelfall — Südafrika? — handeln wird als um vollständige und sofortige Bindung der Politik der beiden Reiche. Für den einen wie für den andern Fall habe ich meinen Ew. pp. bereits bekannten und von Seiner Majestät gebilligten Ansichten * kaum etwas hinzuzufügen. Ich freue mich, aus Ew. pp. letztem Briefe ** zu ersehen, daß auch nach Ihrer Ansicht der Bündnisgedanke als eine Eventualität der Zukunft beiderseits im Auge behalten werden sollte. Hierbei möchte ich aber mehr, als vielleicht bisher geschehen, hervorheben, daß schon Deutschlands Neutralität allein voraussichtlich genügen wird, um England gegen einen Kampf mit Rußland und Frankreich zu sichern. Es würde mich interessieren, zu erfahren, ob es in England einen Staatsmann — auch nur einen — gibt, welcher ernstlich an die Möglichkeit glaubt, daß Frankreich sich in einen Krieg mit England einlassen würde, während Deutschland, neutral, mit Gewehr bei Fuß in der Flanke steht? Hier tritt also die Frage uns entgegen, was eigentlich für England, falls es einen Krieg nicht vermeiden kann, das Nützlichere sein würde: ein Kriegsduell mit Rußland allein, während das französische Schwert durch das deutsche in der Scheide festgehalten wird, oder aber ein Krieg, wo Rußland und Frankreich auf der einen, England und Deutschland auf der andern Seite kämpfen. Während der nächsten Jahre würde zweifellos das Duell die für England nützlichere Kombination sein im Hinblick darauf, daß: 1. die russischen Vorbereitungen für einen Angriff auf Englands asiatische Landgrenzen noch gänzlich ungenügend sind, eine Ablenkung des russischen Landheeres durch Deutschland also für England noch nicht notwendig erscheint; und daß: 2. noch während mehrerer Jahre die Unterstützung der deutschen Flotte, wenigstens nach menschlicher Berechnung der Kräfte, den Machtzuwachs, den Rußland eventuell durch die Mitwirkung der französischen Flotte erhalten würde, nicht aufwiegen kann. Allerdings würde dabei mit in Betracht kommen, daß Österreich und Italien gleichfalls sich auf die englische Seite stellen würden. Hierzu sind beide aber auch selbst dann erbötig, wenn Deutschland neutral bleibt. Es liegt, wie Ew. Exzellenz bekannt ist, ganz allein an England, daß das Einverständnis der Kabinette von London, Rom und Wien im Hinblick auf gewisse Eventualitäten bisher keine bindende Form angenommen hat. Hiernach liegt es auf der Hand, daß England nicht nötig hat, sich die Neutralität Frankreichs mit Opfern zu erkaufen, da dieselbe ohne weiteres durch die Neutralität Deutschlands bedingt wird. Letztere ist jedenfalls für England billiger zu erlangen als die französische. Das einzige, was wir verlangen müssen, ist, daß England bei der Ausbreitung seiner eigenen

* Vgl. Nr. 3785.
** Nicht bei den Akten.

Herrschaft, welche in neuerer Zeit in immer beschleunigterem Tempo und in immer größerem Maßstabe betrieben wird, auch uns etwas gönnt und Kompensationen für Deutschland Raum läßt. Diesen letzteren Gedanken wollen Euere Exzellenz als Grundlage für alle Ihre Besprechungen und vornehmlich für die Besprechungen aller vorkommenden Einzelfragen nehmen. Eine mißgünstige Haltung Englands würde es uns selbst beim besten Willen schwer machen, in der Rolle des für England freundlichen neutralen Zuschauers bis zum Ende zu bleiben.

Die demnächstige weitere Verwickelung der politischen Lage denke ich mir so, daß Rußland und Frankreich, wie ich bereits neulich bemerkte, auch ihrerseits die praktische Ausbreitungspolitik fortsetzen und vermutlich in nicht allzu langer Zeit die Interessengrenze erreichen werden, welche England zu verteidigen sich verpflichtet glaubt. An dieser Grenze wird für Frankreich der psychologische Moment eintreten, und es wird sich fragen, ob es den Krieg gegen England mitmacht oder nicht. Die Entscheidung dieser Frage — darüber dürften die Herren in England sich schon jetzt klar sein — wird viel weniger von englischen Konzessionen und Versprechungen als von der Drohung abhängen, welche unter Umständen in einer abwartenden Haltung Deutschlands liegen kann. Frankreich wird den Krieg an der Seite Rußlands mitmachen, wenn auch Deutschland, sei es auf russischer, sei es auf englischer Seite, denselben mitmacht, oder wenn zwischen Frankreich und Deutschland Abmachungen getroffen sind, welche Frankreich gegen einen plötzlichen deutschen Vorstoß sichern. Liegt keine dieser drei Eventualitäten vor, steht Deutschland neutral und schweigend da, so wird Frankreich wie bisher durch die Vogesen hypnotisiert werden und auch seinerseits neutral bleiben. Die Neutralität Frankreichs hängt also von der Neutralität Deutschlands, die Neutralität Deutschlands von der Politik Englands ab, und zwar zunächst von Englands Politik in vorkommenden Einzelfragen. Es gibt mehr als einen Punkt in der Welt, wo England — ohne sich selbst auch für die entfernteste Zukunft im Wege zu stehen — uns auf der Basis des do-ut-des beweisen kann, daß es Wert auf unsere Freundschaft legt.

Der Verdacht, welchen, wie Euere Exzellenz schreiben, Lord Salisbury früher gegen die deutsche Politik hegte, daß diese nämlich England in Krieg mit Frankreich bringen wolle, wird angesichts der Haltung, welche Deutschland seit einer Reihe von Jahren bewahrt, völlig haltlos, denn wir haben es uns angelegen sein lassen, jedem Krieg, gleichviel von wem und gegen wen, mit aller Anstrengung, und auch ziemlich ausnahmslos mit Erfolg, vorzubeugen. Auch bei Erörterung der Lage Englands gegenüber Rußland und Frankreich stand dieser Gedanke der Erhaltung des Friedens für mich voran, und ich besprach deshalb mit Euerer Exzellenz in erster Linie die Eventualität,

daß England sich mit Rußland verständige. Nur durch diese Verständigung würde England der Kriegsfatalität sich entziehen können. Für Deutschland würde diese Verständigung auch besonders deshalb erwünscht sein, weil sie das russisch-französische Bündnis naturgemäß lockern würde. Die Verständigung mit Rußland würde für England einen hohen Preis wert sein, dagegen ist die Verständigung Englands mit Frankreich deshalb eine wertlose, weil Frankreich, wie die Dinge heute liegen, keinenfalls gegen Rußland gehen würde, während England die Neutralität Frankreichs schon dadurch erlangt, daß Deutschland veranlaßt wird, neutral und frei (d. h. nicht gebunden durch Abmachungen) zu bleiben.

Mir gereicht das Bewußtsein zur besonderen Befriedigung, daß zwischen meiner Ansicht und derjenigen Euerer Exzellenz so, wie dieselbe aus Ihren letzten Privatmitteilungen hervorgeht, kaum ein Unterschied außer vielleicht in unmerklichen Nuancen besteht. Jedenfalls aber bitte ich Euere Exzellenz, nach Ihrer nächsten Unterredung mit Herrn Chamberlain auch die Hauptgesichtspunkte Ihrer letzten hochinteressanten Privatbriefe in die amtliche Berichterstattung mit einzuflechten.

Bülow

Nr. 3793

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 359 London, den 26. April 1898
Geheim

In einer streng vertraulichen Unterhaltung, die ich gestern auf seinen Wunsch mit Herrn Chamberlain hatte, drängte[1] derselbe auf den alsbaldigen Abschluß der bereits von ihm angeregten Defensivallianz zwischen Deutschland und England, indem er alle sich darbietenden Argumente dafür geltend machte und sich große Mühe gab, meine Einwendungen zu widerlegen. Auch diesmal war ausdrücklich Voraussetzung, daß beide Teile nur persönlich Ansichten aussprechen könnten.

Meinerseits hielt ich an den früheren Einwendungen fest, namentlich daran, daß die öffentliche Meinung in beiden Ländern nicht hinreichend vorbereitet sei, daß unsere Interessen in China von keiner Seite bedroht würden, daß die Annahme eines Vertrags im englischen Parlament nicht unbedingt gesichert sei, und daß die immerhin mögliche Ablehnung einen Krieg Rußlands und Frankreichs gegen uns allein zur unmittelbaren Folge haben würde. Abgesehen von dieser Even-

tualität, für die kein Staatsmann bei uns die Verantwortlichkeit übernehmen könne[2], könne ich aber auch nicht verstehen, welchen Vorteil sich England momentan davon versprechen würde. Unsere Neutralität allein würde genügen, um Frankreich festzuhalten. Was aber die Russen anbetreffe, so sei mir nicht klar, welche Verwickelungen England jetzt mit ihnen in China befürchten könne, wenn man nicht etwa daran dächte, sie mit Gewalt aus Port Arthur zu vertreiben. Sei das aber nicht der Fall, so müsse man sich doch sagen, daß Rußland nunmehr Jahre[3] brauchen werde, um seine chinesischen Erwerbungen zu organisieren und sich auf ein weiteres Vorrücken in China, falls es beabsichtigt werde, militärisch vorzubereiten. Ob und wie sich in dieser Zeit die politische Situation in Europa ändern werde, und ob dann die Bedenken, welche heute nach meiner Meinung dem Abschluß einer Allianz im Wege ständen, noch dieselben sein würden, wisse er, Chamberlain, so wenig wie ich. Für unsere Aufgabe auf beiden Seiten halte ich, nunmehr durch freundliches Entgegenkommen in allen kleineren Fragen die öffentliche Meinung in beiden Ländern auf die Möglichkeit einer solchen Verständigung vorzubereiten[4]. England könne aber noch mehr tun und würde nach meiner Meinung in seinem eigensten Interesse handeln, wenn es endlich eine unterlassene Sünde gutmache, an welcher man hier trotz aller meiner Warnungen seit Jahren festgehalten habe. Er, Chamberlain, kenne unzweifelhaft die seinerzeit hier stattgehabten geheimen Verhandlungen mit Österreich und Italien, welche zwar zur Aufstellung einiger ganz allgemein gehaltener Punkte geführt, aber keinerlei praktische Resultate gehabt hätten[5]*. Statt dessen sei Italien, der natürliche Bundesgenosse Englands, enttäuscht und verstimmt wegen ungenügender englischer Unterstützung bezüglich Abessiniens, und in Wien sei das Vertrauen erschüttert durch die unerwartete Politik Englands im Orient. Das alles lasse sich aber wieder gutmachen, wenn man es hier wolle, und in Wien wie in Rom, wo man die Interessengemeinschaft mit England schwerlich verkenne, würden diesseitig Eröffnungen über eine bindende Abmachung voraussichtlich auf fruchtbaren Boden fallen[6].

Herr Chamberlain werde sich selbst sagen können, daß eine solche Verständigung ihre Rückwirkung auch auf die öffentliche Meinung in Deutschland nicht verfehlen würde.

Herr Chamberlain erwiderte mir, daß man hier nicht mehr daran denke, den Russen die bereits in China erworbenen Vorteile (beide Häfen und die Mandschurei) streitig zu machen. Hieraus werde sich also keine Verwickelung mit Rußland ergeben. Die russische Politik begnüge sich aber erfahrungsgemäß nicht lange mit relativ kleinen Resultaten, und ein weiteres plötzliches Vorrücken in China sei unausbleiblich, wenn auch einige Jahre darüber vergingen. Wir würden

---

* Vgl. Bd. X, Kap. LXII, C.

zuerst in Mitleidenschaft gezogen werden[7], da wir uns mit dem jetzigen unbedeutenden Territorium in Kiautschou nicht begnügen[8], also das Hinterland nicht in russische Hände fallen lassen könnten. Sein, Chamberlains, Zweck sei, diesem weiteren russischen Vorgehen im Verein mit der Tripelallianz einen Riegel vorzuschieben[9], keineswegs aber einen Krieg mit Rußland herbeizuführen. Im Gegenteil halte er eine gemeinschaftliche Erklärung, daß Rußland sich mit den erworbenen Vorteilen begnügen und jedenfalls nicht über einen gewissen Punkt hinausgehen müsse, für das einzige Mittel[10], einem künftigen Kriege der in China interessierten Mächte mit Rußland vorzubeugen, weil Rußland die Unmöglichkeit einsehen werde, einer solchen Übermacht gegenüber an seinen weiteren Plänen festzuhalten[11]. Allein könne England dies nicht unternehmen. Auf der andern Seite würde ich bemerkt haben, daß das letzte Blaubuch über China* hier einen sehr unbefriedigenden Eindruck in der Presse und in der öffentlichen Meinung gemacht habe. Schon deshalb müsse die englische Regierung darauf bedacht sein, Schritte zu tun, welche sie hier gegen den Vorwurf der Schwäche Rußland gegenüber rechtfertigen würden. Bleibe sie aber allein, so sei sie dazu nicht imstand und müsse dann zusehen, wie sie sich anderweitig aus der Verlegenheit ziehen könnte.

Den von mir hingeworfenen Gedanken, daß England es wohl jetzt noch in der Hand haben würde, sich Österreichs und Italiens für die Zukunft zu versichern, indem es die bisherigen ungenügenden und unverbindlichen Stipulationen durch eine den Interessen der beiden Länder entsprechende feste Abmachung ersetze, wies Herr Chamberlain zwar nicht unbedingt zurück, machte aber namentlich in bezug auf Österreich mehrfache Bedenken dagegen geltend. Nachdem er hervorgehoben, daß er zwar die Tatsache gewisser geheimer Abmachungen mit Österreich und Italien, nicht aber den genauen Inhalt derselben kenne, bemerkte er, daß die orientalische Frage, wie er fürchte, einer allgemeinen Verständigung zwischen England und Österreich hindernd im Wege stehen würde[12]. Ich wisse so gut wie er, daß die hiesige öffentliche Meinung, mit Recht oder Unrecht, keinerlei Unterstützung des Sultans gutheißen würde, und daß die Regierung in dieser Beziehung unter einem Druck stehe, von dem sie sich nicht frei machen könne, ohne ihre Existenz aufs Spiel zu setzen. Mit Italien liege die Sache anders, und er glaube, daß dasselbe mit Rücksicht auf die Gleichartigkeit der Interessen und auf das Bedürfnis der Italiener nach eventuellem Schutz durch die englische Flotte unter allen Umständen und auch ohne Vertrag auf englischer Seite stehen würde. Ich erwiderte dem Minister, daß er nach meiner Ansicht in einem Irrtum befangen sei, wenn er annehme, daß die Auffassung in Wien in bezug

---

* China Nr. 1 (1898). Correspondence respecting the Affairs of China.

auf die Türkei durch die Ereignisse der letzten Jahre nicht wesentlich modifiziert worden sei. Wenn man früher dort als ein Axiom betrachtet habe, daß die österreichischen Interessen im Orient nur durch die unbedingte Aufrechterhaltung der Integrität des Türkischen Reichs und der Autorität des Sultans über dasselbe gesichert werden könnten, so habe diese Auffassung seitdem offenbar eine wesentliche Modifikation erlitten, wie dies schon aus der Haltung Österreichs in bezug auf die Einführung von Reformen in der Türkei und aus seiner Mitwirkung bei der kretensischen Frage hervorgehe*. Was Österreich, soweit ich es beurteilen könne, im eigenen Interesse nicht zugeben dürfe, sei die eventuelle Ersetzung der türkischen Autorität in der österreichischen Interessensphäre im Orient durch den dominierenden Einfluß einer andern Macht. Wenn diese Auffassung, wie ich glaubte, richtig sei, so ergebe sich daraus, daß England vollständig in der Lage sein würde, den Interessen Österreichs im Orient Rechnung zu tragen[13], ohne sich mit der hiesigen öffentlichen Meinung durch formelle Unterstützung des Sultans in Widerspruch zu setzen. Herr Chamberlain, auf welchen dies Argument offenbar einen gewissen Eindruck machte, stellte die Richtigkeit meiner Auffassung zwar nicht in Abrede, hielt mir aber entgegen, daß es für England viel mehr darauf ankomme, sich der deutschen Allianz zu versichern[14], welche es mit Rücksicht auf die dringende Notwendigkeit, weiterem russischen Vorgehen in China entgegenzutreten, nicht entbehren könne[15], und daß es damit gleichzeitig und von selbst auch Österreich und Italien gewinnen würde[16], die unzweifelhaft keinen Anstand nehmen würden, dem Beispiel Deutschlands zu folgen.

Als ich im weiteren Verlaufe unserer Unterredung nochmals alle Bedenken geltend machte, die unsererseits einer alsbaldigen Abmachung im Wege stehen, und gleichzeitig darauf hinwies, daß sich die Umstände und Auffassungen mit der Zeit ändern könnten, daß es also inzwischen darauf ankomme, die Beziehungen zwischen uns durch gegenseitiges Entgegenkommen in kleineren Fragen zu verbessern[17], erwiderte mir Herr Chamberlain, indem er ausführlich die Auffassung entwickelte, daß für England, wenn es auf die seiner Ansicht nach naturgemäße Allianz mit Deutschland verzichten müsse, keine Unmöglichkeit sein würde, mit Rußland[18] oder mit Frankreich[19] zu einer Verständigung zu gelangen. Mit Rußland habe man hier ernste Schwierigkeiten nur in Indien und in China zu befürchten. Für die Sicherstellung von Indien sei hier gesorgt, und über China könne man sich, wenn es sein müsse, mit Rußland allein verständigen. Wie er mir schon früher gesagt, sei er nicht der Ansicht, daß es sich empfehlen würde, mit uns oder mit anderen kleinere Fragen durch englische Konzessionen zu erledigen, wenn nicht gleichzeitig eine allgemeine Verständigung stattfinden könnte. Zwischen England und Deutschland beständen

---

* Vgl. Bd. XII, Kap. LXXVII und LXXVIII.

seines Wissens nur zwei[20] koloniale Fragen: die neutrale Zone* und die Frage der Delagoabai[21], welche beide im Falle einer allgemeinen Verständigung im Sinne gegenseitigen Entgegenkommens erledigt werden könnten, da die englische Regierung in diesem Falle Konzessionen ihrerseits hier rechtfertigen könnte. In demselben Sinne betrachte er die kolonialen Schwierigkeiten mit Frankreich und sei einerseits vollständig vorbereitet, eventuell den Vorschlag zu machen, daß beide Teile ihre sämtlichen[22] Ansprüche und Wünsche zu formulieren hätten, welche dann durch gegenseitiges Entgegenkommen ausgeglichen werden könnten**.

Es konnte mir nicht zweifelhaft sein, daß Herr Chamberlain mit diesen Äußerungen die wohlüberlegte Andeutung verbinden wollte, daß England, soweit er dabei mitzureden habe, im Falle einer definitiven Ablehnung unsererseits darauf vorbereitet sei, sich mit Rußland[23] oder mit Frankreich zu verständigen, und daß wir, wenn keine politische Verständigung zwischen uns zustande komme, hier auf kein Entgegenkommen seinerseits in kolonialen Fragen zu rechnen haben.

Unsere Unterhaltung war eine durchaus freundschaftliche, und wir einigten uns schließlich darüber, daß es, welches auch das Schlußresultat sein möge, im beiderseitigen Interesse liege, durch fortgesetzte freundschaftliche und offene Aussprache die Möglichkeit[24] freundschaftlicher Beziehungen und einer Verständigung offenzuhalten. Soweit ich mir ein Urteil gestatten darf, liegt dies auch in unserem Interesse, und ich habe mich daher im Vertrauen auf Euerer Durchlaucht Billigung bemüht, Herrn Chamberlain den Eindruck zu hinterlassen, daß einer späteren Verständigung keine unübersteiglichen Hindernisse im Wege stehen, und daß ich meinerseits persönlich nach Kräften bemüht sein werde, die entgegenstehenden Hindernisse allmählich aus dem Wege zu räumen. Ich will daher persönlich jeden Augenblick in der Lage sein, die Besprechungen mit Herrn Chamberlain, dessen Einfluß im Kabinett nicht unterschätzt werden darf, wieder aufzunehmen.

Es wäre Herrn Chamberlain, dessen persönlicher Ehrgeiz eine große Rolle spielt, offenbar sehr erwünscht gewesen, vor der Rückkehr Lord Salisburys einen Erfolg zu erzielen. Er bemerkte in bezug auf den Premierminister, daß Herr Balfour denselben, so viel er wisse, von unseren Unterhaltungen brieflich in Kenntnis gesetzt habe. Meinerseits beabsichtige ich, den Premierminister nach seiner Rückkehr über meine Unterhaltungen mit Herrn Balfour und Herrn Chamberlain, zu welchen beide Minister die Initiative ergriffen haben, mit voller Aufrichtigkeit aufzuklären und dazu zu bemerken, daß ich mich zwar in seiner Abwesenheit dieser Initiative nicht entziehen konnte, daß ich aber, auch abgesehen von den sachlichen Bedenken, die mir große

---

* Vgl. Nr. 3779, Seite 194, Fußnote *.
** Vgl. Nr. 3790, Fußnote *.

Zurückhaltung in der Sache auferlegen mußten, von vornherein entschlossen war, auch persönlich zu der Frage nicht Stellung zu nehmen, ohne seine, des Premierministers, Auffassung und Wünsche zu kennen.

Aus gut unterrichteter Quelle wird mir versichert, daß die hiesigen russiscnen Preßagenten fortgesetzt große Anstrengungen machen, um in den hiesigen Zeitungen gegen jede Annäherung an Deutschland zu wirken. Hatzfeldt

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

1 Was hat er denn?

2 richtig

3 Jahrzehnte!

4 ja; vor allem ein rasches aufdecken und festnageln aller von fremder Seite in die Englische Presse lanzirten antideutschen Artikel! die unsre dumme Presse zu Ausfällen gegen England verleiten

5 gut!

6 richtig

7 nein! sondern Wei-hai-wei

8 abwarten!

9 fällt mir gar nicht ein! je weiter die Russen in Asien sich engagiren, desto stiller sitzen sie in Europa

10 Unsinn

11 fällt Russland gar nicht ein! Es macht an England ein großes Angebot, das nimmt es an, läßt uns andere alle sitzen. Da wir doch auf dem Continent mit Rußland grenzen und die Keile abbekommen, die zu Wasser nicht erfolgen werden.

13 ja

15 also wir sollen dem Czaren, zum Dank, daß er uns zu Kiau[tschou] verholfen, verwehren, in China Fortschritte zu machen, weil es England nicht paßt! Ein genialer Einfall!

16 !

17 ja

18 unmöglich!

19 mit Frankreich vielleicht

20 3! Samoa!

Schlußbemerkung des Kaisers:

Hatzfeld hat sehr geschickt geantwortet. Des Pudels Kern ist: Durch die, in der Besetzung von Wei-hai-wei *, ab irato, den Russen vor die Nase gehaltene Faust, ist plötzlich eine für England sehr unbequeme Situation geschaffen. Fürs erste hat der Russe nicht nach der Faust geschlagen, hat sich das aber für später vorbehalten; das fängt an, John Bull zu dämmern, und er will Einen haben, der ihm aus der Klemme hilft! Ich thue das bestimmt nicht blos auf die Versprechungen von Chamberlain hin! Was später sich ereignen kann werden wir ja sehen

Randbemerkungen von Holsteins auf einem Duplikat des Berichts:

12 Wenn wir die Wahl zwischen den Beiden haben, stehen wir doch natürlich bei Österreich. Wir sollen also mit England zusammen eine anti-österreichische Politik machen!

14 Natürlich. Aber so auf's erste Pfeifen geht das nicht gleich.

21 Da ist also wohl der erste Preis zu suchen, den England uns für einen russischen Krieg zahlen würde. Billig.

---

* Vgl. Kap. XC, Nr. 3760 ff.

22 Unter den englischen Ansprüchen würde der vorderste sein, daß Frankreich Rußland aufgibt. Oder würde England Ägypten und den Niger opfern, selbst wenn Frankreich nach Rußland hin freie Hand behält?
23 In demselben Augenblick, wo die „Times" sagt, selbst der leichtgläubigste Engländer werde russischen Versprechungen nicht mehr glauben! Seine Majestät hat auch in einem Marginal zu einem früheren Hatzfeldtschen Bericht gesagt: „Rußland hält nie eine Grenze ein."
24 Diese Möglichkeit tritt erst dann ein, wenn
1, Rußland uns bedroht
2, England weniger breitspurig auftritt als heute.

Nr. 3794

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept

Nr. 369 Berlin, den 30. April 1898

Ew. beehre ich mich, den Bericht Nr. 359 vom 26. d. Mts.* mit den allerhöchsten Randbemerkungen ergebenst zurückzustellen. Es gereichte mir zu besonderer Befriedigung, aus dem Schlußvermerk zu konstatieren, daß Seine Majestät mit der Art, wie Ew. Herrn Chamberlain geantwortet haben, rückhaltslos einverstanden sind.

Es ist in der Tat das äußerste, was von unserer Seite geleistet werden kann, wenn wir uns bemühen, Herrn Chamberlain den Eindruck zu hinterlassen, daß einer späteren Verständigung keine unübersteiglichen Hindernisse im Wege stehen. Für jetzt sprechen gegen eine weitere Verfolgung der Bündnisverhandlungen

1. der Umstand, daß zurzeit uns von Rußland keine Gefahr droht, eine solche aber entstehen würde, wenn Rußland wahrnähme, daß wir bemüht sind, uns mit England zu einer festen Widerstandsgruppe zu vereinigen. Es ist nicht zu verlangen, daß wir sanguinischer sein sollen als Herr Balfour, welcher die Genehmigung eines deutsch-englischen Bündnisvertrages für zweifelhaft hält. Deutschlands Lage müßte aber in der Tat schon eine hochgradig bedrängte sein, um die Folgen, welche die Ablehnung jenes Bündnisvertrages durch das englische Parlament für Deutschland haben müßte, als das mindere Übel erscheinen zu lassen.

2. spricht gegen den Bündnisgedanken das Mißverhältnis zwischen der wirklichen Lage Englands und der Vorstellung, welche Herr Chamberlain sich davon macht. Ihm schwebt die Einleitung eines Meistbietungsverfahrens zwischen Deutschland und Frankreich vor; der Vor-

* Siehe Nr. 3793.

zug, den er Deutschland gab, indem er dieses zuerst zum Bieten aufforderte, stellt sich als eine occasion dar, die Deutschland sich, nach Herrn Chamberlains Ansicht, nicht sollte entgehen lassen. Zögert Deutschland, so kommt Frankreich an die Reihe, und letzteres wird sich, immer nach Herrn Chamberlains Ansicht, die Gelegenheit schwerlich entgehen lassen.

In letzterer Hinsicht teile ich Herrn Chamberlains Ansicht nicht, glaube vielmehr, daß Frankreich durch keinen Preis, den England zahlen würde, sich heute bewegen lassen wird, ein Bündnis, selbst der platonischsten und defensivsten Art, gegen Rußland einzugehen.

Die vorstehenden kurzen Erwägungen führen uns zu dem praktischen Ergebnis, daß der Zeitpunkt für den Eintritt in deutsch-englische Bündnisverhandlungen gekommen sein wird, wenn zwei heute noch nicht existierende Vorbedingungen eingetreten sein werden, nämlich einerseits eine Gefährdung oder Bedrohung deutscher Interessen durch Rußland und andererseits eine Aufklärung Englands darüber, daß es auf Frankreichs Unterstützung gegen Rußland nicht rechnen kann. Weit entfernt, einen Ideenaustausch zwischen Paris und London bezüglich des Bündnisgedankens zu scheuen, sehe ich vielmehr diese Anbandlungen und die daraus für England mutmaßlich resultierenden Erfahrungen als die notwendige Einleitung an für die Herbeiführung besserer Beziehungen zwischen England und Deutschland. Wenn England von der Illusion zurückgekommen sein wird, daß es die Wahl der Verbündeten hat, dann werden wir in einem Blatte, welches wie die „Times" Anspruch darauf macht, die Gedanken und die Gefühle eines großen Teiles der Nation zum Ausdruck zu bringen, nicht mehr Artikel lesen wie den von vorgestern, wo die Eisenbahnverbindung von Wei-hai-wei nach Peking und außerdem auch die Kohlengruben von Schantung als notwendig für Englands Stellung in Nordchina bezeichnet werden. Artikel dieser Art liefern Material zur Beantwortung der Frage, wer von den beiden, ob Rußland oder England, die deutschen Interessen in China gegenwärtig mehr bedroht.

Auf die Bemerkung des Herrn Chamberlain über die Möglichkeit eines Interessenausgleichs zwischen Rußland und England gehe ich nicht näher ein; gleichzeitig mit jener Äußerung erklärte fast einstimmig die große englische Presse infolge der Veröffentlichung des neuesten ostasiatischen Blaubuchs, daß von nun an auch der leichtgläubigste englische Staatsmann keinem russischen Versprechen mehr werde glauben können.

Mit Ew. Absicht, nach Rückkehr von Lord Salisbury diesem Kenntnis von den mit Herrn Chamberlain angeregten Besprechungen zu geben, bin ich vollkommen einverstanden. Ohne die Kommentare, mit welchen Ew. entsprechend Ihrer Kenntnis der Persönlichkeit die Mitteilung begleiten werden, nach Form und Inhalt einschränken zu wollen, möchte ich annehmen, daß Lord Salisbury Verständnis dafür

haben wird, wenn Ew. ihn darauf hinweisen, daß Deutschland gegenwärtig durch Rußland nicht gefährdet ist; daß diese Gefahr entstehen wird in dem Augenblick, wo wir den — möglicherweise unglücklichen — Versuch machen, uns mit England zu verbünden; daß wir aber nicht wissen können, welche Weltlage durch den unzweifelhaft vorhandenen russischen Ausbreitungstrieb geschaffen werden wird; daß daher, um die Zukunft offenzuhalten, es im deutsch-englischen Interesse liegt, bei vorkommenden Einzelfällen eine schroffe Behandlung, welche zu erneuter Entfremdung der beiden Völker führen könnte, tunlichst zu vermeiden.

Bülow

Nr. 3795

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Privat für Baron von Holstein London, den 14. Mai 1898

Wenn Philippinenfrage* akut wird, bleibe ich natürlich. Mache auf Rede Chamberlains in Birmingham ** aufmerksam, in welcher zum erstenmal der Gedanke öffentlich ausgesprochen wird, daß England Allianzen braucht. Man hat nach meinem Eindruck die Hoffnung auf uns noch nicht ganz aufgegeben. Ist dies erst der Fall, dann müssen wir meines Erachtens hier zunächst keine Konzessionen oder Gefälligkeiten mehr erwarten noch beanspruchen.

Hatzfeldt

---

* Vgl. Bd. XV, Kap. XCVIII.

** Am 13. Mai hatte Chamberlain eine Rede in Birmingham gehalten, die unter deutlichem Hinweis auf die drohende Gefahr einer kriegerischen Verwicklung mit Rußland wegen Chinas den Gedanken eines Anschlusses Englands an den Dreibund ventilierte. „Wenn das Schicksal des Chinesischen Reiches nicht ohne England entschieden werden soll, dann dürfen wir nicht den Gedanken eines Bündnisses mit jenen Mächten zurückweisen, deren Interessen mit den unsrigen gleichartig sind.“ Die Chamberlainsche Rede erregte wegen ihrer scharfen Wendungen gegen Rußland und wegen der Verkündigung des Grundsatzes, daß England nicht mehr isoliert bleiben dürfe, sich vielmehr nach Verbündeten umsehen müsse, ein ungewöhnliches Aufsehen. Eine Aufzeichnung des Staatssekretärs von Bülow vom 17. Mai, die die Äußerungen der verschiedenen Botschafter über die Chamberlainsche Rede anläßlich des letzten Botschafterempfanges zusammenstellt, spiegelt die ganze Sensation der Chamberlainschen Rede wider. Lord Salisbury freilich stellte sich, nach einem Telegramm Graf Hatzfeldts vom 18. Mai, auf eine Frage des russischen Botschafters von Staal auf den Standpunkt, daß nach englischer Sitte und Tradition öffentliche Reden außerhalb des Parlaments, auch wenn sie von einem Mitgliede des Kabinetts gehalten würden, das letztere nichts angingen, und daß die Regierung als solche sich mit den Äußerungen des betreffenden Redners in keiner Weise identifiziere.

Nr. 3796

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept

Nr. 414 Berlin, den 15. Mai 1898

Die in Ew. pp. Bericht Nr. 394* erwähnte Äußerung Lord Salisburys von der russisch-österreichischen Allianz hat keinen ernsten

---

* Auffällig ist, daß, obwohl sich Graf Hatzfeldt vorgenommen hatte, den Anfang Mai nach England zurückkehrenden Premier Lord Salisbury über seine Unterhaltungen mit Balfour und Chamberlain in voller Aufrichtigkeit aufzuklären (vgl. Nr. 3793), und obwohl Staatssekretär von Bülow diese Absicht Hatzfeldts ausdrücklich gut hieß (vgl. Nr. 3794), dem deutschen Botschafter eine Gelegenheit dazu seitens des englischen Premiers nicht gegeben worden ist. Die ersten Unterredungen Graf Hatzfeldts mit Lord Salisbury nach dessen Rückkehr betrafen lediglich die chinesische Eisenbahnfrage. In einer weiteren Unterredung vom 11. Mai, über die Graf Hatzfeldt ausführlich am 12. Mai (Nr. 394) berichtete, wurde die Bündnisfrage indirekt gestreift, indem Lord Salisbury das österreichisch-russische Abkommen vom Mai 1897 über die Balkanfragen (vgl. Bd. XII, Kap. LXXIX), über das eben damals unrichtige Nachrichten durchsickerten, zum Anlaß nahm, um sich sehr wegwerfend über den nunmehrigen Bündniswert Österreichs und Italiens für England zu äußern. Im Laufe der Unterhaltung ließ Lord Salisbury ganz unvermittelt die Äußerung fallen: „Sie verlangen zu viel für Ihre Freundschaft." Auf die erstaunte Frage Graf Hatzfeldts, was denn Lord Salisbury bereits für die deutsche Freundschaft angeboten oder gar gegeben hätte, wußte dieser nur mit dem einen Worte „Zeila" zu antworten, mußte sich aber die Entgegnung gefallen lassen, daß Deutschland von der Berücksichtigung der italienischen Wünsche in bezug auf Zeila (vgl. Bd. VIII, Kap. LIV, A) keinen direkten Vorteil irgendeiner Art gehabt habe. An die Mitteilung dieser Äußerungen knüpfte Graf Hatzfeldt folgende Betrachtungen: „Ich habe geglaubt, über diese Unterhaltung berichten zu müssen, weil dieselbe einen Einblick in die augenblickliche pessimistische Stimmung Lord Salisburys gestattet, möchte aber gleichzeitig anheimstellen, auf die angeführten wenig befriedigenden Äußerungen des Premierministers keinen entscheidenden Wert zu legen und vorläufig noch nicht den Schluß daraus zu ziehen, daß das englische Kabinett sich über eine gegen uns oder gegen den Dreibund gerichtete Politik schlüssig gemacht hat. Es wird mir allerdings versichert, daß Herr Chamberlain über das Fehlschlagen seiner Hoffnungen auf eine Verständigung mit Deutschland, wenn nicht aufgebracht, doch im hohen Grade enttäuscht ist, wie ich dies meinerseits erwartet hatte. Dagegen habe ich manche Symptome, daß andere hervorragende Mitglieder des Kabinetts an der Hoffnung und dem Wunsche freundschaftlicher Beziehungen zu uns festhalten. Lord James of Hereford, welcher dem Kabinett angehört, sagte mir vor einigen Tagen, daß Seine Majestät der Kaiser, wenn er jetzt hierher käme, der populärste Mann in England sein würde. Von Lord Salisbury weiß ich aus langer Erfahrung, daß er sich in pessimistischen Stimmungen zu Äußerungen hinreißen läßt, die mit seiner sonstigen Tendenz in Widerspruch stehen, und die er nachher vergißt. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß er, wenn er sich über die Nachricht einer russisch-österreichischen Allianz wieder beruhigt hat, zu seiner früheren

Hintergrund, sondern dürfte ein taktischer Zug sein zur Abwehr des dem englischen Minister von jeher unsympathischen Gedankens eines Zusammengehens von England mit Kontinentalmächten *.

Ich hatte vor kurzem anläßlich Ihrer Gespräche mit Herrn Chamberlain Gelegenheit, Ew. pp. an einen Ausspruch zu erinnern, den Lord Salisbury vor sechs bis sieben Jahren Ihnen gegenüber tat, daß nämlich das englische Volk eine Aktion eher allein durchführen, als sich zu einem Bündnis mit den großen Militärmonarchien des Kontinents entschließen würde.

Durch den geheimen Erlaß Nr. 716 vom 7. Mai v. Js.** sind Ew. pp. in die Lage gesetzt worden zu beurteilen, welche Bewandtnis es mit der angeblichen österreichisch-russischen „Allianz, die mit der bisherigen orientalischen Politik Österreichs in Widerspruch steht", und mit der „positiven Verständigung und der Abgrenzung der österreichisch-russischen Interessensphären" in Wirklichkeit hat. Die jenem Erlaß beigefügte schriftliche Mitteilung des Grafen Goluchowski an den hiesigen österreichischen Botschafter läßt keinen Zweifel darüber, daß die fragliche Vereinbarung, welche in Petersburg zur Zeit der Anwesenheit des Kaisers Franz Joseph fixiert wurde, in keinem Punkte aus dem Rahmen der bisherigen österreichischen Orientpolitik heraustritt. Denn einerseits verpflichten sich die beiden Mächte, den Status quo auf der Balkanhalbinsel nach Möglichkeit aufrechtzuerhalten, andererseits wird ausdrücklich erklärt, daß die Meerengen und Konstantinopel mit Hinterland als europäische Frage zu betrachten und deshalb nicht Gegenstand für eine Sonderabmachung zwischen nur zwei Mächten seien. Bereits in dem Erlaß vom 7. Mai v. Js. war darauf hingewiesen, daß namentlich durch die Ausschließung dieses wichtigsten Punktes der Orientfrage die Bedeutung jener Petersburger Abmachungen auf ein sehr bescheidenes Maß reduziert und denselben gleichzeitig ein provisorischer Charakter als Stempel aufgedrückt wird. Jedenfalls aber liefern diese Abmachungen gerade durch die mit Bezug auf Konstantinopel und die Meerengen hervorgehobene Einschränkung den unwiderleglichen Beweis, daß Österreich nicht die Absicht hatte, von den Stipulationen des Berliner Vertrages im mindesten abzuweichen.

Auffassung zurückkehrt und den Nutzen guter Beziehungen zu uns und namentlich auch zu Österreich wieder anerkennen wird."

* Ähnlich heißt es in einem Immediatbericht Bülows vom 15. Mai, daß die Äußerung Lord Salisburys über das österreichisch-russische Abkommen „mehr eine Kulisse war, hinter welcher Lord Salisbury seine Abneigung gegen jeden vertragsmäßigen Anschluß Englands an kontinentale Mächte zu verbergen suchte." Daß dieser Verdacht des Auswärtigen Amtes nicht unbegründet war, ergibt sich daraus, daß Lord Salisbury wenige Tage darauf zu dem österreich-ungarischen Botschafter Grafen Deym sagte, daß er den fraglichen Angaben über eine Allianz Österreichs mit Rußland niemals Glauben geschenkt habe. Telegramm Graf Hatzfeldts vom 23. Mai 1898.

** Vgl. Bd. XII, Kap. LXXIX, Nr. 3127.

Daß auch keine „Abgrenzung der Interessensphären" zwischen Österreich und Rußland im vorigen Jahre oder seitdem stattgefunden hat, ergibt sich zur Genüge aus der von amtlicher russischer Seite bis zum Zaren hinauf offen zur Schau getragenen Erbitterung über das Wiedererscheinen des Königs Milan in Serbien* und die damit verbundene Stärkung des österreichischen Einflusses daselbst, während doch Serbien bei einer wirklichen Abgrenzung der Interessensphären naturgemäß und unvermeidlich auf die österreichische Seite hätte fallen müssen. Angesichts dieser Wahrnehmung kann man mit Bestimmtheit sagen, daß keine „Abgrenzung" stattgefunden hat.

Gegenüber dieser klaren Sachlage, welche mir übrigens auch durch mündliche Mitteilungen sowohl des Grafen Goluchowski wie des Grafen Murawiew bestätigt worden ist, charakterisiert sich die Behauptung, daß Österreich mit seiner bisherigen Orientpolitik gebrochen habe, als eine — wahrscheinlich bewußte — Entstellung der Tatsachen. Die Vermutung liegt nicht fern, daß is fecit cui prodest, z. B. Frankreich, dem daran liegen muß, durch Ausmalung von Englands Isolierung die englische Regierung fügsamer in den Nigerverhandlungen zu stimmen.

Ew. pp. kann ich zwar nicht ermächtigen, die dem Erlaß vom 7. Mai v. Js. beigefügte geheime Mitteilung des Grafen Goluchowski an Lord Salisbury weiterzugeben, wohl aber werden Sie diesem sagen können, daß nach den uns vorliegenden Anzeichen und positiven Beweisen die österreichische Politik sich von den Abmachungen des Berliner Vertrags bisher in keinem Punkte entfernt hat, und daß überdies Graf Goluchowski bei dem großen Werte, den er immer noch auf ein gutes Verhältnis zu England legt, auf die erste Andeutung englischen Mißtrauens hin zweifellos bereit sein wird, genügende Aufklärungen zu geben. Es hängt also lediglich von Lord Salisbury ab, jenen Verdacht wegen der „veränderten österreichischen Politik" entweder direkt oder durch uns beseitigen zu lassen. Wenn aber der englische Minister, wie aus seiner Bitte um Geheimhaltung hervorzugehen scheint, eine Aufklärung der gegen das Wiener Kabinett gerichteten Insinuationen zu vermeiden wünscht, werden wir uns schwer der Erwägung verschließen können, daß jener Verdacht vielleicht willkommen war als Argument für die Wahrung von Englands „herrlicher Isolierung". Lord Salisbury würde damit die Vermutung bestätigen, daß es der englischen Regierung, wenigstens solange er der Leiter derselben bleibt, nicht Ernst mit einem Anschluß an kontinentale Mächte sein wird. Niemand wird es unter solchen Umständen Seiner Majestät dem Kaiser, unserm allergnädigsten Herrn, verdenken können, wenn allerhöchstderselbe der bei uns allezeit vorhandenen Neigung zur Her-

* Am 6. Januar 1898 hatte König Alexander den Ex-König Milan zum Kommandanten der serbischen Armee ernannt.

beiführung eines werktätigen Einverständnisses mit England vorerst nur bei der Behandlung von Einzelfragen Ausdruck gibt, hingegen die auf Herstellung eines allgemeinen Einverständnisses gerichteten Anregungen zurzeit noch mit vorsichtiger Zurückhaltung behandelt in dem Gefühl, daß zwischen der ersten akademischen Anbandlung und dem endgültig bindenden Vertrage eine breite Kluft liegt, zu deren Überwindung von englischer Seite ein rückhaltloseres und kräftigeres Entgegenkommen als das jetzt vorhandene erforderlich sein wird. Aus dem gleichen Grunde wird es sich wohl auch empfehlen, daß Ew. pp. auf den Gedanken eines festeren Zusammenschließens von England mit Österreich und Italien aus eigener Initiative zunächst nicht wieder zurückkommen.

Bülow

Nr. 3797

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 119 London, den 15. Mai 1898

Die Bedeutung der Rede Chamberlains * für die weitere Entwickelung der hiesigen auswärtigen Politik läßt sich, wie ich glaube, vorläufig noch nicht vollständig übersehen, solange nicht mit Sicherheit zu ermitteln ist, ob und wie weit Chamberlain sich dabei in Übereinstimmung mit dem Premierminister befunden hat. Die letzte Rede Lord Salisbury am 11. d. Mts. sowie seine überraschenden und pessimistischen Äußerungen gegen mich ** berechtigen anscheinend zu der Vermutung, daß zwischen ihm und Chamberlain heute in bezug auf die allgemeinen Ziele der englischen Politik nach außen eine gewisse Übereinstimmung besteht, und ich glaube außerdem, wie die Dinge hier zurzeit noch liegen, daß die Annahme, als ob Chamberlain sich durch eine so weittragende Manifestation in direkten Gegensatz zum Premierminister bringen würde, als ausgeschlossen zu betrachten ist. Die hier umlaufenden Gerüchte über geheime Unterhandlungen zwischen Chamberlain und Lord Salisbury, welche die Bildung einer dritten Partei aus den gemäßigten Elementen der Radikalen und Unionisten zum Zweck haben sollen, sind vorläufig mit Vorsicht aufzunehmen. Für sehr möglich, wenn nicht wahrscheinlich halte ich dagegen, daß Chamberlain, über dessen Auffassung bezüglich der Notwendigkeit einer energischeren Politik in China Rußland gegenüber ich wiederholt

* Vgl. Nr. 3795, Fußnote **.
** Vgl. Nr. 3796, Fußnote *.

berichtet habe, seinen Einfluß im Kabinett dafür eingesetzt und Lord Salisbury außerdem auf die allerdings unverkennbare Tatsache hingewiesen hat, daß die öffentliche Meinung, namentlich unter den Anhängern der Regierung, mit der schwankenden Leitung der auswärtigen Politik entschieden unzufrieden ist, und daß etwas geschehen müsse, um die auf diesem Gebiete erlittenen Niederlagen wieder gutzumachen und die Regierung zu stärken. Damit ist aber, wie ich glaube, noch keineswegs gesagt, daß Lord Salisbury, wenn er die fragliche Auffassung Chamberlains auch bis zu einem gewissen Grade teilt, seinerseits bereits entschlossen ist, eine von Chamberlain vertretene abenteuerliche Politik bis an ihre äußersten Konsequenzen mitzumachen. Es würde mich nicht überraschen, wie ich seine Denkungsart und sein Verfahren kenne, wenn er das Vorgehen des Kolonialministers als einen ballon d'essai betrachtete, dessen Wirkung auf die öffentliche Meinung abzuwarten ist, und wenn er sich dabei vorbehielte, eventuell mäßigend einzugreifen, wenn die öffentliche Meinung, wie dies namentlich in den geschäftlichen Kreisen zu erwarten ist, für kriegerische Politik wenig Neigung zeigt. Hierzu kommt noch der nicht zu unterschätzende Umstand, daß die kolonialen Beziehungen mit Frankreich gerade jetzt nicht der Art sind, daß eine politische Annäherung der beiden Länder eine leichte Aufgabe sein würde. Lord Salisbury hat mir selbst zugestanden, daß die Nigerverhandlungen in Paris gerade jetzt sehr unbefriedigend liegen[1]*, und von anderer Seite höre ich, daß Chamberlain an der Auffassung festhält, daß er den Franzosen keine weiteren Zugeständnisse machen könne und wolle. Von einem Staatsmann wie Lord Salisbury kann aber trotz aller von ihm begangenen Fehler kaum angenommen werden, daß er in einer Allianz mit Amerika, welche er bisher für ausgeschlossen hielt[2], eine hinreichende Verstärkung des im übrigen vollständig isolierten Englands erblicken würde, um eine kriegerische Politik gegen Rußland und vielleicht gleichzeitig Frankreich aufzunehmen.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung bleiben aber meines Erachtens, soweit wir dabei in Frage kommen, die letzten überraschenden Äußerungen Lord Salisburys mir gegenüber in bezug auf die angebliche russisch-österreichische Allianz, von welcher er mit offenbarer Erregung sprach**. Ob seine Angabe, daß er die fragliche Verständigung erst jetzt mit Sicherheit erfahren und bisher nicht daran habe glauben wollen, der Wahrheit entsprach, läßt sich nicht ermitteln. Jedenfalls ging seine Absicht dahin, mich darüber auf-

---

* Vgl Nr. 3790, Fußnote. Die Verhandlungen gewannen bald ein hoffnungsvolleres Aussehen und führten am 14. Juni zu dem Abkommen über das streitige Gebiet am Niger, durch das Frankreich das ganze Ostufer des Tschadsees von Barma bis zur Scharimündung und damit eine Verbindung aller französischen Kolonien mittels ihrer Hinterländer erhielt.

** Vgl. Nr. 3796, Fußnote *.

zuklären, daß die Freundschaft der Tripelallianz keinen Wert für England haben könne[3], wenn das zweitwichtigste Mitglied derselben sich mit Rußland über eine Teilung der Interessensphären im Orient definitiv verständigt habe. Auch uns gegenüber und in bezug auf Fragen, welche mit der europäischen Politik nichts zu tun haben, war seine Sprache weniger entgegenkommend als sonst[4]. Nachträglich bemerke ich in dieser Hinsicht, daß Lord Salisbury, als wir gesprächsweise auf frühere Unterhaltungen über eine eventuelle freundschaftliche Teilung von Mosambique * kamen, mit einem gewissen Nachdruck bemerkte: „J'ai dit alors que nous aurions pu diviser la colonie portugaise, mais je n'ai pas dit partager[5].“

Hatzfeldt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer Abschrift:
[1] Bravo!
[2] ?
[3] weil durch die Verständigung die Tripelallianz der Aufgabe enthoben ist, sich für Englische Intressen gegen Russland zu schlagen!
[4] wir haben ja Kiao-Tschou und sind in Peking! **
[5] ?
Schlußbemerkung des Kaisers:
Der edle Lord kann es nicht verschmerzen, daß wir ohne ihn in China die ersten werden!

Nr. 3798

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 411 London, den 20. Mai 1898

Obwohl Lord Salisbury in unserer letzten Unterhaltung am 18. d. Mts. wieder seine gewöhnliche Unbefangenheit an den Tag legte und die bei unserem früheren Zusammentreffen *** bemerkbare pessimistische Stimmung überwunden zu haben schien, hatte ich doch nicht den Eindruck, daß er große Neigung empfinde, meine etwaigen Äußerungen über politische und andere Fragen, die für uns von Interesse sein könnten, mit besonderem Entgegenkommen aufzunehmen. Dies zeigte sich gleich im Anfang, als ich, anknüpfend an die von ihm in unserer vorhergehenden Unterredung gezeigte Beunruhigung über ein angebliches russisch-österreichisches Abkommen, auf das von den Zeitungen bereits gemeldete Dementi aufmerksam machte, welches Graf Goluchowski diesen Verdächtigungen seiner Politik in den Delegationen

---

* Vgl. Kap. XCIII.
** Anspielung auf den Besuch des Prinzen Heinrich in Peking, der am 16. Mai feierlich von dem Kaiser von China empfangen wurde.
*** Vgl. Nr. 3796, Fußnote *.

entgegengesetzt habe*. Ich fügte hinzu, in Berlin habe die fragliche Verdächtigung schon deshalb nicht den geringsten Eindruck gemacht, weil wir, wie ich ihm versichern könne, dort stets mit Bestimmtheit gewußt[1] hätten, daß Graf Goluchowski sich in seinen Verhandlungen mit der russischen Regierung in keiner Hinsicht von der Basis des Berliner Vertrages entfernt habe. Der Premierminister nahm die vorstehenden Mitteilungen, ohne ihnen zu widersprechen, mit einer Gleichgültigkeit auf, die auf eine gewisse Absichtlichkeit schließen ließ, indem er gleichzeitig den Eindruck hervorzubringen suchte, daß er sich nicht erinnern[2] könne, Beunruhigung an den Tag gelegt zu haben. Ich ließ daher die Frage fallen, ohne auf eine Erörterung über den Widerspruch zwischen den jetzigen und den vorhergehenden Äußerungen des Ministers einzugehen, und indem ich mich gleichzeitig enthielt, meinerseits nochmals eine Ansicht über den Nutzen einer politischen Annäherung Englands an Österreich auszusprechen.

Bei der sich hieran knüpfenden Besprechung der Chamberlainschen Rede** kamen auch meine früheren Unterhaltungen mit dem Kolonialminister wieder zur Sprache, und es wurde namentlich auch die von mir demselben gegenüber vertretene Ansicht*** erwähnt, daß es jetzt zunächst darauf ankomme, durch entgegenkommende Haltung in den vorkommenden kleineren Fragen die öffentliche Meinung in den beiden Ländern auf eine intimere Annäherung vorzubereiten[3]. Hierzu bemerkte Lord Salisbury zunächst, daß er mit dieser Auffassung einverstanden sein könne, aber unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß nicht der eine Teil stets der Gebende und der andere immer nur der Nehmende sein solle[4]. Er fügte hinzu, daß eine entgegenkommende Behandlung der vorkommenden Fragen, wie ich sie stets als wünschenswert bezeichnet, gewiß angezeigt sein würde, daß dies aber nur dann für unsere Beziehungen von wirklichem Nutzen sein könne, wenn von beiden Seiten das gleiche Entgegenkommen und die gleiche freundschaftliche Berücksichtigung der Interessen

---

* Im Auswärtigen Ausschuß der ungarischen Delegation war Graf Goluchowski am 17. Mai über den angeblich zwischen Österreich-Ungarn und Rußland im April 1897 abgeschlossenen „geheimen Staatsvertrag" befragt worden, hinsichtlich dessen die „Frankfurter Zeitung" tags zuvor detaillierte Angaben veröffentlicht hatte. Graf Goluchowski erwiderte: „Ich kann diese Frage bündig und mit kurzen Worten dahin beantworten, daß die Mitteilung der ‚Frankfurter Zeitung' eine plumpe Erfindung ist." Nach einer Meldung Graf Hatzfeldts vom 18. Mai (Telegramm Nr. 13) erklärte sich Lord Salisbury durch dieses mehr kategorische als wahrheitsgemäße Dementi für vollständig beruhigt: ein neuer Beweis dafür, daß es ihm bei der Vorschiebung seiner Besorgnisse wegen des Abkommens von 1897 wirklich nur um einen Vorwand zu tun war, um sich nicht auf den Boden der in seiner Abwesenheit von Balfour und Chamberlain an die deutsche Adresse gerichteten Bündnisanerbietungen stellen zu müssen.

** Vgl. Nr. 3795, Fußnote **.

*** Vgl. Nr. 3793.

des anderen Teils betätigt würde. Auf diese mit einem gewissen Nachdruck vorgebrachten Bemerkungen, bei welchen ich den Eindruck hatte, daß der Premierminister mit einer gewissen inneren Erregung, um nicht zu sagen Bitterkeit, kämpfte, habe ich ruhig erwidert, daß ich mich seiner Auffassung über die Gegenseitigkeit des Entgegenkommens und der freundschaftlichen Rücksichten um so leichter anschließen könne, als ich meinerseits bei der fraglichen Äußerung Mr. Chamberlain gegenüber niemals etwas anderes im Auge gehabt hätte. Wenn er aber, indem er von Nehmen und Geben spreche, von der Voraussetzung ausgehe, daß die beiden Länder in jeder vorkommenden Frage sich gegenseitig stets gleichartige Zugeständnisse machen müßten, so fiele mir in dieser Hinsicht eben ein, und es sei vielleicht nützlich, es hervorzuheben, daß die tatsächlichen Umstände in manchen Fragen für beide Länder durchaus nicht immer die gleichen seien und daher eine gleichartige Behandlung kaum zugeben würden. Dies schiene mir namentlich auf koloniale Fragen Anwendung zu finden, schon deshalb, weil England in dieser Hinsicht ziemlich alles, wir dagegen sehr wenig besäßen[5], also von unserem geringen Besitztum nicht so leicht etwas abgeben könnten, wie das an Kolonien überreiche England es von seinem Überfluß tun könne[5]. Beim besten Willen könne ich mir auch nicht vorstellen, daß England uns irgendeinen Teil unseres bescheidenen Kolonialbesitzes mißgönnen und als begehrenswürdig betrachten könnte. Umgekehrt schiene mir, soweit ich mir ein persönliches Urteil gestatten dürfe, die Sache in dieser Hinsicht so zu liegen, daß England, welches seit einer Reihe von Jahren in kolonialer Hinsicht mit Riesenschritten vorgegangen sei und jetzt darauf ausgehe, sich die letzten noch verfügbaren und wertvollen kolonialen Objekte einzuverleiben[6], im eigenen wohlverstandenen Interesse handeln und den freundschaftlichen Beziehungen, wie sie zwischen den beiden Nationen bestehen sollten, entsprechen würde, wenn es Deutschland an seiner künftigen kolonialen Expansion dort, wo deutsche Interessen in Frage kommen könnten, in richtigem und angemessenem Verhältnis teilnehmen ließe[7].

Lord Salisbury verhielt sich diesem Gedanken gegenüber, den ich als einen persönlichen, aus augenblicklicher Inspiration hervorgehenden bezeichnet hatte, schweigend, und ich ließ ihn daher fallen, ohne ihm eine weitere Bedeutung beizulegen und ohne eine spezielle Nutzanwendung daran zu knüpfen.

Diese Zurückhaltung des Premierministers, dessen Stimmungen jetzt bekanntlich häufig wechseln, läßt sich, wie ich glaube, zum Teil auf die Besorgnis zurückführen, die sich anscheinend seiner bemächtigt hat, daß wir als Preis für freundschaftlichere Beziehungen zu England unerschwingliche Gegenleistungen in den vorkommenden einzelnen Fragen zu verlangen gedenken, die er schließlich doch nicht bewilligen

könnte, ohne den Widerspruch seiner Kollegen, namentlich des Kolonialministers[8] hervorzurufen, und ohne die hiesige öffentliche Meinung, welche jede Konzession an das Ausland als neue Schwäche zu betrachten geneigt ist, noch mehr gegen das Kabinett aufzubringen. Vielleicht spielt auch der Hintergedanke mit — ich habe kein greifbares Symptom dafür, halte die Annahme aber nicht für ausgeschlossen —, daß man hier auf Teile unseres kolonialen Besitzes, die vielleicht nach hiesiger Auffassung für England günstig gelegen sind, ein Auge geworfen hat, auch für dieselben wohl entsprechende Kompensationen bewilligen möchte, aber sich scheut, mit der Sprache herauszukommen, weil man eine entschiedene Ablehnung unsererseits befürchtet. Das hartnäckige Schweigen Lord Salisburys[9] auf die von mir halb im Scherz hingeworfene Bemerkung, daß das reiche England doch kaum etwas von unserem so bescheidenen Besitz begehren könne, läßt sich vielleicht in diesem Sinne deuten. Ausgeschlossen scheint mir auch nicht, daß die Russen und Franzosen, welchen jede Annäherung von England an Deutschland im höchsten Grade unerwünscht ist, hier auch darauf hinzuweisen nicht unterlassen[10] haben, daß wir für unsere Freundschaft einen ungeheuren Preis verlangen würden.

Wie dem auch sein möge, wird es meines gehorsamsten Erachtens angezeigt sein, daß ich mich, solange die jetzige Stimmung Lord Salisburys anhält, jeder Initiative zur Besprechung solcher Fragen bei ihm enthalte[11]. Es würde, wie mir scheint, kein Unglück sein, wenn dadurch der Eindruck bei ihm hervorgebracht würde, daß ich meine Bemühungen zur Herstellung besserer Beziehungen als hoffnungslos betrachte. Dies wird mich, falls Eure Durchlaucht mir keine andere Weisung erteilen, nicht verhindern, auf freundschaftliche Erörterungen mit Lord Salisbury wieder einzugehen, sobald seine Stimmung sich ändert und er selbst den Wunsch dazu an den Tag legt.

P. Hatzfeldt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Gut und richtig
[2] !
[3] ja
[4] das könnten wir eigentlich eher sagen!!
[5] gut
[6] sehr gut
[7] bravo!
[8] ! d. h. also er ist unter dem Pantoffel von Brummagem Joe!*
[9] das kann jedenfalls die Angelegenheit nicht fördern
[10] sehr wahrscheinlich
[11] ja
Schlußbemerkung des Kaisers:
Vollkommen einverstanden!

---

* Kurzform für Joseph Chamberlain, den Parlamentsvertreter für das populär Brummagem genannte Birmingham.

Chamberlain hat Salisbury völlig in der Tasche! S[alisbury] möchte mit uns handelseins werden, Chamberlain nicht, sondern uns berauben ohne zu handeln! Dazu wird ihm leichter, den Widerstand des edlen Lords gegen uns zu stärken, da er weiß, wie sehr französisch S[alisbury] im Grunde seines Herzens ist; was auch aus seiner Andeutung an Deym bezügl[ich] der Frage der Allianzen unter Hinweis auf den Krim Krieg hervorgeht *. Hatzfeldt hat richtig geantwortet und soll seine Haltung beibehalten. — Jedenfalls scheint die Allianz mit Amerika noch nicht dem Abschluß nahe zu sein, wenn man jetzt plötzlich wieder mit Frankreich droht! W.

Nr. 3799

*Aufzeichnung Kaiser Wilhelms II.***

Abschrift

1. Kombination.

Der Antrag geht hervor aus der Besorgnis vor den Folgen unseres Flottengesetzes. Im Anfang des nächsten Jahrhunderts würden wir über eine Panzerflotte verfügen, welche im Verein mit anderen sich auch vergrößert habenden Flotten England wirkliche Gefahr bringen wird. Daher die Absicht, uns entweder zum Bündnis zu zwingen, oder wie seinerzeit Holland, zu vernichten, ehe wir stark genuggeworden sind.

2. Kombination

Wenn England bona fide wäre, dann wäre die Vereinigung für die Zukunft ausgezeichnet und unser kolossaler Handel gesichert. Wie lange Rußland—Gallien vor solcher Kombination aus

* Nach einem Telegramm Hatzfeldts vom 22. Mai 1898 (Nr. 137) hätte Lord Salisbury gegenüber dem österreich-ungarischen Botschafter Grafen Deym die vielfach verbreitete Annahme, als ob „der Abschluß von Allianzen mit den englischen Traditionen im Widerspruch stehe, als unbegründet bezeichnet und dafür die Allianz mit Frankreich zur Zeit des Krimkrieges geltend gemacht." Dazu bemerkte Kaiser Wilhelm II. am Rande: „Hierin befindet er sich in direktem Widerspruch mit allen Mittheilungen, welche er uns darüber Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre gemacht hat, als wir versuchten, ihn zum Anschluß an den 3 Bund bezw. an Italien zu bewegen! Also muß es jetzt England doch brenselich vorkommen!"

** Die nur in Abschrift vorliegende, unsignierte und undatierte, zweifellos von Kaiser Wilhelm II. herrührende Notiz ist nach Ausweis der Akten von dem Staatssekretär von Bülow zugleich mit einer Abschrift des kaiserlichen Briefes an den Zaren vom 30. Mai 1898, der diesen von dem englischen Bündnisangebot in Kenntnis setzte (siehe den Text in Briefe Wilhelms II. an den Zaren, hrsg. von Walter Goetz S. 309 ff.; vgl. Nr. 3803, Fußnote), zu den Akten gegeben worden und steht offenbar in innerem Zusammenhange mit dem englischen Antrage und seiner Übermittelung nach Petersburg. Vgl. E. Brandenburg, Von Bismarck zum Weltkrieg, S. 96.

Angst Frieden halten werden, ist immerhin fraglich, doch nicht unmöglich. Andererseits weisen wir England ab und gelingt eine feste Verbindung mit Rußland — was Vorbedingung für Abweisung ist — so kann England Gallien eventuell absprengen und uns mit ihm zusammen erdrücken, vor allem unsern ganzen Handel total zerstören, da er jetzt noch schutzlos und Rußland ihn nicht schützen helfen kann. Dagegen auf dem Land würden wir unsere ganze Heeresmacht eventuell von Rußland verstärkt vernichtend auf Gallien werfen können und unser Reich retten.

Nr. 3800

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 150 London, den 2. Juni 1898
Geheim

Im Laufe einer vertraulichen Unterhaltung mit mir, in welcher auch die Stellung, die Chamberlain neuerdings in bezug auf die auswärtige Politik Englands eingenommen hat, wieder akademisch erwähnt wurde, sprach Lord Salisbury, anscheinend nicht ohne Absicht, im allgemeinen die Auffassung aus, daß Allianzverträge, welche lange im voraus und vor dem Eintritt des wirklichen Bedürfnisfalles abgeschlossen würden, sich später nicht immer als wirksam herausstellten. und daß er es daher an sich für ratsamer halten würde, wenn Mächte, welche durch gleichartige Interessen auf politisches Zusammengehen hingewiesen wären, ihre Verständigung erst im Bedürfnisfall, wenn ihre Interessen ernstlich bedroht erschienen, durch einen formellen Vertrag zum Ausdruck brächten.

An diese Theorie, die ich schon in früheren Jahren von Lord Salisbury gehört habe, knüpften sich Äußerungen, aus welchen hervorging, daß der Premierminister, obwohl er mit dem von Chamberlain verfolgten Zweck der Annäherung an Deutschland an sich einverstanden war, der Ansicht ist, daß Chamberlain in seinen Eröffnungen an mich die Frage nicht so behandelt hat, wie es ein mit der auswärtigen Politik vertrauter Staatsmann getan haben würde. Namentlich hatte ich den Eindruck, daß Lord Salisbury den von Chamberlain bezeichneten Zweck der Allianz, welcher einer direkten Provokation Rußlands in Ostasien gleichgekommen wäre, aus zwei Gründen nicht gebilligt hat: einmal, weil vorauszusehen war, daß wir uns dabei nicht beteiligen würden, dann aber auch, weil eine solche Provokation auch seiner, Lord Salisburys, Politik nicht entsprechen würde. In letzterer Hinsicht war auch die Äußerung des Premierministers bezeichnend, er höre, daß man in

militärischen Kreisen auch bei uns der Ansicht sei, daß die militärische und politische Ausnutzung von Wei-hai-wei eine Besatzung von 18 000 Mann englischer Truppen erfordern würde. Er denke aber gar nicht daran, so weitgehende Maßregeln zu treffen, und ebensowenig würden die von den Zeitungen gemeldeten umfangreichen Befestigungen dort beabsichtigt [1]."

Aus der ganzen Unterhaltung habe ich den Eindruck gehabt, daß der Premierminister, welcher keine Besorgnis bezüglich einer Erschütterung seiner hiesigen Stellung mehr zu hegen scheint, gute Beziehungen mit uns zu pflegen wünscht und sich dabei vorbehält, eine formelle Verständigung mit uns anzuregen, wenn eine Zuspitzung der politischen Situation eintreten und dies wünschenswert machen sollte. In diesem Fall würde Lord Salisbury aber, wie ich glaube, für seine Vorschläge eine ganz andere Grundlage als Chamberlain wählen und als Zweck der Verständigung die Erhaltung des Friedens und die eventuelle gegenseitige Verteidigung für bestimmt formulierte Fälle bezeichnen.

Hatzfeldt

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II. auf einem Duplikat der Entzifferung *:
[1] Dann nützt ihm das ganze Ding nichts, und dann ist es auch nicht zu verstehen, warum er nach Wei-hai-wei ging!

Nr. 3801

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 440 London, den 3. Juni 1898
Geheim

Nach meinen Beobachtungen, die sich zum Teil auf Mitteilungen aus nichtamtlichen, aber guten Quellen stützen, halten die hervorragenderen Mitglieder des englischen Kabinetts an dem Wunsche und an der Hoffnung fest, daß eine politische Verständigung mit Deutschland [1] zustande kommen wird. Von Mr. Chamberlain wird mir allerdings versichert, daß er den Gedanken einer deutschen Allianz, als deren Urheber er sich betrachtet, zwar nicht aufgegeben habe, aber eine gewisse Enttäuschung darüber an den Tag lege, daß die Sache noch keine weiteren Fortschritte gemacht habe [2]. Die Stimmung Mr. Chamberlains wird aber voraussichtlich auf die weitere Entwickelung der Dinge zwischen den beiden Ländern einen entscheidenden Einfluß ausüben, da er sich unzweifelhaft eines großen Einflusses im Kabinett erfreut,

---

* In dem Duplikat fehlt der letzte Absatz des Telegramms.

und Lord Salisbury deshalb bei allen wichtigen Gelegenheiten Rücksicht auf ihn nehmen muß. Abgesehen davon ist er aber schon als Kolonialminister in der Lage, in bezug auf eine Verständigung mit Deutschland, bei welcher gleichzeitig koloniale Fragen zu erledigen sind, ein entscheidendes Wort mitzusprechen. In dieser Hinsicht glaube ich hier daran erinnern zu dürfen, daß Mr. Chamberlain sich in unseren Unterhaltungen stets auf den Standpunkt gestellt hat, daß er im Falle einer politischen Abmachung sich auch zu gewissen kolonialen Konzessionen verstehen, dieselben aber für ausgeschlossen halten würde, wenn keine politische Verständigung[3] zustande käme. Wie weit Mr. Chamberlain im erstgedachten Falle gehen würde, darüber lassen sich vorläufig nur Vermutungen anstellen, da er eine eingehende Äußerung darüber vermied und ich infolge der mir durch die Umstände vorgeschriebenen abwartenden Haltung nicht in der Lage war, damals schon auf eine Erörterung über koloniale Konzessionen einzugehen. Aus einer hingeworfenen Äußerung Mr. Chamberlains, dessen Interesse es natürlich war, das Gebiet der Konzessionen möglichst einzuschränken, ließ sich bei dieser Gelegenheit nur entnehmen, daß er eventuell zu einer gewissen Nachgiebigkeit[4] in bezug auf die neutrale Zone und Delagoabai bereit sein würde. Ich würde, wenn ein Eingehen auf diese Diskussion damals schon angezeigt gewesen wäre, nicht unterlassen haben, sofort darauf aufmerksam zu machen, daß eine politische Abmachung, aus welcher England so großen Nutzen ziehen würde, uns in kolonialer Hinsicht viel bedeutendere Vorteile bieten müßte. Es scheint mir auch heute nicht ausgeschlossen, daß Mr. Chamberlain für den fraglichen Preis in seinen kolonialen Konzessionen schließlich noch weiter gehen würde, als er dies in unserer letzten Unterhaltung erkennen lassen wollte, und ich würde, obwohl dieser Staatsmann für seine Hartnäckigkeit im Festhalten erworbener Güter bekannt ist, den Versuch nicht scheuen, ihn dazu zu bestimmen. Sollte es im weiteren Verlauf der Dinge noch dazu kommen, so würden wir daher, wie ich glaube, zunächst wohl zu erwägen haben, was wir in kolonialer Hinsicht verlangen können, ohne den Bogen zu überspannen und ohne Bedingungen zu stellen, die der Kolonialminister als unverhältnismäßig und unannehmbar bezeichnen würde. Als selbstverständlich darf ich dabei voraussetzen, daß die Frage, ob wir eventuell eine der Philippinen beanspruchen können, zunächst von dem Verlauf des spanisch-amerikanischen Krieges und der Stellung, welche die Vereinigten Staaten in bezug auf das Schicksal dieser Inseln einnehmen werden*, abhängig zu machen ist. Lord Salisbury nimmt, wie ich bereits zu melden die Ehre hatte, an, daß Amerika, wenn es die Philippinen erobert hat, nicht daran denken wird, sie einer anderen Macht zuzuwenden, und ich glaube, soweit ich mir ein Urteil gestatten darf, daß diese Annahme gerechtfertigt ist. Das englische Kabinett

* Vgl. Bd. XV, Kap. XCVIII.

würde aber in diesem Fall mit Rücksicht auf die immer mehr in den Vordergrund tretenden guten Beziehungen Englands zu Amerika voraussichtlich nicht dazu zu bewegen sein, in Washington irgendeinen Widerspruch gegen die Annexion zu erheben, und es würde damit die Möglichkeit für uns fortfallen, unseren Anspruch auf eine Philippineninsel hier geltend zu machen. Ob die Vereinigten Staaten sich nach einem siegreichen Kriege geneigter zeigen würden, ihren Anteil an Samoa aufzugeben, als dies bisher der Fall war*, vermag ich nicht zu beurteilen, glaube jedoch kaum, daß die englische Regierung, welche schon vor dem Kriege nicht den Mut finden konnte, diese Frage mit uns in Washington anzuregen, sich heute zu einem solchen Versuch entschließen würde. Wenn die im vorstehenden von mir ausgesprochene Annahme begründet ist und es deshalb zunächst ausgeschlossen erscheint, hier eventuell Konzessionen in Samoa und den Philippinen mit Erfolg zur Sprache zu bringen, so dürfte die Frage in Erwägung zu ziehen sein, ob und welche Konzessionen wir, abgesehen von diesen beiden Inseln, eintretendenfalls hier geltend machen könnten, ohne über das Maß dessen hinauszugehen, was die englische Regierung als Gegenwert für unsere politische Freundschaft zuzugestehen sich geneigt und stark genug fühlen würde. In dieser Hinsicht glaube ich, auch daran hier noch erinnern zu dürfen, daß ich in meiner Berichterstattung hervorzuheben nicht unterlassen habe, wie die kürzlich von Lord Salisbury an den Tag gelegte politische Zurückhaltung zum großen Teil auf die Besorgnis zurückzuführen war, daß unsererseits unmäßige Forderungen beabsichtigt würden, auf welche das englische Kabinett nicht eingehen könnte, ohne die bereits im Lande bestehende Unzufriedenheit über die Schwäche der Regierung in der auswärtigen Politik zu vermehren und die Stellung derselben noch mehr zu schwächen**. Ich halte es für meine Pflicht, hierauf nochmals aufmerksam zu machen, weil alle meine Beobachtungen darauf hindeuten, daß die fragliche Besorgnis wirklich besteht, und daß sie im entscheidenden Augenblick auf die Entschlüsse der englischen Regierung einen bestimmenden Einfluß ausüben würde[5]. Dies würde aber, wenn ich mir ein Urteil gestatten darf, keineswegs verhindern, daß in Afrika[6] wie in Asien Punkte zu finden sind, wo England uns, auch abgesehen von Samoa und den Philippinen, genügende Konzessionen machen könnte. Wenn Eure Durchlaucht mich dazu ermächtigen wollen, würde ich mir gestatten, die Punkte zu bezeichnen, die wir meines unmaßgeblichen Erachtens hier mit Aussicht auf Erfolg zur Sprache bringen könnten.

Aus dem Vorstehenden ergibt sich schon, daß wir, wie die Dinge einmal liegen, bei der Vertretung unserer hiesigen Interessen, abge-

---

* Vgl. Kap. XCVI.
** Vgl. Nr. 3798.

sehen von allem anderen, auch mit einer eigentümlichen und persönlichen Schwierigkeit zu rechnen haben, welche kaum anderwärts im gleichen Maße besteht. Ich meine den tatsächlichen Umstand, daß wir es hier nicht allein mit dem Premierminister zu tun haben, sondern gleichzeitig mit Mr. Chamberlain, welcher gewisse uns interessierende koloniale Fragen eigenmächtig entscheidet und daneben auch auf die auswärtige Politik Englands zwar nicht formell, aber tatsächlich einen nicht zu unterschätzenden Einfluß ausübt. Lord Salisbury ist, das läßt sich nicht verkennen, älter und bequemer geworden und zeigt nicht mehr die frühere Energie, was seinem kolonialen Kollegen um so mehr Gelegenheit bietet, eigene Politik zu treiben und seinen Einfluß im Kabinett immer mehr zu betätigen. So wenig Lord Salisbury nach meiner Überzeugung daran denkt zurückzutreten, so hat er doch weder Mut noch Lust, gewaltsam einzugreifen, solange Mr. Chamberlain im großen und ganzen sich nicht von den Grundzügen seiner, Lord Salisburys, Politik entfernt. Wenn Mr. Chamberlain dann einmal eigene Politik treiben will, wie er dies mir gegenüber inauguriert hat, beruhigt sich der Premierminister, wie ich dies mehrmals beobachtet habe, mit dem Gedanken, daß nur zwei Dinge möglich sind, entweder daß die Bemühungen seines ehrgeizigen Kollegen erfolgreich sind, was schließlich Lord Salisburys Politik zugute kommen würde, oder daß Mr. Chamberlain, wenn er sich bei seinem Vorgehen nicht politisch den Hals bricht, doch wenigstens eine ihn persönlich schädigende Schlappe erleidet[7], eine Eventualität, über die sich der Premierminister persönlich ohne jede Schwierigkeit zu trösten vermag.

Für uns sind bei diesem Dualismus im Kabinett, welcher meine hiesige Aufgabe nicht erleichtert, zwei Dinge von Bedeutung, einmal der Umstand, daß beide Minister in den Grundzügen der auswärtigen Politik, also im vorliegenden Falle auch in dem Wunsche der Annäherung an Deutschland, einig sind, ferner aber, daß Mr. Chamberlain sich in den Fragen, welche zum Kolonialamte gehören, als Alleinherrscher betrachtet, und daß auch der Premierminister nicht den Mut haben würde, gegen seine Entscheidung auf diesem Gebiete ernstlich aufzutreten[8]. Es ergibt sich hieraus, daß eine Verständigung zwischen Deutschland und England, bei welcher koloniale Konzessionen des letzteren in Frage kämen, tatsächlich nur mit Zustimmung Mr. Chamberlains zustande kommen könnte. Ich zweifle auch keinen Augenblick, daß der Premierminister, wenn es dahin käme, mir überlassen würde, mich der Zustimmung Mr. Chamberlains zu den fraglichen Konzessionen zu versichern.

Wenn aus der vorstehenden Darstellung etwa der Schluß gezogen werden kann, daß Mr. Chamberlain jetzt das entscheidende Element im englischen Kabinett auch uns gegenüber ist, so würde ich mich unrichtig ausgedrückt haben und glaube daher, einer solchen Interpretation hier vorbeugen zu dürfen. Lord Salisbury wird nach

meiner Überzeugung in bezug auf die auswärtige Politik Englands, soweit koloniale Fragen dabei nicht in Frage kommen, vorläufig noch immer das entscheidende Wort sprechen, namentlich in bezug auf die Behandlung etwaiger Verhandlungen über eine Verständigung mit Deutschland, falls es in der Zukunft noch einmal dazu kommen sollte. Seine Auffassung dieser Frage bleibt daher von größter Wichtigkeit, besonders dann, wenn sich Symptome zeigen, daß er in Punkten, die in der Zukunft wichtig für uns werden können, mehr oder weniger von Mr. Chamberlain abweicht. Von besonderem Interesse erscheinen mir daher die Eurer Durchlaucht gemeldeten gelegentlichen Äußerungen Lord Salisburys in unserer letzten Unterhaltung, die in ihrem Zusammenhange die Annahme rechtfertigen, daß der Premierminister, wenn er einmal den Augenblick zu direkten Vorschlägen an Deutschland für gekommen erachten sollte[9], eine praktischere Grundlage dafür wählen würde, als Mr. Chamberlain dies aus Mangel an Sachkenntnis und Erfahrung in der auswärtigen Politik tun konnte. Für uns ist es, wie mir scheint, von hohem Interesse, für künftige mögliche Fälle als wahrscheinlich voraussetzen zu dürfen, daß Lord Salisbury, statt uns zur Teilnahme an einer direkten Provokation Rußlands aufzufordern, sich voraussichtlich damit begnügen würde, als Zweck der Verständigung die auch von uns gewünschte Erhaltung des Friedens[10] und die gegenseitige Verteidigung für näher formulierte Eventualitäten zu bezeichnen. Es würde, wenn ich mich nicht täusche, für uns, falls wir später einmal eine Anlehnung an England für wünschenswert halten sollten, unter allen Umständen leichter sein, uns mit England auf dieser Grundlage zu verständigen, gegen welche auch andere Mächte, da sie keine feindliche Absicht gegen sich selbst darin zu finden vermöchten, kaum eine ernstliche Einwendung erheben könnten. Von Lord Salisbury ist überdies nach allem, was wir bis in die letzte Zeit von seiner Haltung und seinen Absichten gegen Rußland wissen, anzunehmen, daß er seinerseits nicht daran denkt, einen Konflikt mit Rußland herbeizuführen, vielmehr im Widerspruch mit Mr. Chamberlain erkannt hat, daß England das bisherige russische Vorgehen in Ostasien als eine unabänderliche Tatsache hinnehmen muß. Gerade diese Haltung den Russen gegenüber ist ihm hier vielfach als Schwäche ausgelegt und von seinen eigenen Anhängern zum Vorwurf gemacht worden, ohne daß er sich dadurch bis jetzt hätte irremachen lassen.

Ich kenne die Schwächen und Fehler des Premierministers aus langjähriger Erfahrung ziemlich genau und bin, wie ich hinzufügen darf, weit entfernt, mir darüber Illusionen zu machen, daß seine jetzige Hinneigung zu uns persönlichen Sympathien für Deutschland zuzuschreiben ist. Ich habe selbst wiederholt in früheren Zeiten sein Kokettieren mit den Franzosen und seine Annäherungsversuche an Rußland gemeldet und hege nicht den geringsten Zweifel, daß er,

wenn diese Versuche damals gelungen wären, sich unter Umständen auch im Verein mit der einen oder anderen dieser Mächte gegen uns gewandt haben würde. Er ist, wie ich ihn kenne, ein Mann, der überhaupt keine Sympathien für irgendeine andere Nation hegt und sich geschäftlich nur durch ganz egoistische englische Interessen leiten läßt. Wenn er heute politisch zu uns neigt, wie ich es nach allem, was ich weiß, annehmen muß, so ist dies lediglich dem Umstande zuzuschreiben, daß er, nachdem der Versuch fehlgeschlagen ist, die Franzosen von den Russen abzudrängen und dadurch die hier gefürchtete Koalition gegen England zu sprengen, in einer Allianz mit Deutschland das einzige wirksame Mittel erblickt, die Interessen Englands[11] sowie eventuell seine Sicherheit zu gewährleisten. Ganz dasselbe läßt sich aber von Mr. Chamberlain sagen, dessen persönliche Sympathien für Deutschland vielleicht noch verdächtiger sind als diejenigen Lord Salisburys, und ich möchte sogar annehmen, daß ihm persönlich eine politische Verständigung mit Frankreich lieber gewesen wäre. Die Tatsache, mit der wir daher zu rechnen haben, soweit dies unserem eigenen Interesse entspricht, ist, daß beide Staatsmänner, wie verschieden ihre Anschauungen und Zwecke im übrigen sein mögen, heute in dem Wunsche übereinstimmen, eine politische Verständigung mit Deutschland zu suchen[12]. Man darf auch, soweit es überhaupt möglich ist, die hiesige öffentliche Meinung zu beurteilen, wohl annehmen, daß eine Verständigung, wenn[13] sie von der Regierung[14] ausginge, ohne von den Leitern der Opposition bekämpft zu werden, heute im Lande populär sein würde. Wie lange diese Stimmung anhalten wird, und welche Wendung darin, namentlich auch im Kabinett, eintreten kann, wenn sich die Sache längere Zeit hinzieht und man hier allmählich zu der Überzeugung kommt, daß von Deutschland nichts zu hoffen ist[15], ist eine Frage, die sich schwer im voraus beurteilen läßt, schon deshalb, weil es wesentlich von unberechenbaren politischen Zwischenfällen abhängen wird. Soviel glaube ich nach bestem Wissen als meine persönliche Überzeugung aussprechen zu dürfen, daß die Enttäuschung bei den maßgebenden Staatsmännern zwar eine große sein, daß dieselbe aber zu keiner wesentlichen Veränderung der jetzt zwischen England und Deutschland bestehenden Beziehungen führen würde, solange man hier nicht glaubt annehmen zu müssen, daß das Deutsche Reich sich auf die Seite der Gegner Englands gestellt und bindende Verpflichtungen gegen dieselben übernommen hat. Solange man hier nur mit der Tatsache rechnen muß, daß wir zwar keinen Vertrag unterzeichnen, aber im übrigen freundschaftliche Beziehungen unterhalten wollen, wird man hier die Hoffnung, daß eintretende Zwischenfälle doch noch zur Vereinigung beider Länder führen müssen, schwerlich aufgeben und, wenn man uns auch keine besonderen Liebenswürdigkeiten erweist, doch alles zu vermeiden bestrebt sein, was uns gerechten Grund zur Beschwerde oder Anlaß zu einer feind-

lichen Haltung bieten könnte. Hierfür spricht auch noch der Umstand, daß Lord Salisbury überhaupt den größten Widerwillen gegen jede Verwickelung hegt, welche zu kriegerischen Abenteuern führen und ihn nötigen könnte, die englische Flotte einer ernsten Gefahr auszusetzen. Solange er am Ruder ist, wird voraussichtlich kein englisches Kriegsschiff gegen irgendeine Großmacht feindlich vorgehen, wenn man hier nicht dabei auf eine sehr starke Allianz rechnen kann und sich des Erfolges daher sicher glaubt. An die einzige unter den jetzigen Umständen denkbare Allianz für England, die Allianz mit Amerika, glaubt Lord Salisbury aber nach allen seinen Äußerungen nicht und ist sich außerdem darüber vollständig klar, daß sie England wenig helfen würde, welches selbst Schiffe genug hat und nur eine Armee braucht, die Amerika ihm nicht geben kann.

Als meine Aufgabe betrachte ich in Übereinstimmung mit den mir bisher erteilten Direktiven nach wie vor, die mir hier entgegentretenden Bemühungen um eine Allianz mit Deutschland freundlich, aber dilatorisch zu behandeln und gleichzeitig darauf hinzuwirken, daß die Möglichkeit einer späteren Verständigung offen bleibt[16]. Ich werde mich dabei auch fernerhin auf den Standpunkt stellen, daß beide Teile bestrebt sein müssen, in den vorkommenden Einzelfragen sich freundschaftliches Entgegenkommen zu zeigen und dadurch die öffentliche Meinung in beiden Ländern auf eine intimere Annäherung in der Zukunft vorzubereiten.

Eure Durchlaucht darf ich schließlich um Nachsicht bitten, wenn ich mich im vorstehenden ausführlich über die hiesige Situation, soweit ich sie zu beurteilen vermag, ausgesprochen habe. Die allgemeine politische Situation berechtigt, wenn ich mich nicht täusche, zu der Besorgnis, daß jeden Augenblick in irgendeinem Teile der Welt Ereignisse eintreten können, die uns vor die Aufgabe stellen würden, weittragende Entscheidungen über unsere künftige Politik zu treffen, und ich habe unter diesen Umständen geglaubt, daß es Eurer Durchlaucht von Interesse sein würde, über die Stimmungen und Absichten der hiesigen Staatsmänner[17], soweit ich sie zu erkennen vermag, genau und eingehend informiert zu sein.

P. Hatzfeldt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

1 Vage! was versteht man darunter?
2 er soll doch ernste Angebote machen
3 welche?
4 zu verklausulirt und lange nicht genug.
5 wie will der Mann denn wissen, was wir fordern wollen, wenn er uns nichts anbietet, oder fragt!?
6 da haben wir ziemlich genug!
7 charmantes Verhältniß

[8] !
[9] da das bisher nicht Fall, muß man warten
[10] das ist Phrase, da England ihn ja grade brechen will und uns als Helfer zu brauchen hofft.
[11] richtig! Aber ich bin ein eben solcher Egoist und vertrete nur eigne Interessen
[12] d. h. wenn es nichts kostet, und Deutschland angekrochen kommt!
[13] ja! wenn!
[14] daher muß sie auch kommen, wenn überhaupt Verhandlungen eröffnet werden sollen
[15] zum Donnerwetter, es ist ja noch nichts gefragt worden
[16] ja
[17] England will jeder Abmachung mit uns eine Spitze gegen Russland geben, und das thun wir nicht.

Schlußbemerkung des Kaisers:
D. h. wir sind grade soweit als im April! Wasch mir den Pelz und mach mich nicht naß! England braucht uns, will aber um das „face" zu retten, daß wir anfangen sollen! Und sie dann großmüthig sich vielleicht herbeilassen uns in Gnaden anzuhören! Tirez les premiers Messieurs les Anglais!

Nr. 3802

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 5. Juni 1898

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät beeile ich mich alleruntertänigst, einen gestern abend eingegangenen langen und nicht uninteressanten Bericht von Hatzfeldt* zu übersenden. Soweit ich mir über den Inhalt desselben prima vista ein Urteil gestatten darf, erscheint mir die gemachte Unterscheidung zwischen Salisburyschen und Chamberlainschen Allianzvorschlägen etwas subtil. Auch eine allgemeine Abmachung mit England, die keinen ausgesprochen aggressiven Charakter trüge, hätte bei der jetzigen Weltlage doch eine Spitze gegen Rußland[1] und wäre also geeignet, die Sicherheit der deutschen Ostgrenze zu vermindern, oder vielmehr, wie die Verhältnisse liegen, die Sicherheit unserer Grenzen nach Osten und Westen. Andererseits ist es allerdings nicht denkbar, daß wir unter den gegenwärtigen europäischen Konjunkturen eine allgemeine oder auch eine spezifisch ostasiatische Abmachung mit Rußland abschlössen, welche nicht eine Spitze gegen England haben und insofern unsere Aussichten auf Kolonialerwerb vermindern würde. Deshalb haben Euere Majestät ge-

---

* Siehe Nr. 3801.

wiß das Richtige mit dem Entschlusse getroffen, sich ohne einen unmittelbar zwingenden Anlaß vorläufig nach keiner Seite hin zu binden.

Dagegen lassen sich meines ehrfurchtsvollen Erachtens wohl gewisse Einzelfälle denken, wo eine Abmachung nach der einen oder anderen Seite nicht sofort unsere allgemeine Politik dauernd in feste Bahnen lenken und uns nicht gleich die Last einer dauernden Gegnerschaft, sei es der englischen, sei es der franko-russischen, aufladen würde. Vielleicht könnten sogar die Philippinen noch Anlaß zu einer derartigen Abmachung geben, denn ich möchte mich nicht ohne weiteres der Ansicht von Salisbury anschließen, daß Amerika, wenn es die Philippinen erst einmal hätte, dieselben auch behalten würde[2]. Einerseits hat Amerika die Philippinen noch gar nicht; andererseits würden die Eingeborenen, selbst wenn die Spanier erst ganz besiegt wären, den Yankees noch manche harte Nuß zu knacken geben und namentlich auf längere Zeit große Kosten verursachen. Die Philippinen, welche auf der Weltkarte so klein aussehen, haben ein Gebiet, welches größer ist als das ganze Königreich Italien und sollen im Innern keineswegs leicht zugänglich sein. Es wird sehr interessant sein, über die wirkliche Sachlage auf den Philippinen bald Näheres und Authentischeres durch Admiral Diederichs zu hören. Dem Charakter von Mac Kinley und seiner Minister würde es eher entsprechen, wenn dieselben keine besondere Neigung hätten, ihrem Lande die bedeutenden und voraussichtlich langdauernden Opfer aufzupacken, welche die Besitznahme der ganzen Philippinengruppe mit sich bringen würde. Eine Teilung der Philippinen unter mehrere Mächte könnte hierbei ganz gut in Frage kommen. —

Aus einem Privatbriefe von Hatzfeldt möchte ich noch nachstehenden Passus abschreiben: „Als ich vorgestern am Empfangstage von Salisbury zu ihm gerufen wurde, blieben verschiedene Botschafter im Wartezimmer. Salisbury und ich kamen ins Schwatzen, und die Zeit verging darüber. Wie ich eben aus guter Quelle erfahre, hat Staal, als er nach mir gerufen wurde, gleich beim Eintritt in Lord Salisburys Kabinett halb im Scherz die Frage gestellt, ob die lange Unterredung mit mir auf die Allianz deute. Salisbury hat erwidert: 'Alliance non, rapprochement oui'." —

B e r n h a r d B ü l o w

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden W. 6/VI 98
Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Richtig
[2] ?

Nr. 3803

*Kaiser Nikolaus II. von Rußland an Kaiser Wilhelm II.**

Handschreiben. Abschrift

Tzarskoe Selo $\frac{\text{May } 22^{d}}{\text{June } 3^{d}}$ 1898

Dearest Willy,

I thank you heartily for your interesting and long letter, the contents of which greatly surprised me.

I am very grateful to you for the loyal and frank manner in which, as usual, before deciding a question you would like to know my opinion about it.

Three months ago, in the midst of our negotiations with China, England handed us over a memorandum containing many tempting proposals trying to induce us to come to a full agreement upon all the points in which our interests collided with her's. These proposals were of such a new character, that I must say, we were quite amazed and yet — their very nature seemed suspicious to us, never before had England made such offers to Russia. That showed us clearly that England needed our friendship at that time, to be able to check our development, in a masked way, in the Far East. Without thinking twice over it, their proposals were refused. Two weeks later Port Arthur was our's. As you know we have arrived at an understanding with Japan upon Corea and we have been since a long time on the best of terms with North America.

I really do not see any reason, why the latter should suddenly turn against old friends — only for the „beaux yeux" of England's?

It is very difficult for me, if not quite impossible, to answer your question whether it is useful or not for Germany to accept these

* Der Brief ist eine Antwort auf den bekannten Brief Kaiser Wilhelms II. an den Zaren vom 30. Mai 1898 (Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894 bis 1914, ed. Walter Goetz, S. 309 ff.), in dem der Kaiser seinem russischen Freunde Mitteilung von dem angeblich dreimal und das letzte Mal sogar in dringlichster Form — in Wirklichkeit nur zweimal — wiederholten englischen Bündnisangebot macht und ihn fragt, was er für die — tatsächlich bereits erfolgte — Ablehnung des Bündnisangebots bieten könne und wolle: Eine Frage, die der Zar in seinem oben mitgeteilten Antwortschreiben unbeantwortet läßt. Das Schreiben Kaiser Wilhelms ist in seinem Originalentwurf, der stilistisch in vielen Einzelheiten von dem Abdruck bei Goetz abweicht, am 2. Juni 1898 zu den Akten des Auswärtigen Amtes gekommen; es ist jedoch im Jahre 1909 an den Kaiser zurückgegeben worden, so daß nicht mehr festzustellen ist, ob der Entwurf von dem Kaiser selbst und allein herrührt. Daß das Auswärtige Amt an der Abfassung des Briefes einen Anteil genommen hat, ist aus den Akten nicht zu erweisen und auch deshalb nicht wahrscheinlich, weil das Schreiben des Kaisers mancherlei Übertreibungen und unrichtige Behauptungen enthält, für die das Auswärtige Amt sicherlich nicht eine Verantwortung übernommen hätte.

often repeated english proposals, as I have not got the slightest knowledge of their value.

You must of course decide what is best and most necessary for your country.

Germany and Russia have lived in peace since old times, as good neighbours, and God grant! they may continue so, in close and loyal friendship.

Our countries have luckily no political frictions and no where do our interests come into collision.

The story of Kiaotschau * is a good example of what I have just said and I am perfectly sure, so it will also be in the future! You know my ideas and convictions and you can therefore rely fully on my country's peaceful and quiet attitude.

I thank you once more for writing to me at such a grave moment for you! God bless you my dearest Willy.

Believe me ever your loving cousin and trusting friend

(signed) Nicky

Nr. 3804

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept

Nr. 508 Berlin, den 8. Juni 1898

Ew. beehre ich mich, in der Anlage Ihren mit den allerhöchsten Randvermerken versehenen Bericht Nr. 440 * zur vertraulichen Orientierung und Direktive zugehen zu lassen. Kurz vor Empfang dieses Berichtes hatte Seine Majestät der Kaiser, unser allergnädigster Herr, einen eigenhändigen Brief des Kaisers Nikolaus erhalten **, aus welchem ich in nachfolgendem eine Stelle wiedergebe. Dieselbe lautet:

„Three months ago, in the midst of our negotiations with China, England handed us over a memorandum containing many tempting proposals trying to induce us to come to a full agreement upon all the points in which our interests collided with her's. These proposals were of such a new character, that I must say, we were quite amazed and yet — their very nature seemed suspicious to us, never before had England made such offers to Russia. That showed us clearly that England needed our friendship at that time, to be able to check our development, in a masked way, in the Far East. Without thinking

---

* Vgl. Kap. XC, B.

** Siehe Nr. 3801.

*** Siehe Nr. 3803.

twice over it, their proposals were refused. Two weeks later Port Arthur was our's.“

Ich halte für ausgeschlossen, daß der Kaiser von Rußland persönlich behaupten könnte, England habe in schriftlicher Form weittragende Anerbietungen an Rußland gemacht, wenn keine tatsächliche Unterlage für diese Behauptung vorhanden wäre*. Ebensowenig ist es zweifelhaft, daß die Unannehmbarkeit der englischen Vorschläge darin bestand, daß die von Rußland geforderte Gegenleistung dessen Beziehungen zu Frankreich oder zu Deutschland ungünstig beeinflußt haben würde.

Wir haben hier also die Bestätigung der von des Kaisers und Königs Majestät immer vertretenen Ansicht, daß England, wenn es gekonnt hätte, schon längst, namentlich um den Preis der Interessen Dritter [1], sich mit Rußland verständigt haben würde, daß aber diese Verständigung für Rußland nur möglich gewesen wäre bei gleichzeitiger Verschiebung seines ganzen politischen Systems.

Wenn einerseits die Mitteilung des Kaisers von Rußland geeignet ist, durch vermehrte Klarheit unsere politischen Wege zu erleichtern, so ist andererseits der neuerlangte Beweis für die Unzuverlässigkeit Englands ein Anlaß zu vermehrter Vorsicht. Letztere würde sich meines Erachtens praktisch derart zu äußern haben, daß wir uns mit keinerlei allgemeinen Zusicherungen genügen lassen, daß wir Abmachungen allgemeiner Natur [1], welche, wenn mit England abgeschlossen, ohne Rücksicht auf die Fassung und Formulierung doch immer eine Spitze gegen Rußland haben würden, überhaupt vermeiden und nur über konkrete Einzelfragen in positiver Weise verhandeln [2].

Das durch den Brief des Zaren mit Recht gesteigerte Mißtrauen unseres allergnädigsten Herrn gegen England kommt zunächst in den allerhöchsten Randvermerken zum Ausdruck. Durch die letzteren geht wie ein roter Faden der Grundgedanke, daß England uns überhaupt nichts gönnt, sondern uns nur durch vage Vorspiegelungen kompro-

---

* Laut einer Aufzeichnung des Staatssekretärs von Bülow vom 10. Juni über einen Besuch des russischen Botschafters Grafen von der Osten-Sacken hatte dieser ihm auf Grund von Äußerungen des Grafen Murawiew, der am 9. durch Berlin reiste, bestätigt, daß England dem Zaren in der Tat weitreichende und detaillierte Vorschläge gemacht habe, die von diesem aber ohne Bedenken abgelehnt seien. „Kaiser Nikolaus habe hierbei [laut Murawiews Mitteilung an Osten-Sacken] geäußert, er wolle die Fortdauer der guten Beziehungen zu Deutschland. Er bleibe auch in dieser Beziehung den Traditionen seiner Vorfahren treu. Sein Verhältnis zu Frankreich involviere keine Feindseligkeit gegen Deutschland und schließe sichere und gute Beziehungen zu Deutschland nicht aus. Wenn Deutschland sich mit England verbünden wolle, so könne Rußland dies nicht verhindern. Wenn ein solches Bündnis seine Spitze gegen Rußland kehren sollte, würde Rußland sich zu verteidigen suchen. Es würde aber keinesfalls irgendwelche Offensive ergreifen und hoffe, in Europa wie in Asien mit Deutschland nie in Konflikt zu geraten.“

mittieren, uns schließlich höchstens ein paar schmale Bissen zuwerfen will. Es ist deshalb unbedingt richtig, wenn unser kaiserlicher Herr nach dem Grundsatze „Messieurs les Anglais, tirez les premiers“ ruhig abwarten will, bis die Engländer von amtlich kompententer Stelle aus positive Vorschläge machen[1].

Dies schließt nicht aus, daß, wenn in die englische auswärtige Politik neue Momente hineinkämen, wenn z. B. in Nachahmung des von uns in Kiautschou beobachteten Enteignungsverfahrens England sich etwa die portugiesischen Kolonien in Afrika samt Hoheitsrechten verpfänden ließe, die Regierung Seiner Majestät des Kaisers sich berufen halten würde, in London bemerklich zu machen, daß die Erleichterung, welche wir der gefahrlosen Ausbreitung Englands durch unsere wohlwollende Haltung gewähren, auch wie alles in der Welt einen Preis hat*.

Bülow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf einer Abschrift:
Einverstanden W. 8/VI 98
Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Ja
[2] gut
Schlußbemerkung des Kaisers:
Sehr gut

Nr. 3805

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow

Reinschrift

Berlin, den 11. Juni 1898

Als mich der englische Botschafter vor seiner Abreise nach London besuchte, lenkte derselbe bald das Gespräch auf unsere Beziehungen zu Großbritannien. Sir Frank Lascelles konstatierte zunächst mit Genugtuung, daß sich die Beziehungen zwischen Deutschland und England seit einem Jahr gebessert hätten. „Il y a un grand changement pour le mieux.“ Dies gelte nicht nur für die Beziehungen von Regierung zu Regierung, sondern auch für den Stand der öffentlichen Meinung in beiden Ländern. Auch die Presse führe auf beiden Seiten des Kanals eine maßvollere Sprache.

Ich erwiderte dem Botschafter, wie ich ihm in unserer ersten Unterredung im vergangenen Juni gesagt habe, daß das damalige Verhältnis zwischen Deutschland und England weder den langjährigen Tra-

---

* Vgl. Kap. XCII.

ditionen beider Länder noch deren wahren Interessen entspräche. Auf unserer Seite bestehe das aufrichtige Bestreben, diese Beziehungen wieder auf den früheren Stand ruhiger und stetiger Freundschaft zurückzuführen. Ich mache mir aber keine Illusion darüber, hätte ich schon damals hervorgehoben, daß diese an und für sich wünschenswerte Besserung der Beziehungen sich nicht von heute auf morgen erreichen lassen werde. Wir müßten zunächst geduldig und vorsichtig daran arbeiten, vergangene Mißverständnisse in Vergessenheit zu bringen und neuen Mißverständnissen vorzubeugen. Wir müßten also vor allem vermeiden, was Anlaß zu neuen Differenzen bieten könnte, und deshalb speziell alle Einzelfragen im Geiste gegenseitigen Entgegenkommens ohne Schärfe noch Mißtrauen regulieren. Wenn mit diesem Rezepte schon einige Fortschritte erzielt worden wären, so schloß ich meine Ausführung, sei dies ein Grund mehr, an demselben festzuhalten.

Sir Frank Lascelles stimmte mir vollständig bei. Auch er glaube, daß wir zunächst zwischen Deutschland und England alle Steine des Anstoßes möglichst aus dem Wege räumen müßten; damit werde die Bahn frei gemacht für eine zukünftige noch intimere Annäherung. Sir Frank Lascelles kam hierbei auf die Besprechungen des Grafen Hatzfeldt mit Mr. Chamberlain, Herrn Balfour und Lord Salisbury zu reden, welche er mir gegenüber bis dahin nicht berührt hatte. Er erklärte, daß Mr. Chamberlain bona fide gesprochen habe und auch mehr und mehr Einfluß auf den Gang der Ereignisse in England gewinne. Als Ausdruck seiner persönlichen Meinung fügte Sir Frank jedoch hinzu, daß auch er nicht ganz sicher sei, ob die öffentliche Meinung und das Parlament in England jetzt schon eine Allianz zwischen Deutschland und England gutheißen würden. Ich entgegnete, daß gegen eine solche Allianz jede gewissenhafte deutsche Regierung drei große Bedenken haben werde, welche von der anderen Seite zunächst beseitigt werden müßten, wenn die diesbezüglichen englischen Wünsche sich der Möglichkeit ihrer Erfüllung nähern sollten:

1. müßte die Sicherheit vorliegen, daß die gesamte englische Regierung, die gerade in England so mächtige öffentliche Meinung und das Parlament die Allianz ratifizieren würden,

2 liege Deutschland geographisch zwischen Frankreich und Rußland. Die französischen Rankünen und Hoffnungen uns gegenüber seien bekannt. Rußland habe gar keinen Anlaß noch Wunsch, dieselben zu unterstützen, solange wir seine Stellung in Asien nicht bedrohten. Wenn jedoch ein deutsch-englisches Bündnis zustande käme und dieses seine Spitze gegen Rußland richtete, würde der Rückschlag auf die deutsch-russischen Beziehungen nicht ausbleiben. Was habe England uns als Rückversicherung und Rückendeckung zu geben?

3. sei speziell in asiatischen Angelegenheiten Rußland uns gegenüber weit kulanter gewesen als England. Es habe uns anläßlich der Erwerbung von Kiautschou keinerlei Schwierigkeiten in den Weg ge-

legt, während England in dieser und in anderen kolonialen Angelegenheiten eine nicht immer freundliche Haltung eingenommen habe. Auch wenn ich mich auf den Standpunkt englischer Staatsmänner stelle, könne ich nicht recht begreifen, warum England gerade uns in allen Weltteilen nie etwas gönnen wolle. Damit habe es nur erreicht, daß es einen alten und bewährten Freund wie Deutschland von sich abwendig gemacht, dagegen einem alten Gegner und Rivalen wie Frankreich nach und nach Annam, Siam, Madagaskar usw. in die Hand gespielt habe. Für die dauernde Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen sei es unerläßlich, daß auch die englische Politik sich mehr und mehr mit dem Grundsatze durchdringe: leben und leben lassen.

Sir Frank Lascelles, welcher namentlich den letztgenannten Andeutungen seine Zustimmung nicht versagte, verließ mich mit der Bemerkung, daß wir ohne Hast, aber auch ohne Rast weiter daran arbeiten müßten, zwischen Deutschland und England das Terrain für eine engere, dauernde und auf gegenseitige Gleichberechtigung basierte Freundschaft vorzubereiten. Wir dürften in dieser Beziehung nicht das Gute dem Besseren opfern und nichts übereilen, sollten aber vor allem darauf hinwirken, daß das Verhältnis zwischen beiden Ländern jedenfalls vor neuen Trübungen bewahrt bleibe*.

Seine Majestät der Kaiser, allerhöchstwelchem ich über die vorstehende Unterredung mündlich Bericht erstattet habe, erklärten sich mit der von mir geführten Sprache durchaus einverstanden.

Bülow

---

* Über spätere Äußerungen des englischen Botschafters zu Kaiser Wilhelm II. bezüglich der Chamberlainschen Bündnispläne siehe Kap. XCII, Nr. 3865. Danach hätte Chamberlain im Sommer 1898 bei einem Frühstück, das zu einer Art Kabinettsrat wurde, den Vorschlag gemacht, für ein Defensivbündnis zwischen England und Deutschland in dem Sinne zu wirken, daß beide Mächte sich zum gegenseitigen Beistand verpflichteten, sobald eine von ihnen von zwei Seiten gleichzeitig angegriffen würde. Ein dahingehender Vorschlag, von dem Kaiser Wilhelm II. mit Recht zu Lascelles sagte, daß er „eine völlig andere Wendung in die Verhandlung zu bringen geeignet sei und jedenfalls eine ganz akzeptable Basis für weitere eingehende Verhandlungen bilde", ist jedoch nicht zur Kenntnis der deutschen Staatsmänner gebracht worden. Auch Freiherr von Eckardstein, der in seinen „Lebenserinnerungen und Politischen Denkwürdigkeiten" I, 292 ff. intime Mitteilungen über die Bündnisverhandlungen macht, weiß von einem solchen Vorschlage Chamberlains nichts zu berichten.

Kapitel XCII

Deutsch-Englisches Abkommen über die Portugiesischen Kolonien 1898

Nr. 3806

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Lindenau

Nr. 513 Berlin, den 8. Juni 1898
Ganz vertraulich

Ew. haben in dem gefälligen Bericht Nr. 440* sich dahin ausgesprochen, daß — wenn es sich für uns darum handele, in kolonialer Hinsicht von England Konzessionen zu erhalten — Ew. in der Lage seien, die Punkte zu bezeichnen, die Ihres Erachtens in London mit Aussicht auf Erfolg würden zur Sprache gebracht werden können.

Ew. beehre ich mich zu bitten, hierüber mich mit einem sehr gefälligen Berichte zu versehen.

Hier sind von kolonialer Seite streng vertraulich besondere Wünsche in denjenigen Richtungen geäußert worden, über welche Anlage I** Aufschluß enthält.

Ich ersuche Ew. ergebenst, die in der Anlage bezeichneten Desiderata bei Ihrer Berichterstattung gefälligst mit berücksichtigen zu wollen.

In besonderer Weise muß unsere Aufmerksamkeit gegenwärtig auf die Entwickelung gerichtet werden, die — infolge der portugiesischen Finanzverhältnisse — die portugiesische Kolonialfrage nimmt, und worüber Sie das Nähere aus dem in Anlage II beigefügten Telegramm aus Lissabon*** ersehen wollen.

Bei Gelegenheit der Besprechungen, die Ew. seinerzeit bezüglich des portugiesischen Ostafrika mit Lord Kimberley, Lord Rosebery

---

* Siehe Kap. XCI, Nr. 3801.

** Siehe Anlage.

*** Nach einem Telegramm des Gesandten Grafen von Tattenbach vom 6. Juni 1898 (Nr. 50) war der portugiesische Gesandte in London Luiz de Soveral vor wenigen Tagen mit dem Auftrag nach England geschickt worden, durch Verpfändung der Einnahmen von Mosambique und Angola bzw. anderer portugiesischer Kolonien in Westafrika Geld zu beschaffen.

und mit Lord Salisbury geführt haben, ist die englische Regierung bereits von unserem Standpunkte unterrichtet worden, wonach eine Entäußerung portugiesischer Kolonialrechte — und sei es auch im Wege einer Verpfändung wichtiger Rechte an Privatgesellschaften mit fremdem Kapital — nicht ohne vorherige Verständigung zwischen England und uns als den meistinteressierten Nachbarstaaten sollte erfolgen dürfen. Die gleichen Gründe, welche uns bezüglich Mosambiques zu jenem Standpunkt führten, sind — angesichts vitaler Interessen unseres südwestafrikanischen Schutzgebiets — auch für die portugiesische Provinz Angola maßgebend.

Indem ich Ew. ergebenst ersuche, die in dem Telegramm des Grafen Tattenbach enthaltenen Mitteilungen des englischen Gesandten in Lissabon * baldmöglichst mit Lord Salisbury zu besprechen, bitte ich, hierbei der Erwartung der Kaiserlichen Regierung Ausdruck zu geben, daß einer jeden — direkten oder verschleierten — englischen Inbesitznahme portugiesischen Kolonialbesitzes in Ost- oder Westafrika eine vertrauliche und freundschaftliche Verständigung zwischen dem Londoner Kabinette und uns vorhergehen werde.

Aus den kaiserlichen Marginalien zu Ew. Bericht Nr. 440 (cfr. den Erlaß Nr. 508 ** werden Ew. entnehmen, daß nach der allerhöchsten Willensmeinung Seiner Majestät unsere Kompensationsobjekte für eventuelle englische Gebietserweiterungen in Afrika nicht notwendig in Afrika zu liegen brauchen.

Bülow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf einer Abschrift:
Einverstanden 15/VI 98 W.

Anlage

Geheim

In Westafrika:

1. eine Marinestation auf den Kanarischen oder den Kap Verdischen Inseln,
2. Fernando-Po,
3. als Grenze zwischen Togo und der Goldküstenkolonie der Volta bis zur Mündung,
4. Angola bzw. die südlichen Teile Mossamedes und Benguela,
5. Walfischbai.

In Ostafrika:

1. Sansibar mit Pemba,
2. als Südgrenze von Deutschostafrika der Sambesi und der Schire.

---

* Sir Hugh Mac Donell.

** Siehe Kap. XCI, Nr. 3804.

In Asien:

1. Potugiesisch Timor,
2. der Suluarchipel,
3. mindestens eine der Philippineninseln (Mindanao).

In der Südsee:

1. die Karolineninseln,
2. die Samoainseln.

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf einer Abschrift:
Ja 15/VI 98 W.

Nr. 3807

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 156 London, den 14. Juni 1898

Zu Erlaß Nr. 513*.

Die nachstehende Antwort Lord Salisburys auf meine heutige Mitteilung habe ich, um jedem Mißverständnis vorzubeugen, in seiner Gegenwart französisch redigiert, und sie ist von ihm als richtig anerkannt worden: „Lord Salisbury m'a répondu que M. Soveral est revenu de Lisbonne pour chercher des ressources et lui en a parlé en exprimant le désir de faire un emprunt. Lord Salisbury ignore[1] les conditions que le Portugal offrirait et il a engagé M. Soveral à s'entretenir à ce sujet avec Mr. Chamberlain[2].

Lord Salisbury a ajouté qu'il désire toujours maintenir les meilleurs rapports avec l'Allemagne[3] et que par conséquent il me préviendrait à temps[4] de tout ce qui arriverait dans cette affaire pouvant toucher les droits ou les intérêts légitimes de l'Allemagne relatifs aux colonies portugaises."

Im Eingang unserer Unterredung hob der Premierminister wiederholt hervor, daß England nicht nur durch ältere Verträge, auf die man sich jetzt in Lissabon berufe, verpflichtet sei, den Besitzstand Portugals zu garantieren[5], sondern auch das größte Interesse habe, einem Zusammenbruch dort vorzubeugen. Er habe aber Herrn de Soveral erklärt, daß der englische Finanzminister** auf seine Wünsche schwerlich ohne vollständig ausreichende finanzielle Garantien eingehen würde, und ihm zunächst anheimgestellt, sich über die Details seiner Vorschläge mit Chamberlain zu besprechen. Er deutete gleichzeitig an, daß diese Besprechung vielleicht schon heute stattfinde.

---

* Siehe Nr. 3806.
** Sir Michael Hicks-Beach.

Auf meine in der Form freundschaftlichen, aber sehr nachdrücklichen Vorstellungen, daß ein einseitiges Vorgehen in der Sache hier, durch welches der Übergang souveräner Rechte Portugals in den fraglichen Kolonien in englische Hände herbeigeführt oder vorbereitet würde, bei uns den ungünstigsten Eindruck machen müßte und auch nicht geeignet wäre, die von uns beiden gewünschte Besserung der Beziehungen herbeizuführen, daß es sich außerdem offenbar um eine politische Frage handele, die nicht[6] Chamberlain, sondern er, Lord Salisbury, zu entscheiden habe, erwiderte mir der Premierminister, daß er nach wie vor die besten Beziehungen mit uns wünsche und mir deshalb mit voller Offenheit beizeiten alles mitteilen wolle, was in der Sache vorgehe. Er könne sich nur nicht, wie ich es von ihm verlangte, formell auf den Standpunkt stellen, daß die englische Regierung nicht berechtigt sein würde, der portugiesischen Regierung ohne unsere vorherige Zustimmung finanziell zu Hülfe zu kommen[7].

Im Laufe des Gesprächs ließ Lord Salisbury die Bemerkung fallen, daß man sich hier keineswegs für Angola, sondern nur für die portugiesischen Kolonien in Ostafrika interessiere. Er deutete gleichzeitig ganz vertraulich an, daß die Neigung Chamberlains, ein finanzielles Geschäft mit Portugal abzuschließen, auf die Besorgnis zurückzuführen sei, daß wir damit umgingen, uns der Delagoabai zu bemächtigen[8].

Mein Eindruck aus der ganzen heutigen Haltung Lord Salisburys ist, daß er auch in dieser Frage Chamberlain den Vortritt läßt und sich scheut, ihm dabei in den Weg zu treten. Er machte mir zuerst den seltsamen Vorschlag, ich solle selbst mit Chamberlain sprechen[8] und mich direkt mit ihm verständigen, zog ihn aber später zurück. Aus seinen Äußerungen ging noch hervor, daß es sich um Verpfändung der portugiesischen Zolleinnahmen aus den fraglichen Kolonien handelt.

Ich glaube zwar, daß Lord Salisbury Wort halten und mir vor einem formellen Abschluß mitteilen wird, was in der Sache hier verhandelt worden ist, bin aber durchaus nicht sicher, daß er sich nicht darauf beschränken wird, mich dann von dem hier bereits gefaßten Entschluß zu benachrichtigen[9], ohne die Ausführung desselben von unserer vorherigen Zustimmung abhängig zu machen[10]).

Hatzfeldt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

1 !

2 Das ist immer dasselbe Spiel, er will sich durch Chamberlain überraschen lassen! Er weiß ganz genau, was verlangt wird! Salisbury muß diese Frage entscheiden, nicht Chamberlain! da sie politisch ist.

3 ist ja rührend!

4 hoffentlich nicht zu spät für uns

5 na! Das wird wohl kaum im Portugiesischen Sinne gemacht werden!

6 sehr richtig

7 dabei kommt es eben auf die Art und Weise und die Form an! und die interessirt uns sehr!
8 !
9 ja
10 das verbitte ich mir aber! und das wäre illoyal und gegen die Abmachungen mit uns.

Schlußbemerkung des Kaisers:
Aus diesem Bericht, hauptsächlich aber aus seinem Schlußpassus, geht zur Evidenz hervor, wie falsch und unzuverlässig L[ord] Salisbury uns gegenüber spielt; das ist nicht die Art, um uns zum Bündniß zu verlocken! Dieu nous en garde!

Nr. 3808

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

London, den 15. Juni 1898

Eine in der gestrigen Unterhaltung von Lord Salisbury hingeworfene nicht ganz klare Bemerkung ließ sich vielleicht so deuten, als ob er bei mir den Hintergedanken vermutet, daß wir, falls England den Portugiesen eine Anleihe gegen gewisse Verpfändungen bewillige, entsprechende Beteiligung an dieser Anleihe verlangen würden. So unklar die Äußerung war, beabsichtigte ich heute darüber zu berichten, da eine solche Beteiligung, wenn sie sich bei uns verwirklichen läßt, vielleicht der beste Weg wäre, in der Sache Fuß zu fassen und gleichzeitig die englische Berechnung, wonach man hier ausschließlichen Einfluß auf das künftige Schicksal der potugiesischen Kolonien gewinnen will, zu hintertreiben. Wir dürfen aber dann keine Zeit verlieren, und ich müßte so schnell als möglich ermächtigt werden, Lord Salisbury folgendes zu sagen: „Wir teilten vollständig den Wunsch, Portugal vor einem finanziellen Zusammenbruch zu bewahren, und fänden es daher natürlich, daß England seinerseits die finanziellen Wünsche der Portugiesen nach Möglichkeit erfülle, vorausgesetzt, daß auch hierbei unsere unbestreitbaren Interessen an der künftigen Gestaltung der portugiesischen Kolonien in Ost- und Westafrika hier entsprechende Berücksichtigung fänden. Zu diesem Zweck erklärten wir uns bereit, an der fraglichen Anleihe teilzunehmen, und zweifelten nicht an der Bereitwilligkeit der englischen Regierung, darauf einzugehen. Über das Maß und die Ausdehnung unserer finanziellen Beteiligung sowie über die Garantie, die wir portugiesischerseits dafür beanspruchen würden, sei ich ermächtigt, mit ihm zu verhandeln.“

Stellt sich dabei heraus, daß Lord Salisbury, was mir noch keineswegs sicher erscheint, überhaupt geneigt ist, auf den Gedanken ein-

zugehen, so würde ich dann, um ihm dies zu erleichtern, und als wertvolle Konzession unsererseits unsere Bereitwilligkeit aussprechen, uns mit der Verpfändung der Zolleinnahmen von Angola zu begnügen und die gleiche Verpfändung von Delagoabai an England zu überlassen.

Bitte um schleunigste telegraphische Instruktion in der Sache, da, wie die Dinge liegen, jeden Augenblick ein Abschluß zwischen Herrn de Soveral und Herrn Chamberlain zu befürchten ist.

Hatzfeldt

Nr. 3809

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Lindenau

Nr. 177 Berlin, den 17. Juni 1898

Mit der von Ew. nach Ihrem Telegramm vom 15.* in Aussicht genommenen Mitteilung an Lord Salisbury — „wir teilten vollständig den Wunsch“ bis „ermächtigt mit ihm zu verhandeln“ — bin ich einverstanden.

Für den Fall, daß Ew. ein Eingehen auf Einzelheiten schon jetzt ratsam scheint, teile ich zu Ihrer Information und Direktive mit, daß wir für eine so schwerwiegende, weitgehende und die öffentliche Meinung Deutschlands sicherlich tief erregende britische Inanspruchnahme von Rechten, wie solche die anscheinend beabsichtigte Verpfändung bezüglich Delagoabai (nebst zugehörigem südlichem Teil des portugiesischen Ostafrika) enthalten würde, unsererseits eine annähernd ausreichende Kompensation nur darin sehen könnten, daß in gleicher Weise unserem Einflusse außer Angola — oder wenigstens den südlichen Distrikten dieser Provinz — der Rest des portugiesischen Ostafrika, d. h. Nord-Mosambique bis zum Sambesi-Schire, unterstellt würde.

Mit Rücksicht darauf, daß die Verhandlungen von Soveral mit Chamberlain geführt werden, und daß Lord Salisbury aus was auch immer für einem Grunde Sie immerhin in aller Form an Chamberlain verwiesen hat, würde ich von meiner Seite ein Bedenken dagegen nicht haben, daß Sie — jedoch nur dann, wenn Ihnen im Laufe der Verhandlungen eine persönliche Einwirkung auf Chamberlain nützlich scheinen sollte — zu diesem Zweck persönliche Fühlung mit demselben nehmen.

Bülow

---

* Siehe Nr. 3808.

Nr. 3810

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 160 London, den 17. Juni 1898

Telegramm Nr. 177* erhalten.

Lord Salisbury erwiderte mir auf meine Mitteilung, daß er die von mir angeregte wichtige und weittragende Frage der Beteiligung Deutschlands an einer eventuellen Anleihe für Portugal zunächst in reifliche Erwägung ziehen und außerdem dem am künftigen Dienstag zusammentretenden Ministerkonseil zur Beratung vorlegen müsse.

Der Minister fügte hinzu, daß ihm über das Ergebnis der Besprechungen zwischen Herrn Chamberlain und dem potugiesischen Gesandten und namentlich über die Vorschläge des letzteren noch nichts Näheres bekannt sei. Der Finanzminister zeige aber bis jetzt wenig Neigung, auf einen Vorschuß an Portugal einzugehen.

Hatzfeldt

Nr. 3811

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Gesandten in Lissabon Grafen von Tattenbach

Telegramm. Konzept

Nr. 31 Berlin, den 18. Juni 1898

Im Namen und Auftrage des Kaisers, unseres allergnädigsten Herrn, haben Ew. sofort eine Audienz bei Seiner Majestät dem Könige von Portugal nachzusuchen und demselben zu eröffnen, daß wir Kenntnis haben von Verhandlungen zwischen Portugal und England, deren unmittelbares Ergebnis eine völlige Umwälzung der wirtschaftlichen und damit auch politischen Lage Portugals sein würde. Die Angehörigen des Deutschen Reiches sind aber an der wirtschaftlichen Lage Portugals in so großem Maßstabe interessiert, daß die Regierung Seiner Majestät des Kaisers bei einer Abmachung nicht würde unbeteiligter Zuschauer bleiben können, durch welche die Einnahmequellen Portugals dauernd vermindert werden würden, ohne daß eine Garantie geschaffen würde für eine angemessene Verwendung der durch dieses Opfer erzielten Geldbeträge. Die Regierung Seiner Majestät

---

* Siehe Nr. 3809.

des Kaisers würde daher, um die deutschen Interessen vor weiterer erheblicher Schädigung zu bewahren, genötigt sein, unverzüglich mit anderen Regierungen, welche sich Portugal gegenüber in ähnlicher Lage befinden, die Frage zu erwägen, durch welche wirtschaftlichen oder anderen Druckmittel die sofortige Einrichtung einer internationalen Finanzkontrolle für Portugal herbeizuführen sein würde.

Bülow

Nr. 3812

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 178 Berlin, den 17. Juni 1898

Der französische Botschafter* sagte mir, er höre ganz vertraulich aus Paris, daß zwischen Portugal und England „verdächtige Verhandlungen" schwebten. Angeblich verspreche England finanzielle Beihülfe und Schutz gegen innere und äußere Gefahr für den Fall der Verpfändung der Delagoabai.

Ich habe dem Botschafter ausweichend geantwortet, weil ich vorläufig noch hoffe, daß wir in dieser Frage mehr mit England erreichen als durch eine Verbindung unsrer südafrikanischen Interessen mit den französischen.

Vielleicht würden aber die englischen Staatsmänner durch das Bewußtsein, daß Frankreich Anlehnung gegen England sucht, nachgiebiger gegen unsere so maßvollen Ansprüche gestimmt werden.

Bülow

Nr. 3813

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Paris Grafen Münster

Telegramm. Konzept

Nr. 113 Berlin, den 18. Juni 1898

Der portugiesische Gesandte in London, Herr von Soveral, ist am 3. Juni nach London abgereist mit dem Auftrage seiner Regierung,

---

* Marquis de Noailles.

Geld zu beschaffen durch Verpfändung der Einnahmen portugiesischer Kolonien in Afrika; die Hoheitsrechte sollten bei der Verpfändung mit inbegriffen sein. Aus einer vertraulichen Anfrage, die der französische Botschafter vorgestern an mich richtete*, geht hervor, daß die französische Regierung auch schon von diesem Plane gehört hat und deswegen lebhaft beunruhigt ist. In der Tat würde jene portugiesisch-englische Abmachung, falls sie zustande kommt, eine völlige Umwälzung herbeiführen zum Nachteile derjenigen Mächte, welche Interessen in Afrika haben, oder deren Angehörige Gläubiger Portugals sind. In der einen wie in der anderen Hinsicht haben Deutschland und Frankreich das identische Interesse, eine solche Umwälzung des portugiesischen Status quo — des politischen wie des wirtschaftlichen — entweder zu verhindern oder dabei mitzureden. Wenn Frankreich sich wie bisher durch die trouée des Vosges hypnotisiert zeigt und deshalb kein Auge für die Beobachtung aktueller Fragen übrig hat, dann wird das russische Bündnis kaum verhindern können, daß England überall außerhalb Europas sich ohne Rücksicht auf französische Interessen ausbreitet.

Im vorliegenden Falle würde das diplomatische Zusammenwirken Deutschlands und Frankreichs sich nicht direkt gegen England, sondern gegen Portugal richten. Letzteres vermindert durch die geplante Verpfändung seiner Kolonien seine dauernden Einnahmequellen ganz erheblich ohne Garantie für die angemessene Verwendung der durch die Verpfändung erzielten Geldbeträge. Deshalb wird der portugiesischen Regierung zu eröffnen sein, daß die deutsche und die französische Regierung, deren Landesangehörige leider mit weitgehenden Interessen in Portugal engagiert sind, unverzüglich die Frage erwägen müssen, durch welche wirtschaftlichen oder anderen Druckmittel die Einrichtung einer internationalen Finanzkontrolle für Portugal herbeizuführen sein würde.

Seine Majestät der Kaiser, unser allergnädigster Herr, beauftragen Ew., in diesem Sinne mit Herrn Hanotaux eindringlich zu reden. Als Hauptzweck der Unterredung betrachte ich die Erlangung von Klarheit darüber, ob ein praktisches Zusammenwirken von Deutschland und Frankreich in allen vorkommenden Einzelfragen, gleichviel welchen, prinzipiell ausgeschlossen ist, wie das ja zur Zeit des Jamesonschen Einfalls noch tatsächlich der Fall war**. Die Aufklärung dieses Punktes ist, wie ich Ew. nicht zu sagen brauche, von weittragender Bedeutung für die fernere Gestaltung unserer auswärtigen Politik***.

Bülow

---

* Vgl. Nr. 3812.
** Vgl. Bd. XI, Kap. LXIV.
*** Vgl. das folgende Schriftstück nebst Fußnote **.

Nr. 3814

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 124 Paris, den 19. Juni 1898

Antwort auf Telegramm Nr. 113*.

Herr Hanotaux ist entschieden der Ansicht, daß den portugiesischen Plänen energischer Widerstand geleistet werden müsse.

In diesem Augenblick der Krisis** könne er seine Regierung leider nicht binden. Er habe aber doch vorgebeugt und habe in Lissabon keinen Zweifel darüber gelassen, daß die portugiesische Regierung auf einen energischen Widerstand von hier aus rechnen müsse. Er hoffe, daß ähnliche Vorstellungen von uns erfolgen werden. Weiter könne er in diesem Augenblick nichts sagen, weil kein Ministerium als solches bestehe und er daher keine Verbindlichkeit übernehmen könne.

Aus einem längeren Gespräch habe ich entnommen, daß er persönlich sehr dazu geneigt sein würde, mit uns in den Fragen wie diese, welche gemeinschaftliche Interessen betreffen, zusammenzugehen.

Münster

Nr. 3815

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Privat für den Herrn Staatssekretär London, den 20. Juni 1898

Nach dem morgen stattfindenden Ministerkonseil will Lord Salisbury mir eine definitive amtliche Antwort bezüglich unserer Beteiligung

---

* Siehe Nr. 3813.

** Am 14. Juni war das Ministerium Méline, in dem Hanotaux das Departement des Äußern innehatte, zurückgetreten; ihm folgte Ende Juni das Ministerium Brisson mit Delcassé als Außenminister. Bei dem neuen Außenminister hat Graf Münster Versuche in der Richtung des ihm am 18. erteilten Auftrags (vgl. Nr. 3813) nicht weiter unternommen; auch in seinen Berichten ist er auf den Auftrag nicht wieder zurückgekommen. Nach Hanotaux' Angabe (Quatre ans de politique extérieure. Revue Politique et Parlamentaire XXXIV, p. 10) hätte er den deutschen Antrag — es ist sogar von einer von Münster am 19. Juni überreichten Denkschrift die Rede — an Delcassé weitergeleitet, letzterer aber hätte ihn einfach unter den Tisch fallen lassen! Am 30. Juni berichtete Münster nach Berlin: „Ich fürchte, daß der neue Minister des Äußern Delcassé unser Mißtrauen verdienen wird. Er hat sich literarisch und hinter

an einer eventuellen Anleihe für Portugal geben, und ich werde ihn daher voraussichtlich morgen nachmittag zu diesem Zweck sehen. Es wäre mir lieb, vorher zu wissen, ob ich auf eine erneute Eröffnung der Frage mit ihm eingehen soll, und ob es ratsam ist, im Fall einer abschlägigen Antwort, wie sie zu erwarten ist, ihn darauf aufmerksam zu machen, daß wir in Lissabon Einspruch erhoben haben und uns nötigenfalls in dieser Hinsicht auch mit anderen gleichmäßig interessierten Mächten verständigen würden.

Rothschild hält für ganz ausgeschlossen, daß der hiesige Finanzminister sich auf eine Anleihe für Portugal einlassen wird.

Hatzfeldt

Nr. 3816

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 180 Berlin, den 20. Juni 1898

Antwort auf Privattelegramm von heute.

Wegen Abwesenheit Seiner Majestät des Kaisers kann ich Ew. bis morgen keine amtliche Antwort in Aussicht stellen. Die Auffassung aber, welche ich als richtig mitvertreten werde, ist, daß wir den Engländern, wenn diese ungeteilte Rechte auf die Gesamtheit der afrikanischen Kolonien Portugals sich zu verschaffen suchen, nach Möglichkeit auf allen Gebieten entgegenwirken werden; daß wir aber bereit sind, uns mit den Engländern über eine Teilung der Interessensphären zu verständigen in der Art, daß die Delagoabai und die sehr weittragenden damit zusammenhängenden Interessen (Transvaal) durch Verpfändung oder sonstwie in die englische Sphäre gelangen, während wir in gleicher Weise andere Gebiete, z. B. Angola und den Norden von Mosambique, in unsere Sphäre hineinziehen würden.

Ew. wollen sich hiernach als ermächtigt ansehen, vorstehenden Plan, wenn auch noch nicht offiziell als Vorschlag der Regierung Seiner Majestät des Kaisers, so doch als Ihre persönliche, gegenwärtig im Auswärtigen Amt zur Erwägung stehende Auffassung bei erster sich bietender Gelegenheit zur Sprache zu bringen.

Bülow

---

den Kulissen als Amateur viel mit Politik beschäftigt. Er hat von vornherein für die russische Allianz zu wirken versucht. Sein Traum soll eine russisch-slawisch-österreichische Allianz sein.“ Vgl. Bd. XIII, Kap. LXXXIX, Nr. 3554. Auch das Auswärtige Amt hat sich bald davon überzeugt, daß unter dem neuen Ministerium Brisson-Delcassé auf ein praktisches Zusammenwirken von Deutschland und Frankreich nicht zu hoffen sei. Vgl. Nr. 3877.

Nr. 3817

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 162 London, den 21. Juni 1898

Telegramm Nr. 180* erhalten.

Der Premierminister hat mir eben mitgeteilt, daß das Kabinett sich im heutigen Konseil über zwei Punkte geeinigt habe, und zwar

1. daß die Frage, ob England der portugiesischen Regierung durch einen Vorschuß aus der Not helfen wolle, eine finanzielle sei und nur die beiden direkt dabei beteiligten Regierungen berühren würde, daß aber

2. die territoriale Frage für den Fall, daß Portugal seine afrikanischen Kolonien aufgeben oder verlieren sollte, zu einer Verständigung mit uns Anlaß geben würde, soweit unsere Interessen dabei in Frage kämen.

Als Lord Salisbury in der sich hieran knüpfenden Unterhaltung zunächst die Richtigkeit der in Nr. 1 enthaltenen Auffassung nachzuweisen suchte, daß eine rein finanzielle Unterstützung Portugals, auch wenn letzteres gewisse Zusicherungen für die pünktliche Tilgung der Schuld erteilte, einer dritten Macht kein Recht zum Einspruch bieten würde, habe ich ihm erwidert, daß ich diese Auffassung nicht teilen könne. Wir teilten bekanntlich den Wunsch, daß die portugiesische Regierung aus ihrer finanziellen Not befreit werde, und würden schwerlich etwas dagegen haben, wenn England in seiner Großmut den Portugiesen einen Vorschuß bewilligen wolle, ohne dafür Garantien zu verlangen, welche ihm für die Zukunft eine bevorzugte Stellung in bezug auf die fraglichen Kolonien sichern und unsere Interessen dort empfindlich berühren würden. Würden hier solche Zusicherungen und Garantien verlangt, so handele es sich eben nicht mehr um eine rein finanzielle Angelegenheit, sondern in der Zukunft wenigstens um eine territoriale Frage, welche er unter Nr. 2 selbst als zur Verständigung mit uns geeignet bezeichnet habe.

Der Premierminister ging nunmehr auf Nr. 2 näher ein, indem er vorausschickte, daß Portugal nach menschlicher Voraussetzung vielleicht noch jahrhundertelang im Besitz seiner Kolonien bleibt, und daß es deshalb verfrüht erscheine, schon jetzt über eine eventuelle Teilung zu verhandeln. Auch könne er heute noch nicht sagen, ob er in der Lage sein würde, in dieser Hinsicht jetzt bindende Verpflichtungen zu übernehmen. Als ich ihm hierauf erwiderte, daß eine Verständigung selbstverständlich davon abhängen müsse, ob wir uns über die Bedingungen einigten, daß sie aber nur dann von Wert für uns sein könne,

---

* Siehe Nr. 3816.

namentlich im Hinblick auf die hier beabsichtigte Anleihe, wenn sie eine verbindliche sei, stellte mir Lord Salisbury schlicht die Frage, was wir eventuell von den portugiesischen Kolonien in Afrika verlangen würden. Hierauf habe ich geantwortet, daß ich eine amtliche Äußerung hierüber heute noch nicht abgeben könne, weil der Herr Staatssekretär in dieser Hinsicht zunächst die Befehle Seiner Majestät des Kaisers, allerhöchstwelcher von Berlin abwesend sei, einholen und mich dann mit definitiver Instruktion versehen müsse. Meine persönliche unmaßgebliche Ansicht, die ich auf Befragen in Berlin aussprechen würde, gehe dahin, daß wir jedenfalls Angola und den Norden von Mosambique haben müßten. Damit würde England seinen größten Wunsch, Delagoabai, mit allem was sich in Transvaal daran schließe, erreichen, und wir würden auf große Interessen dort verzichten, für welche wir entsprechende Kompensationen verlangen könnten. Lord Salisbury machte dagegen geltend, daß unser Interesse an der Delagoabai ein unbedeutendes sei, und suchte, seiner Gewohnheit in solchen Verhandlungen getreu, meine Andeutungen so darzustellen, als ob wir ungeheuere Forderungen aufstellen und ganz Afrika für uns verlangen wollten. Ich erwiderte ihm, daß es ihm, wenn er finde, daß wir von den portugiesischen Kolonien zu viel verlangten, vollkommen freistehen würde, uns auch andere Kompensationsobjekte, wie z. B. Sansibar, anzubieten.

Schließlich verständigten wir uns darüber, daß ich Instruktionen verlangen und in den nächsten Tagen die Besprechung mit ihm über unsere eventuellen territorialen Ansprüche wieder aufnehmen würde.

Hiernach dürfte zuerst die Frage zu entscheiden sein, ob wir das Zustandekommen der Anleihe, auch mit portugiesischen Garantien, zugeben dürfen, wenn wir gleichzeitig ein verbindliches Abkommen hier abschließen können, durch welches unser Anspruch auf bestimmte Teile der portugiesischen Kolonien englischerseits für den Fall unbedingt anerkannt wird, daß Portugal die Kolonien verliert oder aufgibt. Ist diese Frage nach Lage der Verhältnisse zu bejahen, so stelle ich anheim, mich baldmöglichst mit Instruktion behufs weiterer Besprechung bezüglich unserer Ansprüche zu versehen.

Für sehr wahrscheinlich halte ich, daß hier der Versuch gemacht wird, unsere Ansprüche am Schire und Sambesi einzuschränken und auch einen Teil von Angola zu beanspruchen. Für diesen Fall bitte ich um Weisung, ob und welche Kompensationsobjekte ich für eventuelle Nachgiebigkeit unsererseits in diesen beiden Punkten verlangen soll.

Schließlich machte ich den Premierminister darauf aufmerksam, daß ein etwaiger Abschluß der Anleihe, bevor wir die territoriale Frage weiter besprochen und den Versuch der Verständigung darüber gemacht hätten, einen höchst ungünstigen Eindruck machen würde, und er erwiderte mir, daß dies nicht zu befürchten sei.

Hatzfeldt

Nr. 3818

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 184 Berlin, den 22. Juni 1898

Graf Tattenbach telegraphiert*:

„Seine Majestät der König hat seine Reise unterbrochen, ist gestern abend hierher zurückgekehrt und hat mich heute empfangen. Nachdem ich ihm die befohlenen Eröffnungen** gemacht hatte, antwortete der König folgendes:

Die Anerbietungen, Portugal Geld zu liefern, seien von England ausgegangen. Die Bedingungen, die an die Gewährung geknüpft worden seien, seien aber vollständig unannehmbar gewesen und würden, wie er vertraulich bemerkte, vom Volke niemals akzeptiert worden sein, da es sich dabei um die Kolonien gehandelt hätte. Gestern sei ein Telegramm nach London abgegangen, welches gelautet habe „Bedingungen unannehmbar". Er sähe vollständig ein, daß Portugal in seiner jetzigen Lage nichts übrig bleibe als vollkommene Loyalität mit allen Staaten, die an der wirtschaftlichen Lage Portugals interessiert seien. Seine Minister könnten einmal anderer Ansicht sein; aber die Minister wechselten, während er bleibe. Der König sprach seinen Dank darüber aus, daß Seine Majestät der Kaiser sich direkt an ihn gewandt habe, allerhöchstderselbe könne vollständig auf ihn zählen.

Der französische Gesandte*** hat mir sagen lassen, daß er noch gestern abend den Ministerpräsidenten † aufgesucht und demselben in energischer Weise vorgehalten habe[1], wie Sonderverhandlungen mit England unnötig, unzulässig und für Portugal gefährlich seien."

Aus der Erklärung des Königs ergibt sich einerseits, daß England in der Tat die Regelung der portugiesisch-afrikanischen Kolonialfrage ohne Beteiligung dritter Mächte im Auge hat, und andererseits, daß der erste englische Anlauf schon zurückgewiesen war, als Lord Salisbury Ew. pp. gestern über die eventuellen deutschen Ansprüche befragte.

Es handelt sich hierbei wie bei Kolonialfragen im allgemeinen für uns sowohl wie für England nicht um eine nachweisbare Berechtigung, sondern um ein Interesse und um die Macht, welche zur Geltendmachung dieses Interesses nötigenfalls verfügbar ist. England ist zur See stärker als wir. Die englische Staatsleitung handelt, wenn sie bis-

---

* Telegramm Nr. 58 aus Lissabon vom 21. Juni.
** Vgl. Nr. 3811.
*** C. Rouvier.
† De Castro.

her glaubte, keine Rücksicht auf Deutschland nehmen zu brauchen, in dem Bewußtsein der eigenen maritimen Stärke und außerdem wohl auch in dem Glauben, daß Deutschland keine Anlehnung bei anderen Seemächten finden werde, da Rußland eine Verlegung des englischen Schwerpunkts nach Südafrika begünstigt, während die öffentliche Meinung Frankreichs aus bekannten Gründen einem Zusammengehen mit Deutschland abgeneigt sein würde, wie sich das zur Zeit des Jamesonschen Einfalls auch schon gezeigt hat.

Daß aber die Haltung von Rußland und Frankreich sich in dem Augenblick ändern würde, wo Deutschland eine Regelung aller afrikanischen Fragen einschließlich der ägyptischen[2] auf die Tagesordnung setzte, bedarf weiter keines Beweises. Ew. pp. wissen aus Ihren früheren Unterhaltungen mit Baron Courcel am besten, daß dieser Staatsmann die Erreichung einer afrikanischen Gesamtregulierung mit dem größten Eifer anstrebt. Ebenso bekannt ist auch die Tatsache, daß Rußland die Vertreibung der Engländer aus der Nachbarschaft des Suezkanals als eine seiner wichtigsten politischen Aufgaben betrachtet. Österreich und Italien würden bei einer solchen Gesamtregulierung wenig hinderlich sein; Österreich kümmert sich nicht um Afrika, und Italien würde sich abfinden lassen.

Deutschland allein ist es, von welchem die Einleitung des afrikanischen Gesamtliquidationsverfahrens abhängt, und welches bisher dieses Verfahren verhindert hat. Auch damit rechnet wohl die englische Politik, daß Deutschland ein mächtiges britisches Reich als ein nützliches, um nicht zu sagen unentbehrliches Element für die Erhaltung der staatlichen Stabilität in Europa und auf dem Erdball überhaupt anzusehen geneigt ist und dementsprechend seine bisherige ägyptische Politik eingerichtet hatte. Neidlos haben wir England nach Ägypten hineingehen sehen und zu seiner Befestigung dort mitgewirkt. Da aber Deutschland nicht in der Lage ist, politische Frondienste zu leisten, so rechnen wir da, wo wir wichtige Unterstützung gewährt haben, auch auf eine entsprechende Gegenleistung[2] als selbstverständliche Voraussetzung unseres Tuns. Wenn England, indem es sich anschickt, jetzt von neuem ein erhebliches Stück des afrikanischen Weltteils stillschweigend in Beschlag zu nehmen, tatsächlich den deutschen Anspruch auf Gegenseitigkeit außer acht läßt, so liegt darin eine Schädigung nicht nur der deutschen Interessen, sondern auch des Ansehens der Regierung Seiner Majestät des Deutschen Kaisers nach außen und nach innen, gegen welche energisch zu reagieren Deutschland genötigt sein würde.

England kommt deshalb jedenfalls billiger davon, wenn es sich wegen seiner afrikanischen Ausbreitungspläne zunächst mit Deutschland verständigt. Wir unsererseits müssen die Frage, ob eine solche Verständigung mit England erreichbar ist oder nicht, jetzt zur Entscheidung bringen, denn die portugiesische Finanznot ist so groß, daß

die vorgestern abgelehnte auswärtige Geldhülfe doch über kurz oder lang, und zwar unter Zugrundelegung territorialer Garantien wird angenommen werden müssen. Nach der Erfahrung aber, die wir soeben machen, würde es nicht zu rechtfertigen sein, wenn wir untätig dasitzen wollten bis zu dem Augenblick, wo England uns einer vollendeten Tatsache gegenüberstellen kann.

Ew. pp. habe ich daher mit allerhöchster Genehmigung Seiner Majestät des Kaisers, unseres allergnädigsten Herrn, hiermit den Auftrag zu erteilen, daß Sie mit Lord Salisbury die Frage erörtern, wie dieser sich die zukünftige Verteilung der portugiesischen Kolonien zwischen Deutschland und England denkt, und ob er schon jetzt über diese Frage ein bindendes Abkommen schließen will. Von deutscher Seite wird hierbei den Tatsachen Rechnung zu tragen sein, daß England bereits ältere Interessen in Afrika hat, und daß es die stärkere Seemacht ist, daß endlich eine Bekämpfung der englischen Politik durch eine neu zu bildende kontinentale Gruppe weniger Schwierigkeiten in der Gegenwart als Bedenken für die Zukunft haben würde und deshalb — was wir dem englischen Premier auch gar nicht zu verbergen brauchen — von unserer Seite vermieden werden soll, vorausgesetzt, daß er selber nicht durch die Maß- und Rücksichtslosigkeit[3] seines Verhaltens uns in diese Richtung drängt.

Indem wir den Engländern freie Hand in der Delagoabai und deren Hinterlande lassen, tun wir einen Schritt, welcher im ganzen deutschen Volke eine peinliche Mißempfindung erregen wird[4], weil die Boeren seit Jahren zum Gegenstande einer sentimentalen Sympathie geworden sind, gegen welche wie in allen Fällen von Sympathie mit Gründen der Logik nicht anzugehen ist. Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers muß daher, wenn sie keine capitis diminutio erleiden will, in der Lage sein nachzuweisen, daß durch ihre Politik nicht nur Verzichte geleistet, sondern auch greifbare Vorteile erreicht worden sind. Als solche würden für uns bei den bevorstehenden Verhandlungen in Betracht kommen:

Der nördliche Teil von Mosambique mit der Sambesi-Schire-Grenze, der nicht entfernt den Vergleich aushält mit dem südlichen Teil, welcher — mit seinen überreichen Bergwerken und dem direkten Weg ins Innere auf dem mächtigsten Strome Westafrikas, dem Sambesi — mühelos England zufallen würde. Auch der endgültige Verzicht auf eine Verbindung unseres südwestafrikanischen Schutzgebiets mit Deutsch-Ostafrika auf dem Wasserwege — auf welche Verbindung bei Abgrenzung unseres südwestafrikanischen Gebiets seinerzeit bekanntlich hier großer Wert gelegt wurde — wird seitens Englands nicht gering veranschlagt werden dürfen.

Sollte England auf den weiteren Besitz der englischen Enklave am linken Ufer des Schire, Blantyre, bestehen, so würden wir als eine einigermaßen hinlängliche Entschädigung für diesen beklagenswerten endgültigen Verzicht auf eine günstige Flußgrenze es ansehen können,

wenn uns die englische Regierung schon jetzt ihre Unterstützung zusagen wollte für einen eventuellen deutschen Erwerb des portugiesischen Teils von Timor. Auch würden wir im Falle des Verzichts auf Blantyre den Übergang der für England ganz wertlosen Walfischbai nebst den vorliegenden Riffinseln von England an Deutschland als selbstverständlich betrachten.

Sollte England Teile Angolas für sich selbst erstreben, so würden wir unsererseits zum mindesten entscheidenden Wert darauf legen, daß der südliche Teil von Angola, etwa bis Benguela, zum allermindesten aber die Provinz Mossamedes, mit einer guten Grenze nach Norden hin an Deutschland kommt. Es ist hierbei jedoch wohl zu berücksichtigen, daß England alsdann auch in diesem portugiesischen Gebiete wiederum den Löwenanteil, nämlich den nördlichen Teil von Angola mit der für England sehr wertvollen Mündung des Kongo, erhält.

Schließlich ersuche ich Ew. Exzellenz ergebenst, insoweit Ihrerseits keine Bedenken bestehen, Lord Salisbury zu sagen, die Kaiserliche Regierung habe von der an Ew. Exzellenz erteilten Zusage des englischen Ministers (confer Schlußsatz Ihres Telegramms Nr. 162*), wonach ein Abschluß der portugiesischen Anleihe, bevor eine gemeinsame beiderseitige Besprechung der territorialen Frage stattgefunden habe, nicht zu befürchten sei, Akt genommen.

Endlich wird die von Ew. gestellte Frage zu erwägen sein, ob wir das Zustandekommen einer portugiesisch-englischen Anleihe mit portugiesischen Garantien zugeben und uns damit begnügen dürfen, gleichzeitig mit England ein verbindliches Abkommen abzuschließen, durch welches unser Anspruch auf bestimmte Teile der portugiesischen Kolonien englischerseits für den Fall unbedingt anerkannt wird, daß Portugal die Kolonien verliert oder aufgibt. Eine Abmachung dieser Art würde jedenfalls bedeutend besser sein als gar keine; sie würde aber keinesfalls die gleiche Sicherheit gewähren wie eine Abmachung, durch welche wir uns gleichfalls zu einem mäßigen Teile an der Portugal zu gewährenden Anleihe beteiligen und dafür von Portugal direkt gewisse territoriale Garantien — welche aber genau zu bezeichnen und von den England zu gewährenden Garantien zu trennen sein würden — zugesichert erhalten. Die für diesen Zweck erforderlichen Geldmittel würden nur zu beschaffen sein, wenn das Deutsche Reich den Kapitalisten gegenüber sich verbürgte; ich zweifle aber auch nicht, daß der Reichstag im Hinblick auf das wichtige nationale Interesse die erforderliche Garantie hinterher gewähren wird. Bis zum Augenblick des Vertragsabschlusses durch die Regierung würden die Verhandlungen geheim zwischen Deutschland und England einerseits und Portugal andererseits zu betreiben sein.

---

* Siehe Nr. 3817.

Solange England und Deutschland die Aussicht haben, sich untereinander zu verständigen, tun die beiden am besten, Frankreich herauszulassen[5]. Letzteres verfolgt offenbar in Südafrika territoriale Sonderziele. Dies ergibt sich einerseits aus der ängstlichen Besorgnis der französischen Diplomatie vor einer englisch-portugiesischen Abmachung, andererseits aber noch deutlicher aus der Abneigung des Herrn Rouvier gegen den Gedanken einer internationalen Finanzkontrolle, welche doch mit einem Schlage den finanziellen Bedrängnissen Portugals ein Ende machen und — als einziges wirksames Mittel — Portugal der Notwendigkeit überheben würde, früher oder später seine Kolonien zu veräußern oder zu verpfänden. Ich kann mir nicht denken, daß dem englischen Premierminister die Bildung eines französischen Kolonialreichs Madagaskar gegenüber angenehm sein sollte, und kann daher nur meine Überzeugung wiederholen, daß England bei einem Sonderabkommen mit Deutschland am besten fahren würde[6].

Bülow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf einer Abschrift:
23/VI 98
Einverstanden W.
Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Gut
[2] ja
[3] und Falschheit
[4] ja
aber der Reichstag, das Volk selbst ist Schuld daran, welche mir 10 Jahre lang die Schiffe verweigerten!
[5] wenn der französisch gesinnte Salisbury so loyal ist zu schweigen!?
[6] Ja

Nr. 3819

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 164 London, den 24. Juni 1898

Telegramm Nr. 184* erhalten.

In heutiger Unterredung zeigte sich Lord Salisbury wieder etwas reservierter und erhob vielfache Bedenken, wahrscheinlich um unsere Forderungen von vornherein möglichst herabzustimmen.

---

* Siehe Nr. 3818.

Als ich mich dahin ausgesprochen hatte, daß ich ermächtigt und beauftragt sei, die Frage zu erörtern, wie er sich die eventuelle zukünftige Verteilung der fraglichen Kolonien denke, und ob er schon jetzt ein bindendes Abkommen darüber schließen wolle, wendete er sofort ein, daß er in unserer letzten Unterredung nur die Frage gestellt habe, welche Forderungen wir stellten, und daß er vor allem eine Antwort auf diese Frage erwarten müsse. Unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß es sich dabei um ein verbindliches Abkommen handele, erwiderte ich ihm, daß ich mich über die Verteilungsfrage in dem ihm bereits bekannten Sinne in Berlin ausgesprochen und nunmehr erfahren hätte, daß meine Auffassung dort im großen und ganzen gebilligt werde. Zunächst würden wir eine entsprechende Beteiligung an der Anleihe mit direkten Garantien Portugals zu unseren . . . . .* einem Verteilungsabkommen zwischen England und Deutschland vorziehen. Wenn man das hier, wie er mir neulich gesagt, durchaus nicht wolle, so könnten wir die Sicherung unserer Interessen nur in der fraglichen Verständigung finden. Wenn wir dabei Delagoabai mit Hinterland an England überließen, so werde dies in Deutschland unzweifelhaft wegen der langjährigen Sympathien mit den Boers überall einen sehr peinlichen Eindruck machen, wenn wir nicht wenigstens greifbare Vorteile dafür nachweisen könnten. Als solche betrachteten wir den nördlichen Teil von Mosambique mit der Sambesi-Schire-Grenze und Angola, wo England, wie der Premierminister mir neulich gesagt, keine besonderen Interessen habe. Gleichzeitig hob ich den ungeheueren Wert von Delagoabai für England und den unbestreitbaren Umstand hervor, daß der südliche Teil von Mosambique auch außerdem bedeutend wertvoller als der nördliche sei.

Hiergegen wendete der Premierminister ein, daß wir den Wert von Delagoabai für England bedeutend überschätzten [1], und erging sich dann in Betrachtungen darüber, daß so ungeheuere Forderungen schwerlich zu einer Verständigung führen könnten. Ich erwiderte, daß ich die Objekte bezeichnet hätte, die wir im Auge haben müßten, daß ich aber nicht gesagt hätte, daß wir keinerlei Modifikation, die hier vorgeschlagen würde, in Erwägung ziehen würden. Ich sei vielmehr bereit, etwaige Vorschläge zu diskutieren, behielte mir auch vor, falls hier Einschränkungen unserer Vorschläge verlangt würden, anderweitige Kompensationen dafür namhaft zu machen. Ohne hierauf schon jetzt näher einzugehen, entwickelte der Premierminister die Ansicht, daß es doch für die Portugiesen etwas Peinliches haben müßte, wenn man über ihre Erbschaft bei ihren Lebzeiten Bestimmungen treffen wollte [2], und daß ein dahin zielendes Abkommen auch auf das englische Publikum vielleicht einen für das Kabinett unerwünschten Eindruck machen würde. Ich erwiderte, daß wir nur durch das englische Vorgehen in der An-

* Zifferngruppe fehlt.

leihefrage und durch seine Ablehnung, uns an der Anleihe zu beteiligen, zu einem Eingehen auf diesen Gedanken genötigt worden seien. Mir sei kein anderes Mittel bekannt, unter den obwaltenden Umständen unsere Interessen sicherzustellen, als die Beteiligung an der Anleihe oder eine verbindliche Zusicherung Englands, uns beim Eintritt einer gewissen und von uns nicht gewünschten Eventualität gewisse Teile der portugiesischen Kolonien (Afrika) zuzuerkennen.

Lord Salisbury bemerkte hierzu, die Beteiligung Englands an der griechischen Anleihe* habe solche Unannehmlichkeiten verursacht, daß man hier von keiner gemeinschaftlichen Anleihe mehr hören wolle. Er habe aber nicht sagen wollen, daß wir nicht ganz dasselbe Recht wie England hätten, Portugal eine Anleihe zu bewilligen. Ich erwiderte, daß wir, wenn ich ihn recht verstände, damit auf den Gedanken der parallelen Anleihe zurückkommen, die ihm in unserer letzten Unterhaltung wenig annehmbar erschienen sei. Mein persönlicher Eindruck sei, daß unser Interesse sich auf diesem Wege sicherstellen ließ, vorausgesetzt, daß die uns durch Portugal bewilligten Garantien (Zolleinnahmen) sich auf die Objekte bezögen, die wir bei eventueller Aufgabe der Kolonien durch Portugal beanspruchen müßten. Mit Rücksicht hierauf würde immer eine Verständigung zwischen uns und England über die eventuelle Verteilung der Objekte vorhergehen müssen. Lord Salisbury stellte dies nicht in Abrede, wenn er auch kein bestimmtes Zugeständnis[3] in dieser Hinsicht erteilte.

Schließlich ermächtigte mich der Premierminister, Euerer Durchlaucht zu melden, daß er zunächst die Auffassung und den Rat der kompetenten Behörden über den Wert der in Frage kommenden Objekte einholen müsse, und daß er dann über die Frage weiter mit mir unterhandeln wolle. Auf meine erneuerte Frage, ob ich darauf rechnen könne, daß inzwischen kein Abschluß in der Anleihefrage erfolgen werde, erwiderte mir der Premierminister, er könne mir, ohne den formellen Standpunkt zu verlassen, daß die finanzielle Frage nur[4] England und Portugal angehe, versichern, daß in den nächsten Tagen und vor weiterer Besprechung zwischen uns darin keine Entscheidung getroffen werden solle.

Als ich im Laufe der Unterhaltung die Andeutung fallen ließ, daß wir nicht die einzige Macht seien, welche durch die englisch-portugiesischen Verhandlungen beunruhigt worden sei, bemerkte Lord Salisbury, daß die Franzosen auch hier schon einen Schritt in der Sache getan und lebhaftes Interesse dafür an den Tag gelegt hätten. Er könne sich aber nicht denken, welchen Zweck die Franzosen dabei verfolgten. Meine Erwiderung, daß sie territoriale Absichten haben müßten und wahrscheinlich den Zweck verfolgten, gegenüber von Madagaskar ein

* Vgl. Bd. XII, Kap. LXXXI.

koloniales Reich zu erringen, schien den Premierminister besonders zu frappieren. Auch der Auffassung widersprach er nicht, daß es im beiderseitigen Interesse liege, einer Einmischung der Franzosen durch baldmöglichste Verständigung zwischen uns vorzubeugen, da eine eventuelle Teilung zu D r e i e n viel größere Schwierigkeiten bieten und größere Opfer von seiten Englands beanspruchen würde.

Euere Durchlaucht wollen aus dem Vorstehenden ersehen, daß ich von der mir erteilten Ermächtigung, in bezug auf die Abgrenzung unseres Anteils an Mosambique und an Angola gewisse Konzessionen zu machen, noch keinen Gebrauch[5] gemacht habe. Nach meiner festen Überzeugung, die sich auf langjährige Kenntnis des in solchen Fragen von Lord Salisbury beliebten Verfahrens stützt, würden übereilte Zugeständnisse meinerseits Lord Salisbury nur dazu geführt haben, von der Reduktion Akt zu nehmen, unsere reduzierten Forderungen aber als ebenso ungeheuer[2] zu bezeichnen, die ohne erhebliche Herabminderung vollständig unannehmbar seien. Auf Euerer Durchlaucht Zustimmung hoffe ich daher, wenn ich mir vorbehalte, unsere eventuellen Zugeständnisse bezüglich Blantyre und des Nordens von Angola erst später und bei geeigneter Gelegenheit zu verwerten[6].

Nach meiner unmaßgeblichen Ansicht würde es unserem Interesse am besten entsprechen, durch eine parallele Anleihe[7] direkte Garantie Portugals in bezug auf die von uns beanspruchten Territorrien zu erlangen. Wenn Euere Durchlaucht mit dieser Auffassung einverstanden sind, würde ich meine Bemühungen vor allem dahin richten, zu einem solchen Ergebnis zu gelangen, und erst in zweiter Linie ein Verteilungsabkommen mit England ins Auge fassen[7].

Nach einer Äußerung Lord Salisburys, welcher den portugiesischen Gesandten gestern gesehen hat, haben die Verhandlungen des letzteren mit Chamberlain bis jetzt anscheinend zu keinerlei Ergebnis geführt.

Der Premierminister stellte entschieden in Abrede, daß die Initiative zu den Anleihevorschlägen von hier[8] ausgegangen sei.

H a t z f e l d t

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

1 Warum liegt England denn so viel dran daß wir oder andere es nicht bekommen!?
2 richtig
3 er will alles allein haben
4 ist nicht wahr; auch uns
5 sehr mit Recht
6 nicht ohne vorher anzufragen.
7 ja
8 das ist unwahr, da glaube ich dem Könige von Portugal mehr

Nr. 3820

Der Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 138 St. Petersburg, den 23. Juni 1898

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 108*.

Ich hatte Gelegenheit, dem Grafen Murawiew gegenüber unauffällig davon zu sprechen, daß England bemüht scheine, die Finanznot Portugals für seine Zwecke auszunutzen. Der Minister griff die Bemerkung auf und sagte, er habe in der Tat von Verhandlungen gehört, die zwischen Portugal und England wegen eines mit den portugiesischen Kolonien in Verbindung stehenden Arrangements stattfänden. „Mais tout ça me laisse absolument froid," meinte der Minister. Glücklicherweise habe Rußland keine Kolonien in Afrika und könne solchen Fragen gegenüber ruhig zusehen. Übrigens würde es ihn nicht wundern, wenn Portugal und England zu einer bezüglichen Verständigung gelangen würden. Ersteres sei ja ohnehin schon fast eine Kolonie Englands zu nennen, und es würde letzterem Staat leicht werden, Portugal ihm gegenüber in das nämliche Abhängigkeitsverhältnis zu bringen wie Ägypten.

Ich glaube jedenfalls nicht, daß Frankreich hier aktive Unterstützung für seine afrikanischen Interessen finden wird, wenn auch der Wert dieser portugiesisch-englischen Frage für Rußland dem der Transvaalfrage nicht gleichkommt, wo die Hoffnung bestand, unser Verhältnis zu England dauernd zu trüben.

Tschirschky

Nr. 3821

Der Gesandte in Lissabon Graf von Tattenbach an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 64 Lissabon, den 30. Juni 1898

Der König, der mich heute empfing, wiederholte ausdrücklich und feierlich das Versprechen, keine Verhandlungen mit anderen Mächten zu führen, ohne uns Kenntnis zu geben.

---

* Durch Telegramm Nr. 108 vom 20. Juni 1898 war der Geschäftsträger von Tschirschky beauftragt worden, beim Grafen Murawiew wegen der russischen Stellung zu den englisch-portugiesischen Verhandlungen und der etwaigen russischen Neigung, auch hier die französischen Interessen zu fördern, zu sondieren.

Er erblickt die einzig mögliche Lösung der finanziellen Frage in einer Anleihe unter Zugrundelegung territorialer Garantien; er sieht vollkommen ein, daß Deutschland sich dabei beteiligen will, und erblickt in dieser Beteiligung eine Garantie für Portugal.

Der König hat mich gebeten, Seiner Majestät dem Kaiser seinen Dank für die geschehenen Mitteilungen auszusprechen.

Tattenbach

Nr. 3822

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 172 London, den 6. Juli 1898

In heutiger Unterhaltung fing Lord Salisbury von selbst wieder von der portugiesischen Frage an und versicherte, daß er durchaus nicht ablehne, sich mit uns über diese Frage zu verständigen. Er fürchte nur, daß die Lage der Dinge auf der Iberischen Halbinsel momentan zu unsicher sei, um auf dieser Grundlage schon jetzt einen bestimmten Plan zu verfolgen. Wenn er hiernach für ratsam halte, die weitere Entwicklung der Dinge auf der Halbinsel noch etwas abzuwarten, so lehne er damit die Verständigung mit uns keineswegs ab. Er warf dann die Frage auf, ob wir wohl geneigt sein würden, eventuell unser Recht auf Exterritorialität in Sansibar aufzugeben, und bemerkte dazu, daß wir uns über Angola wie auch über Mosambique, wo er unseren Wunsch, eventuell den nördlichen Teil zu besitzen, natürlich finde, verständigen könnten.

Bericht folgt durch Feldjäger.

Hatzfeldt

Nr. 3823

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 512 London, den 6. Juli 1898

Ein Mr. Orr, Parlamentsmitglied*, hat angeblich aus Kiel geschrieben, Seine Majestät der Kaiser habe ihm gegenüber die Bemerkung gemacht, daß Lord Salisbury mir jetzt weniger Entgegenkommen zeige als früher. Da der Premierminister, indem er mir dies

---

* Vgl. die Randbemerkung des Kaisers Nr. 6.

heute vertraulich mitteilte, eine Aufklärung von mir zu erwarten schien, habe ich erwidert, ich müsse annehmen, daß Mr. Orr die angebliche Äußerung Seiner Majestät nicht richtig verstanden oder nicht korrekt wiedergegeben habe. Meinerseits hätte ich in meinen Berichten nach Berlin nicht gesagt, daß er, Lord Salisbury, mir persönlich jetzt weniger Vertrauen und Entgegenkommen zeige als früher. Dagegen sei ich allerdings der Ansicht, die ich ihm selbst wiederholt ausgesprochen hätte, daß seine Auffassung der Politik, die England zu verfolgen habe, sich von derjenigen, die er mir gegenüber in früheren Jahren an den Tag gelegt, nicht unwesentlich unterscheide. Hieraus habe sich zu meinem Bedauern ein Gegensatz zwischen der deutschen und englischen Politik ergeben, wie er in den letzten Jahren, namentlich im Orient zum Ausdruck gekommen sei. Ich hätte ihm nie verheimlicht, daß die von Sir Philip Currie in Konstantinopel vertretene Politik überall in Europa das größte Mißtrauen gegen die Absichten Englands erregt habe. Überall habe man sich gefragt, welchen Zweck England verfolge, indem es den Frieden im Orient durch seine offenbare Bevorzugung aller Gegner der Pforte gefährde, und überall sei man zu dem Schluß gelangt, daß England, welches sich isoliert und gefährdet sehe, darauf ausgehe, die eigene Sicherheit zu gewährleisten, indem es die anderen Großmächte in einen unabsehbaren Krieg verwickele, von welchem es sich selbst fernhalten würde. Hierzu seien, soweit unsere Beziehungen in Frage kämen, die kolonialen Fragen getreten, deren Behandlung durch England in Deutschland immer mehr die Überzeugung befestigt habe, daß man uns hier nichts gönne und lieber einer anderen Macht größere koloniale Konzessionen einräume, als uns den geringsten kolonialen Zuwachs zuzugestehen. Es sei durchaus nicht meine Absicht, heute irgendeine spezielle koloniale Frage mit ihm zu diskutieren, und ich wollte nur im allgemeinen darauf hinweisen, daß auch die letzte zwischen uns besprochene koloniale Angelegenheit, die Frage einer Anleihe für Portugal unter gewissen kolonialen Garantien, der Annahme habe Vorschub leisten müssen, daß unsere Interessen auch in diesem Punkt hier keine gebührende Berücksichtigung finden würden [1].

Lord Salisbury ging zunächst auf meine Bemerkung über die Politik Englands im Orient ein, indem er wie gewöhnlich nachzuweisen suchte, daß das dadurch hervorgerufene Mißtrauen durchaus unbegründet sei. Er mußte aber selbst zugeben, daß das konsequent feindliche Auftreten Sir Philip Curries die Pforte zweimal genötigt habe, hier die Abberufung des englischen Botschafters anzuregen, und er führte dann selbst an, daß die englische Politik im Orient sogar in Österreich, wo man eine freundlichere Beurteilung erwartet hätte, das tiefste Mißtrauen gegen die Absichten Englands im Orient hervorgerufen habe. Lord Salisbury versuchte dann noch die Mißstimmung zwischen England und Deutschland auf unsere Bevorzugung der Buren [2] und namentlich auf

unsere unfreundliche Haltung in Sansibar zurückzuführen, wo wir den England feindlich gesinnten Prätendenten in Schutz genommen und ihm ein Asyl auf deutschem Territorium gewährt hätten. Ich bin ihm hierauf die Antwort nicht schuldig geblieben und habe bei dieser Gelegenheit auch gebührend hervorgehoben, daß es für die öffentliche Meinung in Deutschland eine schwierige Aufgabe sei, die unerhörten persönlichen Angriffe und Beleidigungen zu vergessen, die hier in der Presse, in öffentlichen Reden und an öffentlichen Orten gegen Seine Majestät gerichtet worden seien [3].

Lord Salisbury kehrte nunmehr zu den kolonialen Fragen zurück, indem er aus eigener Initiative bemerkte, daß es ein Irrtum sei, wenn wir annehmen wollten, daß er eine Verständigung mit uns über die portugiesische Frage ablehne. Dies sei durchaus nicht der Fall. Er warf dann plötzlich die Frage hin, ob wir eventuell geneigt sein würden, unser Recht auf Exterritorialität in Sansibar aufzugeben [2]. Als ich mich auf die Bemerkung beschränkte, daß mir der Zusammenhang zwischen dieser, mir übrigens unbekannten Frage und der portugiesischen Anleihe nicht klar sei, ließ Lord Salisbury diesen Punkt vorläufig fallen und bemerkte von selbst, daß unser Wunsch, eventuell die nördliche Hälfte von Mosambique zu besitzen, natürlich sei, und daß wir uns auch über Angola verständigen könnten, obwohl man uns hier vielleicht diese Provinz nicht ganz zugestehen würde. Wenn er zögere, sich über diese Punkte mit uns definitiv auszusprechen, so habe dies nur den Grund, daß die politische Situation auf der ganzen Iberischen Halbinsel, also auch in Portugal, augenblicklich so unklar und unsicher erscheine [4], daß sich auf dieser Grundlage schwerlich bestimmte Pläne verfolgen ließen. Er habe daher den Eindruck, daß es ratsam sein würde, die weitere Entwickelung der Dinge vorläufig noch abzuwarten. Hierzu komme allerdings noch der Umstand, daß Herr von Soveral, der sich offenbar in einer sehr schwierigen Situation befinde und ihm deshalb leid tue, noch immer nicht in der Lage sei [5], eine befriedigende Erklärung seiner Regierung über die hier verlangten Garantien abzugeben.

Die ganze Haltung Lord Salisburys in unserer heutigen Unterhaltung rechtfertigt, wie mir scheint, die Annahme, daß er nunmehr [6] im Prinzip entschlossen ist, sich mit uns über die eventuelle Zukunft der portugiesischen Kolonien in Afrika freundschaftlich auseinanderzusetzen. Jedenfalls bieten seine heutigen Äußerungen mir den erforderlichen Anhaltspunkt, um jeden Augenblick auf die Frage zurückzukommen, falls Euere Durchlaucht nicht etwa die Ansicht des Premierministerrs teilen, daß es sich empfiehlt, vorläufig noch abzuwarten [7], welchen Rückschlag die letzten Ereignisse in Kuba auf die politische Situation in Spanien und vielleicht auch in Portugal ausüben werden. Erscheint es dagegen in unserem Interesse geboten, die Verständigung mit England zu beschleunigen [8], um von den möglichen Ereignissen auf der Iberischen Halbinsel nicht überrascht zu werden, so darf ich um hochgeneigte

telegraphische Weisung bitten. Es ist, wie ich glaube, anzunehmen, daß Lord Salisbury im Falle einer eingehenden Erörterung über die Bedingungen einer Verständigung auch auf die von ihm angeregte Frage in bezug auf unsere exterritorialen Rechte in Sansibar zurückkommen wird, und ich darf daher gleichzeitig um Weisung bitten, ob ich diese Forderung, die ich heute mit Stillschweigen übergangen habe, von vornherein als unannehmbar[7] bezeichnen soll. P. Hatzfeldt

Randbemerkungen * Kaiser Wilhelms II.:
[1] Gut!
[2] !!
[3] gut
[4] !
[5] Das warum wissen wir!
[6] also hat der Brief Mr. Orr Ewings, Besitzer des „Rainbow" gewirkt. Er hat ihn auf meine ausdrückliche Erlaubniß hin geschrieben
[7] ja
[8] Das muß Hatzfeld besser beurtheilen können

Nr. 3824

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 200 Berlin, den 8. Juli 1898

Auf Grund der in Ew. Bericht 512** und Privatbrief enthaltenen Darlegung sind Ew. ermächtigt, mit Lord Salisbury über die ganze Lage zu sprechen, wie und sobald Sie es für geeignet halten.

Wegen der Verwendung der Sansibar-Exterritorialität als Kompensationsobjekt wird zweifellos die Genehmigung Seiner Majestät zu erlangen sein bei angemessener Gegenleistung. Richthofen

Nr. 3825

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 177 London, den 8. Juli 1898

Erlaß Nr. 606 und Telegramm Nr. 199 erhalten ***.

Ich halte nach den französischen Nachrichten, auch wenn sie be-

* Der Bericht lag dem auf der Nordlandreise weilenden Kaiser erst am 16. Juli vor.

** Siehe Nr. 3823.

*** In Erlaß Nr. 606 vom 6. Juli (siehe Bd. XV, Kap. XCVIII, Nr. 4154) und im Telegramm Nr. 199 vom 7. Juli war die Besorgnis ausgesprochen wor-

gründet sind, noch nicht für nachgewiesen, daß das englische Kabinett aus eigener Initiative in Lissabon die Einräumung militärischer Garantien verfolgt. Der stets hier hartnäckig festgehaltene Wunsch, sich selbst von europäischen Verwickelungen fernzuhalten, steht einer solchen Annahme anscheinend im Wege, abgesehen davon, daß alle bisherigen Äußerungen Lord Salisburys darauf hindeuten, daß er den auf alten Verträgen begründeten Anspruch Portugals auf englische Garantie des portugiesischen Besitzstandes nur ungern anerkennt. Nach seiner Angabe hat Lord Granville die englische Verpflichtung aus diesen Verträgen noch ausdrücklich anerkannt, und das jetzige englische Kabinett ist daher nicht in der Lage, die darauf basierenden portugiesischen Forderungen zurückzuweisen. Ich halte daher nicht für unmöglich, daß Lord Salisbury, um die portugiesischen Ansprüche zu mäßigen, die vertragsmäßige Hülfe Englands an die Bedingung geknüpft hat, daß die eventuelle Besetzung von Lissabon durch englische Truppen und Unterstellung des portugiesischen Heeres unter englische Führung von vornherein zugestanden werde.

Es bleibt aber, auch wenn die französischen Nachrichten sich als unbegründet oder übertrieben herausstellen sollten, immerhin möglich, daß die Entwickelung der Dinge in Spanien und dann auch in Portugal zu Umwälzungen führt, welche England Anlaß bieten würden, seine Interessen nicht nur durch militärisches Eingreifen in Lissabon, sondern vor allem durch Besetzung der portugiesischen Kolonien in Afrika sicherzustellen. Gegen diese Möglichkeit müssen wir uns meines Erachtens jedenfalls sichern, indem wir jedes weitere Hinziehen der Verhandlungen mit uns über die portugiesischen Kolonien abschneiden. Ich würde daher, wenn ich nicht vorher telegraphisch andere Weisung erhalte, Lord Salisbury morgen sagen, daß wir von den Franzosen über die militärischen Verhandlungen Englands in Lissabon informiert sind, welche jedenfalls darüber keinen Zweifel lassen könnten, daß man hier wie dort die politische Situation in Portugal für unsicher und gefährlich halte. Gerade diese Unsicherheit, welche einen plötzlichen Umschwung in Portugal und im Zusammenhang damit eine provisorische Besetzung

---

den, daß die englische Regierung den Plan verfolge, nicht nur den Besitzwechsel der portugiesischen Kolonien, sondern gleichzeitig auch den der spanischen Kolonien unter Ausnutzung der spanisch-amerikanischen Kriegslage und mit Unterstützung der Vereinigten Staaten und Japans herbeizuführen. Das Gespenst einer englisch-amerikanisch-japanischen Koalition, das seit den ostasiatischen und spanisch-amerikanischen Verwicklungen die politischen Kreise Berlins und vor allem den mißtrauischen Holstein bedrückte, schien eben damals durch Nachrichten aus französischer Quelle, überbracht von dem Botschafter Marquis de Noailles, an Konsistenz zu gewinnen, wonach die finanziellen Verhandlungen zwischen England und Portugal einen militärpolitischen Hintergrund hätten und auf eine Besetzung Lissabons durch englische Truppen und auf eine Unterstellung des portugiesischen Heeres unter englische Führung abzielten.

der fraglichen Kolonien durch England als möglich erscheinen lasse, mache es uns zur Pflicht, hier Klarheit zu gewinnen, ob und wieweit unsere berechtigten und bescheidenen Ansprüche hier auf Anerkennung zählen könnten. Nachdem er in unserer letzten Unterhaltung unsere Ansprüche in Mosambique und Angola selbst als berechtigt anerkannt, könne eine sofortige Verständigung keine Schwierigkeiten bieten. Dieselbe könne durch einen Austausch vorläufig geheimzuhaltender Noten festgelegt werden, in welchen bestimmt würde, daß Deutschland entweder für die ihm zuerkannten Territorien die portugiesische Anleihe übernimmt oder aber, falls Portugal die Kolonien aufgibt oder verliert, den ihm zuerkannten Anteil ohne weiteres mit ausdrücklicher Zustimmung Englands erhält.

Nach der Haltung Lord Salisburys am 6. d. Mts. (Telegramm Nr. 172*) habe ich den bestimmten Eindruck gehabt, daß er uns gegenüber einlenken wollte und jedenfalls einen Bruch mit uns wegen dieser Frage nicht wünscht. Wenn seitdem nichts Neues vorgekommen ist, was seine Stimmung nochmals verändert hat, so glaube ich hoffen zu dürfen, daß er meine Anregung nicht zurückweisen wird. Sollte ich aber dennoch auf Schwierigkeiten stoßen, so würde ich ihm keinen Zweifel darüber lassen, daß wir, wenn jetzt keine Anerkennung unserer gerechten Ansprüche erfolge, seinen portugiesischen Plänen gegen unsern Wunsch entschieden entgegenarbeiten müßten, auch im Verein mit anderen Mächten, die sich dazu geneigt zeigen würden.

Selbstverständlich müßte ich, falls Lord Salisbury auf sofortige Diskussion der einzelnen Punkte eingeht, in der Lage sein, darüber zu verhandeln und eventuell unsere letzten Bedingungen anzugeben. Wahrscheinlich wird er in diesem Fall auch die Frage wegen der Exterritorialität in Sansibar wieder zur Sprache bringen. pp.**

Hatzfeldt

Nr. 3826

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 202 Berlin, den 9. Juli 1898

Ew. sind ermächtigt, den in Ihrem Telegramm Nr. 177*** entwickelten Gedankengang als Unterlage für Besprechungen mit Lord Salisbury und eventuell dem amerikanischen Botschafter zu nehmen.

* Siehe Nr. 3822.
** Den Schluß des Telegramms siehe in Bd. XV, Kap. XCVIII, Nr. 4155.
*** Siehe Nr. 3825.

Bezüglich unsrer Bedingungen verweise ich auf die telegraphische Instruktion Nr. 184 vom 22. v. Mts.*, welche von Seiner Majestät genehmigt worden ist, also auch der Umtausch von Blantyre gegen Timor und Walfischbai. Was Angola betrifft, so möchte Seine Majestät ungern auf Benguela verzichten, mit Rücksicht darauf, daß England Loanda und Kongomündung erhalten würde. Eventuell würden Ew. auch als weiteres diesseitiges Kompensationsobjekt die Exterritorialität in Sansibar zwar nicht gleich dem Übrigen sofort bewilligen, aber in Aussicht stellen können. Könnten Sie etwa Voltagrenze mit zum Austrag bringen zur definitiven Beseitigung aller deutsch-englischen Reibungspunkte? Dies jedoch lediglich Frage.

Richthofen

Nr. 3827

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 179 London, den 9. Juli 1898

Telegramm Nr. 202** erhalten.

Unsere heutige Unterhaltung leitete der Premierminister mit der Bemerkung ein, daß die Verhandlungen mit Portugal vollständig stockten, da Soveral nicht in der Lage sei, die hiesigen Vorschläge in bezug auf Delagoabai und die Eisenbahn befriedigend zu beantworten. Diese Vorschläge hätten, wie er, Lord Salisbury, mir ganz offen sagen wolle, den Zweck gehabt, die dortigen englischen Interessen gegen etwaige Absichten Deutschlands oder auch der Transvaalrepublik sicherzustellen. Ich erwiderte hierauf, daß mir dieser Zweck, soweit wir in Frage kämen, unverständlich sei, da keine unserer bisherigen Handlungen hier zu dem Schlusse berechtige, daß wir uns der Eisenbahn und der Delagoabai bemächtigen wollten, wo wir nicht ein einziges Schiff hätten und er, Lord Salisbury, aus seinen letzten Unterhandlungen mit mir außerdem habe die Überzeugung gewinnen müssen, daß wir England im Süden von Mosambique freie Hand lassen wollten, wenn unsere Interessen im übrigen entsprechende Berücksichtigung fänden.

Ohne auf diese Frage weiter einzugehen, bemerkte ich dem Minister, daß uns inzwischen eine überraschende Nachricht zugegangen sei, deren Quelle ich ihm, falls er es wünsche, vertraulich angeben wolle. Nach dieser Nachricht, die, falls sie begründet wäre, von schwerwiegender Bedeutung sein würde, verhandele England mit den Por-

---

* Siehe Nr. 3818.
** Siehe Nr. 3826.

tugiesen nicht nur über koloniale Garantien für eine Anleihe, sondern außerdem in Lissabon über eine militärische Verständigung, welche den Engländern eventuell die Besetzung der portugiesischen Hauptstadt und den Oberbefehl über die portugiesische Armee einräumen würde *. Der Premierminister erwiderte mit großer Bestimmtheit, daß an dieser Nachricht kein wahres Wort sei, und daß er keine militärische Konzession irgendeiner Art in Lissabon verlangt habe. Wahr sei nur, wie er mir dies wiederholt und offen gesagt, daß England die vertragsmäßige Verpflichtung anerkennen müsse, die Integrität Portugals zu garantieren.

Hieran anknüpfend machte ich geltend, daß die auch von ihm anerkannte Unsicherheit der Situation auf der Iberischen Halbinsel uns die Pflicht auferlege, uns über die Anerkennung unserer eventuellen Ansprüche in den portugiesischen Kolonien durch England Klarheit zu gewinnen und gegen Überraschungen sicherzustellen. Wenn wir uns über die in Frage kommenden Punkte verständigen könnten, wie ich es nach seinen Äußerungen in unserer letzten Unterhaltung für möglich halte, würde es nicht schwierig sein, die Verständigung durch einen Austausch geheimer Noten festzulegen, welche darüber keinen Zweifel ließen, daß Deutschland entweder seinen Anteil an einer portugiesischen Anleihe für die ihm zuerkannten Territorien übernehmen oder die letzteren, falls Portugal die afrikanischen Kolonien verlöre, mit Zustimmung Englands erhalten würde.

Nach einem schwachen Versuch, eine weitere Vertagung bis zum voraussichtlichen Eintritt einer Krisis in Portugal zu befürworten, ging Lord Salisbury auf meinen Gedanken näher ein, indem er nur noch die Besorgnis geltend machte, daß der fragliche Notenaustausch sich nicht werde geheimhalten lassen. Auch hierüber beruhigte er sich schließlich, indem er selbst bemerkte, daß man die Noten so abfassen müßte, daß Portugal, falls es Kenntnis davon erhielte, darin keine Kränkung erblicken könnte.

Als ich nunmehr dazu drängte, in die Besprechung der einzelnen Punkte einzutreten, bemerkte Lord Salisbury, daß er heute noch keine verbindlichen Erklärungen abgeben könne, kam aber dann wieder auf die Frage der Exterritorialität in Sansibar zurück und meinte ferner, daß man hier Wert darauf legen würde, von irgendeinem Punkt in dem Blantyreterritorium eine Eisenbahn nach Quilimane bauen zu dürfen, da die Wasserverbindung auf dem Sambesi nach den westlich gelegenen englischen Kolonien unsicher und ungesund sei. Ich erwiderte zunächst, daß mich der Vorschlag deshalb überrasche, da ich nach seinen neulichen Äußerungen hätte annehmen müssen, daß er uns die verlangte Schiregrenze zugestehe. Lord Salisbury entgegnete mir, daß er dabei die Abtretung *portugiesischen* Gebiets im Auge

---

* Vgl. Nr. 3825, S. 284, Fußnote **.

gehabt habe, nicht aber bereits englisches Territorium, und in diesem Fall um so weniger, als die Abtretung von Blantyre in kirchlichen und Missionskreisen auf unüberwindlichen Widerstand stoßen würde. Ich entgegnete, daß ich nicht wisse, ob wir darin eine Konzession machen könnten, keinenfalls ohne entsprechende Kompensationen. Der Premierminister ließ hier die Bemerkung fallen, daß wir früher auf die Abtretung der Walfischbai Wert gelegt hätten. Ich stellte dies nicht in Abrede, bemerkte aber dazu, daß dieser Punkt für England so gut wie wertlos sei.

Bei dieser Gelegenheit habe ich zum erstenmal Timor erwähnt, und daß uns die englische Unterstützung für den Erwerb des portugiesischen Teils voraussichtlich erwünscht sein würde. Lord Salisbury behielt sich vor, diese Frage zu studieren, meinte aber, daß er vorläufig kein Bedenken dagegen sehe.

Nach den allgemeingehaltenen Äußerungen des Premierministers über Angola scheint mir nicht zweifelhaft, daß er jedenfalls einen erheblichen Teil im Norden für England beanspruchen wird.

Schließlich bemerkte Lord Salisbury, daß er sämtliche Fragen, auf die es bei der Verständigung mit uns ankomme, zunächst in dem auf künftigen Dienstag angesetzten Ministerkonseil zur Sprache bringen und sich überzeugen wolle, zu welchen Zugeständnissen an uns seine Kollegen ihre Zustimmung erteilen würden. Er werde mich dann am Mittwoch empfangen, um die Fragen eingehend mit mir zu besprechen. Mein Eindruck ist, daß er sich namentlich versichern will, wie weit der Kolonialminister uns gegenüber zu gehen geneigt ist.

Um etwaige weitere Instruktion bitte ich vor Mittwoch mittag.

Hatzfeldt

Nr. 3828

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 205 — Berlin, den 10. Juli 1898

Antwort auf Telegramm 179* und Privattelegramm.

Die letzte Besprechung Ew. pp. mit dem Premierminister läßt Raum für die Hoffnung, daß am nächsten Mittwoch eine Verständigung zwischen Ihnen erreicht werden wird. Wenn nicht, so könnte der Grund entweder darin liegen, daß Lord Salisbury den Wegfall des deutschen Widerspruchs in afrikanischen Dingen nur gering anschlägt

---

* Siehe Nr. 3827.

und deshalb selbst die geringen deutschen Ansprüche noch zu hoch, um seinen eigenen Ausdruck zu gebrauchen, unsere Freundschaft für zu teuer hält. In diesem Falle würde uns nur übrig bleiben, bei Seiner Majestät anzufragen, ob und wo allerhöchstderselbe noch von der einen oder anderen der von ihm bereits genehmigten, Ew. pp. bekannten Bedingungen etwas nachlassen will.

Oder Lord Salisbury läßt plötzlich, wie das ja bei früheren Gelegenheiten wiederholt der Fall war, wieder durchblicken, daß es andere politische Kombinationen gibt, die er, falls wir ihn zur Parteinahme drängten, einer Verständigung mit Deutschland vorziehen würde. In diesem Falle wollen Ew. pp. dem Premierminister sagen, daß nicht wir, sondern die Zeitverhältnisse es sind, welche auch uns drängen, und daß wir, falls England die bestimmte Absicht erkennen läßt, sich mit uns nicht zu verständigen, dann zu unserem aufrichtigen Bedauern genötigt sein würden, andere Wege zu suchen.

Richthofen

Nr. 3829

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 181 London, den 11. Juli 1898

Telegramm Nr. 205* erhalten.

Obwohl meine letzte Besprechung mit Lord Salisbury im ganzen günstig verlief, muß ich doch mit Rücksicht auf alle meine hiesigen kolonialen Erfahrungen, abgesehen von der Möglichkeit, daß er am Mittwoch wieder neue Bedenken gegen sofortigen Abschluß überhaupt erhebt, darauf gefaßt sein, daß er unter Berufung auf angeblichen Widerstand seiner Kollegen uns weniger bietet, als er in unserer letzten Unterhaltung zu tun geneigt schien, und statt dessen für England noch mehr als bisher beansprucht. Auf Blantyre wird er unzweifelhaft bestehen, und ich halte jetzt für wahrscheinlich, daß er auch einen großen Teil des nördlichen Angola beanspruchen wird, vielleicht sogar ohne uns Walfischbai zu bieten, etwa unter dem Vorwand, daß das Kabinett seine Zustimmung dazu versagt habe. Dagegen wird er an unserem Verzicht auf Exterritorialität in Sansibar festhalten und vielleicht noch mehr verlangen. Eine ziemlich unklare Andeutung, die er halb im Scherz fallen ließ, daß Chamberlain ihm durch seinen kolonialen Heißhunger Schwierigkeiten bereite, weil er am liebsten alles, sogar die neutrale Zone haben möchte, verdient vielleicht mehr Beachtung, als

* Siehe Nr. 3828.

ich zuerst glaubte, und ich muß darauf gefaßt sein, daß dieser Punkt ebenfalls zur Sprache kommt.

Für den Fall, daß sich die vorstehenden Erwartungen im großen und ganzen bestätigen, hoffe ich auf Euerer Durchlaucht Einverständnis, wenn ich mich hier auf den Standpunkt stelle, daß ich mich nicht für ermächtigt halte, so ungleiche und unbillige Bedingungen zu diskutieren, noch ihre Annahme in Berlin zu befürworten. Ob man bei uns das große Opfer von Blantyre überhaupt werde bringen können und wollen, wisse ich nicht, keinenfalls ohne entsprechende Kompensation. In Angola könnten wir jedenfalls nur auf einen unerheblichen Teil im Norden verzichten, und zwar gegen Walfischbai und Unterstützung bezüglich Timor. Die Frage bezüglich Exterritorialität in Sansibar (wie auch eventuell wegen neutraler Zone) könne ich nur ad referendum nehmen, wenn mir gleichzeitig die hier dafür gebotenen Kompensationen bezeichnet würden. Der Verzicht auf unsere letzten Rechte in Sansibar würde auf unsere öffentliche Meinung unzweifelhaft einen peinlichen Eindruck machen, und ich könnte ihn nicht einmal persönlich befürworten, ohne gleichzeitig bestimmte Vorteile dafür anzugeben.

Sollte ich auf unüberwindliche Hartnäckigkeit oder auf die in Telegramm Nr. 205 vermutete erneuerte Andeutung Lord Salisburys stoßen, daß er eventuell anderen politischen Kombinationen den Vorzug geben könnte, so werde ich ihn darauf hinweisen, daß man hier im Irrtum ist, wenn man annehme, daß wir uns in der vorliegenden Frage um jeden Preis mit England verständigen müßten oder wollten, oder daß es nicht auch für uns andererseits Kombinationen gebe, in welchen wir die Sicherstellung unserer Interessen finden könnten. Wir zögen, wie ich ihm oft gesagt, die freundschaftliche Verständigung mit England vor und stellten seiner kolonialen Expansion nichts in den Weg, wenn es dabei unsere Interessen gebührend berücksichtige. Die Umstände gestatteten uns aber nicht, die Entscheidung länger hinziehen zu lassen. Wolle man hier die Verständigung jetzt nicht oder wenigstens nicht unter billigen Bedingungen, so müßten wir uns mit Bedauern entschließen, andere Wege zu suchen.

Mein Eindruck ist nach wie vor, daß Lord Salisbury die Verständigung wünscht und namentlich keinen Bruch mit uns will. Er wird aber wie stets in solchen Verhandlungen möglichst lange an der Taktik festhalten, so wenig wie möglich zu bieten, um möglichst viel herauszuschlagen.

Ich vermag von hier nicht zu beurteilen, ob es mit unseren dortigen Interessen überhaupt vereinbar wäre, in der neutralen Zone irgendwelche Zugeständnisse an England zu machen. Sollte dies der Fall sein, so wäre es nützlich, wenn ich vor Mittwoch informiert werden könnte, was wir dort aufgeben könnten, und welche Gegenleistungen wir verlangen müßten. Andernfalls würde ich, falls Lord

Salisbury den Punkt zur Sprache bringt, erwidern, daß derselbe mit der gegenwärtigen Verhandlung in keinem Zusammenhang steht und außerdem der Besprechung spezieller Delegierter der beiden Regierungen ausdrücklich vorbehalten worden ist. Ich könnte bei dieser Gelegenheit noch einen Versuch machen, die Voltagrenze zu erlangen, fürchte aber, daß dies auch jetzt erfolglos sein würde.

Hatzfeldt

Nr. 3830

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 208 Berlin, den 12. Juli 1898

Antwort auf Telegramm 181*.

Mit der von Ew. in Aussicht genommenen Sachbehandlung bin ich durchaus einverstanden. Im übrigen bemerke ich noch, daß wir besonderen Wert auf eine möglichst strenge Unterscheidung zwischen geheimen und öffentlichen Verhandlungen, d. h. mit anderen Worten darauf legen müssen, daß allen solchen deutschen Konzessionen, welche voraussichtlich sofort oder binnen kurzer Zeit an die Öffentlichkeit gelangen, auch öffentliche englische Konzessionen gegenüberstehen. So würden wir zu weitgehenden Zugeständnissen hinsichtlich der neutralen Zone, zu einem Verzichte auf den Erwerb Blantyres und zur Erfüllung der Wünsche Lord Salisburys betreffend unsere Exterritorialität in Sansibar dann uns bereit finden können, wenn Zugeständnisse unsererseits bezüglich dieser Punkte für unsere öffentliche Meinung dadurch zum wenigsten teilweise aufgewogen würden, daß uns alsbald und ohne Einschränkung die Voltagrenze mit Quitta und die Walfischbai zufielen.

Hinsichtlich der geheimen Abmachungen (Mosambique, Angola, Timor) bemerke ich in Vervollständigung Ew. bereits gemachter Mitteilungen, daß ich gegebenenfalls bei Seiner Majestät glaube mit Erfolg befürworten zu können, daß in Angola die nördlichen Distrikte Kongo und Loanda der englischen Interessensphäre überlassen werden.

Sehr erwünscht würde eine gleichzeitige Regelung aller schwebenden kolonialen Fragen sein, teils durch geheimes, teils durch offenes Abkommen.

Richthofen

---

* Siehe Nr. 3829.

Nr. 3831

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 184 London, den 13. Juli 1898

Telegramm Nr. 208* erhalten.

Das Ergebnis der heutigen Unterhaltung ist in der nachstehenden, von Lord Salisbury diktierten französischen Redaktion enthalten:

„Lord Salisbury m'a dit que le conseil des ministres est d'accord sur les points suivants en supposant que nous les acceptions:

1. Si le Portugal se décide à abandonner à l'Angleterre le contrôle du chemin de fer de la mer au Transvaal et du port de Lourenço Marques, l'Allemagne ne s'y opposera pas.

2. Si l'Angleterre veut accorder ou garantir un emprunt au Portugal, l'Allemagne ne s'opposera pas à ce qu'elle prenne comme gage les douanes de la province de Mozambique au sud du Zambesi et de la province d'Angola au nord d'Egito. Si l'Allemagne de son côté accorde un emprunt au Portugal, l'Angleterre ne s'opposera pas à ce qu'elle prenne comme gage les douanes dans la partie nord du Mozambique jusqu'au Shiré et dans la partie sud d'Angola jusqu'à Egito.“

Ich habe Lord Salisbury erwidert, daß ich diese Bedingung, in welcher nicht einmal mehr von Walfischbai die Rede sei, nur nach Berlin übermitteln, sie nicht befürworten könne und auch nicht glaubte, daß die Kaiserliche Regierung darauf eingehen werde. Für einen Teil des nördlichen Angola könnten wir, wie ich glaubte, in der Walfischbai und der Zusicherung bezüglich Timor eine annähernde Kompensation erblicken. Ob wir dabei soweit wie Egito gehen könnten, wüßte ich nicht. Für Blantyre werde aber nicht einmal eine Kompensation geboten. Ich bemerkte dazu, ich könne nur lebhaft bedauern, daß man sich anscheinend hier nicht unter billigen Bedingungen verständigen wolle, da die Verhältnisse uns ein längeres Hinziehen der Sache nicht gestatteten und wir uns also leider wohl entschließen müßten, andere Wege zu suchen.

Lord Salisbury versuchte wiederholt nachzuweisen, daß die englischen Vorschläge, welche auf einer möglichst gleichen Teilung der portugiesischen Kolonien beruhten, durchaus billige seien, fügte aber schließlich hinzu, daß er durchaus bereit sei, unsere etwaigen Gegenvorschläge zu hören und zu diskutieren. Er habe allerdings neulich von Walfischbai gesprochen, und dieser Punkt sei auch heute nicht ausgeschlossen, vorausgesetzt, daß man hier die Zustimmung der Kapkolonie dazu erwirken könne. Allerdings würde man dann hier wohl

* Siehe Nr. 3830.

auf den Wunsch betreffend unsere Exterritiorialität in Sansibar zurückkommen.

Am unannehmbarsten erscheint mir in der heutigen französischen Redaktion die Bestimmung unter Nr. 1, da wir hiernach den Engländern j e d e n f a l l s freie Hand in bezug auf die Eisenbahn und den Hafen von Laurenzo Marquez lassen müßten, während die uns unter Nr. 2 zugesicherten Vorteile von dem Eintritt ungewisser Ereignisse abhängig blieben. Dies wäre jedenfalls dahin abzuändern, daß die von uns verlangte Zustimmung von dem Eintritt der unter Nr. 2 vorausgesehenen Tatsachen oder von dem Übergang der fraglichen Kolonien an Deutschland und England abhängig bleibt. In letzter Hinsicht muß ich hier anführen, daß Lord Salisbury heute mündlich wiederholt anerkannte, daß die vorgeschlagene Verteilung, falls wir derselben zustimmten, auch für den Fall maßgebend sein würde, daß keine Anleihe zustande komme und Portugal die Kolonien aufgebe oder verliere. Hierin würde also keine Schwierigkeit liegen.

Wenn wir hiervon und außerdem von der wahrscheinlichen Annahme ausgehen, daß man sich hier schließlich noch zur Abtretung der Walfischbai entschließen würde, so bleibt die Frage zu prüfen, ob wir uns mit Angola bis Egito und in Mosambique mit der Schiregrenze ohne Blantyre begnügen können. Der Verzicht auf Exterritorialität in Sansibar, wenn wir überhaupt darauf eingehen wollen, um die Walfischbai zu gewinnen, wäre jedenfalls von der gleichzeitigen Übergabe der letzteren an uns abhängig zu machen. Jedenfalls dürfte es sich jetzt empfehlen, daß ich baldmöglichst angewiesen werde, Lord Salisbury in Erwiderung auf seine heutigen Mitteilungen unsere letzten Bedingungen und Forderungen Punkt für Punkt und mit der Bitte um eine bestimmte und klare Antwort mitzuteilen. Ich habe ihm schon heute gesagt, daß wir nicht stillsitzen könnten, bis England in Lissabon seinen Zweck erreicht habe, sich die Douanen der portugiesischen Kolonien zusprechen zu lassen, die ihm dann jedenfalls später als reife Frucht zufallen müßten.

In bezug auf den Teil der Kongomündung, welchen England mit dem Norden von Angola erhalten würde, bemerkte Lord Salisbury heute, daß man denselben an den König der Belgier abtreten und daher hier keinen Vorteil daraus ziehen würde. H a t z f e l d t

Nr. 3832

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Privat für Baron von Holstein London, den 14. Juli 1898

Ich habe eben an Lord Salisbury Privatbrief geschrieben, daß Nr. 2 der gestrigen französischen Aufzeichnung in Berlin den Ein-

druck machen müsse, als ob man hier sofortige verbindliche Zusicherung wegen Delagoabai von uns verlange, während man uns in allem von unsicherer Zukunft abhängig mache. Sofortige Aufklärung hierüber sei dringend notwendig.

Im übrigen befürworte ich dringend, noch nicht abzubrechen, sondern mich meinem Vorschlage Telegramm Nr. 184* entsprechend zu ermächtigen, Punkt für Punkt unserer letzten Bedingungen zu formulieren. Dies setzt voraus, daß wir uns, soweit portugiesische Erbschaft in Frage kommt, mit Angola bis Egito und mit Nord-Mosambique ohne Blantyre begnügen können. Letzteres wird man anscheinend hier auf keinen Fall aufgeben. Walfischbai können wir voraussichtlich gegen Verzicht auf Exterritorialität in Sansibar haben. Ich glaube aber, daß beides ebenfalls von portugiesischer Anleihe oder Eintritt portugiesischer Erbschaft abhängig zu machen ist. Wollen wir Walfischbai sofort, so müßten wir auch dafür sofortige Zusicherung wegen Delagoabai und Eisenbahn zugestehen, was wir wohl vor öffentlicher Meinung in Deutschland schwer rechtfertigen könnten. Zusicherung, uns bei käuflichem Erwerb von Portugiesisch-Timor behülflich zu sein, wird sich voraussichtlich erreichen lassen. pp.

Hatzfeldt

Nr. 3833

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Staatssekretär Bernhard von Bülow, z. Z. in Semmering

Telegramm. Konzept

Nr. 12 Berlin, den 14. Juli 1898

pp.** Ew. Exzellenz bitte ich, sich damit einverstanden erklären zu wollen, daß ich die Genehmigung Seiner Majestät zur Übermittelung nachfolgenden Gegenprojektes an Graf Hatzfeldt einhole:

„Artikel I.

Deutschland und England verpflichten sich, Portugal nicht anders als gemeinsam eine Anleihe zu verschaffen oder zu garantieren, und zwar gegen Verpfändung der Zolleinnahmen von Angola, Mosambique und Portugiesisch-Timor. Sobald diese Anleihe mit Portugal vereinbart ist, wird England die Verwaltung der Zölle der Provinz Mosambique südlich des Sambesi und der Provinz Angola nördlich von Egito, Deutschland die Verwaltung der Zölle von Mosambique nörd-

* Siehe Nr. 3831.

** Der Anfang des Telegramms gibt Auszüge aus den Hatzfeldtschen Telegrammen vom 13. und 14. Juli (siehe Nr. 3831 und 3832) wieder.

lich des Sambesi, der Provinz Angola südlich von Egito sowie von Portugiesisch-Timor zufallen.

Artikel II.

Zugleich verpflichtet sich Deutschland, wenn nach dem Anleiheabschluß die Kontrolle der Transvaaleisenbahn und des Hafens von Laurenzo Marquez von Portugal an England überlassen wird, hiergegen keinen Widerspruch zu erheben. Dagegen verpflichtet sich England, mit dem Anleiheabschluß die Gebiete von Walfischbai und von Blantyre an Deutschland zu überlassen.

Artikel III.

Sollte Portugal Mosambique, Angola oder Portugiesisch-Timor aufgeben oder verlieren, so verpflichten sich England und Deutschland, keinen Einspruch dagegen zu erheben, daß jeder dieser Mächte diejenigen Teile jener portugiesischen Territorien zufallen, in welchen nach Artikel II für England bzw. Deutschland die Zollverwaltung vorgesehen ist."

Ich bemerke hierzu, daß der Anspruch auf Blantyre, obgleich aussichtslos, aus taktischen Gründen und behufs eventueller Ermöglichung weiterer Kompensationsforderungen aufrechterhalten ist*.

Richthofen

Nr. 3834

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Lindenau

Nr. 212 Berlin, den 16. Juli 1898

Staatssekretär von Bülow telegraphiert:

„Auf die Salisburysche Forderung, den Engländern hinsichtlich Hafen und Eisenbahn von Laurenzo Marquez für alle Fälle freie Hand zu lassen, während die uns zugesicherten und ohnehin bescheidenen Vorteile von Ereignissen abhängig blieben, deren Eintritt hinauszuschieben oder zu vereiteln in der Hand Englands läge, können wir meines Erachtens unter keinen Umständen eingehen. Unsere öffentliche Meinung, welche die mehr oder weniger verschleierte Preisgebung der Boers ohnehin nicht leicht verwinden dürfte, würde es uns nie verzeihen, wenn wir den Schlüssel zu Transvaal ohne ein sofort erkennbares und einigermaßen ausreichendes Äquivalent in englische Hände

---

* Staatssekretär von Bülow erklärte sich am 15. Juli einverstanden mit der Einholung der kaiserlichen Genehmigung für das Gegenprojekt. Die Genehmigung erfolgte am 16. Juli. Noch am 16. wurde dann Graf Hatzfeldt angewiesen, das Gegenprojekt der weiteren Verhandlung zugrunde zu legen.

fallen ließen. Ich wünsche nach wie vor die Verständigung mit England, da eine solche die einzig vernünftige Basis für koloniale Erwerbungen bietet, und bin frei von jeder Sentimentalität gegenüber den Boers. Wenn uns aber die Engländer wirklich in solcher Weise übervorteilen und bloßstellen wollten, wäre es besser de subir les évènements que d'y consentir formellement, wobei wir noch die Hoffnung hätten, durch Druck auf die Portugiesen gemeinsam mit Frankreich den Übergang der portugiesischen Kolonien an England zu verhindern. Mit unserem Gegenprojekt bin ich ganz einverstanden und würde ein Arrangement mit England im Rahmen dieser unserer Vorschläge nicht nur für unsere koloniale Zukunft, sondern auch für unsere gesamte Stellung in Europa und in der Welt als vorteilhaft ansehen."

Seine Majestät haben das Gegenprojekt genehmigt, und wollen Euere Exzellenz nunmehr dasselbe Ihrer weiteren Verhandlung unterlegen, wobei ich die vorsichtige Wahl der Form für die Mitteilung an Lord Salisbury in Ihr Ermessen stelle.

In Beantwortung Ihrer gestrigen Anfragen bemerke ich noch folgendes:

Zu Artikel I: Mit Hinzufügung der Worte „oder gleichzeitig" als eventuelle Konzession — einverstanden.

Zu Artikel II: Angabe etwaiger Kompensationsforderungen für Blantyre wird soweit tunlich noch bis Montag folgen.

Zu Artikel III: Mit Festlegung des Inhalts in getrennter geheimer Note einverstanden.

Richthofen

Nr. 3835

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Botschafter Grafen zu Eulenburg, z. Z. in Digermulen

Telegramm. Konzept

Nr. 22 Berlin, den 20. Juli 1898

Graf Hatzfeldt meldet* von gestern abend:

„Lord Salisbury wünschte offenbar das Ergebnis unserer heutigen Unterhaltung in dem heute stattgefundenen Ministerrat zur Sprache zu bringen und hatte mich deshalb ersuchen lassen, ihn vorher aufzusuchen. Nachdem ich mich im Sinne unseres Gegenprojekts ausgesprochen hatte, erwiderte mir der Premierminister zunächst, daß die Situation sich insofern nicht verbessert habe, als Portugal jetzt anscheinend überhaupt

* Telegramm Nr. 189 vom 19. Juli.

keine Anleihe mehr machen wolle, wahrscheinlich infolge des von Frankreich erhobenen Einspruchs. Ich entgegnete, daß ich ihn stets auf die Schwierigkeiten hingewiesen hätte, die wir schon mit Rücksicht auf den französischen Widerstand in Lissabon bezüglich Überlassung der Zollkontrolle in den Kolonien finden würden, und daß der gemeinsame Einfluß Deutschlands und Englands dazu gehören würde, um diese Schwierigkeiten zu überwinden. Für unüberwindlich könne ich dieselben nicht halten, wenn Portugal sich vor die Alternative gestellt sehe, entweder auf die Anleihe einzugehen oder sich eine europäische Kontrolle seiner Finanzen gefallen zu lassen. Hierzu bemerkte Lord Salisbury lebhaft und mit Nachdruck, daß er seinerseits die Einführung der europäischen Finanzkontrolle in Portugal niemals zugeben könne. Als ich hierauf erwiderte, daß ich diese Frage hier nicht zu diskutieren hätte, daß ich aber nicht einsehen könne, weshalb er, Lord Salisbury, die Portugiesen über seine Meinung in dieser Hinsicht vorzeitig aufklären müsse, wenn gerade die Besorgnis vor der Kontrolle sie zur Annahme der Anleihe bestimmen könne, erkannte der Premierminister die Richtigkeit dieser Auffassung anscheinend an und ließ seine Einwendung fallen.

In bezug auf das von mir mündlich entwickelte Gegenprojekt bemerkte Lord Salisbury:

1. Daß ihm aus den mir bereits früher mitgeteilten Gründen jede gemeinschaftliche Anleihe unerwünscht sei, und daß er hieran festhalten und eine parallele Anleihe vorziehen müsse. Als ich als Zugeständnis unsererseits die gleichzeitige Anleihe zur Sprache brachte, erwiderte er, daß er unter der Voraussetzung, daß seine Kollegen dieser Auffassung zustimmten, hiergegen nichts einzuwenden habe. Der übrige Teil des Artikels I, namentlich die Einbeziehung von Timor, gab zu keinen Einwendungen Anlaß.

2. Als ich den Inhalt des Artikels II mündlich entwickelte und unsern Anspruch auf Walfischbai und Blantyre als Kompensation ausführlich motivierte, wies ich mit Nachdruck darauf hin, daß die Frage der Zustimmung der Kapkolonie bezüglich Walfischbai mir durchaus unerheblich erscheine, da selbst Mr. C. Rhodes jede Gegenkonzession für Delagoabai nebst Eisenbahn mit Freuden gutheißen würde. Auch abgesehen hiervon sei aber der England eingeräumte südliche Teil von Mosambique so viel wertvoller als unser Anteil, daß wir eine Kompensation erwarten müßten, die sich nur in Blantyre oder doch wenigstens in dem östlich von Schire gelegenen Teil desselben finden lasse. Lord Salisbury entgegnete hierauf, daß das englische Kabinett außerstande sei, uns in Blantyre auch nur ein Dorf abzutreten, da es, wenn es dies tun wollte, ebensogut gleichzeitig seine Demission einreichen könnte. Als ich hierauf erwiderte, daß er, wenn dies der Fall sei, mir andere Kompensationen anbieten müsse, bemerkte er, daß er einmal unsern Anspruch auf Kompensationen mit Rücksicht auf alle uns ein-

geräumten Vorteile überhaupt nicht anerkennen könne und auch nichts sehe, was er weggeben dürfe. Als ich hier die Voltagrenze erwähnte, erklärte er entschieden, daß das englische Kabinett, wie er mir oft gesagt, außerstande sei, in dieser alten englischen Kolonie, die es mit finanziellen Opfern von Dänemark erworben habe, territoriale Zugeständnisse zu machen. Auf Euerer Durchlaucht Zustimmung hoffe ich rechnen zu können, wenn ich nunmehr zunächst den englischen Anteil auf Samoa und die Tongainseln zur Sprache gebracht habe, die nach meiner Überzeugung immerhin noch weniger Schwierigkeiten bieten würden wie Liberia. Lord Salisbury wies den Gedanken bezüglich Samoa und Tonga wenigstens nicht unbedingt zurück, machte aber wie schon früher geltend, daß die englische Regierung bezüglich Samoas mit der Stimmung in Australien zu rechnen habe.

3. Gegen den ebenfalls mündlich gemachten Inhalt des Artikels III erhob Lord Salisbury an sich keine Einwendung und machte nur geltend, daß er an seiner Abneigung gegen geheime Noten überhaupt festhalten müsse. Er fügte aber hinzu, daß unsere eventuelle Verständigung über diesen Punkt sich nach seiner Überzeugung so redigieren lasse, daß Portugal sich dadurch nicht verletzt fühlen könne.

Lord Salisbury wird meine Vorschläge im heutigen Ministerkonseil zur Sprache bringen und mir morgen nachmittag 3 Uhr seine Antwort mitteilen. Um ihm die Besprechung im Ministerkonseil zu erleichtern, habe ich seinem Privatsekretär eine französische Übersetzung der drei Artikel unseres Gegenprojekts mit dem ausdrücklichen Bemerken diktiert, daß diese Redaktion von mir persönlich ausgehe. Am Schluß des Artikels II habe ich den mir früher erteilten Aufträgen entsprechend die Bestimmung hinzugefügt, daß die Privatrechte deutscher Reichsangehöriger in Delagoabai, wie sie aus der Catembekonzession * hervorgehen, sicherzustellen sind."

Richthofen

Nr. 3836

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 190 London, den 20. Juli 1898

Im Anschluß an Telegramm Nr. 189 **.

Lord Salisbury empfing mich mit dem Bemerken, daß er mir leider keine erfreuliche Mitteilung über das Ergebnis der gestrigen Beratung

* Der südliche Küstenstreifen der Delagoabai, genannt Catembe, war von der portugiesischen Regierung seit 4. Dezember 1861 in Pachtung, am 6. August 1894 aber als Eigentum einem deutschen Reichsangehörigen überlassen worden.
** Vgl. Nr. 3835 nebst Fußnote.

im Ministerrat zu machen habe. Seine Kollegen seien entschieden der Ansicht gewesen, daß jede Abtretung von Territorium in Blantyre ausgeschlossen, und daß der Verzicht auf Samoa so gut wie unmöglich sei, jedenfalls ohne vorherige Zustimmung Australiens, die zu erreichen längere Zeit in Anspruch nehmen würde. In bezug auf Walfischbai hätten seine Kollegen sich zu der Auffassung bekannt, daß die Abtretung sich nicht ohne bedeutende territoriale Gegenkonzessionen unsererseits vor der hiesigen öffentlichen Meinung rechtfertigen lassen würde.

Im strengsten Vertrauen fügte der Premierminister hinzu, daß er persönlich dieser Auffassung nicht zustimme, sie auch in keiner Weise ermutigt habe, daß er aber dagegen nicht habe aufkommen können.

Im weiteren Verlauf der Unterhaltung sprach sich Lord Salisbury dahin aus, daß die gestern von mir diktierte französische Redaktion im übrigen, d. h. abgesehen von Blantyre und etwaigen Kompensationen dafür, hier zu keinem wesentlichen Bedenken Anlaß geben würde. Er wolle jedoch anführen, daß die in Artikel I vorgesehene Übernahme der Verwaltung der Zölle in den portugiesischen Kolonien nach seiner Auffassung erst dann tatsächlich eintreten könnte, wenn die portugiesische Regierung mit der Zahlung der Zinsen für die Anleihe im Rückstand bliebe.

Ich habe nichts unversucht gelassen und jedes denkbare Argument angewendet, um den Premierminister davon zu überzeugen, daß die von uns an England zugestandenen großen Vorteile uns zu einer Kompensation berechtigen, und daß es im wohlverstandenen Interesse Englands liege, die Verständigung nicht unmöglich zu machen und uns nicht zur Sicherstellung unserer Interessen auf einen anderen Weg zu nötigen. Er erwiderte mir, daß er, wie ich wisse, persönlich der Walfischbai keine besondere Bedeutung für England beilege, daß er aber, wie die Dinge einmal hier lägen, der Majorität seiner Kollegen gegenüber machtlos sei.

Schließlich bemerkte er in bezug auf die Kongomündung, daß er die Abtretung an König Leopold nur deshalb ins Auge gefaßt habe, weil er geglaubt habe, annehmen zu müssen, daß uns dies über etwaige Absichten Englands an der Kongomündung oder über besondere Vorteile, die England aus dieser Erwerbung ziehen könnte, beruhigen würde. Er habe keinen Augenblick daran gedacht, vom König Leopold Gegenkonzessionen dafür zu beanspruchen. In bezug auf den Verbindungsstreifen erinnere er daran, daß der Versuch, denselben vom König Leopold zu erwerben, unter Lord Rosebery stattgefunden habe *, und zwar in ausdrücklichem Widerspruch mit einer von ihm, Lord Salisbury, bei seinem Rücktritt in den Akten hinterlassenen Aufzeichnung, wonach jener Versuch ausgeschlossen erscheinen mußte.

Hatzfeldt

* Vgl. Bd. VIII, Kap. LIV, B, Nr. 2031 ff.

Nr. 3837

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Privat für Baron von Holstein London, den 20. Juli 1898

Ich habe Lord Salisbury heute scharf zugesetzt, ihm auch darüber keinen Zweifel gelassen, daß eine definitive Ablehnung der Verständigung in Berlin den Eindruck machen müsse, daß man hier sich direkt mit Portugal auf unsere Unkosten zu verständigen hoffe. In diesem Fall würde die tief beklagenswerte Folge eintreten, daß man uns in Lissabon als Gegner, vielleicht im Verein mit Frankreich, finden würde, und diese Gegnerschaft werde sich dann von selbst auf andere Dinge erstrecken. Er sah dies alles ein und versicherte wiederholt, daß es ein Irrtum wäre, wenn wir annehmen wollten, daß er der Verständigung im Wege stehe. Wie er höre, habe der Kaiser jemand gesagt, daß Herr Chamberlain zu Konzessionen an uns bereit sei, und daß er, Lord Salisbury, dies nicht zugeben wolle. Dies sei durchaus unbegründet und verhalte sich ganz umgekehrt. Im Vertrauen fügte er hinzu, die anderen Minister (er ließ dabei deutlich durchblicken: Herr Chamberlain an der Spitze) hätten gestern für Walfischbai als Kompensation unser ganzes Togogebiet verlangen wollen. Ich nahm diese Mitteilung mit lautem Gelächter auf, ohne sie überhaupt zu diskutieren, was er ganz natürlich fand, und bemerkte dazu, daß ich dies überhaupt nicht nach Berlin melden könne, da man mich zur Tür hinauswerfen würde, wenn ich auf eine solche Enormität näher eingehen wollte.

Als ich ihm auf den Kopf zusagte, daß man hier wohl versuchen wolle, sich ohne uns mit Portugal zu verständigen, erwiderte er, daß daran nicht zu denken sei. Man könne hier nur Geld gegen eine unbestrittene Garantie der Zölle geben, und solange wir nicht zustimmten, würde das Pfand ein bestrittenes und daher unzulängliches und unannehmbares bleiben.

Die Sache liegt nun heute so, daß wir die Verständigung haben können, wenn wir uns mit dem Süden von Angola bis Egito und dem Norden von Mosambique mit Ausnahme von Blantyre begnügen wollen. Auch Timor würde wohl einbegriffen werden, da bis jetzt kein Widerspruch dagegen erhoben ist. Wollen wir das nicht, so bleibt nur übrig, entweder abzuwarten, ob später bessere Bedingungen zu erreichen sind, oder abzubrechen und uns in Lissabon und vielleicht auch anderwärts entschieden gegen England zu stellen.

Lord Salisbury wiederholte mir noch heute, daß er unter keinen Umständen Einführung der Finanzkontrolle in Portugal zugeben werde. Er bemerkte dazu, daß die Situation dort von derjenigen in Griechenland, wo wir die Finanzkontrolle durchgesetzt hätten, ganz verschieden

sei. In Portugal gebe es keine türkische Armee, durch welche sich die fragliche Forderung motivieren ließe. Er deutete dabei an, daß wir die größten Gläubiger Portugals seien, und daß Frankreich, wo nur ein geringer Teil der portugiesischen Schuld sei, uns dabei schwerlich unterstützen würde.

Hatzfeldt

Nr. 3838

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Privat für Baron von Holstein London, den 21. Juli 1898

Bitte zu überlegen, ob ich nicht Lord Salisbury mündlich oder durch Privatbrief folgendes sagen soll: Wir hätten die Konzession im Norden von Angola bis Egito nur unter der Voraussetzung der an sich unbedeutenden Kompensation von Walfischbai gemacht. Da letztere durch Ministerkonseil abgelehnt worden, müßten wir danach entweder ganz Angola oder doch wenigstens noch entsprechenden Teil nördlich von Egito für uns beanspruchen (bis zu welchem Punkt wäre mir näher anzugeben). Vielleicht könnten wir auch geltend machen, daß England, da es auf die Mündung des Kongo keinen Wert lege, diese mit entsprechendem Territorium statt an König Leopold uns abtreten solle.

Bezüglich Mosambique wäre geltend zu machen, daß England, da es Blantyre durchaus ganz behalten wolle, uns im Norden westlich vom Sambesi noch einen Teil dieser Provinz abtreten müsse, wie ich dies seinerzeit von Earl of Kimberley verlangt hatte. Ich habe dies allerdings schon neulich ohne Erfolg bei Lord Salisbury zur Sprache gebracht und glaube nicht, daß es erreichbar ist.

Durch diese Mitteilung an Lord Salisbury würde aber vorläufig Abbruch der Verhandlungen vermieden, der mir nicht wünschenswert scheint. Er selbst wünscht ihn nicht, wie er gestern wiederholt aussprach, und befürwortete nur, mit der Sache noch zu warten, was sich abgesehen von dem Widerstand seiner Kollegen auch dadurch rechtfertige, daß die Portugiesen bis jetzt von der Anleihe mit dementsprechenden Garantien nichts hören wollten.

Nach meiner Überzeugung würde Lord Salisbury uns Walfischbai persönlich gern abtreten. Herr Chamberlain will aber nicht, und die anderen Minister fürchten, dadurch Angriffe der Kolonialchauvinisten in der Kammer und in der öffentlichen Meinung zu provozieren.

Hatzfeldt

Nr 3839

*Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Botschafter Grafen zu Eulenburg, z. Z. in Skjoldehavn**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 26 Berlin, den 24. Juli 1898

Im Anschluß an Telegramm Nr. 24 übermittele ich Euerer Exzellenz die nachstehende Äußerung des Herrn Staatssekretärs:

„Für Botschafter Graf Eulenburg.

Auch ich bin der Ansicht, daß für ein endgültiges Abbrechen der über den portugiesischen Kolonialbesitz mit England schwebenden Unterhandlungen noch kein Anlaß vorliegt[1] und ein verfrühter Bruch uns gegenüber Frankreich und Rußland abhängiger machen würde als bisher, während ein rein passives Verhalten in London die Gefahr einer direkten Verständigung zwischen England und Portugal erhöhen dürfte. Was den Wert der uns von England angebotenen Kolonialkonzessionen angeht, so muß ich mich von hier aus auf das Urteil der Kolonialabteilung bzw. des Freiherrn von Richthofen verlassen, denen das nötige Material zur Prüfung dieser Seite der Frage zur Verfügung steht. Auf Grund der Äußerungen von dieser Seite möchte ich annehmen, daß die Hälfte von Angola und von Mosambique mit Timor für uns eine annehmbare Gegenleistung bilden würde. Dagegen ist es meines Erachtens unerläßlich, daß Graf Hatzfeldt mit Nachdruck auf den Übergang der portugiesischen Zollverwaltung in deutsche bzw. englische Hände schon beim Abschluß der Anleihe und nicht erst beim Ausbleiben der Zinszahlungen hinwirkt. Wenn England die Zollverwaltung von Nordangola und Südmosambique und namentlich die Kontrolle der Delagoabai nebst Eisenbahn, d. h. den Schlüssel zu Transvaal erhielte, ohne daß in den für uns bestimmten Gebieten die Zollverwaltung auf uns überginge, ständen wir vor der Welt und der deutschen öffentlichen Meinung als die Geprellten da. Eine der vielen bedauerlichen Folgen einer solchen Gestaltung der Dinge würde die Unmöglichkeit für uns sein, in absehbarer Zeit wieder in ein freundlicheres Verhältnis zu England zu treten, während es doch im Interesse beider Länder liegt, daß wir nicht definitiv zu einem sichern Faktor für die englandfeindliche Weltgruppe werden[2]."

Richthofen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
Einverstanden W.
[1] Wir müßen à tout prix versuchen mit Amerika direkt über Erwer-

* Des Zusammenhangs wegen vor Nr. 3840 gestellt.

bungen uns zu einigen ohne England zu berühren. Denn Amerika kann uns auch einmal gefährlich werden! W.

2 Das dürfte fürchte ich bei der jetzigen Regierung in England auf die Dauer doch leider der Fall werden Wilhelm

Nr. 3840

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Richthofen

Reinschrift

Berlin, den 23. Juli 1898

Der englische Botschafter suchte mich, soeben von Urlaub zurückgekehrt, heute auf. Er zeigte sich über die in London bezüglich Portugals schwebenden Verhandlungen unterrichtet infolge von Besprechungen, die er nach seiner Angabe sowohl mit sämtlichen englischen Ministern als auch mit Graf Hatzfeldt gehabt hat.

Er glaubte, die Verhandlungen seien vorläufig unterbrochen, da Portugal zunächst an ein Anlehen nicht denken wolle. Da ich ihm versicherte, daß die Unterhandlungen fortdauerten, meinte er, daß Blantyre englischerseits nicht habe bewilligt werden können. Ich sagte ihm, daß es für uns zu gegebener Zeit sehr unbequem sein würde, Blantyre in englischen Händen zu wissen, da es dann, ebenso wie jetzt Sansibar und Walfischbai, einen Dorn in unserm Fleische bilden würde. Wir hätten im Hinblick auf die Seemachtsverhältnisse nicht nur ohne weiteres in Angola und Mosambique England den Löwenanteil überlassen, sondern auch uns auf Blantyre nicht gesteift, vielmehr andere Kompensationen vorgeschlagen, jedoch überall ein „No“ als Antwort erhalten.

Sir Frank erwiderte hierauf: „In beginning we say always no“, und meinte dann, als ich den nach Lord Salisburys Äußerungen bestehenden Gegensatz zwischen den Ansichten des Premierministers und Mr. Chamberlain bezüglich der Walfischbai hervorhob, er habe den Eindruck, daß die Gegensätze zwischen beiden sich sehr gemildert hätten und beide im allgemeinen gleicher Ansicht seien. Er, Sir Frank, könne nur betonen, daß nach allem, was er nicht nur von Lord Salisbury und Mr. Chamberlain, sondern insbesondere auch von den übrigen Mitgliedern des Kabinetts gehört habe, sämtliche Minister dringend das Zustandekommen eines Einverständnisses mit uns wünschten. Aus Sir Franks weiter hingeworfenen Bemerkungen schien mir hervorzugehen, daß er Konzessionen auf dem Gebiet der Walfischbai, den Samoainseln und auch teilweise Nordangolas nicht für ganz ausgeschlossen hielt. Bezüglich Walfischbai erkannte er an, daß der Wert dieses Stückes für uns viel mehr sentimentaler als realer Natur sei, und

daß der reale Wert ganz gering werde, wenn Südangola in unsern Besitz gelange.

Auch bezüglich des Voltadreiecks verhielt sich Sir Frank seinerseits nicht ganz ablehnend. Er sagte zwar, dasselbe sei ein Stück einer der ältesten englischen Kolonien, meinte aber, als ich ihm erwiderte, daß auch Frankreich uns in Togo einen Teil seines ältesten Kolonialbesitzes gegen ein entsprechendes Stück Hinterland überlassen habe, es käme da wohl darauf an, wieviel Hinterland unsererseits werde abgegeben werden. Ich flocht bei dieser Gelegenheit ein, daß es mir ziemlich nutzlos scheine, die für Mitte August in Aussicht genommenen Togo-Grenzverhandlungen beginnen zu lassen, wenn nicht der Austausch von Küste gegen Hinterland von vornherein als Basis angenommen werde.

Ich setzte Sir Frank sodann unter Bezugnahme auf die bezüglichen Äußerungen des Grafen Hatzfeldt auseinander, daß Lord Salisbury meines Erachtens zwei Punkte ganz besonders berücksichtigen müsse.

Der erste Punkt sei die gänzliche Unmöglichkeit für uns, das Schicksal der Delagoabai und der Transvaaleisenbahn und damit die Herrschaft über den Boerenstaat und nahezu ganz Südafrika in die Hände von England zu legen, ohne g l e i c h z e i t i g unserer öffentlichen Meinung eine v o l l e Kompensation dafür darbieten zu können. Falle die Inbesitznahme der Delagoabai zusammen mit der bisher verabredeten wechselseitigen Übernahme der Zollstellen in den portugiesischen Kolonien, so könne die von uns in Anspruch zu nehmende Territorialkompensation so gering ausfallen, wie wir gefordert hätten. Daß aber England, wie es anscheinend wolle, schon vor der Zuteilung der portugiesischen Zollstellen an England und Deutschland in den Besitz der Delagoabai nebst Bahn komme, werde deshalb unausführbar sein, weil dann Territorialkompensationen ganz anderen Umfangs von uns in Anspruch genommen werden müßten, um im deutschen Volke als ausreichend betrachtet zu werden, das Opfer aufzuwiegen, welches mit einem Aufhören der tatsächlichen Sympathie für die Boeren und der bisher in dieser Richtung unsererseits geführten Politik verknüpft sei.

Als zweiten Punkt bezeichnete ich, daß sich Lord Salisbury darüber klar sein müsse, daß, falls wir jetzt zu einer Einigung nicht gelangten, wir zu einer Aktion gegen die englischen Pläne in Lissabon würden gezwungen sein. Ob sich eine solche Aktion dann auf Portugal werde lokalisieren lassen, stehe dahin. Es werde uns dies zu einem Hand-in-Hand-Gehen mit Frankreich in dieser Frage und vielleicht auch in anderen Fragen zwingen, das bis jetzt ganz außerhalb unserer Wünsche liege. Gelangten wir dagegen zu einem Einverständnis in der portugiesischen Frage, so würde dies meines Erachtens der erste Schritt zu Abmachungen für die Zukunft sein, welche im voraus überall die Reibungsflächen zwischen deutschen und englischen politischen Interessen beseitigen könnten. Ich sähe z. B. kein Hindernis, dann auch vielleicht

bezüglich Ostasiens zu Einigungen zu gelangen, welche im voraus den Keim zu Unfreundlichkeiten ersticken könnten. Sir Frank sagte mir, indem er mich bat, seine sämtlichen Äußerungen als wesentlich private betrachten zu wollen, daß er über unsere Unterhaltung Lord Salisbury informieren und ihn insbesondere auf die bezeichneten beiden Punkte hinweisen werde. Er, Sir Frank, sei überzeugt, daß man zu einer Einigung kommen werde. Er fügte hinzu, das Kolonialgebiet beherrsche jetzt alle politischen Fragen. Die Philippinen hauptsächlich drängten Konstantinopel ganz in den Hintergrund, und man könne wirklich fragen, ob denn ein Kreta überhaupt noch existiere.

Richthofen

Nr. 3841

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept

Nr. 665 Berlin, den 24. Juli 1898

pp. Ew. werden nach Kenntnisnahme des anliegenden Materials * in der Lage sein, die Verhandlungen mit Lord Salisbury fortzuführen. Im Hinblick auf die Äußerungen Sir Franks ** wird es — wenn diese Äußerungen auch nicht wohl ausdrücklich werden erwähnt werden können — sich empfehlen, vom englischen Premierminister nochmals Walfischbai und Samoa-Tonga bzw. — wenn dieses unerreichbar bleiben sollte — Konzessionen nach Maßgabe Ihres mit den Worten „Bitte zu überlegen" beginnenden Privattelegramms *** (Sambesi; möglichst ganz Angola; eventuell nur Kongomündung oder ein möglichst großes Stück nördlich von Egito) zu verlangen.

Ist schließlich irgendwelche weitere Konzession nicht zu erreichen, so wird auf der Grundlage unseres Gegenprojekts auf einen Abschluß hinzuwirken sein, bei welchem die Vorteile auf deutscher Seite (Zollverwaltung in Nordmosambique, Südangola und Timor) und die Vorteile auf englischer Seite (Zollverwaltung in Südmosambique und

* Gleichzeitig mit Erlaß Nr. 665 wurden Graf Hatzfeldt eine Anzahl Schriftstücke übersandt, die sich auf die Übermittelung der Hatzfeldtschen Berichte an Staatssekretär von Bülow und an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Botschafter Grafen zu Eulenburg und deren Rückäußerungen bezogen. Auch die Aufzeichnung Richthofens über die Unterredung mit dem englischen Botschafter vom 23. Juli (siehe Nr. 3840) befand sich unter den übersandten Schriftstücken.

** Siehe Nr. 3840.

*** Siehe Nr. 3838.

Nordangola; Kontrolle über Delagoabai nebst Eisenbahn) unbedingt gleichzeitig und zwar möglichst beim Abschlusse der portugiesischen Anleihen in Kraft treten.

Richthofen

Nr. 3842

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Botschafter Grafen zu Eulenburg, z. Z. in Bergen

Telegramm. Entzifferung

Nr. 42 Berlin, den 30. Juli 1898

Graf Hatzfeldt telegraphierte am 27. d. Mts.*:

„Nachdem ich heute zunächst nochmals Walfischbai und Samoa-Tonga zur Sprache gebracht, mich aber im Laufe der Diskussion überzeugt hatte, daß in dieser Hinsicht hier wenigstens zurzeit nichts zu erreichen ist, habe ich zunächst ganz Angola und schließlich, als sich dies als aussichtslos herausstellte, wenigstens noch einen erheblichen Teil nördlich von Egito verlangt. Bezüglich Mosambique machte ich geltend, daß man uns, wenn man durchaus Blantyre behalten müsse, den Teil der portugiesischen Provinz abtreten müßte, welcher im Osten durch Blantyre und im Westen durch den Sambesi begrenzt wird.

Diese letztere Forderung wies Lord Salisbury persönlich heute nicht unbedingt ab, bemerkte aber dazu, daß er sehr wenig Hoffnung habe, die Zustimmung seiner Kollegen dafür zu gewinnen. Bedenklich erscheine ihm auch, daß Blantyre bei dieser Abgrenzung überall von deutschen Territorien umgeben und eingeengt sein würde. Als ich dagegen einwandte, daß sich vielleicht auch eine andere Auseinandersetzung finden lasse, wenn man uns statt dessen ein entsprechendes Stück an der Küste westlich von der Mündung des Sambesi abtreten wolle, erwiderte Lord Salisbury, daß eine solche Kombination hier voraussichtlich auf noch größere Schwierigkeiten stoßen würde.

Als sich bezüglich Angolas herausstellte, daß die Abtretung der ganzen Provinz an uns nicht zu erreichen ist, und daß auch die Einräumung eines größeren Stücks nördlich von Egito auf große Schwierigkeiten stoßen würde, brachte ich als einen möglichen Ausweg die Abtretung der Kongomündung mit einem Territorium zur Sprache, indem ich den Gedanken als einen rein persönlichen bezeichnete, für welchen ich eventuell die Zustimmung der Kaiserlichen Regierung zu erwirken versuchen würde. Nachdem Lord Salisbury die Karte angesehen, schien er den Gedanken nicht für unausführbar zu halten, fügte aber hinzu, daß er nur versuchen könne, die Zustimmung seiner Kollegen zu erwirken.

---

* Telegramm Nr. 193.

Er ging dann näher darauf ein und meinte, daß man uns eventuell dazu ein kleines Territorium einräumen könnte, dessen südliche Grenze die Lelundomündung wäre und sich von dort in einem Halbbogen nach dem Kongo ziehen würde. Ich entgegnete sofort, daß dies, wenn man bei uns auf den Lelundo überhaupt einginge, keineswegs hinreichen würde, und daß die Grenze dann von Lelundo parallel dem Breitengrade bis zur Grenze des Kongostaats gehen müßte. Der Premierminister wies diesen Gedanken nicht zurück, machte aber die Annahme wiederum von der Zustimmung des Kabinetts abhängig.

Als ich nunmehr geltend machte, daß die Verwaltung der betreffenden portugiesischen Zölle nach unserer Auffassung mit dem Abschluß der Anleihe auf Deutschland respektive England übergehen müsse, erwiderte mir der Premierminister, daß er, wie ich wisse, diese Auffassung nicht teile. Er glaube nicht, daß man Portugal die Abgabe der Verwaltung zumuten könne, solange es die Zinsen regelmäßig bezahle. Als ich nunmehr darauf aufmerksam machte, daß dann nach unserer bisherigen Redaktion der Fall eintreten könnte, daß England die Auslieferung von Delagoabai und Eisenbahn beanspruche, während wir nicht einmal die Verwaltung der betreffenden Zolleinnahmen, also überhaupt nichts erhielten [1], zeigte sich Lord Salisbury überrascht und gab sofort bereitwillig zu, daß eine solche Ungleichheit nicht eintreten dürfe, und daß eine Redaktion gewählt werden müsse, welche den gleichzeitigen Eintritt der für England und Deutschland vorgesehenen Vorteile [2] verbürge. Er fügte hinzu, daß er auch mit einer Bestimmung einverstanden sein würde, wonach Deutschland und England nach dem Abschluß der Anleihe Beamte an Ort und Stelle entsenden könnten, welche sich zwar nicht in die portugiesische Zollverwaltung einzumischen, letztere aber doch zu beaufsichtigen hätten. Bei dieser Gelegenheit bat mich der Minister um Auskunft, ob wir eventuell die Hälfte der für Portugal erforderlichen Anleihe von 8 Millionen Pfund Sterling übernehmen würden.

Am Schluß der Unterhaltung stellte ich die vertrauliche Frage, ob ich mit gutem Gewissen in Berlin versichern könne, daß England nicht für sich allein in Lissabon abschließen werde, solange die Frage der Verständigung zwischen Deutschland und England nicht entschieden sei. Lord Salisbury erwiderte, daß er für den immerhin möglichen Fall, daß die Verhandlungen zwischen uns sich ohne Ergebnis zwei Jahre hinziehen sollten, nicht die unbedingte Verpflichtung übernehmen könne, für eine so lange oder ganz unbestimmte Zeit keinerlei Abmachungen mit Portugal zu treffen [3]. Er fügte aber ausdrücklich hinzu, daß das Mißtrauen, als ob er hinter unserm Rücken sich mit den Portugiesen verständigen und uns dann aus dem Spiel lassen wolle, ein durchaus unbegründetes sei [4]. Ich könne mich darauf verlassen, daß er für die nächste Zeit [5], und bis die Frage zwischen uns entschieden sei, in Lissabon nichts unternehmen werde.“

Nach diesem Telegramm wird unsererseits weder auf Walfischbai noch auf eine Vorschiebung unserer eventuellen Grenze über den Sambesi hinaus nach Süden gerechnet werden dürfen. Dagegen hat sich Lord Salisbury noch die Befragung des Kabinetts bezüglich

1. des Territoriums westlich von Blantyre (nördlich vom Sambesi) — sowie bezüglich

2. des nördlichsten Teils von Angola, vom Kongo südwärts zum Lelundo — vorbehalten.

Hinsichtlich dieser beiden Punkte dürfte also die weitere Äußerung Lord Salisburys zu erwarten sein.

Im übrigen enthält die anliegende Unterredung zwei weitere Vorschläge des englischen Premierministers.

1. Hat derselbe angeregt, daß mit dem Abschluß der Anleihe zwar nicht die Zollverwaltung an Deutschland bzw. England überzugehen habe, wohl aber beiden Staaten ein Recht der Oberaufsicht durch deutsche bzw. englische Beamte an Ort und Stelle zustehen solle. Im Falle weiteres nicht zu erreichen wäre, würden wir mit diesem Ausweg uns wohl einverstanden erklären können, vorausgesetzt, daß die England zufallenden Vorteile betreffend Delagoabai und Eisenbahn nicht schon mit dieser Ernennung der Aufsichtsbeamten, sondern erst mit Übergang der Zollverwaltung selbst in Kraft treten dürfen.

2. Hat Lord Salisbury in Aussicht genommen, die für Portugal erforderlichen Anleihen, deren Betrag mit 8 Millionen Pfund hier zum erstenmal bekannt wird, je zur Hälfte von Deutschland und England übernehmen zu lassen. Dies würde den realen Verhältnissen deshalb nicht entsprechen, weil in den englischen territorialen Anteilen sich die Haupthäfen Laurenzo Marquez, São Paolo di Loanda befinden. Es dürfte daher die Verteilung der Anleihen nach Maßgabe der respektiven Zollerträge das Angemessene sein."

Nachdem der Herr Staatssekretär vorstehende Anschauungen gebilligt hat, bitte ich Euere Exzellenz, die allerhöchste Entscheidung einzuholen, ob Graf Hatzfeldt in diesem Sinne instruiert werden darf*.

Richthofen

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Ich bin im höchsten Grade empört über die Art und Weise, wie Lord Salisbury uns behandelt und bin der Ansicht vorläufig gänzlich abzuwarten. Sonst sieht es aus, als ob wir nur auf den Brocken warteten, den es ihm passen wird, uns als Almosen hinzuwerfen. Unter das früher als Mindestmaß unserer Anforderungen Bezeichnete bin ich nicht Willens herunterzugehen. Aber wir müssen uns bald mit den Yankees verständigen, und eventl. Samoa besetzen

W.

Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Das ist ja seine Absicht!

---

* Nach erfolgter Entscheidung des Kaisers wurde Graf Hatzfeldt am 2. bzw. 3. August telegraphisch (Nr. 221 und 224) angewiesen, im Sinne der Richthofenschen Ausführungen mit Lord Salisbury weiter zu verhandeln.

[2] klingt wie Hohn! nach dem Voraufgegangenen
[3] natürlich wird er, wenn er es irgendwie kann, ohne uns, und hinter unserem Rücken abschließ[en]!
[4] er muß uns für kolossale Ochsen halten!
[5] !

Nr. 3843

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 195 London, den 3. August 1898

Telegramme Nr. 221 und 224 erhalten*.

Wie ich erwartet hatte, teilte mir Lord Salisbury heute mit, daß der Überlassung von Nordmosambique westlich von Blantyre und nördlich vom Sambesi unübersteigliche Schwierigkeiten im Wege ständen, nicht weil das Stück an sich wertvoll sei, sondern weil Blantyre von allen Seiten eingeengt sein würde und dies in der Zukunft zu Reibungen zwischen uns Anlaß geben würde. Auf meine Frage, was er mir statt dessen anzubieten habe, versuchte der Minister zunächst wieder, unseren Anteil auch ohne Nordmosambique als genügend hinzustellen, ließ sich aber nach vielem Drängen herbei, ein kleines Zugeständnis in Angola südlich vom Lelundo anzubieten. Hiernach würde unsere Grenze von Ambris in gerader Linie bis an die Grenze des Kongostaats laufen. Da er sich nicht abgeneigt zeigte, uns dabei wenigstens auch das nördlich von dieser Linie im Nordosten von Angola gelegene kleine Dreieck zu überlassen, machte ich darauf aufmerksam, daß wir, wenn die Linie von Ambris aus parallel dem Breitengrade gezogen würde, keinen Zugang zu diesem nordöstlichen Dreieck haben würden, und daß daher durch entsprechende Ausbuchtung der Linie nach Süden von Kuango aus ein Zugang geschaffen werden müßte. Lord Salisbury meinte dagegen, daß uns durch Einräumung eines Durchgangsrechts geholfen werden könnte, während ich bei meiner Auffassung blieb.

Für das in der Einräumung der Ambrislinie angeblich liegende große Zugeständnis beanspruchte Lord Salisbury für England die Befugnis, an der Mündung des Kongo und in Mosambique an der Mündung des Tschinde ein „warehouse“ anzulegen und außerdem für englische Untertanen die den deutschen Reichsangehörigen zustehende Handelsfreiheit, wogegen den letzteren in den dortigen englischen Territorien dieselben Rechte eingeräumt werden würden. Ich habe erwidert, daß mir unsere Zustimmung zur Anlage englischer Warenhäuser sehr fraglich erschiene.

---

* Vgl. Nr. 3842, S. 309, Fußnote.

Wenn wir überhaupt darauf eingehen können, uns mit Vermehrung unseres Anteils in Nordangola zu begnügen, möchte ich vorschlagen, zunächst noch statt Ambris etwa Katumbo zu verlangen oder doch jedenfalls auf Ausbuchtung südlich von Kuango zu bestehen.

Bei einer sich hieran schließenden Rekapitulation der übrigen bisher zwischen uns besprochenen Punkte stellte sich heraus, daß in einigen derselben noch kleine Differenzen bestehen, die sich aber voraussichtlich durch entsprechende Redaktion beseitigen lassen werden. Lord Salisbury ist z. B. einverstanden, daß beide Regierungen das Recht haben sollen, Delegierte zur Beaufsichtigung der Zollverwaltung zu senden, verlangt aber eine Redaktion, aus welcher nicht auf eine Verpflichtung zur Ausübung dieses Rechts geschlossen werden kann. Auch die von mir vorgeschlagene Bestimmung, wonach beide Mächte den Portugiesen in Zukunft nur nach vorheriger Verständigung finanzielle Hülfe gewähren sollen, flößte ihm Bedenken ein, und er machte die Annahme von der Verständigung über eine geeignete Redaktion abhängig. Dagegen gab er heute ausdrücklich zu, daß die eventuelle Abtretung von Delagoabai und der Transvaaleisenbahn erst stattfinden soll, wenn wir die Verwaltung der uns zugewiesenen Zölle erhalten.

Der Premierminister, welcher Anfang künftiger Woche einen mehrwöchentlichen Urlaub nach dem Kontinent antritt, will mich künftigen Montag zu einer letzten Besprechung der vorliegenden Frage empfangen. Ich bitte, wenn möglich, bis dahin um definitive Instruktion über die noch zweifelhaften Punkte, da eine weitere Verhandlung hier während Lord Salisburys Abwesenheit kaum möglich oder auch nur ratsam sein würde*.

Seine neuliche Frage, ob wir die Hälfte der Anleihe übernehmen würden, hat der Minister heute nicht wiederholt.

Hatzfeldt

Nr. 3844

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Privat für Baron von Holstein London, den 4. August 1898

Ich kann einer Auffassung des Auswärtigen Amts nicht amtlich widersprechen, halte aber für Pflicht, Ihnen meine Bedenken gegen

* In einem Privattelegramm an Holstein vom 3. August fügte Hatzfeldt noch hinzu: „Ich halte für dringend wünschenswert, am Montag mit Lord Salisbury vor seiner Abreise wenigstens soweit fertig zu werden, daß wir eine von ihm genehmigte Redaktion aufsetzen, die, wenn sie in Berlin angenommen wird, für beide Teile defintiv bindend ist.“

die Absicht, unsern eventuellen Anteil an der portugiesischen Anleihe von den Zolleinnahmen von Delagoabai und Loanda abhängig zu machen *, wenigstens privatim mitzuteilen. Man wird hier den Standpunkt, daß wir bei dem jetzt beabsichtigten Abkommen nicht die Hälfte der Vorteile aus den zu teilenden portugiesischen Kolonien erhalten würden, voraussichtlich nicht anerkennen wollen, und es können sich hieraus noch Schwierigkeiten für den Abschluß der ganzen Sache ergeben. Ein anderer und wie ich fürchte noch größerer Nachteil würde aber unzweifelhaft der sein, daß die Feststellung der Frage, ob die Zolleinnahmen aus dem englischen Anteil größer als aus dem unsrigen sind und um wieviel, zum mindesten Monate in Anspruch nehmen würde, und daß, wenn die Portugiesen auf diese Ermittelung überhaupt eingehen und sie ehrlich ausführen, in der monatelangen Zwischenzeit viel eintreten kann, wodurch die ganze Verständigung unmöglich wird.

Ich kann nur bitten, diese Bedenken, die mir ernste Sorge verursachen, in reifliche Erwägung zu ziehen. Wenn wir, worüber ich kein Urteil habe, aus Rücksicht auf unsere öffentliche Meinung nicht ohne weiteres die Hälfte der Anleihe übernehmen können, würde es, soweit der Erfolg der hiesigen Verhandlungen in Frage steht, meines Erachtens weniger bedenklich sein, hier, ohne eine Ermittelung an Ort und Stelle zu verlangen, einfach zu sagen, daß England die größere Hälfte der Anleihe übernehmen müsse. Wird dies gebilligt, so könnte ich am Montag den Versuch machen, Lord Salisbury zu überzeugen, daß er im Hinblick auf die von England bei dieser Gelegenheit erworbenen großen Vorteile 5 Millionen übernehmen könne, während wir 3 Millionen beisteuern würden **.

Bitte dringend vor Montag um Instruktion hierüber sowie über alle noch zweifelhaften Punkte, da dies vorläufig meine letzte Unterredung mit Lord Salisbury sein wird. Ich halte für meine Aufgabe, die Sache dann in allen einschlägigen Punkten wenigstens so weit zu bringen, daß ich eine von ihm akzeptierte Aufzeichnung telegraphisch einsenden kann, durch deren Annahme unsererseits, wenn sie uns annehmbar erscheint, das Abkommen vor seiner Abreise festgelegt sein würde.

Hatzfeldt

---

* Vgl. Nr. 3842 nebst Fußnote S. 309.

** Nach telegraphischer Antwort (Nr. 231 vom 6. August) des Auswärtigen Amts hätte ein Überschlag ergeben, daß die gesamten Zolleinnahmen in den Deutschland zugedachten portugiesischen Gebieten sich auf etwa 2,3 Millionen Mark, in den auf England entfallenden dagegen auf nahezu 7,6 Millionen stellten. Es wurde daher eine Verteilung der Anleihe im Verhältnis von 1:3, allenfalls von 1:2 angeregt; doch erhielt Hatzfeldt für den äußersten Fall die Ermächtigung, auf die gleiche Verteilung einzugehen, da die schleunige Festlegung des Abkommens das wichtigste sei.

Nr. 3845

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 548 London, den 3. August 1898

Zu Telegramm Nr. 195*.

Die nachstehende französische Redaktion der bisher in der portugiesischen Frage zwischen uns besprochenen Punkte habe ich heute Lord Salisbury vorgelesen, um festzustellen, wie weit in diesen Punkten zwischen uns Einigung besteht**:

„1. Emprunt en commun ou simultané contre l'engagement des douanes d'Angola, de Mozambique et de la partie portugaise de Timor.

2. Des douanes susmentionnées celles de Mozambique au sud du Zambési et de la province d'Angola au nord d'Egito jusqu'à la ligne de . . . seront affectés à l'emprunt anglais, les autres à l'emprunt allemand.

3. L'Allemagne et l'Angleterre auront de droit après la conclusion de l'emprunt d'envoyer des délégués afin de surveiller sur place l'administration des douanes spécialement affectées à chacun des deux pays.

Dans les cas où les intérêts de l'emprunt ne seraient pas payés exactement aux termes convenus par le Portugal, l'administration des douanes spécialement affectées à l'Allemagne et à l'Angleterre leur sera remise en même temps.

4. En cas de nouveaux embarras financiers du gouvernement portugais, quels qu'ils soient, et s'il s'adressait à l'un des deux gouvernements pour obtenir directement ou par son entremise une assistance pécuniaire, ce dernier s'abstiendra de toute intervention sans une entente préalable à ce sujet entre l'Allemagne et l'Angleterre.

5. Si le gouvernement portugais se décide, après la conclusion de l'emprunt, à céder à l'Angleterre le contrôle du port de Lourenço Marques et du chemin de fer au Transvaal, l'Allemagne ne s'y opposera pas, mais il est bien entendu que cette cession ne pourra être effectuée que quand l'Allemagne recevra de son côté l'administration des douanes qui lui sont spécialement affectées.

Les droits privés de sujets allemands à Delagoa, tels qu'ils résultent de la concession de Catembe, seront assurés.

---

* Siehe Nr. 3843.

** Laut Telegramm des Freiherrn von Richthofen an Graf Hatzfeldt vom 7. August (Nr. 232) deckte sich die von diesem eingesandte französische Redaktion mit den Absichten des Auswärtigen Amts; lediglich in bezug auf Punkt 3, Absatz 2, wurde der Klarheit halber eine andere Fassung in Vorschlag gebracht.

6. Pour le cas où le Portugal renoncerait à ses droits de souveraineté sur le Mozambique, la province d'Angola et la partie portugaise de Timor, ou qu'il perdrait ces territoires d'une autre manière, il est expressément entendu que les parties de ces territoires portugais dans lesquelles le contrôle de l'administration des douanes a été stipulé en faveur de l'Allemagne et de l'Angletere reviendront en toute propriété à chacune des deux Puissances."

Die in Telegramm Nr. 195 erwähnten Bemerkungen des Premierministers beziehen sich auf diese Redaktion, die ich ausdrücklich als eine rein persönliche bezeichnet habe.

Hatzfeldt

Nr. 3846

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 227 Berlin, den 5. August 1898

Antwort auf Telegramm Nr. 195*.

Erstens betreffend Abgrenzung des uns zuzuweisenden Teils von Nordangola. Je südlicher die Grenze, um so erwünschter. Ist eine Grenzlinie so südlich nicht erreichbar, daß uns ein Zugang zu dem Dreieck im Nordostwinkel Angolas von selbst gesichert ist, so ist auf Einräumung einer Ausbuchtung der Grenze am Kuango, die uns solchen Zugang sichert, nach Möglichkeit hinzuwirken. Im äußersten Notfalle würde Einräumung eines Durchgangsrechts zu jenem Dreieck — auf zurzeit portugiesischem, nicht auf Kongostaat-Gebiete — genügen.

Zweitens. Englische warehouses am Kongo und am Tschinde wären uns sehr unerwünscht. Besteht Lord Salisbury darauf, so verlangen Ew. zunächst für uns deutsche warehouses in Laurenzo Marquez und São Paolo Loanda. Doch sind im äußersten Falle Ew. ermächtigt, die beiden englischen warehouses auch ohne diese Gegenkonzession zuzugestehen.

Drittens. Die wechselseitige Gewährung der den eigenen Staatsangehörigen zustehenden Handelsrechte an die Staatsangehörigen des anderen Teils für alle Territorien, die Gegenstand der jetzigen Verhandlungen sind, sind Ew. ermächtigt zuzugestehen.

Viertens. Gegen Lord Salisburys Wunsch, die eventuelle Beaufsichtigung der Zollverwaltung als Recht, nicht als Verpflichtung hingestellt zu sehen, unsererseits kein Bedenken.

---

* Siehe Nr. 3843.

Antwort auf Privattelegramm vom 3. August*. Ganz einverstanden, daß Ew. Exzellenz, wenn irgend möglich, mit Lord Salisbury vor dessen Abreise zu einer England bindenden Redaktion gelangen. Sie sind ermächtigt zuzusagen, daß unsere definitive Äußerung zu dieser Redaktion binnen kürzester Frist erfolgen, d. h nur soviel Zeit in Anspruch nehmen wird, als die derzeitige Abwesenheit des Staatssekretärs und Seiner Majestät des Kaisers von Berlin notwendig erfordert.

Richthofen

Nr. 3847

Der Botschafter in London Graf Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 198 London, den 8. August 1898

Antwort auf Telegramm Nr. 227**.

In heutiger Unterhaltung sind wir nicht über den Punkt betreffend nördliche Abgrenzung unseres Teils von Nord-Angola hinausgekommen. Als ich Katumbo als wünschenswerten Ausgangspunkt dafür bezeichnete, weil uns dies den auch von Lord Salisbury als begründet anerkannten Zugang zum nordöstlichen Dreieck geben würde, erwiderte derselbe, daß er diese Frage erst studieren und dieselbe auch nicht ohne Zustimmung seiner Kollegen entscheiden könne. Auf meine Einwendung, daß ich das Zustandekommen der Sache nicht von der Annahme von Katumbo abhängig machte, und daß sich vielleicht auch von Ambris aus eine unseren Bedürfnissen genügende Linie durch entsprechende Ausbuchtung finden lasse, ging der Premierminister zunächst auf diesen Gedanken ein, indem er gleichzeitig dafür an der südlichen Grenze des englischen Anteils, irre ich nicht, bei Kangamba, eine Ausbuchtung im englischen Interesse als wünschenswert bezeichnete, machte aber schließlich geltend, daß er wegen seiner morgen oder übermorgen bevorstehenden Abreise keine Entscheidung mehr treffen könne und auch Herrn Balfour, welcher die ganze Sache bereits kenne, die Rücksicht schuldig sei, ihm die weitere Behandlung der Sache zu überlassen. Obwohl ich wiederholt darauf hinwies, daß damit eine kostbare Zeit verloren gehen würde, blieb Lord Salisbury bei seiner Auffassung, welche er auch dadurch zu begründen suchte, daß er angesichts der in Lissabon noch bestehenden Abneigung gegen koloniale Garantien für die Anleihe keinen Grund zu übereilter Behandlung der Sache erblicken könne.

---

* Vgl. Nr. 3843, Fußnote S. 311.
** Siehe Nr. 3846.

Im weiteren Verlauf der Unterhaltung stellte sich dann noch heraus, daß der Premierminister um jeden Preis vermeiden will, in Lissabon im Licht eines lachenden Erben zu erscheinen, welcher die portugiesische Erbschaft im voraus mit andern teilt, und daß er deshalb das öffentliche Abkommen mit uns auf die Anleihe zu beschränken, alle Punkte aber, die sich auf den künftigen Übergang der fraglichen Kolonien oder der Verwaltung der Zolleinnahmen auf England und Deutschland beziehen, in ein geheim zu haltendes Abkommen zu verweisen wünscht. Ich erwiderte ihm, daß ich von vornherein für diese Frage ein geheimes Abkommen vorgeschlagen hätte, und daß er dies seinerzeit selbst abgelehnt habe. Schließlich bemerkte Lord Salisbury streng vertraulich, daß er die Geheimhaltung der fraglichen Punkte noch aus einem andern Grunde für geboten halte. Wie die Dinge heute lägen, sei die Möglichkeit durchaus nicht ausgeschlossen, daß Frankreich den hier sehr unerwünschten Versuch machen werde, mit Spanien ein ähnliches Geschäft, wie wir es mit Portugal beabsichtigten, bezüglich Ceutas an der marokkanischen Küste abzuschließen. Für diesen Fall müsse vermieden werden, daß Frankreich von unserem Teilungsabkommen Kenntnis erhalte und sich darauf als Präzedenzfall berufen könne.

So unerwünscht die durch Überlassung der weiteren Verhandlung an Herrn Balfour eintretende Verzögerung ist, glaube ich doch, daß wir darauf eingehen müssen*. Während seiner letzten Vertretung Lord Salisburys hat Herr Balfour sich uns gegenüber ehrlich und entgegenkommend gezeigt**, und es wird sich bei Besprechung der Sache mit ihm voraussichtlich sehr bald zeigen, ob auf diesem Wege ein baldiger Abschluß zu erwarten ist. Nach Mitteilung Lord Salisburys wird Herr Balfour mich wahrscheinlich schon künftigen Mittwoch zur Besprechung der Sache empfangen.

H a t z f e l d t

Nr. 3848

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 202 London, den 11. August 1898

Bezüglich Nordangolas schlug mir Herr Balfour heute nach vielem Drängen meinerseits folgende Grenzlinie vor:

---

* Unterstaatssekretär Freiherr von Richthofen sprach am 9. August telegraphisch sein Einverständnis aus, daß Hatzfeldt die Verhandlungen mit Balfour fortsetze und möglichst bald mit ihm zu einem Einverständnis zu gelangen suche.

** Vgl. Kap. XCI.

Von Ambris aus den 8. Breitengrad entlang bis zum 16. Längengrad, von da aus um einen Grad südlicher längs des letzteren und von diesem Punkt aus nach Osten parallel dem Breitengrad in gerader Linie bis zur Grenze des Kongostaates.

Wir haben auch alle übrigen Punkte, um die es sich bei der Verständigung handelt, ausführlich besprochen. Schließlich wurde ausgemacht, daß Balfour mir in den nächsten Tagen seine Bemerkungen zu jedem einzelnen Punkt in nichtamtlicher Form schriftlich mitteilen wird, und daß wir dann zusammenkommen werden, um eine Redaktion festzustellen, die ich zur eventuellen Genehmigung einreichen kann.

Hatzfeldt

Nr. 3849

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Privat für Baron von Holstein London, den 11. August 1898

Herr Balfour war durchaus entgegenkommend, sprach aber dabei sehr entschieden die Ansicht aus, daß der uns hier zugestandene Anteil ein sehr reichlicher sei. Ich hatte daher viel Mühe, in Nordangola statt der Ausbuchtung die schließlich von ihm zugestandene Grenzlinie zu erlangen. Jedenfalls hoffe ich jetzt, in den nächsten Tagen zu einem Abschluß zu kommen, und daß ich dann endlich einen Urlaub antreten kann, dessen ich sehr dringend bedarf.

Hatzfeldt

Nr. 3850

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 241 Berlin, den 12. August 1898

Ich halte das Abkommen, wie es jetzt liegt, für recht annehmbar. Freie Verbindung von den Seen nach der Küste auf Sambesi und Schire ist für uns eine topographische Notwendigkeit; man wird wohl am besten dieses Recht als selbstverständliche Folge unseres Eintritts in die früheren portugiesischen Verträge hinstellen.

Interessant ist die aus Lissabon eingehende Mitteilung, daß der portugiesische Versuch, eine Anleihe in Frankreich abzuschließen, zurückgewiesen wurde mit der Motivierung, „daß die portugiesischen Garantien unzureichend seien.“ Das klingt doch sehr so, als ob Frankreich auch territoriale Garantien fordern will. Im Oktober sollen die französisch-portugiesischen Verhandlungen wieder aufgenommen werden — ein deutlicher Fingerzeig, daß England und Deutschland keine Zeit verlieren sollten. Über die unmittelbare Dringlichkeit des portugiesischen Geldbedürfnisses kann nach alledem kein Zweifel sein. Es fragt sich nur, ob Frankreich das Geld gibt oder England und Deutschland.

Richthofen

Nr. 3851

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

London, den 17. August 1898

Herr Balfour erwartet noch morgen früh Nachricht von Herrn Chamberlain aus Birmingham und hat mich deshalb um Vertagung bis morgen nachmittag gebeten. Da ich von Herrn Chamberlain nichts Gutes erwarte, habe ich eben den stellvertretenden Unterstaatssekretär Mr. Bertie aufgesucht und ihn gebeten, Herrn Balfour folgendes zu sagen: Um möglichen Mißverständnissen vorzubeugen, müßte ich darauf aufmerksam machen, daß es sich nur um die Fortsetzung einer Verhandlung mit Lord Salisbury handle, und daß wir daher die letztere dort aufnehmen müßten, wo sie bei Abreise des Premierministers unterbrochen worden sei. Es ergebe sich hieraus mit Notwendigkeit, daß ich, falls Herr Chamberlain etwa bereits verabredete Punkte wieder in Frage stellen wolle, mich darauf nicht einlassen könnte. Sollte er z. B. den Versuch machen, die Bestimmungen über die von Portugal zu verlangenden Garantien oder über die Verteilung derselben zwischen Deutschland und England zu modifizieren, so würde ich hierauf nicht eingehen können und außerdem die in dieser Hinsicht von mir bisher gemachten Konzessionen ebenfalls und mit demselben Recht wieder zurückziehen. Mr. Bertie versprach mir, Herrn Balfour hiervon in Kenntnis zu setzen, und meinte, daß die von mir vermutete Absicht wohl nicht bestehe, so unberechenbar Herr Chamberlain allerdings auch sei.

Hatzfeldt

Nr. 3852

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 208 London, den 18. August 1898

In der eben stattgehabten Unterredung teilte mir Herr Balfour vertraulich und nichtamtlich seine Ausarbeitung mit, wonach die auf die portugiesische Anleihe bezüglichen Fragen in zwei Deklarationen erledigt werden sollen, von welchen eine sekret bleiben und namentlich den eventuellen Übergang territorialer Rechte in den portugiesischen Kolonien behandeln würde.

Gleich im Eingang bemerkte Herr Balfour, daß er unter den Kolonien, die als Garantie für die Anleihe dienen sollten, Timor nicht mit aufgeführt habe, weil man hier der Ansicht sei, daß bei diesem Abkommen nur die afrikanischen Kolonien Portugals in Frage kommen könnten, und daß die Hineinziehung von Timor sich deshalb kaum rechtfertigen ließe, auch Portugal wahrscheinlich verletzen würde. Er habe in dieser Hinsicht auch noch beim Premierminister angefragt und von demselben die telegraphische Auskunft erhalten, daß er in der ganzen Sache noch in keinem Punkt definitive Zusicherungen gemacht habe.

Ich habe Herrn Balfour erwidert, daß selbstverständlich die von beiden Seiten gemachten Zusicherungen nicht als definitiv zu betrachten seien, solange das Abkommen als Ganzes nicht gebilligt und angenommen sei. Im vorliegenden Falle liege die Sache aber so, daß der Artikel über die für die Anleihe zu verpfändenden Kolonien der Ausgangspunkt und die Grundlage für das ganze Abkommen gewesen und daher in erster Linie von mir unter ausdrücklicher Anführung von Timor zur Sprache gebracht worden sei, ohne daß Lord Salisbury den geringsten Widerspruch dagegen erhoben habe. Auf dieser Grundlage habe dann erst die Diskussion der übrigen Modes zwischen uns stattgefunden, und es sei offenbar, daß wir manche wesentlichen Konzessionen nur unter dieser Voraussetzung gemacht hätten. Um aber auch den leisesten Zweifel darüber auszuschließen, daß darin keine Differenz zwischen uns bestehe, hätte ich Lord Salisbury noch vor seiner Abreise ein von mir ausgearbeites Projekt (Bericht Nr. 548 vom 3. d. Mts.)* vorgelesen und die ausdrückliche Frage an ihn gestellt, ob er gegen Artikel I, welcher die Verpfändung von Timor bestimme, etwas zu erinnern habe, was derselbe verneint habe. Wenn dies heute zurückgezogen werden sollte, falle damit die Basis des ganzen Abkommens zusammen, und ich würde meinerseits die bisher gemachten, auf künf-

---

* Siehe Nr. 3845.

tige Abgrenzungen bezüglichen Konzessionen in Angola sowie in Mosambique ebenfalls wieder zurückziehen müssen.

Herr Balfour, welchem die durch Timor geschaffene Schwierigkeit offenbar persönlich sehr unerwünscht ist, bat mich dringend, diese Frage noch kurze Zeit offenzulassen, damit er inzwischen sich nochmals an den Premierminister wenden und versuchen könne, eine befriedigende Lösung der Frage herbeizuführen. Er schlug mir dann vor, zunächst seine Ausarbeitung mit der meinigen mit Bezug auf die übrigen Punkte zu vergleichen und übermorgen, Sonnabend, wieder mit ihm zusammenzukommen, um uns inzwischen darüber zu verständigen. Eine definitive Äußerung des Premierministers könne er übermorgen noch nicht haben, werde sie aber jedenfalls bei unserer folgenden Zusammenkunft, Dienstag, den 23. d. Mts., beibringen können.

Ich halte Herrn Balfour persönlich für durchaus ehrlich und glaube, daß er sein möglichstes tun wird, die Schwierigkeit wegen Timor aus dem Wege zu räumen. Falls mir keine andere Weisung zugeht, werde ich daher seiner Aufforderung entsprechen, die übrigen Punkte übermorgen mit ihm zu besprechen, nachdem ich seine sehr verschiedenartige und weitläufige englische Redaktion mit den von mir aufgestellten Punkten verglichen und festgestellt habe, ob sich daraus wesentliche Schwierigkeiten ergeben. Bis zum künftigen Dienstag bitte ich dann um Instruktion, ob ich, falls man hier dabei bleibt, Timor auszulassen, erklären soll, daß die weitere Verhandlung unter diesen Voraussetzungen keine Aussicht auf Erfolg bietet. Hatzfeldt

Nr. 3853

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

London, den 18. August 1898

Am Schluß unserer Unterredung habe ich Herrn Balfour gesagt: „Soll ich Ihnen sagen, weshalb Sie Timor auslassen wollen? Lediglich weil Herr Chamberlain besorgt, daß diese Einräumung an uns seinen amerikanischen Freunden mißfallen könnte.“ Er bestritt dies nicht, ohne es natürlich ausdrücklich zuzugeben.

Ich kam dann auf die durch die hiesigen Ungezogenheiten jeder Art herbeigeführte Stimmung von Seiner Majestät*, die, wenn man hier solche Dinge wie die Zurückziehung von Timor treibe, zum Abbruch der Verhandlungen und weiter führen werde. Er erwiderte, er

* Auf diese war Hatzfeldt von Berlin aus am 16. ausdrücklich hingewiesen worden. Als Kaiser Wilhelm II. über die neu auftauchenden Schwierigkeiten bezüglich Timors in Kenntnis gesetzt wurde, schrieb er an den Rand des Telegramms: „Auch das nicht mal, was früher Salisbury als irrelevant bezeichnete.“

könne bestimmt versichern, daß das Mißtrauen bezüglich hier beabsichtigter einseitiger Abmachung mit Portugal vollständig unbegründet sei. Was die Ungezogenheiten der Familie* betreffe, so sei Seine Majestät wirklich ein zu großer Herr, um sich darum zu bekümmern. Leider sei es wahr, daß man in St. Petersburg in dieser Hinsicht klüger sei, aber er habe gehofft, daß der Onkel wenigstens jetzt in seinen Äußerungen vorsichtiger geworden sei. Schließlich kam Herr Balfour noch mit folgender ganz vertraulicher Äußerung heraus, indem er dabei befürwortete, daß er doch gewiß die freundschaftlichsten und engsten Beziehungen mit uns wünsche: „Das eine stehe leider fest, daß man hier von uns nie etwas anderes höre als die Drohung, unangenehm zu werden, wenn irgendeine Forderung nicht erfüllt werde, niemals aber eine für England freundliche Äußerung, sei es in China oder anderwärts." Ich habe natürlich erwidert, daß die Engländer sich dies selbst zuzuschreiben hätten, und daß es anders sein könnte, wenn sie nicht durch ihr Verhalten unsere öffentliche Meinung überzeugt hätten, daß wir keinerlei Berücksichtigung unserer Interessen hier erwarten könnten.

Herr Balfour ist wenigstens ehrlich, darauf können Sie sich verlassen. Ich votiere deshalb dafür, daß Sie mich bis Dienstag weiter mit ihm verhandeln lassen. Es wird immer noch Zeit sein, dann abzubrechen, wenn man sich hier definitiv weigert, Timor aufzunehmen.

Der Text der Balfourschen Aufzeichnungen folgt morgen chiffriet durch die Post**. Hatzfeldt

Nr. 3854

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 249 Berlin, den 19. August 1898

Antwort auf Telegramm 208***.

Ich bitte, Mr. Balfour sofort mündlich direkt oder durch Mr. Bertie keinen Zweifel darüber zu lassen, daß Abkommen ohne

---

* Gemeint ist der Prinz von Wales, nachmals König Eduard VII. Gegenüber der Tendenz des Freiherrn von Eckardstein, in seinen „Lebenserinnerungen und Politischen Denkwürdigkeiten" alle Schuld für die schon aus der Zeit Bismarcks stammenden (vgl. Bd. VI, Kap. XLIII, Nr. 1351, S. 344, Fußnote **) und immer sich erneuernden persönlichen Mißhelligkeiten zwischen dem Kaiser und seinem Onkel auf den ersteren zu schieben, muß bemerkt werden, daß die englischen Minister, wie auch obiges Schriftstück zeigt, durchweg nicht die Partei des späteren englischen Königs nahmen.

** Siehe Nr. 3858.

*** Siehe Nr. 3852.

Timor für uns unannehmbar, daß wir daher nur unter der Voraussetzung weiter verhandeln, daß die uns von Lord Salisbury von Anfang an gemachte und während der ganzen Dauer der Besprechungen seither niemals in Frage gestellte Zusage betreffs Timor aufrechterhalten bleibe. Die Mr. Balfour wohl von anderer Seite inspirierte Äußerung, daß wir immer nur drohen und nichts konzedieren oder versprechen, sei in dem Augenblick unverständlich, wo wir Südafrika England überlassen und unsere Zusagen voll einzulösen bereit sind. In unseren Augen war die Abmachung der Ausgangspunkt einer gemeinsamen kolonialen Politik. Unsere Forderungen sind das Minimum dessen dafür, daß wir insbesondere die Buren sich selbst überlassen; ohne diesen Gegenwert würden wir zu einer demnächstigen Rechtfertigung des Abkommens vor unserer öffentlichen Meinung außerstande und genötigt sein, andere Wege einzuschlagen, bzw. durch Hineinziehen anderer Elemente der Frage eine größere Ausbreitung zu geben.

Richthofen

Nr. 3855

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 254 Berlin, den 20. August 1898

Antwort auf die drei Privattelegramme*.

Einverstanden damit, daß Ew. die Verhandlungen mit Herrn Balfour nur im äußersten Notfall, der jetzt noch nicht vorliegt, abbrechen und selbst dann noch Schlußentscheidung Seiner Majestät offenhalten.

Wenn erforderlich, wollen Sie Aufhebung der Exterritorialität in Sansibar für den Zeitpunkt zugestehen, in welchem Zollkontrolle in Timor uns zufällt.

Richthofen

Nr. 3856

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 255 Berlin, den 20. August 1898

Weitere Antwort auf Privattelegramme.

Was die allgemein-politische Seite anlangt, so ist hervorzuheben,

* Siehe namentlich Nr. 3853.

daß die jetzige Abmachung, wenn sie perfekt wird, die Möglichkeit eines englisch-französischen Krieges wegen südafrikanischer Fragen ausschließt, weil wir dann nach der Natur der Abmachung neben England stehen würden. Außerdem würde die Wahrnehmung, daß wir in dieser immerhin erheblichen Einzelfrage mit England zusammengehen, die zuschauenden Mächte zu Rückschlüssen führen, welche nicht anders als günstig auf die allgemeine Stellung Englands wirken können. In Wirklichkeit denken wir uns diese Abmachung als den Ausgangspunkt weiteren Zusammengehens mit England und werden im Hinblick auf diese Eventualität auch fernerhin bemüht sein, unsre Aktionsfreiheit nach keiner andern Seite hin festzulegen. Für das Vorhandensein dieser unsrer Absicht bürgt unsre Haltung während der letzten zehn Monate.

Richthofen

Nr. 3857

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow, z. Z. in Semmering, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 32 Semmering, den 20. August 1898

Mit der am Schluß des dortseitigen Telegramms Nr. 67* wiedergegebenen telegraphischen Weisung an Graf Hatzfeldt einverstanden. Ein Abkommen mit England, welches uns für die weitgehendsten Zugeständnisse in Südafrika gar keine nennenswerten Gegenkonzessionen gewährte noch Aussichten für die Zukunft wenigstens in dem für England ziemlich bedeutungslosen Timor eröffnete, würde weder von Seiner Majestät genehmigt noch von der deutschen öffentlichen Meinung akzeptiert werden. Wir sind bis an die äußerste Grenze der Nachgiebigkeit gegangen, weil wir hofften, daß unser Entgegenkommen gegenüber England gerade in der für England empfindlichsten und wichtigsten Frage nicht nur seiner südafrikanischen sondern seiner ganzen Kolonialpolitik von der englischen Regierung gewürdigt und ein einigermaßen faires Abkommen zwischen uns und England der Ausgangspunkt für eine dauernde Annäherung zwischen beiden Ländern werden würde. Wenn diese Erwartung nicht in Erfüllung gehen sollte, würden wir zwar bemüht sein, darauf hinzuwirken, daß das Scheitern der englisch-deutschen Verhandlungen wegen des portugiesischen Kolonialbesitzes nicht zu einer Verschlechterung der englisch-deutschen Beziehungen führe. Ich gestehe jedoch, daß ich in letzter Richtung

---

* Durch Telegramm Nr. 67 vom 19. August war Bülow von dem Telegramm Nr. 249 an Graf Hatzfeldt (siehe Nr. 3854) in Kenntnis gesetzt worden.

mir keine großen Illusionen mache. Ich fürchte, wir stehen vor einer Gabelung: die Beziehungen zu England werden entweder viel besser oder viel schlechter werden. pp.

Bülow

Nr. 3858

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 579 London, den 19. August 1898

Der mir gestern unamtlich und vertraulich mitgeteilte Text der beiden Deklarationen in der portugiesischen Frage lautet:

Confidential

Declaration A

In view of the possibility that Portugal may require financial assistance from some foreign power or powers, and in order to obviate the international complications wich such a condition of things may produce, and to preserve her integrity and independence, the undersigned, duly authorized by the Governments of Great Britain and Germany, have agreed as follows:

1. Whenever either the British or the German Government is of opinion that it is expedient to accede to a request for an advance of money to Portugal on the security of the customs revenues of Mozambique or Angola, it shall communicate the fact to the other Government, and the other Government shall have the right to advance a portion of the total sum required.

In the event of the other Government signifying its intention to exercise this right, the two loans shall be issued as near as possible simultaneously, and (? two-thirds) of the total sum shall be advanced by Great Britain, and (? one-third:) by Germany.

2. Of the customs revenues, referred to in article 1, those of the province of Mozambique, south of the Zambesi, and of the part of that province lying west and north of the confluence of the river Shire with the Zambesi; and of the province of Angola, north of Egito to the line passing from Ambriz to the intersection of the 8th parallel of south latitude with the 16th degree of longitude east of Greenwich, thence descending that degree to the 9th parallel of latitude, and following that parallel eastwards as far as the frontier of the Congo-Free State, will be assigned to the english loan, or to part of the loan furnished by England; the customs of the province of Mozambique north of the Zambesi, with the exception of the part lying west and north of the confluence of the river Shire with the Zambesi, and those of the

province of Angola south of Egito and north of line from Ambriz, as above defined, will be assigned to the German loan, or to that part of the loan furnished by Germany.

3. Any delegates sent by England or Germany to take note of the collection of the revenues which are the security for their respective loans shall have only rights of inspection but no rights of administration, interference, or control, so long as there is no default in the payment of interest or sinking fund.

4. In case of default in the payment of the interest or sinking fund of either loan, the administration of the various custom-houses specially hypothecated in the two provinces shall be handed over by Portugal; those hypothecated as security for the German loan to Germany, those hypothecated as security for the British loan to Great Britain.

5. No private rigth of either British or German subjects shall be affected by this agreement, and in particular the so-called Catembe-concession, shall be safeguarded, it being understood, that this concession conveys purely private rights, and carries with it no territorial or administrative jurisdiction.

Declaration B

Unofficially communicated.

Balfour.

Whereas notwithstanding the provisions of the preceding declaration of this day's date or of any other arrangement already in force or which may here after be made between Portugal and either of the contracting parties, it may not be found possible to maintain the integrity of the African possessions of Portugal south of the equator, the undersigned, on behalf of their respective Governments, have further agreed as follows:

1. Great Britain and Germany agree jointly to oppose the intervention of any third power in the provinces of Angola and Mozambique, either by way of loan to Portugal on the security of the revenues of those provinces, or by way of acquisition of territory, by grant, cession, purchase, lease or otherwise.

2. In case Portugal renounces her sovereign rights over Mozambique and Angola, or loses these territories in any other manner, it is understood that Great Britain will abstain from advancing any claim of what soever kind to the possession, occupation, control or exercise of political influence of or over those portions of the Portuguese provinces in which the customs revenues have been hypothecated to Germany, and that Germany will in like manner abstain from advancing any claim of what soever kind to (the) possession, occupation, control or exercise of political influence in operation over those portions of those Portuguese provinces in which the customs revenues have been hypothecated to England.

3. In the event of the Portuguese territory adjoining the river Congo passing under the control of Germany, the Imperial German Government will grant to Great Britain on lease two pieces of ground on that river one at a suitable spot at the mouth and the other higher up on terms similar to those agreed upon in regard to the Niger between Great Britain and France under the convention of June 14, 1898.

4. Nothing in this declaration shall be interpreted as derogating from the stipulations of existing treaties between Great Britain and Portugal.

H a t z f e l d t

Nr. 3859

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 211 London, den 20. August 1898

Telegramm Nr. 254 erhalten*.

Herr Balfour hat sich, wahrscheinlich infolge einer Äußerung Lord Salisburys, mit Aufnahme der Bestimmung einverstanden erklärt, daß wir Aufhebung der Exterritorialität in Sansibar für den Zeitpunkt zugeben, zu welchem Zollkontrolle in Timor uns zufällt. Hiernach ist Timor in allen darauf bezüglichen Artikeln des Abkommens wieder aufzunehmen. Herr Balfour bemerkte dazu, daß hier auf die Aufgabe der Exterritorialität in Sansibar hauptsächlich Frankreichs wegen Wert gelegt werde.

Da Herr Balfour heute nachmittag zu Ihrer Majestät nach Osborne befohlen ist, blieb zur Besprechung der übrigen Punkte seiner beiden Deklarationsentwürfe (übersandt mit gestern abgegangenem Bericht Nr. 579**) nur sehr kurze Zeit übrig, und wir machten aus, daß wir Montag, den 22. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, zur weiteren Verhandlung wieder zusammenkommen werden. Inzwischen machte ich schon jetzt darauf aufmerksam, daß einige Punkte in Berlin voraussichtlich zu Bedenken Anlaß geben, und daß redaktionelle Änderungen sich wohl als notwendig herausstellen würden. Seine Redaktion von Artikel 1 in der Deklaration A könnte, da Portugal sich tatsächlich zuerst an England gewendet habe, so ausgelegt werden, daß wir genötigt sein würden, alle von England verabredeten Bedingungen mit Ausnahme der vertragsmäßig festgestellten Garantie ohne weiteres anzunehmen,

---

* Siehe Nr. 3855.
** Siehe Nr. 3858.

ohne daß wir dabei mitzusprechen hätten. Herr Balfour erkannte dieses Bedenken sofort bereitwillig an und schlug vorläufig vor, im zweiten Absatz des Artikels 1 nach den Worten: „to exercise this right“ einzufügen „the two Governements shall consult as to the terms of the loan and.“

Auf ein warehouse am Tschinde (Mündung des Sambesi) hat Herr Balfour heute mit Rücksicht auf meine Bedenken verzichtet, und ich habe dagegen übernommen, für Montag den Entwurf eines Artikels zu redigieren, durch welchen die wechselseitige Gewährung der den eigenen Staatsangehörigen zustehenden Handelsrechte an die Staatsangehörigen des anderen Teils für alle Territorien, die Gegenstand der jetzigen Verhandlungen sind, ausgesprochen wird. Herr Balfour regte noch die Frage an, ob wir nicht England ein Transitrecht durch die fraglichen Territorien gewähren könnten. Bitte hierüber ultima ratio Instruktion.

Schließlich hob Herr Balfour noch hervor, daß Portugal, wenn Deutschland und England sich über Artikel 1 der Deklaration B einigten, tatsächlich außerstande sein würde, mit irgendeiner anderen Macht eine Anleihe abzuschließen, und daß sich daher wohl die Aufnahme einer Bestimmung empfehlen würde, welche die Portugiesen darüber beruhigte, daß sie weder von Deutschland noch von England, wo sie dann allein Geld finden könnten, zu harte finanzielle Bedingungen zu befürchten hätten. Er meine damit den Zinsfuß der Anleihe und würde vorschlagen, daß wir uns jetzt schon über einen gemäßigten Zinsfuß einigten, welcher die Portugiesen beruhigen und zum Abschluß mit uns ermutigen würde.

Am Schluß unserer notgedrungen kurzen Unterredung bemerkte ich Herrn Balfour, welcher sich in jeder Hinsicht entgegenkommend zeigte, daß ich den leitenden Gedanken seiner Redaktion, über welche ich selbstverständlich das Urteil meiner Regierung vorbehalten müsse, darin erblickte, in den beiden Deklarationen, auch in Deklaration B, welche vorläufig geheim bleiben solle, alles zu vermeiden, was in Portugal verletzen oder Anstoß erregen könnte. Ich zweifelte nicht, wenn man uns hier im übrigen entgegenkomme, daß meine Regierung geneigt sein würde, auf diesen Wunsch einzugehen, soweit dies möglich sei, ohne den Sinn unserer Abmachungen zu modifizieren und die Bürgschaften abzuschwächen, die wir für notwendig hielten. Ein Ausweg, der beide vereinigen würde, für den ich aber natürlich die Zustimmung meiner Regierung vorbehalten müßte, würde vielleicht darin liegen, daß wir außer den beiden Deklarationen noch eine geheime Note austauschten, welche den Sinn[1] der zwischen uns getroffenen Abmachungen erläuterte und über die Tragweite derselben keinen Zweifel lassen würde.

Herr Balfour erwiderte mir, daß er einen solchen Ausweg für durchaus annehmbar und empfehlenswert halten würde.

Bitte bis Montag um Instruktionen in bezug auf die beiden Deklarationsentwürfe Herrn Balfours und eventuell bezüglich einer erläuternden geheimen Note zu diesen Deklarationen. Wenn Herr Balfour, dessen Wunsch, zu einer Verständigung zu gelangen, mir von vornherein nicht zweifelhaft war, an seiner bisherigen entgegenkommenden Haltung festhält, glaube ich hoffen zu dürfen, daß das Abkommen vor Ende des Monats definitiv abgeschlossen werden kann.

Hatzfeldt

Randbemerkung von Holsteins:
[1] Integrität

Nr. 3860

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Privat — London, den 20. August 1898

Timor ist also erledigt, und das danken wir nach meiner Überzeugung lediglich Herrn Balfour, der den Abschluß dringend wünscht. Ich bitte daher, ihm bezüglich seiner Redaktion möglichst wenig Schwierigkeiten zu bereiten und eventuell auf den von mir angeregten Ausweg einer geheimen Note zur Erläuterung der Sache einzugehen.

Hatzfeldt

Nr. 3861

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Reinkonzept

Nr. 259 — Berlin, den 21. August 1898

Auf Bericht Nr. 579*.

Unsere Abänderungsvorschläge sind folgende:

Deklaration A

Nr. 1 Absatz 1 zu streichen die Worte: „on the security" bis „Angola".

Absatz 2 hinter „this right" fortzufahren: „the two Governments shall agree upon the terms of the loan the two loans and these loans shall be issued on the security of the customs-revenues of Mozambique, Angola and Portuguese Timor as near" etc.

---

* Siehe Nr. 3858.

Nr. 2 zu streichen: „line passing from Ambriz to the intersection of the"; anstatt „with" zu setzen „from the coast to"; hinter „England" fortzufahren: „the customs of the remaining parts of Mozambique and Angola and the customs of Timor will be assigned to the German" etc.

Nr. 4 „specially hypothecated" zu streichen und anstatt „hypothecated as security" beide Mal „assigned"; statt „two": „three",

Deklaration B

In Einleitung zu streichen von „or of" bis „parties" ebenso Nr. 4 ganz zu streichen. Wir können nicht wohl auf Vorbehalte eingehen, die sich auf uns unbekannte oder gar erst abzuschließende Verträge beziehen; eventuell müßten uns die bereits abgeschlossenen Verträge zuvor mitgeteilt werden.

In Einleitung hinter „equator" einzufügen: „as well as of Timor"; ebenso in Nr. 1 hinter „Mozambique": „and in Timor" und in Nr. 2 hinter „Angola": „and Timor".

In Nr. 2 anstatt „hypothecated" beide Mal zu setzen „assigned" und anstatt „influences in operation" zu sagen „influence of or".

Nr. 3 würden wir in erster Linie zu streichen wünschen. Wenn dies nicht zu erreichen, so wünschen wir gleiche Konzession in Loanda und Laurenzo Marquez; äußerstenfalls in Laurenzo Marquez allein. Wir werden Vertrag zwar hieran nicht scheitern lassen, aber einseitige Konzession wie in englischem Entwurf aus innerpolitischen Gründen sehr unerwünscht.

Richthofen

Nr. 3862

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 213 London, den 22. August 1898

Antwort auf Telegramm Nr. 259* und Nr. 260.

Zu Deklaration A:

Die gewünschte Einfügung von Timor hat keine Schwierigkeit gemacht. Außerdem verzichtet Herr Balfour auf Aufnahme der als Gegenleistung für Timor verlangten Bestimmung bezüglich Exterritorialität in Sansibar in diesen Vertrag, sprach dabei aber Hoffnung aus, daß wir den fraglichen Verzicht gelegentlich aus freundschaftlicher Gesinnung für England bewilligen würden. Die sonstigen von uns beantragten redaktionellen Änderungen, die Herr Balfour sich

---

* Siehe Nr. 3861.

bis Mittwoch überlegen will, werden voraussichtlich von ihm angenommen werden.

Bezüglich Ambris ist Herr Balfour ganz einverstanden, daß dieser Hafen in unserem Besitz bleibt.

In bezug auf die Verteilung der Anleihe schlägt Herr Balfour folgende mir sehr annehmbar erscheinende Redaktion vor:

„The loans shall bear as near as possible the same proportion to each other as the amounts of the customs-revenues respectively assigned as their security.“

Bezüglich der bisher von Herrn Balfour gewünschten Bestimmung über möglichst günstige Verzinsung der Anleihe will er sich jetzt mit nachstehender ganz allgemein gehaltenen Redaktion begnügen:

„The loans shall be issued on terms as favourable to Portugal as the condition of the money market and the security of the loans permit.“

Zu Deklaration B:

Gegen Streichung des Satzes in der Einleitung, welcher sich auf andere Verträge bezieht, hatte Herr Balfour kein Bedenken, ebensowenig gegen die Einfügung von Timor.

Ad. 1. Einfügung von Timor zugestanden.

Ad. 2. Timor zugestanden und ebenso der Ausdruck „assigned“.

Zu 3: Herr Balfour hat auf „ware houses“ verzichtet, der Streichung des Artikels steht nichts im Wege. Dagegen wollte er seinen Wunsch bezüglich England einzuräumenden Transitrechts noch nicht aufgeben. Er gab bereitwillig zu, daß man hier kein Recht zu dieser Forderung hätte, wenn es sich um einseitige Konzession unsererseits handelte. Im vorliegenden Falle biete er uns aber das Transitrecht durch den England zugeschriebenen Teil im Zentrum von Angola an, wenn wir unsererseits den Engländern ein Transitrecht von ihrem zentralen Anteil durch Nordangola nach dem Kongostaat einräumen wollen.

Ad. 4. Gegen Streichung kein Bedenken.

Ich habe Herrn Balfour eine englische Übersetzung des durch Telegramm Nr. 260 übersandten Artikels über Handelsrecht mitgeteilt. Er will sich dies bis Mittwoch überlegen, wird aber wahrscheinlich auf die fragliche Bestimmung ganz verzichten.

Am Schluß unserer Unterhaltung machte ich Herrn Balfour darauf aufmerksam, daß Nr. 2 in Deklaration B Möglichkeit einer nicht gleichzeitigen Besitzergreifung offenlasse, und daß eine der beiden Regierungen eventuell in der Lage sein würde, durch pekuniäre Unterstützung der Portugiesen der Übergabe der Zollverwaltung an den andern Teil vorzubeugen. Die hieraus hervorgehenden Bedenken ließen sich durch eine geheime Note erledigen. Herr Balfour, welcher diesen Punkt ebenfalls bis Mittwoch überlegen will, meinte, daß einer einseitigen finanziellen Unterstützung Portugals durch seine Fassung des Artikels 1 der Deklaration A bereits hinreichend vorgebeugt sei, gab mir aber schließlich zu, daß die Bestimmung sich nur auf wirkliche

Anleihe beziehe und anderweitige finanzielle Aushülfe nicht ausschließe. Als ich noch geltend machte, daß alle Vorteile aus dem gegenwärtigen Abkommen für beide Teile und gleichzeitig eintreten dürften, erwiderte Herr Balfour, daß er dieses Prinzip an sich durchaus anerkenne, daß aber eine entsprechende Redaktion z. B. bezüglich Delagoabai für ihn nicht leicht sei. Da England ein Vorkaufsrecht besitze, würde man der Regierung hier einen Vorwurf daraus machen, wenn sie einen Artikel unterschreiben wollte, welcher die Ausübung dieses Rechts von der Zustimmung einer andern Macht abhängig machen würde. Er sehe dagegen vollständig ein, daß wir unsererseits eine einseitige Besitzergreifung nicht zugeben könnten, ohne gleichzeitig ebenfalls gewisse Vorteile zu erhalten. Ein Ausweg würde vielleicht darin liegen, wenn die englische Regierung sich in einer geheimen Note damit einverstanden erklärte, daß England, falls es sich Delagoabai abtreten läßt, keinerlei Widerspruch dagegen erheben würde, daß Deutschland sich in den ihm zugeschriebenen Anteilen von Portugal die Verwaltung der Zölle gleichzeitig übertragen ließe.

Nächste Unterredung mit Balfour übermorgen, Mittwoch, 4 Uhr nachmittags. Bitte bis dahin um Instruktion über die vorstehend angeführten Punkte.

Hatzfeldt

Nr. 3863

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 215 London, den 23. August 1898

Im Anschluß an Telegramm Nr. 213*.

Wenn ich vor nächster Unterredung morgen 4 Uhr keine andere Weisung erhalte, werde ich meine Bemühungen fortsetzen, Herrn Balfour zur Annahme von Bestimmungen, entweder in Deklaration B oder in einer geheimen Note, zu bewegen, die uns gegen folgende Fälle möglichst sicherstellen:

1. daß England sich nach Abschluß der Anleihe in seinem Anteil oder an einzelnen Punkten desselben die Verwaltung der Zolleinnahmen, die Verwaltung des Landes überhaupt oder einzelne Privilegien bezüglich Häfen, Eisenbahnen, Kohlenstationen usw. einseitig übertragen läßt;

2. daß England, falls die Portugiesen mit Verzinsung der Anleihe in Rückstand geraten, ihnen durch Vorschüsse aus der Not hilft und da-

* Siehe Nr. 3862.

durch Übertragung der Zollverwaltung an die beiden Regierungen ohne unsere Zustimmung hinzieht.

Ob und wieweit Herr Balfour morgen auf solche selbstverständlich hier wenig erwünschte Einschränkungen eingehen wird, läßt sich noch nicht genau übersehen, obwohl er gestern die Berechtigung meiner darauf bezüglichen Bedenken an sich nicht bestritt. Finde ich ihn sachlich geneigt, so werde ich ihm in der Form möglichst entgegenkommen. Es könnte uns auch, wie mir scheint, genügen, wenn ad 1 in irgendeiner Form und ohne Erwähnung von Delagoabai und Eisenbahn festgestellt würde, daß, wenn ein Teil sich gewisse Vorteile einräumen läßt, der andere berechtigt sein soll, sich von Portugal die Zollverwaltung in seinem Anteil übertragen zu lassen.

Ad 2 würde ich Herrn Balfour etwa die Formel vorschlagen, daß beide Mächte sich in ihrer Sorge für die Wohlfahrt und Erhaltung Portugals vorbehalten, etwaige spätere finanzielle Verlegenheiten desselben, namentlich auch, wenn dadurch eine Unterbrechung in der Verzinsung der beiden Anleihen herbeigeführt würde, in wohlwollende Erwägung zu ziehen und über die besten Mittel zur Abhilfe im Interesse Portugals wie der Inhaber der Anleihen und der dabei beteiligten beiden Regierungen gemeinsam zu beschließen.

Hatzfeldt

Nr. 3864

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 265 Berlin, den 23. August 1898

Antwort auf Telegramme Nr. 213* und 214.

Deklaration A:

Nr. 1, Absatz 2: Mit Balfours beiden englischen Redaktionen, die an passender Stelle einzufügen wären, einverstanden, nur würde anstatt the loans überall zu sagen sein the loan or the two loans.

Deklaration B:

Nr. 2: Einverstanden mit influence in or over.

Nr. 3: Mit Rücksicht auf das von Herrn Balfour neuerdings bewiesene Entgegenkommen wollen wir, obschon der Vorteil wesentlich auf englischer Seite, das von England gewünschte Transitrecht von seinem zentralen Anteil von Angola durch Nordangola nach dem Kongostaat zugestehen gegen Gewährung des Transitrechts durch den England zugewiesenen Teil Angolas an uns.

---

* Siehe Nr. 3862.

Gegen Verzicht auf die Bestimmung über Handelsrechte von uns nichts einzuwenden.

Antwort auf Telegramm Nr. 215*.

Eine Bestimmung im Sinne von Nr. 1, erster Vorschlag, sehr erwünscht, nur müßte es statt „nach Abschluß der Anleihe" heißen: „nach Abschluß des Abkommens" oder aber überhaupt jeder terminus a quo wegbleiben. Die Fassung kann natürlich zweiseitig, so daß sie auch uns in gleicher Weise vinkuliert, gewählt werden.

Nr. 1: Eventualvorschlag genügt nicht, weil wir nicht wie England bezüglich Delagoas einen Rechtstitel auf portugiesisches Gebiet vorweisen können.

Eventuell wäre etwa folgende Fassung zu nehmen: „Falls einer der vertragschließenden Teile in den nach dem Abkommen ihm assignierten Provinzen von Portugal eine Gebietsabtretung oder die einseitige Gewährung besonderer Privilegien beanspruchen sollte, so verpflichtet er sich, eine solche Gebietsabtretung oder eine solche Gewährung besonderer Privilegien nicht eher perfekt werden zu lassen, als bis dem anderen vertragschließenden Teil in den ihm assignierten Provinzen von Portugal ein etwa entsprechender Gebietsteil abgetreten oder ein etwa entsprechendes Privileg zugestanden wird. Zur Durchführung der vorstehenden Bestimmungen werden beide Teile einander jede mögliche Unterstützung zuteil werden lassen."

Nr. 2 ist im ersten wie auch im Eventualvorschlag genehm.

Antwort auf Privattelegramm**.

Außer vorbezeichneten beiden Bestimmungen können Ew. pp. nach Ihrem Ermessen dort noch Aufnahme einer Bestimmung in die geheime Note anbieten dahin, daß die vertragschließenden Teile sich verpflichten, von den Gebieten, welche den Gegenstand des Abkommens bilden, ohne Genehmigung des andren Teils nichts an Frankreich abzutreten.

Richthofen

Nr. 3865

*Aufzeichnung Kaiser Wilhelms II., z. Z. in Wilhelmshöhe****

Abschrift

Geheim — Wilhelmshöhe, den 22. August 1898

Bei einer gestrigen Begegnung in Friedrichshof mit Sir Frank Lascelles, den ich seit dem Frühjahr nicht mehr gesehen hatte, sagte

---

* Siehe Nr. 3863.

** Nicht bei den Akten.

*** Die Aufzeichnung wurde vom Rat im Kaiserlichen Gefolge Grafen von Metternich am 22. August dem Reichskanzler mit dem Ersuchen über-

mir derselbe, daß er gerade eine Mitteilung erhalten habe, daß Unterredungen des Grafen Hatzfeldt mit Mr. Balfour bevorständen *. Ich verhehlte dem englischen Botschafter nicht, daß die rücksichtslose Haltung der englischen Regierung in den kolonialen und anderen Fragen sowie das Schüren des Hasses zwischen den Vereinigten Staaten und uns, welches in letzter Zeit von englischer Seite systematisch betrieben werde, meine Geduld nahezu erschöpft hätten. Falls die in den letzten Tagen zwischen meinem Botschafter und Mr. Balfour gepflogenen Verhandlungen zu keinem annehmbareren Ergebnis führen sollten als bisher, so würde die fernere Anwesenheit meines Botschafters in London vorläufig überflüssig werden. Die englische Regierung müsse sich jetzt darüber klar werden, ob sie durch schroffe Ablehnung aller meiner berechtigten Wünsche mich mit Gewalt dazu drängen wolle, bei anderen Mächten die Anlehnung zu suchen, welche ich bei England vergeblich zu finden gehofft hätte, wie z. B. schon die Erwerbung von Kiautschou beweise. Es sei mir dies weniger schwer, als man in England vielleicht annehme. Von amerikanischer Seite sei mir das Treiben der „Associated Press" selbst aufgedeckt worden. Über das loyale Verhalten des Präsidenten Mac Kinley hätte ich mich in keiner Weise zu beklagen, und ich stände in den besten Beziehungen zu der amerikanischen sowie selbstverständlich zur russischen und französischen Regierung. Es nütze also nichts, wenn England versuche, der deutschen Politik Gegner zu schaffen. Es sei dies zudem ein unverständliches Spiel, den Deutschen Kaiser, einen Freund Englands und den Enkel seiner Königin, fortwährend vor den Kopf zu stoßen.

Sir Frank Lascelles, welcher manches zugab und anderes zu be-

---

sandt, sie dem Staatssekretär Bernhard von Bülow nach dem Semmering und gleichzeitig dem Botschafter Grafen von Hatzfeldt in London telegraphisch mitzuteilen, was am 23. geschah. An Graf Hatzfeldt richtete der Kaiser am 22. von Wilhelmshöhe aus folgendes direktes Telegramm: „Ich habe gestern eingehendes und langes politisches Gespräch mit Lascelles gehabt. Dasselbe sehr befriedigend verlaufen. Inhalt desselben von wesentlichem Einfluß auf unsere Verhandlungen. Wenn Gespräche mit Balfour günstigen Eindruck machen, Verhandlungen fortsetzen, wenn unsicher, hinziehen, nicht auf Blantyre bestehen. Mein Gespräch und Instruktionen erhalten Sie telegraphisch vom Auswärtigen Amt." Auf ausdrücklichen Befehl des Kaisers wurde am 23. der wesentliche Inhalt des kaiserlichen Gesprächs mit Sir Frank Lascelles auch an den Fürsten Radolin in Petersburg zur Übermittelung an Kaiser Nikolaus II. telegraphiert, der diese Mitteilung nach einem Ziffernbericht Radolins vom 26. August sehr hoch aufnahm. Über den Telegrammwechsel zwischen dem Zaren und dem Kaiser, der sich hier anschloß, vgl. Bd. XIII, Kap. LXXXVIII, Nr. 3525, S. 189, Fußnote *. Merkwürdigerweise ist Graf Hatzfeldt weder auf das Telegramm des Kaisers vom 22. noch auf dessen ihm übersandte Aufzeichnung über das Gespräch mit Sir Frank Lascelles in seiner Berichterstattung zurückgekommen.

* In Wirklichkeit waren Verhandlungen seit dem 11. August im Gange.

schönigen suchte, meinte, daß bei der englischen Regierung einerseits die Auffassung vertreten sei, daß unsere kolonialen Ansprüche zu weit gingen, andererseits wolle er mir mit Offenheit gestehen, daß ein gewisses Mißtrauen gegen die deutsche Politik sich in England eingebürgert habe. Blantyre z. B., eine seit langem von Engländern bevölkerte Kolonie, könne nicht aufgegeben werden, und über Timor habe England gar nicht zu verfügen.

Ich entgegnete, daß es auch eigentlich ganz überflüssig gewesen sei, wegen Timors, auf welches England keinerlei Rechtsansprüche besitze, bei der englischen Regierung angefragt zu haben. Da es sich aber bei den letzten Besprechungen um gewisse künftige Eventualitäten mit Bezug auf den portugiesischen Kolonialbesitz gehandelt habe, so habe meine Regierung aus alter Höflichkeit auch diesen Punkt in voller Loyalität gegen England in den Kreis der Betrachtungen hineingezogen. England besitze einen großen Teil Afrikas, Asiens, ganz Australien, Kanada, vieles andere und erwerbe fortwährend Neues zu dem Alten. Wenn demgegenüber unsere Anforderungen von englischer Seite als übertrieben bezeichnet würden, so könne ich diese Auffassung nicht teilen. England müsse sich daran gewöhnen, daß auch Deutschland ein Kolonialreich werde. Es könne dies geschehen, ohne daß England damit zu nahe getreten werde. Als Deutscher Kaiser hätte ich die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die deutschen Kolonien sich befestigten und ausdehnten, und daß Deutschland Kohlenstationen zur Verbindung derselben mit der Heimat erwerbe. Dazu werde es kommen, ob England wolle oder nicht. Ich wisse sehr wohl, daß England, wenn es sich darauf verlegen wolle, imstande sei, die deutschen kolonialen Bestrebungen v o r l ä u f i g zu unterbinden. Ob aber eine solche Politik auf die D a u e r zu Englands Nutzen ausschlagen werde, sei eine andere Frage. England müsse sich nun einmal daran gewöhnen, daß auch wir Kolonien gründeten und Kohlenstationen anlegten, wobei es mir persönlich lieber sei, wenn ich dieselben durch Verständigung mit England erwürbe. Auf Blantyre wolle ich nicht bestehen, falls die englische Regierung sich sonst nachgiebig zeige. Es komme überhaupt nicht so sehr auf einen einzelnen Punkt an als auf eine allgemeine freundschaftliche Verständigung. Von dem unberechtigten Mißtrauen, welches der Botschafter vorhin berührt habe, hätte auch ich schon gehört und vertraulich erfahren, daß Lord Salisbury den Ausdruck „to humiliate England“ gebraucht hätte, ich wünschte England zu demütigen. Mit derselben Offenheit, mit der der Botschafter mir gesprochen, früge ich ihn nun, ob wohl irgendjemand England mehr demütigen könne, als es die englische Politik in China in den letzten Wochen selbst getan habe*.

---

* In der Frage der Eisenbahnkonzessionen in China drohte England gerade damals in das Hintertreffen zu geraten. So hatte der Chinesische Kaiser trotz

Sir Frank Lascelles, kürzlich von seinem Urlaub aus England zurückgekehrt, gab zu, daß die Entwickelung der Dinge in China eine bedenkliche Wendung für England genommen hätte, und suchte einzulenken, indem er auf das Bestreben der englischen Staatsmänner, sich uns zu nähern, hinwies, wovon er erst jetzt in England selbst gehört habe. Ich sagte ihm, ich könne mir denken, worauf er anspiele, er werde aber selbst begreifen, daß wir uns nicht von Mr. Chamberlain vorschieben lassen wollten, um die Russen aus Ostasien zu verdrängen, eine Aufgabe, die außerdem unmöglich sei. Eine deutsch-englische Annäherung, deren Spitze gegen Rußland gerichtet sei, sei für die deutsche Politik ausgeschlossen. Die englische Panzerflotte könne nicht ein Dorf an der langgestreckten deutschen Ostgrenze schützen. Zudem verstände ich nicht, was England eigentlich in China wolle. Sir William Harcourt sei ganz im Recht, wenn er in seiner neulichen Rede darauf hingewiesen habe, daß man entweder in China die Politik der offenen Türe oder aber die der Interessensphäre befolgen müsse, beides zu gleicher Zeit sei ein Unding. Die Politik der offenen Türe sei nun durch die Tatsachen bereits umgestoßen. Es sei auch nicht recht ersichtlich, wie England die Russen aus dem Norden Chinas entfernt halten könnte. Es sei in die Macht Rußlands gelegt, dort Heere anzusammeln und die Eingeborenen zu Soldaten auszubilden. Ich erinnerte den Botschafter daran, daß ich ihm schon vor Jahr und Tag gesagt hätte, daß niemand Rußland daran hindern könne, wenn es nach getroffener Vorbereitung mit einem Heere nach Peking marschiere. Ich sagte: „The Russians are the Masters of Peking!“ Sir Frank Lascelles wies auf Port Arthur hin, welches England den Russen wieder fortnehmen könne. Ich entgegnete, daß bei der bereits starken Befestigung Port Arthurs mit Geschützen und Truppen die Wegnahme keine leichte Aufgabe sein würde, und selbst wenn sie gelänge, England kaum dauernden Nutzen verspräche. Auch sei keine russische Handelsflotte vorhanden, welche England nehmen oder zerstören könne, während die russischen Kriegsschiffe sich schnell in befestigte Häfen zurückziehen würden. England könne vom Wasser aus einer Landmacht wie Rußland nie etwas tun. Ich empföhle daher — wie es auch im „Daily Graphic“ geschickt angedeutet sei —, sich mit Rußland in Freundschaft über gegenseitige Interessensphären zu vergleichen. Ich machte dem Botschafter absichtlich diese Bemerkungen, um ihm die Befürchtung zu benehmen, daß uns daran gelegen sei, England mit Rußland in Ostasien in Konflikt geraten zu sehen, und führte auch noch sonst mancherlei an, um meine ganz bestimmte Absicht hervortreten zu lassen, daß ich nicht um Englands willen, wie es Mr. Chamberlain mehr

des Widerspruchs Englands einem belgischen von Rußland und Frankreich unterstützten Syndikat eine Konzession zum Bau einer Bahn von Peking nach Hankau erteilt (12. August), die also gerade in das Herz des englischen Einflußgebiets führte.

oder weniger vorgeschlagen habe, die russischen Pläne in Ostasien durchkreuzen würde. — Ebenso, sagte ich bei mir und nicht an Lascelles, konnte ich hierdurch dem Zaren einen Dienst erweisen, indem ich die Spannung zwischen ihm und England vermindern half, und hatte somit ihm gegenüber ein reines Gewissen. — Ich sei vielmehr der Ansicht, daß dort zum friedlichen Wettbewerb, zum Bau von Eisenbahnen und zur Erschließung des Landes für den Handel mit etwas gutem Willen Raum für alle sei.

Der Botschafter erklärte mir nun ganz offen, daß er von vornherein klar eingesehen habe, daß wir uns in China nicht gegen Rußland wenden würden. Denselben Standpunkt habe er bei seiner kürzlichen Anwesenheit in England Mr. Chamberlain gegenüber vertreten. Bei diesem Staatsmann habe er sich eines Tages mit mehreren Kabinettsmitgliedern, darunter auch Mr. Balfour, zum Lunch zusammengefunden. Mr. Chamberlain habe dabei zuerst den Gedanken eines Zusammengehens mit Deutschland in Ostasien erörtert mit ostensibler Spitze gegen Rußland. Er, Sir Frank Lascelles, habe darauf erwidert, daß England uns mit seiner Panzerflotte nicht gegen einen Einfall der Kosaken schützen könne — er sagte wörtlich: „I told Mr. Chamberlain: ‚You cannot help the Germans' —, und daß deshalb Deutschland zu einem Vorgehen gegen Rußland nicht zu haben sein würde. Auf Mr. Chamberlain habe dies einen so tiefen Eindruck gemacht, daß er vollkommen sprachlos gewesen und erst nach dem Lunch eine Antwort gefunden habe. Nachher habe Mr. Chamberlain unter den versammelten Ministern — „it took the form of a Cabinet Council to which I was invited being attached as Ambassador to Your Majesty's person" — und mit deren Zustimmung den Vorschlag gemacht, daß er bereit sei, für ein Defensivbündnis zwischen England und Deutschland unter der Bedingung zu wirken, daß beide Mächte sich zum gegenseitigen Beistand verpflichteten, sobald eine von ihnen von zwei Seiten gleichzeitig angegriffen würde. — „One of us is strong enough to fight any one Power, who should attack him, but in case of two Powers attacking, the issue is at least very doubtful; therefore: should Germany be assaulted by any two Powers at once England is ready to assist with every armament in her power to knock down one of her antagonists, whilst Germany is fighting the other one; the same England would wish Germany to do should the case be the reverse*." — Ich erwiderte, daß mir dieser Vorschlag vollkommen unbekannt sei, und daß ich mir zunächst überlegen müsse, was ich darauf erwidern würde, wenn mir derselbe von maßgebender englischer Seite gemacht werden würde, daß er aber eine völlig andere Wendung in die Verhandlung zu bringen geeignet sei und jedenfalls eine ganz akzeptable Basis für weitere eingehende Verhandlungen bilde.

* Tatsächlich ist ein solcher Vorschlag an die deutsche Adresse nicht gerichtet worden. Vgl. Kap. XCI.

Sir Frank Lascelles, welcher in dankenswerter Weise den englischen Staatsmännern klargemacht hat, daß wir zu einem Bündnis gegen Rußland nicht zu haben sind, wird über unsere Unterredung nach Hause berichten und verspricht sich hiervon guten Erfolg.

Ich habe in meiner ganzen Unterredung mit dem englischen Botschafter keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, kein gegen Rußland gerichtetes Abkommen einzugehen. Praktisch läuft der Vorschlag Chamberlains, wenn er festere Gestalt gewinnen sollte, darauf hinaus, daß, wenn England von Rußland und Frankreich zu gleicher Zeit angegriffen wird, wir es mit einem Gegner, den Franzosen, aufzunehmen haben, während im umgekehrten Falle die Engländer uns helfen müssen. Solange das russisch-französische Bündnis besteht, kann eine vernünftige russische Politik es uns nicht verargen, wenn wir bei klarer Darlegung, daß wir Rußlands Pläne in keiner Weise stören wollen, bei einem Doppelangriff uns gegen Frankreich zu schützen suchen: Rückversicherung! Der russisch-englische Antagonismus allein kann uns bei einem Defensivbündnis mit England unter der Bedingung, daß zwei Gegner den einen Teil angreifen müssen, um den casus foederis zu erwirken, in keine Verwickelung ziehen.

(gez.) Wilhelm I. R.

Nr. 3866

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Graf von Metternich, z. Z. in Wilhelmshöhe, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Geheim — Wilhelmshöhe, den 24. August 1898

Bitte um telegraphische Übermittelung des Nachstehenden an den Herrn Staatssekretär:

„Seine Majestät hoben mir gegenüber heute conversando nochmals hervor, daß er sich gute Wirkung von dem Gespräch mit Lascelles * und von seinem gestrigen Telegramm an Fürst Radolin ** verspreche. Den Engländern sei ein für allemal klargemacht, daß wir sie in China nicht gegen Rußland unterstützen würden, ohne daß ihnen dabei alle Hoffnung genommen sei, sich auf defensivem Boden mit uns zu verständigen. Diese Hoffnung dürfte auch jetzt schon günstig auf die kolonialen Abmachungen einwirken. Der von Seiner Majestät an Lascelles erteilte und an Fürst Radolin weitergegebene Rat einer Verständigung über Interessensphären zwischen England und Rußland

* Vgl. Nr. 3865.
** Vgl. Nr. 3865, S. 333, Fußnote ***.

in China könne nur nach beiden Seiten die gute Absicht der deutschen Politik, als ehrlicher Makler aufzutreten, beweisen. Auf den Zaren werde dieser unparteiische Vermittelungsversuch gerade im jetzigen Augenblick eines erfreulichen Eindrucks nicht entbehren. Kämen die beiden dann später doch aneinander, so sei das nicht unsere Sache.

Hinsichtlich des Defensivbündnisses meinte Seine Majestät: qui trop embrasse mal étreint. Daher: zunächst Abwickelung der kolonialen Angelegenheiten. Seine Majestät stimmten der Ansicht bei, daß wir wegen des Übrigen ruhig abwarten könnten, bis die Engländer etwa die Bündnisfrage zu urgieren wünschten."

Metternich

Nr. 3867

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow, z. Z. in Semmering, an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Wilhelmshöhe

Telegramm. Entzifferung

Nr. 4 Semmering, den 24. August 1898

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät lege ich für den soeben erhaltenen gnädigen Brief vom 22. d. Mts.* wie für das unmittelbar vorher über Berlin eingetroffene Telegramm vom 23. d. Mts.** meinen alleruntertänigsten Dank zu Füßen. Der mir huldvollst in Aussicht gestellten Mitteilung über die Unterredung mit Sir Frank Lascelles sah ich mit großer Spannung entgegen, aber meine Erwartungen sind durch diese hochinteressanten Aufklärungen noch übertroffen worden. Die Deutlichkeit, mit welcher Euere Majestät den englischen Botschafter auf die bisherige Rücksichtslosigkeit und Perfidie der englischen Regierung in kolonialen wie anderen Fragen hingewiesen haben, die überaus geschickte Motivierung unserer Wünsche wegen Timor, die wahrhaft kaiserliche Art, in welcher Euere Majestät betonten, daß England sich daran gewöhnen muß, Deutschland in allen Dingen auf dem Fuß der Gleichheit zu behandeln, haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Die aus London eingehenden jüngsten Meldungen signalisieren ein überraschendes Einlenken von Mr. Balfour***, welches das Zustandekommen einer für uns günstigen Abmachung wegen des portugiesischen Kolonialbesitzes nicht länger als unwahrscheinlich erscheinen läßt. Wenn auch noch nicht alle Schwierigkeiten beseitigt und große Vorsicht, Geheimhaltung und Festigkeit bis zuletzt geboten sind,

---

* Nicht bei den Akten.
** Identisch mit Nr. 3865.
*** Nach Ausweis der Akten war dieses „überraschende Einlenken" Balfours z. B. wegen Timors schon eingetreten, ehe die Meldung Sir Frank Lascelles über sein Gespräch mit Kaiser Wilhelm in London eingetroffen sein konnte.

so haben sich doch die Aussichten für eine Verständigung sehr wesentlich gehoben, welche ein großer Erfolg für uns wäre, denn sie würde uns die alleinige Anwartschaft auf ein Gebiet von der doppelten Größe des Deutschen Reichs sichern, unsere zwei wichtigsten Kolonien durch den Zugang zum Sambesi für Ostafrika und die Tigerbai für Südwestafrika auf das beste arrondieren und endlich die erwünschte Aussicht auf zwei neue bedeutsame Stützpunkte am Kongo und dem Archipel nahe Australien eröffnen. Wir verdanken diese glückverheißende Wendung dem entschlossenen Eingreifen Euerer Majestät in jenem psychologischen Augenblick, [wo] der deus ex machina hervortreten mußte.

Was Euere Majestät an Sir Frank Lascelles über das Verhältnis von England zu Rußland sagten, ist meines ehrfurchtsvollsten Erachtens vortrefflich. Euere Majestät haben hierdurch den Engländern den Argwohn benommen, als ob wir sie in einen Krieg mit Rußland hineinhetzen wollten. Dieser Krieg wird mit elementarer Notwendigkeit doch einmal kommen, und zwar wohl um so eher, je weniger beide Teile glauben, daß wir einen solchen wünschten. Andererseits haben Euere Majestät auf diese Weise das Verhältnis zu Rußland vor Trübung bewahrt, welches für die Sicherheit des Reichs in erster Linie maßgebend ist.

Den größten Erfolg Euerer Majestät sehe ich darin, daß die Engländer endlich über zwei Hauptfragen aufgeklärt worden sind: einerseits, daß Euere Majestät niemals pour les beaux yeux de John Bull englische Kastanien aus dem russischen Feuer herausholen werden, andererseits, daß die Engländer Euerer Majestät in einem deutschen Kriege mit Rußland tatsächlich helfen können. Ich betrachte es als unendlich wichtig, daß den Engländern auf diese Weise das Argument entwunden ist, als ob das Angebot ihrer Hülfe für Euere Majestät irgendwie den von ihnen geglaubten oder vorgegebenen Wert hätte. Die Engländer endlich zu dieser Erkenntnis gebracht zu haben, ist nach meinem alleruntertänigsten Dafürhalten das Verdienst nicht sowohl des wackeren Lascelles als Euerer Majestät und der Lohn für Euerer Majestät so kluge wie loyale Haltung gegenüber allen englischen Versuchungen seit dem Frühjahr.

Euerer Majestät Unterredung mit Sir Frank Lascelles war um so opportuner, als von Mr. Balfour — welcher fürchtet, daß wir im Fall eines zukünftigen französischen Einspruchs gegen das portugiesische Abkommen einen Teil des von England uns zugebilligten portugiesischen Gebiets Frankreich als Abfindung überlassen und so England allein einem französischen Vorstoß exponieren können — der Wunsch ausgesprochen worden ist, Deutschland und England möchten sich verpflichten, daß keiner der beiden Vertragschließenden etwas von den Gebietsteilen, welche Gegenstand des portugiesischen Abkommens bilden, ohne Genehmigung des anderen an Frankreich abtritt*. Gegen

* Vgl. Nr. 3864.

eine solche Zusicherung dürfte nach Euerer Majestät Direktive kein Bedenken obwalten, ebensowenig wie gegen die nachstehende von Graf Hatzfeldt berichtete, ad referendum genommene Deklaration: „Großbritannien und Deutschland verpflichten sich jointly to oppose the intervention of any third power [1] in den Provinzen Angola, Mosambique und in Timor, möge diese Intervention sich äußern in Form einer Anleihe an Portugal oder in Form von Gebietserwerbungen by grant, cession, purchase, lease or otherwise [1] *." Mit dieser Verpflichtung zu gemeinsamem Widerstand, die den Charakter eines englisch-deutschen Bündnisses in einer Einzelfrage [2] trägt, bleiben wir im Rahmen der von Euerer Majestät vorgezeichneten Politik, da die Einzelfrage Rußland nicht berührt. Sowohl Fürst Lobanow als Graf Murawiew haben Euerer Majestät Vertreter in Petersburg wiederholt erklärt, daß Rußland, wo es „glücklicherweise" keine Kolonien in Afrika besitze, den südafrikanischen Fragen gleichgültig zusehen könne [3] **. Wenn sich Rußland gleichwohl in einen durch südafrikanische Verwickelungen entstehenden Krieg einmischen sollte — etwa in dem Fall, wo wider Erwarten und im Gegensatz zu allen russischen Erklärungen uns gegenüber zwischen Rußland und Frankreich stipuliert worden wäre, daß, falls einer der Vertragschließenden mit zwei Mächten in Krieg geriete, der andere ihm helfen müsse — würden wir die Folgen auf uns nehmen müssen [4]. Meines unvorgreiflichen Erachtens werden aber die Russen, wenn wir sie seinerzeit davon verständigen [5], daß wir in Südafrika, aber nur dort, mit den Engländern zusammengehen [6], ihre Finger aus Südafrika heraushalten. Es ist meines ehrfurchtsvollsten Dafürhaltens möglich und zulässig, daß wir im Verein mit England äußerstenfalls einen Krieg gegen Frankreich und Rußland aufnehmen, wenn es sich bei einem solchen um die Verteidigung deutscher Interessen, sei es in Verknüpfung mit englischen Interessen oder ohne eine solche Verknüpfung handelt, also z. B. wenn zentral- und südafrikanische Interessen Deutschlands von Frankreich oder Rußland etwa durch Eindringenwollen in die durch das bevorstehende Abkommen in Afrika zu schaffende ausschließlich deutsch-englische Interessensphäre gefährdet würden. Dagegen würden Euere Majestät in einem lediglich aus englischem Interesse, z. B. wegen China, geführten Kriege Englands mit Rußland und Frankreich England um so weniger Heerfolge leisten wollen, als in allen denkbaren englisch-deutschen Allianzkriegen mit zwei Mächten die schwere Last des Krieges überwiegend und im Kriege mit zwei uns benachbarten Kontinentalmächten sogar fast ausschließlich auf unsere Schultern fallen würde ***.

---

* Vgl. Nr. 3858.
** Vgl. Nr. 3820.
*** Diese Ausführungen Bülows beruhen fast wörtlich auf einem Telegramm des Unterstaatssekretärs Freiherrn von Richthofen vom 23. August.

Ich werde glücklich sein, übermorgen nach meinem Eintreffen in Berlin weitere Befehle Euerer Majestät entgegenzunehmen. Ich hoffe zu Gott, daß auf der von Euerer Majestät freigelegten Bahn die portugiesische Abmachung rasch zustande kommen, die dadurch geschaffene Basis gemeinsamer Interessen zwischen uns und England weitere Interessengemeinschaften im Rahmen absoluter Parität für Vorteil und Gefahr wie ohne Kompromittierung der Beziehungen Euerer Majestät zu Seiner Majestät dem Kaiser Nikolaus hervorrufen und Euere Majestät in voller Unabhängigkeit nach beiden Seiten hin als arbiter mundi dem achtzigsten Geburtstag Ihrer Majestät der erhabenen Königin Viktoria beiwohnen werden. Wenn das Abkommen mit England wegen des portugiesischen Kolonialbesitzes erst im reinen ist, dürfte auch die Erwerbung der Karolinen gelingen, die nicht unmöglich erscheint, wenn über unseren vorbereitenden Schritt in dieser Richtung vorläufig namentlich in England nichts bekannt wird.

Bülow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
25/VIII 98 gelesen W.

Randbemerkungen des Kaisers:

[1] Einverstanden!

[2] ja, zumal in der wichtigsten, Afrika!

[3] im Gegentheil hofften sie heimlich, wir würden dort von England ordentlich gekniffen werden.

[4] würden dann aber nicht allein sein

[5] das würde ich nicht sagen! Im Gegentheil lasse man doch, auch an Frankreich denkend, ruhig den Schluß zu: „Wenn die beiden sich in Afrika vertragen, könnten sie es auch mal wo anders! Also wollen wir beide in Frieden lassen!"

[6] das dürfen wir auf keinen Fall thun! wir haben Freiheit, mit Jedermann zusammen zu gehen, so viel als uns beliebt, und brauchen uns den Russen gegenüber nicht zu verantworten. Umsomehr als China nicht erwähnt ist.

Nr. 3868

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Holstein

Reinschrift

Berlin, den 26. August 1898

Das Gefährlichste, was für Deutschland passieren kann, ist, daß Rußland den Argwohn faßt, es bestehe zwischen Deutschland und England ein bündnisartiges Abkommen allgemeiner Natur. Denn von dem Augenblick an, wo Rußland Grund hat anzunehmen, daß wir England unter Umständen auch in Asien unterstützen würden, ist die russische Regierung darauf hingewiesen, für den Konflikt mit England und Deutschland eine Frage herauszusuchen, bei welcher Frankreichs

Mitwirkung wegen der in Frage kommenden erheblichen französischen Interessen von vornherein gesichert ist. Eine solche Frage würde die südafrikanische sein, denn Frankreich würde den Übergang der Madagaskar gegenüberliegenden portugiesischen Kolonien in deutsch-englischen Besitz als eine tiefe Kränkung empfinden und dieselbe nur dann ruhig einstecken, wenn Rußland seine Unterstützung positiv versagt. Die deutsche Aktion basiert auf der Annahme, daß Rußland sicherlich versagen wird, wenn es die Gewißheit hat, daß Deutschland in der südafrikanischen Frage, aber nur da, mit England zusammengeht, daß daher mit aller Wahrscheinlichkeit darauf zu rechnen ist, bei einem etwaigen Konflikt wegen China oder Indien England allein ohne deutsche Unterstützung zu fassen. Ob dann später, wenn die russisch-englische Kriegseventualität eintritt, Deutschland ruhiger Zuschauer bleibt, ob es nicht vielmehr in dem ihm geeignet scheinenden Augenblick mit dreinredet, das ist cura posterior; die Frage, welche uns heute allein beschäftigt, ist: wie wir es anfangen können, um ohne einen Krieg mit Frankreich und Rußland, dessen Hauptlast auf dem Festlande naturgemäß auf uns fallen würde, eine Teilung der portugiesischen Kolonien zwischen uns und England mit Ausschluß Dritter anzubahnen und durchzuführen. Dieses Ziel läßt sich nur dadurch erreichen, daß wir den Russen unzweideutig sagen: „Nachdem Ihr erklärt hattet, daß Südafrika Euch gleichgültig ist, sind wir, da wir allein zur See gegen England nicht aufkommen können, notgedrungen zu einer Verständigung mit England geschritten und sind verpflichtet, England bei einem Kriege wegen der südafrikanischen portugiesischen Kolonien beizustehen. Dieses Abkommen haben wir abgeschlossen, nachdem wir, wie gesagt, auf authentischem Wege die Gewißheit erlangt hatten, daß Rußland an dieser Frage kein Interesse nimmt. Die Verpflichtung, England beizustehen, erstreckt sich folgerichtig auch nur auf diese eine Frage.“

Nach menschlicher Wahrscheinlichkeit wird das Petersburger Kabinett, wenn es solcher Art eine klare Situation vor sich sieht, zu der Überzeugung kommen, daß es angezeigt ist, für den Konflikt mit England irgendeine andere Frage, bei welcher Deutschland nicht beteiligt ist, zu wählen; man wird daher von Petersburg aus den Franzosen raten, ihren Groll gegen England für eine spätere Gelegenheit, die jedenfalls kommen werde, aufzusparen. Unter diesen Umständen kann Deutschland hoffen, ohne Kriegsgefahr seinen südafrikanischen Besitz zu erweitern. Die Kriegsgefahr entsteht für uns erst in dem Augenblick, wo Rußland in die südafrikanische Frage hineingezogen wird. Hineingezogen wird es, sobald in Petersburg bekannt wird — und für das Bekanntwerden dürfte man wohl von London aus sorgen —, daß England und Deutschland übereingekommen sind, sich unter gewissen Voraussetzungen überall beizustehen, nicht bloß in einem Kriege wegen Südafrika.

Die Logik führt uns hier also zu dem merkwürdigen Ergebnis, daß die Lage Deutschlands in der südafrikanischen Frage geschwächt wird, wenn anstatt eines genau umschriebenen Spezialbündnisses mit England ein Bündnis von unbestimmter, aber größerer Tragweite abgeschlossen wird. Im einen wie im andern Falle wird Frankreich einen Anteil an der Beute verlangen, aber im ersten Falle steht es allein, im letzteren Falle wird es — wenigstens muß der Politiker mit dieser Möglichkeit sehr stark rechnen — Rußland hinter sich haben. Ein isoliertes Frankreich wird schwerlich ohne sicheres Versprechen russischer Unterstützung einen Krieg gegen England und Deutschland riskieren. Wenn aber der Zweibund fest geschlossen auftritt, dann werden Deutschland und England vor die Frage gestellt, ob sie den Krieg führen, oder ob sie den Frieden durch die Abtretung eines Beuteanteils erkaufen wollen. Beides, sowohl der Krieg gegen den Zweibund wie die Nachgiebigkeit, würde von den Zeitgenossen und der Weltgeschichte als ein Fiasko der deutschen diplomatischen Leitung angesehen werden.

Holstein

Nr. 3869

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 597 London, den 27. August 1898

Euerer Durchlaucht beehre ich mich in der Anlage den englischen Text der drei auf die portugiesischen Kolonien in Südafrika bezüglichen Abkommen, wie dieselben mit den hier zuletzt gewünschten redaktionellen Änderungen lauten würden*, nebst deutscher Übersetzung vorzulegen.

Aus einer Vergleichung dieser Entwürfe mit den bisher eingesandten Redaktionen** werden Euere Durchlaucht, wie ich annehmen darf, entnehmen, daß den fraglichen Änderungen lediglich der Wunsch zugrunde liegt, die bisherige, stellenweise allerdings mangelhafte und unklare Redaktion zu verbessern, ohne den Sinn unserer bisherigen Abmachungen zu alterieren. Von Mr. Balfour darf dies mit Bestimmtheit angenommen werden. Er ist aber wenig vertraut mit solchen Geschäften und daher geneigt, den Vorschlägen der betreffenden Beamten im Auswärtigen Amte, bei welchen er größere technische Kenntnisse voraussetzt, Folge zu leisten. Von den letzteren wurden heute während

* Hier nicht aufgenommen.
** Vgl. Nr. 3858.

meiner Unterredung mit ihm noch zahlreiche kleine Änderungen verlangt, die er schließlich unbedingt zurückwies, als ich ihn darauf aufmerksam machte, daß sie ganz unerheblich seien und nur mit andern Worten ganz dasselbe sagen würden.

Im übrigen zeigte sich Mr. Balfour auch heute entgegenkommend, indem er auf meinen Wunsch bereitwillig darauf einging, in der geheimen Note einen auf Ambris bezüglichen Zusatz zu machen, wonach für den Fall, daß Ambris sich südlich außerhalb der verabredeten Grenze befinden sollte, ausgemacht wird, daß in diesem Fall die Grenzlinie fünf Meilen südlich von Ambris ihren Anfang nehmen soll. Bei der Unsicherheit der Karten schien mir eine solche Bestimmung wünschenswert, weil sonst der Fall eintreten könnte, daß Ambris sich im englischen Territorium und ohne Verbindung mit dem uns gehörigen nördlichen Teil von Angola befinden würde. Ebenso bereitwillig ging Mr. Balfour darauf ein, in der geheimen Note die Zusicherung bezüglich der Catembekonzession, lediglich keine Opposition gegen die Bestätigung zu machen, dahin abzuändern, daß England in dieser Hinsicht eine freundschaftliche Haltung annehmen werde. Endlich ging er auch, obwohl hier der Besitz von Egito gewünscht und erwartet wurde, ohne Schwierigkeit auf die Bestimmung ein, daß die Linie, welche unseren Besitz in Südangola im Norden begrenzen soll, fünf englische Meilen nördlich von Egito ihren Ausgang von der Küste nehmen soll.

Schließlich erlaube ich mir, darauf aufmerksam zu machen, daß die betreffenden Beamten im Foreign Office die Ansicht ausgesprochen haben, daß ein bloßes Abkommen (agreement) hier nicht ratifiziert werden könne, und daß dazu die Form einer Konvention erforderlich sei. Aus diesem Grunde sind die beiden Abkommen als Konventionen bezeichnet worden, und es wird daran festzuhalten sein, wenn wir auf eine Ratifikation Wert legen.

P. Hatzfeldt

Nr. 3870

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 229 London, den 28. August 1898

Zu dem morgen eintreffenden Bericht Nr. 597*.

In den Bureaus des Foreign Office herrscht große Unzufriedenheit über Annahme der Grenzlinie in Angola, welche uns Egito zugesteht.

* Siehe Nr. 3869.

Gestern abend spät erschien noch der Unterstaatssekretär Mr. Bertie bei mir, um geltend zu machen, daß dies nicht möglich sei. Herr Balfour (welcher gleich nach unserer Unterredung über Sonntag verreist ist) habe über diese Konzession nichts hinterlassen, und es sei daher gestern abend schon an Ihre Majestät die Königin berichtet worden, daß Egito England zufalle. Ich habe erwidert, daß ich nichts ändern könne, da ich meinerseits die fragliche Konzession bereits nach Berlin gemeldet hätte.

Bei der bisherigen Schwäche Herrn Balfours gegen die maßgebenden Beamten des Foreign Office ist der Fall, obgleich nicht wahrscheinlich, doch auch durchaus nicht ausgeschlossen, daß er sich nach seiner Rückkehr durch die drängenden Vorstellungen derselben wieder umstimmen läßt und wegen Egito neue Schwierigkeiten erhebt. Ich bitte deshalb vor morgiger Unterredung um telegraphische Instruktion, ob hieran festzuhalten ist, auch wenn dadurch Unterzeichnung verzögert würde, oder ob ich äußerstenfalls nachgeben und englische Linie akzeptieren soll, welche dann fünf englische Meilen südlich von Egito von der Küste ausgehen würde*.

An sich soll dieser Ort ganz wertlos sein.

Hatzfeldt

Nr. 3871

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 236 London, den 30. August 1898

Unterzeichnung hat eben stattgefunden.

Wenn ich keine andere Weisung erhalte, werde ich die drei Dokumente morgen abend durch den englischen Kurier einsenden.

Herr Balfour sagt mir, er habe seine Absicht, mit dem portugiesischen Gesandten über das Abkommen zu sprechen, aufgegeben und werde ihm nur schreiben, daß das heute zwischen uns abgeschlossene Abkommen die souveränen Rechte Portugals in seinen Kolonien vollständig respektiere, und daß darin auch für sein finanzielles Interesse nach Möglichkeit Fürsorge getroffen sei.

In bezug auf die Veröffentlichung der nicht geheimen Konvention sprach Herr Balfour sich dahin aus, daß er vorziehen würde, wenn der Text vorläufig noch nicht bekannt würde und jedenfalls vorher eine Verständigung zwischen den beiden Regierungen über den Zeitpunkt

---

* Deutscherseits wurde auf Egito gegen anderweitige englische Zugeständnisse (Catembefrage) verzichtet.

der Veröffentlichung stattfände. Ich bitte daher, falls alsbaldige Veröffentlichung uns erwünscht erscheint, um telegraphische Benachrichtigung, damit ich Herrn Balfour davon rechtzeitig in Kenntnis setzen kann.

In bezug auf Handelsvorteile habe ich heute Herrn Balfour gesagt, daß eine Kündigungsfrist bei allen Handelsverträgen üblich sei, und daß wir auf einer einjährigen Frist nicht bestehen würden. Er erwiderte, daß es für die Aufnahme in den gegenwärtigen bereits fertiggestellten Vertrag jedenfalls zu spät sei, daß er sich aber die Sache überlegen wolle, und daß es, wenn wir uns darüber verständigten, vielleicht möglich sein würde, dies durch eine besondere Note festzulegen.

Hatzfeldt

Nr. 3872

*Text der Verträge zwischen der deutschen und der englischen Regierung vom 30. August 1898**

Ausfertigung

(Konvention — Geheime Konvention — Geheime Note)

Konvention

Im Hinblick auf die Möglichkeit, daß Portugal die finanzielle Unterstützung einer oder mehrerer fremden Mächte in Anspruch nehmen könnte, und um etwaigen aus einer derartigen Sachlage entstehenden internationalen Verwickelungen vorzubeugen, und um Portugals Integrität und Unabhängigkeit zu erhalten, sind die mit gehörigen Vollmachten ihrer hohen Souveräne versehenen Unterzeichneten über nachstehendes übereingekommen: —

1. Sobald entweder die Deutsche oder die Großbritannische Regierung es für angezeigt hält, dem Ersuchen um ein Portugal zu gewährendes Darlehn gegen Verpfändung der Zoll- oder sonstigen

Convention

In view of the possibility that Portugal may require financial assistance from some foreign Power or Powers, and in order to obviate the international complications which such a condition of things may produce, and to preserve her integrity and independence, the Undersigned, duly authorized by their respective Sovereigns, have agreed as follows: —

1. Whenever either the British or the German Government is of opinion that it is expedient to accede to a request for an advance of money to Portugal on the security of the Customs revenues

* Die Verträge sind von Kaiser Wilhelm II. am 4. September 1898 ratifiziert worden; der Austausch der Ratifikationen zog sich bis zum 26. September hin.

Einnahmen von Mosambique, Angola und des portugiesischen Teils der Insel Timor Folge zu geben, wird sie von dieser Tatsache der anderen Regierung Mitteilung machen, und die andere Regierung soll das Recht haben, einen Teil der gewünschten Gesamtsumme darzuleihen.

Für den Fall, daß die andere Regierung die Absicht, von diesem Rechte Gebrauch zu machen, kundgibt, werden beide Regierungen über die Bedingungen der beiden Anleihen beraten, und die beiden Anleihen werden gegen Verpfändung der Zolleinnahmen von Mosambique, Angola und Portugiesisch-Timor möglichst gleichzeitig zur Ausgabe gelangen.

Die Anleihen sollen so genau als möglich in demselben Verhältnis zueinander stehen, wie die für jede derselben als Sicherheit zugewiesenen Zolleinnahmen sich ihrer Höhe nach zueinander verhalten.

Die Anleihen sollen zu Bedingungen ausgegeben werden, welche für Portugal so günstig sind, wie es die Lage des Geldmarktes und die Sicherheit der Anleihen gestattet; und sollen im übrigen soweit als möglich gleichartigen Bedingungen unterliegen.

2. Von den in Artikel I erwähnten Zolleinnahmen sollen diejenigen der Provinz Mosambique südlich vom Sambesi und des Teils jener Provinz, welcher auf dem linken Ufer des Sambesi oberhalb dessen Zusammenflusses mit dem Schire gelegen ist, sowie diejenigen des Teils der Provinz Angola, wie nachfolgend beschrieben, dem bri-

or other revenues of Mozambique, Angola and the Portuguese part of the Island of Timor, it shall communicate the fact to the other Government, and the other Government shall have the right to advance a portion of the total sum required.

In the event of the other Government signifying its intention to exercise this right, the two Governments shall consult as to the terms of the two loans, and these loans shall be issued on the security of the Customs revenues of Mozambique, Angola and Portuguese Timor as near as possible simultaneously. The loans shall bear as near as possible the same proportion to each other as the amounts of the Customs revenues respectively assigned as their security.

The loans shall be issued on terms as favourable to Portugal as the condition of the money market and the security of the loans permit, and shall in other respects be subject as near as possible to similar conditions.

2. Of the Customs revenues, referred to in Article I, those of the Province of Mozambique south of the Zambezi, and of the part of that province lying on the left bank of the Zambezi above its confluence with the Shiré, and those of the portions of the Province of Angola, as hereinafter described, shall be assigned to the

tischen Darlehen zugewiesen werden. Die Zolleinnahmen der übrigbleibenden Teile der Provinzen Mosambique und Angola und die Zolleinnahmen von Portugiesisch-Timor sollen dem deutschen Darlehen zugewiesen werden.

Der Teil der Provinz Angola, dessen Zolleinnahmen dem britischen Darlehen zugewiesen werden sollen, ist von folgenden Grenzen eingeschlossen: die nördliche Grenze soll von der Küste dem 8ten Grad südlicher Breite entlang bis zum 16ten Grad östlicher Länge von Greenwich laufen; von dort soll sie diesem Längengrad in südlicher Richtung entlang bis zum 9ten Breitengrad gehen und soll diesem Breitengrad in östlicher Richtung bis zur Grenze des Kongofreistaats folgen; die südliche Grenze soll von einem Punkte an der Küste fünf englische Meilen nördlich von Egito ausgehen und soll von dort aus in gerader Richtung ostwärts nach der östlichen Grenze der Provinz Angola laufen; die westliche Grenze soll durch das Meer gebildet sein; die östliche Grenze soll durch die Ostgrenze der Provinz Angola gebildet sein.

3. Delegierte, welche etwa von Deutschland und Großbritannien entsandt werden, um die Erhebung der für die Sicherheit der betreffenden Anleihen verpfändeten Einnahmen zu beobachten, sollen nur Inspektionsbefugnisse, jedoch keine Rechte in bezug auf Verwaltung, Einmischung oder Kontrolle besitzen, solange in der Zins- oder Amortisationszahlung keine Unregelmäßigkeit eintritt.

British loan. The Customs revenues of the remaining parts of the Provinces of Mozambique and Angola and the Customs revenues of Portuguese Timor shall be assigned to the German loan.

The portion of the Province of Angola, of which the Customs revenues shall be assigned to the British loan, is comprised within the following limits: the northern frontier shall run from the coast along the 8 th parallel of south latidude to the 16 th degree of longitude east of Greenwich, thence it shall descend that degree to the 9 th parallel of latitude, and shall follow that parallel eastwards as far as the frontier of the Congo Free State. The southern frontier shall start from a point on the coast 5 English miles north of Egito, and shall run thence due east to the eastern frontier of the Province of Angola. The western frontier shall be the sea; the eastern frontier shall be the eastern limit of the Province of Angola.

3. Any Delegates sent by Great Britain or Germany to take note of the collection of the revenues which are the security for their respective loans shall have only rights of inspection, but no rights of administration, interference, or control, so long as there is no default in the payment of interest or sinking fund.

4. Für den Fall einer Unregelmäßigkeit in der Zins- oder Amortisationszahlung einer der beiden Anleihen soll die Verwaltung der verschiedenen Zollstellen in den beiden Provinzen und in Portugiesisch-Timor seitens Portugals abgegeben werden, und zwar die der deutschen Anleihe zugewiesenen Zollstellen an Deutschland, die der englischen Anleihe zugewiesenen an Großbritannien.

4. In case of default in the payment of the interest or sinking fund or either loan, the administration of the various customhouses in the two provinces and in Portuguese Timor shall be handed over by Portugal; those assigned for the German loan to Germany, those assigned for the British loan to Great Britain.

5. Es herrscht volles Einverständnis darüber, daß alle Rechte, sei[en] es deutsche oder britische, welche vor Abschluß dieser Konvention in den in Frage kommenden Provinzen erworben worden sind, vollständig aufrechterhalten werden sollen, vorausgesetzt, daß sie einen rein privaten Charakter besitzen und weder politische Rechte noch territoriale oder administrative Gerichtsbarkeit in sich schließen.

5. It is well understood, that all rights, whether British or German, acquired in the provinces affected before the date of this Convention, shall be fully safeguarded, provided they are of a purely private character, and convey neither political rights nor territorial or administrative jurisdiction.

Es herrscht ferner Einverständnis darüber, daß künftighin weder die Deutsche noch die Britische Regierung Einfluß dahin ausüben wird, um neue Konzessionen zu erlangen, es sei denn in denjenigen Teilen der Provinzen, deren Zolleinnahmen den beiderseitigen Darlehen zugewiesen sind.

It is also understood that no influence will be used in the futere, either by the British or the German Governments, to obtain fresh concessions, except in those portions of the provinces of which the customs revenues are assigned to their respective loans.

6. Die gegenwärtige Konvention soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen sobald als tunlich ausgewechselt werden, und soll die Konvention sofort nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft treten.

6. The present Convention shall be ratified, and the ratifications thereof shall be exchanged as soon as possible. The Convention shall come into force immediately after the exchange of ratifications.

Zu Urkund dessen haben die Unterzeichneten dieselbe vollzogen und ihre Siegel beigedrückt.

In witness whereof the Undersigned, duly authorized, have signed the same, and have affixed thereto their seals.

So geschehen in doppelter Ausfertigung zu London den dreißigsten August 1898.

Done in duplicate, at London, the thirtieth day of August 1898.

(L. S.) P. Hatzfeldt

(L. S.) Arthur James Balfour

Geheime Konvention

Im Hinblick auf die Möglichkeit, daß es, ungeachtet der Bestimmungen der vorstehenden Konvention vom heutigen Datum, bedauerlicherweise als nicht möglich befunden werden könnte, die Integrität der südlich des Äquators liegenden afrikanischen Besitzungen Portugals wie auch die auf Timor aufrechtzuerhalten, sind die mit gehörigen Vollmachten ihrer hohen Souveräne versehenen Unterzeichneten fernerhin wie folgt übereingekommen: —

1. Deutschland und Großbritannien einigen sich dahin, der Einmischung irgendeiner dritten Macht in den Provinzen Mosambique, Angola und in Portugiesisch-Timor, sei es mittelst einer Anleihe an Portugal auf die Sicherheit der Einnahmen aus diesen Provinzen, oder mittelst Gebietserwerbung, Schenkung, Abtretung, Kauf, Pacht oder anderswie, gemeinschaftlich entgegenzutreten.

2. Es herrscht Einverständnis darüber, daß vom Abschluß der Konventionen vom heutigen Datum ab Großbritannien sich enthalten wird, einen Anspruch irgendwelcher Art auf Besitz, Besetzung, Kontrolle oder Ausübung politischen Einflusses in den Teilen oder

Secret Convention

Whereas, notwithstanding the provisions of the preceding Convention of this day's date, it may unfortunately not be found possible to maintain the integrity of the African possessions of Portugal south of the Equator, as well as of those in Timor, the Undersigned, duly authorized by their respective Sovereigns, have further agreed as follows: —

1. Great Britain and Germany agree jointly to oppose the intervention of any third Power in the Provinces of Mozambique, Angola and in Portuguese Timor, either by way of loan to Portugal on the security of the revenues of those provinces, or by way of acquisition of territory, by grant, cession, purchase, lease or otherwise.

2. It is understood that, from the conclusion of the Conventions of this day's date, Great Britain will abstain from advancing any claim of whatsoever kind to the possession, occupation, control, or exercise of political influence, in or over those portions of the Por-

über die Teile der Portugiesischen Provinzen zu erheben, in welchen die Zolleinnahmen Deutschland zugewiesen sind; und daß Deutschland in gleicher Weise sich enthalten wird, einen Anspruch irgendwelcher Art auf den Besitz, Besetzung, Kontrolle oder die Ausübung politischen Einflusses in den Teilen oder über die Teile der Portugiesischen Provinzen zu erheben, in welchen die Zolleinnahmen Großbritannien zugewiesen sind.

3. Für den Fall, daß Portugal auf seine souveränen Rechte über Mosambique, Angola und Portugiesisch-Timor verzichten oder diese Gebiete auf irgendeine andere Weise verlieren sollte, ist ausgemacht, daß die Untertanen und die Protektoratseingeborenen, mitsamt ihren Gütern und Schiffen, des einen hohen vertragsschließenden Teils, sowie die Erzeugnisse und Fabrikate seiner Gebiete, Besitzungen, Kolonien und Protektorate, in denjenigen Teilen der in der gegenwärtigen Konvention einbegriffenen Territorien, welche dem anderen hohen vertragsschließenden Teile zufallen sollten, teilnehmen sollen an allen Vorrechten, Befreiungen und Privilegien hinsichtlich Handels, Verkehrs, Besteuerung und Schiffahrt, deren sich dort die Untertanen und Protektoratseingeborenen des anderen hohen vertragsschließenden Teils erfreuen.

4. In betreff des Artikels V der Konvention vom heutigen Tage, welcher Privatrechte deutscher oder britischer Untertanen in den Provinzen Mosambique, Angola

tuguese provinces in which the Customs revenues have been assigned to Germany, and that Germany will in like manner abstain from advancing any claim of wathsoever kind to the possession, occupation, control, or exercise of political influence, in or over those portions of those Portuguese provinces in which the Customs revenues have been assigned to Great Britain.

3. In case Portugal renounces her sovereign rights over Mozambique, Angola, and Portuguese Timor, or loses these territories in any other manner, it is understood that the subjects of, and natives of the Protectorates of, one Contracting Party, together with their goods and ships, and also the produce and the manufactures of its dominions, possessions, Colonies and Protectorates, shall, in such portions of the territories comprised in the present Convention as may fall to the other Contracting Party, participate in all the prerogatives, exemptions and privileges with regard to trade, commerce, taxation and navigation which are there enjoyed by the subjects of, and natives of the Protectorates of, the other Contracting Party.

4. With regard to the Vth Article of the Convention of today's date, which refers to private rigths of British or German subjects in the provinces of Mozam-

und Portugiesisch-Timor behandelt, herrscht zwischen den beiden hohen Regierungen volles Einverständnis darüber, daß dieser Artikel unter anderen sich auf die sogenannte Catembekonzession bezieht, und ferner, daß die Regierung von Großbritannien in bezug auf die Bestätigung dieser Konzession seitens der Portugiesischen Regierung eine freundschaftliche Haltung annehmen wird für den Fall, daß eine solche Bestätigung nachgesucht werden sollte.

5. Die gegenwärtige Konvention soll ratifiziert, und die Ratifikationsurkunden sollen sobald als tunlich ausgewechselt werden, und soll die Konvention sofort nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft treten.

Zu Urkund dessen haben die Unterzeichneten dieselbe vollzogen und ihre Siegel beigedrückt.

So geschehen in doppelter Ausfertigung zu London den dreißigsten August 1898.

(L. S.)

(L. S.)

bique, Angola, and Portuguese Timor, it is well understood between the two Governments that this Article applies, among others, to the so-called Katembe Concession, and, further, that the Government of Great Britain will adopt a friendly attitude in respect to the confirmation of this Concession by the Portuguese Government in case such a confirmation should be applied for.

5. The present Convention shall be ratified, and the ratifications thereof shall be exchanged as soon as possible. The Convention shall come into force immediately after the exchange of ratifications.

In witness whereof the Undersigned, duly authorized, have signed the same, and have affixed thereto their seals.

Done in duplicate, at London, the thirtieth day of August 1898.

P. Hatzfeldt

Arthur James Balfour

Geheime Note

Um die Absicht der beiden Konventionen vom heutigen Datum klarzustellen, soll fernerhin zwischen den beiden Regierungen als ausgemacht gelten wie folgt: —

Für den Fall, daß eine der beiden Regierungen von der Por-

Secret Note

In order to make clear the intention of the two Conventions of this day's date, it is further understood between the two Governments as follows: —

In the event of one of the two Governments obtaining from the

tugiesischen Regierung vor Eintreten der in Artikel III der geheimen Konvention ins Auge gefaßten Eventualität eine Gebietsabtretung oder die Einräumung besonderer Privilegien nicht gelegentlicher Natur in denjenigen Teilen der Portugiesischen Provinzen Mosambique, Angola oder Timor, deren Zolleinnahmen dieser Regierung zugewiesen worden sind, erlangen sollte, herrscht zwischen den beiden Regierungen volles Einverständnis darüber, daß derartige Gebietsabtretungen oder Einräumungen von Privilegien nicht eher in Wirksamkeit treten sollen, als bis analoge Zugeständnisse von möglichst gleichem Werte der anderen Regierung in denjenigen Teilen der Provinzen eingeräumt worden sind, deren Zolleinnahmen ihr durch das gegenwärtige Übereinkommen zugewiesen worden sind.

Für den Fall, daß eine von beiden Regierungen besondere Privilegien gelegentlicher Natur nachsucht, wird sie unverzüglich die andere Regierung benachrichtigen und, wenn diese Privilegien bewilligt werden, und wenn die andere Regierung dies wünschen sollte, wird sie ihren Einfluß dahin geltend machen, um für die andere Regierung gleichartige besondere Privilegien gelegentlicher Natur und gleichen Wertes zu erlangen.

Und in Erwägung, daß infolge der Unvollkommenheit der gegenwärtig allein zur Verfügung stehenden Kartenaufnahmen der Artikel II der Konvention vom heutigen Datum möglicherweise die

Portuguese Government before the contingency contemplated in Article III of the Secret Convention a cession of territory, or the concession of special privileges not of an occasional character, in those portions of the Portuguese provinces of Mozambique, Angola, or Timor, the customs revenues of which have been assigned to it, it is well understood between the two Governments that such cessions of territory, or concessions of privileges, shall not become operative until analogous grants as near as possible of equal value have been accorded to the other Government in those portions of the provinces, the custom revenues of which have been assigned to it by the present arrangement.

In case either Government applies for special privileges of an occasional character, it shall immediately inform the other Government, and if these privileges are granted, and if the other Government should desire it, shall use its influence to obtain for the other Government similar special privileges of an occasional character and of equal value.

And whereas, owing to the imperfect surveys which alone are at present available, the IInd Article of the Convention of this day's date may not exactly carry out the intentions of the Con-

Absichten der beiden vertragsschließenden Teile nicht genau wiedergibt, ist es zwischen beiden ausgemacht, daß auf jeden Fall Hafen und Stadt Ambris in den Deutschland zugewiesenen Sicherheiten einbegriffen sein sollen.

Sollte es sich daher herausstellen, daß Hafen und Stadt Ambris südlich des 8ten Grades südlicher Breite sich befinden, so soll die Demarkationslinie von einem Punkte an der Küste ausgehen, welcher fünf englische Meilen südlich des Hafens von Ambris liegt, und von dort in östlicher Richtung fortgesetzt werden, bis sie den 16ten Längengrad östlich von Greenwich erreicht.

Welche Demarkationslinie auch immer festgelegt werden möge, so soll von dem Schnittpunkte derselben mit dem obenerwähnten 16ten Längengrade die Grenzlinie, falls nötig, letzterem entlang so weit südlich des 9ten Grades südlicher Breite weitergeführt werden, daß Deutschland ein Gebietsstreifen gesichert wird von der Breite wenigstens eines Breitengrades zwischen dem äußersten südlichen Endpunkt des Kongo-Freistaates in der Gegend von Lunda und der nördlichen Grenze desjenigen Teiles von Angola, dessen Zolleinnahmen Großbritannien zugewiesen sind.

So geschehen in doppelter Ausfertigung zu London den dreißigsten August 1898.

(L. S.)

(L. S.)

tracting Parties, it is understood between them that in any case the port and town of Ambriz shall be included in the security assigned to Germany.

In case, therefore, that the port and town of Ambriz should be found to lie to the south of the 8th parallel of south latitude, the line of demarcation shall start from a point on the coast five English miles south of the port of Ambriz, and be continued thence due east until it reaches the 16th degree of longitude east of Greenwich.

From the intersection of the line, which may be determined as the line of demarcation, with the 16th degree of longitude aforesaid, the line shall, if necessary, be extended along that degree of longitude so far south of the 9th parallel of south latitude as will secure to Germany a strip of territory not less than a geographical degree in width between the southern extremity of the Congo Free State in the region of Lunda and the northern frontier of the portion of Angola of which the customs revenues are assigned to Great Britain.

Done, in duplicate, at London, the thirtieth day of August 1898. —

P. Hatzfeldt

Arthur James Balfour

Nr. 3873

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 288 Berlin, den 31. August 1898

Antwort auf Telegramm Nr. 236*.

Bitte, Herrn Balfour zu verständigen, daß wir unsererseits eine Veröffentlichung über das Abkommen für bedenklich erachten, solange nicht über die Ausführung desselben mit Portugal eine Verständigung erzielt ist. Wir liefen sonst Gefahr, daß Frankreich seinen in Portugal bekanntlich sehr mächtigen Einfluß mit aller Energie einsetzt, um die Ausführung zu vereiteln. Wir haben, wie ich Ew. vertraulich bemerke, in dieser Beziehung aus neuester Zeit einen beherzigenswerten Präzedenzfall in der Frage der Akkreditierung eines türkischen diplomatischen Vertreters beim Papste**. Diese Akkreditierung wäre längst eine Tatsache, wenn nicht durch vorzeitiges Bekanntwerden dem französischen Einfluß Gelegenheit gegeben worden wäre, Hindernisse zu bereiten, welche die Ausführung des Projekts vorläufig unmöglich gemacht haben.

Bülow

Nr. 3874

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 291 Berlin, den 31. August 1898

Den ersten Teil der südafrikanischen Aufgabe haben Ew. glänzend gelöst. Wie denken Sie sich nun aber die Lösung des zweiten Teils?

Der Druck der französischen öffentlichen Meinung auf die französische Regierung wird sehr viel weniger stark sein, wenn man sich einer vollendeten Tatsache gegenübersieht, als wenn noch die Möglichkeit vorliegt, die Vollendung im letzten Augenblick zu hintertreiben.

Wie läßt es sich machen, in Portugal möglichst schnell und namentlich still zum Ziel zu kommen?

Für Ew. Exzellenz handelt es sich bei diesem zweiten Teil zunächst nicht um Durchführung, sondern lediglich um Einleitung. Die Durchführung dürfte in Lissabon zu besorgen sein. Die Engländer haben heute nach der Unterzeichnung ein gleiches oder größeres

---

* Siehe Nr. 3871.

** Vgl. Bd. XII, Kap. LXXXIII, Anhang.

Interesse als wir daran, daß Frankreich herausbleibt; sie können auch, falls wir heute einen Operationsplan gegenüber Portugal vorschlügen, nachträglich den Vorwurf erheben, durch uns auf Holzwege gelockt worden zu sein. Deshalb dürfte es sich empfehlen, wenn wir uns in London darauf beschränken, auf die Erschwerungen und sogar Gefahren hinzuweisen, welche nicht ausbleiben werden, wenn Frankreich von der Abmachung Kenntnis erhält, bevor Portugal sich gegenüber England und Deutschland gebunden hat. Die Vorschläge über die beste Art, um möglichst schnell und diskret zu einer Abmachung mit Portugal zu gelangen, erwarten wir von England. Ich nehme an, daß Herr von Soveral, der schon so vieles für England getan hat, auch in dem jetzigen englischen Operationsplan eine Hauptrolle zugeteilt bekommen wird; die Behandlung dieses Diplomaten versteht man jedenfalls in London am besten. Indessen würde ich den allergrößten Wert darauf legen, daß Herr Balfour mit Ihnen den englischen Operationsplan gegenüber Portugal durchspräche. Jetzt nach Herstellung der Interessengemeinschaft ist es auch keine Indiskretion, wenn Ew. pp. eine eingehende Besprechung des Verfahrens anregen. Den Zweck dieser Erörterung sehe ich darin, daß Ew. pp. Herrn Balfour verhindern, die Bedeutung der vollendeten Tatsache und die Erleichterung, welche die vollendete Tatsache für unsere unvermeidlichen Auseinandersetzungen mit Frankreich nach sich ziehen würde, zu unterschätzen. Schnelligkeit und Stille sind, wie gesagt, für unsere Verhandlungen mit Portugal die Hauptmomente. Durch welchen modus procedendi man sich dieser beiden Momente in möglichst hohem Grade versichern kann, darüber machen wir keine Vorschläge, möchten vielmehr zunächst die englischen Vorschläge hören. Das unmittelbare Geldbedürfnis Portugals ist durch den letzten Anleiheversuch Perestrellos in Paris dargetan. Diese französisch-portugiesischen Verhandlungen sollen im Oktober wieder aufgenommen werden. Es bedarf keiner Ausführung, um darzutun, daß England und Deutschland vorher mit Portugal ins reine kommen sollten. Bülow

Nr. 3875

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 245 London, den 1. September 1898

Telegramm Nr. 291* erhalten.

Herr Balfour hat mir heute einen Brief an Herrn de Soveral mitgeteilt, in welchem er ihn benachrichtigt, daß England und Deutsch-

* Siehe Nr. 3874.

land zu einer Verständigung gelangt seien, welche, wie er hoffe, allen weiteren Komplikationen in Verbindung mit Südafrika vorbeugen werde, wie dies auch im Interesse Portugals liege. Sein, Balfours, Zweck sei gewesen, daß die von beiden Mächten zu gewährende Anleihe Portugal weder eine Schmälerung seiner souveränen Rechte noch einen Verlust an Territorien auferlegen solle. Es sei außerdem ausgemacht worden, daß die eventuell von Portugal nachgesuchte Anleihe von beiden Mächten unter möglichst günstigen mit der entsprechenden Sicherheit zu vereinbarenden Bedingungen gewährt werden solle.

Abschrift dieses Briefes folgt durch morgige Post in Ziffern.

Als ich mich im weiteren Verlauf der Unterhaltung im Sinne des Telegramms Nr. 291 äußerte und Balfour die Formulierung des weiteren Operationsplanes anheimstellte, zeigte sich Balfour vollständig unentschlossen, ob und was er vorschlagen solle. Auf meine Bemerkung, daß Herr de Soveral vielleicht die geeignetste Persönlichkeit sei, um die Einleitung in Lissabon zu übernehmen, zeigte er sich geneigt, mit demselben zu sprechen, wenn er noch eine Gelegenheit dazu finden könne. In diesem Falle wollte er ihm über die geheimen Abmachungen zwar keine nähere Auskunft geben, ihm aber, wenn sich dies als nötig herausstelle, doch andeuten, daß die Einmischung einer dritten Macht in Südafrika als ausgeschlossen zu betrachten sei.

Über eine eventuelle Instruktion an unsere beiderseitigen Vertreter in Lissabon behielt sich Balfour weitere Äußerung vor, nachdem er die Sache in Erwägung gezogen. Er meinte dann, daß Lord Salisbury sich die Entscheidung hierüber vielleicht vorbehalten werde.

Die Möglichkeit einer französischen Anleihe für Portugal gegen Garantie durch das Tabaksmonopol oder durch *andere* portugiesische Kolonien bestritt Balfour nicht, bezeichnete aber den Fall, daß Frankreich sich dafür die Eisenbahnen der *südafrikanischen* Kolonien Portugals verpfänden lassen könnte, als ziemlich ausgeschlossen. Frankreich würde hierbei in erster Linie die Delagoabai im Auge haben, und Portugal sei schon früher durch die englische Regierung amtlich benachrichtigt worden, daß letztere mit Rücksicht auf das ihr zustehende Vorkaufsrecht diese Verpfändung an einen Dritten nicht zugeben würde. Den Bemühungen Perestrellos in Paris, welcher hier als untergeordneter Beamter des portugiesischen Finanzministeriums gilt, wird im Foreign Office keine besondere Bedeutung beigelegt.

Da Euere Durchlaucht meine Ansicht über das weitere Verfahren in der Sache verlangt haben, darf ich mich dahin aussprechen, daß, nachdem Soveral von der Sachlage bereits informiert ist, kaum etwas anderes übrig bleibt, um dem voraussichtlichen Widerstand der Franzosen von vornherein zu begegnen, als entsprechende Mitteilung des nicht sekreten Teiles der Abmachungen an die portugiesischen Vertreter in London und Berlin [und] gleichzeitige Instruktion an die beiderseitigen Vertreter in Lissabon mit der eventuellen Er-

mächtigung, nötigenfalls mündlich darauf hinzuweisen, wie Balfour dies Herrn de Soveral gegenüber tun wollte, daß die Einmischung einer dritten Macht in Südafrika als ausgeschlossen betrachtet werden müsse *.

Es scheint mir unmöglich, wie die Dinge einmal liegen, die Sache vor den Franzosen geheimzuhalten, da sie von den Portugiesen voraussichtlich mit Information versehen werden. Unter diesen Umständen kommt es meines Erachtens hauptsächlich auf Eile an, sowie darauf, die Franzosen eventuell vor die Tatsache zu stellen, daß eine etwaige finanzielle Einmischung ihrerseits in Südafrika ihnen nur Unannehmlichkeiten mit England und Deutschland eintragen würde.

Hatzfeldt

Nr. 3876

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 300 Berlin, den 3. September 1898

Das Verfahren, welches die englische Regierung gegenüber Portugal in den letzten Tagen beobachtet hat **, zeugt entweder von Ungeschick oder von Zuversicht. Ich möchte gern das letztere annehmen

---

* In diesem Sinne wurde am 2. September der Gesandte in Lissabon Graf von Tattenbach verständigt.

** In England wurde trotz der deutschen Mahnungen zu „Schnelligkeit und Stille" (vgl. Nr. 3874) die Tatsache des mit Deutschland abgeschlossenen Abkommens an die große Glocke gehängt und dadurch dessen Ausführung ad calendas graecas vertagt. Der im Jahre 1899 zwischen England und Portugal abgeschlossene sogenannte Windsorvertrag, der vor Deutschland auf das sorgfältigste geheimgehalten wurde, und der mit dem Grundgedanken des deutsch-englischen Abkommens von 1898 doch kaum vereinbar war (vgl. Otto Hammann, Zur Vorgeschichte des Weltkrieges, S. 76), legt die Frage nahe, ob jene Indiskretionen und ihre Folgewirkungen beabsichtigt waren. In Berlin wurden sie um so unliebsamer empfunden, als die übertriebenen Kommentare, die die englische Presse an das deutsch-englische Abkommen von 1898 knüpfte, und insbesondere die Behauptung von der vollständigen Preisgabe der Buren durch Deutschland hier sehr böses Blut machten. Infolge der entstandenen Aufregung sah sich die Deutsche Kolonialgesellschaft zu einer Eingabe an den Reichskanzler veranlaßt, in der sie bat, die Abmachungen mit England zur Klarstellung ganz oder teilweise zu veröffentlichen (3. Oktober). Der Reichskanzler lehnte indessen die Eingabe ab und stellte nur eine spätere Veröffentlichung in Aussicht, „sobald der Kaiserlichen Regierung eine solche ohne internationale Bedenken wie ohne Gefährdung der eigenen Interessen Deutschlands möglich und angemessen erscheint" (16. Oktober).

mit Rücksicht darauf, daß die englisch-portugiesischen Abmachungen ihrem Abschluß schon ziemlich nahe waren, als der Einspruch Deutschlands und Frankreichs sie zu zeitweiligem Stillstande brachte. Insbesondere war damals, sofern Graf Tattenbach recht berichtet ist, die Zustimmung der maßgebenden portugiesischen Faktoren für die Verpfändung der Kolonien offenbar schon gesichert. Jedenfalls aber hat die Eile, mit welcher die Engländer ihre Abmachung mit Deutschland der Welt bekanntgeben, den doppelten Nachteil, daß einerseits der französische Widerstand sich jetzt mehr fühlbar machen wird, als dies nach Herstellung des formellen Einvernehmens zwischen Deutschland und England einerseits und Portugal andrerseits möglich gewesen wäre; daß ferner die deutsche Regierung ihr Verfahren gegenüber den Angriffen der eigenen Presse schwer verteidigen kann, da wir glauben, daß allzu große Offenheit vor Vollendung der Abmachung mit Portugal schädlich wirken könnte. Es würde daher für Deutschland und wohl auch für England vom größten Interesse sein, durch schleunigen Abschluß mit Portugal den Unsicherheiten der Lage ein Ende zu machen.

Dem Ermessen Ew. stelle ich anheim, ob und wie Sie in dieser Richtung noch glauben wirken zu können. pp.*

Bülow

Nr. 3877

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Nr. 139 — Berlin, den 2. September 1898

Ganz vertraulich

Die gegenwärtige Weltlage gebietet, auf allerlei Überraschungen sich gefaßt zu machen. Neben der in meinem Telegramm Nr. 135**

---

* Der Schluß des Erlasses betrifft Graf Hatzfeldts „wohlverdienten Erholungsurlaub". Am 2. September war Graf Hatzfeldt der Dank Kaiser Wilhelms II. „für die ebenso umsichtige wie energische Durchführung der schwierigen und wichtigen Verhandlungen mit England wegen der portugiesischen Kolonien" ausgesprochen worden.

** Siehe Bd. XIII, Kap. LXXXVIII, Nr. 3526. Das Telegramm behandelte die Möglichkeit, daß Graf Murawiew sich Deutschland als ehrlicher Makler anbiete, um eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich zu versuchen, die sich doch nur durch eine Aufopferung des 1870/71 Erreichten erkaufen lasse. Fürst Radolin sollte einer solchen Möglichkeit durch die Andeutung vorbeugen, daß ein dahingehender russischer Versuch „einen Umschlag nach der angelsächsischen Gruppe hin nicht nur in der Volksstimmung, sondern auch in der deutschen Politik nach sich ziehen könne."

behandelten Eventualität gibt es noch eine andere, welche mit Ew. im voraus durchzusprechen mir Pflicht ist.

Wie Ew. wissen, ist die Zukunft von Südafrika bereits wiederholt, im Januar 1896 und in diesem Sommer, Gegenstand der Erörterung zwischen der deutschen und der russischen Regierung gewesen. Ew. hatten in Ihrem Bericht Nr. 14 vom 8. Januar 1896* berichtet, daß Fürst Lobanow von Südafrika ohne Interesse gesprochen habe und sogar mit einer gewissen Neigung, das Vorgehen Englands gegenüber Transvaal zu entschuldigen. Noch deutlicher hatte diesen Sommer sich Graf Murawiew zu Herrn von Tschirschky ausgesprochen, welcher beauftragt war, ihn über die Stellung zu sondieren, welche das Petersburger Kabinett einzunehmen gedenke gegenüber den offenkundigen Bestrebungen Englands, die portugiesische Finanznot als Mittel zur Erwerbung der portugiesischen Kolonien zu benutzen. Graf Murawiew erwiderte damals (cf. Telegramm Nr. 138**), daß ihn das alles völlig kalt lasse, da Rußland glücklicherweise keine Kolonien in Afrika habe.

Die deutsche Regierung hat in dem Bestreben, über die Aussichten der Zukunft sich möglichst genau zu orientieren, auch bei der französischen Diplomatie die Sonde angesetzt. Von französischer Seite ließ man deutlich erkennen, daß Frankreich an der Zukunft Südafrikas interessiert sei, gleichzeitig aber kam auch der Gedanke zum Ausdruck, welchen ein französischer Botschafter in der Formel zusammenfaßte: „Die öffentliche Meinung Frankreichs verbietet gegenwärtig noch der französischen Regierung, sich mit Deutschland hinsichtlich irgendeiner gemeinsamen Aktion zu b i n d e n; zwischen Deutschland und Frankreich würde es sich immer nur um ein zufälliges Zusammengehen, eine sogenannte Parallelaktion handeln können.“ Dieser Gedanke hatte eine gewisse verwandtschaftliche Ähnlichkeit mit einem Ausspruche, den der Baron Courcel zur Zeit des deutsch-englischen Transvaalkonflikts gegenüber Lord Salisbury getan hat: „Frankreich hat nur einen Gegner, das ist Deutschland. Danach kann England seine Politik orientieren***.“

Nachdem unsere Sondierungen nach russischer wie nach französischer Seite ergeben hatten, daß wir bei der Wahrung der deutschen Interessen in Südafrika England gegenüber isoliert waren, blieb uns nur übrig, uns wegen der südafrikanischen Frage direkt mit England zu verständigen. Dieser Lage Rechnung tragend haben wir mit England verhandelt und sind zu einem Abkommen gelangt, welches die Eventualität einer an Portugal gegen entsprechende Sicherheit zu gewährenden Anleihe zum Gegenstande hat und die Intervention einer

---

* Siehe Bd. XI, Kap. LXIII, Nr. 2624.

** Siehe Nr. 3820.

*** Vgl. Bd. XI, Kap. LXIV, Nr. 2650 nebst S. 81, Fußnote ***.

dritten Macht ausschließt. In der Verteidigung dieses Abkommens stehen Deutschland und England zusammen.

Nachdem die russische Regierung durch den Fürsten Lobanow und den Grafen Murawiew uns erklärt hatte, daß ihr Südafrika gleichgültig sei, richtet sich diese deutsch-englische Einzelabmachung selbstverständlich nicht gegen Rußland, auch nicht indirekt.

Ew. wollen, sobald Graf Murawiew Ihnen gegenüber das südafrikanische deutsch-englische Abkommen berührt, sich vertraulich in vorstehendem Sinne aussprechen.

Bülow

Nr. 3878

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 194 St. Petersburg, den 5. September 1898

Bei einer zufälligen Begegnung mit Graf Murawiew hatte ich heute Gelegenheit zu konstatieren, daß er, der Minister, durchaus nicht geneigt ist, für Frankreich die Kastanien aus dem Feuer zu ziehen, und nach wie vor auf dem Standpunkt steht, den er einnahm, als er Herrn von Tschirschky gegenüber sich über die englisch-portugiesische Politik in Afrika äußerte. Graf Murawiew, den ich gesprächsweise auf die Depesche der russischen Telegraphenagentur aufmerksam machte, welche ich unter Nr. 192 vom 4. September eingereicht habe*, sagte mir, er hätte von diesem Telegramm keine Kenntnis, die Sache interessiere ihn übrigens nicht, und finde er nichts dabei, daß wir uns in Afrika mit England wegen Portugal verständigten: „Wir wollen in Afrika nichts; wir haben wo anders selbst genug zu tun, wir werden uns hüten, für andere dort einzutreten. Wir wollen nur den Frieden, nichts wie den Frieden. Alles, was denselben gefährden könnte, werden wir sorgfältig vermeiden.“ Als ich einwarf, ob nicht unter Umständen Rußland für Frankreich in Afrika etwas tun würde, wie von manchen Seiten angedeutet, erwiderte er mir in der allerentschiedensten Weise: „Wir werden uns wohl hüten, uns in irgendetwas zu mischen, was das delikate deutsch-französische Verhältnis tangieren könnte.“

---

* In dieser aus Berlin datierten Depesche der russischen Telegraphenagentur hieß es: „Im Gegensatz zu den phantastischen Mitteilungen englischer Zeitungen über ein englisch-deutsches Bündnis und andere Kombinationen wird von offizieller Seite versichert, daß das Übereinkommen einen ausschließlich kolonialpolitischen Charakter trägt und in keiner Richtung einen politischen Frontwechsel bedeutet, auch nicht in irgendeinem Sinne die Beziehungen Deutschlands zu Rußland stört“.

Auch auf der Konferenz* dürfe unter keinen Umständen von solchen politischen Dingen die Rede sein. Daran anknüpfend deutete ich ihm als meine persönliche Betrachtung unseren Standpunkt nach Telegramm Nr. 135** und 139*** vom 30. v. Mts. und 3. d. Mts. an, den er alsdann einsah.

Ich sprach dem Grafen Murawiew hierauf meine aufrichtige Genugtuung über die von ihm gegebene rückhaltlose Versicherung des Friedensbedürfnisses und der Friedensliebe der russischen Regierung aus, die alle Komplikationen und Gefahren vermieden zu sehen wünscht, indem ich ihm versicherte, daß auch wir in vollstem Maße diese Gesinnung teilten. Radolin

Nr. 3879

Der Gesandte in Lissabon Graf von Tattenbach an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 102 Lissabon, den 30. September 1898

Der Ministerpräsident † hat mir gestern abend frei erklärt:

Er habe die deutsch-englischen Vorschläge geprüft. Er könne es nicht verantworten, dem Lande den Abschluß eines Anlehens vorzuschlagen, welches von fremden Regierungen gegeben oder garantiert werde, weil ein solches Anlehen gleichbedeutend sein würde mit der finanziellen und politischen Abhängigkeit Portugals. Als England in diesem Frühjahr ähnliche Vorschläge gemacht hatte, habe es die gleiche Antwort erhalten. Auch die Verpfändung westafrikanischer Zölle wäre für Portugal nicht wohl annehmbar.

Portugal müsse vor allem seinen Kredit herstellen und deshalb ein Abkommen mit den Gläubigern erstreben. Die diesbezüglichen Verhandlungen in Paris seien dem Abschluß nahe. Die deutsch-englischen Anerbietungen hätten das glückliche Ergebnis wesentlich gefördert. Auf meine Einwendungen bemerkte der Minister, die neue Transaktion schließe keinerlei französische Kontrolle in sich, weder eine direkte noch indirekte, weder eine offene noch versteckte — ihre Basis sei das Konversionsgesetz. Auch Eisenbahnen und Kolonialzölle blieben von jeder Verpfändung frei.

Einlenkend fügte der Ministerpräsident hinzu: Seine Erklärung sei keine Absage für uns. Portugal brauche noch viel Geld für den

* Gemeint ist die von Rußland am 24. August offiziell angeregte internationale Abrüstungskonferenz.
** Vgl. Nr. 3877, Fußnote **.
*** Siehe Nr. 3877.
† De Castro.

Delagoabai-Eisenbahnschiedsspruch, für Hafenbauten in Laurenzo-Marquez und andere Kolonialzwecke. Für diese Bedürfnisse könne über die Gewährung eines Anlehens mit Deutschland und England unterhandelt werden. Dem englischen Geschäftsträger* hat der Ministerpräsident kurz vorher die gleiche Mitteilung gemacht. Über die Summe, welche die Pariser Finanzleute geben, hat sich der Minister nicht geäußert. Tattenbach

Nr. 3880

Der Gesandte in Lissabon Graf von Tattenbach an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 106 Lissabon, den 2. Oktober 1898

Der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten** hat mich beim gestrigen diplomatischen Empfang über eine Stunde zurückgehalten, um mir zu wiederholten Malen zu versichern, daß die Erklärungen des Ministerpräsidenten nicht als eine Ablehnung der deutsch-englischen Vorschläge aufzufassen seien. Der Ministerpräsident habe nur Einwendungen machen wollen gegen die Form, unter der die Anleihe gegeben werden soll.

Ich erwiderte ihm höflich aber bestimmt, daß die Einwendungen so wesentlich seien, daß sie mit einer Ablehnung der Vorschläge gleichbedeutend seien, was auch aus der Fortsetzung der Verhandlungen in Paris hervorgehe. Ich benutzte die Gelegenheit, um dem Minister nochmals recht eindringlich die Vorteile der Annahme, die Nachteile der Ablehnung der deutsch-englischen Vorschläge zu schildern, und fügte den dringenden Rat hinzu, den eingeschlagenen falschen Weg zu verlassen und möglichst schnell in Berlin und London Vorschläge zu machen, die in den Rahmen der deutsch-englischen Abmachungen passen. Tattenbach

Nr. 3881

Der Gesandte in Lissabon Graf von Tattenbach an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 116 Lissabon, den 23. Oktober 1898

Die hiesige Regierung hat beschlossen, die deutsch-englischen Anerbietungen vorerst abzulehnen.

---

* C. C. Thornton.

** Beirão.

Der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten hat mir mitgeteilt, daß die Regierung in den nächsten Tagen den Kabinetten von Berlin und London ein Memorandum überreichen lassen werde, worin sie nachweisen wird, daß ihre nächste Aufgabe sein müsse, die Verständigung mit den Gläubigern herbeizuführen, eine Anleihe abzuschließen zur Bezahlung der schwebenden Schuld und zur Verstärkung der Regierungskassen.

Die Verständigung mit den Gläubigern und der Abschluß der Anleihe, auch wenn dieser in Paris erfolgen sollte, habe mit den deutsch-englischen Anerbietungen nichts zu tun. Auf letztere zurückzukommen, werde sich die portugiesische Regierung vorbehalten.

Unbeschadet anderer Schritte werden wir meines Erachtens der portugiesischen Regierung als Antwort auf das Memorandum schriftlich eröffnen müssen, daß wir weder einer einseitigen Kontrolle noch einer Verpfändung (namentlich der Kolonialzölle) zustimmen werden, durch welche die Rechte unserer Gläubiger irgendwie beeinträchtigt werden könnten.

Tattenbach

Nr. 3882

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Gesandten in Lissabon Grafen von Tattenbach

Konzept

Nr. 36 Berlin, den 17. Dezember 1898

Unter Bezugnahme auf den gefälligen Bericht Nr. 182 vom 11. v. Mts. beehre ich mich Ew. pp. mitzuteilen, daß der hiesige portugiesische Gesandte * sich seinerzeit gegenüber dem Unterstaatssekretär Freiherrn von Richthofen in dem von Ihnen signalisierten Sinne und im Auftrage seiner Regierung ausgesprochen hat. Insbesondere stellte Vicomte Pindella die Frage, ob unsererseits Bedenken dagegen zu erheben wären, daß die portugiesische Regierung die Verhandlungen mit den Gläubigern fortführe zum Zwecke einer lediglich durch die Douanen des Königsreichs und (wie er sagte) der Azoren garantierten Anleihe mit Ausschluß jeder fremden Kontrolle. Indem der Gesandte ferner um Mitteilung des Wortlauts des deutsch-englischen Abkommens bat, wünschte er zu wissen, ob die von den beiden Mächten angebotene Anleihe von ihnen direkt gegeben werden oder nur durch sie garantiert werden würde, oder ob die beiden Regierungen sich darauf zu beschränken gedächten, das Zustandekommen der Anleihe zu er-

* Vicomte de Pindella.

leichtern. Der portugiesische Vertreter erwähnte hierbei, indem er den nur beiläufigen Charakter seiner Bemerkung besonders hervorhob, daß, wenn es zu einer auf koloniale Einkünfte basierten Anleihe käme, seine Regierung glaube annehmen zu dürfen, daß es sich lediglich um die Einnahmen der Provinz Mosambique, nicht aber um diejenigen der übrigen Kolonien handele. Ausdrücklich betonte der Gesandte, daß seine Mitteilung in keiner Weise einer Ablehnung unseres Anerbietens gleichzuachten sei.

Nach meiner Rückkehr ist Vicomte Pindella auch mir gegenüber auf die Angelegenheit zurückgekommen, hat diesmal aber sich auf die Anfrage beschränkt, ob wir Bedenken gegen portugiesische Konversionsverhandlungen mit den Gläubigern hätten. Ich habe erwidert, daß wir solche Verhandlungen weder hindern könnten noch wollten, daß aber meiner Ansicht nach Portugal seinen Interessen jedenfalls dann am besten dienen werde, wenn es entschlossen auf die vorteilhaften Anerbietungen einginge, die ihm von Deutschland und England gemeinsam gemacht würden.

Wiewohl der portugiesische Vertreter seinerzeit um eine schriftliche Erwiderung, besonders hinsichtlich der Form der deutsch-englischen Anleihe, gebeten hatte, habe ich von einer schriftlichen Beantwortung seiner mündlichen Anfrage — auch mit Rücksicht auf die bekanntlich gleichzeitig in London gemachte Demarche, über deren Erfolg seither mir nichts bekannt geworden ist — abgesehen, und beehre mich, vorstehendes auch Ew. pp. nur zu Ihrer gefälligen Information mitzuteilen.

Bülow

Nr. 3883

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 883 London, den 21. Dezember 1898

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 364* und Erlaß Nr. 1115.

Lord Salisbury bestätigte mir in heutiger Unterhaltung die Zusage des Unterstaatssekretärs, und wir einigten uns darüber, daß keine der beiden Regierungen das Abkommen veröffentlicht, weder ganz noch teilweise, weder direkt noch indirekt, ohne vorherige Verstän-

* Durch Telegramm Nr. 364 vom 20. Dezember hatte Staatssekretär von Bülow Akt von einer Versicherung des englischen Unterstaatssekretärs Sir Th. Sanderson genommen, daß englischerseits an eine Veröffentlichung des deutsch-portugiesischen Abkommens ohne vorherige Verständigung nicht gedacht werde.

digung mit der anderen Regierung. Auch darüber waren wir einig, daß keiner von beiden sich in den betreffenden portugiesischen Territorien einseitig die in dem Abkommen vorgesehenen Vorteile verschaffen darf, wenn der andere nicht gleichzeitig die entsprechenden vertragsmäßigen Vorteile erhält. Der Premierminister stimmte dieser Auffassung bereitwillig zu, indem er dazu bemerkte, er könne mir versichern, daß die Portugiesen nicht daran dächten, England in den fraglichen Kolonien irgendetwas einzuräumen, am wenigsten Delagoabai.

In bezug auf die weitere Behandlung der Sache in Lissabon sprach Lord Salisbury die Ansicht aus, daß wir jetzt die weitere Entwickelung der Dinge dort abwarten müßten. Eine Einmischung der beiden Mächte in die Bemühungen Portugals, sich durch eine Privatanleihe Geld zu verschaffen, würde sich nicht rechtfertigen lassen, solange nicht die Einnahmen der durch unser Abkommen betroffenen Territorien dafür verpfändet werden sollten. Daß sie dies nicht tun dürften, sei den Portugiesen bekannt. Ein weitergehender Druck, welcher die Portugiesen erbittern könnte, würde ihm aber auch politisch nicht unbedenklich sein, da jede Erschütterung in irgendeinem Teile der Iberischen Halbinsel dort überall zu sehr unerwünschten Umwälzungen führen könnte.

Über die portugiesische Absicht, koloniale Einkünfte an Privatgesellschaften zu verpfänden, war dem Premierminister nichts bekannt, und er zeigte vorläufig wenig Neigung, dagegen in Lissabon zu remonstrieren.

Schließlich teilte mir der Minister mit, daß Portugal hier die auch in den Zeitungen schon besprochene Absicht kundgegeben habe, eine Privatanleihe unter Verpfändung der Festlandzölle aufzunehmen. Es habe sich aber dann zu seiner Überraschung herausgestellt, daß auch die Einnahmen aus den Azoren mitverpfändet werden sollten, und er habe den Portugiesen nicht verschwiegen, daß er dies für sehr unerwünscht halten würde. Ganz vertraulich fügte er mir gegenüber hinzu, er habe den Eindruck, daß die beabsichtigte Einbeziehung der Azoren auf eine französische Intrige zurückzuführen sei.

Hatzfeldt

